



Verändert Europa!

Der 4. Parteitag der Partei der Europäischen Linken (EL)
Madrid, 13. – 15. Dezember 2013

Rede von Alexis Tsipras, Spitzenkandidat der EL zur Europawahl

**Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,**

Ich bin nicht hier, um eine konventionelle Rede zu halten.
Weil wir nicht in normalen Zeiten leben.
Ich bin hier bei Euch, um für den Wandel einzutreten.
Ich bin hier, gemeinsam mit Euch, um die Völker Europas zu
mahnen, dass Europa an einem Scheideweg steht.

Von hier aus kann man in zwei Richtungen gehen.
Die Alternative ist klar: Entweder wir stehen still.
Oder wir bewegen uns vorwärts.
Entweder wir finden uns mit dem neoliberalen Status quo ab
und tun so, als ob die Krise durch die Politik gelöst werden
kann, die sie erzeugt hat. Oder wir begeben uns mit der
Europäischen Linken auf den Marsch in die Zukunft.

Weil die Völker Europas in Gefahr sind, ist die Demokratie
selbst in Gefahr. Der Neoliberalismus ist eine Bedrohung für
die Völker Europas. Die extreme Rechte ist eine Gefahr für
die Demokratie. Und die einzige Alternative ist der Wider-
stand der Völker, ist das Erstarren der Europäischen Linken.

Liebe Genossinnen und Genossen,
in den Jahren der Krise haben wir leider Recht behalten.
Noch bevor die Eurozone ins Leben gerufen wurde, haben
wir – die Europäische Linke – auf die Fehler und Mängel
sowie die destabilisierenden Ungleichgewichte dieses
Projekts hingewiesen.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass es
keine Währungsunion geben kann, die durch eine Mauer aus
Geld geteilt ist.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass eine
Währungsunion, der die Gesellschaft gleichgültig ist und die
sich nur für die Bedürfnisse des Finanzkapitals interessiert,
eine Eurozone schafft, die zu Unsicherheit, Instabilität und
Krise neigt – eine Eurozone mit kurzem Verfallsdatum.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass eine
Währungsunion nicht ohne eine Zentralbank funktionieren

kann, die als solche agiert. Die im Notfall als Kreditgeber
für die Mitgliedstaaten und nicht nur für die Mitgliedsbanken
auftritt.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass
Europa einen eigenen Glass-Steagall Act braucht, um die Ge-
schäfts- und die Investitionstätigkeit der Banken voneinan-
der zu trennen und so die gefährliche Risikovermischung in
einem unkontrollierten Finanzinstitut zu verhindern.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass
Europa wirksame europäische Rechtsvorschriften braucht,
um wirtschaftliche und unternehmerische Offshore-Aktivitäten
besteuern zu können.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass
das politische Establishment auf europäischer Ebene die
Schuldenkrise als eine Gelegenheit ansah, die politische
Ökonomie Nachkriegseuropas umzuschreiben. Aus diesem
Grund lehnt es unseren Vorschlag ab, eine Europäische
Schuldenkonferenz nach dem Vorbild der Londoner Schul-
denkonferenz von 1953 einzuberufen, um eine definitive
und machbare kollektive Lösung des Problems zu finden.

Aus diesem Grund lässt sich das politische Establishment
auf europäischer Ebene bereitwillig von Frau Merkel als
Geisel nehmen und besteht darauf, die im Süden des Konti-
nents praktizierte Politik, die das ursprüngliche Problem
nur verschlimmert hat, der ganzen Eurozone aufzuzwingen.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass
Europa einen „New Deal“ braucht, um die Arbeitslosigkeit
zu bekämpfen und seine Zukunft zu finanzieren.

Wir haben gesagt und behielten damit Recht, dass Euro-
pa Umverteilung und Solidarität braucht, um zu überleben.

**Dies sind die Grundpfeiler des neuen Europas, für das
wir kämpfen. Anstelle eines Europas, das Einkommen
an die Reichen und Angst an die Armen verteilt.**

Jeder Tag beweist aufs Neue, dass die sogenannten Memo-
randa detaillierte Anleitungen zur ökonomischen Kontrolle
durch die Kreditgeber sind und Armut nach sich ziehen. In

In dieser Ausgabe

- EU vor der Europawahl
- Ukraine: Spiel mit dem Feuer
- Im Norden Syriens
- Türkei nach Gezi
- 3. Plenum ZK der KP Chinas



Inhalt

● 4. Parteitag der Europäischen Linken

- Rede von Alexis Tsipras
- Artikel von Pierre Laurent
- Rede von Alvaro García Linera
- Politisches Dokument des Parteitages
- Bericht von Wolfgang Gehrcke
- EL-Bilanz von Helmut Scholz
- Nachlese von Oliver Schröder

● EL-Jahresauftakt 2014

- Rede von Pierre Laurent
- Rede von Maite Mola
- Botschaft von Alexis Tsipras
- „Disput“: Den alten Kontinent aufwecken

● DIE LINKE

- Hamburger Parteitag: Rede von Katja Kipping
- Dominic Heilig: LINKE kann Europa verändern
- Gregor Gysi: Außenpolitik vor neuen Herausforderungen
- Globale militärische (Un-)Ordnungspolitik
- Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag
- Rede des Jahres:
Gregor Gysi zum NSA-Skandal

● Die EU vor der Europawahl

- Walter Baier:
Strategische Überlegungen über Europa
- Dominic Heilig, Stefan Liebich, Jan Korte:
Für eine andere EU
- Helmut Scholz:
Freihandelsabkommen verhindern
- Sahra Wagenknecht:
Vermögensabgabe statt Griechenland-Paket
- Rechtsextreme in Europa
- Jan Korte, Dominic Heilig:
Zur „Bulgarendiskussion“
- Detion Gjocaj:
Albanien und der Integrationsprozess

● Aus der internationalen Linken 49

Zum Gedenken an Nelson Mandela:

- 1 → Hans-Georg Schleicher:
1 „Hamba Kahle“ Nelson Mandela 49
- 3 → Christa Schaffmann: Unvergessene Solidarität 51
- 4 → Jürgen Reents: Die Tränen der Krokodile 52
- 7 → Manfred Haustein:
17 Zu Hollandes Präsidentschaft 52
- 18 → Dänemark:
19 Historischer Erfolg der Einheitsliste 56
- 20 → Helmut Ettinger: Sinn Féin: Irland zuerst! 56
- 20 → Nora Schüttpelz: Neues Bündnis in Belgien 59
- 21 → Mate Kapovi: Bosnien-Herzegowina brennt 60
- 22 → Julia Wiedemann: Türkei:
23 Wie weiter nach Gezi? 63
- Dominic Heilig, Julia Wiedemann:
24 HDP-Konferenz in Ankara 66
- 24 → Jörg Rückmann: Zur Wirtschaft Kubas 67
- 27 → Venezuela: Politische Jahresbilanz 69
- Mexiko: 20 Jahre Zapatistas 71
- 28 → Kolumbien: FARC will Frieden 73
- 32 → RLS-Konferenz in Beijing:
34 Globale Linke 74
- RLS-Konferenz in Kohleprovinz Shanxi:
36 Umwelt 76

● Internationale Umschau 78

Ukraine:

- 39 → Alexander Busgalin: Spiel mit dem Feuer 78
- Manfred Schünemann: Umsturz in der Ukraine 79
- 42 → Ist Tjagnibok ein Patriot? 81
- Krzysztof Pilawski, Holger Politt:
44 Polens Ukraine-Politik 82
- Tiina Fahrni: Doppelte Standards 85
- 45 → Gregor Gysi: Es gibt nur den Weg der Diplomatie 86
- 46 → Pjotr Simonenko: Föderalisierung als Ausweg 88

Nahost

- Jan van Aken: In Nord-Syrien 90
- 48 → Issam Haddad: Libanon: Staat in Geiselhaft 92
- Wolfgang Neidhardt:
Afghanistan: Krieg ist keine Lösung 94
- Fredson Guilenge:
Moçambique – Gefahr der Instabilität 96

● Analyse 98

- André Brie:
20 Jahre Maastricht: Wo steht die EU heute? 98
- Erhard Crome: Zur Demokratie-Frage in der EU 102
- Helmut Ettinger:
Zum 3. Plenum des ZK der KP Chinas 108
- Bernd Biedermann:
Interessengegensatz USA-China 111
- Siegfried Schröder: Der Südsudankonflikt 115

● Nach Redaktionsschluss 121

- Iwan Melnikow: Die KPRF im Parlament 121
- Katja Kipping, Bernd Riexinger:
Machtspiele beenden 123



Griechenland hat das Memorandum eine humanitäre Krise ausgelöst, wie sie für die Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg ohne Beispiel ist.

- Es ist eine Schande für die europäische Zivilisation, dass:
- zwei Millionen Griechen ihre Grundbedürfnisse wie Fleisch zu den Mahlzeiten und eine ausreichende Wärmeversorgung nicht befriedigen können;
 - vor Kurzem in Thessaloniki ein kleines Mädchen starb, weil ihre Familie sich keinen Strom leisten konnte und einen Grill zum Heizen benutzte;
 - gutgekleidete Männer und Frauen, die im Abfall nach Essen suchen, auf den Straßen von Athen und anderen großen Städten Griechenlands ein alltägliches Bild sind.

**Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,**

eine Währungsunion, die die Mitgliedstaaten voneinander trennt, ihre Gesellschaften spaltet, Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Polarisierung verstärkt, wird entweder umgebaut oder sie bricht zusammen.

Umbau bedeutet Wandel.

Für Europa ist der Wandel mittlerweile mehr als eine herangereifte Forderung. Er ist zu einer Existenzfrage geworden.

In Griechenland hat der Wandel begonnen. SYRIZA ist nur einen Schritt davon entfernt, an die Macht zu kommen. 2014 ist ein Wahljahr. Und der Wandel wird kommen. Eine SYRIZA-Regierung wird den Wandel in Europa anregen.

Wir zählen auf jeden Einzelnen von euch. Wir zählen auf die Solidarität der Völker Europas bei den ersten schwierigen Schritten unserer Regierung. Die Linke muss also stärker werden, um eine maßgebliche Kraft für die Zukunft Europas zu sein. Denn mit der SYRIZA-Regierung wird Griechenland die Sparpolitik aufgeben und einen durchführbaren Plan für die griechische Wirtschaft auf den Tisch legen, aber vor allem, einen machbaren Plan für ganz Europa.

Mit der aktiven Solidarität einer breiten europäischen Bewegung gegen den Austeritätskurs werden wir diesen Kampf gewinnen. Denn die Europäische Linke braucht breitestmögliche soziale und politische Bündnisse, um zu wachsen und den Alltag der normalen Menschen maßgeblich zu beeinflussen.

**Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,**

gestern hörte ich Pierre Laurents warme Worte im Namen von jeder und jedem Einzelnen von Euch – im Namen der Europäischen Linken – zu meiner Kandidatur für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission. Ich danke ihm von ganzem Herzen. Aber dies ist mehr als eine Kandidatur, dies ist ein Mandat für Hoffnung und Wandel in Europa. Es ist ein Ruf nach Demokratie, an der teilzuhaben jede Generation verdient, in der zu leben jede Generation das Recht hat.

Die Europawahlen im Mai 2014 bieten den Völkern Europas die historische Chance, diesen Wandel möglich zu machen. Jene zurückzudrängen, die in Europa wieder eine weltweite Krise erzeugen. Und die entgegen der elementaren Logik darauf bestehen, dass ein Rezept, das gescheitert ist, fortgeführt werden soll.

Erlaubt mir zu wiederholen: Die Europäische Linke ist die Alternative zum Neoliberalismus.

**Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,**

Dies ist unsere Zeit. Wenn das Rad der Geschichte zurückgedreht werden soll, dann ist es die Aufgabe der Linken, Europa wieder nach vorn zu bringen.

Ich danke Euch allen sehr.

Es ist Zeit für eine solidarische Neugründung Europas. Die Europäische Linke bläst zum Angriff auf die Sparpolitik

*Von Pierre Laurent, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken (EL), 12. Dezember 2013;
aus: <http://www.european-left.org/4th-el-congress>*

Heutzutage weiß jeder, dass die Austeritätspolitik ein ökonomischer Fehler und ein soziales Desaster ist, denn sie führt zu einem beispiellosen Abbau von Demokratie. Jene, die sich in unseren Ländern und in den europäischen Institutionen entschieden haben, eher die Banken als die Menschen zu retten, jene, die es wagen, die Demokratie zu verhöhnen, und diesen Weg weitergehen wollen, haben ihre Legitimation verloren. Dafür haben die Bürger unserer Länder in den vergangenen sechs Jahren überall demonstriert.

Der Kampf, den wir heute führen, ist ein Kampf um alternative Lösungen zur Überwindung der Krise. Die Partei der Europäischen Linken, die sich seit einigen Jahren auf der europäischen Ebene etabliert hat, hält an diesem Wochenende in Madrid ihren IV. Parteitag ab. Das wird ein Kongress von offensivem Charakter, sowohl was die Ideen, als auch was die Strategie betrifft.

Wir meinen: Es ist Zeit für eine solidarische Neugründung Europas. Das bedeutet einen klaren Bruch mit den bestehenden Verträgen, mit der Sparpolitik und dem undemokratischen Charakter der EU. Zugleich schließt es unsere Orientierung auf die Zusammenarbeit der europäischen Völker ein.

Daher weisen wir nationalistische, populistische und rechtsextreme Lösungen zurück. Nicht weil sie in der heutigen Welt unrealistisch sind, sondern weil sie eine Gefahr für die Menschen und den Frieden darstellen. Wir sehen, dass die offen faschistischen und rechtsextremen Kräfte alarmierend wachsen, und wir werden alles tun, damit sich die Geschichte in Europa nicht wiederholt.

Wir von der Partei der Europäischen Linken stellen uns folgende grundlegenden Transformationsziele: die Sparpolitik beenden und einer nachhaltigen sozialen Entwicklung den Vorrang geben, Europa von den Finanzmärkten befreien und Arbeitsplätze schaffen, die Macht an die Menschen und die gewählten Gremien zurückgeben, Frieden, Sicherheit und globale Zusammenarbeit fördern.

Lasst uns darüber diskutieren, wie wir diese Vorhaben in die Tat umsetzen.

Sollen wir einen Kandidaten für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission aufstellen? Die Debatte ist eröff-



net und der Kongress wird sich dazu erklären. Ich bin dafür. Nicht weil ich glaube, dass dies ein demokratischer Schritt wäre, sondern weil all die Menschen, die in Europa Widerstand leisten, einen Sprecher brauchen. Der Name Alexis Tsipras, Vorsitzender der Partei SYRIZA, wurde genannt. Er ist ein Symbol der Hoffnung: für die Griechen, die Widerstand leisten, für die Linke, die heute an der Schwelle der Macht steht.

Wir werden Initiativen diskutieren, um unsere Pläne für Europa voranzubringen. Die Idee einer europäischen Schuldenkonferenz ist bereits in der Diskussion. Auch die Idee einer jährlichen Informations- und Mobilisierungskampagne über wichtige europäische Themen steht zur Debatte. Wir könnten mit Aktionen gegen die große transatlantische Freihandelszone beginnen. Um die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften aus der Linken, mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu intensivieren, planen wir – ähnlich dem Forum von Sao Paulo in Lateinamerika – ein „Alljährliches Europäisches Forum der Alternativen“ einzurichten.

Die Partei der Europäischen Linken wird zu den Wahlen im Mai 2014 mit einer klaren Botschaft antreten: „Stoppt die Austerität – Willkommen Solidarität!“ Wir wollen all die Menschen zusammenführen, die in ihrer Arbeit, im persönlichen Leben oder in zahlreichen Organisationen nach Lösungen für die Krise suchen, die auf Solidarität basieren. Ich bin sicher, wenn wir alle diese Kräfte vereinen, können wir einen positiven Anstoß für die Erneuerung fortschrittlicher Ideen auf unserem Kontinent geben.

Rede von Alvaro García Linera

Alvaro García Linera ist Vizepräsident des Plurinationalen Staates Bolivien

Lasst mich bei dieser besonderen Begegnung der Europäischen Linken zunächst im Namen unseres Präsidenten Evo Morales, im Namen meines Landes und meines Volkes für die Einladung danken, als Gast auf dem Kongress der Europäischen Linken eine Reihe von Gedanken und Überlegungen vorzutragen.

Lasst mich offen und ehrlich sein...aber auch konstruktiv. Was sehen wir Außenstehenden von Europa? Wir sehen ein Europa, das dahinsiecht, ein niedergeschlagenes Europa, ein selbstversunkenes und selbstzufriedenes Europa, das bis zu einem gewissen Grad apathisch und müde ist. Ich weiß, das sind sehr hässliche und sehr harte Worte, aber so sehen wir es. Das Europa der Aufklärung, der Revolten, der Revolutionen ist Vergangenheit. Vorbei sind die großen intellektuellen Herausforderungen. Hinter dem, was von den Postmodernisten als das Ende der großen Erzählungen gedeutet wurde und gedeutet wird, scheint sich angesichts der jüngsten Ereignisse nichts weiter als der groß angelegte Klüngel der Konzerne und des Finanzsystems zu verbergen.

Es ist nicht das europäische Volk, das seine Tugend, seine Hoffnung aufgegeben hat, denn das Europa, das ich meine, das müde, das erschöpfte Europa, das selbstversunkene Europa, ist nicht das Europa der Völker – dieses wurde lediglich zum Schweigen gebracht, eingesperrt, erstickt. Das einzige Europa, das wir in der Welt sehen, ist das Europa der großen Wirtschaftskonzerne, das neoliberale Europa, das

Europa des großangelegten Finanzklüngels, das Europa der Märkte – und nicht das Europa der Arbeit.

Demokratien ohne Hoffnung und ohne Glauben sind gescheiterte Demokratien. Demokratien ohne Hoffnung und ohne Glauben sind verknöcherte Demokratien. Genau genommen sind es keine Demokratien. Es gibt keine echte Demokratie, die nichts weiter als langweiliges Beiwerk verknöchelter Institutionen ist, mit denen alle drei, alle vier oder alle fünf Jahre Rituale wiederholt werden, um diejenigen zu wählen, die künftig mehr schlecht als recht über unser Schicksal entscheiden. Wir alle wissen, und in der Linken sind wir uns einigermaßen einig darüber, wie es zu einer solchen Situation gekommen ist. Die Fachleute, Gelehrten und die politischen Debatten liefern uns eine ganze Reihe von Deutungsansätzen, warum es uns schlecht geht und wie es soweit kommen konnte. Ein erstes gemeinsames Urteil zu der Frage, wie es zu dieser Situation kommen konnte, lautet, dass nach unserem Verständnis der Kapitalismus zweifelsohne eine weltumspannende geopolitische Dimension erreicht hat, die absolut ist. Die Welt ist nun im wahrsten Sinne eine runde Sache. Und die ganze Welt wird zu einer großen globalen Werkstatt. Ein Radio, ein Fernseher, ein Telefon hat keinen Entstehungsort mehr, vielmehr ist die Welt als Ganzes zu seinem Entstehungsort geworden. Ein Chip wird in Mexiko hergestellt, das Design in Deutschland entworfen, der Rohstoff stammt aus Lateinamerika, die Arbeitskräfte sind Asiaten, die Verpackung kommt aus Nordamerika und der Verkauf findet global statt.

Dies ist ein Wesensmerkmal des modernen Kapitalismus – daran besteht kein Zweifel – und genau hier muss man mit entsprechenden Maßnahmen ansetzen.

Ein zweites Charakteristikum der letzten zwanzig Jahre ist eine Art Rückkehr zur fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation. Die Texte von Karl Marx, der den Ursprung des Kapitalismus im 16. und 17. Jahrhundert beschrieb, sind heute wieder aktuell, ja gehören ins 21. Jahrhundert. Wir erleben eine permanente ursprüngliche Akkumulation, bei der sich die Mechanismen der Sklaverei, die Mechanismen der Unterordnung, der Verunsicherung, der Fragmentierung, die auf so außergewöhnliche Weise von Karl Marx dargestellt wurden, wiederholen. Nur dass der moderne Kapitalismus die ursprüngliche Akkumulation aktualisiert. Er aktualisiert sie, erweitert sie und dehnt sie auf neue Bereiche aus, um mehr Ressourcen und mehr Geld herauszuholen. Doch neben dieser fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation – die für die gegenwärtigen sozialen Klassen sowohl in unseren Ländern als auch weltweit kennzeichnend sein wird, weil durch sie die örtliche, d. h. territoriale Arbeitsteilung und die globale Arbeitsteilung neu organisiert werden – erleben wir eine Art Neoakkumulation durch Enteignung. Wir erleben einen Raubtierkapitalismus, der akkumuliert, indem er oftmals auf strategischen Gebieten produziert: Wissen, Telekommunikation, Biotechnologie, Automobilindustrie; doch in vielen unserer Länder akkumuliert er durch Enteignung, indem er nämlich die gemeinschaftlichen Sphären in Beschlag nimmt, wie etwa Artenvielfalt, Wasser, überliefertes Wissen, Wälder, natürliche Ressourcen ... Hierbei handelt es sich um eine Akkumulation durch Enteignung, und zwar nicht durch Schaffung von Reichtum, sondern durch Enteignung des gemeinsamen Reichtums, der in privaten Reichtum überführt wird. Das ist die neoliberale Logik. Wenn wir den Neoliberalismus so sehr kritisieren, dann wegen seiner Verdrän-



gungslogik und seines parasitären Charakters. Anstatt Reichtum zu schaffen, anstatt die Produktivkräfte zu entwickeln, enteignet der Neoliberalismus die kapitalistischen und nicht-kapitalistischen, kollektiven, örtlichen, ja gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Doch auch das dritte Merkmal der modernen Wirtschaft ist nicht nur eine fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation, eine Akkumulation durch Enteignung, sondern auch durch Unterordnung – Marx würde es reelle Subsumtion des Wissens und der Wissenschaft unter die kapitalistische Akkumulation nennen. Einige Soziologen nennen dies Wissensgesellschaft. Es besteht kein Zweifel, dass es sich hierbei um die Bereiche handelt, die für die Produktionskapazitäten der modernen Gesellschaft am mächtigsten sind und die größte Tragweite besitzen.

Das vierte Merkmal wiederum, das immer mehr Konflikt- und Risikopotenzial birgt, ist der Prozess der realen Subsumtion des Lebenssystems Erde als Ganzes, das heißt der Wechselwirkungsprozesse zwischen Mensch und Natur.

Diese vier Merkmale des modernen Kapitalismus sorgen für eine Neubestimmung der Geopolitik des Kapitals auf globaler Ebene, eine Neubestimmung der Klassenstruktur der Gesellschaften – eine Neubestimmung der Klassenstruktur und der sozialen Klassen weltweit.

Da ist nicht nur die Auslagerung der traditionellen Arbeiterklasse, die wir im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert entstehen sahen, vom kapitalistischen Rumpf in die Extremitäten, d. h. ihre Verlagerung in periphere Gebiete wie Brasilien, Mexiko, China, Indien oder die Philippinen, sondern es entsteht auch in den am weitesten entwickelten Gesellschaften eine neue Art des Proletariats. Eine neue Art der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse der Höherqualifizierten. Lehrer, Forscher, Wissenschaftler, Analysten, die sich selbst nicht als Arbeiterklasse sehen, sondern sich wahrscheinlich als Kleinunternehmer begreifen, die aber im Grunde die neue soziale Struktur der Arbeiterklasse des beginnenden 21. Jahrhunderts ausmachen. Doch zugleich entsteht auf der Welt etwas, was wir als „diffuses Proletariat“ bezeichnen könnten: nicht-kapitalistische Gesellschaften und Nationen, die der kapitalistischen Akkumulation förmlich untergeordnet werden. Lateinamerika, Afrika, Asien: Wir reden hier von Gesellschaften und Nationen, die im engeren Sinne nicht kapitalistisch sind, insgesamt aber in Erscheinung treten, als seien sie untergeordnet und als Formen der diffusen Proletarisierung ausgestaltet, und zwar nicht allein wegen ihrer wirtschaftlichen Eigenschaften, sondern auch wegen ihres fragmentierten Charakters selbst bzw. wegen der oftmals schwierigen Fragmentierung und aufgrund ihrer geographischen Streuung.

Wir haben es also nicht nur mit einer neuen Art und Weise zu tun, wie sich die kapitalistische Akkumulation ausbreitet, sondern auch mit einer Neuordnung der Klassen und des Proletariats und der nichtproletarischen Klassen auf der Welt. Die Welt von heute ist konfliktgeladener. Die Welt von heute ist stärker proletarisiert, nur dass sich die Formen der Proletarisierung von denen, die wir im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert kennenlernten, unterscheiden. Und die Proletarisierung dieses diffusen Proletariats, dieses Proletariats der Höherqualifizierten, nimmt nicht unbedingt die Gestalt von Gewerkschaften an. Das Modell Gewerkschaft hat in einigen Ländern seine zentrale Stellung verloren; es entstehen andere Formen von Zusammenschlüssen für die Belange der

Bevölkerung, der Beschäftigten und der Arbeiter. Was tun? – die alte Frage Lenins – was sollen wir tun? Wir sind uns einig bei der Erklärung, was nicht stimmt, wir sind uns einig bei der Erklärung, was sich in der Welt verändert, doch können wir auf diese Veränderungen nicht reagieren, oder besser: Die Antworten, die wir früher hatten, sind unzureichend, denn sonst würde hier in Europa nicht die Rechte regieren. Irgendetwas fehlte unseren Antworten und tut es auch heute noch. Irgendetwas fehlt unseren Vorschlägen. Erlaubt mir, fünf bescheidene Anregungen vorzubringen, wie sich die Aufgaben, vor der die europäische Linke steht, gemeinsam gestalten ließen.

Die europäische Linke kann sich nicht damit begnügen, einen Befund zu erstellen und sich zu beklagen. Befund und Klage dienen zwar dazu, moralische Empörung zu erzeugen, und die Verbreitung der moralischen Empörung ist wichtig, aber sie erzeugen keinen Willen zur Macht. Die Klage ist kein Wille zur Macht. Sie kann die Vorstufe zum Willen zur Macht sein, aber sie ist kein Wille zur Macht. Die europäische Linke, die Linke weltweit muss angesichts dieses zerstörerischen, räuberischen, Natur und Mensch mitreißen Strudels, der vom zeitgenössischen Kapitalismus angetrieben wird, mit Vorschlägen oder Initiativen aufwarten. Die europäische Linke, ja die Linke in allen Teilen der Welt muss einen neuen gesunden Menschenverstand entwickeln. Im Grunde genommen ist der politische Kampf ein Kampf um den gesunden Menschenverstand. Um die Gesamtheit von Urteilen und von Vorurteilen. Um die Frage, wie die Leute – der junge Student, die Fachkraft, die Verkäuferin, der Angestellte, der Arbeiter – auf einfache Weise die Welt ordnen. Genau das ist gesunder Menschenverstand. Die grundlegende Weltauffassung, mit der wir unser tägliches Leben ordnen. Die Art und Weise, wie wir das Gerechte und das Ungerechte, das Wünschenswerte und das Mögliche, das Unmögliche und das Wahrscheinliche bewerten. Die Linke weltweit und die europäische Linke müssen deshalb für einen neuen gesunden Menschenverstand kämpfen, der progressiv, revolutionär, universalistisch ist, der in jedem Fall aber einen neuen gesunden Menschenverstand darstellt.

Zweitens müssen wir uns – wie vom ersten Redner so brillant dargelegt – den Begriff der Demokratie wieder ins Gedächtnis rufen. Die Linke hat immer die Fahne der Demokratie hochgehalten. Es ist unsere Fahne. Es ist die Fahne der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung, der Partizipation. Doch dafür müssen wir uns von der Vorstellung lösen, Demokratie sei eine rein institutionelle Tatsache. Demokratie – sind das Institutionen? Ja, das sind Institutionen, aber sie ist viel mehr als nur Institutionen. Bedeutet Demokratie, alle vier oder fünf Jahre zu wählen? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Bedeutet es, ein Parlament zu wählen? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Bedeutet es, das Prinzip des Machtwechsels einzuhalten? Ja, aber es bedeutet viel mehr als das. Das ist das liberale, verknöcherte Verständnis von Demokratie, in dem wir manchmal steckenbleiben. Demokratie – sind das Werte? Es sind Werte, Organisationsprinzipien für die Verständigung der Welt: Toleranz, Vielfalt, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit. Es sind also Prinzipien, es sind Werte, aber es sind nicht nur Prinzipien und Werte. Es sind Institutionen, aber es sind nicht nur Institutionen. Die Demokratie ist praktisch. Demokratie ist Handeln, gemeinsames Handeln. Demokratie ist im Grunde genommen wachsende Teilhabe an der Bewirtschaftung der gemein-



schaftlichen Güter, die eine Gesellschaft besitzt. Demokratie herrscht dann, wenn wir an dem, was wir Bürger gemeinsam besitzen, teilhaben. Wenn wir als Gemeingut Wasser besitzen, dann bedeutet Demokratie, an der Bewirtschaftung des Wassers teilzuhaben. Wenn wir als Gemeingut die Sprache haben, dann bedeutet Demokratie die gemeinsame Pflege der Sprache. Wenn wir als Gemeingut die Wälder, den Boden, das Wissen haben, dann bedeutet Demokratie, dass die Bewirtschaftung, die Pflege gemeinsam stattfindet. Eine wachsende gemeinsame Teilhabe an der Bewirtschaftung des Waldes, des Wassers, der Luft, der natürlichen Ressourcen. Es bedarf einer Demokratie – und es gibt sie – im Lebendigen und nicht im verknöcherten Sinn des Begriffs, und dies gelingt, wenn die Bevölkerung und die Linke die gemeinsame Bewirtschaftung der gemeinsamen Ressourcen, Institutionen, Rechte und Güter unterstützen und sich an ihr beteiligen.

Die alten Sozialisten der 70er Jahre sprachen davon, dass die Demokratie an die Tore der Fabriken klopfen müsse. Das ist eine gute Idee, aber es reicht nicht aus. Sie muss an die Tore der Fabriken, die Tore der Banken, die Tore der Unternehmen, die Tore der Institutionen, die Tore zu den Ressourcen, die Tore zu all dem klopfen, was den Menschen gemeinsam gehört. Unser Delegierter aus Griechenland fragte mich zum Thema Wasser, wie wir es in Bolivien angegangen seien, diese Grundfrage, diese Überlebensfrage, Wasser! Nun, was das Wasser betrifft, ein Gemeingut, das enteignet worden war, begab sich das Volk in einen „Krieg“, um so das Wasser für die Bevölkerung zurückzugewinnen, und danach gewannen wir nicht nur das Wasser zurück, sondern führten einen weiteren sozialen Krieg und gewannen das Gas und das Öl und die Minen und den Telekommunikationssektor zurück, wobei noch viel mehr zurückzugewinnen ist. Doch in jedem Fall war dies der Ausgangspunkt, die wachsende Beteiligung der Bürger an den gemeinschaftlichen Gütern, dem Allgemeingut, das eine Gesellschaft, eine Region besitzt.

An dritter Stelle muss die Linke auch wieder ihre Forderungen nach dem Universellen, den universellen Leitbildern, den gemeinschaftlichen Gütern in den Vordergrund stellen. Die Politik als Gemeingut, die Partizipation als eine Beteiligung an der Bewirtschaftung der gemeinsamen Güter. Die Wiedererlangung des Gemeinschaftlichen als Recht: das Recht auf Arbeit, das Recht auf Ruhestand, das Recht auf kostenlose Bildung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf saubere Luft, das Recht auf den Schutz von Mutter Erde, das Recht auf den Schutz der Natur. Es sind Rechte. Aber es sind universelle Gemeingüter, angesichts derer sich die Linke, die revolutionäre Linke, überlegen muss, welche konkreten objektiven Maßnahmen sie ergreift und wie sie die Menschen mobilisiert. Ich las in der Zeitung, wie in Europa öffentliche Mittel eingesetzt wurden, um private Güter zu retten. Das ist absurd. Da wurde das Geld europäischer Sparer verwendet, um den Konkurs der Banken abzuwenden. Da wurde das Gemeinschaftliche verwendet, um das Private zu retten. Das ist doch verkehrte Welt! Es muss umgekehrt sein: die privaten Güter verwenden, um das Allgemeingut zu retten und zu fördern, und nicht das Allgemeingut, um die privaten Güter zu retten. Bei den Banken muss ein Prozess der Demokratisierung und der Vergesellschaftung ihrer Verwaltung stattfinden. Denn sonst werden die Banken Euch am Schluss nicht nur die Arbeit nehmen, sondern auch Eure Wohnung, Euer Leben, Eure Hoffnung, alles ..., und das darf nicht zugelassen werden.

Dabei müssen wir aber auch – in unserem Konzept als Linke – eine neue Wechselbeziehung zwischen dem Menschen und der Natur einfordern. Präsident Morales sagt, die Natur kann ohne den Menschen existieren, der Mensch jedoch nicht ohne die Natur. Dabei darf man jedoch nicht der Logik der Green Economy verfallen, die eine scheinheilige Form des Umweltschutzes darstellt.

Es gibt Unternehmen, die bei Euch Europäern als Naturschützer auftreten und für saubere Luft sorgen, doch dieselben Unternehmen liefern uns, dem Amazonasgebiet, Lateinamerika oder Afrika, die ganzen Abfälle, die hier erzeugt werden. Hier sind sie Umweltschützer, dort werden sie zu Umwelträubern. Die Natur haben sie in einen weiteren Geschäftszweig verwandelt. Dabei ist ein kompromissloser Schutz der Umwelt weder ein neuer Geschäftszweig noch ein neues Unternehmenskonzept. Es muss wieder ein neues Verhältnis aufgebaut werden, das zwangsläufig gespannt ist. Denn für einen Reichtum, der Bedürfnisse befriedigen soll, muss die Natur verändert werden, und bei der Veränderung der Natur verändern wir ihre Existenz, verändern wir ihr BIOS. Doch mit der Veränderung des BIOS zerstören wir oftmals im Gegenzug den Menschen und auch die Natur. Den Kapitalismus stört das nicht, denn für ihn ist es ein Geschäft. Uns aber, die Linke, die Menschheit, ja die Menschheitsgeschichte stört es sehr wohl. Wir müssen uns für eine neue Art der Beziehung stark machen, die vielleicht nicht unbedingt harmonisch, aber doch wechselseitig ist; von der beide Seiten profitieren, der natürliche Lebensraum und der Mensch, seine Arbeit, seine Bedürfnisse.

Und schließlich müssen wir ohne Frage die heroische Dimension der Politik einfordern. Hegel sah die Politik in ihrer heroischen Dimension. Und wohl in Anlehnung an Hegel sagte Gramsci, dass in den modernen Gesellschaften die Philosophie und ein neuer Lebenshorizont sich in einen Glauben in die Gesellschaft verwandeln müssten bzw. nur als Glaube im Innern der Gesellschaft existieren könnten. Dies bedeutet, dass wir wieder Hoffnung aufbauen müssen. Dass die Linke eine flexible, immer stärker geeinte Organisationsstruktur bildet, die in der Lage ist, bei den Menschen die Hoffnung neu zu beleben. Ein neuer gesunder Menschenverstand, ein neuer Glaube – nicht im religiösen Sinne des Wortes, sondern eine neue allgemeine Zuversicht, aus der heraus die Menschen heroisch ihre Zeit, ihre Energie, ihr eigenes Reich aufs Spiel setzen und sich engagieren.

Ich begrüße, was die Genossin vorhin ansprach, als sie sagte, dass wir hier 30 politische Organisationen zusammengebracht haben. Das ist toll! Es ist also möglich, zusammenzufinden. Es ist also möglich, den Stillstand zu überwinden. So geschwächt, wie die Linke heute in Europa ist, kann sie sich den Luxus nicht leisten, zu ihren Gefährten auf Distanz zu gehen. Vielleicht gibt es Differenzen in 10 oder 20 Punkten, dafür aber Einigkeit in 100. An diesen 100 Punkten, in denen Übereinstimmung oder eine Berührung herrscht, sollte gearbeitet werden. Heben wir uns die restlichen 20 Punkte für später auf. Wir sind zu sehr geschwächt und können uns nicht den Luxus leisten, uns weiter Scharmützel zu liefern und zu befehlen und uns dabei voneinander zu distanzieren. Wir sollten auch hier wieder einer Logik Gramscis folgen: vereinigen, ausgestalten, fördern.

Man muss die Macht im Staat übernehmen, man muss für den Staat kämpfen, doch vergessen wir niemals, dass der Staat weniger eine Maschine, sondern eher eine Bezie-



hung ist. Weniger Materie, sondern eher Idee. Der Staat ist in erster Linie Idee. Ein Teil von ihm ist Materie. Materie ist er, wenn es um soziale Beziehungen, um Stärke, um Druck, um den Haushalt, um Abkommen, um Vorschriften, um Gesetze geht. Doch in erster Linie ist er Idee im Sinne des Glaubens an eine gemeinsame Ordnung, an einen Gemeinschaftssinn. Im Grunde ist der Kampf um den Staat ein Kampf um eine neue Art und Weise, uns zu vereinen, um eine neue Universalität. Um eine Art Universalismus, der die Menschen freiwillig vereint.

Doch hierfür müssen wir zuvor Überzeugungen gewinnen. Hierfür müssen wir zuvor die Gegner mit Worten, mit gesundem Menschenverstand bezwingen haben. Hierfür müssen wir zuvor die herrschenden Auffassungen der Rechten mit unseren Argumenten, unserer Weltsicht, unseren moralischen Einstellungen zu den Dingen bezwingen. Und hierfür wiederum ist sehr harte Arbeit nötig. Politik ist nicht allein eine Frage des Kräftemessens oder der Mobilisierungsfähigkeit – der Zeitpunkt dafür kommt später. Politik ist zuerst und zuvörderst Überzeugung, Gestaltung, gesunder Menschenverstand, Glaube, eine gemeinsame Idee und gemeinsame Urteile und Vorurteile hinsichtlich der Weltordnung. Und hier kann sich die Linke nicht allein mit der Einheit der linksgerichteten Organisationen begnügen. Sie muss sich in den Bereich der Gewerkschaften ausdehnen, die die Stütze der Arbeiterklasse und die organische Form ihres Zusammenschlusses bilden. Wir sollten jedoch auch, liebe Genossen und Genossinnen, die völlig neuen Formen der gesellschaftlichen Organisation genau im Auge behalten. Die Neuordnung der sozialen Klassen in Europa und weltweit wird zu anderen Formen von Zusammenschlüssen führen, flexibleren und weniger organischen Formen, die vielleicht stärker gebiets- und weniger arbeitsstättenbezogen sind. Notwendig ist dabei alles: Zusammenschlüsse an den Arbeitsstätten, gebietsbezogene Zusammenschlüsse, Zusammenschlüsse je nach Thematik, je nach Ideologie usw. Es ist eine Reihe flexibler Strukturen, denen gegenüber die Linke in der Lage sein muss, sich gestalterisch einzubringen, Vorschläge zu unterbreiten, einend zu wirken und schließlich voranzukommen.

Lasst mich im Namen des Präsidenten und in meinem eigenen Namen Euch zu dieser besonderen Begegnung gratulieren und mit allem Respekt und in aller Freundschaft den Wunsch bzw. Aufruf an Euch richten: kämpft, kämpft, kämpft! Lasst uns, die anderen Völker, die an manchen Orten wie in Syrien, teils in Spanien, in Venezuela, in Ecuador, in Bolivien, auf sich gestellt kämpfen, nicht allein. Lasst uns nicht allein, wir brauchen Euch, und erst recht ein Europa, das nicht nur aus der Ferne sieht, was in anderen Teilen der Welt vor sich geht, sondern ein Europa, das wieder von Neuem beginnt, die Geschicke des Kontinents und die Geschicke der Welt mitzubestimmen.

Meine Glückwünsche und herzlichen Dank!

Vereinigt euch für eine linke Alternative in Europa

Politisches Dokument des 4. Parteitages der Partei der Europäischen Linken, Madrid 15. Dezember 2013

Einführung: Europa in einer tiefen Krise, eine entscheidende Rolle für die alternativen Kräfte und die EL

Europa befindet sich in der schwersten Krise seiner Geschichte seit den dreißiger Jahren und dem Zweiten Weltkrieg. Die europäische Einigung sollte den herrschenden Kräften zufolge ein Vorhaben des Friedens und des sozialen Fortschritts sein. Es verwandelt sich jedoch in einen Albtraum, bei dem der europäischen Bevölkerung als einzige Perspektive ein brutaler und allgemeiner sozialer Rückschritt angeboten wird. Ganz Europa ist von einem Sturm mitgerissen; ausgelöst haben ihn die Krise des Finanzmarktkapitalismus, deren soziale und ökologische Folgen die Menschheit und den Planeten mit unerhörter Wucht treffen, und eine Vorstellung von einer Europäischen Union, die nach einem ultraliberalen Modell geformt ist und unter der Aufsicht der Finanzmärkte steht.

Die Krise des globalisierten Kapitalismus trifft nach Jahren der Gewinanhäufung und einer Aufteilung des Wohlstands und der Machtbefugnisse zugunsten des Kapitals jedes Land und jeden Aspekt des Lebens auf die eine oder andere Weise. Die extreme Sparpolitik, der Rückgang und die Unsicherheit der Beschäftigung, die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und Unternehmen, die Zerstörung ganzer Bereiche der Produktivkräfte, die dramatischen Einschnitte beim sozialen Schutz, die Schwächung der demokratischen Institutionen, die zunehmende Repression und „Sofortmaßnahmen“ werden eingesetzt, um die Herrschaft des Kapitals und der Gewinne zu bewahren.

Für die europäische Bevölkerung ist die Lage unerträglich geworden. Austerität und Autoritarismus sind die Werkzeuge einer Strategie der europäischen Oligarchien zur Beherrschung der Völker. Während die Banken finanzielle Unterstützung erhalten, werden die öffentlichen Ausgaben reduziert, die Arbeitslosigkeit explodiert. Während die Steuern für Unternehmen und große Vermögen systematisch gesenkt werden, wird die Bevölkerung durch ungerechte Abgaben belastet. Die Löhne und Gehälter werden gesenkt, doch die Gewinne der Unternehmen steigen und die Ungleichheiten mit ihnen.

Wegen Immobilienspekulationen haben ganze Familien kein Dach mehr über dem Kopf.

Die nicht nachhaltige Nutzung der Ressourcen wird durch produktivistische Modelle in der Landwirtschaft, Fischerei und Tierhaltung und durch Spekulation auf den Agrarmärkten weiter vorangetrieben, während die Kleinbauern und Kleinfischer nichts zum Leben haben und der Klimawandel die Menschheit bedroht. Während es in den Köpfen eine Bewegung hin zu mehr Gleichheit gibt, nehmen Ausbeutung, Gewalt und der Handel mit Frauen wieder zu.

Das gleiche gilt für alle Gewalttaten aufgrund der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität. Während der Wunsch nach mehr Demokratie wächst, mehren sich Angriffe auf die Freiheiten und Repression. Und während der Frieden notwendiger denn je erscheint, entscheidet sich die



europäische Führung für den Weg der transatlantischen Beziehungen, der NATO und der militärischen Interventionen.

Der Weg, den die EU eingeschlagen hat, ist eine Sackgasse. Er führt den gesamten Kontinent in die Rezession und ruft eine existenzielle Krise der Europäischen Union hervor. Über die Grenzen der EU hinaus erleben alle europäischen Länder politische und soziale Turbulenzen, die den Kontinent auf Jahrzehnte hin umgestalten werden. Die europäischen Staats- und Regierungschefs und alle Kräfte, die ihre Vorhaben in den nationalen Parlamenten wie auch im Europäischen Parlament meist durch einen Konsens der konservativen rechten Kräfte, der Liberalen, der Sozialdemokraten und der Grünen unterstützt haben, tragen eine große Verantwortung.

Jetzt müssen wesentliche Entscheidungen getroffen werden. Es wird weder einen Status quo noch eine Umkehr geben. Wird an den derzeitigen Entscheidungen festgehalten, wird sich die EU immer mehr in ein autoritäres Direktorium verwandeln, das soziale Rückschritte produziert, die jeden Gedanken der europäischen Solidarität und Gerechtigkeit bedrohen. Wir schlagen eine Zäsur und ein anderes europäisches Projekt vor, das auf den Interessen der europäischen Völker und der Wahrung ihrer Souveränität mit dem Ziel gründet, der europäischen Einigung wieder einen Sinn zu geben.

Es kommt für uns nicht in Frage, einen Zusammenbruch der Europäischen Union abzuwarten, der Ungeheuer wecken könnte, oder nationalistische Lösungen zu fördern, die die Völker aufeinander hetzen. Die europäische Linke, die wir vertreten, ist internationalistisch und solidarisch. Sie strebt eine sozialistische Alternative an, eine vom Kapitalismus, von der Ausbeutung, der Unterdrückung und ihrer Gewalt befreite Zivilisation. Unsere Sicht garantiert eine Aufteilung des Wohlstands zugunsten der Arbeit, ein auf sozialer und ökologischer Ebene fortschrittliches Entwicklungsmodell, die Freiheit und die demokratischen Rechte aller europäischen Bürger. In diesem Sinne kämpfen wir für eine Neugründung Europas, das heißt, eine Neudefinition seiner Ziele, seiner Politik und seiner Strukturen, ein produktives, soziales und ökologisches Wirtschaftsmodell, das völlig anders ist, das auf der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der Souveränität der Völker basiert.

In diesem Zusammenhang hat die Partei der Europäischen Linken eine historische Verantwortung, denn die Krise in Europa hat tiefgreifende Folgen für die Gesellschaften und setzt gegensätzliche Kräfte frei. Auf der einen Seite wächst durch den sozialen Rückschritt und die ständige Verweigerung der Demokratie die Kluft zwischen den Menschen und innerhalb der Gesellschaften. Dies begünstigt in vielen europäischen Ländern ein Vordringen von Formen nationaler und regionaler Egoismen sowie frauenfeindliche, homophobe, transphobe oder faschistische und fremdenfeindliche Einstellungen. Aber auf der anderen Seite verschärfen sich die Kämpfe, und die linken Kräfte werden stärker. Viele kritische Kräfte sind heute zu einer europäischen Front bereit, die eine linke Alternative, einen Ausweg aus der Krise und die Begründung einer regionalen europäischen Zusammenarbeit bietet, die allen Menschen in Europa und weltweit zugutekommt. Wir wollen uns mit ihnen zusammenschließen, um in Europa echte Änderungen zu bewirken.

Diesen Sinn wollen wir dem Bestehen einer Partei der Europäischen Linken geben. Die EL vereint antikapitalistische, kommunistische, sozialistische, ökologische, feminis-

tische, ökosozialistische, republikanische Kräfte und sonstige Demokraten und setzt sich für die Entwicklung von Vorschlägen, Aktionen und Räumen ein, in denen diese Vorstellungen zusammenfließen können. Dies ist unser Markenzeichen in einer europäischen politischen Landschaft, die von den Kräften beherrscht wird, die den Neoliberalismus fördern und im Dienste der Interessen des Großkapitals handeln. Unser Ziel ist es, diesen Konsens durch eine konvergente Aktion der verschiedenen politischen Kräfte zu durchbrechen, die in den europäischen Ländern bestehen und mit einer antikapitalistischen Perspektive auf der Straße und in den Institutionen kämpfen.

Der vierte Parteitag der EL muss eine neue Phase einleiten, um besser auf dieses Ziel reagieren zu können, nicht nur im Rahmen der Europawahl 2014, sondern auch im breiteren Kontext der Zusammenführung verschiedener Volkskämpfe auf europäischer Ebene. Wir wollen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Bürgerinnen und Bürgern Wege eröffnen, damit sie bei politischen Entscheidungen Einfluss ausüben können. Wir wollen eine echte politische und wirtschaftliche Demokratie aufbauen, um gegen den Staatsstreich der Finanzwelt vorzugehen und die Macht zurückzugewinnen.

I. Eine dramatische Zuspitzung der Krise in Europa: das Scheitern der ultraliberalen Strukturen und der „Austeritätsmaßnahmen“

Wir stehen vor einer Krise des Kapitalismus, von der ausnahmslos alle Regionen der Welt betroffen sind. Doch die Krise in der EU hat aufgrund der Strukturen und der neoliberalen Dogmen, die vor und nach dem Ausbruch der Krise intensiv angewendet wurden, einen besonderen Charakter. Die „Strategie 2020“ und der Haushaltsrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 sind ganz offenkundig Werkzeuge dieser Politik der Zerstörung.

Die EU wurde nach einem Wirtschafts- und Wählungsmodell aufgebaut, das im Dienste der Finanzwelt und der mächtigsten Staaten steht. Die EU wurde auf den Zerstörungs- und Privatisierungsgrundsätzen aufgebaut, die die sozialdemokratischen und rechten politischen Organisationen bei jeder Vertragsunterzeichnung, einschließlich des Fiskalvertrags, gemeinsam vertraten. Der Geist und das Vokabular des Konsenses von Washington wurden von diesen politischen Organisationen in Brüssel eingeführt, die das Eingreifen der Troika (IWF, EZB und Europäische Kommission) beschleunigt haben.

Ziel der europäischen Verträge ist es nicht, den Menschen, sondern den Märkten zu dienen. Ihre Grundlagen machen einen sozialen und territorialen Zusammenhalt unmöglich, verhindern die Verwirklichung der unmittelbaren Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Entwicklung der Beschäftigung, der Ausbildung und der Emanzipation des Menschen im Allgemeinen.

Die neoliberale Ideologie, die diese Phase der kapitalistischen Entwicklung dominierte, bestimmte auch den Aufbau der EU. Die Förderung der Deregulierung des Marktes und des Finanzsystems, die Privatisierung der strategischen Wirtschaftssektoren, der Wettbewerb zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um Löhne zu senken und die sozialen Errungenschaften abzubauen, das Nichtvorhandensein ausreichender Haushaltsmittel für eine Strategie der



Kohäsion und der Konvergenz sowie die Aufgaben, die der Europäischen Zentralbank im Dienste der Finanzmärkte und geschützt vor einem öffentlichen Eingreifen zugewiesen wurden, haben zur Krise geführt.

Dies ist der Hauptgrund für die Krise des Euro. Das wirtschaftliche und institutionelle Gefüge der EU wurde geschaffen, um ausschließlich die Interessen des Großkapitals zu schützen und seine Investitionen zu sichern. Dies erklärt, warum sich die EZB seit 2008 bemüht, die Banken und nicht die Menschen zu retten. Statt die enormen Summen, die unter dem Schutz der EZB zur Verfügung stehen, für die soziale und ökologische Entwicklung und einen gemeinsamen Fortschritt für die Menschen einzusetzen, hat der Euro die Rentabilität der Geldanlagen der Mächtigen geschützt. Einem Land nach dem anderen wurden veritable Strukturanpassungsprogramme auferlegt. Bei Ausbruch der Krise im Jahr 2008 leistete die EZB den Banken finanzielle Hilfe und nahm die schwächsten Staaten in den Würgegriff. Dieser Umgang mit dem Euro, der wohl kaum Solidarität schaffen kann, hat die Ungleichheiten zugunsten einer dominierenden Position Deutschlands in der Eurozone verstärkt. Kennzeichnend für die Lage ist unter anderem ein Rekordwachstum der Ungleichheiten in Europa. Die europäische Einigung ist durch ein strukturelles Ungleichgewicht zugunsten deutscher Ausfuhren geprägt. Die EL hält einen tiefgreifenden Wandel der Eurozone im Dienste einer solidarischen Perspektive Europas für unumgänglich und dringlich notwendig. Dies erfordert einen Bruch mit den Gründungsverträgen der EU und der EZB, die sie zu einer neoliberalen Politik verpflichten. Dies erfordert auch eine tiefreichende Änderung des Kräfteverhältnisses auf europäischer Ebene.

Seit 2008 war der Umgang mit der Krise nicht nur von den unmittelbaren Interessen der Kapitalisten bestimmt, sondern wurde auch genutzt, einen Prozess der sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierung in der Region drastisch zu beschleunigen und Strukturanpassungen aufzuerlegen. Die derzeitige Katastrophe ist keine „Nebenwirkung“ der Krise, sie ist Ergebnis eines skrupellosen Prozesses, der auf die Sozialisierung der Verluste und die Privatisierung all dessen abzielt, was Gewinne erzeugen kann. Im Gegensatz zu den vorherrschenden Argumenten hat die Krise ihren Ursprung nicht in einer schlechten Verwaltung der südeuropäischen Staaten. Mit der Finanzialisierung der Weltwirtschaft und der damit einhergehenden gegenseitigen Abhängigkeit, mit der Deflation der Löhne, der die amerikanischen Beschäftigten jahrzehntelang ausgesetzt waren, hat die Subprimekrise in den USA eine Schockwelle im internationalen Bankensystem ausgelöst, die Auswirkungen auf alle Volkswirtschaften in der Welt hatte. Der internationale Bankenmarkt geriet in die Krise, die Banken verzeichneten Rekordverluste. Es handelt sich um eine systemische Krise. Im Dienste der Finanzwelt haben die Regierungen der europäischen Länder massive Rekapitalisierungen vorgenommen und die privaten Schulden der Banken damit in öffentliche Schulden umgewandelt. Die „Schuldenkrise“ ist folglich eine Krise der privaten Schulden. Hierin besteht das unglaubliche Kunststück der Neoliberalen: Sie haben die Schulden sozialisiert und die Bevölkerung für die Finanzkrise zahlen lassen.

Die Krise ist sehr rasch zu einem Damoklesschwert geworden, das über den europäischen Staaten schwebt. Unter Berufung auf die unhaltbaren Kriterien von Maastricht und

mit Hilfe so genannter „Rettungspläne“ („Bail-Outs“), die in Wirklichkeit Pläne zur Rettung der Gläubigerbanken waren, begann ein unglaublicher Prozess der Erpressung Griechenlands, Portugals, Spaniens, Irlands, Italiens und Zyperns. An erster Stelle stand dabei die Verweigerung jeglicher Teilung oder Umstrukturierung der Schulden. Das Gegenstück zu diesen „Hilfen“ war die Auferlegung von Austeritätsmemoranden und Strukturreformen mit dem Ziel einer Privatisierung und Zerstörung der öffentlichen Dienste, der Systeme des sozialen Schutzes und der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit anderen Worten, die Krise war eine Gelegenheit für die Neoliberalen, ihre Reformen mit erschreckender Gewalt und Geschwindigkeit zu Ende zu führen.

Ergebnis: Die Rezession hat sich in ganz Europa ausgebreitet, die Wirtschaftsstrukturen der Länder sind vollständig zerstört.

Dies ist vor allem in Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, Italien und auf Zypern sowie in der Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Länder sichtbar, in denen die Wirtschaftskrise zu einer humanitären Krise geworden ist. Die große Armut, der Hunger, die Mangelernährung der Kinder, vermehrte Fälle von HIV/Aids und sonstiger, durch Geschlechtsverkehr übertragbarer Krankheiten und Epidemien, die als ausgerottet galten, tauchen wieder auf. Auch die Nicht-EU-Mitgliedstaaten sind betroffen. In vielen osteuropäischen Ländern hat sich die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und der schwächsten Gruppen dramatisch verschlechtert, die Korruption zersetzt alle Sphären des sozialen Lebens. Die ärmsten Länder liegen in Osteuropa: Moldawien, Ukraine, Bulgarien, Rumänien. Die wirtschaftliche Katastrophe geht mit einem enormen Demokratiedefizit einher. Die ersten Opfer der Märkte sind die Frauen, die Migranten und die Jugend.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in einigen Ländern bei über 50 Prozent und nimmt überall in Europa rapide zu. Die Auswanderung junger Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie qualifizierter Kräfte schreitet voran. Arbeitslosigkeit oder Exil, ist das die Wahl, vor die wir die Jugend stellen wollen?

Die Frauen leiden besonders unter der Krise und der Krise der EU. Folgen haben vor allem die Kürzungen in den Staatshaushalten. Da viele Frauen im öffentlichen Sektor arbeiten und am stärksten durch unbezahlte Familienarbeit benachteiligt sind, brauchen sie gute öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie eine Politik zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Ungleichheiten bei den Löhnen sind ein Skandal. Die dramatischen Änderungen infolge der Austeritätspolitik, die den Sozialstaat untergraben und zerstören, führen zu einer Zunahme der Frauen mit niedrigem Einkommen, schlechten oder unbezahlten Arbeitsplätzen sowie zu Armut und einer stärkeren Ungleichbehandlung von Männern und Frauen. Migrantinnen sind dabei besonders gefährdet. So sind beispielsweise Frauen mit Kindern oder anderen familiären Verpflichtungen gezwungen, wieder die traditionelle Rolle der Hausfrau zu übernehmen, sie arbeiten ohne Bezahlung, büßen ihre Rechte ganz oder teilweise ein. Dies verstärkt ihre Unterordnung unter das Patriarchat: Verlust wirtschaftlicher und sozialer Rechte (Kürzung der Renten etc.), der sexuellen Rechte und der Reproduktionsrechte (Kriminalisierung der Abtreibung) und der Rechte sexueller Minderheiten. In vielen Ländern nimmt



die physische, sexuelle und symbolische Gewalt gegen Frauen in besorgniserregendem Umfang zu. Eine Zunahme gibt es auch beim Frauenhandel und dem Geschäft mit der Prostitution.

Auch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LSBT) sind das Ziel eines konservativen und heteronormativen Diskurses bei Themen wie Gesundheit und der „normalen Familie“. In vielen europäischen Ländern werden LSBT mit Wissen der staatlichen Behörden physisch angegriffen, am Arbeitsplatz oder in der Schule misshandelt oder ihnen wird das Recht auf medizinische Behandlung verweigert.

Massive autoritäre Übergriffe bedrohen die Demokratie. Die Hauptverantwortlichen für die Umwandlung der privaten in öffentliche Schulden versuchen angesichts der Ablehnung ihrer politischen Entscheidungen durch die Bevölkerung um jeden Preis, jede wirkliche Debatte über Alternativen zu verhindern und Proteste zum Schweigen zu bringen. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission die Eintragung des von der EL eingereichten Vorschlags für eine Europäische Bürgerinitiative („Gründung einer europäischen öffentlichen Bank, die sich ausschließlich der Finanzierung von Investitionen in soziale Entwicklung und den ökologischen Übergang widmet“ und dabei die Finanzmärkte dank sehr niedriger EZBLEitzinsen umgeht), abgelehnt, der ein erster Schritt in Richtung einer Intervention öffentlicher Stellen im Finanzsektor gewesen wäre. Diese Ablehnung ist ein klares Zeichen für die feindselige Haltung gegenüber den Vorstellungen von sozialem Fortschritt, Demokratie und Solidarität.

Die Souveränität der Völker wurde durch die Zentralisierung der Machtbefugnisse in technokratischen von der Troika (IWF, EZB und Europäische Kommission) geführten Gremien missachtet. Angesichts der Abstrafung durch die Wähler, der Streiks und der Massenbewegungen halten sich die Regierungen künstlich über große Koalitionen oder nicht gewählte Regierungen an der Macht, um die Memoranden weiter anwenden zu können. Sie ignorieren alle politischen Botschaften ihrer Bevölkerung und provozieren politische Dauerkrisen.

In allen Ländern, in denen massiv Kritik geäußert wird, werden die sozialen Bewegungen unterdrückt, die gewerkschaftlichen Freiheiten eingeschränkt und der Pluralismus in den Medien in Frage gestellt. Propagandamaßnahmen sollen die linken Kräfte in Misskredit bringen.

Das Wiederaufleben des Antikommunismus, das insbesondere im Osten sichtbar ist, und dessen Grundlage eine inakzeptable, historisch ignorante und skandalöse Gleichsetzung von Kommunismus, Faschismus und Nazismus ist, mit der jede alternative Sichtweise diskreditiert werden soll, geht mit dieser demokratiegefährdenden Strategie einher.

Die europäischen Institutionen sind antidemokratisch und weit von den Forderungen der Bevölkerung entfernt. Ein wirkliches Eingreifen der Bürger ist für die Führung der EU schlichtweg unerträglich, da nicht mit ihrer Klassensicht auf den europäischen Gedanken vereinbar. Den Bürgern und ihren gewählten Vertretern wird die Macht zugunsten technokratischer Institutionen wie der Europäischen Kommission entzogen, die ganz und gar auf die neoliberale Politik ausgerichtet und vor jeder Kontrolle durch den Bürger „geschützt“ sind. Sie brauchen gefügige Regierungen und Parlamente, daher sind die nationalen Parlamente selbst beim Thema Haushalt von der politischen Entscheidung ausgeschlossen, auch wenn es sich dabei um die wichtigste Zu-

ständigkeit eines nationalen Parlaments handelt. Auch aus diesem Grund werden die lokalen Gebietskörperschaften finanziell im Würgegriff gehalten. Alle Abstimmungen, bei denen die Bürger die neoliberale europäische Einigung eindeutig ablehnten, wurden missachtet. Dies ist der Hauptgrund für die von Wahl zu Wahl zunehmende Zahl der Nichtwähler und das tiefe Misstrauen, das sich seit Jahrzehnten manifestiert.

Der Aufbau der EU geht zulasten der Biosphäre. Das menschliche Ökosystem ist einzigartig. Jede die Produktion betreffende Entscheidung, jeder Industrieunfall hat weltweite Folgen. Die gesamte Menschheit kann in diesem Ökosystem, das von der Dynamik des Kapitalismus bedroht ist, nicht existieren und überleben. Kapital und Produktivismus gehen Hand in Hand. Höhere Gewinne erfordern Umweltverschmutzungen jeder Art, gesundheitliche Schäden für die Menschen, Sterilisierung der Böden, Verschwendung ... Wenn die Reichen mehr Verschmutzung verursachen, müssen die Armen natürlich den Preis dafür zahlen und unter den unmittelbaren Schäden leiden.

Um die Umwelt, die Gesundheit, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unsere Grundbedürfnisse zu befriedigen, ist ein Bruch mit der Logik der Märkte und der Maximierung der Gewinne dringend geboten; dies bedeutet letztlich einen Bruch mit der derzeitigen Funktionsweise der Europäischen Union, die die Zerstörung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Herrschaft der Lobbys und Privatmonopole und ihrer katastrophalen Verschwendung fördert. Der Biosphäre werden immer rascher Auswirkungen zugezogen, die nicht tragbar sind. Der europäische Markt für Kohlendioxidemissionen – der größte der Welt –, der es Unternehmen gestattet, Emissionsrechte zu handeln, hat diesen Trend nicht verlangsamt. Im Gegenteil, er hat einen neuen Raum für die Spekulation geschaffen, die den größten Verursachern zugutekommt.

Der Aufbau der EU geht zulasten aller Völker der Welt. Obwohl die EU ein starkes Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit sein könnte, initiiert sie Freihandelsabkommen, mit denen die übrigen Regionen der Welt dominiert werden sollen. Beim Wettstreit um Dumping und die Ausweitung der Deregulierungen handelt die EU auch Freihandelsabkommen mit Industrieländern aus. So beispielsweise im Fall des geplanten Abkommens über den großen transatlantischen Markt mit den Vereinigten Staaten und Kanada, das die Beschäftigung, die kleinen Unternehmen und die Errungenschaften der Arbeitnehmer, aber auch den Verbraucherschutz bedroht. Es würde internationale Gerichte schaffen, vor denen große Privatunternehmen Staaten verklagen und ihnen Gesetzesänderungen oder Bußgelder auferlegen, weil sie versucht haben, die Gesundheit oder die Umwelt zu schützen. Ganz allgemein führen die Freihandelszonen, mit denen die Ausfuhren erhöht werden sollen, zum Anstieg der Kohlendioxidemissionen und der Umweltkosten und beschleunigen Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung.

Die EU hat sich angesichts der Wirtschaftsmigration, für die sie mit ihrer Kolonialpolitik und den von ihr unterstützten imperialistischen Kriegen große Verantwortung trägt, nun für eine Festung Europa und Frontex, die Schengenabkommen entschieden, mit denen die Migranten zu totaler Ausgrenzung, zur Unterbringung in Hafteinrichtungen, die rechtsfreie Räume sind, oder zum Tod auf armseligen Booten verurteilt werden. Die EU agiert mit ihrer Ausrichtung auf die NATO



nicht für den Frieden auf der internationalen Bühne, sondern spielt im Gegenteil eine wichtige Rolle unter den imperialistischen Kräften.

Die Austerität hat alle möglichen Arten von Missbrauch zur Folge. Die laufenden Strukturanpassungen führen zu sozialem Rückschritt, zur Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen und zum Abbau der noch verbleibenden Reste von Demokratie. Das ist der Kern des Problems. Die Strukturanpassungen sind die antisoziale Antwort auf die Krise, die nur durch eine deutliche Veränderung der Machtverhältnisse in Europa beendet werden kann.

II. Internationale Krise: globale und systemische Krise, Krise der Zivilisation

Die europäische Krise ist Teil der internationalen Krise. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kapital und Ökologie, zwischen Kapital und Demokratie, Kapital und friedlicher Entwicklung, Kapital und Gleichstellung der Geschlechter wird immer sichtbar. Der Kapitalismus kann nicht menschenwürdig gestaltet werden.

Die gesamte Menschheit steht heute neuen Herausforderungen gegenüber, die globale Antworten erfordern, um den Kapitalismus und das Patriarchat zu überwinden und die Entstehung eines neuen humanen und nachhaltigen Entwicklungsmodells zu ermöglichen:

- die systemische Krise der globalisierten Finanzwelt bewältigen;
- ein alternatives Wirtschaftsmodell zum Produktivismus und zur „Wettbewerbsfähigkeit“ entwickeln;
- die Herausforderungen der Entwicklung bewältigen: Bekämpfung von Hunger und Armut, Reaktion auf die Energie- und Nahrungsmittelkrise, Sicherstellung des Zugangs zu Wasser;
- auf die ökologische Krise, den Klimawandel, die Gefährdung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme durch nicht nachhaltige Nutzung reagieren: einen ökologischen, demokratischen und nachhaltigen Ansatz für die Wirtschaftstätigkeit festlegen;
- Imperialismus, Neokolonialismus und die Macht der multinationalen Unternehmen bekämpfen, die antiimperialistische Solidarität zur Verteidigung des Friedens, der Menschenrechte und der Freiheiten stärken und einen linken Ansatz bei Fragen der Migration fördern – auf der Grundlage des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben und der Gleichheit der sozialen Rechte für Personen, die Schutz suchen oder sich auf dem europäischen Gebiet bewegen, unabhängig von ihrer kulturellen, nationalen oder sozialen Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrer religiösen Überzeugung;
- die Werte der Solidarität und der Gleichheit der Rechte gegenüber Individualismus, Fremdenfeindlichkeit, religiösem Fundamentalismus und allen Arten von Rassismus und Diskriminierung stärken;
- die Macht teilen, eine echte Demokratie aufbauen, die an die Stelle der Macht des Großkapitals tritt, dem öffentlichen Raum durch Bekämpfung von Autoritarismus, Antikommunismus und Antisozialismus wieder Luft zum Atmen geben.

Der gegenwärtige Kampf um die Begründung eines neuen Prozesses der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Integration auf regionaler Ebene muss mit einer internationalistischen Dimension verbunden werden, bei der die Stärkung

der Völker unseres Kontinents mit den Fortschritten der progressiven Kräfte weltweit verknüpft ist.

Europa hat eine Verantwortung, die über seine Grenzen hinausgeht. Progressive regionale Kooperationen können ein Werkzeug des globalen Kampfes sein. Der derzeitige Kampf um die Neugründung der EU muss in Relation zur internationalistischen Dimension unseres Kampfes gestellt werden. Die EL will die politischen Kämpfe führen und die Kooperationen verwirklichen, die für die Entstehung einer neuen Art der Entwicklung nötig sind.

Die Welt hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Die Globalisierung, die Informationsrevolution und die Entstehung neuer Mächte wie der BRICStaaten haben neue Bedingungen für die internationalen Kämpfe geschaffen. Die Informationsrevolution bietet neue Möglichkeiten des Austauschs, die gleichzeitig Werkzeuge für den Kampf und für die Reflexion über die Wirtschaft von morgen sind.

Die Menschen finden sich mit der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nicht ab. Eine neue internationale Runde von Protesten hat begonnen, bei der sich die Kämpfe verschiedener sozialer Gruppen vereinen, die Strukturanpassungen und die neoliberale Ordnung in Frage stellen. Die Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbinden sich mit den Forderungen der so genannten Bewegung der „Empörten“ nach einem tiefgreifenden Wandel. Nach Ansicht der EL ist der wirtschaftliche und politische Kampf, der weiterhin zentrale Bedeutung hat, auf natürliche Weise mit den Kämpfen für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, die individuellen und kollektiven Freiheiten, die Emanzipation der Frauen sowie für eine Kultur im Dienste eines jeden verbunden. Sie will eine gemeinsame Front für eine gemeinsame Sache bilden: die der gesellschaftlichen Mehrheit in Europa. Bei diesem Kampf müssen Kooperationen mit der Arbeiterbewegung, den linken und progressiven Kräften in ganz Europa, einschließlich Russlands und der osteuropäischen Länder, begründet werden.

Dieser Mobilisierung der Bevölkerung und dem wachsenden Bewusstsein für die Notwendigkeit einer dem Menschen und der Erde gerechten Entwicklung stehen die kapitalistische Logik der „alten Welt“ und ihre Werkzeuge der Plünderung, der Kriege, der Beherrschung entgegen. Die USA und ihre Verbündeten in der NATO haben in den „Präventivkriegen“, den „humanitären“ militärischen Interventionen, in der Entwicklung ihrer Rüstungsindustrie und ihrer Nachrichtensysteme ein Mittel gefunden, um ihre Herrschaft und ihre Interessen vor allem im Nahen Osten zu erhalten.

Die derzeitige Führung der Europäischen Union hat gegen die Schwellenländer Verhandlungen mit den USA und Kanada zur Errichtung eines großen transatlantischen Marktes aufgenommen. Dieses Abkommen, das sich auf alle, einschließlich der strategisch bedeutsamsten Wirtschaftsbereiche, erstreckt, könnte die Wirtschaft der europäischen Länder zerstören und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die sozialen und ökologischen Normen und die Lebensmittelstandards beider Kontinente aufweichen. Dieses Vorhaben, das ohne jede Transparenz ausgehandelt wird, muss bekämpft werden. Die EL verpflichtet sich, die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu informieren und zu warnen und einen breiten politischen Kampf zu führen, um es zum Scheitern zu bringen.

Frieden und Sicherheit für die Menschen gehören zu den Hauptzielen der EL im Rahmen einer antiimperialisti-



schen Position und beim Streben nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, gegen das neoliberale und neoimperialistische Modell. Wir wollen den Verzicht auf Krieg als Mittel der internationalen Beziehungen. Die Vergabe des Friedensnobelpreises an die EU war völlig unangemessen. Unter der Schirmherrschaft der NATO war die EU an den letzten großen internationalen Konflikten beteiligt und hat die Entscheidungen ihrer imperialistischen Verbündeten, vor allem die Kolonial- und Kriegspolitik Israels in Palästina, unterstützt.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass eine regionale Zusammenarbeit, sofern sie eine neue Ausrichtung erhält, ein Werkzeug des Friedens sowohl innerhalb des jeweiligen Gebietes – insbesondere durch Druck auf die Türkei, die den nördlichen Teil Zyperns seit 1974 illegal besetzt hält und kontinuierlich dessen demographische Strukturen verändert – wie auch in der Welt, durch Wahrnehmung der Rolle in der UNO und Eintreten für die Wahrung des Völkerrechts, sein könnte. Die EU könnte ein gewichtiger Verbündeter für alle Völker sein, die für ihre Selbstbestimmung kämpfen.

Der Dialog der progressiven Kräfte weltweit über eine alternative Perspektive und gemeinsame Kämpfe ist unverzichtbar. In diesem Sinne möchte die EL eine privilegierte Zusammenarbeit aufbauen.

● **Mit Lateinamerika:** Auch wenn Europa aufgrund seiner kolonialen und imperialistischen Vergangenheit besondere Beziehungen zu Lateinamerika hat, gibt es doch auf beiden Seiten des Atlantiks ähnliche Problemstellungen. In Lateinamerika ist es den Völkern mehrerer Staaten gelungen, sich der Politik der Strukturanpassung des IWF zu widersetzen und Tragödien zu verhindern – dank politischer Modelle, die eine Alternative mit sozialistischen Zielen bieten, die Beteiligung der Bevölkerung und eine weitreichende supranationale Zusammenarbeit fördern. Der Prozess der regionalen Integration beispielsweise im Rahmen der ALBA, die auf der Zusammenarbeit und horizontalen Beziehungen gründet sowie für den Gedanken der Solidarität und des Fortschritts eintritt, weckt Hoffnung und ist ein konkretes Beispiel für ein alternatives Modell gegen die internationale neoliberale Herrschaft.

Kuba spielt eine positive Rolle und ist ein Bezugspunkt für die gesamte Region sowie für viele linke Aktivistinnen und Aktivisten in der ganzen Welt. Wir fordern das Ende der seit fünfzig Jahren andauernden unmenschlichen Blockade Kubas und die Freilassung der „Cuban Four“. Wir lehnen den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Kuba ab.

Wir müssen von den Erfahrungen der Anderen lernen. Wir können auch viel in die Räume einbringen, die wir gemeinsam geschaffen haben, um die progressive internationale Zusammenarbeit des 21. Jahrhunderts zu entwickeln und uns gemeinsam den Herausforderungen zu stellen, vor denen die gesamte Menschheit steht. Die EL will ihren Austausch mit dem Forum von São Paulo fortsetzen und vertiefen.

● **Im Mittelmeerraum:** Die „Revolutionen“ in der arabischen Welt waren der Auslöser für die weltweite Welle der Empörung des Jahres 2011. Sie haben die Kraft des Eingreifens der Bevölkerung gezeigt und über ihre Länder hinaus Hoffnung geweckt. Einige meinen, die Ereignisse in der arabischen Welt destabilisierten die Ölwirtschaft, schwächten die Mechanismen der imperialistischen Herrschaft in der Region und könnten neue Möglichkeiten für den Kampf des palästinensischen Volkes eröffnen. Diese revolutionären Prozesse

sind noch nicht abgeschlossen. Sie sind stets lang, verlaufen nicht geradlinig und bergen politische Widersprüche.

Der Dialog zwischen den progressiven Kräften der Region – den traditionellen und den neuen –, den die EL im Oktober 2012 in Palermo eingeleitet und in Tunis anlässlich des Weltsozialforums fortgesetzt hat, ist wichtig, um die zu stärken, die in diesem für die imperialistischen Interessen in der Welt entscheidenden Rahmen gegen die Pläne des kapitalistischen Europas und der NATO kämpfen. Wir unterstützen nachdrücklich das Recht des Volkes der Westsahara auf Selbstbestimmung, die Resolutionen der UNO müssen befolgt werden. Angesichts des Handelns der westlichen Länder im Nahen Osten, im Falle Libyens und gegenüber Syrien sowie der Einmischung in den Prozess in Ägypten haben ein besseres Verständnis und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den politischen Kräften der Linken zu beiden Seiten des Mittelmeers entscheidende Bedeutung. Die Art und Weise, in der das Regime Erdogans die Volksbewegung unterdrückt hat, deren Symbol der Taksim-Platz war, und die illegale Besetzung Zyperns aufrechterhält, ist ebenso wenig akzeptabel wie seine allgemeine Rolle in der Region. Die EL will eine friedliche Lösung der Konflikte, die mit den Resolutionen der UNO im Einklang steht und mit der die Demokratie, die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Türkei sowie die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung und die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes sichergestellt werden. Sie wird sich weiterhin für die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen Staat einsetzen und verstärkt handeln, wenn die israelische Siedlungspolitik unter Missachtung des Völkerrechts gefährlich ausgeweitet wird.

● **Mit dem afrikanischen Kontinent:** Aufgrund der kolonialen Vergangenheit und der neuen Formen des Kolonialismus, den europäische Länder und die EU über die internationalen Abkommen praktizieren, will die EL ihre Zusammenarbeit mit den Kräften der afrikanischen Linken vertiefen.

● **Mit den BRICS-Staaten:** Für die EL hat die wachsende Rolle der so genannten BRICS-Staaten in der Weltwirtschaft und auf der internationalen Bühne entscheidende Bedeutung. Die EL will die Debatte mit den linken Kräften dieser Länder, aus Lateinamerika (Forum von São Paulo), Asien und Afrika (Forum der neuen afrikanischen Linken) fördern, um Perspektiven für eine internationale Alternative zur Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus aufzuzeigen.

III. Die Kräfteverhältnisse in Europa ändern. Ein Klima des Machtzugs und der Zerstörung der Sozialmodelle begünstigt die Entwicklung von Wahleuthaltung, Abkehr und Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik und ihren Vertreterinnen und Vertretern.

Die politische Landschaft in Europa wird zwar weiterhin von den Kräften des neoliberalen Konsenses beherrscht, verändert sich jedoch sehr rasch. Die Kräfte des neoliberalen Konsenses sind an der Macht, doch durch ihre bedingungslose Unterstützung für den Konsens von Washington, für die Verträge von Maastricht und Lissabon sowie ihren Eifer bei der Umsetzung der Austeritätspolitik im Rahmen des Autoritarismus sind sie mehr und mehr umstritten. Sie verteidigen objektiv die gleichen Dogmen, und das ist sichtbar. Die Korruptionsaffären oder die Finanzskandale



tragen zum Verlust ihrer Legitimität bei. Im Europa der Krise wächst der Wunsch nach Veränderung, nimmt aber auch die Abschottung zu. Die populistischen und fremdenfeindlichen, zuweilen sogar offen faschistischen oder neonazistischen Kräfte der extremen Rechten entwickeln sich ebenfalls, wie auch eindeutig sexistische Ideologien. Es stellt sich die Frage, wie Forderungen nach Emanzipation ein mehrheitsfähiger Weg geebnet werden kann, wie politische Ausdrucksmöglichkeiten für sie geschaffen werden können. In diesem Kontext können die Partei der Europäischen Linken, ihre Mitgliedsparteien und die Organisationen, mit denen sie bei den Kämpfen Verbindungen knüpfen, eine entscheidende Rolle spielen. Bürgerinnen und Bürger, Wählerinnen und Wähler können ihre Meinung ändern, doch nur wenn eine alternative Linke – die mit den wichtigsten sozialen Bewegungen, den Kämpfen der Arbeitenden und der Arbeitslosen, den antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen verbunden ist – besteht und wächst und so den neoliberalen Konsens durchbricht und das Wiederaufleben des Faschismus verhindert. Als progressive und antifaschistische Kraft besteht unser Ziel darin, den europäischen Völkern dabei zu helfen, aus der schärfsten Konfrontation der Klassen seit der Finanzkrise von 1929 und dem Zweiten Weltkrieg siegreich hervorzugehen. Wir betrachten uns als Werkzeug im Dienste der Menschen, die sich für die Bekämpfung von Ungerechtigkeit und Ausbeutung engagieren. Wir streben weiterhin danach, eine europäische politische und soziale Front gegen Austerität und für eine linke Alternative zu bilden.

Die Kämpfe gegen die Austerität und für die Demokratie schreiten voran, sind jedoch weiterhin sehr unterschiedlich entwickelt. Obwohl in ganz Europa Druck auf die Arbeiterklasse ausgeübt wird, unterscheiden sich die nationalen Kämpfe je nach Land und dessen Geschichte, der politischen und gewerkschaftlichen Kultur sowie den Kräfteverhältnissen in Stärke und Tragweite nach wie vor beträchtlich. Aufgrund dieser großen Unterschiede sind umfassende Bemühungen um den Dialog und ein Verständnis der jeweiligen Umstände erforderlich.

Kämpfe werden zwar in allen Ländern geführt, doch der Widerstand ist in Südeuropa mit neuen Zusammenschlüssen von prekär Beschäftigten und festangestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von jungen und alten Menschen sowie von öffentlichem und privatem Sektor innerhalb alternativer politischer Plattformen am stärksten. In Griechenland, Spanien und Portugal waren die vergangenen vier Wochen von einem Klima des Kampfes und des Zusammenschlusses geprägt: von der Bevölkerung unterstützte Massenstreiks, Vereinigung sektoraler sozialer Bewegungen, die „Empörten“ und Bewegungen junger Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen. In vielen anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich, Belgien, Italien und Großbritannien ist das Widerstandspotenzial hoch. In den nordeuropäischen Ländern kämpft die Linke gegen die Angriffe auf die Errungenschaften des Sozialstaates. Im Osten und in den Balkanländern sind entgegen allen Erwartungen starke Volksbewegungen zu beobachten, die für die Kaufkraft, die sozialen Rechte und das Recht auf Energie unter Wahrung der Umwelt, für die Demokratie und gegen die Oligarchien und die Korruption eintreten.

Schritte zu einer europäischen Koordinierung der Kämpfe sind getan. Wird die europäische Ebene als wesentlich für den Kampf der Klassen angesehen, ist die Verknüpfung

der Kämpfe auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene entscheidend. Innerhalb der sozialen Bewegungen hat es während der Krise einige Veränderungen gegeben. Initiativen zur Koordinierung und Bemühungen um gemeinsame Standpunkte und Aktionen der kritischen Kräfte nehmen innerhalb und zwischen den Ländern der EU und Europas zu.

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat trotz großer interner Gegensätze erstmals die Ausrichtungen der EU in Frage gestellt: Fiskalvertrag und Austeritätspolitik wurden einhellig abgelehnt, es gab Unterstützung und Aufrufe zur Mobilisierung.

Am 14. November 2012 wurde mit koordinierten Generalstreiks im Süden, Tagen der branchenübergreifenden Mobilisierung und der Solidaritätsaktionen in 23 Ländern und tausenden von europäischen Städten ein Meilenstein erreicht.

Zu neuen Zusammenschlüssen sozialer und politischer Kräfte auf europäischer Ebene: Die Linke ist mit allen ihren Bestandteilen im Begriff, ihre historische Opposition und ihre eigenen Grenzen zu überwinden, um sich der Offensive des Kapitals zu widersetzen und ein gemeinsames Projekt für die Zukunft Europas zu konzipieren. Wir sind dabei, einen neuen Typ von Bündnis zu schaffen, das Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen unter Wahrung der Kulturen, Räume und Rollen einer und eines jeden ermöglicht.

Der Prozess des AlterSummit, der soziale und gewerkschaftliche Bewegungen vereint und die Debatte mit den politischen Kräften eröffnet hat, ist ein bemerkenswerter Schritt. Die EL, die die Bildung einer europäischen Front anstrebt, verpflichtet sich, diesen Weg weiter zu beschreiten und die Entwicklung des Prozesses im Rahmen ihrer Rolle zu unterstützen.

Der Vorstoß der alternativen Linken – eine Hoffnung für den Klassenkampf in Europa: Die alternativen Kräfte entwickeln sich in den einzelnen Ländern ebenfalls sehr unterschiedlich. Dies hängt häufig mit der Ablehnung der Sparmaßnahmen durch die Bevölkerung zusammen. Die Kräfte, die mit der Politik der Troika identifiziert werden, haben bei den Wahlen Niederlagen erlitten. Der Diskurs des „Kompromisses“ der Sozialdemokraten verliert an Kraft, wenn die Konfrontation der Klassen spürbar wird. Die Sozialdemokraten, die 17 Regierungen oder Parlamentsmehrheiten in Europa bilden, mussten regelmäßig Verluste bei ihren Wahlergebnissen hinnehmen. Sie bieten keine Hoffnung, haben keine alternative Vision für die Gesellschaften und setzen auf dem Kontinent die neoliberale Agenda um. Sie unterstützen das Großkapital und teilen mit der Rechten eine neoliberale Weltansicht.

In dieser politischen Landschaft gibt es eine alternative Linke, die wächst und eine historische Verantwortung gegenüber der Rechten, der extremen Rechten, aber auch angesichts der Abdankung der Sozialdemokratie hat. Ihr Hauptmerkmal ist die klare Ablehnung der Memoranden. Die Mitgliedsparteien der EL versuchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Austeritätspolitik in ihren Ländern und auf europäischer Ebene zum Scheitern zu bringen. Falls sich die Machtfrage konkret stellt, könnte dies bedeuten, die Austeritätspolitik nicht anzuwenden, die Unterzeichnung eines Vertrages oder einer zwischenstaatlichen Vereinbarung wie des Fiskalvertrages abzulehnen, die europäischen Verträge und ihre Konsequenzen auf der Grundlage von Demokratie und Volkssouveränität nicht zu beachten.



Durch diese Verfahrensweisen und Theorien ermöglicht die alternative Linke den Zusammenschluss und die Sammlung unterschiedlicher politischer Kräfte. Dort, wo die Prozesse der politischen Umstrukturierung ausgereift sind, wo sich diese Kräfte aktiv für die Kämpfe und die Solidarität einsetzen, und wo sie eine Alternative zur Austerität anbieten und die Souveränität des Volkes verteidigen, erstarken die linken Kräfte. Im Falle Griechenlands vollzieht sich diese Entwicklung rasant.

IV. Die EL in Aktion zur Neugründung Europas

● **Alternative Vorschläge für den Ausweg aus der Krise**

In der Krise haben sich durch die herrschenden und neu entstehenden kapitalistischen Interessen verschiedene strategische Zielsetzungen entwickelt. Die Alternative der europäischen Linken wird nicht von der Agenda der herrschenden politischen Kräfte und der kapitalistischen Klasseninteressen eingeengt. Ihr Ziel ist vielmehr die Abschaffung der neoliberalen Dogmen als Bedingung für die Entstehung Europas als geopolitischer Raum, der zu einem globalen Wandel hin zu einer solidarischen Politik gegenüber den ärmsten Regionen der Welt beiträgt. Eine nachhaltige Strategie setzt eine neue internationale Regulierung der Finanzmärkte unter Berücksichtigung der derzeitigen Veränderungen und der Rolle aufstrebender Akteure wie China, Russland und der übrigen BRICStaaten voraus.

1. Vorrang für Beschäftigung, soziale, ökologische und solidarische Entwicklung:

- Produzieren in Europa und anders produzieren. Entwicklung einer Dynamik der Wiederübernahme strategischer Sektoren durch den Staat, neuer Kooperationen und Innovationen in der Industrie, um Beschäftigung, ein hohes Rechtsniveau für die Beschäftigten, die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Arbeit sicherzustellen, und Verwirklichung des ökologischen Wandels, um die Bedürfnisse der Gesellschaft und die ökologischen Grenzen für die Nutzung natürlicher Ressourcen in Einklang zu bringen.
- Verteidigung und Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen. Wir lehnen die Privatisierung der Gesundheits- und Bildungssysteme sowie aller öffentlichen Dienstleistungen ab, die Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art verstärken. Wir setzen uns für eine hochwertige, öffentliche und freie Bildung ein, die allen, von der Krippe über die Hochschule und die Weiterbildung bis zu (Berufs-)Praktika, offensteht. Für uns muss Bildung der persönlichen Entwicklung und der Kultur dienen. Dies beschränkt sich nicht auf den Erwerb wirtschaftlich nützlicher Kenntnisse, die auf Wettbewerb und Individualismus ausgerichtet sind. Die Schule muss die Emanzipation und die gemeinsame Erziehung aufrechter Bürger ermöglichen, die sich nicht unterordnen. Wir wollen die öffentlichen Gesundheitssysteme entwickeln und neu aufbauen und den Zugang aller zu ihnen sicherstellen. Wohnung, der Zugang zu Wasser und Energie müssen als grundlegende Menschenrechte betrachtet werden. Daher sind wir für staatliche Wasser- und Energieversorgungsbetriebe, die öffentlich verwaltet werden.
- Mindestlöhne in Europa müssen eine angemessene Bezahlung ermöglichen. Wir brauchen angemessene Mindestpensionen und Mindestrenten, die eine Ungleichbe-

handlung der Geschlechter ausschließen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Kürzung der Löhne oder Verlängerung des Renteneintrittsalters. Eine Harmonisierung der Löhne und des sozialen Schutzes auf höchstem Niveau. Die Erhöhung der Löhne und des Niveaus des Sozial-schutzes müssen von einem Land allein beschlossen werden können. Wir wollen politische Maßnahmen konzipieren, um eine gleichberechtigte Aufteilung aller Arten von Arbeiten, bezahlter und unbezahlter, wie Hausarbeit und Pflegetätigkeiten zwischen Männern und Frauen sicherstellen.

- Eintreten für den ökologischen Wandel: Förderung von Maßnahmen gegen den Klimawandel, Entwicklung der erneuerbaren Energien und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen. Jeder Schritt hin zum sozialen Fortschritt muss unser Ökosystem bewahren. Wir teilen den Ansatz der Ökosozialisten, dass die „ökologische Bifurkation“, die Wegscheide in ökologischen Fragen, ein langfristiger Prozess ist, der nicht von den großen Unternehmen und den Organisationen sichergestellt werden kann, die kurzfristig maximale Gewinne anstreben. Es muss eine Angelegenheit von Volkssouveränität und Demokratie sein. Nur das Volk kann das öffentliche Interesse definieren und eine Umweltplanung gewährleisten, die soziale Bedürfnisse, die Wahrung der Ökosysteme und einen wirklichen ökologischen Wandel verbindet. Die Einbindung der Bevölkerung in den ökologischen Wandel unserer Gesellschaften ist ein wesentlicher Teil der Bürgerrevolution.
- Angesichts der Herausforderung der Ernährungssouveränität muss die künftige europäische Landwirtschafts- und Nahrungsmittelpolitik durch eine staatliche Politik unterstützt werden, die den Bedürfnissen der Menschen und den Herausforderungen der öffentlichen Gesundheit Rechnung trägt. Unser Ziel ist eine hochwertige, gesunde und abwechslungsreiche, für alle zugängliche Ernährung. Wir brauchen eine Landwirtschaftspolitik, die vor den Schwankungen der spekulativen Märkte und der Landnahme schützt. Wir befürworten ein neues gerechtes und nachhaltiges Landwirtschaftsmodell, das den Landwirtinnen und Landwirten ein angemessenes Einkommen für ein menschenwürdiges Leben in unseren Regionen sichert, das Arbeitsplätze in der Landwirtschaft durch neue unabhängige Erzeuger schafft und für die Verbraucher Lebensmittel zu einem fairen Preis sicherstellt.

2. Emanzipation von den Finanzmärkten: die Wirtschaft in den Dienst der Menschen stellen

- Die Krise der Eurozone hat für die Mehrheit der Bevölkerung besorgniserregende Probleme und eine unerträgliche Lage zur Folge. Es besteht dringender Bedarf an einer radikalen Änderung der Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Krise der Eurozone führt zu Diskussionen über die einheitliche Währung und dem Vorschlag, dass einige Länder die Eurozone verlassen oder den Euro abschaffen. Diese Diskussionen sind durchaus legitim, da die derzeitige Politik, die Prioritäten, die Kriterien und die Ergebnisse der WWU ungerecht, antisozial und undemokratisch sind. Die EL tritt jedoch nicht für die Aufgabe des Euro ein, weil diese nicht automatisch zu einer progressiveren Politik führen würde. Das Hauptproblem, das heißt, die Rolle der Finanzmärkte und die Machtbefugnisse des Großkapitals, würde dadurch nicht gelöst. Die Aufgabe



des Euro könnte sogar den Wettbewerb zwischen den Menschen verschärfen und die Schulden der Staaten durch die Praxis des Abwertungswettlaufs explodieren lassen. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie mittels einer alternativen Haushaltspolitik, die sich auf ausreichende Haushaltsmittel, aber auch eine öffentliche und demokratische Kontrolle der Bankensektoren jedes Landes und der EZB stützt. Die bestehenden Instrumente müssen in Instrumente der Zusammenarbeit im Dienste der Menschen umgewandelt werden. Durch die Umgestaltung der Eurozone, bei der die Architektur des Euro und der europäischen Zusammenarbeit geändert und auf eine Wirtschaft der sozialen Bedürfnisse ausgerichtet wird, muss das enorme Potenzial der Geldschöpfung Europas zur Verringerung der Ungleichheiten, für die öffentlichen Finanzen und für eine neue Form der sozialen und ökologischen Entwicklung eingesetzt werden. Dies setzt eine Änderung der Rolle der Geldschöpfung in der gesamten Europäischen Union, insbesondere eine Änderung der Rolle, der Satzung und der Aufgaben der Europäischen Zentralbank, und allgemeiner eine Änderung der Kriterien für die Verwendung des Geldes durch Banken und Großkonzerne in ganz Europa voraus.

- Als Sofortmaßnahme befürwortet die Europäische Linke die Abhaltung eines europäischen Konvents zu den öffentlichen Schulden, der die Streichung eines Großteils der untragbaren Schulden der überschuldeten Staaten sowie eine Überprüfung der Fristen und Bedingungen für die Rückzahlung beispielsweise mit einer „Wachstums-klausel“ vorschlägt.
- Als weitere Sofortmaßnahme schlagen wir die Einrichtung einer demokratisch kontrollierten und verwalteten europäischen Stelle vor, die öffentliche Ausgaben der Mitgliedstaaten und Investitionen von Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, mit niedrigen Zinsen oder Nullzinsen und unter Wahrung klarer sozialer und ökologischer Kriterien finanziert, mit einem finanziellen Beitrag der EZB (Art. 123 Abs. 2 des Vertrages von Lissabon) und den Einnahmen aus der Tobinsteuer. Dies könnte zur Gründung einer öffentlichen europäischen Bank führen. Auf diese Weise könnten wir anfangen, die Unabhängigkeit und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank sowie die derzeitige Architektur des Euro und seiner Steuerung konkret und grundlegend in Frage zu stellen. Die EZB wird demokratischer Kontrolle unterworfen und befugt, Kreditgeber in letzter Instanz zu sein, das heißt, Kredite ohne die bestehenden unsozialen Gegenleistungen direkt an die Staaten zu vergeben. Das Geld darf nicht der Spekulation, sondern muss der Schaffung von Arbeitsplätzen, den öffentlichen Dienstleistungen, nützlichen Erzeugnissen und dem ökologischen Wandel dienen.
- Änderung des Steuersystems durch die allgemeine Einführung der Kapitalsteuer in den einzelnen Ländern. Wir treten dafür ein, toxische Finanzprodukte und Steuer-oasen zu verbieten und alle Pläne zur Einrichtung von „Sonderwirtschaftszonen“ auf europäischem Boden zu stoppen. Die Reichen müssen für die Krise zahlen!

3. Wahrung der Volkssouveränität und Entwicklung der Demokratie

Die Aufgabe der Neugründung Europas erfordert einen Prozess, der das vorgeschlagene alternative Modell angesichts der derzeitigen Lage stützen kann, in der die europäischen Beschlussfassungsmechanismen durch demokratische Verfahren, Mobilisierungsaktionen und sozialen Druck geändert werden müssen. Diese kollidieren nicht mit den nationalen Entscheidungen, sondern ermöglichen die Beschlussfassung auf europäischer Ebene durch ein Europäisches Parlament mit uneingeschränkten Befugnissen.

Ein solches Modell könnte den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Entscheidungen eröffnen und ein multikulturelles Europa erhalten, das die individuellen Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger und ihre universellen Rechte achtet. Ein Europa, das Menschen und Umwelt in Einklang bringt und eine neue „Charta der Grundrechte“ schaffen kann.

Über unsere Aktionen in den Institutionen und auf allen Ebenen des lokalen, nationalen, europäischen und internationalen Kampfes, mit Bewegungen und Foren, arbeiten wir mit allen zusammen, die dies wollen, Linken, Demokraten, Gegnern der Austeritätspolitik, mit denen uns gemeinsame Vorstellungen und Vorgehensweisen verbinden.

- Neugewichtung der Befugnisse in den Institutionen: die Macht den gewählten nationalen und europäischen Versammlungen. Befugnisse müssen von der Kommission an die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament übertragen werden. Die Rolle der Kommission muss auf Aufgaben der Exekutive beschränkt werden.
- Entwicklung der Einmischung der Bürgerinnen und Bürger und der partizipativen Demokratie in den Institutionen und Unternehmen, einschließlich von Referenden, partizipativen Haushalten und Geschlechterdemokratie, über verschiedene Maßnahmen und Bestimmungen wie Quoten für eine wirklich gleichberechtigte Vertretung von Männern und Frauen.
- Eine besondere Frage ist die der neuen separatistischen Bestrebungen auf regionaler Ebene. Seit der Anerkennung der historischen Rechte der Völker wissen wir, dass diese Fragen sehr komplex bzw. abhängig von der betreffenden Region äußerst heterogen sind. Notwendig sind daher eine fallweise Prüfung und die Sicherstellung einer fundierten Debatte sowie demokratischer und friedlicher Konsultationen der betroffenen Bevölkerung.

4. Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern

- Auflösung der NATO, Förderung von Abrüstung und Antikriegsaktionen, Abbau der ausländischen Militärbasen auf dem Gebiet der EU. Die EL lehnt Krieg und Militarismus entschieden ab. Hundert Jahre nach dem imperialistischen Ersten Weltkrieg halten wir es für unsere Pflicht, uns im Kampf für die weltweite Gerechtigkeit und die Abrüstung zu engagieren.
- Neue Wirtschafts und Handelsbeziehungen zum übrigen Teil der Welt: Sicherheit entsteht durch Entwicklung.
- Verteidigung der Werte der Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit unter besonderer Berücksichtigung der Gewalt gegen Frauen in Kriegen und bei militärischen Besetzungen.
- Abschaffung der Schengen-Abkommen und von Frontex.
- Ablehnung des großen transatlantischen Marktes.



● Die Europawahl: Bildung einer Front zur Überwindung der Austerität und zur Neugründung Europas

Die EL schenkt den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2014 große Aufmerksamkeit. Angesichts der Wahlenthaltung und des Misstrauens der Bürgerinnen und Bürger sieht sie darin eine Möglichkeit der Politisierung im Zusammenhang mit europäischen Fragen.

Das Europäische Parlament wird in seiner derzeitigen Zusammensetzung von den Kräften des liberalen Konsenses dominiert. Ein politischer Wandel ist dringend erforderlich. Wir müssen alles tun, um diejenigen scheitern zu lassen, die für die Krise und ihre Verschärfung verantwortlich sind. Daher muss die Linke im Europäischen Parlament gestärkt werden, um die Unterstützung für das alternative Vorhaben und die Kräfte, die es mittragen, zu vergrößern, um inner- und außerhalb des Parlaments dafür zu werben.

Die GUE/NGL ist die einzige Fraktion, die den Fiskalvertrag abgelehnt hat. Sie ist als einzige in der Lage, eine linke Alternative im Europäischen Parlament zu unterstützen, sowohl inhaltlich durch das Vorschlagen anderer politischer Entscheidungen, als auch in der Praxis durch ihre Präsenz bei den Kämpfen und ihre Unterstützung für die Forderungen, die dabei erhoben werden.

Unser Ziel in diesem Wahlkampf ist es, eine Koalition aller Kräfte zu ermöglichen, die keine Austerität mehr wollen und fortschrittliche Lösungen für die Krise anstreben. Diese Kräfte sind zahlreich, doch, wie wir wissen, aufgesplittert und auf politischer Ebene nicht leicht zusammenzuführen. Die EL fordert, überall für die Aufstellung von Listen einzutreten, die einen möglichst breiten Zusammenschluss gegen die Austerität und für eine linke Alternative darstellen.

Die EL bekundet ihren Willen zu einem konstruktiven Dialog mit den europäischen politischen Kräften, die sich der neoliberalen Ordnung widersetzen – auf der Basis ihrer programmatischen Plattform und ausgehend von einem gemeinsamen antikapitalistischen Rahmen. Wir müssen ihre Ziele der Neugründung und ihre konkreten Vorschläge in allen europäischen Ländern und auf Ebene der EU sichtbar machen.

● Die Zukunft der EL: eine neue Rolle, die gestärkt werden muss

Seit dem Parteitag von Paris hat die EL viele Fortschritte gemacht.

1. Für eine neue kulturelle Hegemonie: Es ist noch viel zu tun, um einen politischen Wandel Europas glaubwürdig zu machen. Dies ist ein vorrangiges Ziel der EL. Es geht darum, einen linken Ausweg aus der Krise zu gestalten und dabei nach und nach alle dafür zur Verfügung stehenden Kräfte zusammenzuführen. Unser Bestreben muss es mehr denn je sein, aus der EL eine glaubwürdige Kraft überall in Europa zu machen. Unsere Strategie beruht auf vier Säulen.

a) Ein Instrument für die Zusammenführung der Aktionen der europäischen Linken sein. Eine der Stärken unserer europäischen Partei ist die politische Solidarität zwischen ihren Mitglieds- und Beobachterparteien. Wachsen die Parteien, tut die EL dies auch. Scheitern sie, muss sie solidarisch sein. In den kommenden Jahren wollen wir diese Solidarität stärken, konkret und systematisch zum Ausdruck bringen. Wir wollen die gemeinsame Arbeit ausbauen. Aus praktischer Sicht heißt dies, den Zeitplan für gemeinsame Aktionen bekräftigen, europäische Kam-

pagnen durchführen und alternative Formen der Information und der Kommunikation fördern.

- b) Wir wollen weiterhin mit den europäischen, nationalen und regionalen Abgeordneten im Rahmen der Parlacon (Konferenz der Parlamentarier aller Ebenen der EL-Parteien), aber auch mit den Kräften arbeiten, die der EL nicht unbedingt beitreten, oder die in europäischen Ländern bestehen, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Wir werden ferner unsere Arbeit für den Ausbau der Partei fortsetzen und uns dabei folgende Ziele setzen: Stärkung der Verbindungen zu den Parteien der GUE/NGL, die nicht Mitglieder der EL sind, und zu den entscheidenden politischen Kräften verschiedener Länder, und Verankerung der EL in allen europäischen Ländern. Wir wollen sich neu formierende Kräfte beobachten, da in einer Reihe von Ländern linke Kräfte in der Entstehung, Entwicklung oder im Wiederaufbau begriffen sind.
- c) Eine europäische Front schaffen, die Ausdruck des Zusammenschlusses der sozialen, gewerkschaftlichen, feministischen, kulturellen, ökologischen und politischen Kräfte gegen die antisozialen Krisenmaßnahmen und für die Erarbeitung von Alternativen im Dienste der Menschen ist. Die EL hat mit der Veranstaltung des AlterSummit in Brüssel, ihrer Teilnahme an den europäischen Kämpfen und Zusammenkünften der sozialen Bewegungen (beispielsweise im November 2012 in Florenz) und ihrer Teilnahme am Prozess des AlterSummit an Präsenz in den sozialen Bewegungen und der Gewerkschaftsbewegung gewonnen. Wir wollen das entstandene noch fragile Verhältnis von Vertrauen und gemeinsamer Arbeit vertiefen.
- d) Durchführung von Maßnahmen mit dem Netzwerk Transform!, einer der EL angeschlossenen politischen Stiftung, und mit den Bürgerinnen und Bürgern, vom Stadtviertel bis zur europäischen Ebene. Auch wenn die Europäische Bürgerinitiative von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde, halten wir an unserem Ziel fest, Bürgerkampagnen und -initiativen, die von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern geleitet und mit ihnen zusammen ausgearbeitet sind, als neue Formen der Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben durchzuführen. Die EL bringt ihre Verpflichtung zur Förderung und Stärkung lokaler, nationaler und regionaler Netze der Solidarität als konkrete Instrumente zur Unterstützung verarmter Bürgerinnen und Bürger, aber auch als Werkzeuge für ein neues kollektives Bewusstsein gegen die neoliberale Orthodoxie des Individualismus, des Profits und des Konsumdenkens zum Ausdruck.

2. Welche Initiativen brauchen wir, um dieses Vorhaben der Vereinigung zu realisieren?

Die EL beschließt auf ihrem IV. Parteitag:

→ jedes Jahr ein „Europäisches Forum der Alternativen“ zu veranstalten, bei dem kritische linke politische Kräfte, lokale Mandatsträger, soziale Bewegungen, gewerkschaftliche Kräfte, Intellektuelle, Aktivistinnen und Aktivisten zusammenkommen. Durch diese jährlichen Treffen könnte die EL einen Dialog zwischen allen diesen Kräften ermöglichen. Dahinter steht der Gedanke, einen möglichst großen politischen Raum zu schaffen, um die Vorschläge zu vertiefen und zu erweitern und das politische Gewicht der EL auf europäischer Ebene zu stärken. Wir planen für



- Herbst 2014 ein erstes Treffen dieses Forums, im neuen politischen Kontext nach der Europawahl.
- jedes Jahr eine Volkskampagne zu alternativen Vorschlägen durchzuführen, an der die Bürgerinnen und Bürger über Formen der direkten Beteiligung (Bürgerabstimmung, lokales Referendum ...) einbezogen werden, um an unserer Präsenz und einem europäischen Bewusstsein zu den Herausforderungen zu arbeiten, denen wir uns stellen wollen.
 - politische Veranstaltungen in den Nachbarregionen unter Beteiligung politischer Parteien der EL und der verschiedenen Länder zu organisieren.

Die Hoffnung nach Europa zurückbringen

Bericht über den 4. EL-Parteitag von Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN; auf der Grundlage eines Berichtes von Claudia Haydt, Mitglied des EL-Vorstandes

Der Madrider Parteitag stand unter dem Motto „Change Europe“ (Verändert Europa). Mit diesem Kongress geht die Europäische Linke in das zehnte Jahr ihres Bestehens. Nach der Gründung 2004 in Rom und den Parteitagen in Athen, Prag und Paris war der Kongress in Madrid von der tiefen Krise der EU nachhaltig geprägt. Von allen Mitgliedsparteien der EL wurden – geschlechterquotiert – 12 Delegierte entsandt. Die Delegation der Partei DIE LINKE besteht aus folgenden Genossinnen und Genossen: Wolfgang Gehrcke, Claudia Haydt, Judith Benda, Kerstin Kaiser, Christiane Reymann, Barbara Borchert, Bärbel Holzheuer, Heinz Bierbaum, Martin Hantke, Dominic Heilig, Martin Günther und Diether Dehm. Als Gäste nahmen der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, die Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL, Gabi Zimmer, und weitere Genossinnen und Genossen teil. Die Delegation der LINKEN wird die Arbeit des EL-Vorstandes bis zum nächsten Parteitag begleiten.

Zusammen mit zahlreichen Besucherinnen und Besuchern aus linken Parteien und Bewegungen erarbeiteten die Delegierten drei Tage lang die Grundlagen für eine „Europapolitik, die Hoffnung gibt“ (EL-Vorsitzender Pierre Laurent) angesichts der Zerstörungswirkung des entfesselten Neoliberalismus. Im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit stand die Entscheidung des Kongresses, mit Alexis Tsipras (Vorsitzender von SYRIZA, Griechenland) einen Kandidaten für die Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten zu nominieren. Niemand verbindet damit die Illusion, dass die undemokratischen Grundstrukturen der EU-Politik durch die Aufstellung eines linken Spitzenkandidaten über Nacht demokratischer würden. Die Delegierten waren aber ganz überwiegend davon überzeugt, dass eine solche Kandidatur die Möglichkeit eröffnet, linke EU-Kritik noch besser sichtbar zu machen. Mit Alexis Tsipras hat die EL einen Kandidaten, der den Widerstand gegen die Austeritätspolitik wie kaum ein anderer verkörpert.

Die sechs thematischen Schwerpunkte („Achsen“) für den Europawahlkampf, die in Madrid ebenfalls beschlossen wurden, geben Hinweise auf die Arbeit der EL über die Wahlen hinaus:

1. Widerstand gegen die Austeritätspolitik
2. Sozialökologischer Umbau
3. Herstellung demokratischer Souveränität
4. Kampf für soziale Rechte sowie Menschen- und Freiheitsrechte
5. Für einen gerechten Welthandel – gegen das transatlantische Freihandelsabkommen
6. Für ein Europa des Friedens.

Die Partei der Europäischen Linken umfasst jetzt 33 Mitgliedsparteien und hat in Europa einen wichtigen Grad der Verankerung und Ausstrahlung erreicht. Sie arbeitet partnerschaftlich mit der konföderalen Fraktion GUE/NGL - Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke – im Europaparlament zusammen. Die GUE/NGL ist aber nicht die Fraktion der EL. Es bleibt auch ein Problem, dass die EL in großen Teilen Europas, besonders in Osteuropa, nicht oder nur schwach vertreten ist. Derzeit besteht die Chance, mit neuen bzw. bereits vernetzten linken Parteien in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens weitere Mitglieder für die Europäische Linke zu gewinnen. Mit der EL verbunden ist das Stiftungsnetzwerk – „transform! Europe“. Koordinator ist der ehemalige KPÖ-Vorsitzende Walter Baier. Die Arbeit des Jugendnetzwerkes ENDYL muss stärker beachtet und unterstützt werden.

An der Führungsspitze der EL änderte sich in Madrid nur wenig: Als Vorsitzender im Amt bestätigt wurde Pierre Laurent (Frankreich). Als seine Stellvertreter/-innen wiedergewählt wurden Maite Mola (KP Spaniens), Marissa Matias (Linksblock Portugals), Alexis Tsipras, ebenso Diether Dehm als Schatzmeister. Neu als Vizepräsidentin im EL-Präsidium ist Margareta Mileva (Bulgarische Linke). Sie übernimmt den Posten von Gregore Petrenco von der Partei der Kommunisten Moldovas.

Dem Parteivorstand der EL gehören weiterhin je zwei Delegierte der Mitgliedsparteien an. Für DIE LINKE sind das Claudia Haydt und Dominic Heilig. Die Delegation unserer Partei dankte Helmut Scholz, der zu den Gründungsmitgliedern der EL gehörte und nun nicht erneut für den Vorstand kandidiert hatte, für seine langjährige aktive Arbeit in den Gremien der Europäischen Linken.

Die Delegierten der LINKEN haben aktiv an der Arbeit des Parteitages mitgewirkt – im Plenum und in den Kommissionen. Im Plenum sprachen neben dem Parteivorsitzenden Bernd Riexinger, und der Vorsitzenden der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament, Gabi Zimmer, die Delegierten Claudia Haydt, Kerstin Kaiser, Judith Benda, Dominic Heilig und Wolfgang Gehrcke. Christiane Reymann leitete als Mitglied des Arbeitspräsidiums eine Sitzung des Parteitages, in den Kommissionen waren Claudia Haydt, Judith Benda, Martin Günther und Martin Hantke engagiert.

In Vorbereitung des Parteitages war in intensiven Debatten das zentrale „Politische Dokument“ der EL entworfen worden, in dem skizziert wird, vor welchen Aufgaben die europäische Linke steht und welche Rolle sie in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zukünftig spielen will. Ohne eine fundamentale Neugründung der Strukturen der Europäischen Union wird es keine Zukunft für den Traum von einem solidarischen, friedlichen, demokratischen und gerechten Europa geben – so die zentrale Analyse des Papiers. Um eine zukunftsfähige linke Alternative Wirklichkeit werden zu lassen, müssen dem bereits stattfindenden Klassenkampf



von oben vernetzte Kämpfe von unten entgegengestellt werden. Zentrales Moment dieser Kämpfe ist die (Wieder-)Herstellung demokratischer Souveränität in den Mitgliedstaaten. Sowohl das Papier als auch zahlreiche Rednerinnen und Redner verwiesen darauf, dass Demokratie ihren Wert verliert, wenn Troika, Finanzmärkte und Banken mehr Macht haben als gewählte Regierungen. Die Erkämpfung der Souveränität und der demokratischen Kontrolle waren auch die Prämisse, unter der die Euro-Frage im „Politischen Dokument“ behandelt wird. Die EL legt darin weder ein Bekenntnis für, noch eines gegen den Euro ab, sondern beschreibt die Risiken, die mit der Konstruktion des Euros einerseits und mit dem Austritt aus dem Euro andererseits verbunden sind.

Ob mit oder ohne Euro, die zentrale Aufgabe bleibt die gleiche: die Ökonomie so zu gestalten, dass sie im Dienst der Menschen steht und nicht der Banken. Dass diesem gemeinsamen politischen Dokument 93 Prozent der Delegierten zustimmen konnten, zeigt - trotz aller politischer Unterschiede zwischen einzelnen Parteien - wie viele Gemeinsamkeiten es innerhalb der politischen Familie der EL gibt. Zu weiteren wichtigen politischen Fragen wurden von den Mitgliedsparteien Anträge eingebracht und durch den Kongress beschlossen.

Trotz der positiven Gesamtbilanz sind doch auch tiefer gehende Probleme in der Europäischen Linken nicht zu übersehen. Dazu gehört unter anderem der Umstand, dass die Kämpfe in Europa sehr ungleichzeitig entwickelt sind und gerade in Deutschland Massenbewegungen gegen die Krise bislang ausblieben. Die Zusammenarbeit von unterschiedlichen linken Parteien in einigen Ländern (z. B. Portugal oder Griechenland) ist nicht gut entwickelt, in anderen Ländern (z. B. Tschechien oder Finnland) klappt es gut. Die Beziehungen zwischen der Französischen KP und der Parti de Gauche sind gegenwärtig auf der Grundlage von Differenzen in taktischen Fragen der linken Bewegung eher schlecht. Das belastet natürlich auch die EL. Die Delegierten der LINKEN hatten sich darauf verständigt, Probleme unserer Partei nicht auf dem Rücken der EL auszutragen, und bat alle anderen Delegationen, dies auch zu unterlassen. Die Parti de Gauche hat erklärt, ihre Mitgliedschaft in der EL vorerst ruhen zu lassen.

Differenzen brachen auch im Frauennetzwerk ELfem auf, dort an der Frage, ob der Parteitag neue Arbeitsformen auch über die Meinung wichtiger Mitgliedsparteien - unter anderem aus Portugal, Finnland, Österreich und Deutschland - hinweg beschließen soll. Eine knappe Mehrheit der Delegierten hat sich diesem Schritt verweigert.

Einigkeit herrscht aber darin, aktiv die Beratung mit Linksparteien im EU-Raum, die der EL nicht angehören, über ein gemeinsames Vorgehen zu den Europawahlen zu suchen.

In Madrid waren auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter linker Parteien und Bewegungen, ja sogar Regierungen aus Ländern rund um den Globus zu Gast. Mit dem Appell „Lasst uns nicht allein!“ ermutigte Alvaro Garcia Linera, Vizepräsident Boliviens, in einer bewegenden Rede die etwa 500 Anwesenden, für andere Mehrheitsverhältnisse in Europa zu kämpfen, um so nicht nur den gewaltigen Herausforderungen auf dem eigenen Kontinent zu begegnen, sondern auch ein starker Partner für die Linke in Lateinamerika zu sein.

Wir belassen es zu oft bei allgemeinen Losungen

Helmut Scholz (59), Gründungsmitglied der EL, scheidet in Madrid aus dem Vorstand und zieht Bilanz eines schwierigen Prozesses. Er hat maßgeblich zur Gründung der Partei der Europäischen Linken 2004 beigetragen. Seither ist er Mitglied im Vorstand der EL. Auf dem Kongress in Madrid tritt der heutige Europaabgeordnete der LINKEN nicht mehr zur Wiederwahl an - um jüngeren Leuten mit neuen Sichtweisen Platz zu machen, wie er sagt.

*Mit ihm sprach für „Neues Deutschland“ Uwe Sattler.
Aus: Neues Deutschland, 13. Dezember 2013*

● Sie gehörten im Mai 2004 zu den Mitbegründern der Partei der Europäischen Linken. Wie fällt Ihre Bilanz nach fast zehn Jahren aus?

Zahlenmäßig sind wir so stark wie nie zuvor. Viele Parteien sind seit dem Gründungsprozess zu uns gestoßen, eine stärkere Hinwendung zu zentralen Problemen des Alltags der Menschen hat stattgefunden. Viele Aktivitäten der EL-Parteien haben Bezug zur Europäischen Linken. Die EL als Friedenskraft ist ein Anker weltweiter Solidarität mit sozialen und emanzipatorischen Kämpfen. Es gibt eine jährliche Sommer-Universität, zahlreiche Arbeitsgruppen. Zugleich bleibt zu konstatieren, dass die Europäische Linke ihre Ideen, wie das konkrete Lebensumfeld der Menschen zum Positiven verändert werden kann, wie die kollektive Erarbeitung gemeinsamer Strategien organisiert werden muss, zu wenig vorangetrieben hat. Und vielleicht zu wenig Nachhaltigkeit beim Voranbringen neuer, viele Mitstreiter/-innen einbeziehender Arbeitsformen und Instrumentarien, wie z. B. der individuellen Mitgliedschaft, entfalten konnte.

● Konkrete Alternativen zur gegenwärtigen EU finden sich auch in dem für Madrid vorgelegten Entwurf der Entschließung kaum. Ist das Papier der kleinste gemeinsame Nenner?

Es ist schon ein großer gemeinsamer Nenner, dass wir Austeritätspolitik, Sozialabbau, die schlechte demokratische Verfasstheit der EU, auch Tendenzen einer wachsenden Militarisierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik thematisieren und in den konkreten Kontext der dramatischen Alltagssituation in vielen EU-Mitgliedstaaten stellen. Damit wird deutlich: Es gibt eine politische Kraft in Europa, die anders mit den Erwartungen der Menschen umzugehen bereit ist. Aber was das in Bezug auf das Agieren der Mitgliedsparteien konkret und national bedeutet, ist vielleicht nicht genügend als gemeinsame Strategie erkennbar und im Einzelnen unteretzt. Ob das auf einem Kongress in einem gemeinsamen Dokument benannt werden muss und kann, sei dahingestellt. Ich halte es aber für notwendig, dass neben einer allgemeinen Wahlplattform für einzelne Politikfelder konkrete Antworten formuliert werden.

● Ist das Fehlen solcher konkreter Antworten der Grund dafür, dass man in den letzten Jahren von der EL wenig gehört hat?

Das trifft vielleicht auf Deutschland zu. Ich glaube beispielsweise, dass sich vor drei Jahren mit der Wahl des französischen KP-Chefs Pierre Laurent an die EL-Spitze in Frank-



reich auch eine Änderung der Wahrnehmung der europäischen Ebene für linke Politik vollzogen hat. Das ist vor zehn Jahren mit Fausto Bertinotti in Italien der Fall gewesen und auch mit Lothar Bisky, dessen Beitrag für die EL unvergessen bleibt, danach bei uns.

● **Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die deutsche LINKE das Potenzial, das die EL bietet, heute zu wenig nutzt.**

Vielleicht stellen wir in Deutschland zu wenig heraus, dass wir gemeinsame, europäische Positionen zu vielen Themen haben. Wir gehen sehr oft von unserer Situation in Deutschland aus. Ein Beispiel: Unsere Solidaritätsbekundungen für die von der Krise am stärksten betroffenen Länder sind gut und richtig, auch die Unterstützung der dortigen linken Kräfte. Das ist aber zumeist abgekoppelt von konkreten Forderungen an die deutsche Politik, die ja maßgeblich für den derzeitigen neoliberalen Kurs in Europa verantwortlich ist. Denken wir z. B. estnische, portugiesische oder tschechische Realität mit, wenn wir unsere Arbeitsmarktpolitik, sozialen Forderungen und Ideen, bis hin zum Grundeinkommen, unsere Gewerkschaftsarbeit oder auch Umweltpolitik bestimmen?

● **Das Thema Europa spielt bei den meisten linken Parteien eine nur untergeordnete Rolle.**

Wir sollten uns, auch mit Blick auf die Geschichte der EL, vergegenwärtigen, wo wir stehen. Ein zentraler Punkt in der Entwicklung der Europäischen Linken waren die Diskussionen um den EU-Verfassungsentwurf und später um den Lissabon-Vertrag. Das Nein zu diesen Dokumenten, also die Ablehnung von neoliberalen Wirtschaftsmodellen, war richtig und mobilisierend. Nach diesem Nein ist jedoch die Weiterentwicklung und die inhaltliche Besetzung des Europathemas zu wenig erfolgt. Wir wollen einen Neustart der EU, wir wollen ihre Neubegründung, einen neuen Vertrag. Aber wir führen keine Diskussion, wie wir dahin kommen, was das für den notwendigen demokratischen Veränderungsprozess bedeutet, auch für die Auseinandersetzung und das mögliche Zusammengehen mit anderen politischen Kräften. Vor dieser Debatte ducken wir uns zu oft weg oder belassen es bei der Formulierung allgemeiner Losungen.

● **Kann man denn überhaupt gemeinsame Antworten von einem Zusammenschluss von 33 höchst unterschiedlichen Parteien, mit verschiedensten politischen, auch demokratischen Traditionen und in einem national sehr verschiedenen Umfeld verlangen?**

Das ist eine gute Frage, weil der Gründungsansatz der EL ja war, neben bestehenden Kooperationsformen europäischer Linker eine weitere Struktur zu schaffen, die eben diese Arbeit an gemeinsamen Antworten vorantreibt. Aber die Europäische Linke als eine gemeinsame Parteienstruktur kann nicht weiter sein als ihre einzelnen Mitglieder, oder gar auf diese „von oben“ zurückwirken. Das muss gemeinsam gewollt, demokratisch in den Parteien von ihren Mitgliedern beantwortet werden und in konkreten gemeinsamen Aktionsformen erlebbar sein. Aktionen der Parteien wohlgeplant, nicht nur des Mitmachens in neuen gesellschaftlichen Bewegungen oder ihres „Besetzens“. Wir brauchen die Bereitschaft der Parteien, den gemeinsamen europäischen Weg fortzusetzen. Die Herausforderung für Madrid wird darin bestehen, diese Aufgabe so in Angriff zu nehmen, dass wir

über die Wahlkämpfe hinaus endlich entscheidende Schritte vorankommen bei der Formulierung unserer politischen alltagstauglichen Antworten auf Sozialabbau, Deregulierung, auf Verfestigung neoliberaler Wirtschaftspolitik.

Hoffnungsvoller Auftakt ins Europawahljahr

Zum 4. Kongress der Partei der Europäischen Linken (EL)

Von Oliver Schröder, Bereich Internationale Politik bei der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN; aus: Disput, 01/2014

Der Schluss des dreitägigen Kongresses hielt gleichzeitig den emotionalsten Moment bereit: Nachdem der alte und neue Vorsitzende Pierre Laurent und Alexis Tsipras die circa 500 Anwesenden in kurzen kämpferischen Reden noch einmal mitgerissen hatten, teilten sie sich die Bühne mit weiteren Protagonisten der EL und die Internationale wurde angestimmt – jeder sang in seiner eigenen Sprache, aber lauter und entschlossener, als gewöhnlich gehört. Damit nicht genug: Die im Anschluss gesungenen Lieder „El Pueblo Unido“ und „Bandiera Rossa“ machten deutlich, wie viel Kultur, Geschichte und Entschlossenheit in der linken Geschichte Europas liegt.

Aber so wie die linken mediterranen Lieder die schöneren und prägenderen sind, so ist es im Moment auch um das Kräfteverhältnis in der EL bestellt: Der Süden singt gerade lauter – mit Ausnahme der italienischen Misere machen die südeuropäischen Mitgliedsparteien derzeit einen guten Job. Sie geben den ausgelaugten und von der Krise hart betroffenen Menschen eine Stimme – und wachsen in den Meinungsumfragen. Dies schlägt sich dann auch in der Führung der EL nieder: drei der vier VizepräsidentInnen kommen aus Ländern des Mittelmeers. Dies war durchaus ein Diskussionspunkt während des Kongresses, doch Pierre Laurent und Alexis Tsipras haben beide deutlich gemacht, dass sie keine Gewichtung zwischen Ost-, Mittel- und Südeuropa vornehmen: Der Kampf gegen den Neoliberalismus müsse überall konsequent geführt werden.

Apropos Alexis Tsipras: er verkörpert die Hoffnung auf ein solidarisches Europa und den Bruch mit dem neoliberalen Diktat wie kein zweiter. Entsprechend war es richtig und konsequent, ihn zum Spitzenkandidaten der EL für das Amt des Kommissionspräsidenten zu wählen und der Kampagne ein Gesicht zu geben. Bei der durchaus kontroversen Diskussion darüber im Vorfeld und auch auf dem Parteitag selbst ging es nie um Alexis Tsipras als Person: Inhaltlich gibt es da keine großen Differenzen, und über seine Strahlkraft sind sich alle einig. Doch die Frage war, ob man sich prinzipiell an der nicht demokratisch zu nennenden Wahl des Kommissionspräsidenten beteiligen sollte.

Inhaltlich orientiert sich die EL im Wahljahr an sechs thematischen Achsen: ein Ende der Politik der Spardiktate und des Sozialabbaus, Mitsprache und -entscheidung der Bürgerinnen und Bürger, die Gestaltung eines sozialen Europas und Schutz der Grundrechte, fairer Handel mit anderen Weltregionen, ein friedliebendes Europa und sozialökologischer Umbau. Auch wenn die meisten Kampagnen weiterhin hauptsächlich national getragen bleiben: Die Bedeutung der EL als



europäische Kraft nimmt zu. Insbesondere den kleineren EL-Parteien hilft die Vielzahl von Veranstaltungen, die der Arbeitsplan 2014 enthalten wird.

Mehr als einen Wermutstropfen stellt die Entscheidung der Parti de Gauche dar, ihre Mitgliedschaft in der EL zu suspendieren. Mélenchons Partei begründet dies mit der Beibehaltung der traditionellen Zusammenarbeit der FKP mit Holländischer Sozialistischer Partei bei anstehenden Kommunalwahlen in Paris – sie geht sogar noch weiter und stellt die gemeinsame Kandidatur als Front de Gauche mit der FKP bei den Europawahlen in Frage. Das französische Zerwürfnis strahlt auf die EL im wichtigen Europawahljahr aus, und man kann nur an die Front de Gauche appellieren, den Schnellschuss noch einmal zu überdenken. Mehr Zusammenarbeit ist der Schlüssel zum Erfolg, nicht Abkehr. Zumal diese lang praktizierte und von den Mitgliedern der FKP goutierte Zusammenarbeit auf lokaler Ebene hauptsächlich dem französischen Wahlsystem geschuldet ist.

Für die spanischen Mitgliedsparteien war der Parteitag ein Erfolg: Anders als es in Deutschland zu erwarten wäre, berichteten die großen Nachrichtensendungen über den Kongress, der sich in der Nähe des Madrider Flughafens Barajas abspielte. Für Cayo Lara, den Vorsitzenden der Vereinigten Linken (IU) war es besonders wichtig, ein Zeichen der Hoffnung, des Aufbruchs zu setzen. Die Lebensumstände vieler Spanierinnen und Spanier haben sich in den vergangenen vier Jahren dramatisch verschlechtert. Sie sehen die IU immer mehr als ernsthafte Alternative. Entsprechend konzentriert sich die IU in ihrem politischen Wirken sehr auf das Thema Arbeit. Für die innerspanische Kommunikation hatte sie den Kongress der EL mit „Ein Europa der Arbeit“ überschrieben.

Mitglieder aller Delegationen ließen am Sonnabend den Parteitagsstress hinter sich, um den Opfern der Interbrigaden die Ehre zu erweisen. Die Denkmäler und Plaketten auf dem Friedhof Fuencarral haben bis heute eine wichtige Bedeutung für die spanische und europäische Linke. Sie erinnern eindrucksvoll an unsere gemeinsame Geschichte.

Die deutsche LINKE ist weiterhin in der Führung der EL vertreten: Diether Dehm wurde mit sehr gutem Ergebnis als Schatzmeister bestätigt. Claudia Haydt setzt ihre Arbeit im Vorstand fort, während Dominic Heilig für den nicht mehr kandidierenden Helmut Scholz in den Vorstand aufrückt. An dieser Stelle sei Helmut Scholz für seine langjährige unermüdliche Arbeit für die EL gedankt.

2014 wird ein wichtiges Jahr für die EL und die Linke in Europa – die Intensität der Auseinandersetzungen über den politischen Kurs der EU wird intensiver werden, der Neoliberalismus wird keine weitere fünf Jahre obsiegen. Mit dem Madrider Kongress sind die EL und ihre Mitgliedsparteien ein Stück sattelfester geworden.

EL-Jahresauftakt 2014

*Jahresauftakt der Partei der Europäischen Linken,
Berlin, Volksbühne, 12. Januar 2014*

Rede von Pierre Laurent, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen!

Zuerst möchte ich euch allen ein gutes Jahr 2014 wünschen. Ich hoffe, dass ihr euch in den letzten Wochen ein wenig erholen und glückliche Stunden mit euren Lieben verbringen konntet. Das ist wichtig, um Kraft zu schöpfen für die ausgefüllte Zeit, die vor uns allen liegt!

Ich habe die Freude, euch im Namen der Europäischen Linken zu einer Kulturveranstaltung zu begrüßen, die unsere Genossen von der LINKEN organisiert haben. Sie bieten uns auch dieses Jahr ein unterhaltsames Programm von hoher Qualität. Dafür haben sie Beifall verdient!

Unser heutiges Treffen wird eine Tradition. Aber dieses Jahr ist es zugleich der Auftakt eines Wahlkampfes, der Start einer Sammlung der Kräfte gegen die „Sparpolitik“, um ein noch nicht dagewesenes Vorhaben: Die Kandidatur von Alexis Tsipras für den Vorsitz der Europäischen Kommission. Und wenn wir unsere Pläne zu einem guten Ende bringen, wird es zum Beginn einer Zeit tiefgreifender Veränderungen, einer neuen Ära sozialer, demokratischer und ökologischer Errungenschaften für die europäischen Völker. Diesen Wunsch für 2014 spreche ich in unser aller Namen aus.

Wir haben heute Morgen des Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedacht. Das ist immer ein emotionsgeladener Moment. Heute, da wir am Anfang des hundertsten Jahres seit Beginn des Ersten Weltkrieges stehen, ergreifen wir die Gelegenheit, uns die vielen Kämpfe für den Frieden in Erinnerung zu rufen, den von Karl und Rosa, den von Jean Jaurès, dem Gründer der L'Humanité, der am 31. Juli 1914 ermordet wurde, und auch unseren Kampf in einer veränderten Welt, die dennoch voller Triebkräfte ist, die zum Kriege führen.

Wenn jetzt die wirtschaftliche und soziale Krise bis zum Unerträglichen anwächst, wenn Regierungen, wie die von François Hollande in Frankreich, versuchen, andere in militärische Aktionen in Afrika zu verwickeln, wenn die Rückkehr von Nationalismen, von rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien unsere Gesellschaften bedroht, müssen wir diejenigen sein, die unter allen Umständen das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Sicherheit, der Zusammenarbeit und der Solidarität zwischen den Völkern hochhalten. Krieg und Faschismus, wir wollten sie 1914 nicht, wir wollten sie 1939 nicht und wir wollen sie 2014 noch immer nicht! Wir müssen den alten Kontinent aufwecken!

Alvaro Garcia Linera, der Vizepräsident von Bolivien, hat uns auf dem Parteitag der EL im Dezember gesagt: „Lasst uns nicht allein!“ Denn im Rest der Welt hat Europa nichts zu bieten als Kapitalismus und Freihandel. Die EU verhält sich



wie ein Raubtier, bereit, Männer, Frauen, Länder, Meere zu vernichten, zu zertrampeln, auszuplündern und ihre Luft zu verschmutzen. Das neoliberale Europa ist Gift für die Welt.

Wir lassen die anderen nicht allein im weltweiten Kampf für ein neues Modell menschlicher, demokratischer und ökologischer Entwicklung. Weil wir eine andere Idee von den Verhältnissen zwischen den Völkern der Welt haben, anders als die Beziehungen von Herrschaft und Entfremdung, deswegen werden wir dieses Jahr eine große Informations- und Mobilisationskampagne gegen das transatlantische Freihandelsabkommen starten, dieses tödliche Projekt, das wir zum Scheitern bringen müssen.

Im Namen dieser anderen Idee von unserer Welt wollen wir Europa neu gründen. Wir wollen es neu gründen, denn das neoliberale Europa ist Gift für unsere Länder. Seit 2008 ersticken die Bankenkrise und die „Sparpolitik“, die aus ihr folgt, die kreativen, produktiven und dynamischen Energien unserer Gesellschaften. Die Europäische Union des Kapitals ist ungerecht und antidemokratisch. Ihre Grundlagen müssen neu gestaltet werden. Wir wollen Europa neu gründen, weil es Gift für die Menschenrechte ist. Schande über die Regierung von Mariano Rajoy, die es wagt, das Grundrecht der Frauen anzugreifen, über ihren Körper zu entscheiden. Schande über alle Regierungen, die die Festung Europa bauen und so auf dem Meer Hunderttausende von Migranten sterben lassen, die vor Elend und Krieg fliehen!

Wir müssen das Europa der Aufklärung aufwecken, das Europa der universellen Menschenrechte und der Revolutionen. Das ist der einzige Ausweg aus der Krise. Wir wollen eine neue Periode der sozialen und ökologischen Errungenschaften in Europa eröffnen. Das bedeutet, in Konfrontation mit den Finanzgewaltigen und denen zu treten, die sie politisch repräsentieren, das heißt – mit einigen Abstufungen zwischen den politischen Formationen – mit allen Kräften, die heute die politische Landschaft in Europa beherrschen. Die große Koalition in Deutschland ist der Beweis. Ebenso wie die Unterstützung François Hollandes für die Politik von Angela Merkel. François Hollande hat vor einigen Tagen seine Neujahrsansprache gehalten. Lediglich der Unternehmerverband MEDEF hat seiner klar neoliberalen Linie Beifall gezollt.

Um diesen gewaltigen Kampf zu führen, um alternativen Lösungen zum Sieg zu verhelfen, gibt es für uns nur einen Weg: den des Zusammenschlusses. Wir sind mit unserem politischen Entwurf vorangekommen. Wir verfügen über eine solide Grundlage, die wir mit allen Kräften teilen können: den sozialen, den politischen, den gewerkschaftlichen, mit den Intellektuellen, mit den Bürgern, die Sparpolitik und Troika ablehnen. Wir werden das zum Beispiel am 10. April in Brüssel mit der Organisation einer großen europäischen Schuldenkonferenz tun. Unsere Hauptarbeit ist heute, einen Rahmen anzubieten, um diese Alternative mächtig zu machen.

Im ersten Teil des Jahres 2014 müssen wir uns gemeinsam und entschlossen in den Europawahlkampf stürzen. Wir können Aufsehen erregen mit bemerkenswerten Ergebnissen für die Europäische Linke und einer Stärkung der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament. Wir werden über einen großen Trumpf verfügen: die Kandidatur von Alexis Tsipras für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission. Mit unseren nationalen Listen und dieser kühnen Kandidatur von Alexis werden wir, wenn wir sie zu einem Werk-

zeug der Völker im Widerstand machen können, in der Lage sein, den Verantwortlichen der Krise einen harten Schlag zu versetzen und so den Wandel zu verkörpern.

Wir werden alle gemeinsam, auf allen Kundgebungen in allen Städten aller unserer Länder rufen: „Stoppt das Sparaktat, es lebe die Solidarität der Völker!“ Überall in Europa wird der Stimmzettel für die Listen der Europäischen Linken eine Waffe gegen das neoliberale Europa und für eine Union der freien, souveränen und assoziierten Völker und Nationen sein, die auf den menschlichen Fortschritt abzielt.

Das sind, meine Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, die Herausforderungen, die vor uns liegen. Sie sind riesig.

Wir sind ihnen gewachsen!

Die Stunde der Linken ist gekommen!

Vorwärts, Genossinnen und Genossen!

Rede von Maite Mola, Stellvertretende Vorsitzende der EL

Ich möchte meinen Genossinnen und Genossen von der LINKEN herzlich danken, die es mir ermöglicht haben, heute hier vor dieser großen Veranstaltung zu sprechen. Mein Freund Dieter Dehm hat mich gebeten, mich kurz zu fassen, deshalb will ich nur ein einziges Thema ansprechen: das Begriffspaar Krieg und Frieden, das sehr eng verbunden ist mit Imperialismus und Internationalismus oder auch Kapitalismus und Sozialismus.

Engels hat im „Anti-Dühring“ von 1878 sinngemäß gesagt, dass alle Kriege der eine gleiche Krieg sind, das gemeinsame Prinzip liegt in den hauptsächlich wirtschaftlichen Ursachen. Die Geschichte hat seiner Analyse Recht gegeben. Dieses Jahr bringt uns den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, jenes „langen Tunnels von Blut und Dunkelheit“, wie André Gide ihn nannte. Ein Krieg, der Millionen von Toten verursachte. Und die Ursachen? Vielfältige koloniale Interessen, millionenschwere wirtschaftliche Interessen, Kampf der Imperien und Nationen um Märkte.

Heute, 100 Jahre später, muss man bei der Analyse der historischen Wurzeln der Europäischen Union – die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, um zu verhindern, dass sich ähnliche Gemetzel und Zerstörungen wiederholen – feststellen, dass dieses europäische Projekt, das im Sinne des Friedens und des sozialen Fortschritts erdacht wurde, sich in einen Albtraum verwandelt hat. Zu einem Zeitpunkt, zu dem der Frieden notwendiger denn je erscheint, treten die europäischen Führer als Atlantiker auf und setzen auf militärische Interventionen. Die Europäische Union verbündet sich mit der NATO, und statt auf der internationalen Bühne für den Frieden einzutreten, strebt sie nach einer Führungsrolle unter den imperialistischen Kräften. Unter der Vormundschaft der NATO hat sich die EU an den schlimmsten internationalen Konflikten beteiligt und die imperialistischen Bestrebungen seiner Verbündeten sowie die Kolonialpolitik Israels gegenüber Palästina unterstützt. Sie hat dabei über die Rolle der französischen Regierung in Mali oder der Zentralafrikanischen Republik hinweggesehen, die obskuren syrischen Rebellen und Marokko gegen die legitimen Forderungen



gen der POLISARIO unterstützt. Afghanistan, Libyen, Irak ... all die verdammten Kriege ums Öl und Aneignung der Reichtümer durch den Imperialismus. Wie recht hatte Engels!

In dieser Situation hat die EL vor kurzem ihren Kongress mit einer klaren Botschaft des FRIEDENS beendet. Einen FRIEDEN – von uns großgeschrieben – für den drei Dinge notwendig sind:

- Die Auflösung der NATO und die sofortige Schließung aller ausländischen Stützpunkte auf dem Territorium der EU.
- Die Durchsetzung neuer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Regionen der Welt, um Sicherheit über gemeinsame Entwicklung zu erreichen.
- Die Verteidigung von Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit.

Außerdem bedarf es der Abschaffung des Abkommens von Schengen und von Frontex, die menschenverachtende Werkzeuge sind. Von unserem Standpunkt als Sozialisten gehört die Erde den Völkern, die sie bewohnen und nicht jenen, die unter dem Vorwand einer pervertierten Demokratie für Ausbeutung, Manipulation und Betrug stehen. Wir müssen die bedrohte Demokratie retten. Es geht nicht nur darum, „Nein zum Krieg“ zu sagen, wir müssen jeden Tag und überall dafür kämpfen, den Frieden Realität werden zu lassen. Der Frieden darf nicht länger als Mittel der moralischen und emotionalen Erpressung zur Rechtfertigung von Kriegen missbraucht werden. Ohne Frieden, ohne einen wahrhaft gerechten und respektvollen Frieden, gibt es keine Menschenrechte. Und ohne Menschenrechte gibt es keine Demokratie.

Zum Abschluss möchte ich Karl Liebknecht zitieren: Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Botschaft von Alexis Tsipras, Stellvertretender Vorsitzender der EL

Alexis Tsipras ist Kandidat der EL für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission

**Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE,** wichtige politische Entwicklungen in Griechenland hindern mich daran, heute bei Euch zu sein, um gemeinsam Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu gedenken, wie wir es in der Vergangenheit so oft getan haben.

Deswegen erlaubt mir bitte, mit dieser Botschaft einige Gedanken mit Euch zu teilen.

2013 war für die Demokratie in Griechenland ein dunkles Jahr. Die Koalitionsregierung von Ministerpräsident Samaras brachte die öffentlich rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalt zum Schweigen und fuhr fort, Zerrbilder, Lügen, autoritäre Politik und Repression anzuwenden, um sich an der Macht zu halten.

Dennoch, 2013 war auch ein Jahr des Widerstandes und vom Volk getragener Kämpfe. Ein Jahr, in dem es die Linke weiterhin vermochte, für Hoffnung statt Angst und für Zukunft statt Vergangenheit einzutreten. Es ist unsere Pflicht, 2014 zum Jahr der Demokratie zu machen.

Unser Ziel ist es, keine Bürgerin und keinen Bürger mit der Krise alleinzulassen; die Stärkung der vielfältigen Solidaritätsnetzwerke in Griechenland, die Unterstützung von selbstverwalteten Strukturen und die Förderung eines alternativen Modells der Organisation unseres täglichen Lebens. Denn – so wie es in der Erklärung des Spartakusbundes vom Dezember 1918 heißt: Der Kern einer Gesellschaft, die wir anstreben, basiert auf der aktiven Teilnahme der Arbeiterinnen und Arbeiter am politischen und wirtschaftlichen Leben.

Die Ideen, Forderungen und Hoffnungen der arbeitenden Bevölkerung sind nur durch deren aktive Teilnahme umzusetzen. Damit wird diese zur entscheidenden Kraft gegen die neoliberalen Kräfte, die gegenwärtig Griechenland und Europa beherrschen. Und wir alle wissen sehr gut, dass die derzeit herrschenden Kräfte weder von ihrer Macht lassen, noch sich einfach der alternativen Volksfront breiter Kräfte, an der wir heute arbeiten, geschlagen geben.

Wir wissen, dass unsere politischen Gegner alle verfügbaren Mittel nutzen werden, um den Widerstand des Volkes niederzuhalten, um ihre Profite, Privilegien und ihre autoritäre Herrschaft zu schützen.

Erst vor wenigen Tagen wurde aufgedeckt, dass die griechische Regierung gemeinsam mit dem Präsidenten des europäischen Parlaments und Kandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten, Martin Schulz, entschieden hat, den Besuch des Sonderausschusses des Europäischen Parlaments in Athen zu verschieben, welcher die Arbeit der Troika in Griechenland und anderen Ländern, die unter den Memoranden der „Sparpolitik“ leiden, unter die Lupe nehmen soll.

Unsere politischen Gegner sind in Panik. Sie versuchen, eine öffentliche Diskussion über die katastrophalen sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Memoranden-Politik in jeglicher Form abzuwürgen. Sie wollen nicht ihr Image ruiniert sehen, und einmal mehr die Stabilität ihrer Kartenhaus-Regierung aufs Spiel setzen zu einem Zeitpunkt, da Griechenland die Ratspräsidentschaft inne hat und Herr Samaras bedeutungslos-glamouröse Events der politischen Selbstbeweihräucherung organisiert, und nicht willens ist, einen anderen Weg für Griechenland und Europa einzuschlagen.

Tief drinnen erkennen jeden Tag mehr Menschen, dass diese Führung und diese Politik von gestern sind. Immer mehr Menschen durchschauen das Desaster des neoliberalen Spardiktats. Mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland und Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland, die selbst Opfer von Kanzlerin Merkels Politik sind, ist die Krise nur recycelt.

Die Eurozone schlafwandelt so lange in Richtung Desintegration und Spaltung, wie die politische Führung versagt, das Beste aus dem Spielraum für Verhandlung und Überzeugung zu machen, den die Währungsunion bietet, um Frau Merkels Spardiktat zu beenden.

Für die Europäische Linke ist es auf dem Weg zu den Europawahlen die große Herausforderung, den Menschen im Norden der EU deutlich zu machen, dass es in ihrem eigenen Interesse ist, die gegenwärtige Politik zu beenden, die einen



Teufelskreis aus Austerität – Rezession – Schulden und Krediten darstellt.

Diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen. Wir wollen unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger im Norden überzeugen, dass eine alternative Lösung für die Menschen des Südens auch für sie von Nutzen ist. Sonst werden die Länder des Südens weiterhin mehr und mehr Kredite benötigen, die nicht der Realwirtschaft zu Gute kommen, sondern den bankrotten Banken, die immer wieder gestützt werden. Unsere größte Herausforderung besteht darin, die Strategie der Austerität zu beenden und einen alternativen Weg aus der Krise populär zu machen, der der arbeitenden Bevölkerung zu Gute kommt.

Frau Merkels Europa ist nicht unser Europa. Es ist nur das Europa, das wir verändern wollen. Statt eines Europas der Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung, statt eines Europas, das die Interessen der Bankier bedient, wollen wir ein Europa, das sich in den Dienst der Menschen stellt.

Wir wollen eine demokratische und fortschrittliche Neuorientierung der Europäischen Union. Die Europäische Linke hat die politische Vision und den Mut, für einen breiten sozialen Konsens über das programmatische Ziel des Neuaufbaus Europas auf demokratischer, sozialer und ökologischer Grundlage einzutreten.

Dies beschreibt den weiten politischen Kontext meiner Kandidatur als Präsident der Europäischen Kommission im Namen der Europäischen Linken. Dadurch wird deutlich, dass es sich nicht einfach um eine weitere Kandidatur handelt. Es handelt sich um ein Mandat für Hoffnung und Veränderung in Europa. Und der Mai wird das beweisen.

Lasst uns 2014 die Memoranden vergessen machen. Lasst uns den Weg zu Solidarität und Veränderung in Europa freimachen. Lasst uns unsere Stimmen mit denen der Menschen Europas vereinigen und lasst uns durch unsere gemeinsame Kampagne für die Europawahlen und meine Kandidatur eine starke Botschaft der Demokratie aussenden.

Hoffnung wird Angst überwinden!

Solidarität wird Unglück überwinden!

Ich wünsche Euch persönlich und politisch ein gutes neues Jahr mit viel Gesundheit und Ausdauer für die kommenden Kämpfe.

Den alten Kontinent aufwecken

Kämpferisch und kulturvoll begrüßte die Partei der Europäischen Linken am 12. Januar in der Volksbühne in Berlin das Wahljahr 2014.

Aus: Disput, Nr. 1/2014

Zwei Lieder sind es, die dem Jahresauftakt der Partei der Europäischen Linken am 12. Januar in Berlin den ganz besonderen Ton geben. Zunächst, etwa zur Mitte der Veranstaltung: „Der Graben“, von Kurt Tucholsky, 1926 geschrieben und später oft und aufwühlend vorgetragen von Gisela May.

Die letzte Strophe lautet:

Denkt an Todesröcheln und Gestöhne.

Drüben stehen Väter, Mütter, Söhne,
schufteten schwer, wie ihr, ums bisschen Leben.

Wollt ihr denen nicht die Hände geben?

Reicht die Bruderhand als schönste aller Gaben
übern Graben, Leute, übern Graben!

Die Vorstellungen der europäischen wie der deutschen Linken von einem friedlichen, demokratischen, sozialen Europa ziehen sich in der „Volksbühne“ durch alle Redebeiträge und Gesprächsrunden, durch Argumente, Kommentare, Episoden. Ihre Kernaussage, in geballter Einmütigkeit: DIE LINKE ist sich ihrer Verantwortung als proeuropäische Partei im Jahr der Europawahlen bewusst. „Wir sind“, drückt es Bernd Rixinger aus, „Europäer und wir sind Internationalisten – mit Haut und Haaren.“ Das Problem sei nicht „Armutszuwanderung“, sondern „Reichtumsflucht“; der Konflikt bestehe nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Katja Kipping prangert die „tödliche Abschottungspolitik“ der EU an, die weder christlich noch sozialdemokratisch sei. DIE LINKE habe sich im vergangenen Jahr konsolidiert und verfolge eine Doppelstrategie: als kämpferische Opposition, deren Notwendigkeit die Politik der Großen Koalition zeige, und als eine „Opposition der Einladung“.

Die Grüße der EL überbringen ihr Vorsitzender Pierre Laurent (Frankreich) und seine Stellvertreterin Maite Mola (Spanien). „Wenn jetzt die wirtschaftliche und soziale Krise bis zum Unerträglichen anwächst, wenn Regierungen, wie die von François Hollande in Frankreich, versuchen, andere in militärische Aktionen in Afrika zu verwickeln, wenn die Rückkehr von Nationalismen, von rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien unsere Gesellschaften bedroht, müssen wir diejenigen sein, die unter allen Umständen das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Sicherheit, der Zusammenarbeit und der Solidarität zwischen den Völkern hochhalten. Krieg und Faschismus, wir wollten sie 1914 nicht, wir wollten sie 1939 nicht und wir wollen sie 2014 noch immer nicht! Wir müssen den alten Kontinent aufwecken!“ Die EL werde sich gemeinsam und entschlossen in den Europawahlkampf stürzen, mit Alexis Tsipras als Kandidat für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission.

Maite Mola wendet sich insbesondere dem Kampf gegen Krieg und Waffenexporte zu: Es gehe nicht nur darum, „Nein zum Krieg“ zu sagen: „Wir müssen jeden Tag und überall dafür kämpfen, den Frieden Realität werden zu lassen.“ Ohne Frieden gäbe es keine Menschenrechte, und ohne Menschenrechte gäbe es keine Demokratie.

In einem Grußwort bezeichnet Alexis Tsipras seine Kandidatur als ein „Mandat für Hoffnung und Veränderung“: „Lasst uns den Weg zu Solidarität und Veränderung in Europa freimachen. Lasst uns unsere Stimmen mit denen der Menschen Europas vereinigen und lasst uns durch unsere gemeinsame Kampagne für die Europawahlen und meine Kandidatur eine starke Botschaft der Demokratie aussenden.“

In drei Gesprächsrunden kommen Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi zu Wort. Die Aufgabe der LINKEN sei es, deutlich zu sagen, was ist, betont Dietmar Bartsch: „Unser Gegner ist jetzt die Große Koalition. Jetzt machen wir Opposition im Deutschen Bundestag.“ Wir sollten dabei auch unsere Erfolge herausstellen: Der Abzug aus Afghanistan habe mit unserem Engagement zu tun. Es sei eine Frechheit, bekräftigt Sahra Wagenknecht, ausgerechnet der LINKEN zu unterstellen, sie sei antieuropäisch. Das Europa der Banken, Reichen und Konzerne werde immer unpopu-



lärer. Eine wichtige Frage für uns sei, wie wir es schaffen, Menschen, die aus guten Gründen sehr skeptisch gegenüber den europäischen Institutionen eingestellt sind, nicht rechten Populisten zu überlassen. Unsere Rolle als Opposition ernst zu nehmen, fordert Gregor Gysi: „Wir sind die Opposition“ – nicht Regierung im Wartestand. Engste Beziehungen brauche die Partei zu allen außerparlamentarischen Bewegungen: zu attac, zu Blockupy, zu Bürgerinitiativen verschiedenster Art, auch zu den Gewerkschaften, endlich viel bessere Beziehungen in Wissenschaft, Kunst und Kultur und auch zu den Kirchen. „Die europäische Idee ist eine linke Idee. Wir müssen sie retten.“

Integration, Gerechtigkeit, Frieden. Tucholskys berühmtes Anti-Kriegslied soll laut Programm noch einmal von Gisela May vorgetragen werden, doch der 89-Jährigen geht es nicht gut, sie kann wohl nicht erscheinen ... und Welislaw Letz erklärt sich bereit einzuspringen. Sie beginnt:

Mutter, wozu hast du deinen aufgezogen?
Hast dich zwanzig Jahr mit ihm gequält?
Wozu ist er dir in deinen Arm geflogen,
und du hast ihm leise was erzählt?
Bis sie ihn dir weggenommen haben.
Für den Graben, Mutter, für den Graben ...

Zwei, drei Zeilen später – DIE LINKE ist stets für Überraschungen gut – betritt doch noch Gisela May die Bühne. Das Publikum erhebt sich, spendet Applaus, und Welislaw Letz und Gisela May singen von nun an mal solo, mal gemeinsam. Es wird, für die Länge eines besonderen Liedes, ein besonderer Moment für die 750 im voll besetzten Saal.

Linke brauchen Kultur, Anregung, Impuls, Widerspruch, Herausforderung. Florian Erker und die Gruppe The Bookstore Café haben sich quasi selbst eingeladen, indem sie ihr „Lied für Edward Snowden“ an die Bundestagsfraktion schickten. Und nicht nur dort kam es gut an. Katja Ebstein, angekündigt als Friedenskämpferin, singt – und sie spricht von zivilem Ungehorsam, ohne den wir die Gesellschaft nicht umgebogen kriegen. Volker Braun trägt einige seiner Gedichte vor, unter anderem das von der „Inbesitznahme der großen Rolltreppe durch die Medelliner Slumbewohner“. Der Chilene Pablo Ardouin stimmt zwei linke „Klassiker“ an: „Comandante Che Guevara“ und „Venceremos“, viele stimmen ein. (Leider konnten einige hundert Interessenten keinen Einlass mehr finden, wofür sich Diether Dehm, der durch das 190-minütige Programm führt, entschuldigt.)

In einer kurzen Rede geht auch Oskar Lafontaine scharf mit jenen ins Gericht, die der LINKEN Europafeindlichkeit unterstellen. Ein Europafeind sei, wer die Menschen in die Armut treibt. Das deutsche Lohndumping sei die Ursache für die europäische Krise und Hartz IV das europafeindlichste Gesetz, weil es das Abrutschen der Löhne beschleunigt hat. DIE LINKE rücke die Menschen ins Zentrum der Europapolitik. Sie wolle eine andere Lohnpolitik in Deutschland und einen Mindestlohn von mindestens zehn Euro, die direkte Kreditvergabe an die Länder durch die Europäische Zentralbank, eine Vermögensabgabe europaweit und einen Schuldenschnitt. Und: „Wir wollen nicht zulassen, dass von deutschem Boden Drohnenkriege geführt werden.“

Mit dem Solidaritätslied von Bert Brecht und Hanns Eisler – das zweite große Lied dieses Nachmittages – endet die Veranstaltung aktuell und kraftvoll. Künstler/-innen und

Politiker/-innen haben sich auf der Bühne versammelt und singen gemeinsam mit dem Saal – es ist ein starker Abschluss einer starken EL-Veranstaltung.

DIE LINKE

Wer Europa will, der muss es den Reichen nehmen

Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zur Eröffnung des Hamburger Parteitages, 15. Februar 2014 (Auszüge zur Außen- und Europapolitik)

Aus: www.die-linke.de

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Mitstreitende, verehrte Gäste, herzlich willkommen beim Europaparteitag der LINKEN.

... Wir haben nun eine Regierung, mit dem Beinamen Die Große. Große meint hier aber nur, dass diese Koalition besonders viele Sitze im Bundestag hat und leider auch viele Minuten Redezeit, was die Debatten nicht wirklich spannender macht. Schauen wir uns die Inhalte dieser Regierung an, so kann von großer Qualität wahrlich nicht die Rede sein.

Vor allem erschreckt mich die Außenpolitik dieser Regierung.

Im Koalitionsvertrag der Vorgängerregierung – also unter Schwarz-Gelb – war immerhin noch von einer „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ die Rede. Ein solches Bekenntnis sucht man im aktuellen Regierungsprogramm vergeblich. Und sehr schnell wurde klar, dass diese Leerstelle kein Versehen war. Die ersten 100 Tage sind noch nicht einmal vorbei, und schon hat diese Regierung außenpolitisch ihr wahres Gesicht gezeigt.

Nun haben wir mit Ursula von der Leyen zum ersten Mal in diesem Land eine Verteidigungsministerin. Als ihre Ernennung bekannt wurde, gab es eine Welle der Kritik, an der wir uns aus gutem Grund nicht beteiligt haben. Man muss nicht gedient haben, um in diesem Bereich gute Arbeit zu leisten. Frau auch nicht. Und ich gebe zu: Die Vorstellung, dass den an militärische Männlichkeit gewöhnten Generälen jetzt eine Frau als oberste Befehlsinhaberin gegenübersteht, hat bei mir auch ein Schmunzeln zur Folge gehabt. Für uns gibt es einen anderen Maßstab, nach dem wir eine Verteidigungsministerin genauso wie einen Verteidigungsminister messen. Der lautet: Schickt sie Soldatinnen und Soldaten in neue Kriege oder holt sie die Männer und Frauen zurück zu ihren Familien. Das verstehen wir als LINKE unter Familienfreundlichkeit!

Leider versteht Ursula von der Leyen darunter offensichtlich etwas anderes. Schon kurz nach ihrer Ernennung rief sie nach mehr militärischem Engagement. Außenminister Steinmeier (SPD) stieß ins gleiche Horn, als er verkündete: Deutschland sei „zu groß, um die Weltpolitik nur zu kommentieren“. Bundespräsident Gauck setzte noch eins drauf und forderte auf der Münchner Konferenz, Deutschland solle



sich „früher, entschiedener und substanzieller einbringen“.

Diese Begriffe sind jeweils sorgfältig gewählt – da ist nie von Krieg die Rede. Sie reden von Engagement, von Verantwortung, am Ende aber läuft es auf Kriegseinsätze hinaus. Diese rhetorischen Offensiven von Gauck bis Steinmeier, sie kommen so abwägend daher und sind doch so klar im Kalkül: Hier soll der Boden bereitet werden für eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Und liebe Genossen, es ist unsere Aufgabe, klar dagegenzuhalten.

Die Großmächte dieser Welt kämpfen nicht in erster Linie für den Frieden, sie kämpfen natürlich für ihre geo-strategischen Interessen. Wir hingegen nennen die Dinge klar beim Namen: Tote sind Tote und keine Gefallenen. Das Militär ist nicht die Heilsarmee. Und auch wenn nun Wickeltische und Spielecken in der Truppe einziehen sollen – ein Kriegseinsatz ist nun mal ein Kriegseinsatz und kein Familienausflug!

Angesichts von Gaucks Rede habe ich mir noch einmal den Dokumentarfilm „Es begann mit einer Lüge“ zum Jugoslawienkrieg angesehen. Darin wird aufgearbeitet, wie mit manipulierten Darstellungen die Stimmung angeheizt wurde. Und Jugoslawien ist nur ein Beispiel für öffentliche Stimmungsmache, die am Ende darauf hinaus läuft, dass ein Kriegseinsatz unverzichtbar erscheint. Schon allein weil wir um die Mechanismen wissen, sind wir überzeugt: Es braucht wenigstens eine Fraktion, die sich gegen solche Stimmungsmache immunisiert und stattdessen immer wieder hinterfragt, was die wirklichen Ursachen sind, wie Konflikte anders als mit Waffen zu lösen sind – und das verlässlich.

Auch bei aktuellen Konflikten lässt sich beobachten, wie militärische Interventionen schnell die Gewaltspirale weiterdrehen, statt sie zu stoppen. In Zentralafrika wurden die französischen Truppen aufgestockt, um muslimische Milizen zu entwaffnen. Entwaffnung ist an sich ein gutes Ziel, aber sie funktioniert nicht mit Gewalt und nicht einseitig. Nach der Entwaffnung der muslimischen Milizen wurden andere, namentlich die christlichen Anti-Balaka-Milizen, ermutigt, nun auf Muslime loszugehen. Die Folge des französischen Einsatzes ist, dass nun Muslime um ihr Leben fürchten müssen.

Die Befürworter von Militäreinsätzen versuchen unsere Haltung zu denunzieren: Sie sei weltfremd, uns sei egal, was in der Welt passiert. Der Antimilitarismus sei unsolidarisch gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft. Darauf ist zu erwidern:

Erstens: Gerade weil uns Not und Elend in der Welt nicht egal sind, kämpfen wir unermüdlich für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für eine andere Weltwirtschaftsordnung. Wir wissen, rund ein Dreißigstel der Gelder, die jedes Jahr in das Militär fließen, würden ausreichen, um den schlimmsten Hunger zu bekämpfen und damit die Ursachen von Gewalt zurückzudrängen.

Zweitens: Wir stehen für eine weltweite Geltung der Menschenrechte, insbesondere der sozialen Menschenrechte. Wir wollen, dass internationale Gerichte über ihre Einhaltung wachen und auch Unternehmen und Staaten zur Rechenschaft ziehen können. Aber für all dies ist die Anwendung militärischer Gewalt kontraproduktiv.

Drittens: Jede Waffe, die in ein Krisengebiet exportiert wird, heizt Konflikte an. Die höchste Form internationaler Verantwortung ist deswegen ein sofortiger Stopp der Rüstungsexporte. Das ist unsere Vorstellung von internationaler Verantwortung. Und wir wollen, dass die Bundesrepublik ein verlässlicher Partner ist: Verlässlich, wenn es darum geht,

die Anwendung militärischer Gewalt aus der internationalen Gemeinschaft zu verbannen. Dafür steht DIE LINKE!

Liebe Genossinnen und Genossen, die Krisenherde auf der Welt sind ein zentraler Grund für Not und Elend. Viele Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Für manche endet diese Flucht tödlich. Es gibt Leute, die schlagen sich bis nach Nordafrika durch in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa. Sie kommen auf dem Kontinent an, auf dem einst die Idee der Aufklärung und Toleranz mitentwickelt wurde. Was sie dann erleben, hat jedoch mit Aufklärung und Toleranz wenig zu tun. Sie prallen auf das Grenzregime an der EU-Außengrenze. Sie werden von gut ausgerüsteten Polizeibooten auf die afrikanische Seite des Mittelmeers abgedrängt. Oder sie kommen in eines der zahlreichen Lager und müssen dort unter katastrophalen Bedingungen einfach auf ihre Rückführung warten. Der Kontinent, der nach den Katastrophen des letzten Jahrhunderts eigentlich den Schluss gezogen hat, dass es ein Asylrecht für Menschen in Not braucht, schottet sich von der Welt ab. Nach einem Passus, daran etwas zu ändern, sucht man im Koalitionsvertrag vergebens. Das ist doch unglaublich! Das Mittelmeer wird zum Massenfriedhof. Und die Regierung will daran nichts ändern. Das ist weder christlich, noch sozialdemokratisch! Das ist wohlstandchauvinistisch.

Wenn es Flüchtlinge dann in eines der EU-Länder schaffen, ist ihre Tortur noch nicht beendet. Es drohen Abschiebungen. Wir aber wissen: Hinter jeder Abschiebung, hinter jeder untersagten Duldung stehen menschliche Schicksale.

Schicksale, wie das einer jungen Familie, die mich in Dresden besuchte. Sie stammt aus der Ukraine und kam zum Studium nach Dresden. Er kommt aus Pakistan und lebt seit 14 Jahren unter Duldung in Deutschland. Eine Rückkehr nach Pakistan bedeutet für ihn Gefahr für Leib und Leben. In Pakistan kommt es nämlich immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen und Folter von Systemkritikern. Beide lernten sich in Dresden kennen und lieben. Inzwischen haben sie drei Kinder. Das Jüngste hat gerade Laufen gelernt, das Größte geht schon zur Schule. Da ihm wichtige Papiere fehlen, können sie nicht heiraten. Sie sagt: Allein könnte ich zurück in die Ukraine. Aber mein Mann mit seiner dunkleren Hautfarbe würde bei uns nie akzeptiert werden, dafür ist der Rassismus gegenüber dunkelhäutigen Menschen aus Asien zu groß. Sie wohnen zu fünft in einer Zwei-Raum-Wohnung. Er hat inzwischen eine vorübergehende Arbeitserlaubnis als Koch. Davon lebt die gesamte Familie mehr schlecht als recht. Vor einigen Jahren, da hatten sie schon zusammen zwei Kinder, wollten die deutschen Behörden ihn abschieben. Sie holten ihn nachts um drei aus der Wohnung und wollten ihn in ein Flugzeug setzen. Zum Glück konnte die Abschiebung im letzten Moment gestoppt werden. Die Angst, wieder nachts herausgezerrt zu werden, sitzt tief und lässt ihn oft aufschrecken. Immer wieder sagt die junge Frau im Gespräch: „Was haben wir denn verbochen? Wir wollen doch nur als Familie zusammenleben. Und wissen, dass wir nicht plötzlich auseinandergerissen werden.“ Die deutsche Behördenpraxis steht dieser schlichten Bitte entgegen. Sie müssen sich weiter von Duldungsverlängerung zu Duldungsverlängerung hangeln.

Ich muss sagen, das Gespräch mit dieser Familie hat mich sehr mitgenommen. Und dann hab ich gemerkt, wie sich mein Mitgefühl mit ihnen umwandelte in Wut. Wut darüber, dass so etwas in Deutschland möglich ist.



Das hat mich darin bestärkt: Wir brauchen ein Stopp der Abschiebungen. Kettenduldungen wollen wir zu Gunsten gesicherter Aufenthaltsrechte beenden. Und wir brauchen eine menschlichere Flüchtlingspolitik sowohl an der EU-Außengrenze als auch innerhalb Europas. Denn kein Mensch ist illegal!

Liebe Genossinnen und Genossen, gelegentlich gibt es unter uns Diskussion darüber, auf welche Ebene wir verstärkt den Fokus legen sollen: Bund oder Kommune. Oder darüber, wo mehr zu bewirken ist: in Brüssel oder im Bund. Ich finde, das ist ein wohlfeiler Streit. Fakt ist doch, wir müssen die Kämpfe dort führen, wo sie anstehen. Fakt ist auch, wir haben überall Erfolge aufzuweisen. Im Europäischen Parlament ist es unserem Wirken zu verdanken, dass die Lenkzeiten von selbstständigen Fernfahrern nicht ins Unermessliche gestiegen sind. Das zeigt: Links wirkt.

Im Bundestag hätte es ohne uns keine Aufklärung über die dunklen Machenschaften der Rüstungslobby gegeben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir verabschieden heute unser Europawahlprogramm. Doch bevor wir uns mit der Zukunft Europas beschäftigen, möchte ich Euch zu einem historischen Exkurs einladen: Dieser führt uns auf eine italienische Insel, die südöstlich von Rom im Mittelmeer liegt.

Wir schreiben das Jahr 1941. Der Zweite Weltkrieg ist in vollem Gange. Unsägliches Leid überschwemmt die Länder. Der Tod zeigt sich als ein Meister aus Deutschland. Auf der Mittelmeerinsel Ventotene sitzen drei Männer im Gefängnis. Mühsam sammeln sie Zigarettenpapier, was im Gefängnis gar nicht einfach ist. Immer wieder stecken sie heimlich die Köpfe zusammen und schreiben auf das Zigarettenpapier. Nachts verstecken sie das Geschriebene – immer in Angst, die Aufseher könnten es entdecken. Sie treibt die Frage um, wie die beschriebenen Zettel unentdeckt aus dem Gefängnis herausgebracht werden können. Als eine mitinhaftierte Gefährtin, Ursula Hirschmann, entlassen wird, bietet sich die Chance. Versteckt im Bauch eines gebratenen Huhns kann der Text unbemerkt von den Aufsehern die Gefängnisinsel verlassen. Das, was Ursula Hirschmann unter großen Risiken aus dem Gefängnis herausschmuggelte, trägt den Titel „Für ein freies und geeintes Europa“. Es wird später bekannt als Manifesto von Ventotene. Dieses Manifest ist einer der wichtigsten programmatischen Entwürfe für eine europäische Einigung, es wird zum Gründungsdokument für eine europäische sozialistische Linke.

Bei den drei Autoren handelt es sich um Spinelli, Colorni und Rossi. Das Manifest ist durchdrungen von der Hoffnung, ein geeintes Europa könne Frieden bringen und die nationalen Egoismen überwinden. Konkret schrieben die drei damals folgendes auf Zigarettenpapier. Ich zitiere: „Die europäische Revolution muss sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden; sie muss sich für die Emanzipation der Arbeiterklasse und für die Schaffung menschlicherer Lebensbedingungen einsetzen.“

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir über Europa reden, dann sollten wir das nicht vergessen: Es ist unser Europa. Die Idee der europäischen Einigung ist eng verbunden mit der Geschichte des Antifaschismus. Die europäische Idee ist eine zutiefst linke Idee. Sie ist Teil unserer Geschichte! Und das Wissen darum sollte uns einen!

Das ist unser Antrieb, wenn wir die Europapolitik der Regierung Merkel kritisieren. Und mit dieser Kritik stehen wir nicht allein. Jürgen Habermas warnte in seiner Rede an die

SPD zu Recht vor einem „deutschen Europa“. Schließlich habe die deutsche Regierung auf Grund ihrer informellen Verhandlungsmacht im Rat die deutschen Vorstellungen durchgedrückt und den von der Krise besonders betroffenen Ländern Kürzungen aufgedrückt. Ich meine: Die Regierung Merkel betreibt deutsche Großmachtspolitik. Diese Politik gefährdet den Zusammenhalt in der Europa, denn wahre Europäer verzichten auf deutsche Großmachtspolitik. Wahre Europäer verzichten auf ein Kürzungsdiktat. Das Kürzungsdiktat befördert Armut und Angst in Europa. In griechischen Krankenhäusern fehlt es an lebensnotwendigen Medikamenten. Schwangere müssen bezahlen, um in den Kreißsaal gelassen zu werden. Doch das Kürzungsdiktat führt nicht nur zu sozialen Katastrophen – es ist auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Wirtschaftskrisen löst man nicht mit Lohn- und Sozialkürzungen, denn genau diese verstärken die negative Spirale. Gerade in Wirtschaftskrisen heißt es, konkret anzukurbeln und deswegen setzen wir auf ein sozial-ökologisches Zukunfts- und Investitionsprogramm!

Das Manifest von Ventotene ist ein historisches Dokument. Sicherlich, mit unserem Wissen heute, dem Wissen der Nachgeborenen, würden wir so manches anders formulieren. Doch vieles, was Kommunisten und Antifaschisten damals als Aufgabe für ein zukünftiges Europa geschrieben haben, ist bemerkenswert aktuell.

Ich will nur eine Passage zitieren: Spinelli schreibt einem geeinten Europa folgendes ins Stammbuch. „Die Solidarität darf keine karitativen Formen annehmen, welche den Empfänger demütigen. Man soll im Gegenteil eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die jedem bedingungslos einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen, ohne indes den Anreiz zum Arbeiten zu verringern. So wird niemand mehr aus Elend dazu gezwungen werden, abwürgende Arbeitsverträge anzunehmen.“

Ob er damit nun die sanktionsfreie Mindestsicherung oder eher das Bedingungslose Grundeinkommen beschreibt, lassen wir mal offen. Ich glaube so differenziert waren damals die Streitereien nicht, wie wir heute manchmal diskutieren. Aber eins steht fest: Der Satz „Niemand soll mehr aus Elend gezwungen werden, abwürgende Arbeitsverträge anzunehmen.“ Das liest sich wie eine Kampfansage an das Sozialdumping, und das zu Recht, liebe Genossinnen und liebe Genossen.

Immer wieder bekommen wir von SPD und Grünen zu hören, wir müssten uns bewegen und zu einer verlässlichen Europapolitik bekennen. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Die Frage ist nur: Was ist eine verlässliche Europapolitik?

Eine Politik, die Banken verlässlich mit Steuergeldern rettet und die Jugend Südeuropas verlässlich in die Massenerwerbslosigkeit entlässt? Das nenne ich nicht verlässlich – das ist nicht das Europa, das wir meinen, liebe Genossinnen und Genossen!

Wie schrieb Theodor Adorno doch so treffend: „Zart wäre einzig das Größte, dass keiner mehr hungern soll.“ Was für eine Selbstverständlichkeit – und doch bisher nur Theorie, wenn auch kritische. Leider erfüllt das heutige Europa diese Anforderung nicht. Auch in Folge der Sozialkürzungen nimmt Hunger wieder zu. Auch in Athen wachsen die Schlangen vor den Suppenküchen. Deswegen sagen wir ganz klar: Wir kämpfen für ein Europa, in dem niemand hungern muss, in dem niemand in Armut leben muss. Wir kämpfen für ein



Europa der sozialen Rechte. Stellt euch vor, es gäbe in jedem Land eine Mindestrente, eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die sicher vor Armut schützt. Dafür lohnt es sich doch zu kämpfen!

Wir kämpfen für ein Europa, in dem im Leben von Frauen und Männern gleichermaßen Zeit ist für Erwerbsarbeit, Familienarbeit, politische Einmischung und Muße. Ja ein erster, wenn auch ein nicht ausreichender Schritt dafür könnte heute bereits auf EU-Ebene gegangen werden. Die EU hat bereits heute Kompetenzen im Bereich Arbeitsschutz. Im Sinne des Arbeitsschutzes könnte innerhalb von Europa festgelegt werden, dass die maximale Wochenarbeitszeit 40 Stunden nicht überschreiten darf.

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung ist ein alter Kampf, aber wir lassen da nicht locker. Schließlich handelt es sich um unsere Lebenszeit, und die ist kostbar!

Als ich mit Gaby Zimmer und Cornelia Ernst bei einem Treffen von linken Parteien in Amersfoort war, erzählte uns der Vorsitzende der schwedischen Linkspartei, dass ihre Kampagne unter der Überschrift steht „Not for sale!“ Also nicht für den Ausverkauf bestimmt. Ja, das politische Geschäft sollte sich unterscheiden von einem Schnäppchenladen, wo ständig Ausverkauf herrscht! Es gibt Dinge, die dürfen nicht zum Ausverkauf stehen. Das Gesundheits- und Sozialsystem, die öffentliche Daseinsvorsorge, die Natur, die Menschen – all das ist „not for sale“, steht nicht zum Ausverkauf!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir kämpfen für ein Europa der Umverteilung. Ein erster Schritt dahin ist die europaweite Millionärsabgabe. Und hier verbinden sich für uns Europa und Kommunalpolitik miteinander. Kommunen und Länder brauchen mehr Geld, damit die Beschäftigten in Schulen, Krankenhäusern und bei der Feuerwehr einfach nur ihren Job gut machen können. Dieses Geld muss irgendwo herkommen. Deshalb wollen wir Millionäre zur Kasse bitten. Für uns steht fest: Wer Europa wirklich will, der muss es den Banken und den Reichen nehmen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das Manifesto von Ventotene endet mit den Worten: „Der Weg, der uns erwartet, wird weder bequem noch sicher sein. Wir müssen ihn jedoch beschreiten, und wir werden es tun!“

Ich glaube, die vor uns liegenden Wahlkämpfe werden wahrscheinlich auch nicht bequem. Aber sicherlich werden wir dabei auch viel Anlass zur Freude haben. Spätestens am Wahlabend, wenn klar wird, dass die Linke in Europa die drittstärkste Kraft im Parlament ist!

In diesem Sinne voran zu einem demokratischen, einem sozialen, einem ökologischen Europa – einem Europa des Friedens und der sozialen Rechte!

Und im Sinne des Manifests von Ventotene voran zu einem vielleicht eines Tages auch demokratisch-sozialistischen Europa!

DIE LINKE kann Europa verändern

Von Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken, 11. Januar 2014; aus: <http://dominic.linkeblogs.de>

Derzeit füllt DIE LINKE mit ihrer parteiinternen Debatte über ihr Europawahlprogramm viele Seiten deutscher Zeitungen. Selbst das öffentlich-rechtliche Fernsehen berichtet vom Morgen- bis zum Nachtmagazin über vermeintliche Gegensätze und unversöhnliche Haltungen in der Europafrage.

Nun, ja es gibt Gegensätze unter uns, was die Beurteilung der aktuellen europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union (EU) angeht. Von unversöhnlichen Haltungen in der Europafrage mag ich allerdings dennoch nicht sprechen.

Als Ende letzten Jahres der Parteivorstand das erste Mal über den Entwurf eines Europawahlprogramms der Parteivorsitzenden debattierte, befanden wir uns erst am Beginn unseres Diskurses. Seitdem sind viele Texte und Stellungnahmen zum Leitantrag veröffentlicht worden. Das ist zu begrüßen, denn auffallend ist, dass von den anderen im Bundestag vertretenden Parteien so gut wie nichts zu dem Thema Europa zu hören ist. Das ist er, der nicht zu unterschätzende Wert der LINKEN in Deutschland: Wir stoßen Debatten an, wir setzen Themen in der Öffentlichkeit, wir machen unsere Gegensätze aber auch gemeinsamen politischen Alternativen für die Menschen in diesem Lande öffentlich. Woran es uns leider noch immer mangelt, ist, unsere unterschiedlichen Haltungen nachvollziehbar zu machen. Dennoch: Festzuhalten ist, dass sich DIE LINKE in den kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament gemeinsam mit der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke (GUE/NGL) u. a. einsetzen wird für:

- einen europaweit geltenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 60 Prozent des nationalen Durchschnittsbruttentgelts;
- eine europaweit gesetzliche Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen mittleren Einkommens vor Ort;
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Mann und Frau und für ein Verbot von Leiharbeit;
- die Verknüpfung neuer Kredithilfen für Krisenstaaten mit einer Sozialcharta (Belastung von Reichen und Vermögenden, Bankenregulierung, Abbau der Rüstungsausgaben, keine Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen);
- ein europaweites Verbot von Rüstungsexporten
- und eine Humanisierung der Flüchtlingspolitik (Auflösung von FRONTEX, offene Grenzen für Menschen in Not).

DIE LINKE ist die Partei in Deutschland, die den zivilisatorischen Fortschritt der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft als Institution der Friedensbewahrung in ihrem politischen Handeln zu integrieren in der Lage ist. Und deshalb kommen am zweiten Sonntag im Januar viele Genossinnen und Genossen zum „stillen Gedenken“ an den Friedhof der Sozialisten, um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren zu gedenken. Die Selbstverständlichkeit im Jahre 2014 ein gemeinsames, von den Menschen in 28 Nationen gewähltes, europäisches Parlament zu bestimmen, ist für uns nur eine scheinbare. Denn nach der Integration zunächst Westeuro-



pas, nach dem Holocaust, dem Grauen und den Zivilisationsbrüchen des Ersten und Zweiten Weltkrieges, waren es die Bürgerinnen und Bürger im Osten Europas, die mit ihren friedlichen Demonstrationen 1989 für eine wirkliche Einigung und Integration Europas gesorgt haben. Dies ist gerade einmal 25 Jahre her und allein diesen Menschen zu verdanken.

Seitdem aber haben sich das Wesen und der Charakter der Europäischen Union verändert, hat sie auch falsche Wege eingeschlagen. Mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre ist die EU ihrer Aufgabe der Friedenserhaltung erstmals nicht mehr nachgekommen. Und spätestens mit den Verträgen von Maastricht, Nizza und Lissabon und der beginnenden Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 ist die EU ihrer Aufgabe nach friedlichem und sozialem, ja auch ökonomischem und ökologischem Ausgleich zwischen den Menschen in Europa nicht mehr gerecht geworden. Und ja, es wurden in der EU Gegensätze zwischen den Menschen in Europa, zwischen den Schichten – den Vermögenden und den Armen – geschaffen.

Aufgabe der Linken ist es deshalb, zunächst für Aufklärung zu sorgen, kurzum: zu sagen was ist. Dazu gehört deutlich zu machen, dass nicht DIE EU für alle aufgezählten und viele weitere Verwerfungen einzig und allein verantwortlich ist. Vielmehr sind es die nationalen Regierungen, die das Wesen der EU bestimmen und damit auch die Politik auf europäischer Ebene. Wie groß diese „Prägung“ ist, darüber gibt es unter uns LINKEN unterschiedliche Auffassungen. Trotzdem reicht es nicht aus, will man diesen Zustand verändern, sich auf das Nationalstaatliche zurückzuziehen, um Europa zu verändern. Und es reicht eben auch nicht aus, nur auf die europäische Ebene zu orientieren, um europäische Politik sozialer, gerechter, friedlicher, feministischer und ökologischer zu gestalten. Beides zu berücksichtigen ist wesentlich mehr als ein Formelkompromiss.

Vor diesem Hintergrund finde ich die viel zitierte Eingangsformulierung in der Präambel des Leitantes des Parteivorstandes falsch. In dieser heißt es: „Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Macht, die nach 2008 eine der größten Krisen der letzten 100 Jahre mitverursachte. Viele verbanden mit der EU: mehr internationale Solidarität. Herausgekommen sind mehr faschistische Parteien, rechtspopulistische Hetzer und mehr Menschenjagd in und an den Grenzen der EU. Immer mehr wurde die EU zu einem ungehemmten Kapitalmarkt. Immer mehr Gräben wurden aufgerissen, statt Hände zu reichen.“

Aufklärung zu leisten und Veränderungen zu erreichen verlangt mehr, als nur einseitige Schuldzuschreibungen auf die EU abzuwälzen. Darin ist die CSU geübt, wie die Debatte über die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU und deutsche Sozialsysteme zeigt.

Würde sich auch DIE LINKE einem schlichten antieuropäischen Populismus hingeben, wäre die Frage gerechtfertigt, warum die oben zitierte Formulierung sich in Bezug auf die hiesigen Verhältnisse nicht auch am Beginn unseres Wahlprogramms für die Bundestagswahlen 2013 wiederfinden lässt. Kritisieren wir nicht auch die Bundeskanzlerin für ihre „Rettungsschirmpolitik“ in Deutschland? Problematisieren wir nicht auch ein Fehlen an demokratischer Teilhabe in der Bundesrepublik? Demonstrieren wir nicht auch gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr, wie zum Beispiel in Afghanistan? Und sorgen wir uns nicht auch ob des Erstarkens

von NPD und neofaschistischer Gewalt in unserem Land? Stattdessen haben wir uns richtigerweise auf unsere Gestaltungsmöglichkeiten, unsere Visionen und politischen Forderungen konzentriert, die wir in den kommenden vier Jahren im Bundestag und darüber hinaus mit der Zivilgesellschaft in Deutschland im Interesse der hier lebenden Menschen auf den Weg bringen wollen. Diese „politische Rationalität“ wünschte ich mir auch für die Debatten um unsere europapolitischen Positionen.

Das politische Angebot der LINKEN, das wir in unserem Wahlprogramm für das Europäische Parlament unterbreiten müssen, sollte ein Europa entwerfen, das sozialer, gerechter, ökologischer, friedlicher und weltoffener ist. Mit unseren Vorschlägen sollten wir die wechsel- und auch leidvolle Geschichte dieses Kontinents und die daraus entstandene internationale Verantwortung Europas ernst nehmen. Wir müssen sagen, dass wir einen Politikwechsel bei der europäischen Integration wollen, damit Europa nicht allein Eliten ein Zuhause bietet, sondern sich solidarisch mit allen und für alle entwickelt. Und wir sollten sagen, dass wir nicht hinnehmen, dass die europäische Integration ins Stocken geraten ist, weil das aktuelle Krisenmanagement durch DIE EU-Mitgliedstaaten lediglich den Vermögenden dient und die Armen ärmer macht.

Wir sollten uns viel stärker die Idee Europas zu eigen machen, gemeinsam mehr zu schaffen, für Frieden, Wohlstand und Freiheit – vor allem, weil dies ein linkes Ideal ist. Und wir sollten deutlich machen, dass diese Idee nur noch von uns verfolgt werden kann, weil sich konservative und sozialdemokratische Regierungen in Europa mehr und mehr zur Beute neoliberaler, marktkonformer und militaristischer Politik haben machen lassen und damit den Charakter Europas verändert haben. Wenn Europa seinen Charakter als zunächst Friedens- und spätere Sozialunion verloren hat, dann müssen wir es sein, die Europa nicht nur in Brüssel, sondern auch in Berlin, Paris – überall – genau daran erinnern und für Veränderungen streiten.

Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen

Auftaktrede Gregor Gysis auf der 6. Außenpolitischen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Deutsche Außenpolitik. Alternativen“, Berlin, 13. Dezember 2013

Als DIE LINKE 2005 wieder in den Deutschen Bundestag einzog, führte Deutschland seit vier Jahren Krieg in Afghanistan. Allerdings wurde den Bürgerinnen und Bürgern von Politik und Medien glaubhaft gemacht, es handele sich um ein beinahe durch und durch friedliches Brunnenbaumandat. Zwar hatte die deutsche politische Öffentlichkeit seit dem NATO-Krieg in Jugoslawien akzeptiert, dass Deutschland seit 1945 wieder aktiv Kriege führte, doch waren Kommentatoren wie auch etablierte Parteien ausgesprochen zaghaft, die Vokabel „Krieg“ zu gebrauchen. Auch deswegen konnte sich die LINKE außerparlamentarisch mit ihrer Antikriegsposition profilieren; und neben unserer Position zum Sozialabbau war sie ein wichtiger Faktor für die wachsende Zustimmung für DIE LINKE. Wir haben unsere Aufgabe auch darin gese-



hen, zu Kriegen „Krieg“ zu sagen und die unverzügliche Beendigung der deutschen Kriegsbeteiligung zu fordern.

Dieser Haltung ist DIE LINKE treu geblieben und ich kann mir nur wünschen, dass sie es bleibt. Aber für uns ist nicht nur die Linie der Verlässlichkeit wichtig, sondern es gibt viele Fragen, die sich mit der Zeit stellen und einige davon sollte man ansprechen.

Deutschland hat seine Rolle noch nicht gefunden.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland macht, betrachtet man sie einigermaßen deskriptiv, den Eindruck, als fehlten ihr die Koordinaten, die zur Orientierung nun einmal nötig sind.

Zunächst gibt es dafür historische Gründe. Nach der Zerschlagung des NS-Regimes und der Beendigung des von den Nationalsozialisten entfesselten Krieges und angesichts der schwersten Verbrechen, für die Deutschland die Verantwortung trug, war die Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit nur möglich durch faktische Akzeptanz der Zweistaatlichkeit und durch die Integration beider deutscher Staaten in gegnerische Bündnisstrukturen. Das bedeutete eine starke Anlehnung an die USA und an die UdSSR – und nur im Rahmen dieser Prämisse war außenpolitische Souveränität der beiden deutschen Staaten möglich. Die alte Bundesrepublik wurde zusätzlich in den (west-)europäischen Integrationsprozess einbezogen. Der asymmetrische Charakter der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zeigte sich unter anderem daran, dass die vergrößerte Bundesrepublik Mitglied der NATO blieb, obwohl mit dem Zerfall des Staatssozialismus zunehmend unklar wurde, worin der Zweck der NATO bestehen könnte.

Warum kann man überhaupt auf den Gedanken kommen, dass der deutschen Außenpolitik ein klarer Orientierungsrahmen fehlt? Ich möchte das anhand von Kriegseinsätzen verdeutlichen. Das Jahr 1999 bedeutete für die deutsche Außenpolitik einen Wendepunkt. Erstmals seit 1945 war Deutschland wieder an einem echten Angriffskrieg, also ohne völkerrechtliche Legitimation, beteiligt. Die Schröder-Fischer-Regierung setzte in der Außenpolitik auf militaristisches Säbelrasseln. Ebenso nach dem 11. September 2001, als sich die Bundesregierung, wie inzwischen bekannt ist, den USA geradezu andiente, bei der Kriegsintervention in Afghanistan mitmachen zu dürfen. Bemerkenswert ist da, dass den USA beim Irak-Krieg die offene deutsche Unterstützung versagt blieb. Das öffentlich mobilisierte Argument, dieser von Bush jr. geplante Krieg sei völkerrechtswidrig, war zwar formal und inhaltlich richtig, jedoch wenig glaubwürdig, denn Völkerrechtswidrigkeit hat die Bundesregierung nicht vom Kosovo-Krieg abgehalten.

Die Haltung im Irak-Krieg war zwar kein Aufstand von Rot-Grün gegen die US-amerikanische Aggressionspolitik (dazu wäre mehr Konsequenz erforderlich gewesen: wenigstens die Aussetzung aller passiven Unterstützungsleistungen), aber es war die Demonstration dessen, dass man kein stets getreuer Vasall der USA sei. Natürlich, es war auch Wahlkampf und SPD und Grüne mussten wegen rot-grüner Politik irritierte Anhänger mobilisieren. Gleichzeitig markierte diese Verweigerungshaltung zugleich ihre Grenzen. Nie war man dazu bereit, die „internationale Verlässlichkeit“ in Frage zu stellen, was im Klartext immer bedeutete, bestehende Abkommen werden nicht angetastet, nicht einmal zeitweise ausgesetzt.

Spätestens mit der schwarz-gelben Bundesregierung verschoben sich die Schwerpunktsetzungen erneut. Die Ambitionen, in der ersten Reihe der Weltpolitik tonangebend mitzuspielen zu wollen, machten einem anderen Stil Platz: Anstelle des Muskel-Spiels von Schröder und Fischer ist eine leisere Politik getreten, die es sich wieder mehr zur Aufgabe gemacht hat, deutsche Interessen, darunter insbesondere ökonomische, in der Welt zu vertreten. Gerade das Agieren während des sogenannten „Arabischen Frühlings“ demonstrierte, dass man Türen zu allen Konfliktparteien einen Spalt breit offen lassen wollte und zugleich zur Kenntnis nahm, dass sich die vor allem wirtschaftlichen globalen Gewichte verschoben haben. Angesichts des Aufstiegs der BRICS-Staaten erscheint die außenpolitische Fixierung auf die USA überlebt. Neben einer gewissen „genscheristischen“ Tradition einer Außenpolitik der 2. Reihe spielt hier auch die Erkenntnis eine Rolle, dass die lang andauernden Auslandseinsätze auf dem Balkan und in Afghanistan nicht den gewünschten Erfolg erzielt haben, große und dauerhafte Kosten verursachen und in der Bevölkerung nach wie vor unbeliebt sind.

Wir werden sehen, wie die Große Koalition ihre Außenpolitik gestalten wird. Die Formulierungen des Koalitionsvertrages lassen größeren Interpretationsspielraum offen, so dass es müßig ist, darüber Spekulationen in die Welt zu blasen.

Natürlich haben sich auch die beiden Strukturen, in denen Deutschland am aktivsten ist, NATO und Europäische Union, stark verändert. Die Kriege im Kosovo und in Afghanistan sind als missglückte Versuche zu werten, der NATO eine neue Legitimation als Weltordnungsmacht zu verleihen. Großinterventionen wie Afghanistan oder Irak werden für einige Zeit schwerer zu vermitteln sein. Neuesten Umfragen zufolge sind die Amerikaner so kriegsmüde wie schon lange nicht mehr. Zudem haben der Irak-Krieg, dann auch die Intervention in Libyen und die offene Uneinlichkeit des Westens beim Bürgerkrieg in Syrien gezeigt, dass es innerhalb der NATO schwere Interessendivergenzen gibt. Das bedeutet natürlich nicht, dass sie sich morgen auflösen wird. Das kann aber bedeuten, dass sowohl die transatlantischen Beziehungen als auch die NATO selbst nicht mehr der allererste Bezugspunkt deutscher Außenpolitik sein müssen. Aber auch die USA selbst vermitteln nicht den Eindruck, gemäß einer nachvollziehbaren Rationalität zu handeln. Ihr „Krieg gegen den Terror“ ist zwar Legitimationskulisserie für allerlei Maßnahmen, für die der Ausdruck „Terror“ schon recht passend wäre, aber genau hier sind sie nicht einmal mehr konsistent. Während in Afghanistan und Pakistan Krieg gegen Taliban- und Al-Qaida-Formationen geführt wird, werden ähnliche Truppenteile in Syrien aufgerüstet, die dann zu einer ernst zu nehmenden Bedrohung auch für Israel werden könnten, mit dem man angeblich verbündet ist. Zuletzt haben die USA sich fast in einen Krieg mit Syrien hineinziehen lassen. Den rationalen Part spielten nicht die USA, sondern Russland. Durch eine russische Initiative kam die Abmachung zustande, die chemischen Kampfstoffe zu vernichten.

Die EU hat ihr außenpolitisches Profil durch die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes zwar geschärft, ist sich aber in den zentralen außenpolitischen Fragen (Kosovo, Nah-Ost-Konflikt, Libyen und Syrien) uneinig geblieben. Vielleicht hat sie sich auch deswegen auf Afrika und seine sogenannten „Failing States“ als gemeinsames Handlungsfeld verlegt. Dabei hat die EU-Außenpolitik inzwischen auch eine



starke militärische Komponente. In Afrika gibt es bereits einige EU-geführte Militärmissionen.

Aber auch das deutsche Verhältnis zur EU ist nicht unproblematisch. Im Zuge der ökonomischen Krise hat sich gezeigt, dass Finanzpolitik keinesfalls frei von Symboliken ist, die sonst vor allem der klassischen Außenpolitik anhaften. Wenn in Griechenland unangebrachte Vergleiche zwischen dem Nationalsozialismus und der deutschen Regierung gezogen werden, dann wird deutlich, dass es zwischen den Staaten um mehr geht als um die Verhandlung von Zinssätzen für Darlehen. Seit dem Regierungswechsel in Frankreich fällt der Kanzlerin allein die Rolle zu, ein westeuropäisches Zentrum der EU, das diese mit „starker Hand“ führt, zu repräsentieren. Womöglich haben sich in der Europapolitik die Schattenseiten der deutschen Politik bisher am deutlichsten gezeigt: Eine Politik, die vor allem die eigenen ökonomischen Interessen wohlstandschauvinistisch absichert, verschärft die soziale Ungleichheit in der jeweiligen betroffenen Region und destabilisiert die Union.

Der in den 90er Jahren übliche Jargon, dass man außenpolitisch nur in NATO und EU eingebunden agiert, ist zwar noch üblich, hat aber seine Unschuld längst verloren. Die Frage ist nicht länger, dass wir in den genannten Strukturen agieren, sondern wie wir so agieren, dass sie sich ändern können.

Erste Macht in Europa

Innerhalb der Europäischen Union ist die Bundesrepublik Deutschland die stärkste ökonomische Macht. Das ist für sich weder gut noch schlecht – es ist eine Tatsache. Die Frage ist eine andere: Was fängt dieses Land damit an?

In der Krisenbewältigungspolitik sieht die Bilanz verheerend aus. Den sogenannten „Krisenstaaten“ wurde ein Austeritätsprogramm aufgezwungen. Zwar ist es überhaupt nicht unsittlich, für Kredite Auflagen einzufordern. Wenn die Auflagen aber dergestalt sind, dass Krisenkosten auf die Bevölkerung abgewälzt werden, damit die großen Finanzkonzerne sich schadlos halten können, dann sind sie falsch. Wenn sie auch noch dazu führen, dass Krankenhäuser nur für Zahlungskräftige betretbar sind und dass Wirtschaftseinbrüche in Kauf genommen werden, die es sonst nur in Kriegszeiten gibt, dann ist diese Auflagenpolitik völlig indiskutabel. Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal benötigen Aufschwung, nicht Abschwung. Dazu wäre eine Kreditpolitik sinnvoll gewesen.

Parallel zu dieser destruktiven Krisenpolitik hat die Bundesregierung die Europäische Union in ein Regime des Exekutivföderalismus transformiert. Demokratische Mitbestimmung ist dabei nicht vorgesehen. Aber jenseits dieses Komplexes ist die deutsche Politik in Europa auch nicht be rauschend. In einigen Staaten Osteuropas ist ein rasanter Verfall der Demokratie auszumachen. In Bulgarien, auch verschärft durch die krisenhafte Entwicklung des Landes, ist die rechtsradikale Ataka-Partei seit längerem in der Lage, Regierungen bei Parlamentsabstimmungen zu unterstützen. In Ungarn haben Rechtspopulisten eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die sie auch kräftig nutzen, um die Verfassung auf eine autoritäre Herrschaftsform auszurichten. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Tendenzen des Demokratieverfalls in der deutschen Europapolitik keine sonderliche Besorgnis auslösen. Stattdessen ist man daran interessiert, die Konflikte in der Ukraine zu verschärfen.

Unterwürfigkeit gegenüber den USA

Eigentümlich mutet da das duckmäuserische Verhältnis zu den USA an, wie es sich zuletzt beim NSA-Skandal gezeigt hat. Die Grundrechte von Millionen Staatsbürgern sind der Bundesregierung offensichtlich gleichgültig. Aber mehr noch: Spionage einer fremden Macht in Deutschland ist eine Angelegenheit für staatsanwaltliche Ermittlungen. Es gibt Ausnahmen: Wenn es sich um befreundete Dienste handelt, ist deren Tätigkeit dann nicht strafbar, wenn sie im Einvernehmen mit den zuständigen Sicherheitsapparaten stattfindet. Das bedeutet dann entweder, der BND wusste etwas, was er nicht für mitteilungsbedürftig gehalten hat (Abhören der Kanzlerin), oder er wusste nichts, was bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft mehr machen müsste als Dienst nach Vorschrift. Dass es hier kein erkennbares Klärungsinteresse seitens der Bundesregierung, neuerdings auch nicht mehr seitens der SPD, gibt, deutet darauf hin, es nicht so genau wissen zu wollen, es deutet darauf hin, zu den USA kein souveränes Verhältnis einnehmen zu wollen.

Natürlich hat es Zeiten gegeben, da konnte man den Deutschen nicht über den Weg trauen. Da wollten die USA und auch andere Siegermächte des Zweiten Weltkrieges genau darüber unterrichtet sein, was sich in Deutschland wotut. Das ist mehr als verständlich. Aber die Nachkriegszeit ist vorbei. Eigentlich könnte man erwarten, dass es klare und unmissverständliche Reaktionen auf solche Vorkommnisse gibt.

Aber auch die herrschende politische Klasse der Bundesrepublik hat sich festgefahren. Die „transatlantische Partnerschaft“ wird immer mehr mystifiziert. Der Begriff der „Wertegemeinschaft“ ist reine Ideologie. Ich weiß nicht, welche Werte damit gemeint sein sollen: Entführungen von Menschen, die in Geheimplatzern unter Anwendung von Folter jahrelang festgehalten werden? Extralegale Tötungen als „normale“ Praxis im asymmetrischen Krieg? Angriffskriege? Ich bin geneigt, hier von einer Verrohungsgemeinschaft zu sprechen.

Internationales Gewicht: Iran, G8

Jährlich sterben weltweit 18 Millionen Menschen durch Hunger. Die landwirtschaftliche Produktionskapazität reicht dagegen aus, das Doppelte an Nahrungsmitteln zu produzieren als durch die gesamte Weltbevölkerung konsumiert werden könnte. Das Hungerproblem ist kein Problem „absoluter Überbevölkerung“. Wir haben ein Verteilungsproblem nicht nur innerhalb der einzelnen Gesellschaften sondern auch im Verkehr zwischen den einzelnen Gesellschaften. Man spricht von Unterentwicklung und ungerechter Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft. Man könnte auch vom globalen Kapitalismus sprechen.

In der Bundesrepublik hört man oft die Rede von der gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands, von seinem größeren Gewicht etc. Nur einmal angenommen, das würde so stimmen, dann vermisse ich doch, dass es sich beim eben angesprochenen Thema wiederfindet. Die sogenannte ODA-Quote gibt den Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt an, der in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit investiert wird. Deutschland verfehlt hier nicht nur seine selbstgesetzten Ziele (0,5% im Jahr 2010, tatsächlich wurden nur 0,38% erreicht), es befand sich 2010 auch im schlechteren Mittelfeld der OECD-Staa-



ten. Es gibt keine erkennbare Strategie, der eigenen Wirtschaftskraft gemäße Beiträge zu leisten. Ähnlich lax handelt die Bundesrepublik humanitäre Hilfe: Die Bereitschaft, 5000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen, mutet kleinlich an gegenüber den Belastungen, die der Libanon oder die Türkei bewältigen müssen.

Die G8-Treffen, an denen Deutschland teilnimmt, wären vielleicht ein Ort für entwicklungspolitische Themen. Aber was dort tatsächlich stattfindet, sind weitgehend unverbindliche Verständigungen über die jeweiligen Interessen, die die Teilnehmer weltwirtschaftlich verfolgen. Damit gehen sie am Problem einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung vorbei, sie verstärken diese Ungerechtigkeit sogar im schlimmsten Fall. Deswegen sind die regelmäßigen Proteste, die bei derartigen Gipfeln stattfinden, auch völlig berechtigt.

Die nicht unbedeutende Wirtschaftsmacht Deutschland unternimmt nichts, um an dieser unbefriedigenden Situation grundsätzlich etwas zu verändern. Das zeigt das herrschende entwicklungspolitische Paradigma. Immer noch sind entwicklungspolitische Leitbilder im Umlauf, die in die falsche Richtung zielen. Unter dem Stichwort der Good Governance sammeln sich Empfehlungen, die auf Liberalisierung der Märkte und die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas fixiert sind. Dass damit keine einzige Frage angeschnitten ist, die die Dynamik von Unterentwicklung berühren könnte, interessiert die Befürworter von Good Governance nicht.

Zentral für ein Entwicklungsprojekt bleibt jedoch die Frage, wie die wirtschaftliche Souveränität einer Volkswirtschaft gestärkt werden kann. Das reicht von der Nahrungsmittelsouveränität bis zu strukturellen Veränderungen bei der internationalen Arbeitsteilung. Noch immer werden Entwicklungsländer abgeschöpft, ohne dass sie dabei eigene Wertschöpfungsketten schaffen können.

Man muss leider auch zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland bei der Lösung von internationalen Konflikten nicht gerade eine Vorreiterrolle spielt.

Wir erinnern uns: Der Angriff der USA und der „Koalition der Willigen“ auf den Irak wurde mit der Behauptung legitimiert, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge. Die vorgelegten Beweise waren so wenig glaubhaft, dass weder der UN-Sicherheitsrat noch die Gesamtheit der NATO-Staaten davon überzeugt waren. Entlang der Kriegsfrage war die NATO gespalten. Nach dem Krieg war klar, die USA und Großbritannien haben eine Propagandalüge zusammengestastelt, die Massenvernichtungswaffen gab es nicht.

Wohl auch aus dieser Erfahrung heraus wollte die deutsche Außenpolitik zusammen mit europäischen Partnern demonstrieren, wie man Abrüstungspolitik „richtig“ macht. Demonstrationsobjekt sollte der Iran sein, der im Verdacht stand und steht, ein Atomwaffenprogramm zu verfolgen. Auch wenn die Datenlage zu widersprüchlich ist, um diesen Verdacht sicher zu verifizieren, wird er seither als Prämisse gehandelt. Deutschland und seine europäischen Partner versuchen durch einen Mix aus Verhandlungen und Sanktionspolitik den Iran dazu zu bringen, eine Einigung mit der Internationalen Atomenergiebehörde herzustellen. Den Kontrapunkt dazu bilden Überlegungen in Israel, das iranische Atomprogramm militärisch zu beenden.

Heute müssen sich alle eingestehen, gleichgültig welche Lösung des Problems sie bevorzugt hätten, dass weder die Drohung mit Luftschlägen noch das Anziehen der Sanktions-schraube am Verhalten des Iran irgendetwas zu ändern ver-

mochte. Deshalb stagnierte auch die Iran-Strategie. Die neuesten Entwicklungen, dass sich der Iran mit der IAEA doch auf einen Kontrollmodus einigen könnte, haben wieder etwas Hoffnung gemacht. Nur entsprangen diese, auch wenn sich das Deutschland und die EU als Erfolg anrechnen werden, nicht aus der Sanktionspolitik, sondern aus einem Machtwechsel im Iran. Außerdem hatten die USA kein Interesse, sich in einen israelisch-iranischen Konflikt hineinziehen zu lassen. Es war gerade das Scheitern der Interventionsdrohung, das dem neuen Präsidenten Hassan Rohani die Möglichkeit gab, den Verhandlungsweg zu beschreiten.

Wie verbindlich ist die Vergangenheit?

Die Frage, wie verbindlich die deutsche Vergangenheit für die heute Lebenden ist, wird gern mit einem Ablenkungsmanöver beantwortet: Verantwortung, so sagt man dann gern, sei stets nur individuell zurechenbar. Wenn die Generation der NS-Täter ausgestorben oder nur noch in Spuren in der deutschen Bevölkerung anzutreffen sei, so müsste der Verantwortungsbegriff versagen. Nun stimmt ein solches Argument nur dann, wenn der Begriff der Verantwortung tatsächlich nur jene rechtliche Dimension hätte.

Dabei wird nämlich bereits unterschlagen, dass Konsequenzen der NS-Verbrechen weiterlaufen. Eine Konsequenz ist das Bestehen des Staates Israel. Seine Existenz hat aufs Engste damit zu tun, dass die zionistische Bewegung durch den nationalsozialistischen Holocaust ein historisches Recht bekam. Wer konnte dem zionistischen Kerngedanken, dass die Jüdinnen und Juden nur in einem eigenen Staatswesen Schutz vor antisemitischer Verfolgung haben werden, noch ernsthaft widersprechen? Eine andere Konsequenz war die Zweistaatlichkeit Deutschlands. Das wäre auch so weitergelaufen, wäre der Staatssozialismus nicht kollabiert.

Aber es gibt eine Reihe weiterer moralischer Verpflichtungen, die aus der NS-Vergangenheit resultieren. Etwa die Einsicht, dass Menschenwürde ein höheres Gut sein muss als irgendwelche Gebote staatlicher oder wirtschaftlicher Interessen. Eng damit verbunden ist die Einsicht, dass alle Erscheinungen von Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenfeindlichen Ideologien bekämpft werden müssen. Derartige Pflichten verweisen auf einen anderen Begriff der Verantwortung, nämlich den Begriff des verantwortlichen Handelns. Verantwortliches Handeln verweist aber auf Einsichten, die auch mit historischer Erfahrung gesättigt sind.

Sicher haben die meisten Menschen keine unlauteren Absichten und Hintergedanken, wenn sie sich Deutschland als eine „normale Nation“ wünschen. Dennoch ist vor Begriffen wie Normalität nur zu warnen. Schnell ist man im Fahrwasser eines Entlastungs- und Relativierungsdiskurses.

Das macht es schwierig, in unserem Land Begriffe wie „nationale Souveränität“ zu verwenden. Jeder hört bzw. vermutet da etwas anderes. Und natürlich, es ist ja auch nicht klar, was das sein soll.

1. Wer ist der Souverän (der Machthaber, die Regierung, der bürokratische Regierungsapparat, das Staatsvolk)?
2. Worin besteht Souveränität (besteht sie prozedural oder substanzhaft)?
3. Ist Souveränität zwingend an Staaten gebunden?
4. Quer zu diesen Fragen: Gibt es denn noch nationale Souveränität und wenn ja wem gegenüber?

Das sind nur einige Fragen, die einem sofort durch den Kopf gehen. Eine andere Sorte der Fragebildung hängt mit der



deutschen Geschichte zusammen. In unserem Land hat es nie erfolgreiche demokratische Revolutionen gegeben. Die von 1848/1849 scheiterte komplett, die von 1918/1919 brachte wenigstens eine – wenn auch instabile – Republik hervor. Manche zählen auch die „Wende“ von 1989 zu den demokratischen Revolutionen, allerdings ist sie bestenfalls eine „nachholende Revolution“ gewesen, die keine dauerhaften institutionellen Innovationen hervorgebracht hat. In diesem Land hat daher gerade die Linke ein kompliziertes Verhältnis zur Nation, da unter ihrem Namen allzu oft die Reaktion um sich schlug. Aber ich meine, dass es Zeit wird, sich diesen Begriff demokratisch anzueignen, denn die Rechte wird das ohnehin versuchen.

Eine Möglichkeit, wie eine demokratische Aneignung des Nationsverständnisses aussehen könnte, verdeutlicht das Lissabon-Urteil des BVerfG. Dort wird eine Integrationsgrenze bestimmt, die zwar nicht absolut gesetzt werden kann, die sich vielmehr an einem Maßstab ausweist. Und das ist die demokratische Qualität. Es gibt auch Kritiken an diesem Urteil von linker Seite (insbesondere Fischer-Lescano), dort wird allerdings bemängelt, dass der demokratische Maßstab noch zu abstrakt ausgearbeitet worden ist. Wünschenswert wäre seine Konkretisierung hin zu einem gehaltvollen Begriff sozialer Demokratie gewesen.

Europa

Damit sind wir bei einem der beliebten Konflikte der LINKEN angekommen. Sind wir nun proeuropäisch? In diversen programmatischen Texten der LINKEN kann man nachlesen, dass das so sei. Dennoch scheint es, als sei darüber ein Streit ausgebrochen. Was es in der Tat gegeben hat, war eine Mehrheitsmeinung und eine Minderheitsmeinung zum Thema Euro. In der öffentlichen Rezeption wurde daraus proeuropäisch vs. europaskeptisch. Ich kann nur davor warnen, der Kanzlerin darin zu folgen, dass der Euro der Kern der europäischen Idee sei. Das hat sie tatsächlich einmal gesagt und seither wird das unbewusst nachgesponnen. In der LINKEN hatte es immer harte Kritik am Modus der europäischen Integration gegeben und wird es auch weiterhin geben, solange sich da nichts ändert, jedoch haben wir uns immer von populistischer Europaschelte, einschließlich D-Mark-Populismus, ferngehalten.

Die Frage ist: Was ist das Ziel der Europäischen Union? Die Union, die wir wollen, folgt demokratischen und sozialstaatlichen Prinzipien. Sie soll Frieden fördern. Tatsächlich läuft die Europäische Union in eine Richtung, in der bürokratische und ökonomische Eliten demokratische Prozesse stilllegen bzw. verformen. Verelendung und Sozialstaatsabbau wird dabei billigend in Kauf genommen.

Das könnte man als proeuropäisch bezeichnen. Der Gedanke dagegen, dass möglicherweise die Einführung des Euro, in der Form wie er eingeführt wurde, ein Fehler war, den hat die PDS bei seiner Einführung schon artikuliert. Es ist aber aus meiner Sicht nicht zu erkennen, wie man diesen Fehler wieder korrigieren will, ohne dabei schwerste Erschütterungen und weitere Wohlstandsverluste auszulösen. Aber wo soll Europa hin?

- Sozialstaatlichkeit, Demokratie, Frieden usw. das ist alles richtig, aber das sind allenfalls sehr abstrakte Bestimmungen.
- Welche konkreten, institutionell und realistisch machbaren Alternativen können wir vorschlagen?

- Welches Ziel soll eigentlich einmal am Ende der Integration stehen?
- Wer Europa neu begründen will, muss es auch können.
- Um sicherheitspolitische Aspekte aufzugreifen: Vorfälle wie der NSA-Skandal zeigen doch, dass man über europäische Sicherheitspolitik auch reden können sollte, ohne gleich im Fahrwasser der NATO-EU-Imperialisten zu schwimmen. Wäre eine Sicherheitspolitik (einschließlich Internet-Sicherheit), die unabhängig oder doch unabhängiger von den USA (und vorläufig auch Großbritannien) organisiert würde, für die Linke etwa nicht interessant?
- Ich hatte vorhin schon meine Sorgen zum Demokratiezerfall in Osteuropa, zur problematischen Außenpolitik gegenüber der Ukraine und natürlich zu Russland geäußert. Ist das nicht auch ein Handlungsfeld, das wir uns als Linke erschließen müssten, um über Sinn und Zweck von Europa zu sprechen?

Auch gibt es keine kohärente Außenpolitik der EU. Hauptinstrumente der EU-Außenpolitik, so auch bei Syrien, sind das Verhängen von Sanktionen und Wirtschaftsaußenpolitik. Jedoch ist das Verhältnis nationalstaatlicher Außenpolitik zur EU-Außenpolitik gelinde gesagt nicht ganz spannungsfrei. Spanien möchte bessere wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba, aber die EU blockiert. Oder während im syrischen Bürgerkrieg die EU Sanktionen unter anderem über den Kraftwerksbau verhängte, schloss die deutsche Firma Siemens am 13. November 2011 mit Syrien einen Vertrag über den Ausbau eines Gaskraftwerks in Höhe von 305 Millionen Euro.

Wie also könnte die Außenpolitik der EU besser institutionalisiert werden, um Kohärenzgewinne zu erzielen, aber ohne Verluste an demokratischer Kontrolle? Auch das wäre ein Thema, mit dem wir uns dringend auseinandersetzen müssen, wenn wir Alternativen vorschlagen wollen.

(Die gehaltene Rede stimmt nicht völlig mit dem gedruckten Text überein. Siehe: www.rosalux.de/documentation/49748)

Globale militärische (Un-)Ordnungspolitik

Fraktionsarbeitskreis Außenpolitik und internationale Beziehungen der Linksfraktion im Bundestag, Dezember 2013

Vorbemerkung: Der Koalitionsvertrag von 2013 setzt noch stärker als der Vertrag von 2009 auf eine Politik der Militarisierung. Auch nur der geringste Ansatz einer Kultur der Zurückhaltung im Hinblick auf Auslandseinsätze der Bundeswehr ist verschwunden. Dagegen werden zentrale Aufrüstungsprojekte wie NATO-Raketenschild oder EU-Kampfdrohnen befürwortet bzw. geprüft. Die konkrete Forderung nach einem Abzug der US-Atomwaffen wird nicht mehr erhoben. Der Vertrag steht in erster Linie für eine Außenpolitik im Dienste des Kapitals. Im Bereich der Internationalen Politik bedeutet dieser Koalitionsvertrag einen Rechtsruck gegenüber der bisherigen Koalition aus Union und Liberalen. So wird eine deutsche Nichtbeteiligung an NATO-Kriegen wie gegen Libyen in der Vergangenheit mit der Großen Koalition wesentlich unwahrscheinlicher.



1. **Leitidee** der Großen Koalition in der internationalen Politik ist die reibungslosere Interessen- und Wertedurchsetzung. Um diese zu erreichen, werden die Stärkung von NATO-Bündnisbindung und NATO insgesamt, eine engere EU-NATO-Kooperation und eine effektivere Verzahnung von Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik angestrebt.

2. Deutschland ist auf dem Weg zu einer globalen Mittelmacht bzw. zur Großmacht. **Deutsche Außenpolitik** wird ganz dem Ziel imperialen Machtzuwachses untergeordnet. Diese Rolle strebt Deutschland nicht im nationalen Alleingang an sondern durch die Erweiterung des deutschen Gewichts in internationalen Organisationen, zum Beispiel der EU, der UNO, der NATO, der Weltbank, des IWF und weiteren. Dazu sollen die ökonomischen, militärischen und entwicklungspolitischen Potenzen Deutschlands gebündelt und eingesetzt werden. Instrumente zur Erweiterung militärischer Interventionsoptionen, wie die „Responsibility to protect“ sollen völkerrechtlich legitimiert werden. Eine Selbstverpflichtung auf das völkerrechtliche Gewaltverbot in internationalen Beziehungen, wie in der UN-Charta verankert, findet sich im Text nicht. Als wichtiges Teilgebiet geopolitischer Einflussnahme gewinnt, bei aller Bemühung um eine Symbolpolitik der Transparenz, die Fortführung der Rüstungsexporte und der transatlantischen Rüstungszusammenarbeit an Bedeutung. Eine verstärkte deutsche Mitwirkung in der NATO soll dem außenpolitischen Machtzuwachs des Landes dienen.

3. Die **Europäische Union** soll weiter ausgebaut, gestrafft und politisch vereinheitlicht werden. Dabei wird auf ein „starkes Europa“ gesetzt, das als Transmissionsriemen und Verstärker nationalstaatlicher Interessen fungieren soll. Im Vordergrund stehen imperiale Machtprojektion und eine Beschleunigung der Militarisierung der EU. Um dies zu befördern, wird auf ein arbeitsteiliges Vorgehen mit der NATO gesetzt. Zudem soll es auch um eine Verstärkung von Polizeieinsätzen und Militärberatungsmissionen, wie auch einen Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit gehen. Das ist allerdings eine EU, die die Freiheiten des Kapitals vorrangig vor der sozialen Dimension behandelt, deren Demokratiedefizit sich vertieft, die im Rahmen der Antikrisenstrategie autoritär umgebaut werden soll und die die Eigentumsfrage ausblendet. Ungebrochen wird auf Exportorientierung sowie auf marktradikale Strukturreformen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gesetzt. Auch künftig sollen die öffentlichen Kassen maßgeblich zur Finanzierung von Krisen und Bankenpleiten herangezogen werden. Die Europäische Rüstungsagentur soll die transatlantische Rüstungszusammenarbeit entscheidend mit vorantreiben. Auch die Anschaffung von EU-Kampfdrohnen soll geprüft werden.

4. Im Zentrum der deutschen Außenpolitik sollen der Ausbau der transatlantischen Beziehungen und die Stärkung der **NATO** stehen. Dies beinhaltet sogar die Befürwortung eines NATO-Raketenschildes und damit den Einstieg in ein neues atomares Wettrüsten in Europa gegen Russland. Das ist ein deutlicher Kurswechsel gegenüber der schwarz-gelben Grundlinie der Außenpolitik, die immerhin noch die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten und den so genannten „Gestaltungsmächten“ auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Ein expliziter Abzug der US-Atomwaffen aus Europa wird nicht mehr gefordert.

5. Eine Bundeswehr der Auslandseinsätze bleibt die obers-

te Priorität deutscher **Verteidigungspolitik**. Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Die deutschen Streitkräfte sollen als Mittel deutscher Außenpolitik, inklusive der Auslandseinsätze der Bundeswehr, fungieren. Dabei wird auch auf einen Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit gesetzt. Die Förderung der deutschen Außenwirtschaft wird als eine Kernaufgabe deutscher Außenpolitik gefasst. Sie unterstützt und fördert aktiv das Engagement deutscher Unternehmen im Ausland. Ein Ausschluss des Einsatzes der Bundeswehr für außenwirtschaftliche Ziele findet sich im Entwurf nicht wieder. Auch über 2014 hinaus soll die Bundeswehr mit einer Ausbildungsmission in Afghanistan bleiben. Der Parlamentsvorbehalt soll für multinationale Verbände ausgehebelt werden.

6. Der Koalitionsvertrag formuliert den offensiven Ansatz, stärker in die „Lösung von Krisen und Konflikten“ außerhalb der EU einzugreifen – dies im Sinne deutscher/europäischer (Sicherheits-)Interessen. Ein verstärkter zivil-militärischer Ansatz wird ganz offen formuliert, in den die **Entwicklungszusammenarbeit** (EZ) wie selbstverständlich mit aufgenommen wird. Entwicklungszusammenarbeit hat in diesem Sinne vor allem eine Stabilisierungsfunktion. Sie soll Konfliktherde in geostrategisch wichtigen Regionen in Schach halten. Auch auf europäischer Ebene strebt die Koalition an, „die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen“. EU-Missionen sollen dabei vorrangig in benachbarten Regionen durchgeführt werden, während man in Afrika regionale Stellvertretereinsätze unterstützen will.

7. Einer konkreten Auseinandersetzung um die **Menschenrechte** und ihre Instrumentalisierung wird ausgewichen. Ein eigener Ansatz zur Stärkung sozialer Menschenrechte fehlt. Dagegen wird auf eine „offene Handelspolitik“ gesetzt, die mit dem Ziel eines Abschlusses von Freihandelsabkommen Menschenrechte weltweit gefährdet. Kern dieser Handelspolitik ist das geplante Freihandelsabkommen mit den USA als „eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen.“ Die Verhandlungen sollen erfolgreich zum Abschluss geführt werden mit dem Ziel, „bestehende Hindernisse in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so umfassend wie möglich abzubauen.“

Wahlaussagen versus Koalitionsvertrag:

Mit dem konkreten Prüfauftrag für die Anschaffung von Kampfdrohnen wie auch mit der Befürwortung des NATO-Raketenschildes und damit eines neuen atomaren Wettrüstens geht die SPD weit über ihre Wahlaussagen hinaus. Die Fixierung auf die NATO und die aggressive NATO-Strategie wie auch eine Frontstellung gegen Russland wird im Koalitionsvertrag noch stärker akzentuiert als im SPD-Wahlprogramm. In Punkto parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten gibt es, anders als von der SPD gefordert, keine Fortschritte. In Puncto Großmachtspolitik, Kapitalorientierung, Freihandelsabkommen mit den USA und Militarisierung der Außenpolitik gibt es eine Kongruenz der Wahlaussagen von CDU/CSU und SPD mit dem Koalitionsvertrag.

Linke Alternativen

1. **Leitidee:** DIE LINKE steht gegen jede Großmachtpolitik. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir sehen in den Vereinten Nationen das zentrale Organ für die friedli-



che Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften. Das Gewaltverbot, wie es die UNO-Charta vorsieht, muss gestärkt werden.

2. DIE LINKE setzt auf eine **friedliche Außenpolitik**, dies beinhaltet die Absage an deutsche Kriegsbeteiligungen inklusive Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.
3. DIE LINKE steht für einen **Neustart der EU**. Wir wollen eine soziale EU, die die weitere Verarmung durch die Einführung hoher Arbeits- und Sozialstandards entschieden bekämpft. Der Banken- und Finanzsektor ist strikt zu regulieren, in öffentliche Hand zu überführen und über Bankenabgaben an der Finanzierung der Krisenüberwindung zu beteiligen. Wir wollen darüber hinaus eine zivile und friedliche EU, die nicht weiter auf die Militarisierung sondern auf zivile Kooperation setzt.
4. DIE LINKE steht für die **Auflösung der NATO** und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem. Als ersten Schritt dazu wollen wir den Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO und die Schließung aller ausländischen Militärbasen in Deutschland.
5. DIE LINKE ist die Partei der radikalen Abrüstung, die auch mit einseitigen Schritten im eigenen Land verbunden ist, einschließlich des Verbots von Rüstungsexporten. Wir wollen keine Armee im Einsatz und setzen bei der **Verteidigungspolitik** auf die Schaffung struktureller Nichtangriffsfähigkeit und eine radikale Verkleinerung der Bundeswehr.
6. DIE LINKE setzt auf eine Entmilitarisierung der **Entwicklungszusammenarbeit**. Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist eine direkte Vorbeugung vor Armut, Gewalt und Krieg.
7. DIE LINKE wendet sich gegen die Instrumentalisierung von **Menschenrechten** für „humanitäre Militärinterventionen“ und lehnt **Freihandelsabkommen** gerade wegen ihrer Gefährdung von Menschenrechten ab.

Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag

Von Annette Groth, Heike Hänsel und Niema Movassat, MdB;
aus: www.linksfraktion.de, 2. Dezember 2013

Globale Gerechtigkeit als Richtschnur in der internationalen Politik – mit dieser Forderung begleiteten viele entwicklungspolitisch Interessierte die Koalitionsverhandlungen. Auch die Fraktion DIE LINKE. Im Koalitionsvertrag haben sich in der Gesamtausrichtung andere Schwerpunkte durchgesetzt. „Die internationale Politik wird vorrangig unter sicherheitspolitisches Primat gestellt – und mit ihr auch die Entwicklungszusammenarbeit, dagegen werden wir weiterhin Widerstand leisten“, kritisiert die Bundesabgeordnete Heike Hänsel. Ihr Kollege Niema Movassat ergänzt: „Auch in diesem Koalitionsvertrag bleibt die Entwicklungszusammenarbeit Beiwerk. Die öffentliche Debatte über eine neue Rolle für das BMZ und einen umfassenderen entwicklungspolitischen Ansatz mit mehr Handlungskompetenz auch gegenüber anderen international relevanten Ministerien wurde nicht genutzt.“

Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für sicherheitspolitische Interessen

Der Koalitionsvertrag formuliert ganz offen einen verstärkten zivil-militärischen Ansatz, in den die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wie selbstverständlich mit aufgenommen wird. Das entspricht auf europäischer Ebene der Absicht der EU, die EZ in die Gestaltung künftiger GSPV-Missionen systematisch einzubeziehen. Die EZ hat in diesem Verständnis vor allem eine Stabilisierungsfunktion. Sie soll Konfliktherde in geostrategisch wichtigen Regionen „befrieden“. In diesem Sinne strebt die Koalition an, „die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen“. Europäische Missionen sollen dabei vorrangig in benachbarten Regionen durchgeführt werden, während man in Afrika regionale Einsätze unterstützen will. Erfahrungsgemäß ein Mittel, um die Vergabe von EZ-Geldern mit Sicherheitsinteressen zu verknüpfen. Der Koalitionsvertrag definiert Entwicklungspolitik als „vorausschauende Friedenspolitik“. Das klingt gut, stellt aber angesichts der Formulierungen in den voranstehenden Kapiteln auch eine Verbindung zum Ansatz der Vernetzten Sicherheit dar.

Das Konzept der Vernetzten Sicherheit und damit die Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe für sicherheitspolitische Strategien lehnen wir gemeinsam mit vielen Entwicklungsorganisationen und Verbänden ab. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen rein zivil ausgerichtet werden. Die Kooperationsvereinbarung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit der Bundeswehr muss aufgelöst und in den Gesellschafterverträgen der Durchführungsorganisationen müssen Zivilklauseln verankert werden, die diese auf die rein zivile Zusammenarbeit festlegen. Auch die Instrumentalisierung des Schutzes der Menschenrechte für außenpolitische Strategien oder humanitäre Einsätze – etwa im Rahmen von R2P („Responsibility to protect“) – lehnen wir ab. Eine Verknüpfung zwischen humanitären Maßnahmen und militärischen Einsätzen beziehungsweise militärischen Mitteln muss verhindert werden.

Zu wenig Mittel und zu wenig Kompetenzen für globale Gerechtigkeit

Im Kapitel Entwicklungspolitik ist die SPD-Linie deutlich erkennbar. Die einseitige Orientierung des Vorgängers Dirk Niebel auf deutsche Wirtschaftsinteressen wurde abgeschwächt. Dies begrüßen wir. Die SPD konnte ihre Themen wie die Verankerung von Menschenrechtsklauseln und ILO-Normen in Handelsverträge, Aufbau sozialer Sicherungssysteme und Förderung von Arbeitnehmerrechten, unterbringen. Ein klarer Fortschritt gegenüber Schwarz-Gelb. Wir begrüßen auch die Aufgabe der „1/3–2/3“-Regel, weil sich dadurch neue Spielräume für multilaterale Hilfe eröffnen. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Kompensationsfonds bei den Vereinten Nationen für koloniale Ausbeutung, Klimawandel und Ressourcenschonung einsetzen. Auch dass die Budgethilfe als Instrument positiv erwähnt wird, findet die Zustimmung der LINKEN. In einigen entscheidenden Fragen sehen wir allerdings keine substantielle Verbesserung.

So hatte das SPD-Wahlprogramm formuliert, man wolle aus dem BMZ ein „Ministerium für globale Zusammenarbeit



und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben“ machen. Während der Koalitionsverhandlungen waren viele Stimmen laut geworden, die dies gefordert hatten. Der Vertrag lässt nun nicht erwarten, dass das BMZ in seinen Kompetenzen aufgewertet wird. Das ist enttäuschend. Aus Sicht der Linksfraktion wäre genau das notwendig gewesen: Dem BMZ sollten zusätzliche Kompetenzen, insbesondere in der Handelspolitik und Außenwirtschaftspolitik zufallen.

Ebenso enttäuschend ist das Eindampfen des SPD-Finanzierungsversprechens auf zwei Milliarden Euro zusätzlich über die gesamte Wahlperiode verteilt. Das Ergebnis bleibt deutlich hinter den Forderungen vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen zurück. Damit bleibt das 0,7-Prozent-Ziel in weiter Ferne. DIE LINKE fordert eine deutlichere Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung, natürlich unter der Maßgabe einer veränderten Politik. Neben der Besteuerung der Finanzmärkte sehen wir erhebliches Umverteilungspotenzial innerhalb des Bundeshaushaltes zugunsten von Entwicklung, insbesondere aus dem Verteidigungsetat und dort vor allem zulasten der Rüstungsbeschaffung. Da der Koalitionsvertrag aber ausdrücklich eine gestiegene „internationale Verantwortung“ formuliert und eine Stärkung und Profilierung der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie vorsieht, wird genau das Gegenteil angestrebt: mehr Geld für Aufrüstung und Militär statt für Armutsbekämpfung und Entwicklung.

Leider verzichtet die große Koalition darauf, Ernährungssouveränität als Ziel der EZ zu formulieren. Ernährungssouveränität zielt auf mehr ab, als das jetzt formulierte Ziel der Ernährungssicherung, nämlich darauf, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich selbst ernähren zu können. Das hat viele handels- und agrarpolitische Implikationen. Etwas vage spricht sich die neue Koalition gegen „unverantwortliche“ Spekulation mit Nahrungsmitteln aus, die sie eindämmen will. Konkrete Vorhaben werden nicht aufgeführt. DIE LINKE schlägt vor, Derivatkontrakte zu standardisieren, Positionsobergrenzen für einzelne Händler und die Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff einzuführen und den außerbörslichen Handel mit Agrarrohstoffderivaten zu verbieten. Zur Sicherung der weltweiten Ernährungssouveränität wollen wir den Import von Kraft- und Brennstoffen aus Biomasse aus den Ländern des Südens in die EU verbieten.

Wir nehmen positiv wahr, dass die einseitige Unternehmer-Orientierung der schwarz-gelben Entwicklungspolitik zumindest im Koalitionsvertrag keine Fortsetzung findet, haben aber zuletzt zunehmend festgestellt, dass auch die SPD auf private Stifter wie Bill Gates setzt. Wir lehnen eine Privatisierung der EZ ab und setzen uns für die Auflösung der Kooperationsabkommen des BMZ mit privaten Stiftungen und Konzernen ein. Die entwicklungspolitischen Resultate von Projekten der öffentlich-privaten Partnerschaft müssen kritisch überprüft werden und die Förderung rasch zurückgefahren werden.

Falsche Weichenstellungen in der Handelspolitik

Die neue Koalition will das Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) „erfolgreich zum Abschluss“ führen. Einerseits will sie Kritik besänftigen, indem sie zusagt, „parlamentarische Kontrolle und gerichtlichen Schutz [nicht] in Frage zu stellen“ und Schutzstandards zu sichern. Andererseits will sie Handels- und Investitionshemmnisse „so umfassend wie möglich abbauen“. Die sich daraus ergebenden Widersprü-

che werden Gegenstand von Auseinandersetzungen sein, in die DIE LINKE sich an der Seite der sozialen Bewegungen einbringen wird. Auf der anderen Seite in dieser Auseinandersetzung werden die großen Konzerne und Banken stehen, deren Lobbyisten die Agenda der Verhandlungen massiv beeinflussen. Der Protest gegen TTIP formiert sich europaweit. In Deutschland hat sich Attac mit seiner Kritik an alle Bundestagsabgeordneten gewandt. DIE LINKE unterstützt den Protest und wird ihn parlamentarisch verstärken.

Der Koalitionsvertrag drückt ebenfalls Unterstützung für die EU-Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien aus. Er verzichtet sogar darauf, Änderungen in der EU-Verhandlungsführung einzufordern, obwohl soziale Bewegungen in Indien und in Europa viele EU-Forderungen (etwa nach mehr Patentschutz, Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens und der Finanzdienstleistungen) massiv kritisieren. Der Protest gegen das Abkommen mit Indien wird von vielen entwicklungspolitischen Organisationen, darunter den kirchlichen, getragen. DIE LINKE wird weiterhin die enge Zusammenarbeit mit diesem außerparlamentarischen Widerstand suchen.

Die SPD verweist darauf, dass sie im Koalitionsvertrag verankert hat, alle Handelsabkommen müssten Menschenrechtsklauseln und die ILO-Kernarbeitsnormen enthalten. Das reicht allerdings bei weitem nicht, um diese Handelsabkommen wirksam zu entwerfen. Wir bedauern, dass die SPD in der Koalition auf einen Freihandels-unkritischen Kurs eingeschwenkt ist. DIE LINKE will die Verhandlungen der EU-Kommission über Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen und setzt sich dafür ein, dass neue, alternative, solidarische Mandate erarbeitet und bereits abgeschlossene Abkommen hinsichtlich ihrer handelspolitischen Festlegungen neu verhandelt werden.

Die Fraktion DIE LINKE hat in ihren entwicklungspolitischen Leitlinien vom Juni 2013 umfassende Veränderungen im Bereich der EZ – hin zu einer solidarischen Zusammenarbeit – vorgeschlagen. Auf dieser Grundlage laden wir auch in der nun beginnenden Wahlperiode dazu ein, gemeinsam für eine gerechte Welt zu streiten.



Rede des Jahres: Gregor Gysi im Bundestag zum NSA-Skandal

Das Seminar für Allgemeine Rhetorik der Eberhard-Karls-Universität Tübingen hat Gregor Gysis Bundestagsrede zum NSA-Skandal vom 18. November 2013 zur Rede des Jahres 2013 gewählt. Das Institut zeichnet damit ein engagiertes Plädoyer für eine konsequente Aufarbeitung des NSA-Skandals aus. Mit anschaulichen Worten und großer argumentativer Kraft durchleuchtet Gysi die Späh-Affäre und das Verhalten der Bundesregierung, fordert eine deutsch-amerikanische Freundschaft auf Augenhöhe und: den Friedensnobelpreis für Edward Snowden.

Aus: <http://www.rhetorik.uni-tuebingen.de/portfolio/rede-des-jahres/>

Begründung

In einer Zeit, in der die Bundesregierung die Dimension der NSA-Affäre klein zu reden versuchte, waren es vor allem Hans-Christian Ströbele und Gregor Gysi, die in der Sondersitzung des Bundestages in engagierten Reden ihre deutlich andere Sicht der Dinge zur Geltung gebracht haben. Sie sind der Politik der Regierung offensiv und mutig entgegengetreten. Gysi zieht dabei alle Register seiner Rhetorik: Gleich zu Beginn fordert er „Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung“, immer wieder stellt er bohrende Fragen an Kanzlerin und Innenminister und sorgt mit seinem Vorschlag, Edward Snowden den Friedensnobelpreis zu verleihen, für einen internationalen Widerhall seiner Worte. Dabei variiert Gysi zwischen scharfen Angriffen, beißender Polemik gegen das bisherige Krisenmanagement, aber auch nachdenklichen Passagen und logisch bestechenden Überlegungen über die Rolle der deutschen Geheimdienste. Wie es Gysis Art ist, die ihn zu einem der großen Redner des Bundestags macht, bricht er komplizierte technische und juristische Sachverhalte auf eine anschauliche Ebene herunter, reduziert Komplexität, um Verständlichkeit zu erreichen.

Gysis Vortrag überzeugt durch den Wechsel von Tonlage und Tempo. Mal unbequem und hartnäckig nachfragend, mal ruhig analytisch, dann polemisch und bestimmt, beherrscht Gregor Gysi die Klaviatur der Ausdrucksmöglichkeiten wie kaum ein anderer politischer Redner unserer Zeit. Auf diese Weise ist er schon vor der neu gebildeten großen Koalition zu der Stimme der Opposition geworden. Seine Reden finden große Aufmerksamkeit in den traditionellen Massenmedien, aber auch auf YouTube, Facebook und bei Twitter, auch weil er das deutliche Wort nicht scheut, mit Blick auf die NSA-Affäre etwa von „Duckmäusertum“ spricht, mehr „Mumm“ auf Seiten der Kanzlerin fordert, dem damaligen Innenminister Hans-Peter Friedrich vorwirft, er habe sich „einlullen“ lassen.

Vor allem aber zeichnet den Redner Gysi Spontaneität aus – auf der Talkshowbühne genauso wie im Bundestag. So können Merkel, Friedrich und andere auch deshalb den Angriffen Gysis kaum entkommen, weil er sie direkt anspricht, spontan auf sie reagiert und Zwischenrufe souverän pariert. Er nimmt das unmittelbar vorhergegangene Wort von der „Wertegemeinschaft“, die uns mit den USA verbinde, in seiner Rede gekonnt auf. Er fragt nach und analysiert, was

„Wertegemeinschaft“ und „Freundschaft“ eigentlich bedeuten. Ein guter Redner muss auch ein guter Zuhörer sein, auf den Kontext reagieren, so wie Gysi das nicht nur in seiner Rede zur NSA-Affäre vorführt.

Gysi liefert alles in allem ein vorbildliches Beispiel einer Oppositionsrede, die sich eben nicht zufrieden gibt mit den Aussagen der Regierung, sondern kritisch nachfragt und auf den Punkt kommt. So bleibt Gysi nicht bei der tagespolitisch aktuellen NSA-Affäre stehen, sondern nutzt das Thema, um über die deutsch-amerikanische Freundschaft und die deutsche Souveränität auch grundsätzlich nachzudenken. Dieser Blick über das tagesaktuelle Geschehen hinaus ist selten geworden in unserer Zeit. Es zeichnet Gysis Rede daher in besonderem Maße aus, dass sie ein Ideal von Freundschaft und Souveränität den tagespolitischen Entwicklungen entgegenhält, über die Auseinandersetzung mit der Gegenwart die Zukunft nicht aus den Augen verliert.

Text der Rede:

Edward Snowden Asyl gewähren.
Sondersitzung des Bundestages zu den
Abhöraktivitäten der NSA und den
Auswirkungen auf Deutschland und die
transatlantischen Beziehungen

Aus: <http://www.gregorgysi.de/reden/einzelansicht/>

Frau Präsidentin!

Auch von uns alle guten Wünsche für Sie.

Meine Damen und Herren!

Wir haben es mit einem Skandal zu tun, der in seinem Ausmaß in dieser Art bisher noch nicht vorgekommen ist. Er bringt die Bevölkerung dazu, sich eine Vielzahl von Fragen zu stellen. Die erste Pflicht der Regierung wäre gewesen: Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung. Sie haben aber in Wirklichkeit das Gegenteil betrieben. *(Beifall bei der LINKEN)*

Was haben eigentlich die amerikanischen und britischen Geheimdienste gemacht? Sie nutzen die Internettechnologien, um jedes Land in der Welt auszuspähen, egal ob Freunde oder Feinde. Das spielt für sie gar keine Rolle. Es sind fünf Länder, die das machen, die berühmten „Five Eyes“, die fünf Augen: die USA, Großbritannien, Australien, Kanada und Neuseeland. Nur untereinander spionieren sie nicht; aber den ganzen Rest der Welt spionieren sie aus. „Untereinander“ stimmt allerdings auch nicht ganz – ich werde Ihnen von einem Trick berichten: Der NSA ist es nämlich verboten, in bestimmten Fällen US-Bürgerinnen und US-Bürger abzuhören. Das macht dann für sie der britische Dienst und schickt ihr die Daten. So wird da getrickst. Das ist die Realität, um die es geht.

Das Ganze steht unter dem Stichwort Bekämpfung von Terrorismus, von Drogenkriminalität. Eine flächendeckende, umfassende Überwachung der Bevölkerungen fast aller Staaten hat etwas mit der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenkriminalität zu tun? In welchem Verdacht steht eigentlich unsere Kanzlerin, wenn auch deren Handy abgehört wird? Ich glaube, bei dieser Begründung wird es doch grotesk. *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)*

Ich muss ganz klar sagen: Von der Existenz und dem Umfang dieses Überwachungssystems wissen wir nur durch Ed-



ward Snowden. Es ist sein großes Verdienst. Er ist kein Krimineller, sondern er will die Weltbevölkerung vor Kriminalität schützen. *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf von der LINKEN: Bravo!)*

Was hat er schon erreicht? Er hat eine andere Sensibilität erreicht. Ich hoffe, dass sich vieles ändern wird. Deshalb schulden wir Edward Snowden Dank. Es gibt einen sehr schönen Satz von Christa Wolf in ihrem Roman *Kassandra*. Dort heißt es: „Das alte Lied: ... Und dass wir lieber den bestrafen, der die Tat benennt, als den, der sie begeht.“

Genau das muss sich ändern. *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)*

Aufgrund der Veränderungen, die wir erlebt haben, schlage ich vor, Edward Snowden den Friedensnobelpreis zu verleihen. Er hat ihn verdient. *(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Uwe Kekeritz, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der LINKEN: Bravo!)*

Ja, er hat ihn verdient. *(Zuruf von der CDU/CSU)*

Ob Sie sich nach meinem Vorschlag richten, ist eine andere Frage. Aber vorschlagen darf ich es doch noch. Oder darf ich das auch nicht mehr?

Was wissen wir? Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der US- und der britischen Botschaft haben direkt hier im Regierungsviertel abgehört. Warum haben Sie – die Bundesregierung, der Außenminister – nicht den Mut, jede einzelne dieser Personen zur *Persona non grata* zu erklären? Das sieht das Völkerrecht in einem solchen Falle vor. Dann müssten sie innerhalb einer bestimmten Frist Deutschland verlassen, und die US-Regierung und die britische Regierung wüssten: Wir dulden eine solche Vorgehensweise nicht. Das wäre doch wohl das Mindeste. *(Beifall bei der LINKEN)*

Wir haben es also mit einem massenhaften Abhören der Bürgerinnen und Bürger – bis zum Handy der Kanzlerin –, aber auch der Unternehmen zu tun. Wir wissen, dass die britischen und amerikanischen Militärstützpunkte als Horchposten genutzt werden. Und wir wissen, dass es Industrie- und Wirtschaftsspionage mit milliardenschweren Schäden für Unternehmen in unserem Land gibt. Nicht mal da werden Sie wach; nicht mal da unternehmen Sie wirklich etwas, um dies auszuschließen.

Die Briten und Amerikaner zapfen Internetkabel an Knotenpunkten an, zum millionenfachen Absaugen von Daten. Es ist schon gesagt worden: Google, Amazon, Facebook, Twitter und Microsoft geben auf Anfrage Daten an die Geheimdienste weiter. Und nun haben wir gehört, dass auch noch die Server dieser Kommunikationskonzerne angezapft worden seien, ohne dass die Konzerne es wussten. Es wird immer abstruser. Ich sage noch einmal: All diese Informationen verdanken wir Herrn Snowden. Er hat noch nie gelogen. Was er gesagt hat, hat sich immer als wahr herausgestellt. *(Thomas Stritzl, CDU/CSU: Sagt das Washington, oder was?)*

Es gab immer eine Zusammenarbeit des BND mit britischen und amerikanischen Diensten. Der Datenaustausch war immer recht einseitig: Es ging mehr aus Deutschland dorthin als umgekehrt. Das war vor den Terroranschlägen vom 11. September so, und danach auch. Das hat sich im Kern gar nicht geändert. Der BND hat den britischen Geheimdienst mit modernster Spionagetechnologie beliefert.

Es gab schon einmal einen Fall von Wirtschaftsspionage: das Programm Echelon. Da gab es einen Untersuchungsausschuss der Europäischen Union. Er hat dann festgestellt,

dass es keine Zweifel mehr an der Existenz eines globalen Kommunikationsabhörsystems geben kann, das von den USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada betrieben wird, also wiederum von den „Five Eyes“; das hat der Untersuchungsausschuss 2001 festgestellt. Jetzt haben wir 2013, und es ist nichts geschehen.

Herr Bundesminister Friedrich, Sie waren ja in den USA. Dann kamen Sie wieder und sagten, Sie sind jetzt vollständig aufgeklärt; es ist alles in Ordnung. Ich muss Ihnen sagen: Sie haben sich einlullen lassen. *(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)*

Oder haben die Ihnen erzählt, dass sie gerade noch dabei sind, die Kanzlerin abzuhören? Und dann stellt sich der Kanzleramtschef Pofalla hin und sagt: Das Thema ist erledigt; es ist alles erledigt. – Wann haben Sie sich denn jetzt mal bei der Bevölkerung entschuldigt und gesagt: „Wir sind getäuscht worden, wir haben uns geirrt“? Ich meine, Sie müssten sich doch wenigstens mal dafür entschuldigen. *(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)*

Ich will auch noch etwas anderes sagen, das mir wichtig ist: Ich verstehe, dass die USA, Großbritannien und Frankreich 1949 und danach Deutschland ausspioniert haben. Es gab ein tiefes Misstrauen gegenüber unserem Land. Aber wir haben nicht mehr 1949, wir haben 2013. Inzwischen führen Sie – wenn auch gegen unseren Willen – gemeinsam Kriege wie in Afghanistan. Dann derartig ausspioniert zu werden, ist unverschämt und nicht hinnehmbar. Dagegen muss man etwas tun, dagegen muss man sich wehren. *(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)*

Ich habe schon gesagt: Jetzt geht es um Aufklärung. Dazu brauchen wir Edward Snowden. Eine Befragung in Russland – ich bitte Sie! – ist doch indiskutabel. Stellen Sie sich mal vor: Ein Staatsanwalt oder Mitglieder des Untersuchungsausschusses befragen Snowden in Russland. *(Thomas Stritzl, CDU/CSU: Sie kennen die Lage da, ne?)*

Dann macht er sich strafbar, indem er antwortet. Und dann sagen wir zu Putin: Kümmere dich um seine Sicherheit! – Na, sagen Sie mal, das ist doch wohl grotesk. *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)*

Ich weiß gar nicht, seit wann Ihr Sicherheitsverhältnis zu Putin so eng ist.

Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf Aufklärung. Und Sie haben recht, Herr Bundesminister. Sie sagen: Wenn Bürgerinnen und Bürger und die Kanzlerin abgehört wurden, dann sind das Straftaten, dann muss ermittelt werden. – Aber wie wollen Sie das ohne Snowden ermitteln? Das geht ja überhaupt nur, wenn Sie den Zeugen Snowden hören. Deshalb müssen wir ihm die Sicherheit gewähren.

Ich sage es ganz klar: Deutschland ist erst dann souverän, wenn es Herrn Snowden anhört, ihn schützt, ihm Asyl gewährt und seinen sicheren Aufenthalt organisiert – dann ist Deutschland souverän, vorher nicht. *(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der LINKEN: Bravo! – Zuruf von der SPD: Wie?)*

Wenn Sie „Wie?“ rufen, dann sage ich Ihnen: Wenn unsere Dienste nicht einmal das können, dann sollen sie dichtmachen. Das ist ja wohl das Mindeste, was wir gewährleisten können müssen. *(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)*

Jetzt komme ich zu der Frage – sie ist auch interessant –, wie das alles überhaupt rechtlich läuft. Ich habe mich ein bisschen damit beschäftigt. Es gab die Pariser Verträge, die



1955 in Kraft getreten sind. Das hat Adenauer gemacht, um der Bevölkerung sagen zu können: Das Besatzungsstatut ist aufgehoben worden. – Das Problem war bloß, dass die Amis sagten, sie würden gerne ihre alten Rechte behalten. Deshalb sind Geheimverträge abgeschlossen worden. Ich hatte naiverweise erwartet, dass diese Verträge im Zuge der 2+4-Gespräche aufgehoben wurden. Sie wurden aber nicht aufgehoben, weil nämlich nur Abkommen mit allen vier Mächten aufgehoben wurden, nicht aber Abkommen mit drei Mächten, mit zwei Mächten oder mit einer Macht. Da war zwar alles, was mit den Russen und den anderen drei Mächten gemeinsam vereinbart war, heraus, aber der Rest blieb; und das geht nicht. Jetzt haben Sie erklärt: Im Sommer sind diese Verträge für unwirksam erklärt worden. – Wie eigentlich? Ich würde gerne einmal die Noten sehen. Was stand da eigentlich drin? Es gab auch neue Verwaltungsvereinbarungen. Sie sehen: Das ist alles ein Wirrwarr, der nicht mehr zu erklären ist. Vergessen Sie auch nicht das Aufenthaltsabkommen und das NATO-Truppenstatut. Auch hier haben sie Rechte, die fast an die Besatzungszeit erinnern. Ich kann nur sagen: Auch hier muss sich einiges ändern. *(Beifall bei der LINKEN, Dr. Günter Krings, CDU/CSU: War das im Warschauer Pakt?)*

Ich möchte jetzt wissen: Welche Verträge sind nun aufgehoben, welche gelten noch, und was steht da drin? Ich finde, die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, das zu erfahren.

Ich möchte, dass eine weitere Frage beantwortet wird. In Wiesbaden wird gerade ein gigantisches Geheimdienstzentrum der NSA aufgebaut. Wer hat das eigentlich erlaubt? Von wem geht das aus? Was sollen die da betreiben? Auch hier hat die Bevölkerung doch einen Anspruch auf Informationen. Möglicherweise muss man den USA diesen Bau eben versagen. *(Beifall bei der LINKEN)*

Es gibt noch etwas, was mich interessiert. Herr Bundesinnenminister, ich nenne Ihnen vier Varianten – advokatisch –, wenn es um die Frage geht: Was haben eigentlich unsere Dienste in Bezug auf die Rechtsverletzungen durch britische und amerikanische Dienste getrieben?

Die erste Möglichkeit ist: Sie haben sie dabei unterstützt. Dann haben sie gegen das Grundgesetz verstoßen, sich an Straftaten beteiligt, und das müsste sehr ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen.

Die zweite Möglichkeit ist: Sie haben es nur gewusst, aber nicht unterstützt. Dann müssen sie aber die Bundesregierung informiert haben. Wenn die Bundesregierung informiert war, aber nichts erklärt hat, dann haben Sie das Grundgesetz verletzt, dann haben Sie Ihren Amtseid verletzt, und dann haben Sie großen Schaden angerichtet. *(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN. Dr. Günter Krings, CDU/CSU: Abstrus!)*

Wenn die Dienste es gewusst haben und die Bundesregierung nicht informiert haben – dritte Variante, dann haben sie wiederum so eine schwere Pflichtverletzung begangen, dass wir schon wieder über ihre Zukunft diskutieren müssen.

Dann gibt es noch eine vierte Möglichkeit: Sie haben es gar nicht gewusst. Aber dann sind sie so was von unfähig, dass man sie auflösen kann. Darauf darf ich doch hinweisen! *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)*

Ich habe folgende Frage: Gibt es denn Spionageabwehr nur gegen den Osten, nicht gegen den Westen? Dürfen wir

Milliardenschäden, zum Beispiel in der Wirtschaft, zulassen, bloß weil wir uns nicht trauen, gegenüber den USA eine Spionageabwehr zu organisieren? Auch das geht nicht.

Es gibt immer zwei Einwände, die auch Sie benutzt haben: Der eine Einwand betrifft die Wertegemeinschaft und der andere die Freundschaft mit den USA. Es gibt gemeinsame Werte zwischen den USA und Deutschland, aber es gibt auch Kriege wie in Vietnam, in Afghanistan oder im Irak. Es gab den Militärputsch in Chile mit der Ermordung von Allende. Es gibt das Gefangenenlager Guantánamo, wo täglich Menschenrechte verletzt werden. Es gibt den Krieg mit Drohnen. Eine Wertegemeinschaft nutzt nichts, wenn man bei der Verletzung von Werten nicht deutliche Kritik übt, und genau das machen Sie nicht. *(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)*

Ich bin kein Antiamerikanist, überhaupt nicht. Ich bin gerne in den USA und spreche gerne dort mit den Menschen. Aber eines sage ich Ihnen: Freundschaft, wie Sie sie sich vorstellen, gibt es nicht. Mit Duckmäusertum und Hasenfüßigkeit *(Dr. Günter Krings, CDU/CSU: Oje, oje!)* erreicht man keine Freundschaft, sondern das Gegenteil. *(Beifall bei der LINKEN)*

Nur dann, wenn wir gegenseitige Achtung und gegenseitigen Respekt herstellen, kann es eine wirkliche Freundschaft geben.

Dazu brauchen Sie als Bundesregierung Mumm. Sie müssen der US-Regierung sagen: Schluss, aus; wir hören Snowden und schützen ihn. – Dann erst sind wir wirklich souverän. Sie müssen fordern: Verhandelt mit uns auf Augenhöhe! – Dann kriegen wir auch eine Freundschaft mit den USA hin. Was Sie machen, ist Duckmäusertum. Das kenne ich seit Jahrzehnten, und ich bin es so was von leid. *(Beifall bei der LINKEN. Widerspruch bei der CDU/CSU)*

Ja, haben Sie endlich mal den Mumm! Genau so sind Sie hier auch. Ist doch nicht zu fassen! *(Bartholomäus Kalb, CDU/CSU: Das ist nicht gut für Ihr Herz und den Blutdruck!)*

Zum Schluss sage ich Ihnen: Wenn Sie nichts machen – Herr Friedrich, Sie haben gesagt, Sie verhandeln mit denen –, wissen Sie, was Sie diesen fünf Ländern damit eigentlich sagen? Sie sagen ihnen damit: Macht ruhig weiter so, von uns habt ihr nicht den geringsten Nachteil zu erwarten! Ich wiederhole: Das verletzt schwer den Eid, den Sie geleistet haben, nämlich Schaden von unserer Bevölkerung abzuwenden.

Ich möchte, dass Sie jetzt den Mumm haben, die Beziehungen auf eine andere Grundlage zu stellen, auf die Grundlage der Gleichberechtigung. Das ist nicht zu viel und das ist nicht zu wenig verlangt. Die Weltmacht mit ihren Weltmachtallüren muss endlich begreifen, dass wir ein gleichberechtigter Partner sind und nicht jemand, mit dem man machen kann, was man will. Dazu brauchen Sie eine grundsätzliche andere Haltung, Frau Bundeskanzlerin und Herr Friedrich. *(Beifall bei der LINKEN)*



Die EU vor der Europawahl

Strategische Überlegungen über Europa

Von Walter Baier, Elisabeth Gauthier, Haris Golemis;
aus: *transform!*, Nr. 12/13, 2013

Die Europawahlen im Mai 2014 verlangen von uns präzise Vorstellungen hinsichtlich der Veränderung, die wir für Europa möchten. Die Euroskepsis und die nachlassende Unterstützung der Öffentlichkeit für die EU können zu widersprüchlichen politischen Schlussfolgerungen führen. Eine bloße Ablehnung der EU ohne politische Alternativen schafft die Gefahr, der extremen Rechten das Feld zu bereiten, die heute mit Rückenwind auf der Welle der Unzufriedenheit reitet.

Die Krise ist besonders tief und scharf, weil sie eine doppelte Ursache hat: Zum einen ist da natürlich die Krise des Finanzmarktkapitalismus seit 2007/2008. Doch das Modell, das für die europäische Integration maßgeblich ist – eine undemokratische institutionelle Architektur und ein extremer Neoliberalismus – ist ebenfalls dafür verantwortlich, dass die EU-Krise eine derartige Tiefe aufweist.

Deshalb ist zur Bekämpfung der Krise und zur Verteidigung der Interessen der Menschen die Logik sowohl auf der mikro- als auch auf der makroökonomischen Ebene und sowohl im nationalen als auch im europäischen Kontext zu ändern. Es geht darum, die Logik des Finanzmarktkapitalismus zu brechen, die Wohlstandsverteilung und den Status der Lohnabhängigen zu ändern sowie die öffentlichen Dienstleistungen, den öffentlichen Sektor der Volkswirtschaft und die Systeme der sozialen Sicherheit zu verteidigen. Dazu gehört auch der Kampf für eine Neuausrichtung der EU, um einen Raum der Zusammenarbeit sowie der demokratischen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklung in der Perspektive einer sozialistischen Transformation Europas und der einzelnen Staaten zu schaffen.

In einer aktuellen Studie hat der Chefökonom der Europäischen Kommission, Jan in't Veld die kumulierten Effekte der koordinierten Austeritätspolitik in der Eurozone für die Jahre 2011 bis 2013 gemessen. Demzufolge habe diese zu Wachstumsverlusten von 8 Prozent (Griechenland), 6,9 Prozent (Portugal), 5,4 Prozent (Spanien), 4,9 Prozent (Italien), 4,8 Prozent (Frankreich), 4,5 Prozent (Irland) und 2,6 Prozent (Deutschland) geführt. Dabei handelt es sich nicht nur um ein bedeutendes Eingeständnis, sondern auch um einen weiteren Beweis der Notwendigkeit, die jetzt herrschende Logik zu ändern.

Meinungsumfragen haben den meisten EU-Mitgliedstaaten eine allgemeine Krise der Repräsentation aufgezeigt, die insbesondere die Sozialdemokratie betrifft.¹ Dies verbindet sich mit einem Ansteigen des öffentlichen Unmuts und in manchen Ländern mit einem Wachstum der extremen Rechten. Mehrere Regierungen sind aufgrund der Krise und der von den EU-Organen und dem IWF in neo-kolonialistischem, imperialistischem Stil aufgezwungenen Austeritätspolitiken gestürzt.

Die Vorbedingung für eine Abkehr der EU vom neoliberalen Modell der Integration ist eine qualitative Verschiebung des Kräftegleichgewichts sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch auf europäischer Ebene. Daher rufen die Parteien, die sich links von Sozialdemokratie und Grünen positionieren, dazu auf, sich bei den bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament nicht der Stimme zu enthalten, weil dies nur das Feld für die konservativen und liberalen Kräfte offen lassen würde, die ihre desaströse Politik fortsetzen wollen. Die Wähler/-innen sollten sich auch nicht mit einem symbolischen Protest begnügen, sondern jene Parteien unterstützen, die Europa radikal ändern wollen – durch parlamentarische Aktionen, aber auch auf der Straße. Die Krise der neoliberalen Hegemonie eröffnet neue Möglichkeiten, ein Bündnis zu schmieden, das unterschiedliche politische, gesellschaftliche und kulturelle Kräfte umfasst, vereint durch das gemeinsame Ziel, Europa neu zu gründen, auf der Grundlage von gesellschaftlicher und ökologischer Solidarität sowie von Demokratie, Feminismus und Frieden.

Wege aus der Krise?

Es überrascht nicht im Mindesten, dass in einem derartigen historisch instabilen Moment ganz unterschiedliche und kontroverse Vorschläge auf den Tisch kommen. Einer von ihnen lautet, man solle den Euro abschaffen, da dies zur Lösung oder zumindest Milderung der Krise beitragen könne. Wir widersprechen. Vor allem ist die Rückkehr zu nationalen Währungen nicht gleichbedeutend mit einer Veränderung der internen sozialen Kräfteverhältnisse und einer politisch-ideologischen Niederlage des Neoliberalismus. Großbritannien ist ein exzellentes Beispiel dafür, wie ein Land mit eigener Währung unter dem Vorwand der Krise eine harsche Austeritätspolitik gegenüber der Bevölkerung durchgesetzt hat.

Ein Austritt aus der Eurozone stellt in keiner Weise einen Weg zur Beendigung der Krise dar. Darüber hinaus wäre ein Zerfall der Eurozone, der aufgrund der Widersprüche unter den großen kapitalistischen Ländern nicht ausgeschlossen werden kann, keine fortschrittliche Änderung. So wie die Währungsunion Anfang der 90er Jahre konzipiert wurde, war sie ein Fehler. Daher haben wir sie abgelehnt. Aber wenn der Euro abgeschafft würde und die EU zerfiel, wäre es für die arbeitenden Klassen und die europäischen Bevölkerungen noch schlechter. In diesem Fall würden die verschiedenen Länder in einen Abwertungswettbewerb zurückfallen, etwas, das exakt jetzt mit der Politik der internen Abwertungen stattfindet. Das Endergebnis wäre, dass ein Klassenkonflikt sich in einen Konflikt zwischen Staaten verwandelt, eine Situation, die der extremen und nationalistischen Rechten nützt. Daher glauben wir, dass ein Ausweg aus der Krise eine andere wirtschaftliche Konzeption und eine Änderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse erfordert.

Die heutigen sozialen und politischen Kämpfe zielen darauf, die Austeritätsmaßnahmen zu stoppen und insbesondere die Völker Süd- und Osteuropas aus dem Würgegriff der Troika und der Finanzmärkte zu befreien, um so Bedingungen für einen sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu schaffen.²

In diesem Kontext ist die Währungspolitik natürlich wichtig, die erforderliche Veränderung allerdings muss weit darüber hinausgehen. Wie mehrere Studien aufgezeigt haben, hätte unter den gegenwärtigen Bedingungen die Auflösung der Eurozone wahrscheinlich katastrophale Folgen, insbe-



sondere für jene Volkswirtschaften, die dem Druck der Finanzmärkte am stärksten ausgesetzt sind. Die EU verfügt dagegen über die Mittel, um die Macht der Finanzmärkte zurückzudrängen, sofern sie denn gewillt wäre, diese Mittel anzuwenden.

Was ist also zu tun? Vor allem muss eine unverzügliche Lösung für die untragbare und unerträgliche Schuldenlast einer Reihe von Ländern gefunden und umgesetzt werden. Es ist klar, dass eine derartige Lösung nur auf europäischer Ebene funktionieren kann. Dazu ist es erforderlich, die bisher wirksame Logik umzukehren. Nicht die Rettung von Banken – die man kurzentschlossen für „systemrelevant“, d. h. „so groß, dass man sie nicht pleite gehen lassen kann“, erklärte – darf Priorität haben, sondern der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wiederaufbau muss im Vordergrund stehen. Tatsächlich haben die von der Troika durchgesetzten „bailouts“ das Schuldenproblem nicht gelöst, sondern verschärft. Lassen wir uns also nicht durch eine Neuauflage von TINA („There is no alternative“ – „Es gibt keine Alternative“) täuschen. Alexis Tsipras hat konkrete Vorschläge für einen Ausweg aus der Schuldenkatastrophe vorgelegt, die allerdings einen radikalen Politikwechsel in Europa erfordern. Eine europäische Schuldenkonferenz könnte beschließen, einen Großteil der Schulden Griechenlands, der PIIGS und allgemein aller Länder der EU zu annullieren, die ja ohnehin nicht zurückgezahlt werden können, und die noch zu leistenden Zahlungen unter Einschluss von Wachstums- und Sozialklauseln so festzulegen, dass die Verstümmelung bereits beschädigter Volkswirtschaften ein Ende findet.

Der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Priorität zu verleihen heißt, Aktivitäten neu zu beleben, die auf eine neuartige Solidarität und wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet sind. Die EZB muss reformiert werden, um unter Umgehung der Finanzmärkte ein Wiederaufbauprogramm für Europa zu finanzieren.³ Projekte in der Art eines „Marshallplans“, wie beispielsweise vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgeschlagen, könnten den Anstoß für einen Wiederaufbau der Produktion geben, besonders in den am härtesten betroffenen Ländern. Darüber hinaus ist für Europa insgesamt eine Politik der Reindustrialisierung erforderlich.

Ein weiterer Punkt, der zu einer solchen Perspektive für einen Ausweg aus der Verschuldung hinzuzufügen wäre, betrifft die Änderung der Produktionsverhältnisse, vor allem durch eine Hebung des Status der Lohnabhängigen, so dass für eine Stärkung der Löhne und der Sozialbeiträge gesorgt ist. Dabei handelt es sich um ein ehrgeiziges Ziel in Richtung „wirtschaftliche Demokratie“, die sowohl eine Neudefinition der Ziele der europäischen Integration wie der Sozialstaaten im nationalen Rahmen erfordern würde.

Mit dem „Manifest“ des Alter Summit, das unter Mitwirkung von rund 200 Organisationen (Gewerkschaften, gesellschaftliche Bewegungen, Netzwerke usw.) in einem über mehrere Monate und ganz Europa reichenden Prozess verfasst worden ist, haben wir „Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen für ein demokratisches, soziales, ökologisches und feministisches Europa“ formuliert, die hilfreich dabei sein können, die verschiedenen Kämpfe, die in Europa stattfinden, miteinander zu verbinden.⁴

Wie lässt sich die EU demokratisch machen?

Die Organe der Europäischen Union beruhen auf den Verträgen, in denen nicht nur der verfassungsmäßige Rahmen niedergelegt ist, sondern auch neoliberale Orientierungen in ehernen Lettern festgeschrieben sind. Die Exekutive, die EZB und der Europäische Gerichtshof mit seinen umfangreichen Befugnissen haben Vorrang gegenüber den nationalen Parlamenten und gegenüber dem Europäischen Parlament. Die Ergebnisse von Referenden werden schlichtweg ignoriert, wenn sie den vorgefassten Zielen zuwiderlaufen.

Dieses europäische System ist gekennzeichnet durch den scharfen Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen und monetären Integration einerseits und dem nach wie vor subsidiären Wesen der Sozialpolitik, die weitgehend in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibt, andererseits. Im Kontext der Anstrengungen zur Bewältigung der Krise haben sich die Spannungen zwischen einem uneingelösten Föderalismus und einem gewissen, durch Gewohnheitsrecht entstandenen Bilateralismus verschärft. Das hat nicht nur zur Vorherrschaft der mächtigsten europäischen Volkswirtschaft – Deutschland – geführt, sondern auch bestimmte EU-Organe an den Rand gedrängt wie etwa die Kommission und den Rat. Inzwischen bildet sich eine transnationale Oligarchie heraus (deren bekannteste Gesichter Monti, Draghi, Barroso, Merkel, Schäuble, Juncker, Rehn usw. sind). Die Zerstörung des Parlamentarismus, die letztlich auf ein autoritäres Regime hinausläuft, ist einem derartigen System eingeschrieben.

Die Bewegung zur Veränderung Europas sieht sich daher mit zwei Herausforderungen konfrontiert. Eine Neudefinition der Endziele der EU setzt die Erfindung einer neuen demokratischen Logik voraus, um die Volkssouveränität wirklich lebendig werden zu lassen, ferner den Entwurf einer neuen Architektur der Institutionen und Organe sowie die Erörterung ihrer Grundlage (eine Union von Nationen, eine Konföderation von Nationen, Föderalismus usw.). Angesichts der gegenwärtigen Dringlichkeit ist es ratsam, nach jeder Breche Ausschau zu halten, die wir öffnen können, nach allen Hebeln, die wir in Bewegung setzen können, um das Gleichgewicht der Kräfte hier und jetzt zu verändern.

Jede Entscheidung für eine politische Veränderung in einem oder mehreren Ländern wird eine Konfrontation auf europäischer Ebene zur Folge haben, wobei es sich nicht nur um einen gesellschaftlichen und politischen Kampf handeln wird, sondern um einen Kampf um die Verfassungsordnung selbst. Jede relevante Änderung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa wird unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise der bestehenden Organe und ihre Entwicklung haben. Die Einberufung von „Versammlungen für ein anderes Europa“ könnte von den für eine Veränderung eintretenden Kräften in mehreren Ländern vorgeschlagen werden, sobald die Veränderung des Gleichgewichts der Kräfte in einem oder mehreren Ländern es ermöglicht, eine derartige Bewegung zu bilden.

Eine linke Mehrheit im Europäischen Parlament könnte die Lage merklich ändern, weil dadurch die Möglichkeiten für das Handeln im Parlament und für das Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft erweitert würden.



Die Verantwortung der Linken

Eine Einschätzung der bestehenden Kräfteverhältnisse muss den Zustand der europäischen Sozialdemokratie berücksichtigen. Von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen, zeigen ihre Wahlergebnisse im Durchschnitt eine Talfahrt an.

Offensichtlich ist das Kräfteverhältnis insgesamt problematisch: Verdeutlicht wird dies durch den Umstand, dass die populistische und extremistische Rechte mittlerweile im Kern mancher Gesellschaften angekommen ist und nicht mehr an den Rändern steht, ferner die wachsende Osmose zwischen dieser extremen Rechten und der „klassischen“ Rechten, sowie die Zerbrechlichkeit mancher politischer Systeme (beispielsweise Italien). Darüber hinaus haben einige der extrem rechten Parteien noch extremistischere Gruppen, die sich offen als Nazis bekennen, in ihrem Kielwasser.

Das überträgt der politischen und sozialen Linken eine große Verantwortung, da nur eine Alternative zur Austeritätspolitik den Boden austrocknen kann, der anderenfalls außerordentlich fruchtbar für die extreme Rechte ist. Wir müssen – sowohl im europäischen wie auch im nationalen Maßstab – Protest und Alternative glaubwürdig verbinden und jegliche nationalistische Logik bekämpfen, die den Klasseninhalt des Kampfes verdunkelt.

Mit welchen Bündnissen lässt sich das Gleichgewicht der Kräfte verändern?

Der Umstand, dass die EU eine multipolare Macht ist, führt zu einer erheblichen Komplexität, die berücksichtigt werden muss, wenn man Ziele und Strategien für eine Transformation festlegen möchte. Angesichts dieser multipolaren Macht müssen wir eine multidimensionale Strategie aufbauen. Es kann keine Abkürzungen zur Vermeidung dieser Komplexität geben. Die Notwendigkeit des Kampfes, der der Konkurrenz, in die die europäischen Bevölkerungen miteinander verwickelt werden sollen, die Kooperation entgegengesetzt, kann seiner Natur nach nicht ausschließlich auf der nationalen Ebene konzipiert werden. Manche politischen Maßnahmen und Strategien der EU bieten einen Ansatzpunkt, um gemeinsame Kämpfe dagegen zu führen, etwa gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie („Bolkestein-Richtlinie“) oder gegen die derzeit laufenden Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen. Meist gibt es jedoch zahlreiche Kämpfe in unterschiedlichen Ländern und Bereichen, die sich zwar allesamt gegen ein und dieselbe neoliberale Logik richten, aber schwierig zu koordinieren und zu synchronisieren sind. Selbst gemeinsame Aktionen gegen die Austerität, die die unteren Klassen europaweit trifft, sind schwer zu organisieren. Nichtsdestoweniger sollten wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um das zustande zu bringen.

Die Landschaft der Kräfte, die sich der Austerität (oder bestimmten Aspekten und Ergebnissen der Austerität) entgegenstellen, ist durch große Vielfalt gekennzeichnet. Es gibt interessante Entwicklungen in den gesellschaftlichen Bewegungen, die Denk- und Kampfnetzwerke, all die Bewegungen in der Art von „Indignados“ und „Occupy“, die selbstorganisierenden Bewegungen angesichts der humanitären Krise (wie die solidarischen Gesundheitszentren und „Solidarity4all“ in Griechenland oder die Volksküchen in Portugal usw.). Zum ersten Mal protestieren nun auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften gegen einen europäischen Vertrag und gegen die

Austerität. Es wird am Aufbau von Konvergenz gearbeitet, wie im Manifest für den AlterSummit zu sehen,⁵ das aus dem Zusammenwirken von 200 Organisationen in Vorbereitung des AlterSummit hervorgegangen ist.⁶ Es werden alternative Projekte ausgearbeitet wie beispielsweise der „Marshallplan“ für Südeuropa vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Auf der politischen Ebene ist auf die Leistungen der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) im Europäischen Parlament zu verweisen, die ihre Aktivitäten häufig im Zusammenwirken mit außerparlamentarischen gesellschaftlichen Gruppen entfaltet. Am Vorabend der Europawahlen ist dies von besonderem Interesse und sollte in der Öffentlichkeit intensiver diskutiert werden.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2004 hat sich die Europäische Linke (EL) Schritt für Schritt zu einer europaweiten politischen Kraft entwickelt, die zunehmend fähig ist, als europäische Partei zu agieren und dabei für eine Annäherung zwischen den gemeinsamen Ideen und Praktiken ihrer geografisch und politisch unterschiedlichen Bestandteile zu sorgen. Das Ziel, die kulturelle Hegemonie in Europa zu verändern, haben viele dieser aktiven Kräfte gemeinsam.

Wenn es der Linken gelingt, in einem EU-Mitgliedstaat genügend politischen und gesellschaftlichen Schwung freizusetzen, um einen echten politischen Bruch herbeizuführen, dann ist für den Ausweg aus der Krise entscheidend, ob es den aktiven Kräften in den anderen EU-Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene gelingt, alles zu tun, um die Linke des betreffenden Landes und seine Bevölkerung bei diesem radikalen Wandel zu unterstützen. Verschiedene Initiativen, die in der nächsten Zukunft ergriffen werden könnten, sind bereits in der Diskussion wie etwa die Einberufung von „Versammlungen für die Neugründung der EU“ seitens der Linkenfront (Front de gauche) in Frankreich, mit der man sich an sämtliche politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, an die gesellschaftlichen Bewegungen, an die kritischen Netzwerke und an die gewählten VolksvertreterInnen wendet, die von dem Wunsch beseelt sind, Europa zu verändern. So hat Alexis Tsipras ins Auge gefasst, alle – einschließlich der europäischen Sozialdemokraten und der Grünen – einzuladen, ein gemeinsames neues Projekt für die EU vorzubringen. Durch kollektive Anstrengungen, die je nach Land und Zeitpunkt gewiss unterschiedlich ausfallen werden, aber allesamt die gleiche Stoßrichtung aufweisen, gilt es, die „europäische Agenda“ zu verändern.

Anmerkungen

- 1 Außer in Deutschland, wo die öffentliche Meinung über das politische Führungspersonal und die Regierung im Großen und Ganzen positiv ist.
- 2 Pierre Khalfa, Paper auf der Homepage von *transform!*
- 3 Thomas Piketty: *Le capital au XXIème siècle* (Das Kapital im 21. Jahrhundert), Paris 2013, schlägt eine außerordentliche, progressive und weltweite Besteuerung von Kapital und Erbschaften vor.
- 4 Das „Manifest der Menschen in Europa“ ist in zahlreichen Sprachen verfügbar auf: www.altersummit.eu
- 5 www.altersummit.eu
- 6 Siehe Anmerkung 4



Für eine andere EU

Gegen Zerrbilder, für reale Veränderungen: eine soziale, friedliche und antifaschistische Europapolitik ist möglich

Von Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstands der LINKEN und der EL, Stefan Liebich und Jan Korte, MdB; aus: „Neues Deutschland“, 27. Januar 2014

Im Mai 2014 sind Europawahlen. Millionen Menschen aus 28 Staaten wählen dann ein gemeinsames Europäisches Parlament. Was heute insbesondere für junge Menschen Normalität ist, war vor 25 Jahren noch undenkbar. Europa war geteilt. Erst die Menschen im Osten Europas setzten 1989, beginnend mit dem Abriss der Stacheldrähte in Ungarn und den friedlichen Demonstrationen in Gdansk, Prag, Bukarest, Leipzig und Berlin, dieser Teilung ein Ende. Sie, die Bürgerinnen und Bürger, schufen die Voraussetzung für die Einigung Europas. Deshalb ist die Wahl des Europäischen Parlaments 2014 alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Sie ist eine erkämpfte Möglichkeit, die Zukunft Europas demokratisch mitzugestalten.

Die Wahl eines gemeinsamen Europäischen Parlaments findet in einem Jahr statt, in dem wir zweier Jahrestage gedenken, die mit unermesslichem Leid verbunden sind, das über die Völker vieler Länder kam. Vor 100 Jahren starben während des Ersten Weltkrieges Millionen Europäer. Das Gedenken an die Opfer, die Zerstörung, den Hunger und die Armut führt uns vor Augen, welche nicht hoch genug zu veranschlagender zivilisatorischer Fortschritt es ist, wenn Konflikte unter europäischen Nachbarn heute nicht mehr auf den Schlachtfeldern dieses Kontinents ausgetragen werden. 2014 ist auch das Jahr, in dem sich der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal jährt. Deutsche Faschisten überfielen europäische Nachbarn und organisierten den Holocaust. Millionen fielen ihnen und ihren Helfern zum Opfer.

Heute herrscht Frieden in Europa. Wer aber wie NPD und AfD, wie Teile von FDP, CDU und CSU chauvinistische Zuwanderungsdebatten vom Zaun bricht und die europäische Einigung schwächt, Deutschland aus dem Euro-Raum, ja letztlich auch aus der europäischen Gemeinschaft herauslösen will, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Versuche wie diese gefährden den Frieden zwischen den Menschen in Europa. Unser aller friedliche Zukunft hängt einmal mehr davon ab, wie gut wir uns in eine europäische Gemeinschaft integrieren können und ob es endlich politischer Wille wird, dass diese im Dienst der Menschen, der Umwelt und eines sozial gerechten Miteinanders gestaltet wird.

Lange Zeit überwog die Idee, gemeinsam mehr zu schaffen für Frieden, Wohlstand und Freiheit. Für diese Idee stand und steht die LINKE. Heute aber wird, was national oft nicht durchsetzbar ist, über die europäische Hintertür doch auf den Weg gebracht. Die scheinbar anonymen Bürokratien in Brüssel, die es durchsetzten, waren jedoch häufig allein die Ausführenden nationaler Interessen. Die europäische Integration hat so eine falsche Richtung eingeschlagen, auch weil demokratische Grundsätze und transparente Verfahren ausgehebelt und sozialer Fortschritt geopfert wurden. Die noch immer aktuelle europaweite Finanzkrise hat diesen Trend noch verstärkt. Und auf einmal werden wieder nationalistische Klischees bemüht, gibt es scheinbar wieder die Fleißigen und die Faulen, die Sparsamen und die Verschwen-

der unter den europäischen Völkern. Das ist nicht nur ein Zerrbild für schlichte Gemüter, sondern es ist ein fataler und nicht hinzunehmender Rückgriff auf Stereotype, die letztendlich in die beiden Katastrophen des 20. Jahrhunderts mündeten.

DIE LINKE muss deshalb auch 2014 glaubhaft aufzeigen, dass sie die Europäische Union zu einer sozial gerechten und demokratischen Union entwickeln will. Um dies umzusetzen, braucht es eine starke linke Fraktion in der einzigen europäischen Institution, über die wir gemeinsam und in direkter Wahl bestimmen können: dem Europäischen Parlament.

Nach dem Grauen und den Zivilisationsbrüchen zweier Weltkriege galt die 1956 gegründete EU – besser, deren Vorgängerin – vielen Europäerinnen und Europäern als Versprechen auf eine friedliche Entwicklung zwischen Nachbarstaaten, als Hoffnung der Kooperation. Das Gründungsverständnis war mitnichten ein rein ökonomisches. Mit den 1960er und 1970er Jahren verstärkten sich Diskurse zu den natürlichen Grenzen des Wachstums, kämpften Frauen über Grenzen hinweg um Gleichstellung und reproduktive Rechte. Antikoloniale Befreiungsbewegungen erhoben sich gegen Rassismus und Ausplünderung, zeigten Wirkung in Europa, wie in Portugal, und fanden unter den Menschen in Europa Unterstützung.

Die ersten tiefen Risse im sozialstaatlichen Wohlfahrtskompromiss zeigten sich mit dem Ende der 1970er Jahre in Westeuropa unter anderem in einer wachsenden und sich verfestigenden Arbeitslosigkeit, dem Ende eines durchlässigen Bildungsaufstiegs und den leisen und lauten Kriegen um Öl und Machteinflüsse weltweit. Die Friedensbewegung mobilisierte europaweit gegen das Wettrüsten der Systeme, und in vielen Ländern Europas entstanden neue soziale und ökologische Bewegungen.

Nach dem Mauerfall, der mehr als nur das realsozialistische Staatensystem erschütterte, kehrte jedoch der Krieg mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens nach Europa zurück. Die Europäische Union war erstmalig seit ihrer Gründung nicht in der Lage, Frieden in Europa zu garantieren. Einige EU-Mitgliedstaaten nahmen gar am Krieg in Jugoslawien teil – und deutsche Soldaten wurden zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder auf den Balkan geschickt. Zeitgleich kehrte auch die soziale Frage, insbesondere in den Transformationsgesellschaften in Osteuropa, in den europäischen Fokus zurück. Doch der EU gelang es hier ebenfalls nicht, diese im Sinne eines solidarischen europäischen Gemeinwesens und einer Wohlfahrt für alle zu beantworten. Im Gegenteil: Nationale Regierungen bauten unter dem Druck von global agierenden Konzernen und Finanzmärkten die EU so um, dass ein europäischer Binnenmarkt entstand, der sich dem marktradikalen Wettbewerb, später dem Finanzmarktkapitalismus verpflichtete, ohne dabei eine kooperative Wirtschafts- und Sozialpolitik oder eine gerechte internationale Handelspolitik einzuleiten. Demokratische Aushandlung und soziale Standards in den Mitgliedstaaten der EU wurden Schritt für Schritt als Pfand für den wirtschaftlichen Erfolg von kapitalen Global Playern geopfert. Der Hunger nach grenzenlosem Wachstum wurde mit antisozialem Wettbewerb, Deregulation von Arbeits- und Sozialstandards und mit der Privatisierung öffentlicher Güter gestillt.

Mit den europäischen Verträgen von Maastricht, Nizza



und Lissabon leiteten viele Regierungen der EU-Mitgliedstaaten schließlich das Ende der Vernunftsidee einer europäischen Kooperation ein und reduzierten die Freiheit jeder und jedes einzelnen endgültig auf die Kapitalfreiheit. In der Folge florierten Spekulationsgewinne und Roulettespiele an den Finanzmärkten. Es waren keine überschuldeten Staaten mit übergroßen Sozialsystemen, die 2007/2008 die europäische Finanzkrise auslösten. Erst die Deregulierungspolitik der Nationalstaaten ließ die später geplatze Immobilienblase entstehen, welche wiederum zum Ausbruch der Banken- und Finanzmarktkrise führte. Dennoch ist es auch der Bundesregierung gelungen, die Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus in eine Staatsschuldenkrise umzudeuten und damit auf Millionen Menschen in Europa abzuwälzen. All die in der Folge aufgelegten sogenannten Rettungspakete, denen die LINKE als einzige Partei im Deutschen Bundestag nicht zugestimmt hat, all die „Schutzschirme“ und das Diktat der Troika haben im Ergebnis nur die Gläubiger und Aktionäre, nur die Banken und Fonds bedient, die aber Verursacher dieser Krise waren und sind. Das Geld, das zur Bewältigung der Krise nun aufgebracht wird, zahlen nicht die Profiteure des Banken-Casinos. Dieses Geld wird den Bürgerinnen und Bürgern, Rentnerinnen und Rentnern, Angestellten, Arbeitslosen, Kranken und Schwachen Europas genommen, und der Preis dafür sind Sozialabbau und Entlassungen, Privatisierungen und die Zerstörung der Zukunftschancen einer ganzen Generation junger Europäer und Europäerinnen. In Spanien, Griechenland, Zypern, Irland und Portugal, den am härtesten von der Krise betroffenen EU-Staaten, werden Familien aus ihren Wohnungen und Häusern in die Obdachlosigkeit getrieben, Schwangere und Kranke nicht mehr versorgt, alte Menschen um ihren hart erarbeiteten Lebensabend betrogen, Schülern wird einfach weggespart und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur werden gestrichen.

DIE LINKE fordert deshalb zurecht eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte und das Verbot sinnloser und gefährlicher Finanzprodukte sowie eine demokratische und öffentliche Kontrolle des Bankwesens auf europäischer Ebene. Unsere Partei will keine Banken, die so groß werden können, dass sie systemrelevant sind und ihre „Rettung“ erpressen, weil von ihrer Existenz Renten und ganze Volkswirtschaften abhängen. Wir wollen die Tätigkeit von Banken auf das zurückführen, wofür sie gedacht sind: Geld für produktive Investitionen bereitzustellen und den Spargroschen der Bürger und Bürgerinnen sicher und wirtschaftlich zu verwalten. Wer mit Geld spielen will, soll künftig für sich selbst haftend ins Casino gehen.

Ohne einen solchen Paradigmenwechsel im Bankwesen wird Europa in den kommenden Jahren weiter aufgespalten in einen armen Süden und ein reiches Zentrum mit Deutschland an der Spitze. Deutschlands materieller Reichtum und sein bisheriges vermeintliches Trotzen der größten Weltfinanzkrise seit 80 Jahren ist einer zeitlich begrenzten Exportstrategie zu verdanken. Deutschland lebt so auf Kosten der Ausbeutung von Ressourcen, der Umwelt und der Arbeitskraft in anderen Teilen Europas. Europäische Ungleichgewichte werden dadurch aber täglich verstärkt und Gegensätze und Ressentiments in und zwischen den Gesellschaften in Europa vertiefen sich. Rechtspopulisten und rechtsextreme Parteien versuchen die Existenzsorgen der Menschen für sich nutzbar zu machen, während nationalstaatliche Regierungen, so auch die Große Koalition unter Kanzlerin Angela

Merkel (CDU), die aktuelle Krise immer weiter zum Abbau von Sozialleistungen und Löhnen nutzen und nicht müde werden, die Verantwortung dafür auf Europa abzuschieben. Europa und die EU als Institution taugen als alleiniger Sündenbock für diese Entwicklung wenig. Die EU ist zur Geisel nationalstaatlicher Regierungen geworden und zum Tummelplatz von Lobbyisten mächtiger Interessengruppen, Banken und Konzerne. Sie sind es, die den Bestand der Gemeinschaft und ihrer Währung gefährden. Ihnen gilt es entschlossen entgegenzutreten. Wir müssen sowohl in Europa als auch in Deutschland für gute soziale Standards, um die Zukunft der Menschen, für einen Politikwechsel kämpfen und verhindern, dass immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in ganz Europa dem Markt geöffnet werden.

Auch für die Beantwortung der Frage, wie wir in Europa mit unseren Nachbarn und den Völkern weltweit zusammenleben wollen, ist die innere Verfasstheit und Ausgestaltung der Europäischen Union entscheidend. Der Schmerz gegenüber der Ungerechtigkeit in der Welt, gegenüber der Beteiligung an Kriegen, die gern im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus und für Frauenrechte geführt werden, das Gefühl der Wut und Ohnmacht beim Anblick der Bilder sterbender Flüchtlinge an Europas Außengrenzen, Hunger- und Umweltkatastrophen in Asien und Afrika dürfen uns weder blind noch kopflos machen. Ohne eine grundlegende Änderung der europäischen Politiken für mehr globale ökonomische Solidarität und Kooperation, die allen Weltregionen eine solide ökonomische und selbstbestimmte soziale Entwicklung ermöglicht, werden Hunger, Armut, Flucht und Ausbeutung weiter voranschreiten.

Wir setzen uns deshalb für eine grundsätzlich friedliche Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik ein. Krieg ist kein Ausweis von beherztem Handeln, er ist schlichter Ausdruck der Fortsetzung von ökonomischer Interessenpolitik mit militärischen Mitteln. Deeskalation in den internationalen Beziehungen auf allen Ebenen - Handel und Entwicklung, Bildung und sozialer Fortschritt - das sind linke Waffen im Kampf gegen Gewalt, Umwelterstörungen und ökonomischen Druck.

Wir wissen, die Partei DIE LINKE ist nur ein Teil von vielen, die sich als Linke, als Freiheitsliebende und als Menschen mit Gemeinsinn verstehen, als Streiter/-innen für mehr Gerechtigkeit und Anerkennung der Würde jeder und jedes Einzelnen. Wie wir verfolgen viele Menschen aus sozialem, feministischem, emanzipatorischem, ökologischem und aus gewerkschaftlichem Engagement ganz ähnliche Zielstellungen, wie wir es tun. Unsere Partei arbeitet deshalb mit den verschiedensten Gruppen, Vereinen, Gewerkschaften und Engagierten zusammen und ist für sie als glaubwürdige politische Bündnispartnerin da - in den Parlamenten und auf der Straße. In den vergangenen Jahren haben europaweit Millionen Menschen für ihre Rechte, für Demokratie und Mitbestimmung, für soziale Gerechtigkeit und bezahlbare Wohnungen, gegen Zwangsräumungen, Mieterhöhungen und Privatisierungen demonstriert. Die LINKE und die Europäische Linkspartei (EL), deren überzeugte Mitglieder wir sind, waren und sind Teil dieser Proteste. Mit unserer Fraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) waren und müssen wir weiterhin Sprachrohr dieser Proteste und Bewegungen in ganz Europa sein.

Um dies deutlich zu machen hat sich die Europäische Linkspartei auf ihrem Parteitag im Dezember 2013 in Madrid



dazu entschieden, mit einem gemeinsamen europäischen Spitzenkandidaten in den bevorstehenden Europawahlkampf zu ziehen. Wir freuen uns darauf, mit unserem griechischen Genossen Alexis Tsipras, dem Parteivorsitzenden von SYRIZA, um Wählerstimmen zu kämpfen. Gemeinsam wollen wir in den kommenden fünf Jahren eintreten für eine radikale Reform der Europäischen Union, für eine sozial gerechte, friedliche und antifaschistische Politik im Europäischen Parlament. Die LINKE kann Europa verändern.

Freihandelsabkommen verhindern – LINKE stärken!

Von Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament; aus: <http://linksfraktion.de/im-wortlaut/>, 27. November 2013

Im Juli 2013 haben die Verhandlungen über das Abkommen für Transatlantische Partnerschaft für Handel und Investitionen (TTIP) begonnen. Seit dem einstimmigen Beschluss der EU- Staats- und Regierungschefs (Mai 2013) arbeiten Europäische Kommission und US-Regierung mit Hochdruck an diesem bislang vielleicht ehrgeizigsten wirtschaftspolitischen Projekt der Welt. Das Ziel ist nicht weniger als die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Riga bis Los Angeles. Hier geht es nicht nur um Einfuhrzölle für Waren oder Handel von Dienstleistungen. Im Zentrum der Verhandlungen stehen vor allem die bislang unterschiedlichen Regeln und Standards in der Europäischen Union und in den USA. Diese so genannten nicht-tarifären Handelshemmnisse sollen entweder angeglichen oder wechselseitig anerkannt werden – und zwar nicht durch demokratische Entscheidungen der Parlamente unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, sondern durch von Beamten besetzte Ausschüsse und weitreichende Beratung durch Industrieverbände.

Was so harmlos klingen mag, Regeln und Standards, bestimmt aber tatsächlich unseren Alltag und ist oft Ausdruck unserer politischen Kultur. In Europa ist uns zum Beispiel Tierschutz zunehmend wichtig. Wir haben die Tierversuche für Kosmetika verboten und Mindestgröße von Hühnerkäfigen vergrößert. Wir lehnen es ab, Tiere mit Hormonspritzen zu mästen. Wir wollen keine genetisch veränderten Nahrungsmittel auf unseren Esstischen. In den USA ist das anders. Tierversuche sind normal, die Hühnerkäfige messen im Durchschnitt weniger als 20 × 20 Zentimeter. Tiere werden bevorzugt durch Klonen oder künstliche Besamung vermehrt, mit Hormonen schnell auf Gewicht gebracht, Hühnerfleisch mit Chlor gebleicht. Das Saatgut ist patentiert und stammt aus den Labors großer Konzerne wie Monsanto.

Verbraucherschutzverbände auf beiden Seiten des Atlantiks warnen

Die wechselseitige Anerkennung der Zulassung zum Markt wird in der Praxis bedeuten, dass wir letztlich unsere Errungenschaften in Verbraucherschutz, Tierschutz und Qualität vergessen können. Sie würden durch das TTIP unterlaufen. Den europäischen Produzenten würde es schwerfallen, in der Kostenkonkurrenz mit den Amerikanern zu bestehen, ohne dieselben Methoden anzuwenden. Schon bald würden

sie daher nach Lockerung der europäischen Regeln rufen. Denn der Markt wird bestimmen – Angebot und Nachfrage, damit das Verhältnis von Produktionskosten versus Geldbeutel der Käuferinnen und Käufer und so der gnadenlose Wettbewerb auch und gerade zu Lasten der landwirtschaftlichen Erzeuger.

Auch die Pharmaindustrie drängt massiv auf die wechselseitige Anerkennung bei gleichzeitiger Ausdehnung ihres Patentschutzes gegenüber Generika-Herstellern. Auch hier geht es um politische Kultur. Während in Europa bestimmte Medikamente wegen ihrer Nebenwirkungen verboten sind, zum Beispiel zum schnellen Muskelaufbau für Bodybuilder, bleibt es in den USA den Leuten selbst überlassen, wenn sie sich schaden wollen. Ein staatliches Gesundheitssystem wie in den Mitgliedstaaten der EU versucht Obama gerade erst aufzubauen. Vielleicht ist es deshalb weniger im Bewusstsein der Menschen, dass Generika wichtig sind, um eine weitere Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu verhindern.

Für Chemikalien und für Finanzprodukte sehen die nicht öffentlich zugänglichen Positionspapiere der EU-Kommission das Prinzip der wechselseitigen Anerkennung vor. Verbraucherschutzverbände auf beiden Seiten des Atlantiks warnen massiv vor diesem Ansatz. Sie befürchten, dass dann insbesondere die großen Konzerne ihre Produkte zuerst dort auf den Markt bringen, wo die Lizenz jeweils leichter zu haben ist.

Durch Klagerecht können Konzerne Staaten erpressen

Obama sagte in einer Rede Anfang 2013, er sei optimistisch, dass der mehrfach gescheiterte Plan eines transatlantischen Wirtschaftsraumes diesmal verwirklicht werden könne, weil klassische Skeptiker gerade in einer tiefen Wirtschaftskrise stecken. Damit meinte er Frankreich, durch dessen Veto in den 1990er Jahren das MAI (Multilaterales Investmentabkommen) gestoppt werden konnte. Und tatsächlich, das neue Abkommen soll ein Kernelement von damals durchsetzen: das Klagerecht von Konzernen gegenüber Regierungen vor einem Sondertribunal.

Solche Tribunale, besetzt mit drei Handelsrechtsexperten, gibt es bereits im nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. Konzerne können dort nicht nur gegen direkte Enteignung klagen, sondern auch gegen indirekte Enteignung (Beispiel Pharmapatente) und gegen die Verringerung der Profiterwartung. Entscheidungen werden nicht mehr in Güterabwägung von ordentlichen Gerichten gefällt, sondern von wirtschaftlich involvierten Fachleuten. Inzwischen sind hochspezialisierte Anwaltskanzleien entstanden, die Regierungen in einem Multi-Milliarden-Dollar-Business wieder und wieder erpressen, neue Umweltschutz- oder Arbeitnehmerschutzgesetze zurückzunehmen. Uruguay und Australien werden zum Beispiel derzeit von Phillip Morris (Marlboro) verklagt, weil sie Zigarettenschachteln ohne Werbung und mit Gesundheitswarnung gesetzlich einführen wollen. Oder Ekuador von Chevron, ein Unternehmen, das sich nicht scheut auf dem Brüsseler Flughafen mit „we protect our land and water“ seine Millionenklage gegen den lateinamerikanischen Staat zu vermarkten. Die EU-Kommission hat in das fast ausgehandelte Handelsabkommen mit Kanada, welches als Testballon für das Abkommen mit den USA gilt, bereits einen solchen Klagemechanismus hineingeschrieben. Im Entwurf für das USA-Abkommen geht es sogar noch weiter.



Darin soll ein Beamtenausschuss geschaffen werden, der neue Gesetzgebungen überprüfen soll, ob dadurch nicht neue Handelsbarrieren geschaffen oder Profitinteressen von Investoren verletzt würden.

Abkommen verhindern – LINKE im Europaparlament stärken

All diese Pläne stellen eine massive Gefährdung unserer Demokratie und unserer zivilisatorischen Errungenschaften dar. Wir müssen auf die sofortige Offenlegung aller Verhandlungspapiere drängen und uns auf allen politischen Ebenen massiv gegen die geplante Entrechtung wehren. Mit dem TTIP könnten Fakten und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die wir später selbst durch Wahlen nicht mehr verändern. Denn völkerrechtlich steht ein solches Abkommen über europäischem und nationalem Recht. Am Ende der Verhandlungen entscheidet das Europäische Parlament über die Ratifizierung des Abkommens. Jenes Parlament, dessen 96 deutsche Mitglieder Sie am 25. Mai wählen können. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD legt bereits fest, dass sich beide Parteien für ein Zustandekommen des Abkommens einsetzen werden. Stärken Sie DIE LINKE im Europäischen Parlament, um die Ratifizierung zu verhindern!

Vermögensabgabe statt Griechenland-Paket

Von Sahra Wagenknecht, Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion; aus: www.linksfraktion.de, 5. Februar 2014

Laut SPIEGEL plant Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ein drittes „Rettungspaket“ für Griechenland. Es geht um weitere 20 Milliarden Euro durch neue Kredite bzw. einen Schuldenschnitt. Gerettet werden jedoch nicht griechische Krankenschwestern, Lehrer oder Rentner. In den griechischen Krankenhäusern fehlt es an lebenswichtigen Medikamenten, schwangere Frauen werden abgewiesen und Kinder hungern. Eine Schande mitten in Europa. Gerettet werden vielmehr die Euros der Banken und der Oligarchie, bei denen Griechenland verschuldet ist.

Um das zu erkennen, braucht es keine höhere Mathematik. Die bisherigen 240 Milliarden Euro aus zwei Rettungspaketen übertreffen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands um etwa das 1,3-fache. Die Schuldenquote Athens (Staatsschulden in Prozent des BIP) explodierte seit Beginn der „Euro-Rettung“ jedoch von etwa 130 Prozent auf etwa 180 Prozent. Die Wirtschaftsleistung Griechenlands brach durch die drastischen Kürzungsdiktate um etwa 28 Prozent ein. Die Arbeitslosigkeit stieg von etwa neun Prozent in 2009 auf nunmehr über 27 Prozent, unter jungen Menschen ist jeder Zweite ohne Job.

Rettung von Banken und Vermögenden

Die bisherigen Griechenland-Hilfen flossen nahezu vollständig an den Finanzsektor. Nach Stand Herbst 2013 landeten unter Berücksichtigung von Zinszahlungen etwa 94 Prozent der Gelder bei Banken und privaten Gläubigern. Unter den wichtigsten Gläubigern befanden sich unter anderem deutsche, französische und Schweizer Banken. Im April 2010

waren noch etwa 90 Prozent der griechischen Staatsschulden in privater Hand, im Herbst 2013 waren es nur noch 15 Prozent. Deutsche Geschäftsbanken, Versicherer und Investmentfonds haben ihre Forderungen gegenüber Athen weitgehend bereinigt. Sie liegen nun bei den Rettungsschirmen der Euro-Staaten bzw. der Europäischen Zentralbank (EZB). Ein Schuldenschnitt – wie ihn DIE LINKE aus gutem Grund frühzeitig gefordert hat – wird daher nun überwiegend die Steuerzahler treffen. Denn die Alternative – die korrupte griechische Oberschicht über eine Vermögensabgabe in die Pflicht zu nehmen, statt die Steuerzahler in Deutschland und die kleinen Leute in Griechenland zu verhaften – ist für die Bundesregierung tabu. Bundeskanzlerin Merkel, Bundesfinanzminister Schäuble und Wirtschafts- und Energieminister Gabriel sind die Anwälte der Oligarchen.

Schäubles Schuldenschnitt trifft Steuerzahler

Für Deutschland lässt sich das Risiko von Schäubles Schuldenschnitt grob abschätzen, Forderungen des IWF sowie der EZB sind dabei nicht berücksichtigt: Das erste Griechenland-Paket umfasste Finanzhilfen über etwa 53 Milliarden Euro. Deutschlands Anteil an diesen bilateralen Krediten betrug rund 15 Milliarden Euro. Danach wurde im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ein zweites Griechenland-Paket über 145 Milliarden Euro geschnürt. Der deutsche Anteil an den bereits ausgezahlten 130 Milliarden Euro beträgt 29 Prozent. Deutschland haftet daher gegenwärtig für etwa 38 Milliarden Euro des zweiten Griechenland-Pakets. Der EFSF-Rettungsschirm leiht sich aber selbst Geld auf den Finanzmärkten. Günstige Zinsen gibt es jedoch nur mit einer Spitzennote der Ratingagenturen. Daher muss die Bürgschaft für den EFSF noch höher ausfallen, dies nennt man eine Übersicherung. Berücksichtigt man die Übersicherung, bürgt Deutschland für rund 62 Milliarden Euro der bisher ausgezahlten „Rettungsgelder“ des zweiten Griechenland-Pakets. Aus beiden Rettungspaketen ergeben sich daher Risiken über etwa 77 Milliarden Euro.

Ein Schuldenschnitt müsste etwa 30 Prozent betragen, um Griechenlands Staatsverschuldung – wie von der Troika angestrebt – auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückzuführen. Ein Schuldenschnitt könnte daher Verluste für die Steuerzahler in Deutschland von etwa 23 Milliarden Euro verursachen.

Nicht berücksichtigt sind dabei Forderungen der EZB aus dem Securities Market Programme (SMP) sowie des IWF. Der IWF hat vorrangigen Gläubigerstatus und der Status der EZB ist umstritten. Vorrangige Gläubiger erhalten ihr Geld bei einem Zahlungsausfall vor allen anderen Gläubigern. Es ist somit noch unklar, welche Auswirkungen ein Schuldenschnitt auf die Forderungen der EZB aus dem SMP-Programm bzw. auf den IWF hätte. Kauft die EZB zukünftig Banken Staatsanleihen im Rahmen des theoretisch unbegrenzten Outright Monetary Transaction Programme (OMT) ab, wird sie jedoch bei einem Zahlungsausfall haften und daher geringere Notenbankgewinne an die Staatshaushalte ausschütten.

Millionäre zur Kasse

Die Alternative der LINKEN heißt Vermögensabgabe für Millionäre. Allein das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft laut Credit Suisse mit etwa 17 Billionen Euro die Staatsverschuldung aller EU-Staaten, die 11 Billionen Euro



beträgt. Mit anderen Worten: Staatsschulden sind auch die Vermögen der reichen Leute. Und die Nichtregierungsorganisation Oxfam veröffentlichte jüngst einen schockierenden Bericht, wonach etwa 85 Menschen so viel besitzen wie 3,5 Milliarden Menschen – die halbe Weltbevölkerung.

Nach der LINKEN haben nun selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie kürzlich die Bundesbank eine Vermögensabgabe in die Diskussion gebracht. Die Bundesbank will Vermögen aber nur bei Staatsinsolvenzen antasten. Der IWF hingegen hält eine Vermögensabgabe für erforderlich, um Staatsbankrotte zu verhindern. Beide verstehen unter Vermögen aber auch die Ersparnisse von Kleinsparern. Viele Menschen sind daher um ihre Ersparnisse besorgt. In Deutschland wurde die Bevölkerung über Riester & Co. schließlich in die private Altersvorsorge genötigt. DIE LINKE will daher eine echte EU-weite Millionärsabgabe, statt Kleinsparer zu schröpfen. Die Freigrenze für Vermögen (abzüglich Schulden) soll eine Million Euro betragen. Eine solche EU-weite Abgabe würde die Kleinsparer verschonen und über eine Stichtagsregelung Steuerflucht einen Riegel vorschieben, weil Unionsbürger auch bei Verlagerung ihres Wohnsitzes unbeschränkt gegenüber ihrem Heimatstaat steuerpflichtig bleiben.

Nein zur Rettung der Euros von Banken und Vermögenden

Den Euro-Crash-Kurs der anderen Parteien macht DIE LINKE nicht mit. Daher lehnen wir auch ein drittes Rettungspaket für Banken und Oligarchen ab. DIE LINKE hat als einzige Partei im Deutschen Bundestag den giftigen Cocktail aus Bankenrettung und Sparbomben abgelehnt. Die privaten Gläubiger und Eigentümer der Banken sollen haften. Nur seriöse Unternehmenskredite, Pensionsansprüche und die Einlagen der Kleinsparer sind abzusichern. Wir wollen die Profiteure der Krise zur Kasse bitten und fordern eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre. Um das Geschäft mit der Staatsverschuldung zu beenden, muss die EZB in einem festgelegten Rahmen Investitionen durch direkte Kredite an Euro-Staaten ohne Umweg über die Banken unterstützen. Die Krisenstaaten brauchen Investitionsprogramme statt Rettungsmilliarden für kriminelle Banken und die korrupte Oberschicht.

Ein nationalliberales Lebensgefühl

Aus: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/archiv/2013/ausgabe_24_2013/

BRÜSSEL. Ein halbes Jahr vor den Europawahlen bemühen sich Parteien der äußersten Rechten auf dem gesamten Kontinent um den Aufbau internationaler Bündnisse. In der Bundesrepublik diskutiert die „Alternative für Deutschland“ (AfD) über eine Kooperation mit der britischen UKIP; das Ergebnis dürfte vom Ausgang eines Flügelstreits in der Partei abhängen, der gegenwärtig eskaliert. Einige der erfolgreichsten Parteien der äußersten Rechten haben Pläne zur Zusammenarbeit im Europaparlament bekundet, an vorderster Stelle die französische Front National (FN) und die niederländi-

sche Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders. Die Bündnispläne schließen Parteien auch in Österreich, Nordbelgien, Norditalien und Schweden ein. Ziel ist zunächst, sich im Europaparlament zusammenzuschließen; dort könne man womöglich zur viertstärksten Kraft werden und das politische Klima deutlich ändern, heißt es. Als potenzielle Kooperationspartner in Deutschland gelten, sollte sich in der AfD der Rechtsaußen-Flügel intern nicht durchsetzen können, die „pro“-Organisationen aus Nordrhein-Westfalen („pro Köln“, „pro NRW“); allerdings wird ihnen der Einzug in das Europaparlament nicht zugetraut.

Flügelkämpfe

Im Rahmen der Bündnisdebatten auf der äußersten Rechten, die mit Blick auf die Europawahlen im Mai nächsten Jahres auf dem gesamten Kontinent vorangetrieben werden, kommt in Deutschland zur Zeit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) die stärkste Bedeutung zu. Die AfD hat den Einzug in den Bundestag mit 4,7 Prozent der gültigen Stimmen relativ knapp verfehlt, kann jedoch als einzige Partei rechts von CDU und CSU mit dem Einzug ins Europaparlament rechnen. Zur Zeit toben in ihr heftige Flügelkämpfe. Ursprünglich entstanden aus wirtschaftsliberal-konservativen Segmenten des deutschen Establishments, die den Euro ablehnen, hat die AfD sich beim Parteaufbau in der Fläche und bei den Bundestagswahlen auch aus ultrarechten Milieus bedient, die im Laufe der Monate stärker wurden und nun die Chance wittern, zumindest einige Landesverbände auf ihren Kurs festzulegen. Der Flügelkampf ist bislang noch nicht entschieden. Er dreht sich unter anderem um die Frage, wie mit Übertritten aus der Kleinstpartei „Die Freiheit“ umzugehen ist, die dazu aufgerufen hat, die AfD zu unterstützen. „Die Freiheit“ gehörte zum europäischen Netzwerk von Geert Wilders.¹

Tories oder UKIP?

Der Flügelstreit in der AfD verbindet sich inzwischen mit der Frage möglicher Bündnisse auf europäischer Ebene. Parteichef Bernd Lucke und zahlreiche weitere Vertreter des wirtschaftsliberal-konservativen Flügels suchen die Partei auf einen überwiegend konservativen Kurs einzuschwören und plädieren für den Fall eines Einzugs ins Europaparlament für eine Kooperation mit den britischen Tories. Der ultrarechte Flügel hingegen spricht sich klar für eine Zusammenarbeit mit der britischen UKIP aus. Letzte Woche sind zwei einflussreiche Mitglieder der AfD-Landesverbände in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel mit UKIP-Chef Nigel Farage zusammengetroffen; dabei sei es „auch um die Frage einer künftigen Zusammenarbeit im EU-Parlament gegangen“, heißt es in Berichten. Es habe dazu ein „sehr persönliches Gespräch“ mit Farage gegeben.² In der UKIP gibt es durchaus Sympathien für Geert Wilders und seine Partij voor de Vrijheid (PVV)³, auch wenn Farage sich kürzlich noch dagegen ausgesprochen hat, sich in Wilders' europaweite Bündnispläne zu integrieren.

Formale Distanz

Wilders hat mit seinen Kooperationsbestrebungen selbst einen Kurswechsel vollzogen. Als er im Jahr 2006 die PVV gründete, handelte er strikt nach der Maxime, mit einer hart gegen den Islam gerichteten Agitation zwar rassistische Wählerschichten anzusprechen, aber offiziell stets klare Distanz zur extremen Rechten zu wahren – um koalitionsfähig



zu bleiben. Wilders hat die PVV so konstruiert, dass er formal das einzige Parteimitglied ist und damit totale Kontrolle über das Personal besitzt – sich also von allen trennen kann, die Kontakte in die extreme Rechte aufnehmen. International hat Wilders – trotz großer inhaltlicher Nähe etwa zum Vlaams Belang und der FPÖ – ebenfalls die Zusammenarbeit mit allen Parteien gemieden, die zur extremen Rechten gezählt werden oder mit ihr verbunden sind. Dadurch ist es ihm gelungen, 2010 die Duldung einer Minderheitsregierung zu übernehmen und auf diese Weise eine Zeitlang direkten Einfluss auf die niederländische Regierungspolitik zu erlangen. Seine Versuche, europaweit Parteienbündnisse ohne Beziehung zur extremen Rechten aufzubauen – Wilders unterstützte etwa die deutsche Kleinstpartei „Die Freiheit“ –, scheiterten jedoch.

Bündnispläne

Dieses Jahr hat Wilders nun mit seiner alten Maxime, zur extremen Rechten strikt auf Distanz zu bleiben, gebrochen. Im April traf er erstmals mit Marine Le Pen zusammen, der Vorsitzenden der extrem rechten französischen Front National (FN). Noch im selben Monat drangen Berichte an die Öffentlichkeit, Wilders plane ebenfalls ein Bündnis mit dem nordbelgischen Vlaams Belang. Am 20. August kam er in Wien mit dem FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache zusammen. Über das Treffen berichtete das deutsche Rechtsaußen-Blatt „Zuerst“ mit großem Interesse, Wilders habe geäußert, seine Partei habe „mit der FPÖ mehr gemeinsam (...) als mit dem Rest des niederländischen Parlaments“. Strache hingegen habe „seiner Freude Ausdruck“ verliehen, „Wilders kennenzulernen, und blicke einer weiteren Zusammenarbeit mit Spannung entgegen“.

Um die 20 Prozent

Nun haben Wilders (PVV) und Le Pen (FN) öffentlich ihren Willen zu einer künftigen Zusammenarbeit bekundet. In Wien fand ein weiteres Treffen statt, bei dem die FPÖ ihrerseits Möglichkeiten einer internationalen Kooperation sondiert. Insgesamt geht es um eine Zusammenarbeit der stärksten Parteien der äußersten Rechten in Europa. Der PVV, der FN und der FPÖ wird unter für sie günstigen Bedingungen ein Wahlergebnis von um die 20 Prozent zugetraut; der Vlaams Belang könnte dies in Nordbelgien – nur dort tritt er an – ebenfalls erreichen. Die Lega Nord erzielt im norditalienischen Durchschnitt zweistellige Ergebnisse, die Schwedendemokraten erreichen in Umfragen ebenfalls mehr als zehn Prozent. Zusammen könnte dies reichen, um die viertstärkste Kraft im Europaparlament zu werden – auch wenn eine deutsche Komponente möglicherweise noch fehlt: Die „pro“-Vereinigungen aus Nordrhein-Westfalen, die den genannten Parteien politisch nahestehen, sind allenfalls mit wenigen Abgeordneten in lokalen Parlamenten vertreten; der Einzug in das Europaparlament wird ihnen nicht zugetraut.

Wie die FPÖ

Auf lange Sicht käme hingegen, sollte sich ihr Rechtsaußen-Flügel durchsetzen, die AfD als Kooperationspartnerin für das europäische Parteienbündnis der äußersten Rechten in Betracht. Über ihre heutige Befindlichkeit hat ihr Bundesvorsitzungsmitglied Alexander Gauland kürzlich geäußert, es gebe in der Partei „ein altes, lange verschüttetes nationalliberales Lebensgefühl“. Als „nationalliberal“ stuft sich auch

die FPÖ ein, zu der auf dem rechten Flügel der AfD durchaus Kontakte bestehen.⁶

Anmerkungen

- 1 zur AfD siehe auch Brüche im Establishment, (1, 2 und 3)
- 2 AfD-Funktionäre loten Zusammenarbeit mit Nigel Farage; aus: www.jungefreiheit.de, 08.11.2013
- 3 UKIP at the crossroads; www.searchlightmagazine.com, 01.06.2012
- 4 Österreich: FPÖ-Chef Strache und PVV-Chef Wilders erörtern Kooperationsmöglichkeiten; www.zuerst.de, 23.08.2013
- 5 Alexander Gauland: Alternative für Deutschland – ein Lebensgefühl; www.welt.de, 20.10.2013
- 6 Siehe dazu Brüche im Establishment (III), www.german-foreign-policy.com

Schreckgespenst der Union fördert Rassismus

Von Jan Korte, Leiter des Arbeitskreises Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung und stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, und Dominic Heilig, Mitglied im Vorstand der Europäischen Linkspartei (EL) und Mitglied des Vorstandes der Partei DIE LINKE, 6. Januar 2014; aus: <http://dominic.linkeblogs.de>

Im Mai finden Europawahlen statt. Kein Wunder, dass CDU und CSU einmal mehr auf die antieuropäische Karte setzen und versuchen, am rechten Rand Stimmen einzusammeln. Jüngstes Opfer: EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien. Seit dem 1. Januar 2014 gilt auch für sie die europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit – das Recht der freien Wahl des Arbeitsortes innerhalb der Europäischen Union.

In den Augen der konservativen Regierungsmehrheit sind Rumänen und Bulgaren vor allem eines: EU-Bürger zweiter Klasse. Allzu gern werden Vorurteile bedient, die man bereits 2011 gegenüber Esten, Polen und Ungarn nutzte, als für sie die Arbeitnehmerfreizügigkeit galt. „Armutszuwanderung“ lautet die neue alte Parole, und es ist zu befürchten, dass sie ihre Wirkung nicht verfehlt. Für ihre Klausurtagung in Wildbad Kreuth haben die Christsozialen bereits einen passenden Forderungskatalog unter dem Motto „Wer betrügt, der fliegt“ parat. Der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok forderte zuletzt gar Fingerabdrücke zu nehmen, um so genannte Mehrfacheinreisen zu verhindern. „Zuwanderer, die nur wegen Hartz IV, Kindergeld und Krankenversicherung nach Deutschland kommen, müssen schnell zurück in ihre Heimatländer geschickt werden“, so Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlamentes.

Dies alles zeigt, dass CDU und CSU nie ihren Frieden mit dem Thema Zuwanderung gemacht haben. Weil sie für die sozialen Probleme, die sich durch Armutsrenten und Lohn-dumping auch in Deutschland vertieft haben, keine Lösungen anbieten wollten oder konnten, ziehen sie regelmäßig und je nach politischer Wetterlage die Rassismus-Karte. Sie versuchen zu überdecken, dass gerade ihre Politik die zunehmende Armut in Europa und in Deutschland zu verantworten hat. Koalitionspartner und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sorgt sich indes um das Ansehen Deutschlands und übersieht dabei das eigentliche Problem: „Armutsmigration“ als Schreckgespenst fördert Rassismus und verletzt Menschenrechte, die Verwertungsinteressen geopfert werden.



Keinen Gedanken haben die Koalitionäre in den letzten zwölf Jahren daran verschwendet, ein soziales Europa zu bauen und der europäischen Integration eine grundlegend andere Richtung zu geben. Sie ignorieren, dass soziale Sicherheit und einheitliche Mindeststandards für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger der entscheidende Schlüssel dafür sind, ob das europäische Projekt auf Dauer Erfolg haben wird. Im Gegenteil: Arbeitnehmerinnen und -nehmer werden mit Zustimmung der deutschen Regierung seit Jahren europaweit gegeneinander ausgespielt, Arbeitskräfte aus anderen EU-Staaten als Lohndrücker in Deutschland missbraucht. Die Abwärtsspirale bei den Arbeits-, Sozial- und Lohnstandards führt zum Anwachsen von Ressentiments, Niedriglöhnen, sozialer Unsicherheit durch Befristungen, Praktika und Leiharbeit, zu einer Entfremdung von Partnern, Familie und Freunden.

DIE LINKE im Bundestag und im Europäischen Parlament fordert seit Jahren soziale Schutzmechanismen gegen Armut trotz Arbeit, Leiharbeit, unseriöse Werkverträge, Arbeitslosigkeit und sinkende Sozialausgaben der EU-Staaten. Arbeitnehmerrechte und soziale Standards innerhalb der EU müssen harmonisiert und in einer sozialen Fortschrittsklausel verankert werden. Wir setzen uns für einen europaweiten gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnitts-Erwerbseinkommens ein. Wir fordern verbindliche Richtlinien bei Leiharbeit, Dienstleistung und Entsendungen. Wir wollen überall in Europa gute Arbeit und gute Löhne. Wir setzen uns schließlich für ein Verbot der Leiharbeit und den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Mann und Frau“ ein – also auch in Deutschland, ganz gleich welchen Pass jemand besitzt. Dort, wo DIE LINKE in Verantwortung war und ist, handeln wir. Um europäische, insbesondere osteuropäische Arbeitnehmerinnen und -nehmer vor Ausbeutung und sittenwidrigen Löhnen zu schützen, hatte der damalige Berliner LINKE-Senator Harald Wolf die Idee einer Beratungsstelle für ausländische Arbeitnehmer ins Spiel gebracht, welche vom DGB in Berlin umgesetzt wurde.

Wer dagegen wie die CSU acht Jahre lang alle europä- und arbeitsmarktpolitischen (Nicht)Entscheidungen der Bundesregierung mitgetragen hat und sich sozialer Schutzmechanismen wie einem flächendeckenden Mindestlohn und dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ verweigert, stattdessen Ressentiments schürt, hat jede Glaubwürdigkeit verloren.

Albaniens politische Kräfte und der EU-Integrationsprozess

Von Detion Gjocaj;

aus: *transform! Europe newsletter Nr. 1/2014*

Nach der Veröffentlichung des letzten EU-Fortschrittsberichts über Albanien ist eine intensive Diskussion über die Beitrittsaussichten des Landes ausgebrochen. Auch bei den politischen Parteien steht das Thema – unabhängig von ihrer Größe oder Ausrichtung – weit oben auf der politischen Agenda.

Zunächst gibt es die Sozialist/-innen der Allianz für ein europäisches Albanien, der von Edi Rama geführten Regierungskoalition aus 37 Parteien, die 2013 zustande kam, nachdem sie 57,63 Prozent der Stimmen auf sich vereinte hatte. Die Partei geht davon aus, dass Albanien im ersten Regierungsjahr EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen wird. Voraussetzung dafür ist eine Vielzahl von Reformen in den Bereichen Judikative, Polizeiapparat und Staatsverwaltung, die die fehlgeleitete Politik der Vorgängerregierung korrigieren sollen. Kroatien fungiert hier als Vorbild im Beitrittsprozess.

Annäherung an Kosovo

Neben dem europäischen Integrationsprozess will Rama die wirtschaftlichen Beziehungen nach Asien ausweiten und mit China und Indien Gespräche aufnehmen. Während die Reformen laut Regierung für einen gelungenen Integrationsprozess notwendig sind, könnte die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen eine Möglichkeit für eine Annäherung an die neu geschaffene Republik Kosovo sein. Die Regierung hat ein Statement veröffentlicht, in dem sie sich für eine Zusammenarbeit der beiden Länder im Integrationsprozess ausspricht, da nur so die Lebensstandards für die Menschen beider Staaten verbessert werden könnten.

Die Minderheitenfrage

Hinsichtlich der Minderheitenfrage beabsichtigt Ramas Regierung, sich an die Vorgaben der internationalen Konventionen zu halten. Dies allerdings scheint ein schwieriges Thema, das den gesamten Integrationsprozess verzögern könnte. Einer der bekanntesten Parlamentarier der Allianz, Alfred Peza, ein bekannter Journalist und Nachrichtendirektor des Fernsehsenders Vizion Plus, hat diesbezüglich letzten September klare Worte im Parlament gefunden: Der Integrationsprozess werde nicht vor 2020 abgeschlossen sein und mit Sicherheit erst dann, wenn die vollständige Integration von Frauen, nationalen und kulturellen Minderheiten sowie Homosexuellen ins Wirtschafts- und Sozialleben des Landes geglückt sei. Diese Pro-Minderheiten-Initiative wird auch von der Allianz-Partei Vereinigung für die Menschenrechte unterstützt.

Die Mitte-Rechts Opposition

Die albanische Mitte-Rechts Opposition heißt Allianz für Beschäftigung, Wohlstand und Integration und setzt sich aus 25 Parteien zusammen, die bei den letzten Wahlen gemeinsam 39,45 Prozent erreicht haben. Diese Allianz glaubt, dass große Schritte zur Integration bereits während Berishas Administration getan wurden, etwa der Beitritt zur NATO oder die Aufhebung des Visumzwangs für Reisen innerhalb Europas. Der Opposition zufolge trägt die sozialistische Allianz



Schuld an der Überprüfung des Integrationsprozesses, weil sie Parlamentssitzungen ferngeblieben war – dies war eine der Strategien von Edi Rama, der das Wahlergebnis von 2009 nicht anerkennen wollte und zu einer Wahlwiederholung aufgerufen hatte. Lulzim Basha, Sprecher der Opposition und Anführer der größten Allianz-Partei, der Demokratischen Partei Albaniens, betont, dass er – anders als Rama es zu Oppositionszeiten gemacht habe – alles für einen möglichst schnellen und reibungslosen Integrationsprozess tun werde. Zudem kritisiert er die amtierende Regierung massiv für die Erhöhung der Unternehmensteuer von 10 auf 15 Prozent, was ausländische Investoren vertrieben habe.

Die linke Opposition

Eine andere pro-europäische Kraft ist die Sozialistische Bewegung für Integration, die vom ehemaligen Premierminister Ilir Meta gegründet wurde. Sie spielt eine zentrale Rolle in der Parlamentspolitik, nachdem sie es zuerst mit der Mitte-Rechts Allianz und 2013 mit den Sozialisten in die Regierung geschafft hat. Als einziger deklariert linker Partei ist es ihr trotz aller Widrigkeiten – sie war in einen Finanzskandal verwickelt – gelungen, mit 10,46 Prozent drittstärkste Kraft zu werden. Als Koalitionspartner in den letzten beiden Regierungen sieht sich die Partei nun als Garantin für einen linearen und reibungslosen Integrationsprozess.

Abschließend noch kurz zu den außerparlamentarischen Linksparteien. Sie alle stehen hinter der proeuropäischen Haltung der Regierung, mit Ausnahme der Neuen Arbeiterpartei Albaniens. Die Nachfolgepartei der Albanischen Arbeiterpartei, die das Land von 1945 bis 1991 geführt hatte, hält als einzige an Enver Hoxhas politischem Erbe fest und bekämpft die EU und die NATO als institutionelle Vertreter ausländischer Interessen. Die Kleinpartei – sie erhielt 0,44 Prozent – spricht sich für eine andere Form der Zusammenarbeit mit der EU aus, Konkreteres dazu ist allerdings nicht bekannt.

Nicht nur die politischen Parteien, auch die Menschen in Albanien begrüßen den europäischen Integrationsprozess. Die Zustimmung der Öffentlichkeit bleibt trotz weltweiter wirtschaftlicher Turbulenzen ungebrochen und wird von einer Hoffnung auf Erholung genährt.

Aus der internationalen Linken

„Hamba kahle“ Nelson Mandela

Die Menschlichkeit bringt von Zeit zu Zeit bemerkenswerte Menschen hervor. Abschied von einem ganz Großen

Von Hans-Georg Schleicher;

aus: Neues Deutschland, 7. Dezember 2013

Südafrika und mit ihm Menschen in aller Welt trauern um Nelson Mandela. Viele denken dabei nicht zuerst an den Staatsmann oder Politiker, sondern an den außergewöhnlichen Menschen Nelson Mandela, unzweifelhaft eine der herausragenden Persönlichkeiten unserer Zeit.

Nelson Mandela – der Name steht für die Überwindung von Rassismus und Apartheid, aber auch für den Sieg der Versöhnung über Unterdrückung und Hass. Gäbe es eine Ehrenbürgerschaft dieser Welt, Mandela wäre einer der ersten Anwärter gewesen.

Eine Begegnung mit diesem außergewöhnlichen Menschen ist mir ganz besonders in Erinnerung geblieben. Es war in jenen entscheidenden Tagen, als mit den ersten freien und allgemeinen Wahlen in Südafrika 1994 die Apartheid zu Ende ging. Am Abend des 2. Mai 1994 feierte der Afrikanische Nationalkongress (ANC) im Carlton Center in Johannesburg. Obwohl das offizielle Wahlergebnis noch ausstand, machte sich Siegesstimmung breit. Schließlich trat Mandela auf die Bühne und verkündete, gerade habe ihm Staatspräsident Frederik Willem de Klerk zum Wahlsieg des ANC gratuliert. Unbeschreiblicher Jubel – der jahrzehntelange Befreiungskampf hatte triumphiert.

Was sich mir damals besonders einprägte, waren Mandelas Bescheidenheit und seine Wärme in dieser Stunde des größten Triumphes. Mandela und seine Befreiungsbewegung hatten einen Sieg von übernationaler Bedeutung errungen – und dort auf der Bühne stand nicht in erster Linie der erfolgreiche Politiker, sondern der Mensch Nelson Mandela. Er gedachte derer, die diesen Triumph nicht mehr miterlebt hatten, und verkündete seine Botschaft der Versöhnung, die in dem von Apartheid und Bürgerkrieg zerrissenen Südafrika so wichtig war.

Als Mandela am 18. Juli 1918 in den ländlichen Weiten der Transkei geboren wurde, gab ihm sein Vater, Berater des Königs der Thembu, den Namen Rolihlahla – singemäßig der „Unruhestifter“. Den Vornamen Nelson erhielt er später von seiner Lehrerin. Aufgewachsen in traditionellen ethnischen Hierarchien, konnte Mandela ein Studium an der einzigen höheren Bildungsstätte für Schwarze – dem College in Fort Hare – aufnehmen. Er wurde dort aber wegen politischer Aktivitäten entlassen und beendete seine juristische Ausbildung im Fernstudium.

Wer in Mandelas Memoiren seinem „langen Weg zur Freiheit“ folgt, stellt fest, wie stark seine menschlichen und politischen Charakteristika bereits durch die traditionelle Erziehung in früher Jugend geprägt wurden. 1944 war Nelson Mandela Gründungsmitglied der Jugendliga des ANC. Als 1948 in Südafrika die Nationalpartei an die Macht kam und



rassistische Diskriminierung in Form der Apartheid zur Staatspolitik erhob, antwortete der ANC mit Boykott, Streiks und zivilem Ungehorsam. Mandela, der als erster Schwarzer eine Anwaltspraxis in Südafrika betrieb, wurde 1952 wegen aktiven Widerstands gegen die Apartheid zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, gefolgt vom Bann, einem erweiterten Hausarrest. Das konnte Rolihlahla, den Unruhestifter, aber nicht beeindrucken. Er verstärkte seine politischen Aktivitäten und entwarf einen Plan für die Untergrundarbeit. Rasch stieg er von der Jugendliga in die nationale Führung des ANC auf.

Nach dem Verbot der Organisation 1960 bereits einmal verhaftet, ging Mandela 1961 in den Untergrund, baute die bewaffnete Widerstandsorganisation Umkhonto weSizwe (MK) auf und wurde deren erster Kommandeur. Nach Rückkehr von einer längeren Auslandsreise 1962, bei der er in Algerien auch eine Militärausbildung erhielt, wurde er erneut verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Als den Häschern des Regimes im Jahr darauf fast das gesamte MK-Oberkommando mit wichtigen Unterlagen für den bewaffneten Kampf in die Hände fiel, wurde ihnen erst bewusst, dass sie den Kopf dieser „hochverräterischen“ Organisation, Mandela, bereits hinter Gittern hatten.

Als Hauptangeklagter im weltweit beachteten Rivonia-Prozess nutzte Mandela die Anklagebank zu einem bewegenden Plädoyer für die Ideale des Befreiungskampfes. In dieser historischen Erklärung beschwor er die Demokratie und das Ideal einer freien, gerechten Gesellschaft, für das er notfalls auch zu sterben bereit sei. Das war nicht leichtfertig dahergesagt. Denn der Staatsanwalt forderte die Todesstrafe.

Auch dank internationaler Solidarität entgingen Mandela und seine Mitangeklagten dem Galgen – die Strafe lautete lebenslänglich. Mandelas Rede war für mehr als 27 Jahre seine letzte öffentliche Äußerung.

Auf der Gefängnisinsel Robben Island war Nelson Mandela der anerkannte Führer der politischen Häftlinge. Gegenüber Wärtern, die auch vor körperlichen Misshandlungen nicht zurückschreckten, erzwang er sich Respekt und demonstrierte unter teilweise entwürdigenden Haftbedingungen Stärke und menschliche Größe. Er trug dazu bei, dass Robben Island zum Symbol des Widerstands gegen das inhumane Apartheidsystem wurde. Auch Jahre später konnte ihn das Angebot einer Freilassung bei Aufgabe seiner Prinzipien nicht korrumpieren, ebenso misslang der Versuch, ihn gegen seine Organisation auszuspielen.

Der Befreiungskampf unter Führung des ANC, internationale Solidarität mit dem kämpfenden Südafrika, die Sanktionen gegen das Apartheidregime, das Scheitern der Apartheidpolitik selbst – all das führte die Wende herbei. Mandela war inzwischen der prominenteste politische Gefangene weltweit und Symbol des Kampfes gegen die Apartheid. Die Forderung nach seiner und der Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika war in aller Munde. 1990, nach Legalisierung des ANC und anderer Widerstandsorganisationen, öffneten sich die Gefängnistore, Mandela wurde zum Sprecher seines Volkes in den Verhandlungen über ein demokratisches Südafrika. Damals, nach dem Ende des Kalten Krieges, weckte er auch international Hoffnungen auf eine neue Ära im Zeichen gemeinsamer menschlicher Werte – eine Hoffnung, die sich allerdings nicht erfüllte.

1993 nahm Mandela gemeinsam mit Frederik Willem de Klerk den Friedensnobelpreis entgegen – er selbst im Namen

aller Südafrikaner, die gelitten und Opfer gebracht hatten, um dem Land Frieden zu bringen, wie er betonte. Die Welle internationaler Würdigungen und Auszeichnungen, die bereits lange vor seiner Freilassung begonnen hatte, riss bis an sein Lebensende nicht ab. Er erhielt Orden, war Ehrendoktor von mehr als 50 Universitäten, Straßen, Plätze und Schulen wurden nach ihm benannt, Denkmale errichtet. In der offiziellen Liste dieser Ehrungen finden sich bereits frühzeitig sowohl der „Stern der Völkerfreundschaft“ der DDR als auch die Ehrenpromotion der Karl-Marx-Universität Leipzig.

1994 trat Nelson Mandela als Staatspräsident an die Spitze des neuen Südafrikas. Er führte sein Land und dessen Menschen aus einer Bürgerkriegssituation heraus auf den Weg der Versöhnung. Er selbst wies übertriebene Bewertungen der eigenen Rolle zurück: „Ich war kein Messias, nur ein gewöhnlicher Mensch, der unter außergewöhnlichen Umständen zum Führer wurde.“ Mandela zeigte Größe, als er 1999 das Präsidentenamt nach nur einer Amtszeit aufgab, um einem Jüngeren Platz zu machen.

Von den Großen dieser Welt hofiert und international zur moralischen Autorität erhoben, ließ Nelson Mandela nie einen Zweifel daran, dass sein Engagement vor allem seinem Volk und der Entwicklung in Südafrika galt. Die zur Überwindung der Apartheid notwendige Aussöhnung wurde durch ihn geprägt. Hier brachte er Weisheit und Mut, Prinzipienfestigkeit und Großmut ein und erhob sich dabei über die zutiefst gesplattene Gesellschaft Südafrikas. Er sagte einst: „Wer Hass verspürt, kann nicht frei sein.“ In dieser historischen Versöhnungsleistung verband sich in beeindruckender Weise seine menschliche Größe mit politischer Weitsicht. Dieser „Mandela-Faktor“ ist für die jüngste Entwicklung Südafrikas ungeheuer wichtig gewesen. Das neue Südafrika hat auch international sehr von dem Sympathieträger Mandela profitiert. Dass 2010 die Fußballweltmeisterschaft erstmals am Kap und damit in Afrika stattfand, war auch ihm zu verdanken. Zu diesem Anlass hatte Mandela seinen letzten großen öffentlichen Auftritt in Johannesburg.

Der Mensch Nelson Mandela strahlte eine unerschütterliche Zuversicht aus. Madiba, wie er von Freunden und Kampfgefährten genannt wurde, war vor allem auch deshalb so glaubwürdig, weil für ihn Menschen zunächst einmal und vor allem immer Menschen waren. Und er vergaß deren Sorgen und Probleme nicht. Das traf für den Kampfgefährten ebenso zu wie für den politischen Gegner. Wer erlebt hat, wie ehemalige Widersacher aus dem Apartheidlager später mit Hochachtung und großer Wärme von „unserem Nelson“ sprachen, begriff, wie Mandela die Hypothek seiner 27 Gefängnisjahre zum durchschlagenden Argument politischer Überzeugung im „nation building“ gemacht hat. Die Konsequenz dieser Politik ist nicht immer von allen Apartheidopfern verstanden worden.

Andererseits war Mandela auch weiterhin nicht bereit, um des lieben Friedens willen seine Prinzipien preiszugeben, politischen Gegnern wie auch Freunden gegenüber. Da konnte er auch undiplomatisch sein. So stand er beim ersten Besuch von George W. Bush in Südafrika für eine Begegnung mit dem mächtigsten Mann der Welt nicht zur Verfügung, nachdem er zuvor bereits scharf dessen Irakkrieg verurteilt hatte. Es blieb einem Bush vorbehalten, Mandela und den ANC bis in sein letztes Amtsjahr hinein auf der Terrorliste der Vereinigten Staaten zu führen.

Als Persönlichkeit verband Mandela in seiner unnachahm-



lichen Ausstrahlung persönliche Bescheidenheit mit seiner Tradition entspringender Würde und Stolz. Er war dabei sehr menschlich und nicht frei von Schwächen und Fehlern. Beobachter sprachen von einem seiner Herkunft geschuldeten „Bonapartismus“, wenn er politische Überlegungen und Interessen überstimmte, um Dinge durchzusetzen, die er für richtig hielt. Den Kult, der um ihn entstanden ist, hat er jedoch nie missbraucht. Er verstand sich als Teil einer Gemeinschaft von Kampfgefährten und beugte sich kollektiven Entscheidungen der ANC-Führung, so auch der zur Person seines Nachfolgers.

Im persönlichen Bereich gab es für ihn schwere Schicksalsschläge – den Tod zweier Kinder, die schmerzhaft Trennung von seiner Frau Winnie, die den Kontakt zur politischen Realität verloren und mit ihrem exzentrischen Verhalten gemeinsame Werte und Prinzipien aufgegeben hatte. In Graca Machel fand er eine neue Partnerin mit Charme, Intellekt und eigenem politischen Profil. Sie sprach davon, dass Nelson in den Jahren ihrer Partnerschaft seine Ziele erreicht habe und im Frieden mit sich sei. Es war bedauerlich, dass in jüngster Zeit Auseinandersetzungen unter seinen Nachkommen, die auch den Patriarchen tangierten, diesen Frieden störten.

Auch im Ruhestand kam Mandela lange nicht zur Ruhe, trotz des demonstrativen Rückzugs aus dem politischen Alltag. Er hat sich nicht mehr in die zunehmenden Auseinandersetzungen im ANC hineinziehen lassen, hatte aber frühzeitig zu politischer Kultur gemahnt. Als „elder statesman“ gehörte er zeitweilig einer Art internationalem Ältestenrat an. Er engagierte sich zudem für soziale und humanitäre Aufgaben, wobei er seine Autorität und seinen oft nachdrücklichen Charme nutzte. Wer wollte Mandela eine Spende für einen guten Zweck verweigern? Andererseits haben Mandela und viele seiner Mitkämpfer aber auch nicht vergessen, wer in den schweren Jahren an der Seite des ANC und des südafrikanischen Volkes gestanden hat. Das galt auch für die Solidarität der DDR und vieler ihrer Menschen in den schweren Jahren des südafrikanischen Befreiungskampfes, die nicht vergessen ist, wie Mandela auch als Staatspräsident bei persönlichen Begegnungen ausdrücklich betonte.

In den letzten Jahren lebte Mandela auch aus gesundheitlichen Gründen zurückgezogen in seinem Haus in Houghton in Johannesburg oder in seinem Geburtsort Qunu in Eastern Cape.

Der Afrikakenner Basil Davidson wird Mandela wohl gerecht, wenn er schreibt: „Die Menschlichkeit bringt von Zeit zu Zeit bemerkenswerte Menschen hervor.“ Im Andenken an den bemerkenswerten Menschen Nelson Mandela verneigt sich heute die Welt, Millionen erinnern sich seiner mit großer Zuneigung. Mit ihm ist ein Politiker und Staatsmann, ein Humanist, ein Mensch gegangen, der bereits zu Lebzeiten zur Legende geworden war. Selten ist sich die internationale Gemeinschaft so einig wie in der Trauer um einen ihrer ganz Großen. Das traditionelle südafrikanische „Hamba kahle“ zum Abschied gilt einem Giganten des Befreiungskampfes und einem großen, warmherzigen Menschen.

Unvergessene Solidarität – DDR stand immer an der Seite des ANC und Nelson Mandelas

Von Christa Schaffmann;

aus: *Neues Deutschland*, 7. Dezember 2013

Als am Donnerstag, dem 5. Dezember 2013, spät abends die Nachricht vom Tod Mandelas kam, gingen Minuten später mehrere E-Mails und SMS bei mir ein. Die Absender aus mehreren Ländern und Kontinenten wussten, dass ich sie und viele andere, die wie ich für Mandelas Freilassung und für das Ende des Apartheidregimes geschrieben, gekämpft und gestritten hatten, in dieser Stunde gern an meiner Seite gehabt hätte. Inzwischen ist diese Zeit der Solidarität der DDR mit dem ANC überlagert durch viele Eindrücke aus dem neuen Südafrika. Manchmal scheint mir, sie ist hier in Deutschland stärker in Vergessenheit geraten als in Südafrika selbst, wo mich ältere ANC-Funktionäre noch immer in den Arm nehmen, wenn sie erfahren, woher ich stamme, und mir versichern, wie dankbar sie immer bleiben werden für die Hilfe während mehrerer Jahrzehnte.

In der DDR war die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen Verfassungsgrundsatz. Sie galten als natürliche Verbündete im Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus. Gleichzeitig verfolgte die DDR damit das Interesse nach internationaler Anerkennung. Letztere war vom Apartheidregime nicht zu erwarten, dennoch genoss die Solidarität mit Südafrika besondere Aufmerksamkeit, war dies doch das Land mit den besten Aussichten für eine fortschrittliche Entwicklung durch seine Wirtschaft, sein Industrieproletariat, seine Organisationen – vom ANC über die Kommunistische Partei bis zu den Gewerkschaften.

Schon aus ökonomischen Gründen konzentrierte sich die Unterstützung des ANC und anderer fortschrittlicher Kräfte in Südafrika durch die DDR zunächst auf die politische Hilfe – angefangen von der Entlarvung der Bundesrepublik als Verbündetem des Apartheidregimes auf dem internationalen diplomatischen Parkett. Sie erstreckte sich darüber hinaus auf die Herstellung direkter Parteibeziehungen und die Einrichtung einer ANC-Vertretung in Berlin mit quasi-diplomatischem Status sowie die Ausbildung von ANC-Kadern, die Unterstützung der ANC-Flüchtlingslager und den Druck von Zeitschriften und Papieren für die Arbeit im Untergrund. Lehrer, Berater und Techniker aus der DDR unterstützten die Ausbildung südafrikanischer Regimegegner zum Beispiel in Tansania. Verwundete ANC-Mitglieder erhielten im Klinikum Berlin-Buch eine medizinische Behandlung.

Mandela war dabei vor allem eine bis 1990, also bis zum Ende der DDR, inhaftierte Identifikationsfigur, mit der sich der größte Teil der DDR-Bevölkerung vom Kindergartenkind bis zum Rentner identifizieren konnte. Mandelas Bewunderung für das westliche parlamentarische Demokratiemodell wurde so wenig thematisiert wie andere Aussagen von ihm zu Menschen- und Bürgerrechten.

In den 70er Jahren wurden auch die militärische Unterstützung und die Kooperation auf dem Sicherheitsgebiet intensiviert. Etwa 1000 Rekruten vom militärischen Arm des ANC und Kämpfer für den Einsatz im Untergrund wurden über Angola in die DDR geflogen und in einem Camp in Mecklenburg ausgebildet. Für viele Beteiligte auf beiden



Seiten hatten die zivile und die militärische Unterstützung neben den politischen auch sehr emotionale Aspekte. DDR-Antifaschisten auf der einen und in die Emigration gezwungene ANC-Kämpfer fühlten eine starke, lang anhaltende Verbundenheit, die selbst bei den heute noch Lebenden weiter besteht.

Die Tränen der Krokodile

Über Geschichtsvergessenheit und den Umgang der BRD mit der Apartheid

Von Jürgen Reents;

aus: *Neues Deutschland*, 7. Dezember 2013

Die Bundeskanzlerin hat Nelson Mandela als „Vater einer endlich freien Nation“ und „Gigant der Geschichte“ gewürdigt. In ihren Worten liegt ehrliches Mittrauern über seinen Tod. Angela Merkel wuchs in einem Land auf, in dem die Ächtung des früheren Apartheid-Regimes, die Solidarität mit seinen Opfern und Gegnern keine leere Formel war. Nun aber regiert sie einen Staat und eine Partei, in denen bis fast 1990 anderes galt. Diese Geschichte mit zu schultern, ist keine persönliche Pflicht – und wäre doch ein Gebot ihrer jetzigen Ämter. Die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende hat es unterlassen.

Konzerne und Politiker der Bundesrepublik waren eifrige Förderer und Partner des bis 1994 amtierenden Apartheid-Regimes: Westdeutschland bezog Uran aus Südafrika, lieferte im Gegenzug Technologien für Pretorias Basteln an einer Atombombe. Die Bundeswehr bildete südafrikanische Offiziere aus, verschaffte ihnen sogar Zugang zu geheimen NATO-Unterlagen. Daimler-Benz half den Rassisten beim Bau von Panzermotoren; bei anderen Militärprojekten kooperierten und verdienten AEG-Telefunken, Blohm & Voss, Klöckner, Krupp, Rheinmetall, Siemens, STEAG, Thyssen ...

1983 antwortete die Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen: Eine „verwertbare Statistik“ zu Waffenexporten an Südafrika sei „nicht verfügbar“. Das Blut von Steve Biko, der aufständischen Schüler in Soweto und zahlloser anderer Opfer der Apartheid klebte dick in bundesdeutschen Bilanzen. Manches geschah auch gegen geltende Richtlinien. Dazu sagte der ANC-Vertreter Pallo Jordan einst treffend: „Das Kind mag unehelich sein, aber die Vaterschaft ist unbestritten.“ Zu dieser gehörte eine Reisenotiz von zwei CDU-Abgeordneten 1971: „Auf Jahrzehnte, wohl Generationen, gibt es zur derzeitigen Politik der Apartheid ... kaum eine Alternative, es sei denn das Chaos.“ Ihr Geschäftsführer empfahl den Report seiner Fraktion zur Aufmerksamkeit.

Die „Welt“ schrieb jetzt in ihrer Online-Ausgabe, Mandela habe sein Land „zusammengeführt wie es niemand vor oder nach ihm vermochte“. Das textete man bei Springer früher anders. Als Heiner Geißler, einer von wenigen, argwöhnisch beäugten Apartheid-Gegnern in der CDU, Mandelas „bedingungslose Freilassung“ forderte, las man in jener Zeitung: „Das Wort ‚bedingungslos‘ geht genau einen Schritt zu weit.“ Wir schrieben bereits das Jahr 1988, Mandela war fast 70 und saß inzwischen 26 Jahre im Gefängnis. Die deutschen Konservativen sahen ihn immer noch zu Recht inhaftiert, weil er – 1960 nach dem Massaker von Sharpeville – den bewaffneten Kampf gegen die Rassisten bejaht hatte.

Was hat die Präsidentschaft von François Hollande dem französischen Volk und Europa bisher gebracht?

Vortrag von Manfred Haustein vor dem Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. am 13. November 2013 in Berlin; aus: <http://www.vip-ev.de/texte.htm>, Text 827

Nachdem fast ein Drittel der Regierungszeit des französischen Präsidenten François Hollande vorüber ist, sollte durchaus hinterfragt werden, was die Regierungstätigkeit der französischen Sozialisten bislang gebracht hat.

Ich werde versuchen, etwas neutraler an das Problem heranzugehen, als das deutsche führende Medien und Politiker in der letzten Zeit gewöhnlich getan haben. Als aktuelles Beispiel sei hier das Politmagazin Fokus vom 21. Oktober dieses Jahres angeführt, das titelte „Der Mann, der Frankreich ruiniert“. Eine Woche darauf hieß es in der FAZ: „Hollande spielt mit dem Feuer“. Man könnte noch einige weitere ähnlich ausgerichtete Kommentare auch aus Richtung Brüssel anfügen, z. B. die Rede Van Rompuys in Berlin am 9. November 2013.

Der Tenor ist immer der gleiche: die angeblich mangelnde „Reformwilligkeit“ der französischen Regierung insbesondere auf den Gebieten Arbeitsmarkt, Löhne, Renten und Einsparungen im öffentlichen Dienst. Präsident Hollande und seine Regierung seien „ohne Kraft, ohne Kompass und ohne Konzept“. EU-Kommissar Olli Rehn ermahnte Frankreich vor kurzem (*Berliner Zeitung* vom 8. November 2013), das Land „hinke mit seinen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Renten hinterher“. Denn ohne diese Reformen könne Frankreich die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht lösen.

All diesen Appellen aus Berlin und Brüssel hatte Wirtschafts- und Finanzminister Moscovici schon einmal eine Absage erteilt. Er erklärte: „Wir sind keine deutschen Konservativen, und Reformen in Frankreich sind nicht exakt die gleichen wie in Deutschland. Es gibt ein französisches Modell, das wir zu erhalten beabsichtigen. Was gut für Deutschland ist, muss nicht auch gut für Frankreich sein.“ (*Libération*, 12. November 2012). In einem Interview von Moscovici mit dem Fernsehsender Euro-News am 16. November 2013 zur aktuellen Politik der französischen Regierung wurde trotz zunehmender Schwierigkeit die oben aufgeführte Linie erneut bekräftigt.

Gestatten Sie mir, im Schnelldurchlauf auf die von Präsident François Hollande seit seinem Amtsantritt durchgeführten bzw. eingeleiteten politischen Schritte einzugehen, die durchaus in einigen Aspekten Reformcharakter haben. Sie waren Teil seiner Wahlversprechen:

- Bildung einer Regierung, die aus der gleichen Zahl von Männern und Frauen zusammengesetzt ist. Erstmals wurden auch zwei Politiker der Grünen berufen. Einige Minister haben Migrationshintergrund.
- Kürzung der Bezüge des Präsidenten und der Minister um 30 Prozent.
- Offenlegung der Einkommensverhältnisse der Regierungsmitglieder. Die Transparenzforderung wurde eingelöst. Man brachte auch den Fall Cahuzac, seinerzeit Budgetminister, ans Licht, der über 1 Millionen Euro an der



Steuer vorbei im Ausland deponiert hatte. Er wurde politisch abgestraft.

- Das Renteneintrittsalter wurde für Teilsektoren wieder auf 60 Jahre gesenkt. Das betraf zwar nur eine Minderheit von Arbeitnehmern, war aber symbolträchtig. Allerdings wurden die Beitragsjahre minimal erhöht.
- Abschaffung der von Nicolas Sarkozy eingeführten Steuerbefreiung für geleistete Überstunden, weil dies beschäftigungspolitisch negative Auswirkungen hatte und das Budget über Gebühr belastete.
- Aussetzung der von Nicolas Sarkozy eingeführten Mehrwertsteuererhöhung per 1.10.2012. Dagegen Ankündigung der Senkung der Mehrwertsteuer zum 1.1.2014 um 0,5 Prozent für Waren des täglichen Bedarfs.
- Besteuerung der Einkommen über 1 Million Francs jährlich mit 75 Prozent (so genannte Reichensteuer). Sie wurde im Finanzgesetz 2014 beschlossen, rückwirkend für 2013 und zunächst auf zwei Jahre beschränkt. (Keine „Massenflucht“ der Superreichen, aber Proteste der Profifußballer der 1. Französischen Liga inklusive der Klubs. Sie beürchten Nachteile gegenüber anderen europäischen Ligen)
- Anhebung des Mindeststundenlohnes auf 9,43 Euro per 1.1.2013 bei nach wie vor 35-Stunden-Woche.
- Erhöhung der Zuschüsse für minderbemittelte Schüler zum Schuljahresbeginn. Lehrlingsgeld von 2 000 Euro bei Erstinstellung von Berufsanfängern im Rahmen des so genannten Generationenvertrages.
- Wiedereinführung der Steuer auf Erbschaften und Schenkungen.
- Einführung der so genannten Finanztransaktionssteuer schon ab 1.8.2012 im nationalen Alleingang (Steuersatz 0,2 Prozent des Umsatzes, 1,6 Milliarden Einnahmen).
- Gesetz über die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare, das Recht auf Heirat und Kinderadoption. Dieses löste allerdings Protestdemonstrationen von Hunderttausenden Franzosen aus.

Andere Vorhaben/Versprechen haben sich aus verschiedenen Gründen verzögert:

- Die Neueinstellung von 60 000 Lehrern, wird über fünf Jahre verteilt.
- Die Regularisierung von illegal in Frankreich lebenden Migranten.
- Das Wahlrecht für Migranten bei Kommunalwahlen war bisher parlamentarisch nicht durchsetzbar. In diesen Fragen bremst offensichtlich auch Innenminister Manuel Valls.
- Das Gesetz gegen Ämterhäufung bei Abgeordneten soll 2014 verabschiedet werden.

Nicht eingelöst wurde bis dato das Versprechen, das Haushaltsdefizit bis Ende 2013 auf 3 Prozent des BIP zurückzuführen und die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken.

M. E. kann man nüchtern feststellen, dass Präsident Hollande in den letzten zwölf Monaten einige nicht unwichtige Wahlversprechen eingelöst hat.

Für die Stimmung bei den Linkskräften insgesamt waren auch die klaren Bekräftigungen einiger republikanisch, demokratischer Positionen durch den Präsidenten von Bedeutung:

- Laizität des Staates, strikte Trennung von Staat und Religion, Verabschiedung einer „Charta der Laizität“ u. a. als Richtschnur für die Bildungspolitik.

→ Rolle der Résistance und deren Erben.

→ Bekenntnis des französischen Staates zu seiner Mitschuld an der Verfolgung der französischen Juden.

→ Verurteilung des brutalen Vorgehens der französischen Polizei gegen demonstrierende Algerier 1954.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass das von Nicolas Sarkozy eingeleitete neoliberale „Reformwerk“ gestoppt wurde. Nach diesen ersten Maßnahmen der sozialistischen Regierung hatte sich die allgemeine Stimmung im Lande sichtlich aufgehellt, obwohl auf wirtschaftlichem Gebiet noch keine grundlegende Verbesserung eingetreten war.

Zur wirtschaftlichen Situation in Frankreich nur einige knappe Bemerkungen: Frankreich hat die schwerste ökonomische und soziale Krise seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch nicht überwinden können.

Das von François Hollande während des Wahlkampfes gegebene Versprechen, bis Ende 2013 die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Neuverschuldung auf etwa 3 Prozent des BIP zu senken, wurde nicht erreicht. Per 24. Oktober 2013 zählte Frankreich 3 557 600 Arbeitslose (darunter 23,9% Jugendliche), das sind 10,5 Prozent der aktiven Bevölkerung. Im 2. Quartal dieses Jahres verzeichnete das Land erstmals wieder ein leichtes Wachstum von 0,6 Prozent und einen Rückgang der Arbeitslosenzahl um 50 000. Im September 2013 stieg sie aufgrund konjunkturbedingter Betriebsschließungen erneut um 60 000 an, das heißt innerhalb von zwei Monaten 10 000 Arbeitslose mehr (*Le Monde économique* 26.10.2013). Wie die französische Statistikbehörde mitteilte, sei die französische Wirtschaft von Juli bis September 2013 um 0,1 Prozent geschrumpft.

Die Regierung hofft mittelfristig, die Tendenz umkehren zu können. Aber im Augenblick bemühen sich Präsident und Minister, den weiteren Niedergang zu stoppen. 700 000 industrielle Arbeitsplätze, die in den letzten zehn Jahren verloren gingen, sind offensichtlich nicht in kurzer Zeit zu ersetzen. Die Schließung und Verlagerung von Betrieben ins Ausland werden als Folgen der Globalisierung und des Nichtstuns der Vorgängerregierung dargestellt.

Auf der ersten Pressekonferenz seiner Präsidentschaft im November 2012 erklärte François Hollande, dass „Politik keine Addition von Reformen, keine Buchhaltung von Versprechungen“ sei, sondern Politik müsse eine „kohärente Antwort auf die Erwartungen des Volkes“ geben. Und die Erwartung des Volkes ist die Erhaltung der französischen Sozialstaatsysteme.

Veränderungen werden vorgenommen, aber nur in kleinen Dosen und ohne schmerzhaftes Einschnitte. Der Premierminister und andere Regierungsmitglieder bekräftigen immer wieder, dass das französische Sozialstaatsmodell als „unantastbar gilt“.

Arbeitsmarktreflexionen wie die Agenda 2010, die Schaffung eines Niedriglohnssektors oder die Ausweitung der Leiharbeit sind vorerst nicht geplant. Allerdings wurden in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Ayrault am 3. Juli 2012 die wirtschaftlichen Aufgaben zur Lösung der Krise nüchtern dargelegt:

1. Senkung der Lohnkosten als notwendiger Faktor zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie.
2. Senkung der Staatsausgaben, Verminderung der laufenden Ausgaben um 10 Milliarden Euro. Die Staatsquote liegt in Frankreich bei 3,8, in Deutschland bei 3,2. Keine



konkreten Angaben, wie das geschehen soll. Ca.5 Millionen Angehörige des öffentlichen Dienstes wären in irgendeiner Form betroffen.

3. Die Lösung dieser Probleme soll im Dialog mit den Betroffenen – Arbeitern/Angestellten, Gewerkschaften und Arbeitnehmerverband gesucht werden.

Das „neue Sozialmodell“ soll den freiwilligen Lohnverzicht bei Arbeitsplatzgarantie und freiwillige Kurzarbeit entsprechend der Auftragslage beinhalten. Dafür sollen Vertreter der Arbeitnehmerschaft in die Unternehmensführungen delegiert werden. Dieser sozialreformerische Ansatz ist nicht von allen Gewerkschaftsverbänden begrüßt worden. Die stärkste Gewerkschaft CGT lehnte die Einbindung der Arbeitnehmervertretungen in die Konzernleitungen ab. Kleinere Branchengewerkschaften zeigten Interesse. Anfang September hat die französische Regierung deshalb ein langfristiges Wirtschaftsentwicklungsprogramm vorgelegt, das bis 2025 Vollbeschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wiederherstellen soll.

François Hollande bezeichnete dieses Programm, das aus 34 Aktionsplänen besteht, als „dritte industrielle Revolution“ in Frankreich.

Es erstreckt sich auf die Bereiche:

- automatische Pkw-Steuerung,
- „intelligente“ Textilien,
- elektrische Flugzeuge,
- neue Generation von TGV,
- cloud computing (französisches Google)

Mit diesem Programm sollen in den nächsten zehn Jahren 475 000 Arbeitsplätze geschaffen und ein Mehrwert von 45,5 Milliarden Euro, und Exporte in Höhe von 17,9 Milliarden Euro erzielt werden. Investitionen von ca. 5 Milliarden Euro jährlich werden anteilmäßig vom Staat und von den Unternehmen bereitgestellt.

Der französische Präsident rief das französische Unternehmertum zu „patriotischem Handeln“ entsprechend den staatlichen Vorgaben auf. *Le Monde* bezeichnete das Vorgehen der Regierung als „Colbertismus“ in Reinkultur. Denn die Regierung übernimmt in der industriellen Entwicklungspolitik die Federführung und verlässt sich nicht auf die „regulierenden Kräfte des Marktes“.

Angesichts der fortwährenden Schwierigkeiten und des Druckes von außen ist die Frage berechtigt: Wird es eine „Schröderisierung“ der französischen Politik unter François Hollande geben? Wird sich Frankreich dem Druck beugen? Diese Frage muss vorerst offen bleiben.

In der Tat haben der Präsident und die Regierung bisher jegliche direkte Konfrontation mit der Arbeiterschaft, den Angestellten und einer kritischen studentischen Jugend vermieden. Die organisierte Arbeiterschaft ist in Wartestellung. Es heißt, die Gewerkschaften „scharren nur mit den Füßen“.

Wenn man die Aktivitäten der Gewerkschaften in den letzten 12 Monaten betrachtet, entsteht allerdings auch der Eindruck dass sie die Bemühungen der Linksregierung anerkennen, die Entlassungswelle zu stoppen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, ohne die sozialen Errungenschaften anzutasten. Dem diene die Verabschiedung eines Gesetzes in der Nationalversammlung, wonach Betriebe mit mehr als Tausend Angestellten, die zwar rentabel arbeiten, aber trotzdem ins Ausland verlagert werden sollen, drei Monate lang einen Käufer suchen müssen. Damit soll die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland erschwert werden. Bei Zuwider-

handlung droht eine hohe Bußgeldstrafe für den Betriebseigentümer. Den Ausweg aus der krisenhaften Lage sieht die Regierung vor allem in der Erhöhung der Steuern insbesondere für Besserverdienende.

Die innenpolitische Lage in Frankreich ist angespannt und wird sich wahrscheinlich im Hinblick auf die im März 2014 stattfindenden Kommunalwahlen noch verschärfen. Besonders das gesellschaftliche Klima radikalisiert sich. Im Wahlkampf hatte François Hollande versprochen, die französische Gesellschaft zu befrieden. Auch auf diesem Gebiet ist einiges offen geblieben.

Ausländerfeindlichkeit und offener Rassismus nehmen zu. Im Jahre 2012 sind die rassistischen Aktivitäten um 23 Prozent (1 530 Vergehen), die offen anti-muslimischen Angriffe sogar um 30 Prozent angestiegen (Angaben der französischen Menschenrechtskommission). Und dies sind nur die angezeigten Vorgänge. Die Dunkelziffer soll höher sein. Das jüngste prominente Beispiel ist die rassistische Beleidigung der Justizministerin Christiane Taubira, Abgeordnete aus dem Überseedepartement Guyana, als „Affenweibchen“ auf einer öffentlichen Kundgebung der Front National. Marine Le Pen musste sich für diese rassistische Entgleisung im Namen ihrer Partei entschuldigen. Diese offen rassistische und ausländerfeindliche Partei, spielt im innenpolitischen Leben eine zunehmende Rolle. Das kommt nicht nur in den Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Ipsos zum Ausdruck, welches der FN zu den Europawahlen 2014 24 Prozent Zustimmung voraussagte. Auch zu den Kommunalwahlen im März 2014 könnte die FN zulegen, wie eine Stichwahl im südfranzösischen Kanton Brignoles zeigt. Der FN-Kandidat erhielt 53,9 Prozent der Stimmen gegen den Einheitskandidaten der Linken (PS und Front de Gauche) und der ehemaligen Regierungspartei UMP.

Einige offene Fragen in der Ausländerproblematik spielen der FN in die Hände. Das ist einmal die Roma-Problematik, die zum Wahlkampfthema hochgepuscht wird, und zum anderen die angeblich zunehmende Islamisierung des öffentlichen Raumes. Nach Meinung rechter Kreise sei die Abschiebung der Roma und die Räumung der Lager die einzige Lösung im Kampf gegen illegalen Aufenthalt und Kriminalität. Angeblich fordern 77 Prozent der Franzosen ein solches Vorgehen. Damit wird Druck gegen die Regierung aufgebaut.

Die ehemalige Regierungspartei UMP und die Front National nutzen die Unzufriedenheit bestimmter Schichten aus und heizen die Proteste gegen Präsident Hollande an.

Die Haltung François Hollandes in der ökologischen Frage

Auf der Umweltkonferenz der Regierung am 14. September 2012 hatte François Hollande während seiner Eröffnungsrede einige Eckpunkte der Regierungspolitik dargelegt:

1. Keine Ausbeutung der Lagerstätten von Schiefergas bzw. Schieferöl auf der Grundlage der „Fracking“-Methode. Seitens des Unternehmerverbandes Medef und des Industrieministers A. Montebourg gab es Bedauern über die Entscheidung.
2. Schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie, beginnend mit den ältesten AKW's Fessenheim und Cattenon im Jahre 2016 und Reduzierung des Anteils der Atomenergie an der französischen Energieerzeugung von 75 Prozent auf 50 Prozent bis zum Jahr 2025. Förderung der Entwicklung erneuerbarer Energien.



3. Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 40 Prozent bis 2030.
4. Verbesserung der Isolierung von Gebäuden in einem Rhythmus von 1 Million erneuerter Wohnungen pro Jahr.
5. Darüber hinaus strebt der Präsident die Einführung einer Ökosteuer an.

Die französischen Grünen begrüßten diese Maßnahmen und betonten zugleich, die Regierung müsse weitere Schritte unternehmen.

Zur Außen- und Europapolitik

Auf außenpolitischem Gebiet wahrte François Hollande eine gewisse Kontinuität zur Politik seines Vorgängers. Zumal er sofort nach seiner Wahl erklärte, dass er die Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der NATO nicht rückgängig zu machen gedenkt. Er beauftragte allerdings den ehemaligen Außenminister unter François Mitterrand, Hubert Vedrin, eine Studie über das zukünftige Verhältnis Frankreichs zur NATO anzufertigen.

Die Hauptaktivitäten der Regierung konzentrierten sich ab Sommer 2012 auf das Krisenmanagement zur Sicherung des Euros, den Abschluss des ESM-Vertrages (Euro-Rettungsschirm) sowie des „Fiskalpaktes“. Dabei gab es seitens Hollandes durchaus Ansätze der Kritik am Vorgehen der EU. Beim Euro-Rettungsprozess trat François Hollande mit der Forderung nach Einführung von Eurobonds und schärferer Kontrolle des Finanzsektors auf, was zu Auseinandersetzungen mit Bundeskanzlerin Merkel führte.

Der so genannte Fiskalpakt, in Frankreich durchgängig als „Merkozy-Pakt“ bezeichnet, wird von breiten Kreisen der Linken (auch Sozialisten) und Grünen als ein „Zwangsmittel“ zur Durchsetzung einer als „alternativlos“ deklarierten Austeritätspolitik bewertet, die zu 80 Prozent die deutsche Handschrift trage. Die französische Forderung nach Neuverhandlung des Fiskalpaktes wurde von der EU und von Berlin zurückgewiesen. In der EU sei vereinbart, dass nach Neuwahlen neue Regierungen generell die von der Vorgängerregierung geschlossenen Verträge übernehmen müssten. François Hollande bestand aber hartnäckig darauf, dass der Pakt durch ein finanzielles Wachstumspaket ergänzt wird. Bei diesen Bemühungen erhielt er unerwartete Unterstützung von Barack Obama.

Auch in der EU setzte sich auf Druck Frankreichs ein gewisses Umdenken zugunsten von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen besonders für jugendliche Arbeitslose durch, ohne dass an der Substanz des Paktes etwas geändert wurde. Trotz heftiger Kritik am Fiskalpakt hat ihn das französische Parlament am 9./10. Oktober 2012 mit großer Mehrheit ratifiziert. Das französische Parlament ordnete dem Vertragswerk allerdings Maßnahmen „für mehr Wachstum und Beschäftigung“ in Höhe von 60 Milliarden Euro zu.

In Frankreich ist es nicht zur Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die Verfassung gekommen. 20 Abgeordnete der Linken und fünf Grüne stimmten dagegen, im Senat schlossen sich ihnen drei sozialistische Senatoren an.

In Bezug auf die EU ist nicht mit bedeutsamen Initiativen Frankreichs zur Vertiefung der Integration zu rechnen, da es zunächst das Hauptaugenmerk auf die Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts zwischen den beiden Führungsmächten richtet. Die Divergenzen zur deutschen Politik werden kaum abnehmen.

Im transatlantischen Verhältnis müsse die französische

Regierung laut H. Vedrine davon ausgehen, dass die US-Regierung ihre politischen Prioritäten stärker nach Asien verschiebt. Die dadurch entstehende Lücke in der Führung der NATO in Europa wolle Frankreich ausfüllen. D. h., Frankreich will eine größere politische Führungsrolle in der NATO spielen, um seine Interessen besser zu vertreten. Das hindert es nicht daran, weiterhin eigene Interessen im Rahmen des westlichen Bündnisses durchzusetzen, so z. B. den Abzug der französischen Kampftruppen aus Afghanistan bereits 2012. Frankreich stellt auch Vorbedingungen bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU – USA: Ausnahme für den französischen kulturellen und audiovisuellen Sektor sowie Vorbehalte für landwirtschaftliche Produkte sollen in das Abkommen aufgenommen werden.

Eine weitere Säule der französischen Außenpolitik seit Nicolas Sarkozy ist der „Interventionismus“ in internationalen Krisenherden, den Hollande fortsetzt. Dafür stehen Libyen (Frankreich/Großbritannien), Mali (Frankreich allein) und das aggressive Vorpellen in der Syrienkrise. Neben der Verteidigung auch ökonomischer Interessen muss darin vor allem eine Demonstration der politisch-militärischen Handlungsfähigkeit Frankreichs in internationalen Angelegenheiten gesehen werden.

Die französische Regierung, die noch vom Erfolg der Mali-Operation militärisch wie politisch profitierte, musste in der Syrienfrage eine komplette Niederlage hinnehmen. Le Monde schrieb: „Es war mehr als eine diplomatische Niederlage, es war eine schwere Demütigung Frankreichs. Das lag vor allem am ‚aggressiven Vorpellen‘ der französischen Diplomatie und des Präsidenten im Fahrwasser von Obama in der Frage des militärischen Vorgehens des Westens gegen das Assad-Regime. Nach dem Rückzug Großbritanniens aus der Reihe der Befürworter eines Militärschlages hoffte Frankreich, an der Seite der USA eine führende Rolle in diesem Konflikt spielen zu können. Es wurde ‚schmählich enttäuscht und fallen gelassen.‘“

Der französische Präsident wurde von den beiden Großmächten weder in die Lösung einbezogen, noch über die amerikanisch-russische Übereinkunft rechtzeitig informiert. François Hollande war in St. Petersburg während des G 20-Gipfels faktisch isoliert. Zu spät habe die französische Diplomatie das Zusammenspiel USA-Russland erkannt. Danach schwenkte François Hollande rasch auf die US-Linie ein.

Zur Position Frankreichs bei den Atomgesprächen mit Iran in Genf ist festzustellen, dass der französische Außenminister Laurent Fabius die von USA und Russland unterbreitete Zwischenlösung „überraschend“ ablehnte, weil sich Frankreich in deren Vorbereitung nicht genügend einbezogen fühlte. Israel begrüßte diese Haltung Frankreichs.

Einige Worte zu den deutsch-französischen Beziehungen aus französischer Sicht:

- Deutschland und Frankreich müssten den eingeschlagenen Weg der engen Zusammenarbeit bilateral und innerhalb der EU „trotz „strategischer Divergenzen“ in wirtschaftlichen Grundfragen weitergehen.
- François Hollande sprach von „freundschaftlichen Spannungen“ zwischen ihm und Bundeskanzlerin Merkel.
- Der Besuch des deutschen Bundespräsidenten J. Gauck in Frankreich (4./5. September 2013) und der gemeinsame Besuch mit F. Hollande in Oradour-sur-Glane hat in der französischen Öffentlichkeit einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Es war der erste Besuch eines deut-



schen Präsidenten in Oradour. Man sprach sogar von einer neuen Etappe in der langen Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen.

→ Der Beschluss des französischen Verteidigungsministers über den einseitigen Abzug einer französischen Einheit aus der deutsch-französischen Brigade in Donaueschingen am 31. Oktober 2013 sorgte für „Verunsicherung“ auf deutscher Seite, da er nicht mit der Bundesregierung abgestimmt gewesen sei.

Die von der deutschen Regierung angekündigte Verbesserung des Verhältnisses Deutschlands zu Frankreich in der kommenden Legislaturperiode wurde von französischer Seite begrüßt.

Historischer Wahlerfolg für Rot-Grüne Einheitsliste

Von Nikolaj Villumsen, aus: <http://transform-network.net/>

Die Rot-Grüne Einheitsliste, die seit 2010 der Partei der Europäischen Linken angehört, konnte bei den Kommunal- und Regionalwahlen in Dänemark am 19. November 2013 einen beachtlichen Stimmenzuwachs erreichen und ist nun in der Hauptstadt Kopenhagen zweitstärkste Partei.

Die Sozialdemokraten sind mit 29,5 Prozent nach wie vor die größte Kommunalpartei, gefolgt von den Liberalen mit 26,6 Prozent. Die rechtspopulistische Dansk Folkeparti wurde mit 10,1 Prozent der Stimmen zur drittgrößten Partei auf kommunaler Ebene.

Von 2,3 Prozent im Jahr 2009 auf 6,9 Prozent hat die Rot-Grüne Einheitsliste (RGE) ihren Stimmenanteil bei den am 19. November 2013 stattgefundenen Kommunal- und Regionalwahlen erhöht. Damit hat sie das beste Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahr 1989 erzielt. Bisher war die RGE in 10 kommunalen und in einem Regionalparlament vertreten. Jetzt gibt es Abgeordnete der RGE in 79 Kommunen und in allen Regionen Dänemarks. Insgesamt ist die Zahl der Stadträte von 14 auf 119 und die Zahl der regionalen Mandate von einem auf 15 angewachsen. In Kopenhagen wurde die RGE mit 19,5 Prozent zur zweitstärksten Partei nach den Sozialdemokraten mit 27,8 Prozent, errang einen Bürgermeister und wird den Bereich Bau- und Technische Angelegenheiten übernehmen. Damit können wir „eine grüne und arbeitsplatzschaffende Entwicklung der dänischen Hauptstadt voranbringen“, erklärte Nikolaj Villumsen für die RGE. In den zweit- bzw. drittgrößten Städten, Aarhus und Aalborg, kam die RGE auf den dritten Platz hinter den Sozialdemokraten und der Liberalen Partei.

Mit diesem Wahlergebnis hat die RGE auch einen Sitz in der Nationalen Organisation der Kommunen erobert. Diese Körperschaft verhandelt den Haushalt der Kommunen mit der Regierung und hat bisher die Sparpolitik einmütig mitgetragen. Jetzt gibt es die Chance, diesen Austeritätskonsens zu brechen, kündigte Nikolaj Villumsen an. Er meint, dass mit diesem Wahlergebnis die Position der RGE bei der Verteidigung der Gesundheits- und sozialen Sicherungssysteme und der Förderung einer grünen, arbeitsplatzschaffenden Politik gestärkt wurde. „Außerdem ist es eine Möglichkeit, unsere Position als eine der führenden Parteien in der dänischen Arbeiterbewegung zu festigen“, ergänzt er.

Für die regierenden Sozialdemokraten und Volkssozialisten stellt das Wahlergebnis eine herbe Niederlage dar. Es widerspiegelt den Vertrauensverlust in diese Parteien, weil sie die vorherige neoliberale Politik der Rechtsregierung nach ihrer Regierungsübernahme fortgeführt haben. Die Sozialistische Volkspartei wurde mit einem Absturz von 14,5 Prozent auf 5,6 Prozent bestraft. Mit dem kleinen Rückgang um 1,1 Prozent könnten die Sozialdemokraten leben, analysierte der politische Sprecher Magnus Heunicke, zumal in den vier großen Städten Kopenhagen, Aarhus, Odense und Aalborg die Bürgermeistersessel gehalten werden konnten.

Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei wurde mit 10,1 Prozent der Stimmen zur drittgrößten kommunalen Partei. Sie erlangte erstmals einen der sieben Bürgermeisterposten in Kopenhagen.

Ergebnisse:

- Sozialdemokraten: 29,5 Prozent (-1,1)
- Liberale: 26,6 Prozent (+1,8)
- Dänische Volkspartei: 10,1 Prozent (+2)
- Konservative: 8,6 Prozent (-2,4)
- Rot-Grüne Allianz- Einheitsliste: 6,9 Prozent (+4,6)
- Sozialistische Volkspartei: 5,6 Prozent (-8,9)
- Andere: 5 Prozent (+0,4)
- Sozialliberale: 4,8 Prozent (+1,1)
- Liberale Allianz: 2,9 Prozent (+2,6)

Irland zuerst!

Die Jahreskonferenz 2014 von Sinn Féin (Wexford, 7.- 8. Februar 2014)

Von Helmut Ettinger, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Während Orkantief „Petra“ mit heftigen Regenfällen über den Süden und Westen Irlands raste und in einigen Städten nahe der Westküste schwere Hochwasser verursachte, traten in der kleinen Hafenstadt Wexford im Südosten Irlands 300 Delegierte der linkssozialistischen Partei Sinn Féin zu ihrer Jahreskonferenz 2014 zusammen. Sie fand im Opernhaus, einem Theater mit ca. 800 Plätzen, statt und dauerte eineinhalb Tage.

Die **Jahreskonferenzen** sind die Parteitage von Sinn Féin. Der Name ist durchaus zutreffend, denn es sind sehr rational organisierte, zügig ablaufende Diskussionen zu konkreten politischen Fragen ohne alle Debatten über Tagesordnung, Geschäftsordnung oder andere Verfahrensdinge. Anträge können von allen Gliederungen der Partei oder einzelnen Delegierten eingereicht werden. In einem Heft abgedruckt und zu Themen zusammengefasst, liegen sie der Konferenz vor. Die Anträge sind knapp formuliert und betreffen aktuelle politische oder praktische Fragen aus den verschiedenen Lebensbereichen. Dadurch sind sie über die Partei hinaus für den Bürger auf der Straße von Interesse. Theoretische Erwägungen fehlen weitgehend. Der Diskussion zu jedem Thema gehen zwei Einführungsreden von ca. 10 Minuten zu verschiedenen Sichten oder Aspekten – meist von Führungsmitgliedern oder für das Thema zuständigen Genoss/-innen – voraus, wonach die freie Diskussion folgt. Die Redezeit beträgt 2,5 Minuten und wird streng eingehal-



ten. Diskutiert wird zu manchen Fragen kontrovers und temperamentvoll, aber stets mit Respekt und ohne direkte persönliche Konfrontation.

Die Jahreskonferenz wählt den Parteivorstand für ein Jahr. Die Kandidat/-innen werden in einem schriftlichen Material vorgestellt. Stimmzettel können während der ganzen Konferenz in eine bereitstehende Urne geworfen werden. Am Ende der Konferenz wird das Ergebnis bekanntgegeben.

Die Konferenz war keine öffentliche Veranstaltung. Sinn Féin legt aufgrund ihrer Geschichte – sie galt lange Zeit als der politische Arm der IRA – offenbar zu Recht großen Wert auf die Gewährleistung der Sicherheit. Die Straße vor dem Tagungsgebäude war gesperrt, der Einlass wurde streng kontrolliert.

In Irland werden Parteitage von Parlamentsparteien nicht komplett im Fernsehen übertragen. Von der Sinn-Féin-Konferenz gab es eine zweistündige Live-Übertragung am zweiten Beratungstag. Außerdem lief die Rede des Parteivorsitzenden Gerry Adams zum Abschluss der Konferenz ebenfalls live im Fernsehen. Zu diesen Zeiten wurde für volle Reihen im Saal gesorgt. Bei der Adams-Rede war dieser ohnehin zum Bersten gefüllt.

Sinn Féin präsentierte sich auf der Jahreskonferenz 2014 als selbstbewusste, unabhängige Kraft der Opposition, die den Regierungen scharf kritische Fragen stellt. Die Tagung war stark auf die im Mai anstehende **Kommunalwahl** und die **Europawahl** ausgerichtet. Daher wurde die Anwesenheit des Fernsehens ausführlich für die Präsentation der eloquentesten, medienwirksamsten Kandidat/-innen genutzt – neben den bekannten Köpfen der Partei meist gutaussehende, charismatische jüngere Frauen und Männer, die mit starkem Beifall bedacht wurden. Bei dem beliebten Gerry Adams steigerte sich dieser zu wahren Ovationen.

Der Parteivorsitzende kritisierte die Regierungspolitik gnadenlos, vor allem den von der Troika verordneten Austeritätskurs. Dieser bedeute das Brechen aller Wahlversprechen der Regierungsparteien, darunter Labour. Sinn Féin werde niemals bei Wahlen etwas versprechen, das sie nicht halten könne. Adams kündigte an, bei diesen Kommunal- und Europawahlen hätten die Bürger erstmals die Möglichkeit, in allen Wahlkreisen in beiden Landesteilen ihre Stimme für Sinn Féin abzugeben, da überall Kandidaten aufgestellt würden – zur Kommunalwahl 350 und zur Europawahl vier in allen vier großen Wahlkreisen. Dabei sei der Frauenanteil beträchtlich gestiegen. Die vier Europakandidaten sind geschlechterquotiert. Angesichts der beeindruckenden Entwicklung ihrer Wahlergebnisse in den letzten 20 Jahren (siehe Anlage) ist die Partei optimistisch, bei diesen Wahlen weitere wesentliche Fortschritte zu erzielen.

Das **Motto der Konferenz**, das in großen Lettern auf der Bühne prangte, lautete: Putting Ireland First – Irland zuerst oder Irland an die erste Stelle setzen. In Reden wurde dies durch Forderungen konkretisiert, bei der Überwindung der Krisenfolgen keine Entscheidungen in andere Hauptstädte verlagern zu lassen (gemeint sind Brüssel und Berlin) und nicht für die Rettung der Banken anderer Länder zu zahlen. Irland müsse alle entsprechenden Schritte selbst bestimmen und konsequent eigene Interessen vertreten. Sinn Féin empfahl sich als eine Kraft, die besser in der Lage sei, die irische Wirtschaft zu führen als London oder Brüssel. Eine Kandidatin für den Parteivorstand schrieb in ihrer Vorstellung, Sinn Féin werde wegen seiner konsequent kritischen Haltung von

Frau Merkel und der EZB zu Recht gefürchtet. Sie (die Kandidatin) wolle dafür sorgen dass Merkels Alptraum Wirklichkeit werde. Im persönlichen Gespräch wurde mir erklärt, die Losung Irland zuerst sei die Antwort von Sinn Féin auf die demagogische Losung der Regierungsparteien für die Krisenbewältigung Putting People First – Die Menschen zuerst. Dabei hätten die Machthaber aber nicht an die von den Krisenfolgen am meisten betroffenen armen Schichten, sondern an ihre eigene Klientel in Banken und Finanzbranche gedacht, die die Krise verursacht hätten und nun als erste gerettet würden. Das sollte durch die Losung von Sinn Féin entlarvt und konterkariert werden.

Das **Themenspektrum** der Jahreskonferenz war außerordentlich breit und reichte von Fragen wie Arbeit, Lohn, Steuern und wirtschaftliche Souveränität, dem Friedensprozess, Polizei und Justiz, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt, Energie und Infrastruktur, dem ländlichen Raum und Kommunalpolitik über die Vorstellungen von einem vereinigten Irland bis zur internationalen Solidarität. Hier können nur einige Felder exemplarisch herausgegriffen werden.

In der Diskussion zu Fragen der **Wirtschaft** setzte sich die Tagung gründlich mit der These der Regierung auseinander, die Krise sei überwunden und das Land befinde sich im Aufwind. Vor allem der Labourpartei, die gegenwärtig mit der bürgerlichen Fine Gael, der größten rechten Partei Irlands und Partnerin der deutschen CDU, koalitiert, wurde vorgeworfen, Mehrheitsbeschafferin für eine Regierung zu sein, die keine bessere Politik mache als ihre Vorgängerin. Die prekäre Lage von Rentnern, Arbeitslosen, Kranken und Jugendlichen wurde drastisch dargestellt. Die Tagung forderte die Abschaffung aller Null-Stunden-Verträge der Zeitarbeitsfirmen. Die Partei unterstützte voll die gewerkschaftliche Forderung nach gutem Lohn für gute Arbeit.

Als für die Bevölkerung besonders schmerzliches Problem wurde in vielen Beiträgen mit hoher Emotionalität der Druck auf junge Iren zur Auswanderung wegen der hohen Arbeitslosigkeit im Lande angeprangert. Da meist die Gutausgebildeten gingen, sei dies ein gewaltiger Aderlass für die irische Wirtschaft und eine Tragödie für die Familien. Gerry Adams sprach von einer escape-Generation. Andere Redner setzten sich mit der These der Regierung auseinander, Reisen durch die Welt gehöre zum Lifestyle der Jugend. Ein junger Europawahlkandidat wünschte den Beamten, sie mögen bei einer Ablösung der Regierung durch Sinn Féin selbst ihren Job verlieren, um Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe zu verspüren. Sinn Féin forderte für alle Iren in der Diaspora das Wahlrecht, damit eine Verbindung zu ihrem Heimatland bestehen bleibe. Diese Menschen wüssten, wer an ihrem Schicksal schuld sei und würden die Richtigen wählen. Daher komme die Abneigung der Regierenden, diese Forderung zu erfüllen.

Ein zentrales Thema von Sinn Féin bleibt weiterhin der **Friedensprozess** in Nordirland. Hier warb Martin McGuinness, seit 2007 dortiger Ko-Regierungschef mit dem Vorsitzenden der protestantisch-konservativen Democratic Unionist Party (DUP), Peter Robinson, eindrucksvoll für eine Versöhnungsstrategie. Beide Seiten müssten ihre unterschiedliche Geschichte, Religion und Kultur gegenseitig respektieren und akzeptieren. Gerry Adams formulierte gar, Orange (die Farbe der Protestanten) gehöre zu den Nationalfarben Irlands, denn sie finde sich in der Nationalflagge wieder, und er sei bereit, den Orangenen die Hand zu reichen. Große



Teile der Bevölkerung begrüßten das, weil sie die Vorteile der Beruhigung der Lage erkennen. Aber es gebe auf beiden Seiten Kräfte, die die gegenseitige Abgrenzung weiter betreiben. Die Sektiererei – die gegenseitige Abgrenzung der Konfessionen – sei ebenso falsch wie Ausländerfeindlichkeit, Rassismus oder Homophobie und müsse weiter bekämpft werden.

McGuinness klagte über das Desinteresse Londons am Fortgang des Friedensprozesses. Er habe sich in der letzten Zeit öfter mit Barack Obama getroffen als mit David Cameron. Mit seinem Wirken als Ko-Regierungschef warb er, ohne das ausdrücklich zu betonen, für Sinn Féin als regierungsfähige Partei für ganz Irland. So habe sich die nordirische Administration auf sein Betreiben bisher geweigert, von London geforderte drastische Schritte des Sozialabbaus zu gehen. In Nordirland habe man keine zusätzliche Wasserabgabe eingeführt, keine Streichung bei den Bildungsausgaben vorgenommen, sogar in neue Schulen investiert und keine Studiengebühren erhoben. Er selbst werbe für die Überwindung der Krisenfolgen verstärkt um Direktinvestitionen aus dem Ausland (vor allem aus den USA mit einer starken irischen Diaspora). Dieses Herangehen an den Friedensprozess wurde von den Medien herausgestellt. Zugleich wurde auch registriert, dass Sinn Féin bisher jede Aussage über mögliche künftige Koalitionspartner vermeide.

Die Partei setzt sich unbeirrt für die **Vereinigung Irlands** ein. Vorschläge für die Entwicklung einzelner Bereiche – Wirtschaft, Verkehr, Bildung, Kultur – behalten stets die Herstellung gesamtirischer Systeme im Blick. Sinn Féin sieht sich als Partei des vereinigten Irlands, als einzige, die bereits jetzt in beiden Landesteilen aktiv ist und ihre Positionen beiderseits der heutigen Grenze permanent verstärkt. Im persönlichen Gespräch wurde erläutert, man strebe nicht einfach (wie in Deutschland geschehen) einen Beitritt des Nordens an, sondern das Ziel sei eine Neue Republik, ein neues demokratisches Staatswesen ohne Korruption, Vetternwirtschaft und andere Relikte der Vergangenheit. Vereinzelt tauchte in diesem Zusammenhang auch das Wort vom demokratischen Sozialismus auf. Dieses Ziel erreichen könne nur Sinn Féin. Besonders über die Pflege der irischen Kultur, der gälischen Sprache und traditioneller Sportarten in beiden Landesteilen versuche man Brücken zu schlagen. Auf lokaler Ebene wurden auch bereits Border Polls, Umfragen in den nordirischen Grenzkreisen zum Thema Vereinigung, durchgeführt – mit überwiegend positivem Ergebnis. Man wolle die britische Regierung mit den Ergebnissen solcher Initiativen konfrontieren, die im Karfreitags-Abkommen von 1998 festgeschrieben sind.

Unter dem Thema **Parteientwicklung** entspann sich die einzige sehr kontroverse Diskussion der Konferenz um die **Abtreibungsfrage**. Im streng katholischen Irland ist es Medizinern bis heute strikt untersagt, Abtreibungen vorzunehmen. Der Standpunkt der säkularen Sinn Féin läuft darauf hinaus, zumindest in Notfällen (Vergewaltigung, Gefahr für Leben und Gesundheit der Frau u. a.) Ausnahmen vorzusehen. Aufgrund der kontroversen Standpunkte in der Partei war bisher in dieser Frage Gewissensfreiheit gewährt worden, man ging jedoch davon aus, dass offizielle Vertreter der Partei und ihre Mandatsträger in der Öffentlichkeit die Parteiposition vertreten. Davon wich ein Parlamentsabgeordneter ab, worauf der Parteivorstand ihn aus der Partei ausschloss und die Disziplin in dieser Frage zum Beschluss er-

hob. Auf der Konferenz stellten nun mehrere Mitglieder den Antrag, zur uneingeschränkten Gewissensfreiheit zurückzukehren. Nach heftigen Diskussionen wurde der Antrag mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt. Das Hauptargument lautete, Sinn Féin müsse zu einer so delikaten Frage Stellung beziehen. Mehrheitsbeschlüsse zu achten und auszuführen sei unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie in der Partei.

Unter diesem Thema wurde auch der unbefriedigende Anteil der Frauen an den Leitungsgremien von Sinn Féin angesprochen. Im Wesentlichen säßen überall Männer am Steuer. „Wieviele weibliche Kantonsvorsitzende haben wir denn? Und wieviele weibliche Parteivorsitzende?“, rief eine junge Delegierte kess aus und erhielt donnernden Beifall. Der angesprochene Gerry Adams lächelte mild.

In mehreren Anträgen und Diskussionsbeiträgen wurden die Rechte der sexuellen Minderheiten (**LGTB**) thematisiert. Kritik richtete sich an die unbefriedigende Lage in Irland, das entsprechende Gesetz in Russland und Präsident Putin. Sinn Féin wurde aufgefordert, sich in dieser Frage stärker zu engagieren.

Ein Höhepunkt der Konferenz war die Demonstration **internationaler Solidarität** von Sinn Féin. Die wichtigsten internationalen Gäste mit Rederecht waren Vertreter des ANC, der Palästinensischen Administration und der neuen baskischen Linkspartei Sortu. Vor allem die dem Andenken an Nelson Mandela gewidmete Ansprache der südafrikanischen Vertreterin wurde frenetisch gefeiert. Einerseits gedachten die irischen Sprecher des gemeinsamen bewaffneten Kampfes von ANC und IRA, andererseits wurde Mandela, der Architekt des Versöhnungsprozesses in Südafrika als Vorbild für die derzeitigen analogen Bemühungen in Irland gewürdigt.

Die **ausländische Beteiligung** auf der Konferenz war gering. Von den Parteien der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament, wo Sinn Féin Mitglied ist, waren nur die deutsche LINKE und die niederländische SP vertreten. Dazu kamen Abgesandte von Solidaritätsgruppen aus Großbritannien und den USA. Martin McGuinness empfing die ausländischen Gäste zu einem Gespräch, in dem er seine Bemühungen um den Friedensprozess darlegte und darauf hinwies, dass er gegenwärtig wegen seines Versöhnungskurses auch Drohungen von radikalisierten Splittergruppen der von Sinn Féin vertretenen nordirischen Befreiungsbewegung erhalte.

Die geheime **Wahl des Parteivorstandes** ergab ein 12-köpfiges Führungsgremium ohne Veränderung in den Spitzenpositionen. Es ist quotiert nach Geschlechtern und Herkunft aus Nordirland und der Irischen Republik. Interessant war, dass die Kandidatenliste wesentlich mehr Bewerber aus dem südlichen Landesteil enthielt, bei den Gewählten aber wieder ein regionales Gleichgewicht hergestellt war.

Insgesamt stellte sich Sinn Féin auf der Jahreskonferenz 2014 als eine linke Partei dar, mit der in der irischen und europäischen Politik in den nächsten Jahren verstärkt zu rechnen sein wird. Die **Zusammenarbeit** mit Sinn Féin sollte vor allem im Rahmen der linken Fraktion im Europäischen Parlament aktiv fortgesetzt werden, wo die Partei nach der Europawahl mit einer größeren Vertretung erwartet werden kann.



Sinn Fein: Wahlergebnisse
(bei Mehrheitswahlrecht: 1 Wahlkreis – 1 Mandat)

Nordirland

- Kommunalwahlen
- 1993 Sinn Féin 12%, 51 Mandate.
- 2011 Sinn Féin 24,8%, 138 Mandate.

- Wahlen zum Regionalparlament
- 1993 Sinn Fein 17,63 %, 18 Mandate.
- 2011 Sinn Féin 26,9%, 29 Mandate.

- Wahlen zum Britischen Parlament
- 1992 Sinn Féin 10%, 0 Mandate.
- 2010 Sinn Fein 25,5%, 5 Mandate.

- Europawahlen
- 1994 Sinn Fein 3,8%, 0 Mandate.
- 2009 Sinn Féin 26%, 1 Mandat.

Republik Irland

- Kommunalwahlen
- 1991 Sinn Féin 0,9%, 8 Mandate.
- 2009 Sinn Féin 7,4%, 127 Mandate.

- Parlamentswahlen
- 1992 Sinn Fein 1,6%, 0 Mandate.
- 2011 Sinn Fein 9,9%, 14 Mandate.

- Europawahlen
- 1994 Sinn Fein 3% (33 823 Stimmen).
- 2009 Sinn Fein 11,2% (205 613 Stimmen).

Ein Neues linkes Bündnis im Herzen Europas

*Gründungsversammlung von VEGA – Rouges & Verts,
Charleroi, 1. Februar 2014*

*Von Nora Schüttpelz, seit 2004 wissenschaftliche
Mitarbeiterin verschiedener MdEP der LINKEN im
Europäischen Parlament*

Jedes Land hat nicht nur seine eigene Geschichte, sondern auch seine eigene Geschichte der Linken sowie eine ganz eigene Ausprägung der sprichwörtlichen Vermehrung der Linken durch Zellteilung und Einigungsversuche mit Abspaltungstendenzen.

Die Gründung von „VEGA – Rouges & Verts“ am 1. Februar 2014 ist der jüngste von mehreren Anläufen der Linken in Belgien, eine erfolgversprechende politische Formation ins Rennen um gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten zu schicken.

Wer die Entwicklung in den vergangenen 10 Jahren etwas verfolgt hat, wird sich vielleicht noch an „Une Autre Gauche“ (ca. 2005 – 2009) oder „Front des Gauches“ (ca. 2010 – 2013) erinnern. Für Sitze im Parlament des Föderalstaates hat es seit Jahrzehnten leider nie gereicht. Diese gemeinsamen Listen basierten in der Regel auf Absprachen zwischen traditionellen kleinen Linksparteien, zu denen ein Überblick an dieser Stelle nur im Ansatz geboten werden kann:

Die Belgische Kommunistische Partei (PCB), gegründet 1921, ist Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL). Ihre Mitglieder sind vor allem auf kommunaler Ebene aktiv. Die größte der Kleinen ist aktuell die Arbeiterpartei Belgiens (PTB – PvDA) mit um die 7 000 Mitgliedern und einigen Abgeordneten auf Provinz- und Kommunalebene. Sie war an „Une Autre Gauche“ und „Front des Gauches“ nicht beteiligt. 2014 stehen in Belgien am 25. Mai zum einen die Europawahlen an, zugleich aber auch die Wahlen zur Abgeordneten-kammer des föderalen Parlaments sowie zu den Parlamenten der Regionen. Zu den föderalen Parlamentswahlen be-gibt sich gemeinsam mit einer weiteren eher kleinen Partei, der Kommunistischen Revolutionären Liga (LCR, unter ver-schiedenen Namen aktiv seit den 1970er Jahren), ein Bünd-nis aus PTB und PCB unter dem Namen PTB-GO unter anti-kapitalistischen Vorzeichen in den Wettbewerb um Wähler-stimmen. Auch die PSL, die trotzkistische Sozialistische Par-tei des Kampfes (2008 Umbenennung der Bewegung für eine sozialistische Alternative MAS aus dem Jahr 1999), hat dazu aufgerufen, für PTB-GO zu stimmen.

Es ist nicht leicht, als Nicht-Belgier die politische Struktur und Kompetenzverteilung in Belgien zu verstehen, von den internen politischen Auseinandersetzungen ganz zu schwei-gen. Doch selbst für die politisch Aktiven vor Ort schien das zuletzt beschriebene Zusammengehen der traditionellen Linksparteien für das Wahljahr 2014 lange Zeit nicht abseh-bar. Bekanntgegeben wurde es erst im Januar 2014 – zu ei-nem Zeitpunkt, da VEGA-Aktivist*innen sich bereits entschlos-sen hatten, ihr eigenes Bündnis für die Wahlantritte inhalt-lich und organisatorisch aufzustellen. „VEGA – Rouges & Verts“ will mehr, anders und offener sein als die bisherigen Zweckbündnisse der traditionellen Parteien. Entstanden war die neue politische Bewegung zunächst lokal begrenzt im Jahr 2012 zu den Kommunalwahlen in der Stadt Liège. Das dabei auf Anhieb erzielte Ergebnis von 3,6 Prozent der Stim-men bedeutet immerhin ein Abgeordnetenmandat.

Es gibt mehrere Aspekte, die auf einen über die lokale Ebene hinausgehenden Erfolg dieses jüngsten linken Pro-jekts in Belgien Hoffnung machen.

Erstens: Die solide Verankerung von VEGA in der belgi-schen Zivilgesellschaft. Zu Partnern und Mitgliedern gehören Menschen, die zum Beispiel in Gewerkschaften, Bürgerbewe-gungen, CADTM, Attac, sozialen Organisationen der Flücht-lingshilfe oder der Armutsbekämpfung aktiv sind. Auch an-derweitig in Beruf und Freizeit politisch und sozial engagier-te Bürgerinnen und Bürger gehören zu den Unterstützern. Die Podiumsrunden, die im Anschluss an die eigentliche Gründungsversammlung stattfanden, waren vor allem mit solchen Personen besetzt.

Zweitens: Für das Jahr 2014 hat VEGA sich eine klare Priorität gesetzt: die Wahlen zum Europaparlament. Um ein Mandat im EP zu erhalten, benötigt man in Belgien, das ins-gesamt 21 Abgeordnete ins EP entsenden kann, ca. 400 000 Stimmen oder ein landesweites Wahlergebnis von 5 Prozent. Mit Vincent Decroly stellt VEGA einen parlamentserfahrenen und bekannten Kandidaten auf. Er war 1995 bis 2003 Ab-geordneter der grünen Partei Ecolo im föderalen Parlament für die Region Brüssel-Halle-Vilvoorde, verließ die Partei je-doch aus politischen Gründen und trat 2003 nicht wieder an. 2010 unterstützte er die Liste der Front des Gauches. Die Wahl von Vincent Decroly wäre nicht nur für die Linke in Belgien ein großer Erfolg. Auch die Linke in Europa hätte da-



mit eine sichtbarere Verankerung in dem Land, das die „Hauptstadt der EU“ beherbergt. Die Türen der GUE/ NGL-Fraktion, der auch die aktuell acht MdEP der LINKEN angehören, stehen für den Kandidaten von VEGA offen. Im Übrigen gab und gibt es mit einer Reihe der Unterzeichner des Gründungsauftrags bereits seit Jahren politische Kontakte und Zusammenarbeit. Aber der Weg ins Europäische Parlament ist aufgrund des kniffligen belgischen föderalen Wahlsystems kompliziert.

Drittens: Nach langen, schwierigen Debatten hat sich VEGA offenbar entschlossen, keine eigenen Kandidaten für die föderalen Wahlen aufzustellen und damit der PTB-GO die Chance zu lassen, tatsächlich ein Abgeordnetenmandat zu erringen und damit erstmals seit vielen Jahren auf dieser Ebene wieder eine linke parlamentarische Vertretung jenseits von Grünen und Sozialdemokratie zu ermöglichen. Zu den Regionalwahlen werden Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet, beispielsweise technische Wahllisten gemeinsam mit anderen Parteien oder Bündnissen. In der Region Brüssel lägen ein 5-Prozent-Erfolg und damit zwei Abgeordnetenmandate, die man sich dann teilen könnte, im Bereich des Möglichen.

Kurz: VEGA sucht die kooperative Beziehung zu anderen linken, auch EL-Mitglieds-Parteien, steht für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und misst der EU als politischer Handlungsebene große Bedeutung bei. Gründe auch für DIE LINKE, sie als neuen Partner in der linken europäischen Familie zu begrüßen. Gabi Zimmer, Vorsitzende der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament, hat das in einem Grußschreiben an den Gründungskongress von VEGA getan. Neben Vertreter/-innen der EL, der griechischen SYRIZA, des portugiesischen Linksblocks sowie der französischen FKP und der Linkspartei (PdG) durfte ich für unsere Partei an dieser Veranstaltung am 1. Februar in Charleroi teilnehmen.

Die konkrete inhaltliche Ausrichtung dieser neuen belgischen Linken ist noch im Fluss. VEGA tritt für die Schaffung einer Gesellschaft ein, die auf drei Pfeilern ruht: Sozialismus, Ökologie und Demokratie. Schlagwort ist der Ökosozialismus („l’ecosocialisme“). Es geht um ein Gemeinwesen, das nicht der kapitalistischen Produktionsweise, dem „Produktivismus“, verfallen ist. Ziel ist die gerechte Umverteilung von Reichtum, die Begründung einer neuen Art des Wirtschaftens, die der Bewahrung des Ökosystems und den Interessen der Allgemeinheit dient. Die Verbindung der Kämpfe um Erhalt und Ausbau von Sozialem und Demokratie mit dem Schutz der Umwelt hat in den vergangenen Jahren in viele Programme und strategische Überlegungen linker Parteien Einzug gehalten. In der LINKEN wird in diesem Zusammenhang vom sozial-ökologischen Umbau gesprochen. In Frankreich verfolgt die PdG von Jean-Luc Mélenchon eine radikale Programmatik in diesem Sinne. Auch die EL hat auf ihrem 4. Kongress in Madrid im Dezember 2013 neben dem Politischen Grundsatzdokument eine Resolution angenommen, die ebenfalls in diese Richtung geht. In der Auseinandersetzung mit politischen Wettbewerbern wie auch in der politischen Abstimmung mit anderen linken Parteien in Europa werden sich sicherlich noch Spannungsfelder ergeben zwischen radikalem „Anti-Produktivismus“ mit einigen richtigen und wichtigen Ausgangspunkten und einem genauso wichtigen sinnvollen und produktiven Begriff von Wachstum, das durch Umverteilung von Arbeit sowie Reichtum und Verantwortung der Allgemeinheit zugute kommt. Letztlich wird es

darum gehen, eine praktisch nutzbare Balance zu finden.

Wünschen wir uns, VEGA und allen anderen Partnerparteien zunächst einen erfolgreichen Europawahlkampf und danach gutes gemeinsames Gelingen!

Dabei handelt es sich um das Flämische Parlament, das Wallonische Parlament, das Parlament der Region Brüssel-Hauptstadt und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das Föderale Parlament, also das Parlament des Staates Belgien, besteht aus einer Abgeordnetenkammer und einem Senat. Letzterer wird 2014 nicht neu gewählt.

Bosnien und Herzegowina brennen. Eine Revolution an der europäischen Peripherie

Von Mate Kapović; aus: <http://www.transform-network.net>

Am 7. Februar brannten Regierungsgebäude in ganz Bosnien-Herzegowina. Die Menschen hatten beschlossen, nun endlich ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, nachdem sie lange geschwiegen hatten. Und als sie es schließlich taten, waren das nicht einfach Worte – es war ein Gebrüll, begleitet von Bränden, Steinen und schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Das eindrucksvollste und symbolstärkste Bild war jenes eines brennenden Regierungsgebäudes in Tuzla, jener Stadt, in der alles begann. Es trug das Graffiti „Tod dem Nationalismus“. Da der Nationalismus für die politischen Eliten in Bosnien-Herzegowina immer einen beliebten Zufluchtsort darstellte, mit dem sie ihre politische und wirtschaftliche Unterdrückung rechtfertigen konnten, war das in der Tat eine machtvollere Ansage.

Der Reihe nach traten Premierminister von gleich mehreren Verwaltungsbezirken Bosnien-Herzegowinas von ihren Ämtern zurück. Am Sonntag, dem 9. Februar, begab sich der kroatische Ministerpräsident Zoran Milanović nach Mostar, einer Stadt in Bosnien-Herzegowina mit einem hohen kroatischen Bevölkerungsanteil, um sich dort mit den kroatischen Führungspersonlichkeiten zu treffen, während der Präsident der Republika Srpska (dem serbischen Teil von Bosnien-Herzegowina), Milorad Dodik, nach Serbien berufen wurde, um sich mit dem ersten Vizepräsidenten Aleksandar Vučić (dem inoffiziellen serbischen Staatsoberhaupt) zu treffen. Die Gründe dafür waren klar. Beide politischen Eliten, sowohl in Kroatien und als auch in Serbien, haben Angst davor, dass das, was manche als „bosnische Revolution“ bezeichnen, auch auf ihre Länder übergreifen könnte.

Die wirtschaftliche Lage in Bosnien-Herzegowina ist zweifelsohne schrecklich. Das Land war vormals bekannt für seine vielen Fabriken und eine starke Arbeiterklasse – sogar das Landeswappen der ehemaligen sozialistischen Republik Bosnien-Herzegowina (einer Teilrepublik von Jugoslawien) zeigte Fabrikschornsteine. Heutzutage sind viele dieser Fabriken geschlossen, der Rest ist privatisiert und befindet sich im Besitz ausländischer Unternehmen oder einer neu entstandenen Kapitalistenklasse, und obwohl in ihnen zwar einige Arbeiter/-innen arbeiten, erhalten sie ihre Löhne nicht ausbezahlt (was für den postjugoslawischen Kapitalismus



charakteristisch ist). Die Arbeitslosenrate im Land liegt bei 45 Prozent. Die Nachbarländer Kroatien und Serbien sind in keinem ganz so schlechten Zustand, aber auch dort besteht für die Führungseliten genug Grund zur Sorge, da die allgemeine Situation auch dort alles andere als zufriedenstellend ist. Zum Beispiel liegt in Kroatien die Jugendarbeitslosigkeit bei fast 53 Prozent, an dritter Stelle in der EU nach Griechenland und Spanien.

Der explosive und mancherorts ziemlich gewaltsame Aufstand in Bosnien-Herzegowina hatte sicherlich seine eigenen, lokal bedingten Gründe – um sich greifende Verarmung, enorme soziale Ungleichheit, einen großen bürokratischen Apparat und die politischen und kapitalistischen Vampire an der Spitze. Dieser Aufstand in Bosnien ist jedoch auch integraler Bestandteil der globalen Aufstandsbewegungen in den letzten Jahren. Nach Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 und den Jahren des anfänglichen Schocks begann 2011 mit dem Arabischen Frühling, den Indignados in Spanien und Occupy Wall Street in den USA eine Welle großer Proteste und Erhebungen. Das letzte Jahr brachte riesige Aufstände in der Türkei und Brasilien. Auch Ex-Jugoslawien wurde von dieser Welle erfasst. Bereits 2011 fanden in Kroatien große „Facebook-Proteste“ statt, die den ganzen Monat März über andauerten. Obwohl sie politisch ziemlich heterogen waren, war dies das erste Mal, dass in einem der postjugoslawischen Länder antikapitalistische Botschaften offen zu vernehmen waren. Diese Proteste waren in vielfacher Hinsicht eine Vorankündigung der Indignados und von OWS, zumindest in der Hinsicht, dass sie – wie diese – einen klaren gemeinsamen „Zeitgeist“ zum Ausdruck brachten. Im März 2012 wurde Slowenien von einem „Volksaufstand“ erfasst, der den öffentlichen Diskurs im Land stark beeinflusste und neue politische Kräfte entstehen ließ, wie etwa die potentiell vielversprechende Initiative für Demokratischen Sozialismus. Jetzt ist die Zeit reif für Bosnien-Herzegowina. Dort reagierte man als letztes, die Antwort fiel aber umso kräftiger aus. Nach Beginn des Aufstandes meinten alle Analysten, dass dieser unvermeidbar gewesen sei und sie überzeugt davon gewesen wären, dass sich Derartiges früher oder später ereignen werde. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Denn obwohl die Situation in Bosnien-Herzegowina in der Tat und schon seit langem katastrophal ist, hatten die meisten Analysten bis zuletzt behauptet, dass eine solche Erhebung völlig unmöglich sei, da die Bevölkerung angeblich passiv, unbeweglich und darüber hinaus durch Nationalismus gespalten sei. Aber wie so oft gab es einen unvorhersehbaren Funken, von dem aus sich das Feuer sehr schnell ausbreitete.

Der Aufstand begann in Tuzla, einer Stadt im Nordwesten des Landes mit einer starken linksgerichteten und Arbeitertradition. „Eine andere Stadt“, wie oft behauptet wird, da sich dort der Nationalismus niemals richtig festsetzen konnte, im Unterschied zum Rest des Landes. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass es ausgerechnet diese Stadt war, die sich im Zentrum der Auseinandersetzungen befand. Dort haben Arbeiter aus einigen privatisierten Fabriken (wie etwa Dita, Polihem und Konjuh) schon eine Zeitlang aus mehreren Gründen friedlich protestiert. Am 5. Februar stießen jedoch die Jugend der Stadt, die Arbeitslosen und andere Menschen zu ihnen, wobei sich die Mehrzahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen und Brände am 7. Februar ereignete (die wichtigsten Auseinandersetzungen fanden in Tuzla, Saraje-

wo, Zenica, Mostar und Bihać, den größten Städten des Landes, statt).

Die Proteste waren spontan und hatten soziale Forderungen zur Grundlage. Viele der Protestierenden brachten vor, dass sie einfach nichts mehr zu essen haben, seit langem arbeitslos sind, und sie äußerten ihre tiefe Verachtung für die kriminellen Eliten in Politik und Wirtschaft. Wenngleich der Aufstand sich hauptsächlich in jenen Teilen Bosniens zutrug, die von muslimischen Bosniern bewohnt werden (was die kroatischen und serbischen Nationalisten immer sehr schnell als Negativargument zur Hand haben), hatte er eine eindeutig soziale und keineswegs nationale Ausrichtung, abgesehen von einigen Provokationen, Sabotageakten und wirren Einzelpersonen. In ihrer Zusammensetzung sind die Proteste durchaus heterogen, wie dies oft der Fall ist – so haben sich z. B. große Scharen von Fußball-Fans den Reihen der militanten Gruppen unter den Aufständischen angeschlossen. Bis jetzt finden die Proteste hauptsächlich in jenen Teilen des Landes statt, die vorwiegend von Bosniern bewohnt sind, es gibt aber auch hier zahlreiche Ausnahmen. In Mostar, der Stadt im Südwesten des Landes, waren sowohl Kroaten als auch Bosnier an der In-Brand-Setzung des Hauptquartiers der beiden größten nationalistischen Parteien auf kroatischer und bosnischer Seite (HDZ und SDA) beteiligt. Angehörige der kroatischen Volksgruppe protestierten in Livno und Orašje, während Angehörige der serbischen Volksgruppe eine Reihe kleinerer Proteste und Versammlungen in Prijedor, Banja Luka, Bijeljina und Zvornik organisierten.

Obwohl die Proteste klar sozial motiviert sind, stellt die von den politischen Eliten zu ihrem Vorteil genutzte (und im Falle der Kroaten in Bosnien-Herzegowina nicht unbegründete) nationale Frage noch immer ein großes Problem dar. Viele Kroaten und Serben in Bosnien-Herzegowina sind noch immer misstrauisch. Sie befürchten, dass die Proteste eine andere politische Wendung nehmen könnten, und berufen sich zum Beispiel auf die islamistische Entwicklung der ägyptischen Revolution (obwohl ein solches Szenario in Bosnien-Herzegowina äußerst unwahrscheinlich ist). Diese Angst wird insbesondere von den politischen Eliten und den Medien geschürt, die Proteste in den kroatischen und serbischen Landesteilen von Bosnien-Herzegowina zu verhindern versuchen. Dabei erfreute sich eine Vielzahl an Verschwörungstheorien großer Beliebtheit. Etwa behaupten bosnische Nationalisten und Politiker, dass das Ganze eine Verschwörung gegen die Bosnier sei, kroatische Nationalisten und Politiker behaupten wiederum, dass alles nur eine Verschwörung gegen die Kroaten sei, und serbische Nationalisten und Politiker behaupten ihrerseits, dass es sich um eine Verschwörung gegen die Serben handle. Sehr bezeichnend ist auch, dass kroatische und serbische Intellektuelle und Medien stillschweigend zusammenarbeiten und so verzweifelt zu beweisen versuchen, dass es sich bei den Ereignissen nur um einen „Bosnischen Frühling“ handelt.

Aber nicht alle lassen sich von dieser nationalistischen Propaganda beeindrucken. Eine Gewerkschaft aus Drvar zum Beispiel (deren Mitglieder überwiegend der serbischen Minderheit angehören) hat die zumeist kroatischen Protestierenden in Livno unterstützt. Auch hat die Veteranenorganisation im serbischen Landesteil ihren Präsidenten Milorad Dodik offen aufgefordert, sich endlich der sozialen Probleme, der Ungerechtigkeit, der mit den Privatisierungen verbundenen kriminellen Handlungen usw. anzunehmen. Andererseits



wurden in Bijeljina (im serbischen Teil von Bosnien und Herzegowina) die Protestierenden, die den Aufstand unterstützten, mit einem Gegenprotest durch serbische Nationalisten konfrontiert. Dasselbe ereignete sich während einer Solidaritätskundgebung in Belgrad (zur selben Zeit, als die Polizeigewerkschaft in Serbien erklärte, dass, sollten die Proteste die serbische Grenze überschreiten, sie gegen die Protestierenden vorgehen würde). In Kroatien organisieren andererseits sowohl linke als auch rechte Aktivisten Proteste im Geiste der in Bosnien-Herzegowina stattfindenden Ereignisse.

Die Lage in Bosnien-Herzegowina ist momentan sehr angespannt. Einige linksgerichtete Intellektuelle und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützen die Proteste, aber die meisten Medien und die gesamte politische Kaste stehen ihnen geschlossen ablehnend gegenüber. Jede Menge nationalistischer Behauptungen, Verschwörungstheorien, gefälschter Manifeste, unwahrer Erklärungen, erfundener Berichte und Geschichten sind im Umlauf. Die Eliten und dem Regime nahe stehende Intellektuelle versuchen so gut sie können, den Status quo aufrechtzuerhalten. Dennoch ist offensichtlich, dass in liberalen, konservativen und nationalistischen Kreisen viel Verwirrung herrscht. Ihre Analyseinstrumente und Erklärungsmuster sind nicht dafür geschaffen, mit dieser Art von Entwicklung umzugehen, da sie die Arbeiterklasse, die Arbeitslosen und die Armen nicht wirklich als aktive politische Subjekte wahrnehmen können. Zusammengehalten wird das alles durch den Kleister kleinbürgerlichen Moralisierens über brennende Gebäude, „Hooligans“, „unnötige“ Gewalt und so weiter. Liberale und Konservative rufen nach „friedlichen und gemäßigten“ Protesten, ungeachtet der Tatsache, dass nichts von alledem sich ereignet hätte, hätte es keine Gewalt gegeben, und ungeachtet der Tatsache, dass die sorgfältige Abstimmung von Politik und Medien nun klar zutage gefördert hat, was bürgerliche Demokratie und „Medienfreiheit“ wirklich bedeuten.

Wie immer haben die Medien ein Aufheben darüber gemacht, dass die Protestierenden angeblich nicht wüssten, was sie täten, und keine klaren Ziele hätten. Dies stimmt aber nicht. Die Forderungen der Protestierenden werden von Tag zu Tag klarer. Zum Beispiel haben die Arbeiter und Protestierenden von Tuzla, die die fortschrittlichsten, politisch einigsten und wortgewandtesten sind, gefordert, dass die Privatisierungen der Werke Dita, Polihem, Gumara und Konjuh rückgängig gemacht werden; weitere Punkte ihres Forderungskatalogs: Gesundheitsschutz für die Arbeitenden, ein Vorgehen gegen Wirtschaftskriminalität, Enteignung von illegal erworbenem Reichtum, Verstaatlichung von Fabriken und Arbeiterkontrolle, gerechtere Löhne, Abbau der Privilegien der politischen Elite usw. Es ist allerdings noch schwer zu sagen, was aus all dem entstehen wird und was davon nur Rhetorik ist.

Für die Linke die vielleicht interessanteste und aufregendste Sache ist die Entstehung eines revolutionären organisatorischen Gremiums, des sogenannten „Plenums“ (oder Vollversammlung) in Tuzla, das im Zentrum des Aufstandes steht (jene Stadt, in der die Regierung vor einigen Tagen ihren Rücktritt eingereicht hat). Die Protestierenden in der Hauptstadt Sarajevo und in der Stadt Zenica versuchen ebenfalls ein Plenum zu organisieren. Es ist im Wesentlichen sehr ähnlich dem der ursprünglichen russischen Sowjets. Den Protestierenden dient es zur kollektiven Entscheidungsfindung und Formulierung ihrer Forderungen auf direkt-de-

mokratischem Wege. Interessant ist, dass die Idee eines Plenums als politische Instanz zur demokratischen Entscheidungsfindung ihren Ursprung in der großen Besetzungswelle der Studierenden in Kroatien 2009 hat, die ihrerseits wiederum auf die Studierendenbewegung in Belgrad 2006 zurückgeht. Daher ist all dies ein gutes Beispiel für die postjugoslawische Zusammenarbeit und wechselseitige Beeinflussung linker Aktivist/-innen.

Eine der Forderungen des Plenums von Tuzla, die von den verbliebenen Resten der alten Regierung akzeptiert wurde, war die Bildung einer neuen kantonalen Übergangsregierung, bestehend aus von den Menschen der Region vorgeschlagenen Kandidat/-innen, die jedoch Personen ausschloss, die aufgrund früherer Regierungsbeteiligung oder der Mitgliedschaft in alten politischen Parteien kompromittiert waren. Die Angehörigen der neu gewählten Regierung sollen auch weniger Einkommen beziehen und keine Zusatzprivilegien genießen. Am Plenum können alle teilnehmen, diskutieren und abstimmen, ausgenommen Mitglieder der alten Parteien und Regierung (was all dies im Grunde zu einer „Diktatur des Proletariats“ macht, will man diesen klassischen Begriff hier bemühen). Und während diese Art der Entscheidungsfindung höchst empfehlenswert ist, ist sie doch nur eine temporäre Sache, weil sehr problematisch, soll sie die ganze Stadt (oder gar den Kanton) repräsentieren. Beim Treffen des Plenums von Tuzla am 10. Februar waren laut Angaben der Teilnehmer/-innen an die 200 Personen anwesend, während die Gesamtbevölkerung von Tuzla 130 000 Menschen umfasst.

Es ist unmöglich vorauszusagen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Eines ist jedoch gewiss – Bosnien und Herzegowina (ebenso wie die gesamte Region) werden nach den Ereignissen nicht mehr dieselben sein. Man könnte sagen, dass schon eine Menge (zumindest auf symbolischer Ebene) erreicht worden ist, insbesondere wenn man der Tatsache Beachtung schenkt, dass es in Bosnien-Herzegowina (wie im ehemaligen Jugoslawien insgesamt) keine linke Massenbewegung gibt. Die Ideen und der öffentliche Diskurs haben sich bereits verändert. Künftig werden die Eliten sicher mehr Angst vor den Menschen haben, und dies nicht nur in Bosnien-Herzegowina. Man kann nur hoffen, dass all dies der Bildung und dem Anwachsen progressiver Kräfte und Organisationen im Land dienlich sein wird.

Die dramatischen Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina haben im ganzen Land und auch in den Nachbarländern für einiges an Aufsehen gesorgt. Im Westen bleiben die Ereignisse weitgehend unbeachtet. Während westliche Medien den Ereignissen in der Ukraine große Aufmerksamkeit zuteil werden lassen, da die EU und der Westen dort konkrete Interessen haben, wird der sozial ausgerichtete Aufstand in Bosnien-Herzegowina (auch wenn dieser ehrlicherweise ein viel kleineres Land betrifft) – wahrlich nichts, worüber sich die europäischen kapitalistischen/liberalen Eliten freuen würden (insbesondere da das benachbarte Kroatien das jüngste EU-Mitglied ist) – zum Großteil ignoriert.

Bemerkenswert finde ich aber, dass selbst die westeuropäische Linke dem, was in unserer Region geschieht, so wenig Bedeutung beimisst. Das ist zwar nicht überraschend, es ist jedoch keineswegs rühmlich für politische Kräfte, die stolz auf ihren Internationalismus sind. Die Linke, insbesondere die Linke in den entwickelten westlichen Ländern, sollte viel stärker daran arbeiten, ihren eigenen tief sitzenden „Pro-



vinzialismus“ zu überwinden. Die Linke, sei es nun die intellektuell-akademische oder die parlamentarische, sollte internationalistisch nicht nur ihrer Theorie nach, sondern auch in ihrer Praxis sein. Was in Bosnien-Herzegowina geschieht, ist auch deshalb interessant und wichtig für die Linke insgesamt.

Wie weiter nach Gezi? Linke in der Türkei

Ein Reisebericht von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Vom 2. bis 5. Oktober 2013 war ich auf einer politischen Gesprächsreise in Istanbul, um einen tieferen Einblick in die aktuelle politische Lage der Türkei, besonders die Situation nach den Gezi-Protesten und im Vorfeld der Kommunalwahl im März 2014, zu bekommen und einige der zahlreichen linken Parteien und Akteure kennen zu lernen.

Die zentralen Themen, die bei nahezu allen Begegnungen eine Rolle spielten, sollen diesem Reisebericht vorangestellt werden. Danach folgen Notizen zu den Gesprächen mit Vertreter/-innen von Parteien, Frauenorganisationen und Gewerkschaften.

Die Gezi-Proteste

Alle Gesprächspartner haben sich an den Gezi-Protesten beteiligt. Diese wurden von einigen mit der 68er Bewegung verglichen. Sie waren ein Schrei nach Demokratisierung. In 79 von 81 Städten haben Proteste stattgefunden. Auch wenn die Regierung durch die Proteste kaum geschwächt wurde, ist die Türkei nach den Gezi-Protesten ein anderes Land. Die Menschen haben keine Angst mehr, sich politisch zu betätigen und auf die Straße zu gehen. Die wichtigste Erfahrung der Gezi-Proteste, das betonten alle Gesprächspartner, war die Solidarität. Menschen verschiedener Gruppen, Religionen und ethnischer Herkunft kamen zusammen, die vorher wenig Berührungspunkte hatten. Dabei war das Fehlen einer gemeinsamen Programmatik die Stärke der Bewegung und zugleich ihre Schwäche.

Die Gezi-Bewegung in Istanbul setzte sich aus libertär eingestellten Leuten – überwiegend aus der Mittelklasse und den sogenannten white collar workers (gut ausgebildete junge Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen) – zusammen. Eine Gruppe antikapitalistischer Muslime demonstrierte gegen die Regierungspartei AKP, weil ihnen deren Politik zu neoliberal ist. Sie veranstaltete ein öffentliches Iftar (Fastenbrechen am Ende des Ramadans) auf dem Taksimplatz, das viele Menschen zusammenbrachte.

Nachdem die Proteste abgeflaut waren, trafen sich viele Menschen in sogenannten Foren auf öffentlichen Plätzen, in Parks und an ähnlichen Orten, um miteinander zu diskutieren und zu überlegen, wie es weitergehen soll. Zwar sind einige inzwischen eingeschlafen, andere sind jedoch recht aktiv und entwickeln eigene Ideen.

Kommunalwahlen 2014

Nach Einschätzung der Gesprächspartner gewinnen die Kommunalwahlen seit den Gezi-Protesten eine Bedeutung, die landesweiten Wahlen gleichkommt. Hier wird sich zeigen,

wie viel Rückhalt in der Bevölkerung Erdogan mit seiner AKP noch hat, und inwieweit linke und kurdische Oppositionsparteien eine Chance bekommen. Viele der Forderungen der Gezi-Bewegung werden auch zu den Kommunalwahlen eine Rolle spielen.

Der Demokratische Kongress der Völker (Halkların Demokratik Kongresi, HDK), ein Bündnis verschiedener Parteien, Initiativen und Einzelpersonen, hat sich 2012 als Partei HDP formiert. Bei den Kommunalwahlen im März 2014 will diese gemeinsam mit der kurdischen BDP antreten – die BDP in ihren Schwerpunktregionen im Osten und die HDP im Westen des Landes. Von den unten aufgeführten Gesprächspartnern distanzierte sich lediglich die TKP vom HDP-Bündnis, die anderen Parteien unterstützen es.

Das Demokratiepaket

Am 30. September stellte Ministerpräsident Erdogan ein Demokratisierungspaket vor, das einen Teil der Forderungen im Friedensprozess mit der PKK darstellt. An dieses Paket wurden hohe Erwartungen geknüpft, doch war die Enttäuschung nach seiner Veröffentlichung groß. Es enthält zwar viele Forderungen, für die schon seit langem gestritten wird, doch die wichtigsten Punkte sind nicht enthalten. So soll muttersprachlicher Unterricht für Kurden erlaubt werden, aber nur an Privatschulen. Den Alewiten wird eine eigene Universität zugesprochen, die jedoch den Namen von Sultan Selim trägt, einem Symbol für die Hohezeit des osmanischen Reiches. Die Änderungen am Wahlsystem, die Erdogan in seinem Paket vorgeschlagen hat, begünstigen vor allem die AKP, jedoch nicht die Oppositionsparteien. Einige weitere Punkte des Demokratisierungspaketes sind die Aufhebung des morgendlichen türkischen Treueeids in den Grundschulen, die Lockerung des Kopftuchverbotes im Staatsdienst, die Zulassung kurdischer Städtenamen und der Verwendung von Buchstaben des kurdischen Alphabets in Personennamen. Eine verfassungsgemäße Anerkennung der kurdischen Identität bleibt jedoch aus, ein Ende der KCK-Prozesse ist nicht in Sicht, die geplanten Reformen im Demonstrationsrecht machen es leichter als bisher, Demonstrationen zu verbieten. Dieses Demokratiepaket ist ein taktischer Schachzug Erdogans in Hinblick auf die Wahlen 2014. Die Inhalte werden von den Linken nicht grundsätzlich kritisiert, aber alle sind sich einig, dass diese Schritte nicht weit genug gehen.

Friedensprozess

Allein das Ende des Blutvergießens im Rahmen dieses Prozesses wird als wichtiger Schritt betrachtet. Doch sei der Friedensprozess von Anfang an mit schweren Mängeln behaftet, die man nicht wegtherapieren könne. Dabei hätte die Lösung der Kurdenfrage auch große Auswirkungen auf die Wirtschaft, weshalb selbst konservative Geschäftsleute darauf drängen, ihn fortzusetzen. Im Rahmen des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und der PKK gab es eine Einigung mit PKK-Führer Öcalan über ein Vorgehen in drei Etappen. Der erste Schritt umfasste auch die Gründung einer Wahrheitskommission und den Rückzug der Armee. Stattdessen wurde nur ein Ausschuss gegründet, der kaum Befugnisse hat. In der zweiten Stufe waren Demokratisierungsmaßnahmen vorgesehen, die nicht erfolgt sind. Der Friedensprozess ist ins Stocken geraten. Eine mögliche Lösung wäre, dass sich eine dritte Partei als Vermittler einbringt.



Die Gespräche:

● **Grün-Linke Zukunftspartei (YSGP)**¹

Die YSGP versteht sich als sozial-libertäre Partei und sieht ihre Schwerpunkte in vier Säulen: soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie, Gleichheit und Freiheit, Natur und Arbeit. Ihre politische Tätigkeit besteht überwiegend aus Kampagnen, ähnlich wie bei NGOs. Sie hat enge Kontakte zur Europäischen Grünen Partei sowie zu den Grünen in Deutschland, wünscht sich aber auch mehr Kontakte zur EL und zur deutschen LINKEN. Nicht in allen Fragen ist sich die YSGP mit den deutschen Grünen einig. Vor allem in der Friedensfrage gibt es große Differenzen, da sich die YSGP gegen Militärinterventionen ausspricht. Die Mitgliedschaft der YSGP hat sich im Laufe der Proteste von ca. 1 000 auf 1 800 vergrößert, und das, obwohl es dort eine große Skepsis gegenüber Parteien gab.

● **Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei (DSİP)**²

In einem spannenden Ausflug in die Geschichte der Türkei seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches wurden mir die verschiedenen Konfliktlinien innerhalb der türkischen Gesellschaft und der türkischen Linken erläutert. Politik in der Türkei bewegt sich stets auf mehreren Achsen, der Konfliktachse Kemalismus vs. kurdische Frage und der Konfliktachse Islam vs. Islamophobie. Das Jahr 2002 war ein entscheidender Wendepunkt in der türkischen Politik, die bis dahin von der kemalistischen, dem Islam eher ablehnend gegenüberstehenden Position geprägt war. Zum ersten Mal gewann eine islamistische Partei bei den Parlamentswahlen die Mehrheit, und die kurdische Bewegung entwickelte sich zu einer Massenbewegung. Auch wenn Erdogan und seine autoritäre Politik stark kritisiert wurden, muss man zur Kenntnis nehmen, dass es unter seiner Regierung Entwicklungen gab, die vorher so nicht denkbar waren. Die Rolle des Militärs wurde zurückgedrängt, es gibt einen Friedensprozess mit der PKK, es gibt mehr Minderheitenrechte, das Gedenken an die Armenier, das am 24. April jedes Jahres am Taksim-Platz stattfindet, wird inzwischen toleriert, und mittlerweile beschützt die Polizei die Gedenkkundgebung.

Die DSİP kann allein nur wenig bewirken. Ihr ist es aber mehrfach gelungen, größere erfolgreiche Kampagnen anzustoßen. So führte sie z. B. eine Unterschriftensammlung zum Völkermord an den Armeniern durch, bei der über 300 000 Unterschriften zusammengekommen sein sollen, und ist maßgeblich an der Organisation der Gedenkveranstaltung am 24. April beteiligt.

● **Partei der Arbeit (EMEP)**³

Die EMEP versteht sich als Bündnis von Arbeitern und demokratischen Kräften. Sie arbeitet mit Gewerkschaften, Frauenorganisationen, der kurdischen und ökologischen Bewegung zusammen. Seit 2002 tritt sie in linken Bündnissen auch zu Kommunalwahlen und nationalen Wahlen an.

Nach Einschätzung der Partei werden Schwerpunkte der Kommunalwahl 2014 demokratische und wirtschaftliche Forderungen, städtische Probleme und Gestaltungsprozesse sein. Neben den zentralen Forderungen der HDP wird es bei den Kommunalwahlen auch um die Demokratisierung der Bezirksverwaltungen gehen, z. B. um mehr Transparenz in der Haushaltspolitik. Derzeit suchen die Bezirksverwaltungen vor allem Großunternehmen Gewinne zu verschaffen. Die

außenpolitische Rolle der Türkei mit ihren neosmanischen Plänen bewertet die EMEP als gefährlich, vor allem die Unterstützung Erdogans für Al-Qaida in Syrien.

● **Türkische Kommunistische Partei (TKP)**⁴

Die TKP sieht die Gezi-Proteste als ein Ergebnis der Islamisierung der Gesellschaft, die so nicht weitergehen kann. Aus ihrer Sicht seien die Vergleiche mit dem arabischen Frühling falsch. Denn es gab kein altes Regime, das gestürzt wurde, es war die islamistische Regierung, die das alte Regime bereits gestürzt hatte. Dass die Regierung trotz der Gezi-Proteste weiter regiert, liegt aus Sicht der TKP auch an der Schwäche der kemalistischen CHP, die ihre Rolle als Opposition nicht ausfüllt. Das Demokratiepaket ist nur Schaufensterpolitik, der Islamisierungskurs der AKP bleibt.

Die TKP steht der Rolle der kurdischen BDP und damit auch dem Bündnis HDP skeptisch gegenüber und sieht in der HDP nur einen Mehrheitsbeschaffer für die kurdische Bewegung. Sie wird auf lokaler Ebene entscheiden, welche Kandidaten sie unterstützt. Das könne auch ein Kandidat der CHP sein.

● **Vertreterinnen von Frauenorganisationen**⁵

Die Frauen, die mich empfangen, sind zugleich in verschiedenen Organisationen aktiv: im Socialist Feminist Collective, in der LBGT-Bewegung, in der Bewegung für Frauenbefreiung, in kurdischen Frauengruppen. Sie arbeiten in der Dachorganisation Demokratik Özgür Kadın Hareket (Demokratische Unabhängige Frauenbewegung) zusammen.

Im Laufe des Gespräches erfahren wir viel über die Situation der Frauen in einem nach wie vor stark patriarchal geprägten Land, sowie über patriarchale Strukturen und Sexismus auch innerhalb linker, kurdischer und progressiver Bewegungen. Frauen in der Türkei kämpfen daher immer in mehreren Richtungen, einmal um ihre Stellung in der Gesellschaft und zugleich um ihre Stellung in den politischen Zusammenhängen, in denen sie aktiv sind.

Frauenorganisationen waren von Anfang an bei den Gezi-Protesten dabei. Sie haben im Gezipark u. a. Workshops zum Sexismus (auch innerhalb der Gezi-Bewegung) gegeben. Sie erreichten damit Denkanstöße. So besuchten zum Beispiel Mitglieder der Fußball-Ultras von Beşiktaş (çarşı), die sich stark an den Gezi-Protesten beteiligt haben, den Verein Lambda (LBGT-Organisation) um sich für sexistische und homophobe Sprüche ihrer Anhänger zu entschuldigen.

Schon lange vor Gezi kämpften Männer und Frauen in der kurdischen Bewegung Seite an Seite. Auch in der Arbeiterbewegung sind Frauen seit langem organisiert und es gibt eine LBGT-Bewegung in der Türkei, die von der Regierung ignoriert wird.

Die Strategie der Erdogan-Regierung läuft darauf hinaus, die Frauen zurück ins Haus und in die Familien zu drängen. Ein Zeichen für diese Politik ist die Benennung des zuständigen Ministeriums: Dort ist der Begriff „Frauen“ durch den Begriff „Familie“ ersetzt worden.

In der Türkei sterben täglich 5 Frauen an den Folgen von Gewalt. Die Täter erhalten meist nur die Minimalstrafe, welche Männer nicht von der Ausübung von Gewalt abhält. Unsere Gesprächspartnerinnen berichten von zahlreichen schockierenden Beispielen. Auch für Ehrenmorde werden nur niedrige Strafen verhängt. Im Recht gibt es die Unterscheidung zwischen Mord und Ehrenmord zwar nicht mehr, aber



die Praxis der Rechtsprechung besteht nach wie vor. Die meisten Gerichte vertreten nach wie vor die Ansicht, dass die Frau selbst schuld sei, wenn ihr Mann oder ihre Familie sie umbringt oder ihr Gewalt antut. Wenn Medien über solche Fälle berichten, dann klären sie nicht auf, sondern zeigen eher, wie leicht es ist, eine Frau zu töten und dafür nicht bestraft zu werden. Häufig wird auf die rückständige Landbevölkerung verwiesen, die mehrheitlich kurdisch ist, und die Fälle von Gewalt werden auf diese Rückständigkeit geschoben. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die meisten Gewalttaten in den Städten geschehen und in Istanbul die Gewaltstatistik am höchsten ist.

Im Krieg zwischen der türkischen Regierung und der PKK haben Frauen besonders gelitten. Auch und vor allem gegen Frauen wurde Gewalt ausgeübt, um sie zu unterdrücken und von Aktivitäten abzuhalten. Die kurdische Gesellschaft selbst ist ebenso patriarchalisch strukturiert. In der BDP gibt es eine 50-Prozent-Frauenquote. Die Männer der Bewegung sprechen öffentlich über Freiheit und Gleichstellung der Geschlechter, aber in ihrem Privatleben verhalten sie sich oft nicht anders, als diejenigen, die sie kritisieren. Die kurdische Frauenbefreiungsbewegung versteht sich daher als Bewegung, die für die Freiheit und die Rechte der Kurd/-innen kämpft und sich ebenso für die Frauen und ihre Befreiung einsetzt. Doch nicht nur in der kurdischen Bewegung, auch in anderen Oppositionsgruppen ist Sexismus ein Problem, auch in linken Gruppen kommt es zu sexuellen Übergriffen. Der Umgang damit ist oft nicht selbstkritisch. In der Theorie unterstützen alle die Frauenbewegung, aber in der Praxis fehlt diese Unterstützung.

Eine Veränderung kann nur dadurch gelingen, dass Frauen in ihren Organisationen und Strukturen gestärkt werden und sich dort unabhängig organisieren. Eine verbindliche Frauenquote auf staatlicher Ebene ist eines der Ziele der Frauenbewegung. Frauen müssen in der Politik sichtbar werden. Einige haben die gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung internalisiert und halten sie für richtig, vor allem islamische Frauen leben in der Mentalität des Gehorsams. Um zu erkennen, wie systematisch die Unterdrückung ist, müssen Frauen sich politisch organisieren und politisches Bewusstsein erringen.

● **Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei (DİSK)**⁶

Die Industrialisierung in der Türkei begann recht spät. DİSK als unabhängige Gewerkschaft wird als linksgerichtet betrachtet. Ihr gehören ca. 100 000 Mitglieder in 19 verschiedenen Industriezweigen an. Sie unterhält enge Kontakte zu IG Metall und zu verdi in Deutschland. DİSK hat keine offiziellen Beziehungen zu Parteien. Dennoch waren bzw. sind viele Mitglieder in den Gremien auch Mitglieder einer Partei. So war in den 60er und 70ern die TKP sehr einflussreich. Der jetzige Vorsitzende ist Mitglied der CHP. Doch spricht er in seiner Funktion als Gewerkschaftsmitglied im Interesse von DİSK und trifft in dieser Funktion auch Äußerungen, die die CHP so nicht unterstützen würde. Andere Mitglieder der Führungsgremien sind oder waren Mitglieder der ÖDP. Doch gibt es keine Partei, die Kontrolle über die Gewerkschaft hätte.

Eines der großen Probleme für die Arbeiter und die Gewerkschaften ist die mangelnde Sicherheit am Arbeitsplatz.

Jeden Monat sterben etwa 100 Arbeiter bei Arbeitsunfällen. Die Politik der AKP hat zu einem enormen Bauboom geführt. AKP-Bürgermeister vergeben Aufträge an Großunternehmer. Doch die Sicherheit auf den Baustellen wird kaum kontrolliert. Es gibt zwar einen Mindestlohn, doch wird diese Regelung ständig unterlaufen. Gerade in der Baubranche sind die Arbeitsplätze kaum abgesichert und die Löhne niedrig.

● **Partei der Sozialistischen Demokratie (SDP)**⁷

Die SDP wurde 2008 gegründet und versteht sich als Teil des globalen Widerstands gegen Kapitalismus und Neoliberalismus. Sie beschreibt ihre Programmatik als sozialistisch, aber im Unterschied zu anderen klassischen marxistisch-leninistischen Parteien sieht sie sich als pluralistisch. Ihre Mitglieder stammen aus unterschiedlichen Bewegungen und Parteien, überwiegend sind es junge Arbeiter und Hochschulstudenten. Zu den Hauptprogrammpunkten der SDP zählen die Reorganisation der sozialistischen Bewegung vor dem Hintergrund der Sowjet-Erfahrung und dem Militärputsch von 1980, die sozialistische Demokratie, die Ablehnung jeglicher Diktatur und die Abkehr vom Stalinismus, der Internationalismus, der die Zusammenarbeit mit der kurdischen Bewegung einschließt, und die Umsetzung marxistischer Theorie im jeweiligen lokalen Kontext.

Mitglieder der SDP waren bei den Gezi-Protesten oft in vorderster Reihe dabei, weshalb mehrere ihrer Mitglieder derzeit im Gefängnis sitzen.

Der EU-Beitritt wird in der Partei stark diskutiert. Sie ist gegen eine Mitgliedschaft der Türkei, weil die EU aus ihrer Sicht ein imperialistischer Block ist, kleinere Länder darin mehr verlieren, als sie durch die Mitgliedschaft gewinnen und die EU zu viele Vorschriften hat wie z. B. im Bereich der Landwirtschaft und damit in die Länder hineinregiert (Neokolonialismus). Auch bisher hat der Beitrittsprozess wenig gebracht, die Kopenhagener Kriterien in Fragen der Demokratie sind nach wie vor nicht umgesetzt. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft hat nach Meinung der SDP zu keinem Erfolg geführt.

● **Partei des Friedens und der Demokratie (BDP)**

Die BDP gliedert sich in Istanbul in etwa 30 Bezirksorganisationen. Etwa drei Millionen Kurden leben in Istanbul. Im Gespräch ging es vorrangig um den Friedensprozess. Die AKP hat mit dem mangelhaften Demokratisierungspaket ihre Zusagen nicht eingehalten und ist in wichtigen Punkten den Kurden nicht entgegengekommen. Jetzt muss die kurdische Bewegung überlegen, wie sie fortfährt. Zudem hofft die BDP auch in Istanbul viele Stimmen mobilisieren zu können. Nach wie vor ist es in der Türkei ein Problem, sich mit seinem Namen in einer Partei als Mitglied zu betätigen. Die BDP hat viele Unterstützer, die nicht eintreten, weil sie befürchten, dass sie dadurch Nachteile im Job o.ä. bekommen und von Repression betroffen sind. Im weiteren Gesprächsverlauf ging es um Syrien und um Frauenfragen. So unterstützt die BDP derzeit Projekte im Norden Syriens, bei denen Frauen unterstützt werden. In die Gezi-Proteste hat sich die BDP relativ spät und nicht mit ihrer ganzen Mobilisierungskraft eingebracht. Sie wollte den Friedensprozess nicht gefährden. Außerdem gab es bei einigen Teilnehmern der Gezi-Proteste Vorbehalte gegen die BDP.



Fazit:

Die Linke der Türkei ist in zahlreiche kleine Organisationen aufgesplittert, aber nicht bewegungsunfähig. Im Rahmen des HDP-Bündnisses arbeiten viele trotz unterschiedlicher Positionierungen und Fraktionierungen zusammen. Auch kleine linke Parteien können starke Kampagnen initiieren und damit gesellschaftliche Diskurse beeinflussen.

Die Menschen in der Türkei sind durch die Gezi-Protteste politisiert, aber skeptisch gegenüber Parteien. Die HDP hat die große Chance, die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsparteien zu überwinden und als gemeinsame Plattform auch über die Wahlen hinaus zu agieren. Zentrale Konfliktthemen der türkischen Linken sind das Erbe des Kemalismus, die Kurdenfrage und die Entwicklung des Sozialismus seit 1990.

Für die internationale Arbeit der deutschen LINKEN ist es wichtig, im Dialog zu bleiben, die Verbindungen in die Türkei zu erweitern und auch zur HDP als Dachorganisation Kontakt aufzunehmen. Die Rolle einzelner linker Parteien in der Türkei sollte nicht überschätzt, aber auch nicht unterschätzt werden. Es gilt, thematische Anknüpfungspunkte zu suchen, wo sich konkrete Punkte sinnvoller Zusammenarbeit ergeben.

Anmerkungen

- 1 www.yesillervesolgelecek.org Die YSGP wurde 2012 gegründet und entstand aus dem Zusammenschluss der Partei für Gleichheit und Demokratie, EDP (Eşitlik ve Demokrasi Partisi) und der Grünen Partei (Yeşiller)
- 2 <http://dsip.org.tr/> Die DSİP ist eine trotzkistische Partei, die 1997 gegründet wurde. Bisher hat sie nicht an Wahlen teilgenommen, aber andere Parteien und Kandidaten in vergangenen Wahlen unterstützt.
- 3 www.emep.org Die EMEP ist eine 1996 gegründete marxistisch-leninistische Partei, die seit ihrer Gründung in Wahlbündnissen mit anderen Parteien auch zu Wahlen antritt. 2011 erreichte sie bei den Parlamentswahlen aber nur 0,07 Prozent des Gesamtstimmenanteils. Die der EMEP nahestehende Tageszeitung ist die Evrensel. <http://www.evrensel.net/>
- 4 <http://www.tkp.org.tr/> Die heutige TKP wurde 2001 gegründet, hat jedoch wenig gemeinsam mit der früheren TKP, die von 1920 bis 1987 existierte und deren Erfolg noch immer wie ein Mythos in der Geschichte der türkischen Linken lebt. Bei der Parlamentswahl 2011 erhielt sie 0,15 Prozent der Stimmen.
- 5 <http://gokkusagikadin.wordpress.com/about/>
- 6 <http://www.disk.org.tr/> DISK wurde 1967 gegründet. Nach dem Putsch 1980 wurde die Gewerkschaft verboten, zahlreiche Mitglieder wurden inhaftiert. 1991 konnte DISK ihre Arbeit wieder aufnehmen. Disk ist ein Dachverband für mehrere kleinere Einzelgewerkschaften.
- 7 <http://sosyalistdemokrasipartisi.org/> Die SDP wurde 2002 gegründet. Viele ihrer Mitglieder waren vorher in der ÖDP aktiv.

Daha Başlangıç – Das ist erst der Anfang

Bericht von der Konferenz der HDP in Ankara, 1. Februar 2014, von Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstandes, und Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

„Das ist erst der Anfang“ ist das Motto der Halkların Demokrati Partisi (Demokratische Partei der Völker, HDP), die 2012 in der Türkei gegründet wurde. Sie ging aus dem Halkların Demokratik Kongresi (Demokratischer Kongress der Völker, HDK) hervor, einem Bündnis verschiedener linker Parteien, Organisationen und Einzelpersonen, das bereits zu den Parlamentswahlen 2011 als Wahlbündnis zusammen mit

der kurdischen Barış ve Demokrasi Partisi (Partei für Frieden und Demokratie, BDP) angetreten war. Zu den Kommunalwahlen am 30. März diesen Jahres wird die BDP in ihren Hochburgen im Osten der Türkei und die HDP im Westen der Türkei antreten. Zuvor waren bereits BDP-Abgeordnete aus der BDP aus- und in die HDP eingetreten, um sie mit aufzubauen. Ziel ist es, auch über die Wahlen hinaus langfristig die HDP als neue linke Kraft in der Türkei zu etablieren. Der Weg dorthin ist von vielen Fragen begleitet, weshalb die HDP für den 1. Februar zu einer Konferenz einlud unter dem Titel „Auf der Suche nach einer neuen Politik“, an der auch die beiden Autoren teilnahmen.

Schon die Fahrt zum Konferenzgebäude, auf der viele Wahlplakate und Wimpelketten der verschiedenen Parteien zu sehen waren, machte deutlich, dass sich Ankara schon zwei Monate vor dem Wahltermin mitten im Wahlkampf befindet. Seit den Gezi-Protessen im letzten Sommer und vor dem Hintergrund der jüngsten Korruptionsskandale in der Türkei gelten die anstehenden Kommunalwahlen als Lackmusestest für die regierende AKP. Kann Erdogan seinen Einfluss halten oder geht die AKP geschwächt aus der Wahl hervor? Sind die Chancen für Oppositionsparteien gestiegen? Die HDP stellt ihrerseits in vielen Städten eigene Kandidaten auf. Sie hoffen auf eine landesweite Zustimmung von mindestens 8 Prozent, laut Umfragen stehen BDP und HDP bei 5-6 Prozent. Trotz Gezi und Skandalen ist Erdogans AKP populär und kommt derzeit in Umfragen auf 42 Prozent, nur fünf Prozent weniger als vor einem Jahr.

Thema der Konferenz war weniger die Kommunalwahl als die Frage, wie in anderen Ländern linke Projekte und linke Ideen umgesetzt werden, wie eine Alternative gegen neoliberale Politik auf parlamentarischer Ebene und in sozialen Bewegungen erkämpft werden kann und vor welchen Herausforderungen andere linke Parteien stehen. Erste Gastrednerin war Asya Abdallah, die Kovorsitzende der syrischen kurdischen Partei PYD, die in Nordsyrien (Rojava) derzeit unter den schwierigen Bedingungen des Bürgerkrieges mit anderen kurdischen Parteien eine Form der Selbstverwaltung aufbaut. Die Schilderungen der Bedingungen vor Ort waren sehr eindrucksvoll. Man hatte sich auf ein Kantons-Modell in Rojava verständigt, in der Vertretung der Kantone sind zahlreiche Organisationen eingebunden (assyrische, arabische, christliche, jezidische, etc.) und durch Quotenregelung ist die Repräsentation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen geregelt. In drei bis vier Monaten sollen die ersten Wahlen in Rojava stattfinden. Asya Abdallah betonte die Pionierrolle der Frauen in der Region, die sich besonders stark einbringen. Die Entwicklung in Nordsyrien hin zu einer autonomen und basisdemokratisch orientierten Selbstverwaltung könnte eines Tages ein Modell für ganz Syrien und auch für andere Länder sein.

Asım Akansöy von der türkisch-zypriotischen Cumhuriyetçi Türk Partisi (Republikanisch-Türkische Partei, CTP) sprach über die Erfahrungen seiner Partei, die 2005 sehr plötzlich mit 44,5 Prozent Regierungspartei wurde. Sie waren von dieser Entwicklung überrascht worden und hatten für viele Aufgaben nicht sofort Konzepte parat. Viele Probleme konnte die CTP regional auch gar nicht lösen, was zu einem schlechteren Wahlergebnis 2010 führte. Trotz der EU-kritischen Haltung betonte Akansöy die positive Rolle, die der EU-Beitrittsprozess der Türkei auf die Entwicklung in Zypern hat.



Über Deutschlands Rolle in der EU, die Europäische Linkspartei und DIE LINKE in Deutschland sprach Dominic Heilig. Er verwies in seinem Beitrag auf die Sammlung linker Kräfte seit dem Jahr 2007, dem Gründungsjahr der Partei und die aktive Teilnahme an den Protestaktionen der sozialen Bewegungen in Deutschland. Heilig sagte: „Zu einer überzeugenden, linken Partei gehört beides: eine starke oppositionelle parlamentarische Vertretung auf allen Ebenen und die Verankerung in den Bewegungen.“

Georgios Tsipras von Syriza sprach über die Krise in Griechenland und über die Konflikte, die es dazu unter den griechischen Linken gibt. Syriza liegt in Umfragen in Griechenland derzeit vorn. Für den Fall, dass die griechische Linkspartei eines Tages die Regierung stellen sollte, muss sie schon jetzt Antworten finden. Eine große Rolle spielt dabei die Frage nach den griechischen Staatsschulden. Tsipras erläuterte, dass es nicht funktionieren würde, würde man eine Rückzahlung der Schulden komplett verweigern, wie es einige Linke in Griechenland fordern, ebenso wäre ein Austritt aus dem Euro fatal. Die Folgen für die griechische Wirtschaft wären noch desaströser als jetzt. Die Bedingungen für die Rettungspakete, die von der Troika gestellt wurden, müssen neu ausgehandelt werden, die Schuldenlast muss den kleinen Leuten von der Schulter genommen werden und es muss Investitionen in die griechische Wirtschaft geben. Für Syriza sind die Proteste auf der Straße wichtiger Teil des politischen Handelns und eine Möglichkeit, die vielen linken Strömungen in Griechenland zu einen. Auch wenn es, wie Tsipras schilderte, noch immer zum ersten Mai drei verschiedene linke Kundgebungen in Griechenland gibt.

Sebahat Tuncel und Ertuğrul Kürkçü, die beiden Vorsitzenden der HDP, betonten in ihren Redebeiträgen die Vielfalt und Offenheit der HDP. So versteht sich die HDP nicht nur als offen gegenüber Sozialisten, sondern ebenso für Vertreter aus der LGBT-Bewegung und aus der Umweltbewegung, für Feministinnen und linke Demokraten. Kürkçü stellte fest: „Nicht die Arbeiterklasse folgt uns, sondern wir folgen ihr.“ Die HDP kann sich nicht als Speerspitze einer neuen Bewegung aufspielen, sondern muss versuchen, die Forderungen anderer Bewegungen aufzugreifen und in ihrer Politik mit umzusetzen. Zugleich versteht sich die HDP nicht als verlängerter Arm der BDP, sondern als eigenständiges Projekt in Kooperation mit der BDP. Tuncel betonte in ihrem Beitrag, dass in der Türkei eine multiethnische und multikulturelle Gesellschaft besteht. Die türkische Assimilationspolitik muss beendet werden und eine neue demokratische Türkei auch der Vielfalt der Gesellschaft Rechnung tragen.

Die Offenheit, die die HDP für sich als Anspruch formuliert, war auch auf der Konferenz spürbar. Kritische Nachfragen aus dem Publikum wurden offen beantwortet und die Atmosphäre war entspannt. Nur eine enthusiastische Aufbruchstimmung schien nicht so recht aufkommen zu wollen. Zum Fazit der Konferenz gehört einmal die Erkenntnis, dass es nicht reicht, den Rücktritt einer Regierung zu fordern, man muss auch Antworten haben, was danach kommt. Und man kann Veränderungen nicht allein und nur regional anstreben. Soziale Bewegung und linke Politik in den Parlamenten müssen überregional und global gemeinsam für eine andere Welt streiten.

Ziel ist ein prosperierender und nachhaltiger Sozialismus

Wie entwickelt sich die kubanische Wirtschaft drei Jahre nach dem 6. Parteitag der KP Kubas?

*Von Jörg Rückmann, AG Cuba Sí
(Siehe auch: Cuba Sí-Revista 1/2014)*

Kuba aktualisiert sein sozialistisches Wirtschaftsmodell – und das mit einigem Erfolg. Fast täglich liest man Neues, und in manch geschriebenem Text fehlt durch den Fluch des Drucktermins die aktuellste Meldung. Die ökonomischen Ergebnisse, die Kuba heute vorweisen kann, beruhen zum einen auf den Maßnahmen des Wirtschaftsparteitages 2011 und zum anderen auf langfristigen Orientierungen in den 80er und 90er Jahren.

Für Kubabesucher zeigt sich die positive ökonomische Entwicklung vor allem in den sanierten Stadtzentren. Auch immer mehr private Häuser und Wohnungen werden durch ihre Bewohner auf Vordermann gebracht. Dafür hat der kubanische Staat über 145 000 Kleinkredite im Wert von 36 Mio. US-Dollar zu günstigen Konditionen ausgereicht sowie mit 22 Mio. US-Dollar Baumaterial subventioniert. Ein System von Versorgungsläden für Werkzeug und Material ist im Entstehen, auch wenn der steigende Bedarf nicht immer gedeckt werden kann.

Auffallend ist auch die Zunahme kleiner privater Läden, Cafés und Restaurants. Das Angebot in den Geschäften und auf den Bauernmärkten hat sich verbessert. Mehr als 440 000 Lizenzen wurden bisher für die derzeit 201 zugelassenen freien Berufe vergeben. Zählt man die Angestellten im privaten Sektor hinzu, arbeiten heute rund eine Million Menschen in diesem Bereich. Der Staat fördert die neuen Selbständigen und die Kooperativen.

Für Einzelbauern wurden 2012 mit dem Gesetz Nr. 300 die Landvergabe erweitert (bis 65 ha) und auch die Pachtzeit verlängert (bis 25 Jahre). Ungenutzte Flächen staatlicher Betriebe können in Genossenschaftsland umgewandelt oder an Einzelbauern vergeben werden. Einzelbauern dürfen auf dem Land, das sie bewirtschaften, ihr Wohnhaus errichten. Das ist angesichts der schwierigen Wohnungssituation ein großer Anreiz, eine Tätigkeit in der Landwirtschaft aufzunehmen.

Im Juli 2013 starteten nach einer mehrmonatigen Experimentierphase 96 Genossenschaften im nichtlandwirtschaftlichen Bereich (Bauwesen, Transport, Dienstleistungen, Verkaufsstellen), die es vorher in Kuba so nicht gab. Heute sind es bereits über 270 solcher Genossenschaften. Allerdings dominieren hierbei immer noch die nichtproduktiven Bereiche.

Die tragenden Säulen des neuen Wirtschaftsmodells werden aber der staatliche Betrieb, das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln und die Planung bleiben. Der Staat wird sich vornehmlich auf den makroökonomischen Bereich konzentrieren und wieder mehr langfristige Ziele festlegen.

Ökonomische Bereiche und Projekte, mit denen Devisen erwirtschaftet werden können, genießen Vorrang in der Planung: so z. B. die Sonderwirtschaftszone Mariel. Dort entsteht mit brasilianischer Hilfe (Investitionssumme 950 Mio. US-Dollar) der größte Containerhafen der Region, dazu ein Industriepark, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen.



gen sowie eine technische Universität. Der erste Bauabschnitt wurde Anfang 2014 in Betrieb genommen. In Mariel werden auch die riesigen Frachter der Super-Postpanamax und perspektivisch auch der Triple-E-Klasse einlaufen können. Investoren werden mit Steuererleichterungen und geringen Zöllen gelockt.

Zu einem erfolgreichen Exportzweig hat sich die Pharmaindustrie entwickelt, in der heute bereits 74 000 Beschäftigte in 217 Zentren arbeiten. Die Betriebe können „ohne Einmischung anderer Instanzen“, wie es in den Bestimmungen heißt, Verträge aushandeln, Personal einstellen, Investitionen tätigen und Firmengruppen bilden. Im November 2012 schlossen sich 38 Unternehmen der Biotechnologie, Pharmazie, des Handels und des Dienstleistungsbereiches zum Firmenverbund „BioCubaFarma“ zusammen, der in dieser Konstellation auch selbstständig den Vertrieb seiner Produkte organisieren kann.

Kuba produziert heute 583 Medikamente selbst (Generika und Eigenentwicklungen) und exportiert diese Produkte. In den letzten Jahren konnte das Land mit Eigenentwicklungen gegen Diabetes, Krebs, Meningitis B und C, Hepatitis B sowie gegen Tierseuchen aufwarten. Aufmerksamkeit erregte die Firmengruppe Labiofam im September 2013 mit der Präsentation eines neuen Krebspräparates, das nur die Tumorzellen bekämpft.

Der gesamte Bereich Medizin – einschließlich des Einsatzes von Ärzten im Ausland – erwirtschaftet mittlerweile die meisten Devisen für den kubanischen Staatshaushalt. Erst im Sommer 2013 hatte Brasilien 5 000 kubanische Ärzte angefordert; 2014 wird diese Zahl noch einmal aufgestockt.

Kuba entwickelt eigene IT-Lösungen für die Betriebe und Institutionen des Landes. Das ist notwendig, denn die internationale IT-Branche entwickelt sich rasant – und die USA halten an der Blockade gegen die Insel fest. Kuba setzt dabei auch auf sogenannte freie Software, z. B. beim Betriebssystem „Nova“ – einer kubanischen Software-Distribution auf Basis von GNU/Linux, welche an der Universität der Informatikwissenschaften (Universidad de las Ciencias Informáticas) in Havanna entwickelt wurde. Aber Kuba exportiert auch Software: Venezuela und Kuba haben bereits 2009 ein Computerprogramm für Erdölunternehmen mit dem Namen „Guardian del Alba“ vorgestellt, das heute in Venezuela im Einsatz ist. Auch in Ecuador (Software zur Verarbeitung von medizinischen Bildern), in Venezuela (Identifikation von Reisepässen), in Mexiko (digitale Reisepässe), in Spanien (Krankenhäuser), in Ecuador und Bolivien (Programme für Menschen mit Behinderungen) ist Software made in Cuba im Einsatz.

Den Anteil an regenerativen Energien will Kuba bis 2020 auf 16,5 Prozent steigern (derzeit 3,8%). In der Stadt Guantánamo ist gerade eine neue Solarstromanlage (2,5 MW) fertiggestellt worden, es gibt 20 neue Biomassegeneratoren, und bis 2015 sollen 6 neue Biogaskraftwerke in Betrieb gehen. Im Elektrobetrieb „Ernesto Che Guevara“ (Provinz Pinar del Río) produziert Kuba Photovoltaikmodule (185 und 240 Watt) – 40 000 Stück im Jahr 2013.

Die Modernisierung der traditionellen Zuckerindustrie soll bis 2015 abgeschlossen sein. 2012 hat Kuba 63 Prozent seiner Deviseneinnahmen aus diesem Bereich in neue Erntemaschinen und Technische Ausrüstung investiert. Die Investitionssumme beträgt gegenwärtig 10 Mio. US-Dollar pro Jahr.

Auch der Tourismus wird in den kommenden Jahren wei-

terentwickelt. Fast drei Millionen Gäste registriert Kuba jedes Jahr. Die Insel wird von 36 internationalen Fluglinien angesteuert. Die kubanische Regierung möchte aber mehr und mehr den negativen Auswirkungen des Massentourismus entgegenwirken. Gefördert werden soll z. B. der Natur- und Gesundheitstourismus sowie der hochpreisige Bereich.

Derzeit erreicht Kuba stabile Steigerungen des BIP zwischen 2 und 3 Prozent (2013: 2,7%), was allerdings unter den gesteckten Zielen liegt.

Parallel zu den Wirtschaftsmaßnahmen treten neue rechtliche Bestimmungen in Kraft, so z. B. (erstmalig) ein Steuersystem sowie ein neues Arbeitsgesetz. Der kubanische Staat achtet streng darauf, dass diese Gesetze eingehalten werden und führt einen harten Kampf gegen Korruption.

Problemgebiete sind weiterhin das Bauwesen, die Landwirtschaft und der Transport. 2012 hat z. B. Hurrikan Sandy 200 000 Häuser und Wohnungen beschädigt bzw. zerstört. Trotz Zuwachsraten in der Landwirtschaft muss Kuba immer noch einen Großteil seiner Lebensmittel importieren. Um die Transportsituation zu verbessern, investiert das Land derzeit große Summen in den öffentlichen Nahverkehr sowie in den Ausbau des Schienennetzes. Aus Russland hat Kuba neue Flugzeuge gekauft, um die Passagierkapazitäten im Inlands- und Regionalverkehr zu erhöhen.

Beschlossen ist die Abschaffung der Doppelwährung (kubanischer Peso – CUP und „konvertibler“ Peso – CUC), jedoch wird in jeder Verlautbarung darauf hingewiesen, dass dieser Schritt nur mit einer höheren und effektiveren Produktion, mit einer Belebung des Binnenmarktes und der Anhebung der Löhne einhergehen kann. Ein Zeitpunkt für die Währungszusammenführung wurde aber bisher noch nicht genannt.

In den letzten Jahren ist es Kuba durch Verhandlungen gelungen, seine Auslandsschulden zu reduzieren. Mit Mexiko wurde ein Schuldenerlass von 478 Mio. US-Dollar vereinbart, Japan hat Kuba Verbindlichkeiten von 1,4 Mrd. US-Dollar erlassen, und mit China wurde ein Umschuldungsprogramm über 6 Mrd. US-Dollar ausgehandelt. Im Dezember 2013 hat Russland Kuba 90 Prozent seiner Auslandsschulden (ca. 26 Mrd. US-Dollar) gestrichen.

Kuba hat heute Handelspartner in 160 Ländern. Eine besonders interessante Zahl: Das Handelsvolumen mit den Ländern des amerikanischen Kontinents beträgt heute 55 Prozent (u. a. Venezuela: 32%, Kanada: 6%, Mexiko: 3%) des kubanischen Außenhandels. Bis 1989 waren es lediglich 5 Prozent. Europa liegt bei zirka 27 Prozent, Asien bei 14 Prozent (China: 11%).

Gegenwärtig entdecken viele Länder die Karibikinsel als neuen Handelspartner oder beleben alte Kontakte neu. Auf der 31. Internationalen Industriemesse in Havanna (November 2013) präsentierten rund 1 400 Unternehmen aus 65 Ländern ihre Erzeugnisse – ein Rekordergebnis.

Die Ziele für 2014 hat Marino Murillo, Verantwortlicher für die Umsetzung der Leitlinien des 6. Parteitages, so formuliert: Es geht um einen „prosperierenden und nachhaltigen Sozialismus“. Dies sei nur durch höhere Produktivität und Effizienz vor allem in den Staatsbetrieben zu erreichen. Dafür würden sie mehr Autonomie erhalten und mit rund 500 Mio. Peso unterstützt. Einen Teil des erwirtschafteten Gewinns (auch in Devisen) könnten sie selbstständig verwalten. Auch werde der Kauf und Verkauf von Maschinen zwischen staatlichen Betrieben direkt möglich sein. Besonderes



Augenmerk, so Murillo, werde auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine positive Handelsbilanz gelegt. Bei Investitionen sollten kubanische Produkte bevorzugt werden, Auslandsinvestitionen würden vorrangig in die Sonderwirtschaftszonen fließen.

Bei diesem ökonomischen Umbau des Landes werde Kuba seine gute Sozialpolitik fortsetzen und spezifizieren, aber auch Maßnahmen ergreifen, um entstehende soziale Ungleichheiten zu mildern.

Kuba geht auch weiterhin seinen eigenen, souveränen Weg. Durch die Einbindung in die lateinamerikanische Staatengemeinschaft und die neuen Formen der Zusammenarbeit in Organisationen wie z. B. ALBA, Unasur, Mercosur, Petrocaribe, CARICOM und in der CELAC hat sich Kuba zu einem selbstbewussten ökonomischen Partner und souveränen politischen Akteur in der Region entwickelt. Trotz US-Blockade und trotz der bisherigen EU-Politik.

- Zum Thema: „Die ökonomische Entwicklung Kubas“ bietet die AG Cuba Sí einen **Fotovortrag** an.

○ **Venezuela 2013: Eine politische Jahresbilanz**

Am Ende des Jahres 2013 steht die Opposition ohne politischen Plan da. Nun muss die Regierung ihre eigenen Konzepte erneuern.

Von Aram Aharonian, Direktor und Mitinitiator des Fernsehsenders Telesur, aus: amerika21.de, 29. Dezember 2013, Übersetzung aus dem Spanischen: Klaus E. Lehmann

In Venezuela sind die Kommunalwahlen vom 8. Dezember zu einer vernichtenden Niederlage für die von der Opposition verfochtene These eines Plebiszits geworden. Es ist nicht gelungen, wie es hieß, „(Nicolás) Maduro aus (dem Präsidentenpalast) Miraflores zu entfernen“. Auch die orchestrierte politische und mediale Propaganda der kontinentalen und globalen Rechten, die den endgültigen Zusammenbruch des Chavismus vorhergesagt hatte, lag daneben. Aufgrund dieser Wahlen sieht sich die Opposition nun vor eine schwierige Übergangsphase gestellt, die durch eine große Anzahl interner Unstimmigkeiten noch verschärft wird. Nach fünf nationalen Wahlen in 18 Monaten werden sich ihre Anführer neu erfinden und ihr politisches Handlungskonzept außerhalb des Wahlzusammenhangs definieren müssen. Denn nun wird es fast zwei Jahre lang keine Abstimmungen mehr geben.

Die Bilanz dieses Misserfolges bedeutet – jenseits der Fortschritte in verschiedenen großen Städten und jenseits des Zugangs zu neuen öffentlichen Mitteln – eine Reihe von Erschütterungen innerhalb der oppositionellen „Einheit“. Ihre Führungsriege hat zweifellos an Glaubwürdigkeit, Ansehen und Führungskraft verloren. Zumindest gab es diesmal kein Wahlbetrugsgeschrei.

Gewiss hat aber noch kein Land in so kurzer Zeit eine dermaßen rasche Abfolge von Wahlen erlebt (19 in 15 Jahren), und man kennt auch keine Wahlvorgänge, die stärker beobachtet und überprüft wurden, wobei diese unzweifelhaft ihre Transparenz und Abstimmungssicherheit bewiesen haben.

Bei den Präsidentschaftswahlen am vergangenen 14. April gab es Führer der Opposition, die ihre Anhänger dazu auf-

riefen, gegen die Ergebnisse aufzubegehren. Das Resultat bestand in elf Toten und einer beharrlichen Leugnung der Rechtmäßigkeit des gewählten Präsidenten.

Dieses zu Ende gehende Jahr 2013 wurde vom „Tisch der Demokratischen Einheit“ (MUD) und seinen Förderern aus den USA und Kolumbien als Jahr der Niederlage des Chavismus gewertet, wobei sie durch den Tod von Hugo Chávez ermutigt wurden. Sie benutzten eine Differenz von mehr als 300 000 Stimmen beim Sieg von Maduro am 14. April 2013 zur Konstruktion einer falschen Betrugshypothese und unternahmen noch am 15. April den Versuch eines Staatsstreiches, der aufgrund der fehlenden Unterstützung durch Bevölkerung und Militär scheiterte.

Die Hauptsünde der Opposition war dabei vielleicht die Unterschätzung und Abwertung des boliviarisch gesinnten Teils der Bevölkerung als Subjekt des Wandels. Heute gibt es Zweifel daran, was mit den überheblichen Führern der MUD geschehen wird, und was aus ihrem letzten Präsidentschaftskandidaten, Henrique Capriles Radonski, werden soll, während die Bürgerschaft erwartet, dass die sozialistische Botschaft, die in der Wahlkampagne fehlte, nach der Auflösung der Gewitterwolken der Wahlversprechen wieder ins Blickfeld genommen wird. „Entweder die Regierung ändert sich, oder das Volk wird sie hinwegfegen“, sagte Capriles im Wahlkampf. Später, als ihn die Zahlen sogar in seinem eigenen Bundesstaat Miranda als Verlierer auswiesen, zog er es vor zu schweigen.

Die traditionellen Parteien, die Acción Democrática mit 16 und die Copei mit 14 Prozent, sind die Parteien, die innerhalb der MUD die Mehrheit der Rathäuser gewonnen haben – eine Zahl, die, wenn man die von der Partei Un Nuevo Tiempo eroberten Bürgermeisterämter hinzuzählt, insgesamt 54,6 Prozent der 75 unter dem Dach der oppositionellen Koalition gewählten Bürgermeister ausmacht. Die übrigen 45,4 Prozent verteilen sich auf zehn Organisationen, darunter Primero Justicia (die Partei von Capriles), Voluntad Popular, Avanzada Progresista, Alianza Bravo Pueblo, La Causa R und Proyecto Venezuela.

Die Differenz zwischen dem Chavismus und der MUD übertraf am Ende die Zahl von einer Million Stimmen. Das ist eine weite Spanne, die in einem chavistischen Sieg in 76 Prozent der umkämpften Rathäuser zum Ausdruck kommt, aber weiterhin 40 Prozent der Wählerschaft als entschieden antichavistisch ausweist.

Genau wie der Chavismus die Person von Chávez überlebt hat, behält der Antichavismus nach 14 Jahren seine Geltung und kann und darf von den boliviarischen Kräften nicht unterschätzt werden. Der Chavismus bleibt weiterhin Realität: eine Bewegung, die ein kulturelles und ökonomisches Modell von großer Durchschlagskraft aufrechterhält und dessen Unterstützung durch die Wählerschaft unterschätzt worden ist. Wie es scheint, sind jedoch weder die breiten Bevölkerungsschichten dazu bereit, massiv auf die Seite der MUD überzuwechseln, noch ist es dem Chavismus gelungen, die Mittelschichten zu erobern.

Wer hat gewonnen und wer verloren?, fragen sich die Analysten. Sie heben die Tatsache hervor, dass die Opposition Zugang zu neuen finanziellen Mitteln erhalten hat, was ihr – soweit sie halbwegs vereint bleibt – dazu dienen kann, Verschwörungen zu fördern, um eine politische Maschinerie zu organisieren, die dem boliviarischen Prozess Schaden zufügt.



Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Initiative der Regierung, gegen den Preiswucher vorzugehen, der Rechten geschadet hat. Diese brüstete sich in ihrem oppositionellen Eifer als Verteidigerin der Spekulanten. Das gipfelte darin, dass einige ihrer Führer zum Ausdruck brachten, es handle sich dabei um einen Angriff „auf die Gesellschaft“ und auf „die Demokratie“.

Die von der Regierung Maduro am 6. November mit Verspätung erlassenen Maßnahmen gegen Unterversorgung und Spekulation verliehen der mutlos gewordenen öffentlichen Stimmung Auftrieb und mobilisierten die boliviarische Wählerschaft, indem sie – warum auch nicht? – das Klassenbewusstsein wieder ins Spiel brachten.

Die positive Reaktion der Regierung bremste gewissermaßen, wenn auch auf verspätete, oberflächliche und unzureichende Weise, die Offensive der Rechten und führte zu einer Atempause, die dazu dienen sollte, den „Plan de la Patria del Golpe de Timón“, den Chávez vorgeschlagen hatte, umzusetzen. Es ist jedoch auch zutreffend, dass es dem Chavismus an diesem Tag der Loyalität zu Chávez weder gelang, das Rathaus von Barinas, der Hauptstadt des Bundesstaates seiner Geburt, noch die Bürgermeisterämter der Angedemten von Táchira und Mérida, noch die von Monagas im Tiefland und den Zentralgemeinden von Heres und Bolívar zu erobern, weshalb arrogante Haltungen jeglicher Art von Siegesicherheit vermieden werden sollten.

Die Opposition hat in verschiedenen Bundesstaaten Machtspielräume gewonnen: Sie holte Barquisimeto, Valencia, Maturín und Barinas zurück, verlor jedoch Ciudad Bolívar und San Carlos.

Für den Soziologen Javier Biardeau hat der boliviarische Prozess zwei grundlegende strategische Ziele erreicht: Er hat politisch gesehen entschieden an Zeit gewonnen, ohne dabei große Machtspielräume zu verlieren; andererseits ist es ihm gelungen, der Strategie des kurzfristigen Zusammenbruchs, die von einem Teil der Opposition betrieben wurde, Einhalt zu gebieten und damit einer politischen Risikozone zu entkommen.

Nach einem harten, schmerzhaften Jahr 2013, in dem etwas geschah, was nicht geschehen durfte, nämlich nicht weniger als der Tod von Comandante Hugo Chávez, beginnt nun das Jahr 2014, in dem Kämpfe anderer Art auf der Tagesordnung stehen, die aber diesmal nicht von Wahlen bestimmt sein werden. Im kommenden Jahr wird es keine Abstimmungen geben. Die politische Landkarte, die von der Wahl von 337 Bürgermeistern festgelegt wurde, wird zum Schlachtfeld eines (weiteren) entscheidenden Jahres, in dem die boliviarische Revolution ihre Fähigkeit wird beweisen müssen, sich neu zu erfinden und sicheren Schritten durch ein Minenfeld zu gehen.

Für sich genommen haben diese Kommunalwahlen weder irgendein Ende noch irgendeinen Beginn markiert. Diejenigen, die von der Möglichkeit eines historischen Wendepunktes gesprochen haben, der zugleich das Zweilagersystem oder die Polarisierung überwinden würde, werden abwarten müssen, was im Jahr 2014 geschieht.

Vorerst scheint die Alternative in Venezuela klar zu sein: Entweder man beschreitet weiterhin den Weg des so genannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts oder man träumt von der Rückkehr zum neoliberalen Kapitalismus. Angesichts des Machtverschleißes oder der Unzufriedenheit aufgrund

von Ineffizienz, Inkompetenz oder Korruption gibt es keine Wahlmöglichkeiten, keine Sicherungen.

Die bestehende Alternative lässt keinen Raum für Kritik, es gilt, sich hinter die Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) oder den Tisch der Demokratischen Einheit (MUD) zu stellen. Die kommerziellen Kommunikationsmedien sind die Galionsfiguren der großen Wirtschaftsgruppen und ihrer Interessen, die zugleich diejenigen sind, die an der Spitze der Opposition stehen.

Die staatlichen Medien, die auf Regierungsseite stehen und keine Zuschauer oder Zuhörer haben, die in einem Syndrom des Belagerungszustandes gefangen sind, geben keinen Raum für Kritik und bilden in ihrer ständigen Wiederholung von Parolen einen (schlechten) Propagandaapparat. Und die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen? Sie enthalten sich unter dem erpresserischen Druck, der Opposition nicht in die Hände zu spielen, jeglicher Regierungskritik oder sind in der Unterstützung der Regierung befangen.

Die Zweifel bleiben verborgen. Offenkundig sind die Wahlergebnisse vom 8. Dezember kein ausreichender Beweis für die Konsolidierung der Führerschaft von Nicolás Maduro, um dem Erbe von Chávez Kontinuität zu verleihen. Die PSUV und ihre Verbündeten werden die Ursachen der Niederlagen in einigen Regionen und Gebieten von strategischer Bedeutung genauestens analysieren müssen.

Die Aktivisten des Chavismus vergessen nicht die aufgezungenen Kandidaturen – Figuren aus Showgeschäft und Sport eingeschlossen – die keinerlei Repräsentanz der chavistischen Basis verkörpern. Einige Analysten fragen sich, worin der wahre Wert der Kontrolle der Mehrzahl der Bürgermeisterämter bestehen soll, die für sich genommen einen Gegensatz zu dem auf kommunaler Basis beruhenden Modell verkörpern, das auf der von der Revolution propagierten Volksmacht beruht.

Es ist höchste Zeit, eine tiefer gehende Untersuchung der Gründe vorzunehmen, um herauszufinden, warum die Leute in so vielen Armeleutenvierteln für die Opposition gestimmt haben, meint Eleazar Díaz Rangel, die Chefin der Tageszeitung Últimas Noticias.

Die PSUV ist keine Fabrik von Ideen, Plänen und Projekten, sondern eine Wahlmaschine. Es gibt keine Möglichkeit zur Kritik und noch viel weniger zur Selbstkritik. Die Kandidaten werden ohne Befragung der Basis „dedokratisch“, das heißt per Fingerzeig, bestimmt. Und all dies führt zunehmend dazu, militante Chavisten zur Wahlenthaltung und sogar zur vergeblichen Suche nach anderen Alternativen zu treiben oder – was noch schlimmer ist – zum Verlust der Hoffnung.

Vielleicht wird es der PSUV, da keine Wahlen vor der Tür stehen, nun an Ausreden fehlen, sich nicht mit dem politischen Aufbau an der Basis zu befassen, und vielleicht werden sich auch die öffentlichen Kommunikationsmedien von der Dringlichkeit des Bekehrungseifers befreien. Mancher bezeichnet es als einen frischen Windhauch, dass Präsident Maduro den Kampf gegen die Korruption als hausgemachtes und tödliches Übel zu einer wichtigen Achse der zweiten Etappe seiner Präsidentschaft erklärt hat.

Venezuela steckt weiterhin in einer tiefen ökonomischen Krise und zeigt Anzeichen von institutioneller Ermüdung. Was werden Regierung und Opposition in einem Jahr ohne Wahlen anstellen?



20 Jahre Aufstand der Zapatistas

Von ¡Alerta! – Lateinamerika-Gruppe Düsseldorf,
1. Januar 2014; aus: alerta! Düsseldorf/RedGlobe

Vor 20 Jahren, am 1. Januar 1994, überraschte der Aufstand der Zapatistas in Mexikos südlichem Bundesstaat Chiapas Mexiko und die Welt. Die Mächtigen riefen sich verwundert die Augen: Unerhört! Eine linke Guerilla, getragen von den scheinbar Machtlosesten, den indigenen Selbstversorgungsbäuerinnen und Bauern aus einem verarmten, scheinbar rückständigen Winkel dieser Welt, versaut die Feierlaune, mit der das kapitalistische System nach dem „Ende der Geschichte“ sich selbst als einzigen Überlebenden feiern wollte.

Auch viele linke Bewegungen, die sich nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ eher orientierungslos und in der Defensive fühlten, waren verblüfft – allerdings meist auch begeistert. Vielen von ihnen gab der Aufstand neuen Mut und neue Ideen. Bis heute erstaunt dieser damals völlig utopisch scheinende Aufstand. Denn er brach nicht nach kurzer Zeit zusammen, die Zapatistas führen ihre Revolution vielmehr bis heute fort. Seit 20 Jahren leben sie nun in ihren über 1 000 Gemeinden eine auf Gleichberechtigung, Basisdemokratie und Solidarität basierende gesellschaftliche Alternative, die ihre Lebenssituation deutlich verbessert hat. Nicht ohne Stolz luden sie nun mehrere tausend Aktivist/-innen linker Basisbewegungen aus der ganzen Welt ein, eine Woche lang mit ihnen in ihren Gemeinden zu leben und von ihrer Praxis zu lernen.

Dem Aufstand von 1994 ging ein jahrzehntelanger Lern- und Organisationsprozess voraus. Chiapas ist reich an natürlichen Ressourcen, während der Großteil der Menschen unter schlechten Lebensbedingungen lebt, weil sich einige wenige den Reichtum des Landes aneignen: Großgrundbesitzer, die den indigenen und nicht-indigenen Kleinbäuerinnen und Bauern seit der Kolonisation die fruchtbarsten Böden geraubt haben und anschließend die Menschen unter sklavenähnlichen Zuständen auf ihren Fincas arbeiten ließen, und seit einigen Jahrzehnten auch mexikanische und transnationale Konzerne, die die Wasservorkommen, die Biodiversität und andere natürliche Ressourcen ausbeuten und dafür Menschen und Umwelt schaden, ohne etwas von dem Reichtum abzugeben, den sie damit anhäufen. Doch immer wieder hatten die politischen und wirtschaftlichen Eliten die friedlichen Versuche der Menschen, ihre Lage zu verändern, ignoriert oder niedergeschlagen.

Aus dieser Erfahrung heraus bildete sich seit 1983 allmählich und im Verborgenen aus vielen kleinen Dörfern im unzugänglichen Hochland und im tropischen Tiefland von Chiapas das Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN, Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) – eine Guerilla-Armee vor allem aus indigenen Kleinbäuerinnen und Bauern und benannt nach dem legendären sozialrevolutionären Anführer der mexikanischen Revolution von 1910, Emiliano Zapata. Gleichzeitig organisierten sich die Dörfer auf Grundlage ihrer basisdemokratischen indigenen Traditionen sowie geleitet von sozialistischen, anarchistischen und befreiungstheologischen Ideen. Das bedeutete auch Emanzipationsprozesse innerhalb der Bewegung: 1993 setzten die zapatistischen Frauen – die u. a. 40 Prozent der Guerilla-Mitglieder stellten – das „Revolutionäre Frauengesetz“ durch, das ihnen die gleichen Rechte wie den Männern zusicherte und ihre

Forderungen nach Respekt und Selbstbestimmung verankerte. Gleichzeitig trafen die Unterstützungsgemeinden der EZLN im Laufe des Jahres 1993 in basisdemokratischer Abstimmung die Entscheidung zum Aufstand.

Der Aufstand der Würde

Die neoliberalen Reformen des letzten Jahrzehnts hatten ihre ohnehin schon prekäre Existenz als Selbstversorgungsbäuerinnen und Bauern oder landlose Tagelöhner/-innen immer schwieriger gemacht. Mit ihrem Aufstand erhoben sie sich gegen diese Politik ebenso wie gegen ihre jahrhundertalte Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung als Indígenas. Sie wollten nicht mehr ohne Gegenwehr an Hunger oder heilbaren Krankheiten sterben, sie wollten nicht mehr, dass ihre indigene Lebensweise und ihre Weltsicht abgewertet und bekämpft werden.

Für ihren Aufstand wählten sie den 1. Januar 1994 – den Tag, an dem die Regierungschefs Mexikos, Kanadas und der USA feierlich das neoliberale Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft setzen wollten. Im Morgengrauen dieses Tages besetzten Tausende meist schlecht bewaffnete Zapatistas unter der Losung „¡Ya Basta!“ („Es reicht!“) fünf Bezirkshauptstädte und viele Ländereien von Großgrundbesitzern in Chiapas. Sie forderten, was ihnen bisher verwehrt war: ein Leben in Würde mit guter Arbeit, ausreichend Land, Nahrung und Wohnraum, mit Gesundheit, Bildung und in Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden – auch verlangten sie eine Aussetzung von NAFTA. Auch wenn sie damit keine landesweite Revolution lostreten konnten, versauten sie den Mächtigen aus Wirtschaft und Politik doch gehörig die Party.

Die mexikanische Regierung schickte das Militär nach Chiapas, das Hunderte Menschen, vor allem Zivilist/-innen, tötete. Die Zapatistas zogen sich aus den Städten wieder in ihre Gemeinden und auf die neu besetzten Ländereien zurück. Nach zwölf Tagen Kampfhandlungen erklärten beide Seiten einen Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen. Dazu sah sich die mexikanische Regierung gezwungen, weil Hunderttausende Menschen in Mexiko und weltweit spontan für ein Ende des Krieges gegen die Zapatistas demonstrierten und ihre Solidarität mit den Forderungen der Bewegung bekundeten. Die Zapatistas verstanden die solidarische Botschaft der Zivilgesellschaft nach Gewaltverzicht und erklärten, fortan ohne Waffen weiterkämpfen zu wollen.

Orientierungspunkt und Motivationsschub für viele Bewegungen

Seither ist viel passiert. Zunächst einigten sich Regierung, die Zapatistas und viele andere Basis-Organisationen, die die Zapatistas auf ihrer Seite mit an den Verhandlungstisch geholt hatten, auf umfassende Selbstverwaltungsrechte für indigene Bevölkerungsgruppen, die in Mexiko ca. 15 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Als die Regierung anschließend aber mit ihrer militärischen Aggression gegen die zapatistischen Gemeinden fortfuhr, außerdem das Abkommen nicht umsetzte und die weiteren Verhandlungen um mehr Demokratie, ein anderes Wirtschaftssystem und die Rechte von Frauen in Mexiko verschleppte, kündigten die Zapatistas ihre Gesprächsbereitschaft auf. Seither setzen sie das Abkommen einseitig um und bauen ihre Selbstverwaltungsstrukturen ohne staatliches Einverständnis aus.

Direkt nach ihrem Aufstand begannen die Zapatistas da-



mit, sich mit sozialen Bewegungen in Mexiko und weltweit zu vernetzen und mit kreativen politischen Aktionen Veränderungen für sich und für ganz Mexiko anzustoßen. Mehrmals organisierten die Zapatistas große Märsche und Vernetzungstouren durch das Land und in die Hauptstadt Mexiko-Stadt. Dort jubelten Hunderttausende auf Mexikos zentralem Platz den Zapatistas zu, die mittlerweile sogar ein Rede-recht im mexikanischen Parlament durchsetzen konnten. Auch brachten sie die oft zerstrittenen und sektiererischen linken Basisbewegungen des Landes in einen Austausch – kamen jedoch mit ihrem Bemühen, dauerhafte Vernetzung und gemeinsame Aktionen anzustoßen, immer wieder an Grenzen. Besser gelang dies mit den indigenen Organisationen. Gemeinsam forderten sie unter dem Motto „Nie wieder ein Mexiko ohne uns!“ ein Ende des Rassismus, die Anerkennung ihrer Rechte und ihrer Lebensweise sowie die Möglichkeit für ein Leben in Würde für alle. Damit erreichten sie beeindruckende Fortschritte auf dem Weg zu ihrer gesellschaftlichen und politischen Emanzipation.

Auch international mischten die Zapatistas die politische Sphäre kräftig auf: Die von den Zapatistas ausgerufenen intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit, auf denen sich Mitte der 90er Tausende Aktivist/-innen von Basisbewegungen weltweit austauschten und vernetzten, wurde zu einem wichtigen Anstoß für eine neuartige basisorientierte globale Vernetzung. Ganz konkret formierte sich hieraus die weltweite Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung. Das zapatistische Motto „Eine andere Welt ist möglich!“ wurde zum Leitspruch dieser Bewegung.

Die Zapatistas wurden für viele Bewegungen in Mexiko und weltweit zum Orientierungspunkt und Motivationsschub. Der weltweite Widerhall, den die Zapatistas hervorriefen, und die Vernetzungen machten den vielen, kleinen verstreuten Kämpfen deutlich: Wir sind nicht allein. Diese Unterstützung der Zapatistas gaben die Bewegungen den Zapatistas in vielfältiger Form zurück – und so entstand auch eine neuartige Form internationaler Solidarität, die einem oft verstaubten und marginalisierten Internationalismus neues Leben einhauchte.

Zapatistisches Politikverständnis

Gleichzeitig inspirierte das innovative zapatistische Politikverständnis linke Basisbewegungen, die seit Ende der 80er begonnen hatten, viele ihrer bisherigen „Wahrheiten“ und Herangehensweisen zu hinterfragen. Ihre Ansichten vermittelten die Zapatistas der Welt in poetischen und oft ironischen Comunicados. Verfasst wurden diese von ihrem nicht-indigenen Sprecher Subcomandante Marcos, der damit zu einer politischen Pop-Ikone wurde. Auch wenn viele in ihm einen neuen Anführer sehen wollten und in den Zapatistas eine neue politische Avantgarde, verweigerten sich die Zapatistas und Marcos dieser Projektion. Sie plädieren für „eine Welt, in der viele Welten Platz haben“, in der politische Kämpfe und Lebensweisen gleichberechtigt nebeneinander existieren und sich gegenseitig befruchten. Immer wieder wiederholten sie ihre Aufforderung, dass alle an ihren Orten und in ihrer Weise für ihre Rechte kämpfen sollen.

Zu ihrem Ansatz einer pluralistischen, gleichberechtigten Bewegung gegen Kapitalismus, Sexismus und Rassismus passt auch, dass sie hierarchische, vereinheitlichende und machtorientierte Organisationen wie Parteien ablehnen.

Denn „wir wollen die Macht nicht erobern, sondern sie zerstören“. „Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute.“ Ebenso betonten sie, dass sie nicht schon alles wissen, was hierzu nötig ist, dass sie nicht eine fertige und abschließende Theorie umsetzen, sondern, dass sie „fragend vorwärts gehen“, dass sie aus ihrer Praxis und ihren Fehlern lernen wollen – und dass es wichtiger ist anzufangen, als bereits alle Antworten zu haben.

Undogmatisch und praxisorientiert

Mit diesem undogmatischen und praxisorientierten Ansatz haben die Zapatistas in den letzten 20 Jahren wohl auch ihre zentralsten Erfolge errungen: Sie nutzten ihre hervorragende Organisation und den Freiraum, den sie sich durch ihre bewaffnete Erhebung erkämpft hatten, zur gemeinschaftlichen Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und zum Aufbau einer anderen, solidarischen und basisdemokratischen Gesellschaft.

Zentrale Grundlage dafür ist das Land, das sie unter dem Motto „Das Land gehört denen, die es bearbeiten“ bei ihrem Aufstand von den Großgrundbesitzern zurückeroberten und an Tausende arme Bäuerinnen und Bauern und Landlose verteilten. Diesen wurde damit die Möglichkeit gegeben, die Ernährung und damit das Überleben ihrer Familien selbstständig und in Würde zu sichern. Weitere Grundlage ist die politische Selbstverwaltungsstruktur auf Gemeinde-, Landkreis- und Regionen-Ebene. An den Eingängen vieler zapatistischer Gemeinden steht ein Schild mit der Aufschrift „Sie befinden sich in aufständischem zapatistischem Gebiet. Hier gibt die Bevölkerung die Anweisungen, und die Regierung fügt sich.“ Die Zapatistas organisieren sich auf allen Ebenen basisdemokratisch: Jede Gemeinde entscheidet in Vollversammlungen über die Belange der Gemeinde. Die gewählten, unbezahlten Delegierten für die höheren Ebenen und die anderen Amtsträger/-innen können jederzeit abberufen werden, sollten sie die Beschlüsse der Basis nicht umsetzen oder deren Erwartungen nicht gerecht werden. Außerdem rotieren diese regelmäßig. So lernen möglichst viele, wie es geht, und es entsteht keine korrupte Polit-Elite.

Neben den politischen Strukturen haben die Zapatistas auch in vielen anderen Bereichen autonome Strukturen aufgebaut, etwa ihr eigenes Schulsystem. Während früher ein Großteil der Kinder überhaupt nicht oder nur sehr kurz in die Schule gehen konnte und dort vor allem lernte, dass sie als Indigene und Kleinbäuerinnen und Bauern, minderwertig und dumm sind, hat mittlerweile jede zapatistische Gemeinde eine eigene Schule, in der in Spanisch und der lokalen indigenen Sprache unterrichtet wird und in der die Gemeinde die Unterrichtsinhalte mitbestimmt.

Außerdem existiert ein eigenes Gesundheitssystem. Es gibt in jedem Dorf Gesundheitsstationen und in einigen Orten autonome Kliniken. Die Behandlung ist kostenlos und steht auch Nicht-Zapatistas offen. Während früher jedes Jahr Tausende Menschen und insbesondere kleine Kinder an heilbaren Krankheiten starben, ist die Lebenserwartung in den Gebieten mittlerweile stark gestiegen, während die Säuglingssterblichkeit erheblich abgenommen hat. Auch in der Strom- und Wasserversorgung helfen sich die Zapatistas gegen die leeren Versprechungen der Regierung selbst. „Autonome Elektriker/-innen“ zapfen die Stromleitungen der über-teuerten Stromversorger an. Immer mehr Gemeinden werden mit einer eigenen Wasserversorgung ausgestattet. Da-



neben haben die Zapatistas auch ihr eigenes Rechtssystem und autonome Radiostationen aufgebaut. Um auch ökonomisch unabhängig zu sein, sind in vielen Gemeinden Kooperativen entstanden.

Krieg niederer Intensität

Natürlich lassen die mexikanische und chiapanekische Regierung sowie die wirtschaftlichen Eliten diese Fortschritte nicht ungehindert zu. Nach dem kurzen offenen Krieg Anfang 1994 wurden immer mehr Soldaten nach Chiapas geschickt, die die Region militarisieren, die Menschen schikanieren und die widerständigen Gemeinden terrorisieren. Dazu trug auch die Gründung von paramilitärischen Verbänden bei: Andere arme Indigene und Kleinbäuerinnen und Bauern werden mit Geld und Waffen ausgerüstet und gegen die Zapatistas aufgehetzt. Diese Strategie des sogenannten „Krieges niederer Intensität“ zielt darauf ab, ein Klima der Angst zu schaffen. Die Menschen sollen ihren Widerstand aufgeben oder sich ihm gar nicht erst anschließen. Daneben werden in den Massenmedien Lügen über die Zapatistas gestreut und es wird versucht, Menschen mit Geld und „Entwicklungsprojekten“ aus dem Widerstand „herauszukaufen“.

Die „Kleine Zapatistische Schule“

Auch wenn diese Strategie sicher verhindert hat, dass sich die zapatistische Bewegung stark ausbreitet: Nach 20 Jahren ziehen die Zapatistas in ihren Comunicados von Anfang 2013 eine sehr positive Bilanz. In den Jahren seit ihrem Aufstand hätten sie ihre Lebensbedingungen entscheidend verbessert – diese seien besser als die der Regierungsanhänger/-innen, die nur Almosen erhielten. Sie aber lebten in Einklang mit der Natur und in einer solidarischen Gemeinschaft, auf ihrem eigenen Land mit guten Schulen und einem guten Gesundheitssystem, selbstverwaltet, nach ihren eigenen Vorstellungen und ihrer eigenen Kultur und offen für die Welt. „All dies wurde nicht nur ohne die Regierung, die politische Klasse und die sie begleitenden Medien erreicht, sondern auch während wir gegen ihre Angriffe aller Art Widerstand leisteten“, schreiben sie. Kurz zuvor am 21.12.2012, als die Massenmedien den angeblichen vom Maya-Kalender angekündigten „Weltuntergang“ ausschalteten, überraschten die Zapatistas die Weltöffentlichkeit mit einem eindrucksvollen Stärkebeweis: Fast 50 000 vor allem junge Zapatistas besetzten in völliger Stille und unbewaffnet die zentralen Plätze der fünf Provinzhauptstädte, die sie bereits 1994 eingenommen hatten.

Einige Monate später präsentierten sie ihr Vorhaben der „Kleinen Zapatistischen Schule“ – eine logistische Meisterleistung: Sie luden Aktivist/-innen aus Mexiko und der ganzen Welt ein, im August eine Woche lang in ihren Gemeinden ihre politische Praxis und ihre Lebensweise kennenzulernen. Wer nicht nach Chiapas kommen konnte, hatte die Möglichkeit per Live-Übertragung teilzunehmen. 1 500 Menschen konnten vor Ort dabei sein, etwa ebenso viele verfolgten die Live-Videos per Internet. Ende Dezember und Anfang Januar gibt es nun zwei weitere Runden. Mittlerweile haben die Zapatistas gemeldet, dass auch diese beide Durchläufe mit jeweils 2 250 Personen voll sind.

Am heutigen 1. Januar soll es in den zapatistischen Verwaltungssitzen große Feiern geben, auf denen die Bewegung zusammen mit vielen tausend Menschen aus der ganzen Welt den 20. Jahrestag ihres Aufstands feiert.

„Wir als FARC wollen den Frieden, aber wir sind auch keine Dummköpfe“

*Interview mit der Guerillera Tanja Nijmeijer;
aus: Neues Deutschland, 20. November 2013*

Die 35-jährige Niederländerin Tanja Nijmeijer, Kampfname „Alexandra Nariño“, ist seit 2002 Mitglied der kolumbianischen FARC-Guerilla und Mitglied der Delegation, die seit einem Jahr mit der kolumbianischen Regierung in Havanna über ein Ende des fast 50-jährigen Konfliktes verhandelt. Mit ihr sprach David Graaff für „Neues Deutschland“.

● Ein Jahr nach dem Beginn der Friedensgespräche: Wie nah ist Kolumbien heute dem Frieden?

Die Einigung im zweiten Punkt der Agenda, der „politischen Beteiligung“, war ein wichtiger Schritt. Der Ausschluss der Menschen aus den politischen Entscheidungsprozessen war ja der Grund, warum dieser Krieg vor fünf Jahrzehnten begonnen hat. Wir, die Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), haben zu den Waffen gegriffen, weil uns die friedlichen Mittel, um für eine Agrarreform zu kämpfen, verwehrt geblieben sind. Die Einigung hat gezeigt, dass die Regierung diesmal wirklich willens ist, den Konflikt zu beenden. Aber noch stehen vier Punkte auf der Verhandlungsagenda.

● Wie werden die FARC das Land als politische Partei verändern?

Wir werden versuchen, Verteidiger der unteren Klassen zu sein. Wenn sich die materiellen Bedingungen der kolumbianischen Bevölkerung verbessern und nicht nur die einer kleinen Gruppe, kann man mit dem Aufbau einer völlig anderen Gesellschaft beginnen, die auf wirtschaftlicher Gleichheit basiert.

● Sind andere Länder Lateinamerikas dabei ein Vorbild?

Das Wichtige ist, dass jedes Land sein eigenes Schicksal selbst definieren kann, ohne Einschränkungen und repressive Maßnahmen. Die Prozesse in anderen Ländern des Kontinents können Vorbild für eine alternative Entwicklung sein, aber jedes Land ist verschieden.

● Wird es Fotos der FARC geben, wie sie ihre Waffen abgeben?

Wir haben immer gesagt, dass wir keine Angst vor diesem Thema haben. In der Vereinbarung zu den Friedensgesprächen ist der Punkt der Niederlegung der Waffen verankert und das hat auch seinen Sinn. Für uns sind die Waffen ein Mittel, um uns vor dem Staatsterrorismus zu verteidigen: dem Verschwinden von Personen, den sogenannten falschen Erfolgen, dem vom Staat angetriebenen Paramilitarismus. Wenn diese Faktoren verschwinden, werden auch die Waffen überflüssig. Die herrschende Klasse Kolumbiens hat linke Bewegungen wiederholt mit Versprechungen betrogen, zuletzt im Falle der Linkspartei Union Patriótica in den 80er und 90er Jahren, als 3 000 ihrer Mitglieder ermordet wurden. Wir als FARC wollen den Frieden, aber wir sind auch keine Dummköpfe.

● Den FARC werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, unter anderem die Entführungen. War es aus heutiger Sicht ein Fehler, diese Praxis erst 2012 zu beenden?



Ich glaube, jeder Guerillero der FARC würde einverstanden sein zu sagen, dass wir diese Praxis der Entführungen, wir nennen es „wirtschaftliche Einbehaltung“, zu lange aufrechterhalten haben. Dennoch war diese Praxis zu ihrer Zeit notwendig. Der kolumbianische Staat fordert von seinen Bürgern auch Steuern, um den Krieg zu finanzieren. Also erheben wir in den von uns kontrollierten Gebieten auch Steuern auf Vermögen über eine Million Dollar. Unsere Gefangenen wurden immer respektvoll behandelt, was nicht heißen soll, dass es eine einfache Situation ist, gegen seinen Willen im Dschungel eingesperrt zu sein.

● **Der nächste Punkt auf der Verhandlungsagenda ist der Drogenhandel. Was schlagen die FARC zur Lösung des Problems vor?**

Das Thema des illegalen Anbaus muss als soziales Problem verstanden und behandelt werden, nicht als Problem der Kleinbauern, die davon leben, weil sie sonst nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.

● **Auch Teile der FARC sind in den Drogenhandel verstrickt ...**

Wir sind eine militärisch-politische Organisation in einem Land, dessen Strukturen komplett vom Drogenhandel durchsetzt sind. Deshalb hat sich die Auffassung durchgesetzt: Wenn die FARC die Waffen niederlegen, dann löst sich auch das Problem des Drogenhandels. Dem ist nicht so. Wir sind weder die Ursache des Drogenhandels noch diejenigen, die ihn kontrollieren oder vorantreiben.

● **Wie hoch ist die Gefahr, dass einzelne FARC-Mitglieder sich dem Frieden verweigern?**

Wenn sich die FARC durch eines in ihrer Geschichte ausgezeichnet haben, dann ist es ihre Einheit. Die kolumbianischen Regierungen haben schon oft versucht, Keile zwischen uns zu treiben. Zum Beispiel hieß es, der „Südblock“ sei nicht mit den Friedensverhandlungen einverstanden. Die Kommandanten dieses Blocks mussten sogar eine Erklärung veröffentlichen, dass sie sehr wohl damit einverstanden sind. Allerdings ist diese Erklärung in den Medien kaum beachtet worden. So funktioniert das: Die Medien sagen das eine, die FARC dementieren, aber im Kopf der Leute bleibt das zurück, was zuerst gesagt wurde.

● **Was geschieht, wenn die Verhandlungen scheitern sollten?**

Die große Mehrheit der Kolumbianer will einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit. Eine kleine Gruppe der extremen Rechten will ihn nicht, weil sie am Krieg mitverdient. Doch der Krieg kann nicht ewig weitergehen. Wir als FARC werden uns jedenfalls nicht vom Verhandlungstisch erheben, bis ein Frieden mit sozialer Gerechtigkeit erreicht ist.

● **Wie lange wird es noch dauern, bis es zur Unterzeichnung des Friedensabkommens kommt?**

Wir haben fast 200 Vorschläge zu allen Themenbereichen vorgelegt. Wenn die Regierung wirklich wollte, könnten wir diese demokratischen Vorschläge umsetzen und nächste Woche die Einigung unterzeichnen. Aber es sind nun mal zwei gegensätzliche Positionen und manchmal gibt es wirklich heftige Diskussionen. Aber das ist normal nach fast einem halben Jahrhundert des Konfliktes. Denn wenn es nicht zu den notwendigen Veränderungen in der kolumbianischen Gesellschaft kommt, wird das die Entstehung neuer Guerillas oder Bewegungen begünstigen. Der Frieden ist nicht nur das Schweigen der Gewehre.

● **Wo sehen Sie sich in zwölf Monaten?**

Wenn ich träumen könnte, dann wäre ich in einem Jahr in Kolumbien und würde meinen Teil zum Aufbau einer wirklichen Demokratie beitragen. Vielleicht im Bildungswesen oder im Bereich der Medien. Das interessiert mich sehr.

Die globale Linke und Perspektiven des Sozialismus in der Welt

Internationale Konferenz in Beijing

Von Ingar Solty, Redakteur der Zeitschrift „Das Argument“, aus: www.rosalux.de

Am 7. und 8. November hat in Beijing eine internationale Konferenz zum Thema „Neue Entwicklungen der globalen Linken in der internationalen Finanzkrise und die Perspektiven des Sozialismus in der Welt“ stattgefunden, die gemeinsam vom China Center for Contemporary World Studies bei der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (IDCPC) und dem Peking Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet wurde. In seinem Eröffnungsbeitrag verwies der Vize-Präsident des IDCPC Ai Ping auf drei Veränderungen im globalen Kapitalismus. Diese seien (1.) die „erste wirkliche Globalisierung des Kapitalismus“ mit der Integration des postkommunistischen Ostblocks und der Weltmarktöffnung Indiens und Chinas in den 1990er Jahren, (2.) der Aufstieg der BRICS-Staaten und (3.) die geografische Verschiebung der Krisen von Afrika in den 1970er Jahren über Lateinamerika in den 1980er Jahren über Ostasien in den späten 1990er Jahren in die kapitalistischen Zentren heute. Dabei betonte Ai, dass der Marxismus „unser nützlichstes Werkzeug zur Analyse der Welt“ sei und der Sozialismus auf dem Weg erprobter Ideen entstehen werde. Die Frage sei, welche Auswirkungen diese Krise auf die BRICS-Staaten, das linksorientierte Lateinamerika und den globalen Süden insgesamt haben werde. Dabei prognostizierte Ai ein sich stark entwickelndes Afrika.

Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE und Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt, argumentierte, dass es in den kapitalistischen Zentren keine Linkswende gegeben habe, sondern stattdessen die Entmachtung politischer Institutionen durch international agierende Finanzmärkte. Die Perspektive sei leider nicht hoffnungsvoll.

Fausto Sorini, Mitglied des Nationalsekretariats der Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI), betonte in seinem Vortrag, dass Europa größer sei als die EU und die Linke in Europa größer als die in der Partei der Europäischen Linken zusammengeschlossenen Parteien. Er würdigte die Entwicklungen in der Ukraine, in Russland und in Belarus sowie in China. In Europa gebe es keinen zwangsläufigen Niedergang der kommunistischen Bewegung; hier sei man allgemein stärker als noch 3 bis 4 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Allerdings kritisierte Sorini auch die KP Griechenlands, die „den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus, d. h. den ideologischen Kampf, an den Beginn ihrer politischen Strategie und über die notwendige



„Einheit in der Vielfalt“ (mit der Partei der Europäischen Linken sowie mit SYRIZA) stelle. Nötig sei eine Debatte über ein gemeinsames Minimalprogramm – jenseits der spaltenden Europa-Frage.

Phillip Cordery von der französischen Jean-Jaurès-Stiftung, stellvertretender Sekretär der Sozialistischen Partei und als Parlamentsangehöriger Mitglied im Außenpolitischen Ausschuss, diskutierte die Frage, wie „Internationalisten eine Globalisierung befürworten können, die soziale Ungleichheit und Disparitäten“ befördere und plädierte für eine Harmonisierung von Sozialstandards auf globaler Ebene, z. B. als Teil von Freihandelsabkommen. Dabei bekannte er sich zur kapitalistischen Privatwirtschaft und zum Wachstumsparadigma: „Soziale Gerechtigkeit ist nur möglich, wenn wir Wachstum und etwas zu verteilen haben.“ „Was dient der Wirtschaft und nicht der Spekulation?“ „Wir sind keine Partei gegen die Wirtschaft, sondern eine Partei gegen die Finanzbranche“. Dies seien die Grundlagen linker Verteilungspolitik und der Schuldenbremse. Das Ziel müsse sein, die Steuerbelastung von den Arbeits- auf die Kapitaleinkommen zu verschieben. Abschließend lobte Cordery das, was er als die Leistungen der Hollande-Regierung bezeichnete, wie z. B. die für einzelne Berufsgruppen gestaffelte Rentenreform, die Rettung von 65 000 Arbeitsplätzen in Schlüsselbereichen, die den im Jahre 2012 verlorengegangenen 600 000 Stellen gegenüberstünden. Darüber hinaus betonte er, dass die Regierung die vom Obersten Gerichtshof abgelehnte Steuererhöhung für Reiche nun auf anderem, sicherem Wege verfolgen. Er forderte eine Finanztransaktionssteuer.

Xu Shicheng, Ehrenmitglied und Research Fellow der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften, betonte in seinem Vortrag die Dauerhaftigkeit der Linkswende und regionalen Integration in Lateinamerika und ihre sozialpolitischen Errungenschaften als Grundstein für ein Ende des „Washington Consensus“. Möglich geworden sei sie durch den Niedergang der USA und die Überwindung des Multilateralismus zugunsten der Multipolarität. In Venezuela und Bolivien werde nun der Sozialismus aufgebaut, in Kuba festige sich der Sozialismus; die Linke in der Region befinde sich immer noch in der Aufstiegsphase.

Roberto Regalado, Professor an der Universität Havanna, periodisierte in seinem Vortrag die Entwicklung der Sozialismusperspektiven in Lateinamerika. Der Zusammenbruch der Sowjetunion habe das 1959 mit der Kubanischen Revolution eingeleitete Kapitel des lateinamerikanischen Sozialismus auf dem Weg des bewaffneten Aufstands beendet und die Transformation des Staates auf dem Weg des „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ geebnet. Auf die „vollständige De-Legitimierung“ des Sozialismusbegriffs zwischen 1990 und 1993 und der Wiederbelebung der kritischen Analyse des Neoliberalismus zwischen 1994 und 2005 sei seit 2006 die Rückkehr des Sozialismusbegriffs gefolgt. Dazu gehören die „Einheit in der Vielfalt“ und die Auflösung traditioneller Schismen im sozialistischen Lager. Im Gegensatz zu Xu vertrat Regalado jedoch die These, dass Kuba und Venezuela aufgrund von Ineffizienzen in einer politischen Krise steckten und unklar sei, in welche Richtung es weitergehen werde.

Lin Deshan, Research Fellow am Zentralen Büro der KPCh für die Sammlung und Übersetzung der Werke der Klassiker des Marxismus, warf die Frage auf, ob sich die europäische Sozialdemokratie von ihrer Neoliberalisierung im „Dritten Weg“, der ihre Legitimation untergraben habe, erholen kön-

ne. Er betonte, dass eine Rückkehr zur traditionellen Verteilungspolitik der Nachkriegszeit durch die Entwicklung der Weltwirtschaft ausgeschlossen sei. Der Sozialdemokratie mangle es an einer Vision, wie es im Kontext von wachsender sozialer Ungleichheit, ökologischer Nachhaltigkeitsprobleme und der Krise zu Verbesserungen für die Lohnabhängigen kommen könne. Immerhin hob er als positives Beispiel Ed Milibands Rolle innerhalb der Labour Party Großbritanniens hervor, der zu klassisch sozialdemokratischen Positionen zurückkehren wolle. Unklar sei aber, ob er sich über den Widerstand in der Partei hinwegsetzen könne.

Jochen Weichold von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, bis November 2013 Leiter deren Bereichs Archiv und Bibliothek, stellte in seinem Vortrag die Gemeinsamkeiten (aktive Arbeitsmarktpolitik etc.) und Unterschiede (Rente mit 67, Sondervermögenssteuer für die Bankenrettung, NATO und „Auslandseinsätze“ der Bundeswehr) zwischen der LINKEN, der SPD und den Grünen vor. Er vertrat die These, es sei eine gemeinsame Position der Parteien des linken Lagers, dass die Austeritätspolitik in den Krisenländern überwunden werden müsse. Das Projekt dieser drei Parteien sei ein Green New Deal. Rot-Rot-Grün, entwickelt in der Oslo-Gruppe junger Bundestagsabgeordneter und dem Institut für solidarische Moderne (ISM), sei allerdings 2013 nicht denkbar gewesen, da hierfür eine gesellschaftliche Mehrheit existieren müsse. Die Bundestagswahl habe eine konservative Mehrheit ergeben. Fraglich sei, was 2017 passiere, da die seit 1994 diskutierte „strukturelle linke Mehrheit“ in Deutschland schon heute nicht mehr existiere. Eine Veränderung des politischen Klimas hänge von einer Aufschwung in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ab.

Ingar Solty rekonstruierte das politische Scheitern des Green New Deals als Projekt des Krisenmanagements und den Übergang zur Austeritätspolitik in Nordamerika und Europa sowie die darin eingelagerten neuen exportorientierten Wachstumsstrategien. Davon ausgehend diskutierte er die Perspektiven der sozialistischen Linken im transatlantischen Raum und problematisierte insbesondere in Bezug auf die EU-Länder das, was er als die zwei Herausforderungen der Linken bezeichnete: die räumlich-zeitliche Aufsplitterung des Widerstands gegen die Austeritätspolitik in Europa und die doppelte Fragmentierung der europäischen Arbeiterklassen entlang internationaler und – in den EU-Zentrumsstaaten – auch intra-nationaler Grenzen (zwischen krisenkorporativ integrierten typisch Beschäftigten einerseits sowie atypisch beschäftigten Prekären und Beschäftigten im öffentlichen Sektor andererseits).

Tagawa Minoru, Mitglied des Sekretariats und der Internationalen Kommission der Kommunistischen Partei Japans, stellte in seinem Referat die Krise der Demokratischen Partei Japans dar und die hierdurch begünstigte und auch auf ihre Rolle in den Anti-Fukushima-Protesten zurückzuziehende positive Entwicklung der KPJ. Dabei betonte er, dass ein zukünftiger Sozialismus in Japan auf den Errungenschaften des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie aufgebaut werden müsse.

Patricia Cervantes, Direktorin des Ministeriums für wirtschaftliche und soziale Inklusion Ecuadors, stellte in ihrem Vortrag das ecuadorianische Modell des „Sozialismus des Guten Lebens“ vor. Dieses breche mit eng geführten Vorstellungen von Wirtschaftswachstum und ziele – in Anlehnung u. a. an Amartya Sen – auf alternative Grundlagen der Fort-

schrittsbemessung ab wie z. B. die Erhaltung des Ökosystems, die Verbesserung der Lebensqualität und den Plurinationalismus. Dabei besprach sie auch Widersprüche im Kontext der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Extraktivismus in Ecuador, die gegenwärtig auch das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito beschäftigt.

Liu Shuchun, Direktorin der Forschungsabteilung „Internationale kommunistische Bewegung“ an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die als „führende Expertin der globalen sozialistischen Bewegung in China“ geehrt wurde, fokussierte in ihrem Vortrag auf die im engeren Sinne kommunistische Bewegung weltweit und stellte die These auf, diese habe sich in der Krise strategisch besser aufgestellt – auch durch internationale Vernetzungsprozesse und die diskursive Öffnung für grundlegende Kritik am Kapitalismus und seiner Krisenhaftigkeit. Positiv hob sie die KPF im Bündnis mit der Linken in Frankreich, die Wahlerfolge der KP Japans bei Lokalwahlen und in den Städten, die Legalisierung der KP in Ägypten, das starke Mitgliederwachstum der KP in Russland zwischen 2009 und 2012 sowie allgemein die effektive Nutzung sozialer Medien in der Verbreitung kommunistischer Stimmen hervor. Dabei betonte sie die Bedeutung von Volksfrontstrategien für die nationale Unabhängigkeit und Freiheit, gegen Hegemoniestreben und Imperialismus, gegen Umweltverschmutzung und Armut und Ressourcenverbrauch, Unabhängigkeit, Gleichheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der „Sozialismus chinesischer Prägung“ sei „ein Teil des Weltsozialismus“ und könne „nicht ohne die aktive Auseinandersetzung mit den Kommunisten in anderen Ländern existieren“, müsse „den ‚Sozialismus chinesischer Prägung‘ den anderen kommunistischen Parteien erklären“, ohne ihn dabei zu exportieren. Stattdessen sollte er die „individuellen Pfade zum Weltsozialismus unterstützen.“

Die kommunistische Bewegung im engsten Sinne war schließlich auch das Thema von Wang Xinan, einem Assistenzprofessor an der Peking-Universität, der in seinem Vortrag die Position der KP Griechenlands zur Eurokrise und ihre Strategie der „antihegemonialen und antimonopolistischen Front“ darlegte. Auch er folgte damit dem Muster, dass nicht sozialdemokratische Machtparteien, sondern kommunistische Parteien als natürliche Bündnispartner Chinas ausgesucht werden sollten und betonte den internationalen Austausch nicht zuletzt am Beispiel des internationalen „Kader-Austausch-Mechanismus“ Chinas mit Portugal, Indien und Venezuela sowie die Kooperation mit Kuba, Vietnam, Laos und Bolivien. Dass Wang über Griechenland sprach, jedoch SYRIZA im Grunde nicht erwähnte, führte im Anschluss zu Kritik und intensiven Debatten, die von den politischen, strategischen und auch kulturellen Grenzen zwischen dem breiten Spannungsfeld an linken Positionen von der französischen Sozialdemokratie bis hin zum parteikommunistischen Spektrum reichte. Darin bestand aber auch durchaus der Reiz der Konferenz, dieses breite Spektrum, das – insbesondere in Europa – sich selten bis nie an einen Tisch setzen würde, zusammenzubringen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede auszuloten.

Grenzen wachstumsgetriebener Entwicklungsmodelle

Internationale Tagung der RLS in der chinesischen Kohleprovinz Shanxi zu sozial-ökologischer Transformation

Von Ulrich Brand, Josef Baum, Achim Brunnengräber und Lutz Pohle; aus: <http://www.rosalux.de/news/39920/grenzen-wachstumsgetriebener-entwicklungsmodelle-internationale-tagung-der-rls-in-der-chinesischen.html>

China mit seiner atemraubenden Industrialisierung der letzten Jahrzehnte ist zum Signum für enormes Wirtschaftswachstum, für globalisierte Wertschöpfungsketten, einen steigenden materiellen Wohlstand von Hunderten Millionen von Menschen sowie für die zunehmende politische und wirtschaftliche Macht der Schwellenländer auf internationalem Parkett geworden.

Doch „atemraubend“ sind im wahrsten Sinne des Wortes auch die damit einhergehenden sozial-ökologischen Folgen. Von den zwanzig Städten weltweit, in denen die Luft am meisten verschmutzt ist, liegt ein Großteil in China. Viele Dörfer, Städte und Regionen haben Wasserprobleme, über 300 Millionen ChinesInnen haben Schätzungen zufolge keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Böden werden kontaminiert oder erodieren. Wirtschaftswachstum und politische Stärke gingen mit einem enormen und ebenfalls rapide steigendem Ressourcenverbrauch einher. Das Wachstum der Produktion und des Konsums widerspiegelt sich in steigenden Emissionen Chinas von klimaschädlichen Treibhausgasen.

In absoluten Mengen hat China die USA bereits überholt, und es liegen bereits Berechnungen vor, die aussagen, dass China im Jahr 2013 die Europäische Union hinsichtlich der pro-Kopf Emissionen an CO₂ überholt habe. Viele Probleme, wie die Luftverschmutzung und der Smog sind sichtbar und in den eigenen Atemwegen auch spürbar. Schon seit einigen Jahren wird dieses Problem auch von offizieller Seite nicht mehr verschwiegen, sondern ernst genommen. Der neue Präsident Xi Jinping versprach bereits 2012 unmittelbar nach seiner Wahl, sich nicht nur den zunehmenden sozialen Ungleichheiten und der Korruption, sondern auch dem Umweltschutz zuzuwenden.

Schon von der vorausgegangenen Führungsriege wurde die Entwicklung einer „ökologischen Zivilisation“ zu einem politischen Arbeitsschwerpunkt erklärt. Die Lösung der Umweltprobleme wurde durch die neue Führung politisch aufgewertet, was nicht zuletzt den erheblichen Problemlagen geschuldet ist, die nicht mehr ignoriert werden können. Andere Begriffe, wie „harmonische“, „wissenschaftliche“, „ausgeglichene“ oder „grüne“ Entwicklung sind Anzeichen dafür, dass die Partei- und Staatsführung ihre „ökologische Verantwortung“ und die negativen Implikationen der wachstumsgetriebenen Entwicklung erkannt haben. Doch was hat das für Konsequenzen?

Das Chinesisch-Europäische Forum für sozial-ökologische und rechtliche Fragen diskutierte vom 25. bis 28. September 2013 diese Frage und suchte Antworten. Das Forum wurde bereits zum dritten Mal gemeinsam vom Büro Beijing der RLS, der Fakultät für Umweltrecht der renommierten Renmin Universität Beijing und der Universität Wien organisiert, so dass es bereits thematische wie personelle Kontinuitäten im



Diskussionsprozess gab. In diesem Jahr konnten die Universität für Wirtschaft und Finanzen in Taiyuan (Provinz Shanxi) als Gastgeber sowie weitere Kooperationspartner und Mitorganisatoren gewonnen werden.

Über 60 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutierten zwei Tage lang in vergleichender Perspektive jüngere umweltpolitische Entwicklungen in China und Europa. Zhou Ke von der Renmin Universität skizzierte die historische Entwicklung der Nachhaltigkeitspolitiken in China, die bereits in frühen Jahren formulierten Nachhaltigkeits-Programme und den stark gestiegenen Stellenwert in den letzten Jahren. Josef Baum (Uni Wien), Zhai Yong (Umwelt- und Ressourcenausschuss des chinesischen Nationalen Volkskongress) und Joachim Spangenberg (Umweltforschungszentrum Leipzig) zeichneten ein präzises Bild der sich verschärfenden ökologischen Krise, insbesondere über den Klimawandel. Aber sie stellten auch Handlungsmöglichkeiten dar, wie etwa die beeindruckende Modernisierung ehemaliger Bergbaustädte, auf die Liu Xin vom Land- und Ressourcenministerium einging, oder die von Clarence Chiang aufgezeigten Chancen eines nachhaltigeren Bergbaus.

Spannend waren die vielen Fallstudien zu China, welche die Erfolge, aber auch die Grenzen aufzeigten. Fan Wenqiang zeigte Ansätze einer dezentralen Müllverwertung, Shen Lei von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften die zentrale und bislang wenig nachhaltige Rolle der Zementproduktion, Cao Xia von der gastgebenden Shanxi-Universität die deutlich verbesserten Mess-Möglichkeiten zur Luftreinhaltung. Zhang Qiaozhen stellte die Ansätze im Hinblick auf Ökosteuern in China dar. Der Vertreter des Chinesischen Verbandes der kohlefördernden Unternehmen, Tang Jiaxuan, sah vielfältige technologische Möglichkeiten, um die Umweltprobleme anzugehen.

Hinsichtlich der Möglichkeiten einer „Grünen Ökonomie“ gab es unterschiedliche Einschätzungen. Während Xiao Guoxing von der East China University in Shanghai Chancen sieht, insbesondere wenn die Eigentumsrechte an Land und Ressourcen durchgesetzt würden, kommt Ulrich Brand (Universität Wien) vor dem Hintergrund europäischer Entwicklungen zu einer deutlich skeptischeren Einschätzung und verweist auf den exklusiven und partiellen Charakter einer öko-kapitalistischen Modernisierung, welche die ökologische Krise nicht effektiv bearbeitet.

Dem Schwerpunkt der Tagung entsprechend spielten Rechtssetzung und staatliche Regulierungen eine wichtige Rolle. Petra Mahrenholz (Umweltbundesamt Halle) stellte die vielfältigen Instrumente der deutschen Umweltpolitik dar. Philip Andrew-speed (Singapore National University) zeigte am Beispiel Großbritanniens die Grenzen einer auf Privatisierung setzenden Modernisierung des Energiesystems auf. Auf chinesischer Seite wurden die jüngeren rechtlichen Entwicklungen von Bai Pingze (Rechtsberater in Shanxi), Wang Xiaoping (Shanxi-Universität), Ren Gangjun (Rechtsabteilung des Parlaments der Provinz Shanxi) und Chen Demin (Chongqing-Universität) im Überblick dargestellt und von KollegInnen mit präzisen Beispielen illustriert. Gao Guilin von der Pekinger Universität für Wirtschaft und Handel zeichnet nach, wie wichtig Ende der 1990er Jahre die Vergabe der Olympischen Spiele des Jahres 2008 nach Peking war, um die Verlagerung der schmutzigsten Industrien ins Umland voranzutreiben.

Besonders hervorzuheben sind, neben den lebhaften Diskussionen, einige spannende Eindrücke. Der wissenschaftliche und politisch-strategische Diskurs in China ist offenbar sehr offen für die vielfältigen ökologischen Probleme, aber der Kern des Entwicklungsmodells – die weltmarktgetriebene Industrialisierung nach westlichem Vorbild – wird kaum infrage gestellt, der Markt nicht kritisiert, sondern meist als noch zu ineffektiv eingeschätzt. Der Begriff der Klasse fiel kein einziges Mal in den Beiträgen. Entsprechend werden immer wieder die Chancen neuer Technologien und des internationalen Technologietransfers betont, Effizienzsteigerungen und ein politischer Rahmen, der Planungssicherheit bietet, werden zum Königsweg. Nur am Rande wurde diese Perspektive von einigen als zu eng kritisiert. Die Debatte blieb auch sehr produktions- und angebotsorientiert, die Lebensweise der Menschen, die Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung als politische Terrains spielen offenbar in den avancierten universitären bzw. wissenschaftlichen Debatten in China – und die wurden bei der Tagung zweifellos präsentiert – keine Rolle.

Für die von Achim Brunnengräber (FU Berlin) und Nicola Bullard (Klimaaktivistin) vorgestellten Ansätze unabhängiger Initiativen seitens NGOs und sozialer Bewegungen scheint es in China kaum oder noch zu wenig Aufmerksamkeit im Wissenschaftsbetrieb zu geben. AktivistInnen, die in chinesische Umweltaktivitäten eingebunden sind, waren in Taiyuan, anders noch als ein Jahr zuvor bei der Forumsveranstaltung in Beijing, nicht eingeladen. Cao Mingde von der Chinesischen Universität für Recht und Politik in Peking ging auf solche Bewegungen im Zusammenhang mit der Frage nach der Umweltgerechtigkeit noch am deutlichsten ein. Huan Qinzhi vom Institut für Marxismus der Universität Peking tat dies indirekt in seinem Vortrag zur staatlichen Rechtsetzung im Hinblick auf ökologische Menschenrechte. Zhu Xiao (Renmin-Universität) stellte Möglichkeiten der rechtlichen Sicherung des öffentlichen Interesses an einer gesunden Umwelt und Wang Xiuqing vom Taiyuan College die mitunter vorgenommenen Bezüge zu traditionalem Recht dar. Das Denken verläuft sehr stark entlang eines Staates, der – bei allen eher am Rande erwähnten Problemen – die Regeln zu setzen hat für die Privatwirtschaft oder selbst wirtschaftlich aktiv ist. Staatskritik äußert sich eher als Kritik an unzureichenden politischen Institutionen.

Vor allem für die ausländischen Teilnehmer war es schließlich spannend, in der 4,2-Millionen-Stadt Taiyuan und ihrem Umland in der Provinz Shanxi zu sein. Die Provinz ist etwa doppelt so groß wie Österreich und hat 35 Millionen EinwohnerInnen. Das im nördlichen Kernland Chinas gelegene Shanxi ist sehr stark von der Ressourcenextraktion abhängig. Etwa die Hälfte der weltweiten Kohleförderung findet derzeit in China statt. In Shanxi wiederum befinden sich ein Drittel der Kohlereserven Chinas und es wird derzeit ca. ein Viertel der chinesischen Kohle dort aus den Bergen geholt. Seit 2010 gibt es auch in Shanxi beträchtliche Probleme, hervorgerufen durch geringere Wachstumsraten, sinkende Kohlepreise und verstärkte Importe. Eine Exkursion zum Abschluss der Tagung zu der buddistischen Tempelanlage auf dem Wutai Shan, dem 2009 zum Weltkulturerbe erklärten „Fünf-Gipfel Berg“, führte durch eine der wichtigen Kohleregionen. Smog, Kohlestaub und Tausende kohlebeladene LKWs auf dem Weg nach Beijing oder in die industriellen küstennahen Produktionszonen im Süden verdeutlichten

noch einmal, mit welcher immensen Schwierigkeiten und langwierigen Prozessen China konfrontiert ist, bis eine „ökologische Zivilisation“ Wirklichkeit werden könnte.

Internationale Umschau

Ukraine

Ein Spiel mit dem Feuer

Die mehrdimensionale Dialektik der ukrainischen Konfrontation

Von Alexander Busgalin, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Lomonossow-Universität Moskau, Chefredakteur der linken Zeitschrift „Alternativ“; aus: Neues Deutschland, 25. Januar 2014

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahrzehnts erlebt Kiew Massenproteste und Zusammenstöße mit der Staatsmacht. Doch die derzeitigen Ereignisse ähneln nur äußerlich denen von 2004. Die Situation ist viel komplizierter.

Hauptakteur des Maidan waren vor zehn Jahren Menschen, die der Unverfrorenheit und Willkür der in Wirtschaft und Politik herrschenden „Eliten“ überdrüssig geworden waren. Nationalistische Gruppen und Agenten einflussreicher Kräfte waren 2004 vielleicht nicht weniger stark als heute, aber maßgebend war damals das Aufbegehren des Volkes. Die Konfrontation war zwar ebenfalls von geopolitischen Interessen bestimmt (soll sich die Ukraine an Europa oder Russland anlehnen?), aber auch gesellschaftspolitisch, durch die Kluft zwischen Volk und den selbstherrlich Regierenden.

Ganz anders heute. Die allgemeine Unzufriedenheit mit Korruption, Vettern- und Misswirtschaft empört zwar nach wie vor. Doch in den Vordergrund drängten sich nun geschickt agierende prowestliche „Eliten“ aus Politik und Wirtschaft. So offen wie jetzt haben sie sich 2004 noch nicht auf die Bühne gewagt. Beunruhigend ist vor allem die stärkere Präsenz nationalistischer und profaschistischer Organisationen.

Die Konfrontation ist mehrdimensional geworden. Die das Land zerreißen Widersprüche darf man nicht nur von dem heute in Mode gekommenen geopolitischen Standpunkt aus betrachten, sondern muss sie auch durch das Prisma der sozial-ökonomischen und politisch-ideologischen sowie der kulturell-historischen Konflikte zu verstehen versuchen. Es kreuzen sich Widersprüche, die nicht nur die Ukraine betreffen.

Die Ukraine – das sind die Arbeiter der Eisenhüttenindustrie und eine starke Beamtenschaft, das sind Lehrer und Bauern, die Besitzer von Dienstleistungsunternehmen und Oligarchen, wobei letztere wiederum in unterschiedliche „Clans“ unterteilt sind. In der Ukraine gibt es prowestliche, prorussische und „unabhängige“ Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen sowie mehrheitlich pragmatisch-zynische Parlamentsparteien, die die Frage einer Integration des Landes in die Europäische Union vorwiegend aus dem Blickwinkel größtmöglicher Wahlerfolge beurteilen.

Die Bevölkerung der Ukraine spricht in ihrer Mehrheit sowohl ukrainisch als auch russisch. Zur Geschichte des Landes gehörten Kriege und Zusammenschlüsse mit Polen und Litauen. Die Ukraine litt über Jahrhunderte unter der Unterdrückung und Ausplünderung durch das russische Zarenreich und war über sieben Jahrzehnte mit Russland in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbunden. Die Ukrainer können stolz auf das Heldentum ihrer Partisanen im Kampf gegen die deutsch-faschistischen Aggressoren zurückblicken; ein dunkles Kapitel bildet die Kollaboration von Banden mit den Naziokkupanten. Es kreuzen sich also derzeit auf dem Maidan prinzipielle, historisch-kulturelle, sozialklassenmäßige, politisch-ideologische, pragmatisch-ökonomische und geopolitische Widersprüche.

Was aber ist für die Ukraine besser? Sollte sie Mitglied der Europäischen Union werden? Oder die Partnerschaft mit Russland suchen? Oder sich als ein unabhängiges Land der Dritten Welt zu behaupten versuchen? Diese Frage müssen natürlich die Bürger der Ukraine selbst entscheiden. Druck durch Emissäre der EU und der USA ist hier ebenso unzulässig wie durch Russland. Offenkundig ist, dass die verschiedenen Schichten der ukrainischen Gesellschaft an unterschiedlichen Lösungen interessiert sind. Ich erhebe natürlich keinen Anspruch auf die Wahrheit höchster Instanz, doch als Wissenschaftler und Bürger kann ich nicht die Position eines neutralen Beobachters einnehmen.

Für den Großteil des Industrieproletariats und der Bauernschaft der Ostukraine brächte eine Zusammenarbeit mit Russland (wohlgemerkt nicht Integration oder Anschluss der Ukraine an Russland) ungeachtet aller offensichtlichen negativen Facetten des russischen Unternehmertums und der russischen Bürokratie eine größere Stabilität. Es gäbe auch keine kulturellen und sprachlichen Barrieren, wie sie sich bei einer Integration in die EU auf tun würden. Von Vorteil wäre eine Anlehnung an Russland für Vertreter intellektueller Berufe (vom Lehrer bis hin zum medizinischen Personal). Anstelle der gegenwärtigen paternalistischen „Bevormundung“ und sozialen und rechtlichen Beschränkungen durch die ukrainische Bürokratie würden sie freier arbeiten können (vorausgesetzt, der eine Paternalismus wird nicht durch einen anderen ersetzt).

Eine Annäherung an Russland wäre auch für bestimmte Großunternehmer sowie für die mit ihnen verwobenen politischen und bürokratischen Schichten ein Gewinn. All diese „positiven Seiten“ sind gewiss äußerst ambivalent. Doch eine mögliche Annäherung unserer Länder brächte einen unzweifelhaften Vorteil, und zwar durch das Wiedererstehen und eine Intensivierung unseres sozio-kulturellen Dialogs. Dieser Parameter ist prinzipiell bedeutsam und eindeutig positiv.

Für den größeren Teil von Freiberuflern, Angehörigen des Kleinbürgertums und der mittleren Bourgeoisie, der Zwischenhändler und der Oligarchen, die mit westlichen Firmen verquickt sind, sowie für die prowestlichen politischen Kräfte wäre eine Orientierung auf die EU anfangs vorteilhaft. Im Weiteren würden sie jedoch wahrscheinlich den korporativen „Zentren“ der EU unterstellt werden, wie dies in den Ländern Mittel- und Osteuropas der Fall war. So paradox das klingen mag, auch für die unabhängigen Gewerkschaften und eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen (besonders solche, die für gleiche Rechte von homo-, trans- und intersexuellen Menschen kämpfen) muss die europäische Integration nicht per se von Vorteil sein. Denn an der Peripherie der EU wer-



den die europäischen Normen zum Schutz der sozialen und Bürgerrechte bekanntlich mit erstaunlicher Leichtigkeit verletzt, und die Brüsseler Bürokratie zeigt sich dem gegenüber erstaunlich blind, „übersieht“ Verletzungen, wenn sie nicht die Interessen europäischer Konzerne oder der in Brüssel residierenden Generalstäbler der NATO betreffen.

Doch zurück zum Maidan: Im Vergleich zu 2004 sind die Nationalisten und Faschisten zu einer entscheidenden, gut organisierten Kraft geworden. Schuld an der erschreckenden Zunahme rechter nationalistischer und profaschistischer Organisationen in der Ukraine (wie auch in den Ländern des Baltikums) sind nicht nur die Machtorgane vor Ort, verantwortlich dafür ist auch die Europäische Union. Die Liberaldemokraten Europas haben schon einmal versucht, die faschistische Karte für ihre eigenen Zwecke zu ziehen – mit fatalen Folgen. Erinnert sei hier nur an das Münchner Komplott von 1938. Sich der heute in Kiew operierenden nationalistischen und faschistischen Kräfte zu bedienen, wie es einige ukrainische „Oppositionelle“ und Emissäre der EU versuchen, ist ein Spiel mit dem Feuer.

Aus dieser knappen Analyse der Situation in der Ukraine ergibt sich eindeutig: Wir alle und besonders die Ukrainer müssen den Teufelskreis auswegloser Alternativen verlassen. Es geht dabei nicht um die Wahl des kleineren Übels. Es muss und kann eine geradlinige Antwort gefunden werden. Sie besteht in der Lösung der sozial-ökonomischen, politischen und kulturellen Probleme des Landes. Die Widersprüche und Konflikte sind nicht auf der Ebene pragmatischer Geopolitik zu lösen, sondern nur durch radikale ökonomische und politische Reformen in der Ukraine selbst. Hierbei können und sollten sowohl die Erfahrungen des Kampfes der europäischen demokratischen Linken als auch die äußerst widersprüchlichen, aber wichtigen Erfahrungen gemeinsamer, die Ukraine und Russland verbindender sowjetischer Geschichte kritisch genutzt werden.

Wichtig für linke Politik, die ihrem Wesen nach Klassenpolitik ist: Linke können und dürfen das Vorhandensein der Interessen des ukrainischen Volkes als eine konkrete und zugleich widerspruchsvolle Einheit verschiedener Ethnien, deren Geschichte und Kultur und Territorium nicht ignorieren. Die Entwicklungsstrategie der Ukraine kann und muss einzig vom ukrainischen Volk selbst bestimmt werden – und nicht von politischen Entscheidungsträgern („policymaker“) in Russland oder Europa.

Abschließend möchte ich in Erinnerung rufen: Das höchste Kriterium des Fortschritts aller Völker ist und bleibt – entgegen allen postmodernistischen Regeln der „Dekonstruktion großer Narrationen“ – die freie allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, das heißt nicht nur ökonomisches Wachstum, sondern auch die Weiterentwicklung der menschlichen Qualitäten, die Lösung der sozialen, ökonomischen und humanitären Probleme. Eine aussichtsreiche, gerechte Alternative zum Wohl der Völker realisiert sich nicht, indem man sich einem „Imperium des Vertrauens“ (USA oder EU) anschließt und zu dessen Peripherie wird. Auch nicht mittels einer Union von Oligarchen und Bürokraten halbperipherer Länder. Eine Lösung der auf dem Maidan geballt zum Ausdruck kommenden Probleme gelingt nur durch Fortschreiten auf dem Weg der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit. Nur ein solcher Weg wird auch zur Integration in die Weltgemeinschaft (als eine Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und Kulturen) und zum Fortschritt der nationalen Kultur führen.

Dies ist kein abstrakter Rat: Dieser Weg kann schon heute beschritten werden – auch von Staaten, die nicht zu den am weitesten entwickelten und auch nicht zu den territorial größten der Welt zählen. Das beweist gegenwärtig eine ganze Reihe lateinamerikanischer Staaten, deren Völker sich von der „Bevormundung“ der USA losgesagt und begonnen haben, ein sozial orientiertes demokratisches Modell der Entwicklung zu verwirklichen. Dort stehen geopolitische Erwägungen nicht im Vordergrund, sondern eine sozial-ökonomische und politisch-ideologische Alternative zur Hegemonie des globalen Kapitals.

(Übersetzung aus dem Russischen: Ruth Stoljarowa)

Zum Umsturz in der Ukraine

Von Manfred Schünemann, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin, 27. Februar 2014

Nach monatelangen Protestaktionen, die zuletzt zu blutigen Auseinandersetzungen mit vielen Toten geführt hatten, ist es am 21./22. Februar in Kiew zu einem Umsturz gekommen. Zuvor hatten Unterhändler der EU, darunter Bundesaußenminister Steinmeier, versucht, zwischen Regierung und Opposition zu vermitteln und einen geordneten Machtwechsel zu vereinbaren. Die Tinte unter der Vereinbarung zur politischen Regulierung der Staatskrise in der Ukraine war aber noch nicht trocken, da begannen die bisherigen Machtstrukturen in der Ukraine zu zerfallen. Immer mehr Mandatsträger der Partei der Regionen in der Obersten Rada und in den Gebietsverwaltungen verließen die Fraktionen bzw. die Partei. Einheiten der Polizei- und Sicherheitsorgane verweigerten den Gebrauch von Schusswaffen gegen Demonstranten und ganze Dienstbereiche stellten sich auf die Seite der Regierungsgegner. Innerhalb weniger Stunden war die Machtbasis von Präsident Janukowitsch in Kiew und in den zentralen und westlichen Gebieten der Ukraine zerbrochen. Fluchtartig verließen er und viele Regierungsmitglieder Kiew.

Die bisherige Opposition nutzte das entstandene Machtvakuum und begann unverzüglich mit der lange vorbereiteten Machtübernahme, die von einer neuen Parlamentsmehrheit (auch mit den Stimmen der KPU-Abgeordneten) mit zahlreichen Gesetzen, Personalentscheidungen und der schließlich verkündeten Absetzung von Präsident Janukowitsch bereits am 22./23. Februar auch formal vollzogen wurde. Mit dem Machtumsturz konnte die reale Gefahr eines Bürgerkrieges mit unabsehbaren Folgen für die Ukraine und die gesamte Region zunächst abgewendet werden, wobei die Gefahr längst noch nicht endgültig gebannt ist.

Mit einer Reihe von Parlamentsbeschlüssen, die zum großen Teil unter Umgehung der Geschäftsordnung (schriftliche Vorlage von Gesetzentwürfen; Beratung in den Parlamentsausschüssen; persönliche Stimmabgabe der Abgeordneten) in Sondersitzungen verabschiedet wurden, konnten innerhalb weniger Tage die alten Machtstrukturen zerschlagen und durch neue ersetzt werden. Grundlage dafür ist die Wiederinkraftsetzung der Verfassungsänderungen von 2004, mit denen nach der sogenannten Orangen Revolution die präsidentiale Regierungsform beseitigt und die Verantwortlichkeiten der Rada sowie der Regierung wesentlich gestärkt



worden waren. Auf dieser Grundlage verfügt nunmehr der neue Parlamentspräsident, Olexandr Turtschinow, über weitreichende Kompetenzen im politischen System der Ukraine. Durch die Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Präsidenten und des Oberkommandierenden der Streitkräfte konzentriert er darüber hinaus bis zur Neuwahl eines Präsidenten am 25. Mai eine bisher nicht gekannte Machtfülle in seinen Händen. Olexandr Turtschinow ist ein enger Vertrauter von Julia Timoschenko, hat mit ihr zusammen die heutige Partei „Batkivtschina“ (Vaterland) aufgebaut und übte in ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin verschiedene Regierungsfunktionen, darunter die des Chefs des Sicherheitsdienstes (SBU), aus.

Das Gerangel um die Wahl des neuen Ministerpräsidenten und die Besetzung der wichtigsten Regierungsposten verdeutlicht bereits unmittelbar nach der Machtübernahme das Bestehen von erheblichen Differenzen zwischen den bisherigen Oppositionsparteien auf der einen Seite und den „Vertretern des Maidan“, dem sogenannten Maidan-Rat, einschließlich des radikalen „Rechten Sektors“ auf der anderen. Wie der zurückhaltende Empfang der frei gelassenen Julia Timoschenko auf dem Maidan zeigte, misstrauen große Teile der Protestbewegung auch den neuen Funktionsträgern aus den Reihen der bisherigen Opposition. Vor allem lehnen es die gewaltbereiten, nationalistischen Gruppierungen des sogenannten Rechten Sektors ab, ihre Positionen freiwillig zu räumen und fordern ein weitgehendes Mitsprache- und Kontrollrecht über die neu geschaffenen Machtstrukturen. Es muss sich erst noch zeigen, ob die Führungen der bisherigen parlamentarischen Opposition in der Lage und Willens sind, den militant nationalistischen Flügel der Protestbewegung unter Kontrolle zu halten. In den bisherigen Auseinandersetzungen gab es jedenfalls keine klare Abgrenzung von den militanten Gruppierungen. Im Gegenteil, durch die Zusammenarbeit mit der national-konservativen „Swoboda-Partei“ nahmen Parlamentsopposition und ihre westlichen Ratgeber das Mitwirken gewaltbereiter Kräfte billigend in Kauf. Schon jetzt zeigt sich, dass aber ohne Isolierung dieser Gruppierungen, einschließlich ihrer Entwaffnung, eine wirkliche Stabilisierung der Lage kaum möglich sein wird.

Im Vorfeld der Bildung einer Übergangsregierung lehnten die radikalen Gruppierungen eine Beteiligung von Oligarchen und Verantwortungsträgern des „Janukowitsch-Regimes“ strikt ab und forderten eine „Überprüfung der Ministerkandidaten durch den Maidan“. Erst nach Zustimmung des „Maidan“ konnte die Werchowna Rada dann am 27. Februar eine Übergangsregierung berufen, zu der auch direkte Vertreter des „Maidan“ gehören. Zum Ministerpräsidenten wurde Arsenij Jatsenjuk berufen, der in der Amtszeit von Viktor Juschtschenko bereits Parlamentspräsident und Außenminister war und so wie Turtschinow zu den engsten Vertrauten von Julia Timoschenko gehört. Die anderen Schlüsselpositionen im Kabinett sind vorwiegend mit Vertretern der Timoschenko-Partei „Batkivtschina“ bzw. der nationalistischen „Swoboda“-Partei besetzt. Die Klitschko-Partei „UDAR“ verzichtete auf eine direkte Regierungsbeteiligung – wohl in der Absicht, bei kommenden Wahlen für die anstehenden unpopulären Maßnahmen der neuen Regierung nicht in Mitverantwortung genommen werden zu können.

Die Übergangsregierung steht vor komplizierten Aufgaben zur innenpolitischen Stabilisierung und außenpolitischen Neuorientierung. Die Lösung dieser Aufgaben wird bereits

jetzt erschwert, da (auch entgegen den Ratschlägen der EU-Außenminister) keine Regierung der nationalen Einheit gebildet wurde und die ersten Maßnahmen (Einschränkungen des Gebrauchs der russischen Sprache; Strafverfolgungen) eher zu einer weiteren Polarisierung in der Bevölkerung und zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den Regionen führen. Dringlichste Aufgabe der neuen Regierung ist die Abwendung eines drohenden Staatsbankrotts durch rasche Vereinbarungen mit der EU, den USA und dem IWF über neue Kredite in Milliardenhöhe. Auch wenn es bereits Zusagen für eine finanzielle Unterstützung gibt, ist die Zahlungsfähigkeit der Ukraine noch längst nicht gesichert.

Mit dem Machtwechsel in Kiew, der allerdings noch einer gesamt-nationalen Legitimation bedarf und längst nicht vollendet ist, wurde ein Prozess zur grundlegenden Neuorientierung der Innen- und Außenpolitik der Ukraine eingeleitet, der zu einer Neubestimmung des Platzes der Ukraine im europäischen Staatengefüge mit weitreichenden Folgen für das regionale und europäische Kräfteverhältnis führen kann. Anders als 2004/2005, als mit der sogenannten Orangen Revolution schon einmal der Versuch einer solchen grundlegenden Neuausrichtung der ukrainischen Politik unternommen worden war, werden die Träger der jetzigen Veränderungen – massiv unterstützt von Seiten der USA und der EU – bemüht sein, mit allen Mitteln ein erneutes Scheitern des Machtwechsels zu verhindern. Wichtigstes Instrument dafür wird die vertragliche Einbindung in die EU durch eine schnellstmögliche Unterzeichnung der vorbereiteten Assoziierungsabkommen sein. Nicht auszuschließen ist aber auch ein neuer Anlauf für einen Beitritt der Ukraine zu NATO, der sich wesentlich schneller (und kostengünstiger) vollziehen ließe.

Mit dem Machtwechsel in der Ukraine hat der Westen ein wichtiges strategisches Ziel erreicht, den Beitritt der Ukraine zur von Russland dominierten Zollunion und zur geplanten Euroasiatischen Union dauerhaft zu verhindern. Das vom russischen Präsidenten Putin initiierte Projekt eines eurasischen Integrationsraumes als gleichberechtigtem Handels- und Wirtschaftspartner der EU dürfte ohne die Mitgliedschaft der Ukraine kaum zum Tragen kommen. Die russische Politik gegenüber der Ukraine und im postsowjetischen Raum insgesamt hat somit einen deutlichen Rückschlag erfahren. Die weitere Entwicklung wird wesentlich davon bestimmt sein, wie und ob es Russland gelingt, seine Politik den neuen Realitäten anzupassen, auf politischen und wirtschaftlichen Druck gegenüber der Ukraine zu verzichten und nach neuen, gleichberechtigten Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Ukraine zu suchen. Dabei kann Russland auf die vielfältigen wirtschaftlichen Bindungen der Ukraine setzen, die auch künftig existenziell für die ukrainische Wirtschaft bleiben. Einen „völligen Bruch mit Moskau“ kann sich jede neue ukrainische Führung allein aus ökonomischen Gründen nicht leisten, zumal nicht klar ist, zu welchen finanziellen Hilfen die EU und die USA bereit sind, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Klar ist nur, dass die Sicherung des Machtwechsels in Kiew für den Westen mit hohen Kosten verbunden sein wird, die sicherlich zu einem großen Teil von Deutschland zu tragen sein werden. Unklar bleibt auch noch, ob und wie die ostukrainischen Gebiete künftig mit ihren speziellen Bindungen zu Russland umgehen werden. Wenn auch Abspaltungsbestrebungen nicht zu unterschätzen sind, so erscheint es aber wahrscheinlicher, dass



die ostukrainischen Gebiete künftig ihre Politik und Wirtschaft autonom gestalten werden.

Das Ringen um den Platz der Ukraine in der europäischen Staatengemeinschaft ist mit den dramatischen Ereignissen weder innen- noch außenpolitisch beendet, wenn sich auch die Rahmenbedingungen zugunsten der EU und des Westens verändert haben. Es wird sich nunmehr sehr rasch zeigen müssen, ob hinter den vielfachen Erklärungen westlicher Politiker, darunter auch Bundesaußenminister Steinmeier, man müsse besser als in der Vergangenheit die historisch gewachsenen Verbindungen zwischen der Ukraine und Russland beachten und die Interessen Russlands berücksichtigen, mehr als nur taktische Überlegungen stehen. Für die Ukraine und die gesamte Region wird es nur eine dauerhafte Stabilität geben, wenn ein Weg gefunden wird, die Einbindung der Ukraine in die europäischen Integrationsstrukturen mit einer gleichzeitigen Partnerschaft zu Russland zu verbinden.

Ist Tjagnibok ein Patriot?

Wie die Ausbreitung von Bandera-Losungen und -symbolen den Aufbau des ukrainischen Staates beeinträchtigt

Aus: *Foreign Policy Journal*, 1. Januar 2014,
<http://www.foreignpolicyjournal.com/2014/01/01/>

Der gegenwärtige Aufstand ist die dritte derartige Volks-erhebung nach der Granitenen Revolution von 1990 und der Orangen Revolution von 2004. Zwar waren auch bei den früheren Revolten nationalistische Untertöne zu hören, aber bei der gegenwärtigen Erhebung ist es anders: „Nationale“ Themen spielen hier eine herausgehobene Rolle. Vor allem fällt auf, dass im Unterschied zu 1990 und 2004 Losungen, Symbole und Personen viel präsenter sind, die Stepan Banderas *Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)* aus der Kriegszeit direkt oder indirekt in den Heldenstatus emporheben. Diesen Diskurs führt vor allem die nationalistische Partei Swoboda unter der Führung von Oleh Tjagnibok. Er wird aber auch von anderen Vertretern in Politik und Gesellschaft bereitwillig übernommen. Zwar spielen die Rechtsextremisten bei den Protesten selbst keine führende Rolle, aber bestimmte Leitmotive, die bisher den ukrainischen Ultranationalisten der Kriegszeit zugeordnet wurden, haben diesen Nimbus heute weitgehend verloren und sind von der ganzen Protestbewegung übernommen worden. Das mag für die postsowjetischen ukrainischen Ethnosozialisten, die Bandera vergöttern, ein bemerkenswerter Erfolg sein, für die Zukunft der politischen Entwicklung des ukrainischen Staates ist es jedoch eine verheerende Nachricht.

Parteichef Tjagnibok, der bereits in der Granitenen Revolution von 1990 aktiv war, wurde 2004 wegen einer antisemitischen Rede, die er ein Jahr zuvor gehalten hatte, aus der Parlamentsfraktion der Partei *Unsere Ukraine* ausgeschlossen. Damit war er während der Orangen Revolution ins dritte Glied verbannt. Heute dagegen ist Tjagnibok einer der einflussreichsten Führer der Protestbewegung und bestimmt deren Rhetorik, Ideologie und Aktionen maßgeblich mit. Dabei erhalten er und seine Partei heute bei Umfragen in der Regel nicht mehr als vier bis sechs Prozent. Und in mehreren Umfrageanalysen verschiedener soziologischer Institute

wurde Tjagnibok mehrfach als der einzige Oppositionsführer genannt, der bei der Stichwahl in einer angenommenen künftigen Präsidentenwahl gegen den diskreditierten Amtsinhaber Viktor Janukowitsch auf jeden Fall verlieren würde. Trotzdem sind Tjagnibok und einige weitere ethnonationalistische Sprecher, allesamt gute Redner und von einer lautstarken Gruppe in der Menge unterstützt, bei den gegenwärtigen Protesten auf den Straßen, den Rednertribünen und in den Medien überproportional präsent. Wenn die *Swoboda*-Führer auch die parlamentarisch kleinste Kraft der Opposition mit der geringsten regionalen Verbreitung darstellen, so stehen sie doch heute gleichberechtigt neben den zwei größeren Oppositionsparteien *Udar* (Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen – Klitschko) und *Batkivschtschina* (Vaterland – Timoschenko).

Das mag für sich allein genommen noch kein Problem sein. Als parlamentarische Kraft hat Tjagniboks Partei natürlich das Recht, sich an den Protesten zu beteiligen und damit um oppositionelle Wähler zu werben. Zudem leistet *Swoboda* in nicht geringem Maße und mit beträchtlicher Disziplin ihren Beitrag zur effektiven Organisation, zur Aufrechterhaltung des Kampfgeistes und zum physischen Schutz der Protestierenden. Außerdem haben Tjagnibok und Swobodas weitere Sprecher den antiwestlichen Ton ihrer Ideologie wesentlich gedämpft und treten bereits seit 2012 als klare Unterstützer der Annäherung und der Integration der Ukraine in die EU auf. Das haben sie getan, obwohl zwischen ihrer Ideologie und den heutigen europäischen Werten sowie auch den ausgesprochen euroskeptischen Positionen ihrer früheren und heutigen rechtsextremen Partner in Zentral- und Westeuropa (zum Beispiel der französischen *Front National*, der deutschen *NPD* oder der italienischen *Forza Nuova*) ein eklatanter Widerspruch besteht.

Zugleich ist es *Swoboda* und einigen kleineren ähnlich orientierten Gruppen gelungen, eine ganze Reihe ihrer ethnonationalistischen Themen, Symbole und Losungen in die Protestbewegung hineinzutragen. Das betrifft vor allem die rot-schwarze Blut-und-Boden-Fahne der *Ukrainischen Aufstandsarmee* (UPA) und den Kampfruf der *OUN* „Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden!“ (Die UPA war der militärische Arm der OUN, der 1943–1956 bestand. Beide kollaborierten mit den deutschen Faschisten in der Ukraine und waren an zahlreichen Massakern an Polen und Juden beteiligt – d. Ü.)

Einer der Moderatoren des Euromaidan, Jewhen Nyschtschuk, ein bis dato wenig bekannter Theaterschauspieler und DJ der Orangen Revolution von 2004, hat diese Losung zur wichtigsten Devise der aktuellen Protestbewegung gemacht, die in den letzten Wochen gebetsmühlenhaft Hunderte Male erklungen ist.

Selbst solche unverkennbar ethnonationalistischen Losungen wie „Die Ukraine über alles!“, „Tod den Feinden!“ oder „Ruhm der Nation!“ kursieren heute auf dem Maidan, was von manchen Beteiligten, zum Beispiel dem populären Folkrock-Sänger Oleh Skripka, scharf kritisiert wird. Die Verbreitung solcher Losungen geht eindeutig auf Swoboda und andere ethnonationalistische Gruppen zurück, die auf dem Euromaidan überrepräsentiert sind, darunter der Kongress ukrainischer Nationalisten, die ukrainische Plattform Sobor oder der Rechte Sektor. In seinen Reden hat Tjagnibok Formeln wie „Nationale Revolution“ oder „Nationalstaat“ gebraucht, um seine Vision vom Wesen und den Zielen des Aufstandes zu definieren. Bis zur gegenwärtigen Protestbe-



wegung waren Bandera-Losungen und -symbole im Wesentlichen in der Westukraine verbreitet. Bei früheren Protesten waren sie kaum zu hören gewesen. Jetzt dagegen gehören sie zum Mainstream der Protestbewegung, ob nun parteiengesteuert oder nicht, sind überall in Kiew und auch in anderen Städten der Ukraine präsent.

Oberflächlich gesehen, mag das, was sich heute in Kiew abspielt, nichts Außergewöhnliches sein. Bei demokratischen Revolutionen der Neuzeit tauchen immer wieder nationalistische Untertöne auf, die zuweilen auch stark hervortreten können. Eine Minderheit von Politologen meint sogar, der Nationalismus sei bei der Liberalisierung und Demokratisierung des postkommunistischen Mittel- und Osteuropas eine wesentliche Kraft gewesen. Eine klare Besonderheit der Lage in der Ukraine besteht jedoch darin, dass die angeblich „patriotischen“ Symbole und Ideen der OUN aus der Kriegszeit, die *Swoboda* heute propagiert, nicht eigentlich nationalen, sondern eindeutig separatistischen Charakter tragen. Das Problem ist gar nicht so sehr die ambivalente historische Rolle der OUN, die von den einen als Befreiungsbewegung und von den anderen als faschistische Organisation gesehen wird. Es ist die Tatsache, dass OUN-Symbole nur in der Westukraine und in geringerem Maße im zentralen Teil des Landes positive Reaktionen hervorrufen. Im Gegensatz dazu werden sie vom größten Teil der Bevölkerung der Süd- und Ostukraine als unangebracht und sogar verletzend empfunden.

Dieser Umstand und weniger die Tatsache, dass in der russischsprachigen Ukraine Fremdenfeindlichkeit weniger entwickelt ist, gilt als der Grund dafür, weshalb *Swoboda* bisher eine relativ unbedeutende politische Kraft ist und wohl auch bleiben wird. Zwar versucht die Partei auch in der Süd- und Ostukraine rassistische Vorbehalte anzusprechen, aber sie kann nicht damit rechnen, dort in bedeutendem Umfang Wähler zu gewinnen. Sie nennt sich Gesamtukrainische Union *Swoboda*, ist jedoch vor allem in Galizien, Wolhynien und Kiew populär, in wesentlich geringerem Maße in anderen Teilen der West- und Zentralukraine. Im gesamten Land ist sie jedoch nicht flächendeckend vertreten.

Das jetzige Hervortreten so umstrittener historischer Figuren und Losungen ist umso überraschender, als es in der nationalen Geschichte der Ukraine durchaus Episoden und Personen gibt, die unter den meisten Ukrainern unumstritten sind. Dazu gehören der Stolz auf die mittelalterliche Kiewer Rus, die Erinnerung an die frühmodernen Kosakenrepubliken, die Bewunderung für den Nationaldichter Taras Schewtschenko oder die Trauer um die Millionen Opfer der Hungersnot von 1932/1933. Diese Themen einen mehr oder weniger alle Ukrainer. Die in der Ukraine verbreitete gemäßigt nationalistische Interpretation dieser und ähnlicher Themen mag für offizielle russische oder prorussische ukrainische Historiker anstößig sein. Aber selbst Süd- und Ostukrainer mit enger Bindung an Russland schließen sich der in der Ukraine verbreiteten Auffassung an, dass zum Beispiel die genannte Hungersnot vor allem eine ukrainische Tragödie war. Während die meisten russischsprachigen Ukrainer ihre Bindungen nach Russland pflegen, halten sie doch die ambivalente Darstellung Stalins durch die kremeltreuen Medien und die Ukrainische Kommunistische Partei für unangebracht. Es gibt also eine ganze Reihe wichtiger historischer Etappen und Personen, deren Interpretation bei Ukrainern in Ost und West keine Kontroversen auslöst.

Im Gegensatz dazu ist die Bewertung der Handlungen und der Ideologie der so genannten Bandera-Bewegung mit Abstand die umstrittenste Frage in der ukrainischen Geschichte. Viele Galizier und einige Bewohner der Zentralukraine, vor allem natürlich *Swoboda*-Anhänger, neigen dazu, die OUN und ihren militärischen Arm, die UPA, auf den Sockel zu heben. Wie ihre Gleichgesinnten in den baltischen Staaten machen Ukrainisch sprechende Nationalisten selbst bekannte Nazikollaborateure in der OUN-Führung wie Roman Schuschkekewitsch, einst Hauptsturmführer der berüchtigten Schutzmannschaften, zum Helden. Im Gegensatz dazu betrachten Millionen Bewohner der Ost- und Südukraine diesen Mann als entweder ihrer historischen Tradition fremd oder als einen verhassten Verräter am gemeinsamen Kampf der Völker der Sowjetunion gegen den Faschismus. Diese Spaltungen in der Geschichtsbetrachtung der Ukraine sind jenen, die sich für ukrainische Politik interessieren, ob nun innerhalb oder außerhalb des Landes, bestens bekannt. Die geografische Teilung des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg ist inzwischen von Dutzenden Meinungsumfragen und Regionalstudien bestätigt.

(Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger)

Zukunft im Spiegel der Vergangenheit

Bemerkungen zur Ukraine-Politik Polens

Von Krzysztof Pilawski, polnischer Journalist und Publizist, und Holger Politt, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ehemaliger Leiter des Büros Warschau der Stiftung

Die gemeinsame Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2012 sollte Normalität unterstreichen, eine gewisse Nähe oder auch Zusammengehörigkeit demonstrieren, allen gewaltigen Unterschieden zum Trotz. So als ob Österreich und die Schweiz oder Belgien und die Niederlande als gemeinsame Ausrichter in vorangegangenen Jahren mit Polen und der Ukraine nun Nachfolger gefunden hätten, deren Gemeinsamkeiten schlüssig auf der Hand lägen. Da man in Polens Öffentlichkeit aber selbst sehr beeindruckt war, Ausrichter eines so großen und sportpolitisch wichtigen Turniers zu sein, blieb für den Nachbarn im Osten nicht mehr viel Aufmerksamkeit übrig. Stolz wurde bereits im Vorfeld vermeldet, dass die meisten Mannschaften, also vielfach auch die, die ihre Spielorte hinten in der Ukraine hatten, ihr Quartier in Polen aufschlagen würden. Prominentestes Beispiel, weil zum engen Favoritenkreis gehörend, waren die Deutschen, die sich bei Gdansk fürs Turnier angenehm einzurichten wussten. Unterschwellig wurde in Polen immer herausgestrichen, die Ukraine wäre nicht Ausrichter geworden, ohne Polen, das EU-Land, mit an Bord zu haben. Den umgekehrten Zusammenhang zeigte kaum jemand auf – auch Polen wäre allein nie Ausrichter des großen Ereignisses geworden, hätte die Ukraine nicht frühzeitig bei der UEFA die Initiative für ein solches Vorhaben ergriffen.

Tatsächlich illustriert dieses Beispiel, wie weit Wunschenken und Realität auseinanderklaffen. Statt der erhofften Normalität im gegenseitigen Umgang, die man aus polnischer Sicht gerne der Weltöffentlichkeit präsentiert hätte,



wurden eher die Unterschiede deutlich, die zwischen dem EU-Mitglied Polen und seinem großen östlichen Nachbarn Ukraine bestehen. Dass dabei die allgemeinen Bewertungen für Polen sehr viel günstiger ausfielen – dem Land wurde völlige „Normalität“ attestiert –, durfte die Gastgeber an der Weichsel zwar schmeicheln, aber für das insgeheim politische Ziel, mit Hilfe des gemeinsamen Fußballfestes die spezifische Bedeutung der polnisch-ukrainischen Bindungen herauszustreichen, war das eigentlich unerheblich.

Nur anderthalb Jahre später sind die Beziehungen Polens zur Ukraine an die Spitze der Nachrichten zurückgekehrt – diesmal allerdings nicht verdeckt durch ein gemeinsam ausgerichtetes Sportereignis. Seit November 2013 vergeht kaum ein Tag, an dem die aktuellen Auseinandersetzungen um die politische Macht in der Ukraine nicht im Meinungsbild präsent wären. Gäbe es eine Umfrage nach den derzeit wichtigsten außenpolitischen Vorgängen, kämen der Maidan in Kiew und alles damit Zusammenhängende auf einen überragenden Platz. Wer nicht genauer hinschaut, könnte meinen, in Kiew wiederhole sich der „Solidarność“-Aufstand aus den 1980er Jahren – „wir“ gegen „die da“. Mehr politische Romantik war in Polen in den zurückliegenden Jahren selten im Spiel.

Als Polen sich auf seinen EU-Beitritt vorbereitete, war in außenpolitischen Diskussionen häufig zu hören, die sogenannte Osterweiterung der Union werde erst abgeschlossen sein, wenn auch Belarus und die Ukraine Mitglieder der Gemeinschaft seien. Diese Meinung zog sich quer durch fast alle politischen Lager – von den Linksdemokraten der SLD bis hin zu den Nationalkonservativen von PiS. Einzige Ausnahme bildeten zwei Parlamentsparteien, die sich damals EU-skeptisch zu profilieren suchten: die ländliche und kleinstädtische „Samobrona“ von Andrzej Lepper und die nationalistische LPR (Liga der Polnischen Familien) von Roman Giertych, die auf den Spuren von Roman Dmowski wandelte. Beide Parteien hielten aus unterschiedlichen Gründen eine Ausdehnung der EU über den Bug hinweg für illusorisch und aus Sicht polnischer Interessen für falsch oder zumindest nachteilig. Andrzej Lepper pflegte übrigens beste Beziehungen zu Alexander Lukaschenko. Beide Parteien sind heute, nach ihrem Ausscheiden aus dem Sejm im Jahre 2007, faktisch bedeutungslos, so dass diese Stimmen in der gegenwärtigen Ukraine-Diskussion fast vollständig fehlen. Die größte Aufmerksamkeit unter den Wenigen, die Polens gegenwärtige Haltung in der Ukraine-Frage offen kritisieren, genießt ein ansonsten erzkatholisch und nationalistisch auftretender Geistlicher, der hin und wieder versucht, den Bug als eine Grenze der politischen Vernunft im Gespräch zu halten, die Polen und die Ukraine, somit die EU und Osteuropa trenne. Im liberalen oder linksliberalen Spektrum folgt ihm in dieser Auffassung natürlich niemand.

Immer noch wirken die zwei Grundlinien, die bezüglich einer polnischen Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg mit den Namen von Roman Dmowski und Józef Piłsudski verknüpft sind. Mit beiden, das sei hier vermerkt, setzte sich übrigens Rosa Luxemburg in ihren polnischen Schriften mehrfach auseinander. Dmowski, der Begründer des modernen polnischen Nationalismus, plädierte für eine strikte nationale Politik, das ganze gesellschaftliche Leben müsse „nationalisiert“ werden, also trat er für eine möglichst weitgehende territoriale Trennung von den Ostslawen ein – den Belarussen und Ukrainern –, die von ihm dem Einflussbereich Russ-

lands zugerechnet wurden. Die Unabhängigkeit Polens müsse durch einen möglichst einheitlichen Nationalstaat gesichert, nicht aber durch unnötig aufgeladene Nationalitätenprobleme geschwächt werden. Alles andere, so Dmowski, sei politische Romantik, die sich aus den längst verblichenen Traditionen einer weit zurückliegenden Vergangenheit zu speisen suche, in der die polnisch-litauische Union große territoriale Räume zwischen Ostsee und Schwarzem Meer beherrschte. Piłsudski hingegen war überzeugt, dass Polen sich am wirkungsvollsten gegen Russland schütze, wenn Belarus und die Ukraine selbständig seien – am besten in einer Föderation mit Polen. An dieser Stelle ist unerheblich, wie weit sich beider Vorstellungen tatsächlich durchsetzen konnten, wichtiger ist, dass diese beiden Linien in den heutigen Vorstellungen über die Ausgestaltung einer polnischen Ostpolitik nach wie vor erhebliches Gewicht haben, auch wenn durch die EU-Mitgliedschaft gänzlich andere Bedingungen gegeben sind. Und es liegt auf der Hand, dass Positionen, je nationaler sie begründet werden, umso fester eine Trennlinie am Bug ziehen müssen, und dass umgekehrt Positionen, die „europäischer“ und liberaler ausgerichtet sind, einer zukünftigen Integration der Ukraine in den EU-Strukturen umso mehr das Wort reden.

So wundert es nicht, dass Ministerpräsident Donald Tusk und Außenminister Radosław Sikorski noch im Januar 2014 eine diplomatische Initiative starteten, mit der innerhalb der EU eine möglichst einheitliche Position zur Beitrittsperspektive der Ukraine befördert werden soll. Sikorski spricht von zusätzlichen Mitteln, die durch die westliche Seite – EU und IWF – in Höhe der jeweils in Aussicht gestellten russischen Mittel bereitgestellt werden müssten, so dass der erpresserische Charakter der russischen Angebote neutralisiert werde. Bei gleichen finanziellen Angeboten würden dann die besseren Werte entscheiden – so Polens Außenminister Ende Januar 2014 vor polnischen Medienvertretern. Natürlich sieht er sich jetzt in einem besonderen Zugzwang, denn mit der Ukraine könnte sich die Zukunft des gesamten EU-Programms der Östlichen Partnerschaft entscheiden, das für sechs ehemalige Sowjetrepubliken gedacht ist und 2008 von ihm mit Unterstützung des schwedischen Außenministers Carl Bildt vorgestellt sowie auf dem EU-Gipfel durch die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft schließlich angenommen wurde. Während Polens EU-Ratspräsidentschaft fand 2011 in Warschau ein zweites, für die polnische Außenpolitik außerordentlich wichtiges EU-Gipfeltreffen zu diesem Programm statt. Heute mehren sich in Polen die Stimmen, die das gesamte Programm für gescheitert halten, auch wenn sie deutlich in der Minderheit bleiben.

Ministerpräsident Tusk gab Ende Januar 2014 Polens öffentlich-rechtlichem Fernsehen zur besten Sendezeit ein Interview, das von Privatkanälen in der Ukraine zeitgleich übernommen wurde. Auf dem Tisch ein Blumengebinde in den ukrainischen Nationalfarben, den Hintergrund dominieren polnische und EU-Fahnen. Tusk spricht frei, antwortet auf die Fragen weniger staatsmännisch, eher klingt es wie ein dramatischer Appell, der sehr emotional wirken soll. Die Tür zur EU, so Tusk, müsse für die Ukraine offenbleiben, dafür stehe Polens Außenpolitik, dafür stehe er persönlich. Eindeutig stellt er sich auf die Seite derjenigen, die auf dem Maidan in Kiew seit Wochen demonstrieren und diesen besetzt halten. Fast ist es, als käme da noch einmal der einstige „Solidarność“-Kämpfer zum Vorschein. Mit dieser Rede



setzte Polens Ostpolitik alles auf eine Karte. Tusks anschließende Reise durch verschiedene EU-Hauptstädte – u. a. sprach er in Berlin mit Angela Merkel – war ganz diesem Geist untergeordnet.

Nachdem Tusk nun derartig in die Offensive gegangen ist, reagiert die Opposition entsprechend. Kaczyńskis PiS hält sich derzeit vornehm zurück, hatte sie doch bereits frühzeitig versucht, in der Ukraine-Frage in die Vorhand zu kommen, was aber bald misslang. Auf den Maidan sind die wichtigen PiS-Leute bereits gewesen, nun müssen sie abwarten, was Polens Regierungspolitik zustande bringt. Einen Schulterchluss mit der ungeliebten Regierung gibt es auch in der Frage der Östlichen Partnerschaft nicht, was aber eher der Taktik, also innenpolitischen Fragen, geschuldet ist.

Auf der anderen Seite riefen die Linksliberalen von Janusz Palikot nach einer parteiübergreifenden Ukrainestrategie, so als bräuchte die ins Stocken geratene Östliche Partnerschaft neuen Wind aus Polens Parlament. Einzig die Linksdemokraten um Leszek Miller üben sich bisher in vornehmer Zurückhaltung, lassen sich auch nicht ins Bockshorn jagen, wenn sie ab und zu in den Medien mit bösem Hintersinn gefragt werden, wo sie denn nun blieben, wenn auf dem Maidan in Kiew für die EU-Perspektive gekämpft werde. Grundsätzlich aber stehen sie hinter dem Programm der Östlichen Partnerschaft, auch bei ihnen geht es eher um Fragen taktischer Natur.

Zwei entschiedene Befürworter der augenblicklichen Ukraine-Politik in Polen sind die liberale Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ und das linksliberale Zentrum für politische Bildung „Krytyka Polityczna“. Ende Januar 2014 organisierten sie in Warschau gemeinsam ein Solidaritätsmeeting, das dem Maidan in Kiew galt. Die „Gazeta Wyborcza“ ist noch immer Polens meistgelesene überregionale Tageszeitung, auch wenn sie verglichen mit einstigen Glanzzeiten längst kräftig Federn lassen musste und seit einem Jahr nach eigener Aussage gar eine normale Tageszeitung gar nicht mehr sein wolle, sondern eher ein Blatt, das den Informationen hinter den Informationen breiteren Raum lasse. Anders gesagt, auch an der „Gazeta Wyborcza“ geht die Zeitungskrise nicht spurlos vorbei. Dennoch bleibt das Blatt vorerst unangefochtener Meinungsführer in Polen, wobei es in den meisten Debatten klare Regierungspositionen bezieht. So etwa im Sommer 2013, als sich die drei großen Gewerkschaftszentralen allen politischen Unterschieden zum Trotz anschickten, die Tusk-Regierung wegen ihrer verfehlten Sozialpolitik öffentlich unter Druck zu setzen, was dann im September 2013 unter Beteiligung mehrerer hunderttausender Gewerkschafter auch eindrucksvoll gelang. In der „Gazeta Wyborcza“ wurde aber mehrere Wochen lang gegen Gewerkschaftsfunktionäre gestichelt, weil die auf Kosten der einfachen Mitglieder und der Unternehmer ein üppiges Leben führten. Selbst Gesetzesregelungen wurden infrage gestellt, für welche die „Gazeta Wyborcza“ nach Gründung im Frühjahr 1989 anfänglich beharrlich gestritten hatte. Im Januar 2014 erlebte nun die Kampagne für eine EU-Perspektive der Ukraine in der „Gazeta Wyborcza“ einen wahren Höhepunkt, denn seitenweise und in Beilagen wurde kräftig die Trommel gerührt für die Sache, die auf dem Maidan in Kiew ausgefochten wird. Kritische Töne mussten mit der Lupe und zwischen den Zeilen gesucht werden.

„Krytyka Polityczna“ hat sich in den zurückliegenden Jahren und insbesondere seit dem EU-Beitritt zu einem der

wichtigsten Zentren für politische Bildung in Polen gemauert, legt in beeindruckender Zahl Publikationen vor und ist vor allem in den akademischen Zentren des Landes fest verankert. Wichtigste Zielgruppe sind jüngere Menschen, wobei die prominenten Akteure selbst mittlerweile in die Jahre gekommen sind. Um es für die deutschen Leser anschaulich zu machen, könnte man sagen, dass „Krytyka Polityczna“ in Polen unter Akademikern in hohem Maße jene Stelle ausfüllt, die durch das Fehlen einer starken grünen Bewegung ansonsten leer bliebe. Also im besten Sinne eine linksliberale Organisation – mit allen bekannten Vor- und Nachteilen.

Insofern kommt nicht überraschend, dass die Organisation in Polen vor allem dort aktiv wird, wo es um die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Interesse einer Ausweitung rechtlicher Gleichstellung, etwa für sexuelle Minderheiten, oder um die Beseitigung diskriminierender Gesetzesvorgaben beispielsweise beim Abtreibungsrecht geht. Auch wenn man gegenüber Parteipolitik auffallende Distanz wahr, ist eine nicht zu übersehende Affinität zu Positionen festzustellen, wie sie Palikot oder Ex-Präsident Aleksander Kwaśniewski vertreten. Gegenüber den Linksdemokraten der SLD gibt es größere Zurückhaltung, was auch mit der Person Leszek Millers begründet wird.

In der Ukraine-Debatte ist kein Unterschied zur „Gazeta Wyborcza“ und damit zur Linie von Außenminister Sikorski und Ministerpräsident Tusk zu erkennen. Anders gesagt – mit größter Überzeugung zieht „Krytyka Polityczna“ zum Kiewer Maidan mit haargenau jenen Werten im Gepäck, für die man selbst erfolgreich in Polen streitet. Dass zu den Akteuren in Kiew kein kritisches Wort fällt, mag verwundern und darf sogar erstaunen, mit politischer Leichtgläubigkeit oder Unerfahrenheit sollte es nicht erklärt werden, denn die liegt bei „Krytyka Polityczna“ nicht vor.

Ein wichtiges Argument, welches oft zu hören ist, betrifft die Lebensverhältnisse. Mit Stolz verweist man in Polen auf die Tatsache, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung hier heute dreimal höher ist als in der Ukraine – Anfang der 1990er Jahre war es noch nahezu gleich hoch, genauer gesagt, gleich niedrig. Wenn also betont wird, die Tür für den EU-Beitritt der Ukraine müsse offen bleiben, setzt man stillschweigend hinzu, die Ukraine müsse zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Das stimmt mit Einstellungen überein, wie sie unter Ukrainern, vor allem jüngeren, häufig anzutreffen sind, die Polen gut kennen, weil sie entweder über regelmäßige Kontakte verfügen oder sich für längere Zeit hier niedergelassen haben. Die sprachliche Nähe erleichtert eine schnelle Eingewöhnung.

Dennoch ist in diesem Zusammenhang auf Unterschiede zu verweisen, die häufig nicht mehr beachtet werden. Polen hatte nach 1989/90 schnell eine klare Perspektive – den Beitritt zu den europäischen Strukturen. Dazu gehörte die durch den kompletten Zusammenbruch des sowjetisch geführten Wirtschaftssystems erfolgte Neuorientierung auf westliche Märkte, mit denen der weitgehende Wegfall des sowjetischen Marktes ausgeglichen werden musste. Eine Wirtschaftselite, die besonderes Interesse an starken Bindungen zum neuen Russland hatte, konnte sich trotz schneller Privatisierung nicht herausbilden. Außerdem schaute die gesamte Bevölkerung nach Westen, nicht nach Osten. Das Aufgehen in den EU-Strukturen war ohne Alternative. Trotz einiger regionaler Unterschiede – die messbar größte Skepsis gegenüber der EU-Mitgliedschaft gab es im Osten und



Südosten des Landes, also an den Grenzen zu Belarus und zur Ukraine – spielten diese im Prozess der EU-Annäherung kaum eine größere Rolle. Lediglich die oben erwähnte LPR konnte zeitweise daraus politischen Nutzen ziehen, war doch der Südosten des Landes ihre Hochburg. Von der Gefahr des Auseinanderbrechens des Landes war Polen also zu jedem Zeitpunkt weit entfernt. Wie anders die Situation in der heutigen Ukraine ist, braucht hier nicht ausgeführt werden. Deshalb kann aber die Annäherung der Ukraine an die EU mit der absehbaren Perspektive der Vollmitgliedschaft nicht einfach als eine Wiederholung des polnischen Weges gedacht werden.

Darüber aber wird in Polen augenblicklich wenig gesprochen. Im Vordergrund steht allein der Wunsch, die Tür für den EU-Beitritt der Ukraine trotz der entstandenen komplizierten Lage weit offen zu halten. Polen will seine aktive Rolle in der EU-Ostpolitik nicht preisgeben.

Doppelte Standards

Von Tiina Fahrni, Leiterin des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau, 7. März 2014

„Drohstrategien“ kennzeichnen die sechste Konfliktstufe in Friedrich Glasls breit angewandtem Eskalationsmodell, das in neun Stufen von der „Verhärtung“ bis „Gemeinsam in den Abgrund“ führt. In dem Modell ist dies die letzte Stufe, die nicht zwingend auf Verluste auf beiden Konfliktseiten herausläuft. Stufe Sechs – das sind strategische Drohgebärden, Ultimaten und Sanktionen sowie die Demonstration der Bereitschaft zum Eingriff. Russische (oder doch nicht russische?) Soldaten auf ukrainischem Staatsgebiet, Rakentests und unangekündigte Überprüfungen von Militärbasen, Autonomieerklärungen der Krim, Generalmobilmachung in der Ukraine, amerikanische Sanktionen gegenüber Russland und Drohungen mit dem Rausschmiss aus der G8, während die EU erst einmal die Gipfelvorbereitungen suspendiert und die Visaverhandlungen auf Eis legt: Die Drohkulisse steht. Aber wer sind die eigentlichen Konfliktparteien? Und inwieweit ist der Kern des Konflikts noch bestimmbar?

Die Ereignisse und ihr medialer Verschleiß jagen sich in derartigem Tempo, dass es viel länger als einige Wochen zurückzuliegen scheint, als man noch (falls man denn über genügend Denkfaulheit verfügte) den Eindruck gewinnen konnte, die Frage nach den Konfliktparteien sei klar zu beantworten. Es gab die Maidan-Proteste in Kiew und in anderen ukrainischen Städten auf der einen Seite und die Staatsführung und ihre Schutzorgane, verkörpert durch die Spezialeinheit „Berkut“, auf der anderen. Verfolgte man die Berichterstattung aus Russland und Deutschland, konnte man meinen, es seien zwei verschiedene Geschichten, die einem da erzählt werden: Auf der einen Seite unbedarfte Schilderungen von Menschen aus dem Volk, die hergekommen sind, sich für ein besseres Land, Demokratie und europäische Werte einzusetzen, auf der anderen Seite überspitzte Bilder von radikalen, kampfbereiten Nationalisten. Dass beide Narrative auf einer stark selektiven Wahrnehmung beruhen, kristallisiert sich in Glanzmomenten des absurden TV-Theaters – wie im Interview des Frühstücksfernsehen mit der völlig inkompetenten und offenbar kaum alphabetisierten

Sängerin Ruslana, die allen Ernstes zur innenpolitischen Situation in der Ukraine befragt wurde und kurzum Viktor Janukowitsch mit Stalin verglich. Oder im Bericht eines russischen Reporters, der eine Reihe in den verbarrikadierten Straßen vorgefundener Patronenhülsen und durchlöcherter Schilder in die Kamera hielt – mit der ausschließlichen Erklärung, es handle sich um Belege der Aggression der Demonstranten gegen die „Berkut“-Jungs.

Aber dann folgten die traurigen Nachrichten über Verletzte und Tote, und Konflikt wie Berichterstattung erreichten ein neues Ausmaß an Emotionalität, das analytisch-kühle oder gar zynische Kommentare als pietätlos in den Bereich des Indiskutablen verbannte. So muss wohl auch die Frage, ob es wirklich nötig war, zu den Waffen zu greifen – zu einem Zeitpunkt, als die „Repressionsgesetze“ von Mitte Januar schon zurückgenommen und Verhandlungen begonnen waren –; genauso unbeantwortet bleiben wie die Frage, weshalb sich Menschen ohne existentielle Not eine kriegsähnliche Situation schaffen. Ungeachtet der Ziele, für die sie sich einsetzten, ergäbe eine Analyse nach psychologischen Fragestellungen bestimmt interessante Resultate. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit jemand monatelang der Hauptbeschäftigung „Demonstrieren“ nachgehen kann? Wenn es einem schon als interessiertem Zuschauer oder besorgter Analytikerin schwer fällt, das gesamte Bild in den Blick zu bekommen und Zuschreibungen von Recht und Unrecht nur mit großer Vorsicht zu unternehmen – wie soll dann ein maximal Involvierter nicht aus den Augen verlieren, dass alle Beteiligten gleichwertige Menschen sind? „Berkut“ genauso wie Demonstranten.

Von Gleichwertigkeit kann auch in Bezug auf den internationalen Diskurs keineswegs die Rede sein. Die Regel bestätigt sich wieder: Wenn Russland im Spiel ist, wird es erst einmal mit einem negativen Vorzeichen versehen. Fast scheint es so, als ergebe sich mit der internationalen Empörung der ganze während der nahezu zwischenfallsfreien Olympiade in Sotschi zurückgehaltene Eifer, endlich auf einen handfesten Grund für direkte Kritik mit entsprechenden Maßnahmen (oder möglichst geschmacklosen Vergleichen, wie jüngst von Hillary Clinton vorgemacht) reagieren zu können. Diesen Grund hat Russland mit seiner militärischen Präsenz auf der Krim geliefert.

Seit dem ersten März, als Panzer einfuhren und Soldaten ohne Abzeichen von der Presse gleich als russische Vorhut entlarvt wurden, ist eine vortreffliche Vorführung des Prinzips der doppelten Standards zu beobachten. Exemplarisch sei auf den ARD-„Brennpunkt“ vom 1. März Bezug genommen. Jörg Schönenborn fuhr mit ganzen Panzerladungen von Vokabular aus dem Kalten Krieg auf und hatte nach deren Abwurf auch noch die Kühnheit, darauf hinzuweisen, letzterer sei seit über zwanzig Jahren zu Ende. Vom Psychokrieg auf der noch-ukrainischen Krim war da die Rede, von einer Invasion, einem Brandherd und davon, dass das alles „in fataler Weise an die Zeiten erinnert, als die Sowjets sich nur zu gern von ihren Brudervölkern zu Hilfe rufen ließen“, später stellt er die Frage, ob es noch andere Regionen gebe, „in denen sich die Russen zu Hilfe rufen lassen könnten“. Es sei an eine andere Darstellung erinnert: Auf dem Maidan in Kiew protestieren Menschen, denen Subjektstatus zugestanden wird, sie wurden stets als aktive Handelnde beschrieben. In der Ostukraine, so wird nahegelegt, handelt es sich um eine graue Masse, die lediglich Objekt der Unterstützung



Russlands ist, von der sich Russland zu Hilfe rufen lässt. Schönenborn fragt seine Gesprächspartner, ob Putin nicht vielleicht sogar Truppen nach Kiew schicken werde, ob Krieg drohe in der Region, und ob nicht schon gerichtet sei über das Fortbestehen der Ukraine in seinen heutigen Grenzen.

In mehr oder minder ähnliches Getöse verfielen die meisten Reporterinnen und Berichterstatte der Öffentlich-Rechtlichen. Derartige anti-russische Propaganda steht in ihrer Überzeichnung der anti-westlichen Propaganda auf russischen staatlichen Kanälen, die „den Westen“ zunehmend durch ein Prisma aus Dekadenz, Wertezerrfall und politisch korrekter Gleichmacherei beleuchtet, in nichts nach.

Beobachten wir lediglich Nachbeben des Kalten Krieges, oder ist das die aktuelle Variante eines viel älteren Ost-West-Antagonismus? Der Dichter und Denker Fedor Tjutčev schrieb 1844: „Der Zeitgeist, Kind des Westens, sieht in Russland wenn nicht ein feindliches, dann doch zumindest ein völlig fremdes Element, das nichts mit ihm zu tun hat. Offenbar fürchtet er sich, sich selbst zu verändern und eigene Gesetzmäßigkeiten infrage zu stellen, wenn es darum geht, ... die Frage zu beantworten: Was ist das – Russland?“. Der Kontext des Zitats, die Auseinandersetzung zwischen Westlern und Slawophilen, war prägend für das 19. Jahrhundert, bietet aber auch zweihundert Jahre später eine aktuelle Folie. Sind die Vorzeichen dieselben und hat sich bloß das Rad der Zeit gedreht, könnte das Szenario nach dem Krimkrieg (1853 – 1856) ebenso aktuell werden: Chokan Laumulin (Research Fellow der Uni Cambridge aus Kasachstan) prognostiziert für Russland analog zur Strategie nach dem Krimkrieg Isolation, Besinnung auf sich selbst und eine zunehmende außenpolitische Ausrichtung weg von Europa und hin zu Asien. Der Zeitpunkt für eine Emanzipation Russlands von seinem Erzfreund Europa ist gerade sehr günstig: Gemäß einer Umfrage des Allrussischen Zentrum für Meinungsforschung vom 5. März wird Putins Regierungshandeln von 67,8 Prozent der Befragten gutgeheißen – das beste Resultat der letzten zwei Jahre.

In Russland ist man sich einig: Keiner will einen Krieg gegen die Brüder und Schwestern in der Ukraine. Beim Gespräch mit Journalisten am 4. März gab sich Putin besonnen und begab sich rhetorisch geschickt in eine übergeordnete Position, indem er auch Janukowitsch in die Reihe der „zhuliki“, die bisher die Ukraine regiert haben, stellte, und sein Verständnis für die protestierenden Menschen ausdrückte, die nun schon wieder eine Übergangsregierung aus Gaunern erhalten hätten. „Zhuliki i vory“ – „Gauner und Diebe“, das war die geläufige Bezeichnung der Oppositionsbewegung Russlands zur Zeit der Proteste 2011/2012 für Putin und sein Regime gewesen.

Nimmt man demokratische Wahlverfahren ernst, dann erstaunt tatsächlich, mit welcher Selbstverständlichkeit die Abgeordneten der Partei der Regionen sowie der Kommunisten und Präsident Janukowitsch zu Gaunern erklärt wurden. Sowohl die Präsidentschaftswahl 2010 (schon Anfang 2015 wäre turnusmäßig wieder gewählt worden) als auch die Parlamentswahl 2012, bei der die Partei der Regionen mit 30 Prozent die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, wurde im großen und ganzen auch von westlichen Wahlbeobachtern als fair bezeichnet. Die Übergangsregierung besitzt überhaupt keine Legitimierung durch die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb weigert sich Russland, direkte Gespräche zu führen, und Putin beruft sich als Erklärung für die „Unter-

stützung“ auf der Krim auf eine Bitte des letzten legitimen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch.

Die letzten Monate haben gezeigt, wie sehr der Großteil der Analytiker, Expertinnen und Berichterstatte die Zweiteilung der Welt noch verinnerlicht hat. Solange strukturell vergleichbare Phänomene noch in Abhängigkeit von ihrem Urheber mit verschiedenen Vorzeichen versehen werden, kann kein neuer internationaler Diskurs begonnen werden. Aller Voraussicht nach wird es keine nächste Eskalationsstufe geben – keine vorbereitenden Vernichtungsschläge, die zur gegenseitigen Zerstörung führen. Aber die Abkühlung der offiziellen Beziehungen könnte diesmal unter dem Gefrierpunkt enden – wenn ihnen gelungene internationale Großanlässe wie Sotschi nicht zuvorkommen.

Ukraine – es gibt nur den Weg der Diplomatie

Antwort Gregor Gysis auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Bundestag zur Situation in der Ukraine, 13. März 2014

Aus: <http://www.linksfraktion.de/reden/ukraine-es-gibt-weg-diplomatie/>

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Putin will die gesamte Krise in der Ukraine militärisch lösen. Er hat nicht begriffen, dass die Probleme der Menschheit weder mit Soldaten noch mit Gewehren zu lösen sind, ganz im Gegenteil.

Auch die Probleme Russlands lassen sich so nicht lösen. Sein Denken und Handeln ist falsch und wird von uns deutlich verurteilt.

Es ist aber dasselbe Denken, das im Westen vorherrschte und vorherrscht: bei Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak und Libyen.

An die Stelle der Systemkonfrontation sind die Interessengegensätze der USA und Russlands getreten. Der Kalte Krieg ist beendet, aber solche Interessengegensätze können zu ganz ähnlichen Zügen führen.

Die USA wollen mehr Einfluss gewinnen und vorhandenen verteidigen, und Russland will mehr Einfluss gewinnen und vorhandenen verteidigen. Ich sage als Stichworte zu Russland nur: Georgien, Syrien, Ukraine.

Auch wenn man Putins Vorgehen verurteilt, muss man sehen, wie es zur gesamten Zuspitzung und Konfrontation kam. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Alles, was NATO und EU falsch machen konnten, haben sie falsch gemacht.

Ich beginne bei Gorbatschow im Jahre 1990. Er schlug ein gemeinsames europäisches Haus, die Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages und ein Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ mit Russland vor. Das hat die NATO ausgeschlagen. Sie hat gesagt: Den Warschauer Vertrag aufzulösen ist okay, aber die NATO bleibt. Und aus dem Verteidigungsbündnis NATO wurde ein Interventionsbündnis gemacht.

Der zweite Fehler: Bei der Herstellung der deutschen Einheit erklärten der amerikanische Außenminister, unser damaliger Außenminister Genscher und andere Außenminister gegenüber Gorbatschow, dass es keine Osterweiterung der



NATO geben wird. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Es gab eine vehemente Ausweitung der NATO in Richtung Russland.

Der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates bezeichnete die eifertige Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die NATO als schweren Fehler und den Versuch des Westens, die Ukraine in die NATO einzuladen, als schwere Provokation. Nicht ich, sondern der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister hat das erklärt.

Dann kam drittens der Beschluss, Raketen in Polen und Tschechien zu stationieren. Die russische Regierung sagte: Das tangiert unsere Sicherheitsinteressen; wir möchten das nicht. Das hat den Westen überhaupt nicht interessiert. Es wurde dennoch gemacht.

Zudem hat die NATO im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg das Völkerrecht mehrfach und schwer verletzt. Das räumt inzwischen auch der damalige Kanzler Schröder ein. Serbien hatte keinen anderen Staat angegriffen, und es gab keinen Beschluss des UN-Sicherheitsrates. Es wurde dennoch mit erstmaliger bundesdeutscher Beteiligung nach 1945 bombardiert. Und die Bewohnerinnen und Bewohner des Kosovo durften in einem Volksentscheid die Loslösung von Serbien beschließen.

Ich habe damals die Völkerrechtsverletzung schwer kritisiert und Ihnen gesagt: Sie öffnen beim Kosovo eine Büchse der Pandora; denn wenn das im Kosovo erlaubt ist, müssen Sie es auch in anderen Gegenden erlauben. Sie haben mich beschimpft. Sie haben es nicht ernst genommen, und zwar weil Sie glaubten, solche Sieger im Kalten Krieg zu sein, dass alle alten Maßstäbe für Sie nicht mehr gelten. Ich sage Ihnen: Die Basken fragen, warum sie keinen Volksentscheid machen dürfen, ob sie zu Spanien gehören wollen oder nicht. Die Katalanen fragen, warum sie keinen Volksentscheid machen dürfen, ob sie zu Spanien gehören wollen oder nicht. Natürlich fragen das nun auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Krim.

Durch Völkerrechtsverletzung kann man über Gewohnheitsrecht auch neues Völkerrecht schaffen; das wissen Sie. Ich bleibe aber der Meinung, dass die Abtrennung der Krim völkerrechtswidrig wäre, genauso wie die Abtrennung des Kosovo völkerrechtswidrig war.

Ich wusste aber, dass sich Putin auf den Kosovo berufen wird, und er hat es auch getan. Jetzt sagen Sie, Frau Bundeskanzlerin: Die Situation ist doch eine völlig andere. Das kann schon sein. Sie verkennen aber: Völkerrechtsbruch ist Völkerrechtsbruch. Meine liebe Frau Roth, fragen Sie doch einmal einen Richter, ob ein Diebstahl aus edlerem Motiv im Vergleich zu einem Diebstahl aus unedlerem Motiv kein Diebstahl ist. Er wird Ihnen sagen: Es bleibt ein Diebstahl. Das ist das Problem.

Herr Struck hat damals erklärt: Die Bunderepublik muss ihre Sicherheit am Hindukusch verteidigen. Nun erklärt Herr Putin: Russland muss seine Sicherheit auf der Krim verteidigen. Deutschland hatte am Hindukusch übrigens keine Flotte und war auch wesentlich weiter entfernt. Trotzdem sage ich: Beide Sätze waren bzw. sind falsch.

Aber es bleibt auch Folgendes: Wenn viele Völkerrechtsverletzer dem Völkerrechtsverletzer Russland vorwerfen, das Völkerrecht zu verletzen, ist das nicht besonders wirksam und glaubwürdig. Das ist die Tatsache, mit der wir es zu tun haben.

Obama sprach genauso wie Sie, Frau Bundeskanzlerin,

von der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten. Aber diese beiden Prinzipien wurden in Serbien, im Irak, in Libyen verletzt. Der Westen meinte, das Völkerrecht verletzen zu können, weil der Kalte Krieg vorbei sei. Man hat die chinesischen und die russischen Interessen grob unterschätzt. Sie haben Russland unter Jelzin, der häufig ange-trunken war, überhaupt nicht mehr ernst genommen. Aber die Situation hat sich geändert. Sehr spät berufen Sie sich jetzt wieder auf die im Kalten Krieg entstandenen völkerrechtlichen Grundsätze. Ich bin sehr dafür, dass sie wieder gelten – aber dann für alle! Anders geht es nicht.

Dann gab es das Gezerre zwischen der EU und Russland an der Ukraine. Beide dachten und handelten gleich. Barroso, der Kommissionschef der EU, hat gesagt: Entweder Zollunion mit Russland oder Verträge mit uns! Er hat nicht gesagt: „Beides“, sondern: „Entweder – oder!“. Putin hat gesagt: Entweder Verträge mit der EU oder mit uns! Beide haben gleichermaßen alternativ gedacht und gehandelt. Das war ein verheerender Fehler von beiden Seiten.

Kein einziger EU-Außenminister hat versucht, mit der russischen Regierung zu sprechen und die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Russland fürchtet doch, dass nach engeren Beziehungen mit der EU die NATO in die Ukraine kommt. Es fühlt sich immer stärker eingekreist. Aber es wurde nur an der Ukraine gezerrt. Die EU- und NATO-Außenminister haben die Geschichte Russlands und der Ukraine völlig unberücksichtigt gelassen. Sie haben die Bedeutung der Krim für Russland nie verstanden. Die ukrainische Gesellschaft ist tief gespalten. Auch das wurde nicht berücksichtigt. Diese tiefe Spaltung zeigte sich schon im Zweiten Weltkrieg, und sie zeigt sich auch heute. Die Ostukraine tendiert in Richtung Russland. Die Westukraine tendiert in Richtung Westeuropa. Es gibt derzeit keine einzige politische Persönlichkeit in der Ukraine, die beide Teile der Gesellschaft repräsentieren könnte. Das ist eine traurige Wahrheit.

Dann gibt es noch den Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE. Die haben Sie in letzter Zeit schwer vernachlässigt, Frau Bundeskanzlerin und Herr Außenminister. Die Gelder für diese Organisationen wurden immer mehr zusammengestrichen, weil Sie meinten, dass sie nicht wichtig sind. Das sind aber die einzigen europäischen Organisationen, in denen sowohl Russland als auch die Ukraine organisiert sind. Deshalb müssen wir diese Organisationen wieder stärken, auch finanziell, und dürfen nicht über einen Ausschluss Russlands faseln; das ist völlig daneben.

Dann erlebten wir eine starke Zuspitzung auf dem Maidan. Wir erlebten Scharfschützen und viele Tote. Es gibt verschiedene Gerüchte. In solchen Situationen wird viel gelogen. Deshalb schlagen wir vor, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen. Wir, aber vor allem die Ukrainerinnen und Ukrainer haben ein Recht zu erfahren, was dort gelaufen ist und wer dort welche Verantwortung trägt. Ich freue mich, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, das unterstützen.

Auf dem Maidan gab es viele demokratische Kräfte, aber auch Faschisten. Der Westen machte direkt und indirekt mit. Dann haben Außenminister Steinmeier, der französische und der polnische Außenminister mit Janukowitsch und der Opposition einen Vertrag geschlossen. Jetzt sagen Sie, Herr Au-



ßenminister, Janukowitsch habe die Vereinbarung durch seine Flucht hinfällig gemacht. Das ist falsch. Die Menschen auf dem Maidan lehnten die Vereinbarung mit großer Mehrheit ab, und Sie, Herr Außenminister, haben auf dem Platz auch nicht für diese Vereinbarung geworben.

Erst nach der Ablehnung verließ Janukowitsch Kiew. Dann tagte das Parlament und wählte ihn mit 72,88 Prozent ab.

Die Verfassung schreibt aber 75 Prozent vor. Nun sagen Herr Röttgen und andere: Na ja, bei einer Revolution kann man nicht so genau auf die Verfassung achten. Ein paar Prozentchen mehr oder weniger ... Das kann man ja alles machen. Nur, Putin beruft sich darauf und sagt: „Es gab nicht die verfassungsmäßige Mehrheit für die Abwahl“ und stützt sich deshalb auf Schreiben, die Janukowitsch ihm sendet.

Außerdem: Bei der Abstimmung im Parlament standen lauter Bewaffnete herum. Das ist nicht besonders demokratisch. Bei der Volksabstimmung auf der Krim am kommenden Sonntag stehen auch lauter bewaffnete Soldaten herum. Auch das ist nicht besonders demokratisch.

Interessant ist, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen, ein solcher Volksentscheid sei nach der ukrainischen Verfassung verboten. Wann gilt sie denn nun und wann nicht? Bei der Abwahl des Präsidenten gilt sie nicht, und bei der Abstimmung auf der Krim soll sie plötzlich gelten. Sie müssen schon wissen: Akzeptieren Sie die ukrainische Verfassung ganz oder nur in bestimmten Teilen, wenn es Ihnen genehm ist? Das ist die Art, die ich kenne und die ich nicht mag.

Dann wurde eine neue Regierung gebildet, sofort anerkannt von Präsident Obama, auch von der EU, auch von der Bundesregierung. Frau Merkel! Der Vizepremierminister, der Verteidigungsminister, der Landwirtschaftsminister, der Umweltminister, der Generalstaatsanwalt, das sind Faschisten. Der Chef des nationalen Sicherheitsrates war Gründungsmitglied der faschistischen Swoboda-Partei. Faschisten haben wichtige Posten und dominieren zum Beispiel den Sicherheitssektor. Noch nie haben Faschisten freiwillig die Macht wieder abgetreten, wenn sie einmal einen Teil davon erobert hatten.

Zumindest die Bundesregierung hätte hier eine Grenze ziehen müssen, schon aufgrund unserer Geschichte.

Als Haiders FPÖ in die österreichische Regierung ging, gab es sogar Kontaktsperren und Ähnliches. Und bei den Faschisten in der Ukraine machen wir nichts? Swoboda hat engste Kontakte zur NPD und zu anderen Naziparteien in Europa. Der Vorsitzende dieser Partei, Oleg Tjagnibok, hat Folgendes wörtlich erklärt. Ich zitiere jetzt; Sie müssen sich anhören, was er wörtlich gesagt hat. Anführungsstriche:

„Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“

Ende des Zitats. – Ich wiederhole. Dieser Mann hat gesagt: Anführungsstriche:

„Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“

Ende des Zitats. – Es gibt jetzt Übergriffe auf Jüdinnen und Juden und auf Linke, und gegen all das sagen Sie nichts? Mit diesen Swoboda-Leuten reden Sie? Ich empfinde das als einen Skandal. Ich muss Ihnen das ganz klar sagen.

Jetzt wollen Sie, auch das haben Sie angekündigt, Sanktionen verhängen, wenn es nicht anders ginge, wie Sie sagen. Aber die werden Putin nicht imponieren. Das spitzt doch die Situation nur zu. Kissinger, der ehemalige Außenminister der USA, hat recht. Er sagt, die Sanktionen seien nicht Ausdruck

einer Strategie, sondern Ausdruck des Fehlens einer Strategie. Das gilt auch für die eskalierenden Militärfüge über Polen und die baltischen Republiken. Was soll das?

Konten von Janukowitsch und seinen Anhängern sind gesperrt, weil es gestohlenen Staatsgeld sei. Meine Frage: Das wussten Sie vorher nicht? – Zweite Frage: Warum eigentlich nur deren Konten? Was ist mit den Milliardenvermögen der Oligarchen, die andere Kräfte unterstützen? Warum machen Sie da nichts? Wie einseitig läuft das eigentlich alles?

Es gibt nur den Weg der Diplomatie.

Erstens. Der Westen muss die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands auf der Krim anerkennen, wie das übrigens auch US-Außenminister Kerry erkannt hat. Es muss ein Status für die Krim gefunden werden, mit dem die Ukraine, Russland und wir leben können.

Russland muss garantiert werden, dass die Ukraine nicht Mitglied der NATO wird.

Zweitens. Die Perspektive der Ukraine liegt in einer Brückenfunktion zwischen EU und Russland.

Drittens. Es muss in der Ukraine ein Prozess der Verständigung und Versöhnung zwischen Ost und West eingeleitet werden, vielleicht über einen föderalen oder konföderalen Status, vielleicht auch über zwei Präsidenten.

Was ich der EU und der NATO vorwerfe: Bis heute ist kein Verhältnis zu Russland gesucht und gefunden worden. Das muss sich jetzt gründlich ändern.

Sicherheit in Europa gibt es weder ohne noch gegen Russland, sondern nur mit Russland. Wenn die Krise eines Tages überwunden ist, könnte ein Vorteil darin bestehen, dass das Völkerrecht endlich wieder von allen Seiten respektiert wird.

Danke schön.

Ein Ausweg kann die Föderalisierung der Ukraine sein

Pjotr Simonenko, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine; aus: „Prawda“, 13. März 2014 (geringfügig gekürzt)

Vor dem Referendum auf der Krim brodeln es im ganzen Südosten der Ukraine. Es mangelt nur an einem, das aber sehr wichtig ist: Dass Führungspersönlichkeiten vor Ort auftauchen, die in der Lage sind, den Massen die Richtung zu weisen ...

Während einer Reihe von sitzungsfreien Tagen des Parlaments hat Pjotr Simonenko mehrere Regionen der Ukraine bereist, um den Bürgern die Haltung seiner Partei nahezubringen. Die Lage in der KPU in dieser schweren Zeit umreißt er mit wenigen Worten: „In den Parteiorganisationen herrscht eine gesunde Arbeitsatmosphäre: Wir haben keine Austritte zu verzeichnen.“

„Die neue Staatsmacht, die in Absprache mit den Vertretern des Großkapitals handelt und diese direkt in hohe Posten eingesetzt hat, wird zusammen mit ihnen offenbar in Kürze mit der Neuverteilung des Vermögens beginnen“, erklärt Pjotr Simonenko. „Die neue Mehrheit hat bisher keine Antwort auf die Frage, wie sie die Versprechen zu erfüllen gedenkt, die sie auf dem Maidan in großer Zahl abgegeben



hat. Die Vertreter des Großkapitals tun alles, um sich an der Macht zu halten.

Wenn das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet wird, bedeutet das einen Schlag gegen den Maschinenbau in unserem Land“, erklärt Simonenko auf einer Pressekonferenz in Saporoschje. „Die Folge wird Massenarbeitslosigkeit sein.“

Nach der Tätigkeit der KP-Fraktion im Parlament befragt, informiert Simonenko, für sie habe die Lösung der sozialen Fragen absolute Priorität. Vor allem geht es ihr darum, dass die von der neuen Regierung anvisierte Renten- und Gesundheitsreform nicht zustande kommt, dass die Grundstoffindustrie – Kohle, Metallurgie, Energie und Chemie sowie der militärisch-industrielle Komplex in Staatseigentum zurückgeführt werden.

„Die Staatsmacht ist mit sich selbst beschäftigt und verschwendet keinen Gedanken an das Volk“, erklärt Simonenko auf einer Pressekonferenz in Lugansk. Um festzulegen, welchen Weg die Republik jetzt einschlagen soll, müsse eine neue Verfassungsgebende Versammlung unter Beteiligung aller politischen Kräfte einberufen werden. Dort sollen nicht nur die Parlamentsparteien, sondern auch Vertreter der lokalen Selbstverwaltungen und der jetzt noch inoffiziellen regionalen Strukturen daran beteiligt werden zu bestimmen, in welcher Richtung das Grundgesetz zu verändern ist.

„Wir müssen unverzüglich an die Ausarbeitung einer Verfassung gehen, die geeignet ist, die Gesellschaft zu beruhigen und die Fragen zu klären, wie wir die historischen, kulturellen, geistigen und sprachlichen Traditionen erhalten wollen, die für die einzelnen Regionen charakteristisch sind. Damit wieder Einheit, Frieden und Ruhe im Lande einkehren.“

Für wichtig zur Wiederherstellung der Stabilität in der Ukraine hält er „die Abschaffung des Präsidentenamtes, die Zulassung von Referenden, um den territorialen Gemeinschaften größeren Einfluss zu geben, Fragen der Föderalisierung, u. a. auch des Haushaltes, die Direktwahl der Richter durch das Volk und weitere Probleme.“ Dies sei die Position der Kommunisten, und eine andere werde es für sie nicht geben, fügt er hinzu.

Die Besetzung von Verwaltungsgebäuden in den östlichen Landesteilen „ist ein Protest, dem man Rechnung tragen muss. Wenn man in Kiew glaubt, das Recht für derartige Aktionen zu haben, dann muss man es auch anderen zugestehen, die ihre lokalen Strukturen verteidigen und sich keine Lösungen aus Kiew aufzwingen lassen wollen. Die Besetzung von Rathäusern hat nicht in Lugansk, sondern in den westlichen Gebieten der Ukraine – in Lwiw, Iwano-Frankowsk und Ternopol – angefangen. Die illegalen bewaffneten Formationen, die Forderungen, keine Steuern mehr zu zahlen, und andere derartige Ideen haben dort ihren Ursprung. Wer die Ereignisse in Lugansk einschätzen will, muss bedenken, dass es sich hier um ein Spiegelbild der Ereignisse auf dem Maidan handelt, wo man von europäischen Werten geredet und zugleich auf undemokratischem Wege die Macht übernommen hat. Ich betone: Wer heute gegen das Aufzwingen von Gouverneuren aus Kiew protestiert, der hat damit Recht. Ein Gouverneur, den Kiew heute delegiert, zieht die Politik des national-faschistoiden Regimes durch. Die Lugansker lassen sich das nicht gefallen. Ein Ausweg aus der entstandenen politischen Situation kann die Föderalisierung unseres Landes sein. Sie darf den Zusammenhalt des Staates jedoch in keiner Weise beeinträchtigen.

Föderalisierung bedeutet vor allem größere Vollmachten und Möglichkeiten für die territorialen Gemeinschaften. Wir Kommunisten haben das bereits vor zwei Jahren gefordert. Wir haben runde Tische vorgeschlagen, um die Frage dort zu debattieren. Die Föderalisierung der Ukraine war ein Hauptpunkt in unserem Wahlprogramm, und unsere Wähler haben uns dafür ihre Stimme gegeben.“

Simonenko erklärt, dass die Föderalisierung den Bewohnern verschiedener Regionen erlaubt, selbst zu entscheiden, welche Sprache sie benutzen und welchen Glauben sie ausüben wollen. Die Gesellschaft könnte die lokalen Finanzhaushalte kontrollieren.

Spiridon Kilinkarow, Sekretär des Lugansker Gebietskomitees der KPU, ergänzt: „Föderationen gibt es überall auf der Welt, und die Einheit der Staaten bleibt erhalten. Dies ist kein Separatismus, wie man uns vorwirft. Eine Föderation ist der optimale Weg, um ethnische, religiöse oder sprachliche Konflikte zu lösen. Beide KP-Vertreter betonen mit Nachdruck, dass die Kommunisten niemals die Teilung der Ukraine unterstützt haben und das auch in Zukunft nicht tun werden.

„Die soziale Lage in der Ukraine wird sich weiter verschlechtern“, erklärt Simonenko auf seiner nächsten Pressekonferenz in Donezk. Der KPU-Chef hebt hervor, dass auf den höchsten Posten der Staatsmacht der Ukraine nicht nur die Oligarchen einander abgelöst haben. Es sei eine national-faschistische Diktatur entstanden. Die Bürger werden unter Druck gesetzt und eingeschüchtert. Alle ukrainischen Medien unterliegen einer harten Zensur. In den Händen der Radikalen befindet sich eine unübersehbare Zahl von Waffen, die niemand abzugeben gedenkt, obwohl eine solche Aufforderung mit den Vereinbarungen vom 21. Februar unterzeichnet wurde. Auch die Hexenjagd im Lande nimmt kein Ende.

Militanten Vertretern der Staatsmacht, die mit der Waffe in der Hand kämpfen wollen, rät der Erste Sekretär der KPU, doch ihre Söhne an die Front zu schicken. Hätte man früher auf die Vorschläge der KP gehört, dann wäre es möglich gewesen, die Lage auf der Krim zu regeln. Jetzt brauche das Land dringend eine Verfassungsreform, dafür sei es noch nicht zu spät.

Ausführlich geht Simonenko auf die Absicht der neuen Staatsmacht ein, Vereinbarungen zu den Zwangsbedingungen des IWF zu schließen, die nur zu einer sozialen Katastrophe im Lande führen können. Mit der Assoziierung an die EU wird die ukrainische Industrie abgewertet werden. Der Donbass wird dem Machtkampf geopfert.

Die neue Regierung muss aus einer ideologischen in eine technische umgewandelt werden“, erklärt Simonenko in Donezk. „In die Regierung müssen Profis zurückkehren, denn die Politik, die die Regierung gegenwärtig betreibt, macht das Land vollends unregierbar und verschärft die Krise, die bereits jetzt schwer auf den Schultern der einfachen Bürger lastet. Die Bewohner des Donezker Gebietes unterwerfen sich nicht der von der neuen Staatsmacht der Ukraine betriebenen Politik der Einschränkung der Rechte der Bürger im politischen, ethnischen, nationalen und sprachlichen Bereich. Sie finden sich nicht damit ab, dass dem ganzen Land die Werte einer Region aufgezwungen werden“, betont der Erste Sekretär des Donezker Gebietskomitees der KPU, Nikolai Krawtschenko. Die Donezker verlangen die Durchführung eines landesweiten und weiterer örtlicher Referenden

über größere wirtschaftliche, kulturelle und sprachliche Rechte der Bürger und der örtlichen Selbstverwaltungsorgane. Nur so können die Einheit und Integrität der Ukraine bewahrt werden.“

(Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger)

Nahost

Nord-Syrien: Zwischen Krieg, Embargo und Basisdemokratie

Ein politischer Reisebericht

Von Jan van Aken, Stellvertretender Vorsitzender der LINKEN und der Linksfraktion im Bundestag, 22. Januar 2014

Anfang Januar 2014 konnte ich mit einer kleinen Delegation den überwiegend kurdisch bewohnten Nordosten Syriens besuchen. Dort hat sich inmitten des blutigen Bürgerkrieges eine demokratisch organisierte Selbstverwaltung gebildet, die von außen massiv bedroht wird: militärisch durch das Assad-Regime wie durch Dschihadisten, und ökonomisch durch ein striktes Embargo der Nachbarländer.

Es ist absurd, gerade für jemanden, der Krieg und Waffen so sehr ablehnt wie ich. Aber von all den starken Eindrücken unserer Syrien-Reise drängt sich mir ein Bild immer wieder auf: Ein rosa Haarband. Eine junge Frau, inmitten Dutzend anderer kurdischer Männer und Frauen, stillgestanden, Kaschnikow in der Hand, auf kurzem Fronturlaub, nur notdürftig militärisch ausgestattet, in privaten Turnschuhen, mit Jeans und eben diesem rosa Haarband.

Es zeigt, wie nahe sich Alltag und Krieg in diesem Land längst gekommen sind. Wozu der Krieg Menschen zwingt, die eigentlich etwas ganz anderes vorhaben mögen, nur um zumindest eine gewisse Sicherheit für sich und ihre Familien herzustellen. Die kurdischen Milizen sichern die überwiegend kurdisch bewohnten Gebiete im Norden Syriens, schaffen innerhalb eines Verteidigungsringes Inseln relativer Normalität für vier Millionen Menschen. Eine Frau erzählt, dass sie vor dem Krieg Hausfrau war, Mutter zweier Kinder. Jetzt verteidigt sie ihr Dorf mit der Waffe in der Hand gegen die Angriffe der Dschihadisten und der Assad-Truppen. Wer auch immer dabei an Revolutionsromantik und Spanischen Bürgerkrieg denken mag, der irrt. Das hier ist vor allem ein Überlebenskampf.

Aber von vorn: Mitte 2012 vertreiben kurdische Milizen das Assad-Regime weitgehend aus den drei überwiegend kurdisch bewohnten Gebieten im Norden Syriens. Auf kurdisch heißt dieses Gebiet Rojava, Westkurdistan. Seitdem hat sich dort ein Selbstverwaltungssystem entwickelt, das in der Region seinesgleichen sucht und fast schon modellhaft für ein neues, freies, föderales Syrien sein könnte. Basisdemokratisch gewählte Komitees in den Dörfern und Städten sichern die Versorgung und die Verwaltung, über allem steht ein Hoher Kurdischer Rat mit VertreterInnen der meisten Parteien. Für Mai/Juni diesen Jahres sind Wahlen geplant. Eine Frauenquote von 40 Prozent im neu zu wählenden Regionalparlament ist beschlossen. Auch für alle ethnischen Gruppen in der Region sind Mindestquoten vorgesehen, 10 Prozent für KurdInnen, AraberInnen und AssyrerInnen, 5 Prozent für die kleineren Gruppen. Schon heute sind die

verschiedenen Bevölkerungsgruppen an den Selbstverwaltungs-Komitees beteiligt. Ein Sprecher der christlichen Assyrer in Qamishli gibt dafür einen simplen Grund an: Die Kurden seien säkular, und sie hätten die Christen bei der Verteidigung ihrer Dörfer gegen die Dschihadisten unterstützt.

Als wir im Januar versuchten, in die Region zu reisen, haben wir gleich zu Beginn eines der drängendsten Probleme der Region hautnah miterlebt: Ein striktes Embargo der Nachbarländer, die ihre Grenzen fast komplett geschlossen halten und selbst Hilfsgüter nur in wenigen Ausnahmefällen in den Norden Syriens lassen.

Embargo

In einem Anflug grober Naivität hatten wir zunächst gehofft, dass die Kurden im Nord-Irak uns über die gemeinsame Grenze mit dem kurdischen Gebiet in Nord-Syrien ausreisen lassen würden. Daraus wurde nichts, denn die autonome kurdisch-irakische Regionalregierung unter Masud Barzani verweigert der kurdisch-syrischen Bevölkerung jegliche Hilfe und macht die Grenze dicht, für Hilfslieferungen sowieso, aber auch für den ganz normalen Handel und für diplomatische Besuche. Über die Gründe kann nur spekuliert werden, wahrscheinlich aber steht dahinter der Druck der Türkei, dem wichtigsten Wirtschaftspartner Barzanis. Dazu kommt, dass viele Regierungen in der Region die Entwicklung im Norden Syriens mit großem Missfallen betrachten: Basisdemokratie, Frauenemanzipation und Religionsfreiheit verstehen sie als Angriff auf ihre eigene Machtstruktur. Solche revolutionären Ideen könnten ja auch auf die eigene Bevölkerung abfärben ...

Auch die türkische Regierung hält die Grenzen fest verschlossen. Sie versucht dieses Experiment in kurdischer Selbstverwaltung durch ein striktes Embargo in die Knie zu zwingen – wohl auch, weil eine treibende Kraft im Norden Syriens die „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) ist, eine Partei, die aus Sicht der Türkei zu viel Nähe zur PKK hat.

Versorgungslage

Angesichts des Embargos haben die Menschen in Nord-Syrien noch Glück im Unglück: Hier liegt die Kornkammer Syriens, auch im letzten Jahr gab es trotz des Krieges eine ausreichende Ernte. Und 60 Prozent der syrischen Ölreserven liegen in der Region. Wegen des Embargos kann kein Öl exportiert werden, aber in selbstgebauten Raffinerien lässt sich wenigstens Heizöl und Benzin für den Eigenbedarf gewinnen. Allerdings in schlechter Qualität, viele Autos können damit nicht fahren und sind auf Schmuggelbenzin angewiesen, aber es reicht. Das Straßenbild in der Hauptstadt Qamishli erscheint fast normal, viele Läden haben geöffnet (viele allerdings auch nicht), die Kinder gehen zur Schule. Eine Nacht schlafen wir bei einer wohlhabenden Bauernfamilie, sie gibt uns einen kleinen Einblick in ihren Alltag: Die Selbstverwaltungskomitees sorgen dafür, dass sie ausreichend Treibstoff für ihre Maschinen haben, damit die Ernte sichergestellt ist. Einige Ladenpreise haben sich gegenüber der Vorkriegszeit verzehnfacht, zum Beispiel für Tomaten. Aber Grundnahrungsmittel und Heizöl werden sehr viel billiger als früher angeboten. Und sie als Bauern haben jetzt sogar ein besseres Einkommen als früher, eben weil aufgrund des Embargos einige Preise gestiegen sind.

Problematisch könnte die Ernährungssituation allerdings bereits in diesem Jahr werden. Es gibt zwar fruchtbare Äcker,



landwirtschaftliche Maschinen und genügend Bauern. Aber alles hier ist auf eine großflächige, industrielle Landwirtschaft ausgelegt – und dafür fehlt es zum Beispiel an Düngemitteln. Die Selbstverwaltung hat zwar bereits Dünger im Ausland gekauft, bislang ist es aufgrund des Embargos aber nicht möglich, ihn ins Land zu bekommen.

An einigen Dingen fehlt es sowieso. Zucker, Öl, Reis und Tee sind Mangelware. Und vor allem Medikamente. Wir besuchen eine Zweigstelle des kurdischen Roten Halbmondes, dem Gegenstück zum Roten Kreuz. Dort gibt es fast nur noch privat gespendete Medikamente, die irgendwie über die Grenze geschmuggelt und dann umsonst an die Bedürftigen in der Stadt gegen Rezept ausgegeben werden. Chronisch Kranke können kaum noch versorgt werden, die Pharmazeutin beim Roten Halbmond sagte, dass die chronisch Nierenkranken Qamishlis entweder geflüchtet oder bereits gestorben sind.

Und das, obwohl die Türkei nur einen Katzensprung entfernt liegt. Wir sehen von Qamishli aus die Neubauten der türkischen Stadt Nusaybin, hinter einem Reisfeld und einer Mauer, die der türkische Staat gebaut hat. Der Grenzübergang ist geschlossen. „Das einzige, was die türkisch-syrische Grenze noch passieren darf, sind Waffen und Kämpfer für die Dschihadisten“, sagt einer unserer Gastgeber.

Durch das Embargo kommen kaum Hilfsorganisationen in die Region. Einzig die „Ärzte ohne Grenzen“ sind vor Ort, selbst die UN kann nicht direkt helfen und musste Hilfsgüter zu absurd hohen Preisen über eine Luftbrücke nach Qamishli fliegen.

Autonomie statt Sezession

Die Vertreibung des Assad-Regimes im Sommer 2012 wurde maßgeblich von der PYD organisiert, die als einzige politische Kraft dazu organisatorisch in der Lage war. Seitdem versucht sie, möglichst viele Menschen und Organisationen in das Selbstverwaltungs-System zu integrieren. Im Hohen Kurdischen Rat stellt die PYD die Hälfte der Mitglieder, die andere Hälfte kommt aus anderen Parteien, die fast das gesamte politische Spektrum Westkurdistan abdecken. In Irak-Kurdistan hörten wir immer wieder den Vorwurf der „Einparteien-Herrschaft“ in Nord-Syrien. Dieser Vorwurf kann aus zwei Gründen nicht richtig sein, denn einerseits ist der Hohe Kurdische Rat paritätisch besetzt, und zum anderen sind Wahlen für dieses Frühjahr geplant. Die Sicherheitskräfte und Milizen werden zumindest formal vom Hohen Rat kontrolliert und nicht nur von einer Partei.

In jedem Gespräch wurde uns gegenüber immer wieder betont, dass das Ziel eine autonome kurdische Region innerhalb eines demokratischen, föderalen Syriens sei. Ob das nur taktisch begründet oder aus Überzeugung geschah, mag dahingestellt sein. Ganz praktisch allerdings agiert die Selbstverwaltung in genau diese Richtung. So hören wir, dass an den Schulen weiterhin auf Arabisch unterrichtet wird, nur 10 Prozent des Unterrichtes werden jetzt zusätzlich auch auf Kurdisch gegeben. Dem Assad-Regime gegenüber versucht der Hohe Rat eine Gratwanderung – einerseits wurde es vor Ort weitestgehend entwaffnet und entmachtet, andererseits wird der Flughafen von Qamishli als letzte Bastion des Assad-Regimes in der Region nicht angetastet. Man versucht, militärisch defensiv zu agieren, Angriffe von Assad oder Dschihadisten zwar abzuwehren, den Konflikt jedoch nicht selber weiter zu eskalieren und offensiv einzugreifen.

Niemand spricht sich offen für eine Sezession aus. Im Gegenteil: Die zentrale politische Forderung vor Ort ist die Beteiligung einer kurdischen Delegation an den Genfer Friedensgesprächen, mit folgendem Argument: „Wir Kurden sind ein Teil Syriens und müssen deshalb auch Teil der Lösung sein.“

Ständige Angriffe

„Diejenigen, die bislang das Assad-Regime bekämpft haben, kämpfen jetzt gegen uns,“ sagte der Sprecher der kurdischen Milizen, der so genannten Volksverteidigungseinheiten (YPG) zu uns. Sie sind ständigen Angriffen sowohl durch Dschihadisten als auch durch Assad-Truppen ausgesetzt. Ganz aktuell befürchten sie eine neue Offensive vereinter islamistischer Gruppierungen gegen die Region. Gruppen wie Al Nusra und ISIS mögen sich anderswo in Syrien gegenseitig blutig bekämpfen, für den Kampf gegen die YPG schließen sie sich jedoch zusammen.

Die YPG bestehen zum größten Teil aus Freiwilligen aus der Region, sie haben 35 000 aktive Kämpfer/-innen, ein Drittel davon Frauen, sowie 10 000 Reservist/-innen. Sie beschränken sich größtenteils darauf, die Außengrenzen gegen Angriffe zu verteidigen und gemeinsam mit den polizeilichen Sicherheitskräften das Eindringen von Attentätern in die Region zu verhindern. Eigene Geländegewinne sind nach ihren Aussagen nicht das Ziel, mit wenigen Ausnahmen. So wurde im Oktober der Grenzübergang Al Yaroubiah zum arabischen Teil des Irak hin erobert, weil die Islamisten von dort ihre Angriffe auf Rojava koordiniert hatten. (Über diese Grenze konnten wir dann letztlich einreisen, nach langen diplomatischen Verhandlungen mit Bagdad).

Kaum vorstellbar, aber tatsächlich kämpft Al Qaida in Syrien auch mit deutschen Waffen. Bei den Gefechten um Al Yaroubiah fielen der YPG unter anderem Reste einer deutsch-französischen Milan-Rakete in die Hände. Wir konnten die Raketenteile vor Ort untersuchen und die Seriennummern notieren. So lässt sich vielleicht herausfinden, auf welchem Wege diese Panzerabwehr-Raketen an die Dschihadisten gelangen konnten.

Deutschland muss handeln!

Die Bundesregierung sollte alles daran setzen, die Menschen im Norden Syriens zu unterstützen. Ganz dringend ist dabei die sofortige Aufhebung des Embargos, dafür sollte die Bundesregierung sowohl mit der irakisch-kurdischen Regionalregierung als auch mit Ankara in Gespräche eintreten. Während der Westen händeringend nach Dialogpartnern in Syrien sucht und mittlerweile nicht mal mehr weiß, wem er in diesem hungernden Land seine humanitären Hilfslieferungen anvertrauen soll, wischt er jede Kooperation mit der Selbstverwaltung in Nordsyrien mit dem schlichten Verweis auf die „PKK-Nähe“ weg. Hier gibt es eine demokratische Struktur jenseits von Assad und Al Qaida, die auch in der Lage ist, eine Verteilung der Hilfsgüter zu organisieren. Hier sollte die Bundesregierung ansetzen, anstatt weiterhin jegliche Unterstützung für die vier Millionen Menschen in der Region zu blockieren.

Auch die Wahlen sollten unbedingt unterstützt werden. Nur wenn diese nach internationalen Standards durchgeführt und kontrolliert werden, erhält die damit gewählte provisorische Regionalregierung die notwendige Anerkennung und Autorität.



Die Menschen im Norden Syriens haben ihr Schicksal in die eigene Hand genommen – und das mitten im Krieg, unter ständigen militärischen Angriffen und trotz eines strikten Embargos. Und trotzdem versuchen sie unbeirrt, ein multi-ethnisches, säkulares, demokratisches System aufzubauen. Das verdient – bei allen Unzulänglichkeiten, die es sicherlich gibt und geben wird – unsere Anerkennung und Unterstützung.

Eines ist aber auch klar: Eine Friedenslösung wird es auch für den Norden nur dann geben, wenn es eine Friedenslösung für ganz Syrien gibt. Deshalb sind die Genfer Verhandlungen zentral wichtig, nur durch eine Beteiligung aller relevanten Gruppen und Staaten wird es eine Verhandlungslösung geben können. Natürlich sollten auch die Kurdinnen und Kurden an den Genfer Gesprächen beteiligt werden, denn auch sie sind ein Teil Syriens. Und Deutschland muss – endlich – mehr dafür tun, dass die ständigen Waffenlieferungen aufhören. Solange immer neue Waffen geliefert werden und immer neue Kämpfer ungehindert nach Syrien reisen können, solange wird keine einzige Region Syriens wirklichen Frieden finden können.

Libanon: Ein 70 Jahre alter Staat in Geiselhaft

Von Issam Haddad, Publizist, Berlin, Januar 2014

Aktuelle Bestandsaufnahme

Vor neun Monaten trat die Regierung von Najib Mikati zurück, führt aber die Staatsgeschäfte bis dato weiter. Vor neun Monaten wurde Tammam Salam mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, was ihm aber bis heute nicht gelingen will, bzw. soll.

Für den Mai 2013 waren die Wahlen zum Abgeordnetenhaus fällig. Diese wurden aber nicht abgehalten, bzw. verhin­dert. Die Abgeordneten verlängerten ihr Mandat in rechtlich bedenklicher Selbstbedienungsmannier um 18 Monate: Seit Mai hat das Plenum kein einziges Mal getagt.

Am 25. Mai 2014 endet die Amtszeit des Staatspräsidenten Michael Sulaiman, ein General der Armee. Die Wahl des neuen Präsidenten ist Aufgabe des rechtlich umstrittenen Abgeordneten­hauses. Ein Aufschub dieses Wahltermins muss mit der Verlängerung der Amtszeit des noch amtierenden Präsidenten Sulaiman einhergehen. Zum 70-jährigen Unabhängigkeitstag des libanesischen Staates am 22. November 2013 mahnte der Staatspräsident alle Libanesen zu Geschlossenheit im Kampf gegen das Auseinanderdriften des Staates.

Zum selben Anlass und auf einem Empfang in der italienischen Hauptstadt Rom äußerte sich das Oberhaupt der Maroniten, eines Teils der christlich-katholischen Kirche im Libanon, Bechera Boutros Rai besorgt über die Situation in seiner Heimat: „Im Mai des kommenden Jahres hoffe ich, einen neuen Präsidenten für meine Heimat zu haben. Er möge unsere real existierenden Verhältnisse widerspiegeln, von allen Libanesen akzeptiert und sowohl von der arabischen als auch von der internationalen Gemeinschaft respektiert werden. Er soll ein fähiger Präsident für die gesamte sechs-jährige Amtszeit sein, an deren Ende die Feierlichkeiten zum

100jährigen Jubiläum der Ausrufung des „Grand Liban“ stehen. Im Jahre 1920 wurde nämlich dieses „Meisterwerk“ der französischen Kolonialmacht durch Zerstückelung des damaligen französischen Mandatsgebietes Syrien ins Leben gerufen. Erst das Doha-Abkommen von 2008 erzwang, bzw. zwang den syrischen Staat, diplomatische Beziehungen zum Libanon aufzunehmen.

Chronik eines angekündigten Staatsverfalls

Über den ganzen fast dreijährigen blutigen Kampf um die Macht in Damaskus zeigte sich, wie eng die Interessen der Menschen auf beiden Seiten der Demarkationslinie miteinander verbunden sind. Auf die anfänglich friedlichen Sympathie-Kundgebungen (insbesondere in Beirut und Tripoli) für die Aufständischen in Syrien folgten rasch das Schmuggeln von Waffen und Nachschub und Einströmen von Kämpfern aus aller Welt über den Norden des Libanon und die Hafenstadt Tripoli, sowie über die östlich-pontische Bekaa-Ebene nach Syrien.

Auf diesem Wege verstrickte sich eine Allianz von libanesischen Kräften mit weiten Kreisen der syrischen Aufständischen, insbesondere der Muslimbruderschaft. Gefördert wurden diese durch regionale Kräfte wie Saudi Arabien, Katar und die Türkei, sowie durch internationale Gönner, insbesondere durch die Vereinigten Staaten und Frankreich, Großbritannien und nicht zuletzt Deutschland. Das wiederum begünstigte und förderte ein Erstarren der sonst marginalisier­ten libanesischen Formation der Muslimbruderschaft und des politischen Islams in den sunnitischen Siedlungsgebieten wie Tripoli, der Hauptstadt des Nordlibanons, Sidon, der Hauptstadt des Südlibanons und West-Beirut. Traditionell herrscht in den sunnitischen Gemeinden der Nasserismus, bzw. ein panarabischer antikolonialer Nationalismus vor. Damit wirkten sie bis dato als größtes Bollwerk gegen den religiös-sektiererischen Zerfall des Libanons.

Die von Saudi-Arabien gelenkte „Strömung der Zukunft“ (Tayar Al-Mustaqbal) von Ministerpräsident Hariri vermittelte anfangs den Eindruck, sie wolle einem breiten Spektrum der syrischen Opposition zu Hilfe eilen. Praktisch aber förderte sie auch das massive Auftreten salafistischer Organisationen und radikal sunnitisch-sektiererischen Verbände, um gegen die Übermacht der Hisbollah auf libanesischem Boden aufzurüsten. Diese Entwicklung rief die libanesischen Verbündeten der syrischen Machthaber auf den Plan.

Seit 2012 kam es wohl zum Einsatz von Elite-Kämpfern der Hisbollah gegen Aufständische auf syrischem Boden. Die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten auf libanesischem Boden nahmen bedrohliche Ausmaße an. Brandherde in Tripoli und in der Bekaa-Ebene, wie auch in Sidon sind die Folge. Auch verheerende Anschläge wie Selbstmordattentate mit vielen Opfern werden häufiger und verbreiten eine Atmosphäre von Angst und Schrecken.

Immer offener und lauter wird auf das Agieren syrischer Aufständischer in den Grenzgebieten östlich der Bekaa-Ebene hingewiesen, sowie auf die Gefahren, die von den größten palästinensischen Flüchtlingslagern im Süden des Landes ausgehen. Hierher sind viele palästinensische Flüchtlinge geflohen, die zuvor in Lagern in Syrien beheimatet waren. Unter vielen Palästinensern ist die Stimmung gegenüber dem syrischen Regime nicht gerade freundlich oder solidarisch, und unter islamisch-fundamentalistischen Palästinensern ist sie offen feindselig (ausgenommen Al-Djihad al Islami).



Somit steigt die Gefahr des Übergreifens des offenen militärischen Konflikts auf den Libanon, mit all seinen verheerenden Auswirkungen für die Menschen und den Staat. Diese Tendenz wurde in der Zeit der Machtausübung durch die Muslimbruderschaft in Ägypten weiter gefördert, da diese sich in einigen libanesischen Angelegenheiten unverhüllt auf die Seite ihrer Bundesgenossen im Libanon schlugen.

In Anbetracht der militärischen Stärke der Hisbollah und deren Tiefen- und Breitenverankerung in der schiitischen Gemeinde, die ein Drittel der libanesischen Bevölkerung ausmacht, und nicht zuletzt wegen teilweiser starken Sympathien für die Hisbollah seitens staatlicher libanesischer bewaffneter Organe, ist es für den Zedernstaat ein unkalkulierbares Abenteuer, militärisch in den sunnitisch-schiitischen Konflikt einzugreifen. Der Staat ist in einer Starre gefangen, bzw. ist komplett paralysiert.

Die Mehrheit der Sunniten im Libanon gehört der Mittelschicht an, insbesondere die städtische Bevölkerung. Solange sich diese bedeutende soziale Schicht gegen ein Abdriften in den sektiererischen Wahnsinn sträubt und dem Kampf von Sunniten gegen Schiiten die Gefolgschaft verweigert, ist die Wiederholung eines offenen, breitangelegten Bürgerkriegs im Libanon nicht vorstellbar. Dabei hat die bisherige Zurückhaltung der Hisbollah entscheidende Bedeutung. Auch das aktive und dem sozialen Frieden dienende Verhalten der christlichen Gemeinden ist von enormem Gewicht: Die Hauptströmungen in diesen Gemeinden wie die Partei der Phalangen, sowie die von General Aoun erklärten öffentlich, dass die Agonie des Landes im Grunde genommen durch die von der Kolonialmacht Frankreich (1920 – 1943) festgelegte Form des Staates Libanon als Föderation religiöser Gruppen und Gemeinden bedingt ist. In diesem Sinne äußerte sich auch Hassan Nasrallah, der Chef der Hisbollah: „Das Absterben des alten Libanons verlangt die Ausarbeitung eines neuen Staatsentwurfs.“ Die Partei des ermordeten Ministerpräsidenten Hariri hingegen klammert sich an das Abkommen zwischen Saudi-Arabien, Syrien und den Vereinigten Staaten aus dem Jahr 1992.

Die Libanesisch-Kommunistische Partei, die viertgrößte Partei des Landes, hat eine „Initiative zur nationalen Rettung“ mit dem Hauptziel, „eine Front für die demokratische Erneuerung“ des Libanons zu schaffen, ins Leben gerufen. Hierfür sollen in Anlehnung an die Erfahrungen der letzten zwei Jahre aus Ägypten und Tunesien besonders die Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften, Verbände der Ärzte, Lehrer u. a. sowie weitere Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv werden, gemeinsam mit Vertretern aus Industrie, Handel und Landwirtschaft die Grundlagen eines neuen Staates diskutieren und deren Aufbau erkämpfen.

Die wirtschaftliche und soziale Lage

In Anbetracht der beschriebenen Entwicklungen sind nicht nur die Sicherheit und Stabilität des Libanons in Gefahr, die wirtschaftliche und soziale Lage setzt auch die Menschen unter Druck. Die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien stieg nach UN-Angaben im Dezember 2013 auf knapp 850 000. Dabei handelt es sich um fast 182 000 Familien. Der Frauenanteil unter den Flüchtlingen beträgt 51 Prozent, und fast 40 Prozent der Flüchtlinge sind jünger als 11 Jahre.

Nach Angaben der libanesischen Behörden sind auch 51 000 Palästinenser und 40 000 libanesisch-bürgerliche Hauptwohnsitze in Syrien in den Libanon gekommen. Das

Arbeitsministerium und die Gewerkschaften beklagen eine Verdrängung regulärer libanesischer Arbeitskräfte durch billigere syrische Arbeitskräfte, insbesondere in der Landwirtschaft und im Bausektor. Auch drängen Flüchtlinge in Berufe, die eigentlich libanesischen Staatsbürger/-innen vorbehalten sind wie Ingenieure, Ärzte oder Rechtsanwälte. Zunehmend werden Fälle des Missbrauchs von Flüchtlingen bekannt, zum Beispiel solche von Organhandel und Zwangsprostitution. Auch die Unterbringung der Flüchtlinge gerät zum Problem: Mancherorts ist die Zahl der Flüchtlinge bereits größer als die einheimische Bevölkerung. Ein Besuch des deutschen Botschafters in der libanesischen Beke-Ebene im November 2013 machte ihm deutlich, dass die Infrastruktur des Libanons den Flüchtlingsströmen nicht gewachsen ist.

Die Auswirkungen des Bürgerkrieges in Syrien treffen die libanesisch-wirtschaftliche Lage hart: So fehlten dem Libanon im Jahre 2013 im Vergleich zu 2010 717 000 Touristen. Das hatte auch gravierende Auswirkungen auf den Einzelhandel. Besonders fehlte die Kaufkraft der Touristen aus den Golfstaaten. Auch der Bausektor stagniert, da Investitionen ausbleiben. Das liegt vor allem daran, dass sich die Auslandslibanesen, die mit ihren Überweisungen und Investitionen laut libanesischer Zentralbank fast 30 Prozent zum BIP des Landes beitragen, zur Zeit merklich zurückhalten.

Die Perspektive

Beim Ausbruch des syrischen Vulkans 2011 profitierte der Libanon noch von einer sowohl regional wie international ausgehandelten Politik der Wahrung der Stabilität des Landes. Voraussetzung hierfür war das Festhalten an einer Politik der Nichteinmischung, d. h. dem Verzicht auf jegliches Eingreifen in die Kämpfe auf syrischem Boden. Dort herrschte ein gewisses militärisches Gleichgewicht. Mit dem Übergang von zunächst zaghaften Nachschubleistungen zur offenen Einmischung in die Kampfhandlungen fand die Politik der Bewahrung der Stabilität ein Ende. Seit Anfang 2013 ist diese Entwicklung im Gange und wird begleitet von der Verschärfung des religiös-sektiererischen Konflikts mit gegenseitigen Übergriffen und Vergeltung zwischen Sunniten und Schiiten. So wurde der Libanon ein Teil der syrischen Krise. Die Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zugunsten des syrischen Regimes mit den Schlachten um Al-Qsair und Al Ghouia im Umland von Damaskus und nicht zuletzt im Qalamoun-Gebirge, den östlichen Abhängen des Anti-Libanons, unter aktiv-militärischer Teilnahme von Verbänden der Hisbollah wird praktisch kompensiert durch die von den regionalen Gegnern des Regimes, besonders Saudi-Arabien und der Türkei, unterstützten Übergriffen und Terrorangriffen in Syrien, Libanon und dem Irak. Eine Stabilisierung des Libanon im Jahre 2014 kann nur im Zuge der Beilegung der syrischen Krise und eines Interessensausgleichs zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, des Mentors der Hisbollah und der irakischen Verbände Abou el Fadl Abbas, erreicht werden.

Zur Zeit gibt es dafür keine Anzeichen: Der Frieden liegt in weiter Ferne.



Afghanistan beweist: Krieg ist keine Lösung

Von Wolfgang Neidhardt, Generalleutnant a.D.

Die Lage in Afghanistan wird charakterisiert durch nunmehr bereits zwölf Jahre Krieg der USA und weiterer NATO-Staaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland. Rechtliche Grundlage für den Kriegseinsatz bilden die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates 1368 vom 12.9.2001 („OEF“) und 1373 vom 29.9.2001 („ISAF“), die als Reaktion auf die Anschläge vom 11.9.2001 beschlossen wurden. Offizielles Ziel der Einsätze war die Zerschlagung der in Afghanistan vermuteten Zentrale der Terrororganisation Al-Qaida. Die NATO nahm diese Gelegenheit wahr, um ihre Fähigkeiten als selbsternannte weltweite Ordnungsmacht unter Beweis zu stellen. Sie nutzte dazu Artikel 5 des Nordatlantikvertrages im Sinne des „Beistands“ bei einem bewaffneten Angriff gegen einen NATO-Partner. Der Einsatz der Bundeswehr erfolgte ebenfalls im Rahmen dieses Artikels. Deutsche (bewaffnete) Streitkräfte sollten mit ihren Fähigkeiten beitragen, den Krieg gegen den Terrorismus zu führen. Es war somit der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr außerhalb Europas. Bei all diesen Betrachtungen sollten wir den Gedanken von Clausewitz berücksichtigen: „Der Krieg (ist) nur ein Teil des politischen Verkehrs, also durchaus nichts Selbstständiges.“¹ Es geht also hier um die Außen- und Sicherheitspolitik und in diesem Rahmen um den militärischen Einsatz der NATO-Streitkräfte und der Bundeswehr.

Die USA verfolgen in erster Linie geostrategische und machtpolitische Interessen. Das derzeitige strategische Konzept der USA – Behauptung ihrer Rolle als stärkste Weltmacht im Fernen Osten – erforderte ein weitgehend sicheres Hinterland. Dazu sollten Afghanistan befriedet und militärische Basen errichtet werden, die sich einerseits gegen China, andererseits gegen den Iran richten. Zugleich sollte die Einkreisung Russlands von Süden erweitert werden. Außerdem bestehen Rohstoff- und logistische Interessen. Die NATO ist aufgrund ihres strategischen Konzepts verpflichtet, diese Handlungen der USA zu flankieren. Gleichzeitig sollte es der erste außereuropäische Krieg der NATO im Sinne ihrer selbsternannten Rolle als globale Ordnungsmacht sein. Die einzelnen am Krieg in Afghanistan beteiligten NATO-Staaten verfolgen dabei durchaus eigene Interessen.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich seit Kriegsbeginn zunehmend verschlechtert. Sie wird offensichtlich nach Abzug der Interventionstruppen noch weitaus schwieriger werden. Selbst Organe der UNO vertreten unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Standpunkte. Seitens der NATO und der beteiligten Interventionskräfte wird hingegen Optimismus verbreitet. Die steigende Zahl der Angriffe und Anschläge der Taliban spricht jedoch eine andere Sprache.

Die von der Bundeswehr geforderte zivil-militärische Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen erwies sich letztlich als schädlich, denn sie wurde von den Taliban als militärische Handlung betrachtet.

Die künftige Bedeutung der von der NATO-Seite gebildeten afghanischen Sicherheitsorgane nach der Errichtung neuer Machtstrukturen ist kaum einzuschätzen. Die Strukturen der künftigen territorialen Machtverhältnisse werden wohl eher in den Händen der territorialen Kriegsfürsten (was

traditionell typisch ist für Afghanistan) oder der Taliban als einer zentralen Staatsgewalt liegen. Somit ist auch der Nutzen der Weiterführung von Formierung und Ausbildung afghanischer Streitkräfte nach dem Abzug der NATO-Kräfte fragwürdig. Die von den Interventionskräften nicht zurückgeführten Waffen werden den neuen Machthabern zur Verfügung stehen.

Insgesamt endet dieser Krieg also, ohne dass die Kriegsziele erreicht wurden. Am Ende steht eine Niederlage, nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch eine Niederlage der auf Gewaltanwendung orientierten Machtkonzeptionen der USA, der NATO und damit auch der Bundesrepublik Deutschland!

Wo liegen die Ursachen für diese sich immer deutlicher abzeichnende Niederlage?

1. Sie liegen vor allem bei der Politik. Die Konzeptionen der USA, der NATO und der beteiligten Länder erwiesen sich als falsch. Diese Konzepte, die auf einseitige Durchsetzung machtpolitischer, geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen orientiert sind, welche nur das westliche Weltbild akzeptieren, sollten vorwiegend durch militärische Macht realisiert werden. Das wirtschaftliche und politische Gefüge der Welt hat sich aber verändert. Das Bild von der „einzigen Weltmacht“ und der allseitigen Überlegenheit des Westens entspricht nicht mehr den Realitäten und ist nicht durchsetzbar. Diese Veränderungen beziehen sich auf die Entwicklung in der gesamten Welt. Besonders durch den schnellen Aufstieg der BRICS-Staaten und der Länder der Shanghai-Gruppe haben sich die Machtverhältnisse dahingehend verändert, auch kleineren Staaten zu erlauben, ihre eigenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen wahrzunehmen. Die dabei entstehenden Kräfte tragen oft einen Charakter, der vom Weltbild der „alten“ Mächte abweicht, so z. B. neue Arten von Bündnissen oder die asymmetrische Kriegführung.

2. Der Entscheidung für den Krieg lag eine falsche Einschätzung der politischen, ökonomischen und vor allen der ethnischen Lage in Afghanistan zugrunde. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist prinzipiell gegen ausländische Interventionen eingestellt. Die Erfahrungen erfolgreichen Widerstandes aus den drei anglo-afghanischen Kriegen von 1839 bis 1842 und aus dem Interventionskrieg der Sowjetunion von 1979 bis 1989 spielen dabei eine große Rolle. Es war also nicht zu erwarten, dass Interventionskräfte auch nur annähernd als „Befreier“ empfangen werden. Die Gegenstimmung verschärfte sich mit jedem sogenannten Kollateralschaden in der Bevölkerung. Die exakte Zahl der Opfer wird wohl nie festgestellt werden. Die von den UN veröffentlichten Angaben unterscheiden sich beträchtlich von denen der NATO. Die Basis für den Widerstand entwickelte sich direkt in der Bevölkerung. Selbst der Einsatz modernster Kriegstechnik wie Aufklärungs- und Kampfdrohnen erwies sich für die Bedingungen eines asymmetrischen Krieges nur als bedingt erfolgreich. Er führte zwar zur Verringerung der eigenen Verluste bei der US-Armee, war jedoch nicht geeignet, Ziele eindeutig zu ermitteln, zweifelsfrei zu identifizieren und – im militärischen Sinne – erfolgreich zu bekämpfen. Das war einer der Gründe für die große Zahl unschuldiger Opfer unter der Zivilbevölkerung.

3. Der Einsatz militärischer Gewalt ging von einer falschen Einschätzung des Kräfteverhältnisses aus. Stand man zu Kriegsbeginn vorwiegend Al-Qaida und einer begrenzten



Anzahl von Taliban-Kämpfern gegenüber, so erstarkten im Verlauf des Krieges vor allem die Taliban. Sie weiteten ihre Handlungsgebiete beträchtlich aus, so z. B. auch auf Kundus, dem von der Bundeswehr zu „befriedenden“ Gebiet.

Schon Clausewitz riet dazu, beim Gegner „den Charakter ... seines Volkes, die Fähigkeiten ... und die Entwicklungen, welche der Krieg darin hervorbringen kann, in Betracht (zu) ziehen.“² Der Begriff Kräfteverhältnis schließt eine weitere qualitative Komponente ein: die physische und psychische Verfasstheit der Kämpfer. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die psychologische Seite. Diese wurde bei den afghanischen Kämpfern vor allem geprägt durch den seit Jahrhunderten geführten Kampf des Volkes gegen ausländische Interventionen, durch den Hass, der im Zusammenhang mit zivilen Opfern des eigenen Volkes oder gar der eigenen Familie entstand, durch das Bestreben, die Kultur des Volkes gegen fremde Einflüsse zu schützen, und durch die unterschiedlichen Strömungen des Islam, die sich besonders im Zusammenhang mit all diesen Faktoren entwickelten. Dieser moralischen Kraft, die bis zur persönlichen Aufopferung, dem Märtyrertod, geht, hat der Soldat einer Interventionsarmee bei aller Bereitwilligkeit zum Einsatz nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

4. Die Bundeswehr war auf diese Art der Führung eines asymmetrischen Krieges weder strukturell, noch vom Stand der Ausbildung, der Ausrüstung und der Truppenführung her vorbereitet. Im Sinne von Artikel 115 a des Grundgesetzes ist es Aufgabe der Bundeswehr, das Territorium der Bundesrepublik zu verteidigen. So war sie grundsätzlich aufgestellt, ausgerüstet und orientiert. Kriegseinsätze im Ausland stellen eine geänderte Aufgabenstellung dar. Durch die Reform und Neuformierung will man dieser Veränderung gerecht werden. Folgende Ausrüstung und Bewaffnung soll der Bundeswehr laut Ausrüstungskonzept bis 2014 im Rahmen der Transformation zu einer „Armee im Einsatz“ zur Verfügung stehen: eine weltweite „Informationsüberlegenheit“ mit Hilfe der Aufklärungssatelliten SAR LUPE; eine weltweite Führungsfähigkeit durch ein einheitliches Führungs- und Informationssystem mit Reichweiten über Europa und Afrika, sowie in Richtung Osten bis nach Sibirien und weit in das Territorium der Volksrepublik China hinein, dazu strategische Verlegungsmöglichkeiten zu Luft und zu See. Zur Zeit werden Transportmittel behelfsweise geliehen. Die bisher in Afghanistan eingesetzten Waffen entsprechen offensichtlich nicht den qualitativen Anforderungen. In Afghanistan wird ein asymmetrischer Krieg geführt. Bei derartigen Kriegen unterscheidet sich das Kriegsbild prinzipiell von dem herkömmlicher Kriege. Hier erreichen moderne Waffensysteme kaum die erwartete Wirkung.

Die neue Aufgabe der Durchführung von Interventionen im Ausland entspricht nicht der grundsätzlichen Einstellung der Bevölkerung der Bundesrepublik. Damit steht die Bundeswehr außerhalb des politischen Meinungsbildes der Öffentlichkeit. Dieser Widerspruch wirkt offensichtlich auch auf die Soldaten zurück. Die hohe Anzahl psychisch kranker Angehöriger der Bundeswehr nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan beweist, dass sie die Sinnlosigkeit dieses Krieges erkannt haben und das nicht verarbeiten können.

5. Zu den Ursachen der Niederlage gehört auch folgender Widerspruch: Die Politik war nicht bereit, die Tatsache, dass in Afghanistan tatsächlich Krieg geführt wird, öffentlich anzuerkennen. Zur Beruhigung der Antikriegsstimmung der Be-

völkerung wich sie dieser Tatsache aus. Erst als die Anzahl der Kriegstoten diese Verschleierungstaktik ad absurdum führte, wurde der Krieg wirklich Krieg genannt. Offensichtlich war das auch schon in früheren Zeiten eine praktizierte Methode. Clausewitz schreibt dazu: „Die Politik weicht allen strengen Folgen aus ...“³ Dem Wahlvolk die Wahrheit verschweigen brachte wohl damals wie heute durchaus Stimmen bei anstehenden Wahlen. Letzten Endes geht es aber um das Vertrauen, das die Politik der Bevölkerung und den im Krieg eingesetzten Soldaten gegenüber erweist oder verweigert!

Schlussfolgerungen:

Im Krieg der Interventionsmächte gegen Afghanistan wurden die vorgesehenen Ziele trotz einer wirtschaftlich und waffentechnisch starken Überlegenheit nicht erreicht. Statt dessen sind ein Anwachsen und Erstarken der als Terrororganisationen bezeichneten Gruppierungen zu verzeichnen. Das ist eine eklatante Niederlage, die auch die machtpolitischen Konzeptionen der Interventionsmächte in Frage stellt. Es hat sich bestätigt: Auch durch UNO-Resolutionen mandatierte Kampfeinsätze sind letzten Endes von konkreten Interessenlagen der beteiligten Staaten geprägt.

Die Antikriegshaltung der Bundesbürger konnte trotz der Übertreibung von Teilerfolgen nicht abgebaut werden. Plattheiten, wie „Die Freiheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt“ wirkten eher abstoßend. Es hat sich erneut bestätigt, dass Machtausübung über andere Völker, Kriege und Hochrüstung keine geeigneten Mittel sind, um das Zusammenleben der Menschen friedlich zu gestalten. Sie sind generell nicht geeignet, heute anstehende und künftige Probleme der Menschheit zu lösen.

Über die weitere Entwicklung in Afghanistan sind verlässliche Prognosen kaum möglich. Die Kräftegruppierung um den derzeitigen Präsidenten Karsai erscheint sehr schwach. Die stärkeren Bataillone stehen auf Seiten der territorialen Kriegsfürsten oder der Taliban. Der Charakter der neuen Machtstrukturen wird auch die künftige Zusammenarbeit mit dem Lande bestimmen. Das wird von internationaler Bedeutung sein.

Was ist nach dem Rückzug der Interventionsmächte aus Afghanistan zu erwarten? Ein Eingeständnis der Niederlage wird es wohl von keiner der beteiligten Mächte geben. Eher ist zu erwarten, dass die Interventionsmächte alles unternehmen, um die Niederlage zu kaschieren und gewisse Teilergebnisse zu einem Sieg hochzujubeln. Für die Öffentlichkeit wird man sicher genügend Darstellungsvarianten finden. Die Medien werden der Politik diesen Dienst erweisen. Prinzipielle Änderungen der Machtkonzeptionen sind nicht zu erwarten. Geringfügige Anpassungen sind jedoch unumgänglich, um bei künftigen Kriegen ähnliche Niederlagen zu vermeiden. Gewisse Gefahren sind nicht auszuschließen, wenn die USA zu diesem Zweck ohne Rücksicht auf große Verluste aus politischem, wirtschaftlichem oder sonstigem Kalkül ihre militärische Macht einsetzen. Das Beispiel Libyen zeigt, dass die NATO kaum zu einer Änderung ihres Kurses bereit sein dürfte.

Die Bundesregierung wird wahrscheinlich zwischen zwei gegensätzlichen Polen lavieren. Das sind einerseits die Maßnahmen zur weiteren Stärkung, bzw. zum Ausbau der Machtposition der BRD und andererseits die Umsetzung notwendiger Erkenntnisse aus der Niederlage. In der zum jetzigen



Zeitpunkt sicher nicht zufällig vorgelegten Studie des Instituts Wissenschaft und Politik „Neue Macht – Neue Verantwortung“⁴ werden Orientierungen zum Ausbau der Macht der Bundesrepublik vorgezeichnet, die die schwarz-rote Regierung bereits in Angriff nimmt. Kampfeinsätze der Bundeswehr werden in dieser Studie als ein gangbarer Weg betrachtet. Die Bündnistreue zur NATO und den USA entspricht diesem Herangehen. Zugleich wird sie Schlussfolgerungen aus der beim ersten größeren Kriegseinsatz erlittenen Niederlage ziehen müssen, ohne den Fakt der Niederlage einzugestehen.

Für außenpolitische Zwecke wären zur Zeit Kampfeinsätze der Bundeswehr nicht zielführend, gewisse militärische Beteiligungen oder Unterstützungen sind aber denkbar. Für den inneren Gebrauch werden die familienpolitischen Vorschläge der neuen Verteidigungsministerin propagandistisch als Schlussfolgerung dargestellt, sie erfassen aber nicht die Kernprobleme des Kriegseinsatzes, so z. B. auch nicht die Ursachen der hohen Anzahl traumatisierter Rückkehrer aus dem Krieg. Für die Bundeswehr selbst wird es im Rahmen der Reform sicher Veränderungen geben, sie werden wohl unter dem Begriff der Neuausrichtung laufen.

Zur Stärkung der Antikriegspolitik der LINKEN erscheint eine tiefgründige Analyse und Auswertung der Niederlage und ihrer Ursachen dringend geboten. Es ist kaum zu erwarten, dass andere Parteien im Bundestag dieses Thema mit der gebotenen Tiefgründigkeit aufgreifen und darstellen. Dabei muss besonders die Verantwortung der Politik herausgearbeitet werden. Die LINKE sollte die weitere Aufrüstung der Bundeswehr und ihre Orientierung auf Interventionskriege kritisch begleiten, so z. B. die weiteren Beschaffungsvorhaben für die Steigerung der Interventionsfähigkeit. Besondere Gefahren gehen dabei vom Einsatz von Kampfdrohnen aus. Auch die Auswertung der Niederlage in Afghanistan belegt – die Antikriegshaltung der Partei hat großes Gewicht. Sie sollte auch weiterhin Grundlage ihrer Politik bleiben.

Anmerkungen

- 1 Clausewitz, Ausgewählte militärische Schriften; Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Auflage 1981, S. 436.
- 2 Ebenda, S. 406
- 3 Ebenda, S. 437
- 4 siehe IWP, Studie: Neue Macht – neue Verantwortung

Moçambique: Die Gefahr der Instabilität. Was geschieht, wenn im Dialog kein Konsens erreicht wird?

Von Fredson Guilenge, Büro Johannesburg
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ein Jahr nach Erringung der Unabhängigkeit von den portugiesischen Kolonialherren im Jahre 1975 brach in Moçambique ein Bürgerkrieg aus, der sechzehn Jahre anhielt, Tausende Menschenleben forderte und das Land schwer verwüstete. Im Jahre 1989 gab die Befreiungsfront Moçambiques (FRELIMO), die das Land seit der Unabhängigkeit regierte, offiziell ihre marxistische politische Orientierung auf. Eine neue Verfassung, die ein Mehrparteiensystem festschrieb,

und eine Strategie der freien Marktwirtschaft waren die Folgen des Friedensabkommens zwischen der Regierung von Moçambique und dem Nationalen Widerstand Moçambiques (RENAMO)¹, das in Rom im Jahre 1992 unterzeichnet wurde. Dann kamen Wahlen und politische Stabilität, allerdings auch ein wachsender Einfluss ausländischer Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe. Die Wirtschaft Moçambiques wurde zu einer der am schnellsten wachsenden in Afrika. Das BIP nahm jährlich um geschätzte sieben Prozent zu.

Die Wahlen von 2004 brachten einen Führungswechsel von Joaquim Chissano, der dem gemäßigten Flügel der Partei zugerechnet wird, zu Armando Guebuza, einem radikalerem Vertreter der FRELIMO. Armando Guebuza wurde im Oktober 2009 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Diesmal kam es jedoch zu Wahlbetrug, und potenzielle Gegenkandidaten wie Daviz Simango von der Demokratischen Bewegung Moçambiques (MDM) wurden auf zweifelhafte Weise von der Wahl ausgeschlossen. Die Regierungspartei nutzte staatliche Mittel für den Wahlkampf. Freedom House strich Moçambique daraufhin von seiner Liste auf Wahlen basierender Demokratien (CIA 2013).²

Weniger beachtet wurde der Absturz von RENAMO-Führer Afonso Dhlakama von zwei Millionen Stimmen im Jahre 1990 auf 650 000 im Jahre 2009. Ursachen sind sowohl Dhlakamas erfolglose politische Strategie als auch das politische Vorankommen der FRELIMO. Dhlakama gilt zwar als brillanter Guerilla-Kommandeur, aber als schlechter Politiker. Dieser Ruf begleitet ihn seit dem Bürgerkrieg, da die RENAMO nach dem Tod von Andre Matsangaissa 1979 in eine schwere Führungskrise geriet. Zu seinen ruinösen Fehlleistungen der letzten Zeit gehören die Unterdrückung jeglicher Opposition in der Bewegung, die Ausschaltung potenzieller Nachfolger, die Entscheidung, sich keinen Wahlen zu stellen und die Nominierung unpopulärer Kandidaten bei Kommunalwahlen. Im Gegensatz dazu gelang es der FRELIMO unter Guebuzas Führung, ihren Einfluss im Lande auf allen Ebenen auszubauen und zu festigen. Guebuza hat die lokalen Organisationen der Partei wiederbelebt und den Einfluss früherer Kämpfer gestärkt. In der Gesellschaft hat vor allem die Einführung so genannter Sieben-Millionen-Kredite für Kleinproduzenten auf dem Lande ihm dort viele Wählerstimmen gebracht, während die Partei in den Städten an Ansehen verloren hat. Dort hat es 2010 heftige Demonstrationen gegen steigende Lebensmittelpreise und Transporttarife gegeben.

Vor den Kommunalwahlen Ende 2013 und im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2014 setzte das übliche Gerangel der Parteien um Machtpositionen ein. Der wachsende Einfluss der MDM³, gegenwärtig die drittstärkste politische Partei, deren Führer Daviz Simango zugleich Oberbürgermeister von Beira, der zweitgrößten Stadt des Landes, ist, hat bei der RENAMO Befürchtungen geweckt, sie könnte allen politischen Einfluss verlieren. Daher stellte sie für ihre Teilnahme an beiden Wahlen die Forderung nach bestimmten Garantien und drohte, bei Nichterfüllung die Wahlen zu sabotieren.

Ihre Hauptforderung lief darauf hinaus, eine gleich starke Vertretung aller politischen Parteien in der Nationalen Wahlkommission (CNE) herzustellen. Nach dem gültigen Recht besteht diese aus dreizehn Personen, von denen acht von den im Parlament vertretenen Parteien nach ihrem Stimmenanteil gestellt werden. Gegenwärtig sind dies fünf Mitglieder von der FRELIMO und je eines von RENAMO und



MDM. Dazu kommen ein vom Obersten Justizrat ernannter Richter und ein von der Obersten Staatsanwaltschaft entsandter Staatsanwalt sowie drei Mitglieder von Organisationen der Zivilgesellschaft, die das Parlament bestimmt. Nach Ansicht der RENAMO verschafft das der FRELIMO wegen der Politisierung des Staatsapparates und des Wahlsystems große Vorteile.⁴

Außerdem forderte RENAMO eine Garantie für die proportionale Verteilung der Reichtümer des Landes. Dieses Thema gewinnt an Bedeutung mit dem raschen Wachstum der Bergbauindustrie und den wachsenden Gewinnen, die die Führungselite der FRELIMO und deren Günstlinge daraus ziehen. Um diese Differenzen zwischen den Parteien beizulegen, beschlossen die Regierung von Moçambique und RENAMO, eine Taskforce unter Führung von Manuel Dissopo (RENAMO) und Landwirtschaftsminister Jose Pacheco einzusetzen. Diesen gelang es jedoch auch nach achtzehn Gesprächsrunden nicht, einen Konsens zu erreichen. Haupthindernis war das Wahlgesetz. Es mutet fast kurios an, dass die Regierung zwölf Punkten und neunzehn Unterpunkten der Forderungen zustimmte – außer einem, dem Wahlgesetz.⁵

Um die Regierung zu zwingen, die zugesagten Garantien auch umzusetzen, zog sich Dhlakama zunächst aus der Hauptstadt Maputo nach Nampula zurück, wo er starke lokale Unterstützung genießen soll, und schließlich in seinen militärischen Hauptstützpunkt Satungira im Bezirk Gorongosa. Von dort aus hat er in den vergangenen Wochen mit Anschlägen auf Polizeistationen und Regierungstruppen begonnen. Bisher sind sechzig Tote zu verzeichnen, darunter Zivilisten. Offizielle Informationen über die Zahl der Opfer sind bisher kaum zu bekommen.

Am 21. Oktober 2013 griffen Regierungstruppen Satungira an. Dhlakama und mehrere seiner Getreuen flohen in unbekannter Richtung. Weder die RENAMO noch die Regierung haben bisher einander den Krieg erklärt, und beide bleiben verbal bei ihrer Orientierung auf Frieden und Dialog als einzige Lösung für Moçambiques tiefste militärische und politische Krise nach 21 friedlichen Jahren.

Angriffe und Gegenangriffe im Lande gehen aber sporadisch weiter, und die Gefahr einer Eskalation besteht. Laut Christopher Mutsvangwa, dem Außenminister von Simbabwe, haben Simbabwe und die Republik Südafrika bereits erwogen, Truppen zur Unterstützung der Regierung von Moçambique zu entsenden, weil der Konflikt die ganze Region destabilisieren könnte.

Gegenwärtig wirft die Lage in Moçambique folgende Fragen auf: Was geschieht, wenn im Dialog kein Konsens erreicht wird? Welche Zukunft erwartet die Moçambiquaner?

Eines ist sicher: Beide Parteien werden von allen Seiten gemahnt, den Dialog wiederaufzunehmen. Organisationen der Zivilgesellschaft und Kirchen engagieren sich hier sehr aktiv. Diesmal fordern sie jedoch einen inklusiven und konstruktiven Dialog, bei dem es nicht allein um die Interessen von FRELIMO und RENAMO gehen darf. Schließlich ist das Land eine Mehrparteiendemokratie. Dazu kommt ein weiteres Hindernis. Während die RENAMO darauf besteht, dass der Dialog nur wiederaufgenommen werden kann, wenn internationale Vermittler, zum Beispiel seitens der UN, eingeschaltet werden, ist die FRELIMO der Meinung, dass sie den Konflikt ohne Unterstützung von außen zu lösen vermag. Unter den gegenwärtigen Umständen gibt es zwei Wege, um die Krise zu entspannen. Angesichts der begrenzten militä-

rischen Ressourcen beider Seiten und des Drängens aus dem In- und Ausland auf einen Dialog besteht der erste und wahrscheinlichste Weg darin, dass die Gespräche wiederaufgenommen werden, wobei sich beide Seiten verpflichten, in den entscheidenden Fragen einen Kompromiss anzustreben. Manche meinen sogar, die Regierung sollte eine paritätische Vertretung in der Wahlkommission akzeptieren, um den Wahlen in Moçambique mehr Legitimität zu verleihen. Der zweite und weniger wahrscheinliche Weg läuft darauf hinaus, dass weiter geschossen wird, was die Regierung von Moçambique dazu zwänge, die RENAMO zu verbieten und alle finanziellen Mittel für die Partei zu streichen. Diese Strategie soll vom radikalen Flügel der FRELIMO bevorzugt werden, die Dhlakama militärisch ausschalten wollen. Wird das Land auf das Jahr 1976 zurückgeworfen?

(Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger)

Anmerkungen

- 1 Die RENAMO wurde vom Rhodesischen Geheimdienst (CIO) 1976 gegründet, um Stützpunkte der ZANU in Moçambique zu bekämpfen. Dafür rekrutierte man Kämpfer der „flechas“ (Pfeile), einer Truppe der portugiesischen Polizei (PIDE) aus der Zeit, da die FRELIMO noch gegen das portugiesische Kolonialregime in Moçambique kämpfte. Als Simbabwe 1980 unabhängig wurde, erhielt die RENAMO in Moçambique vor allem vom südafrikanischen Apartheidregime Unterstützung.
- 2 Freedom House ist eine in Washington stationierte und von der US-Regierung mitfinanzierte internationale NGO mit dem verkündeten Ziel, liberale Demokratie weltweit zu fördern.
- 3 Gegründet im März 2009 als Abspaltung von RENAMO. Erhielt im Oktober 2009 3,93 Prozent der Stimmen und acht von 250 Sitzen im Parlament. Regiert gegenwärtig die Städte Beira und Quelimane. Nach Abfassung dieses Artikels: Bei den Kommunalwahlen am 20.11.2013 blieb die FRELIMO zwar mit Abstand stärkste Partei, musste aber gegenüber 2008 herbe Verluste hinnehmen. Ihr Stimmenanteil sank von 80 auf 69 Prozent ab. Die meisten Bürgermeisterposten behielt sie allerdings. Die MDM kam aus dem Stand auf 30 Prozent der Stimmen, in der Hauptstadt Maputo auf 40 Prozent. RENAMO boykottierte die Wahlen.
- 4 Siehe Moçambique News Reports & Clippings 230.
- 5 Jornal O Pais, www.opais.co.mz
- 6 Radio Moçambique (RM), 24.10.2013.



20 Jahre nach Maastricht. Wo steht die Europäische Union heute?

Vortrag von André Brie auf dem 17. Potsdamer Kolloquium zur Außenpolitik: „20 Jahre nach den Verträgen von Maastricht – Die Europäische Union in der Krise?“, am 10. Oktober 2013

Bevor ich über mein Thema rede, möchte ich unterstreichen, dass ich bei aller berechtigten und von mir geteilten Kritik an den heutigen rechtlichen und politischen Grundlagen und Richtungen der europäischen Integration, daran festhalte, dass die europäische Integration verteidigt und gerade durch weitreichende Veränderungen erneuert und entwickelt werden muss. Muss, betone ich.

Gerade hier in Potsdam und Brandenburg möchte ich daher auch eindrücklich daran erinnern, dass die Europäische Union bereits einmal existierte. In völlig anderer Weise, aber mit der gleichen Formulierung und mir sehr nahe stehend:

Es mag eine seltsame List des historischen Zufalls sein, dass auch eine der interessantesten antifaschistischen Widerstandsgruppen den Namen „Europäische Union“ trug.¹ Die Widerstandsgruppe „Europäische Union“ war politisch ungewöhnlich breit zusammengesetzt und umfasste Menschen aus unterschiedlichen europäischen Ländern, auch wenn ihre programmatischen Dokumente streng genommen nur ihren vier Gründern, Robert Havemann, Georg Groscurth, Paul Rentsch und Herbert Richter zuzuordnen sind.² Robert Havemann schrieb in seinen Erinnerungen: „Durch die Zusammenarbeit zwischen den Gruppen ausländischer Arbeiter aus solchen Arbeitslagern und unserer Gruppe, die wir ausbauten und vergrößerten, entstand die Europäische Union.“³ In ihrem Manifest vom 15. Juli 1943⁴ hieß es, dass es dem Nazismus nicht gelungen sei, „die alten und ewigen freiheitlichen Ideen, die in Europa in den großen Revolutionen geboren wurden“, auszulöschen. Nachdrücklich fiel das Bekenntnis zur „politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas“ aus: „Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa ist eine alte Hoffnung der Europäer. Er ist bisher an dem eigensüchtigen Partikularismus der plutokratischen Nationalisten gescheitert und blieb eine intellektuelle Utopie. Heute ist Europa vorbereitet und reif für die radikale Lösung.“⁵

Insbesondere die beiden Initiatoren und Organisatoren der Gruppe „Europäische Union“, Georg Groscurth, der von den Nazis am 8. Mai 1944 in Brandenburg umgebracht wurde, und Robert Havemann, waren überzeugt, „dass ein antinazistisches Deutschland nur in europäischer Kooperation aufgebaut werden könne.“⁶ Robert Havemann sagte auch in einem Rundfunkbeitrag 1946: „Die Europäische Union sollte nicht nur die Union europäischer Antifaschisten werden, die politische und wirtschaftliche Einigung Europas in der Europäischen Union, d. h. in einem Europäischen Staatenbund, war das große Ziel unseres Strebens.“⁷

Komme ich nun zu dem Thema, das mir für heute aufge-

geben wurde: Wo die Europäische Union zwanzig Jahre nach dem Maastrichter Vertrag stehe, ließe sich kurz und leicht antworten: Die Europäische Union steht heute genau dort, wohin sie sich vor 20 Jahren mit dem Maastrichter Vertrag begeben hat oder sie vor allem von der deutschen Bundesregierung gestoßen worden ist. In drei Punkten zusammengefasst: Natürlich ist sie integrativer und hat mehr supranationale Macht. Vor allem aber wird sie von radikal neoliberaler Markt-, Finanz- und Unternehmenspolitik dominiert. Und: Sie selbst, nicht nur die Wirtschaft und das Finanzsystem, ist in der Krise. Sie hat sich damit von einer Sozialunion noch weiter weg bewegt, ist einer ökologischen und demokratischen Union nicht viel näher gekommen, und hat sich bedrohlich von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt.

Das hätte man vor zwanzig Jahren sehen können, vielleicht hat man es auch gesehen, doch andere Ziele waren primär. Die Regierungen machten damals alle Hausaufgaben für die Finanzmächte und nicht zuletzt für die Bundesrepublik, nicht aber jene für die europäische Vereinigung. Die damalige PDS startete eine Kampagne unter dem Titel: „Euro, so nicht.“ Sie kritisierte die Feststellung des damaligen deutschen Finanzministers, dass sich mit dem Maastrichter Vertrag die europäische Währungspolitik am Wesen der deutschen orientieren werde. Es war für uns nicht nur der instinktlose und unverantwortliche Verweis auf das „deutsche Wesen“ als Maßstab für europäische Politik, weshalb wir diese Aussage angriffen, sondern die Tatsache, dass die Währungspolitik von Sozial- und Wirtschaftspolitik getrennt wurde und wesentliche politische Bedingungen für sie fehlten. Der Vertrag von Maastricht führte 1992 einen radikalen Monetarismus ein, der übrigens anders als das deutsche „Stabilitätsgesetz“ von 1967 nicht mehr die gleichzeitige Orientierung an Geldwertstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung, sondern nur noch monetaristische Ziele festlegte. Die Europäische Zentralbank, eine der mächtigsten Institutionen der EU, wurde nach bundesdeutschem Maßstab jeder politischen Kontrolle und Einflussnahme entzogen.

Das gilt auch für die Maastricht folgenden Verträge, darunter den Vertrag von Lissabon, für die entscheidenden Richtlinien und Strategien, wie beispielsweise die 2000 maßgeblich von sozialdemokratischen Regierungen geprägte Strategie von Lissabon, die Wettbewerbspolitik vom Markt auf die Staaten und ihren Wettbewerb um niedrige Unternehmenssteuern und Lohneinkommen verlagerte, sowie für die sehr aktive deutsche und europäische Politik zur Liberalisierung der Finanzmärkte. Diese begann bereits mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ von 1987, mit der der europäische Binnenmarkt zunehmend von politischer Regulierung und gemeinsamen Regeln befreit wurde. 1999 beschloss die EU-Kommission den Plan für Finanzdienstleistungen mit 40 Liberalisierungsmaßnahmen, den die europäischen Regierungen aktiv umsetzten.

Insbesondere war und ist es aber die Politik der massiven Umverteilung von Unten nach Oben, auch und gerade in Europa, die nicht nur die Finanzkrise, sondern auch die Wirtschafts- und Sozialkrise in vielen europäischen Staaten und letztlich die Krise der europäischen Integration hervorbrachten. Sie hat in den vergangenen drei Jahrzehnten gigantische finanzielle Mittel in wenigen Händen angehäuft und gleichzeitig die Massenkauftkraft beschädigt. Der Effekt war ein doppelter: Oben war unendlich mehr Geld (liquides Kapital) vorhanden, als sinnvoll in der realen Wirtschaft investiert



werden konnte (die täglichen internationalen Finanzströme beispielsweise übertrafen die internationalen Handelsströme um etwa das Hundertfache), unten war immer weniger Geld für den Konsum da und damit eine zusätzliche Grenze für binnenwirtschaftliches Wachstum entstanden.

Wenn der damalige Finanzminister Steinbrück nach Ausbruch der Bankenkrise 2008 in seiner Regierungserklärung am 25. September meinte: „Die USA sind der Ursprung der Krise, und sie sind der Schwerpunkt der Krise.“, so ignorierte er bewusst, wie sehr die Europäische Union und die Bundesregierung zu dieser Krise beigetragen hatten. Ursachen in der deutschen und europäischen Politik verneinte er in einem Interview mit der „Welt“ ein halbes Jahr zuvor (am 13. Februar) ausdrücklich. Als ihn die Zeitung fragte „Welchen Anteil hat die deutsche Politik daran, dass die US-Finanzkrise gerade die öffentlich-rechtlichen Landesbanken in Deutschland so stark betrifft?“, antwortete er: „Was reden Sie denn da für einen Unsinn? Was soll die Bundesregierung dafür können, wenn einige Manager ihre Risiken nicht richtig einschätzen können? Den Schuh zieh ich mir für die Bundesregierung nicht an.“ Da es aber nicht primär um die Profitgier von Banken, Fonds und Managern, sondern um ihre nationale, europäische und globale Befreiung von staatlicher und internationaler Regulierung ging und weiter geht, muss und wird zumindest auf diesem Kolloquium über den sehr bewussten „Unsinn“ der Regierenden und die „Schuhe“ geredet werden, die sich CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP, Bundesrepublik und EU angezogen haben.

Es sind nicht primär die tatsächlich enormen hohen Kosten und Belastungen für die Mitgliedsländer der EU, öffentlichen Haushalte und insbesondere die Steuerzahlerinnen und -zahler im Allgemeinen, sondern insbesondere zwei gravierende Probleme, die gegenwärtig diese Krise der Europäischen Union ausmachen und weiter zuspitzen.

Erstens mangelt es der Europäischen Union sowie den einfluss- und finanzreichsten Staaten an einer wirksamen Wirtschafts- und Sozialpolitik, ohne die vor allem in den am meisten betroffenen Ländern eine erfolgreiche Entwicklung nicht möglich ist. Das verschärft die Probleme des sozialen Zusammenhalts, der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der öffentlichen finanziellen Handlungsfähigkeit. Natürlich stellen auch die Hunderte Milliarden Euro, die bisher für die Stabilisierung des Euros, nationale Haushalte, öffentliche Verschuldung sowie für die Banken und Fonds bereit gestellt wurden, eine enorme Herausforderung für zahlreiche Mitgliedsländer und deren Haushalte sowie die Steuerzahlerinnen und -zahler dar. Allein für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurden 700 Milliarden Euro bereitgestellt. Die durchgesetzten Kürzungen bedeuten für Mitgliedsländer wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien jedoch nicht nur vielfach dramatische unsoziale Konsequenzen für Millionen Menschen, sondern verringern oder zerstören auch die Voraussetzungen für strukturelle wirtschaftspolitische, ökologische, kulturelle und soziale Investitionen und eine positive und für jede Gesellschaft und Wirtschaft entscheidende Entwicklung von Massen- und Binnenkaufkraft. Die Arbeitslosigkeit unter der Jugend hat inzwischen ein Viertel der Generation in der Europäischen Union erfasst, in Griechenland fast zwei Drittel, in Spanien, Portugal und Italien praktisch die Hälfte der Jugendlichen unter 25 Jahren. Es ist alles andere als eine Übertreibung, wenn die linke Tageszeitung „Neues Deutschland“ daher einschätzt:

„Europa hängt eine Generation ab.“⁸ Die Konsequenzen betreffen die Alternativ- und Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen und der gesamten EU. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch ihre Niedriglohnpolitik zwar beträchtliche Wettbewerbs- und Exportvorteile verschafft, ist damit jedoch nicht Bestandteil einer Politik zur Überwindung der EU-Krise, sondern Bestandteil und Quelle ihrer Zuspitzung. Wie bedrohlich eine solche Strategie ist, wussten kritische und realistische Politiker nicht erst vor zwanzig Jahren, sondern bereits schon vor zweihundert Jahren wie der frühe französische Sozialist Charles Fourier. Er warnte, dass „schon die Überzufuhr von Waren Bankrotte und die äußerste Beunruhigung der Märkte und Fabriken“ hervorruft.⁹ Der Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, zitierte Fourier in einer Weise, die für die Europäische Union und ihre herrschende Politik gespenstisch aktuell wirkt: „Welche Partei auch immer herrsche, die Finanz halte stets die Zügel des Gefährtes, damit der Marsch sich nicht gegen ihr Wirtschaftssystem richte. Was werde also das Ende sein, dem alle unsere mit Schulden überladenen Reiche zueilen ... Der Sturz in den Abgrund. Man könne unsere Ökonomen und Politiker jenem Reiter vergleichen, von dem die Spötter sagten: ‚Er führt nicht das Pferd, das Pferd führt ihn.‘“¹⁰ Für die SPD wäre es durchaus sinnvoll, Bebel nicht nur zu feiern, sondern auch einmal zu lesen.

Das eben ist nach meiner Überzeugung genau das zweite gravierende Problem der gegenwärtigen Krise der EU und ihrer Währung. Demokratie und demokratische Gestaltungsfähigkeit in den nationalen Gesellschaften und der Europäischen Union werden durch die einseitige Orientierung auf die Finanzmärkte und ihre Akteure untergraben. Die wohlbe gründeten Veröffentlichungen des US-amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz¹¹, oder des prominenten deutschen Philosophen Jürgen Habermas¹² sind Beweise, dass die Warnungen Fouriers auch heute nicht vergessen sind, auch wenn sie von der offiziellen Politik ignoriert bleiben. Die Überlassung der Politik an den Europäischen Stabilitätsmechanismus, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Europäische Zentralbank sowie die Finanzmärkte hat bereits die Entscheidungsmöglichkeiten demokratischer Parlamente und der Bürgerinnen und Bürger nicht allein reduziert, sondern bedroht auch Akzeptanz und Vertrauen von wachsenden Teilen der Bevölkerungen in Demokratie in ihren Staaten und in der Europäischen Union.

Es gibt zwar in den vergangenen Wochen wieder einige Aussagen vor allem aus der EU-Kommission und von nationalen Regierungen, die Licht am Ende des europäischen Tunnels sehen, aber es ist nach wie vor nicht sicher, ob das nicht das Licht eines den Menschen und auch der EU entgegen rasenden Zuges ist. Es ist ja nicht allein die Frage, ob die Krise der EU, des Euros und des Finanzsystems überwunden ist oder überwunden werden kann. Längst sind ja auch andere Prozesse ausgelöst worden, die die Europäische Union gefährden.

Denn die Europäische Union ist tatsächlich gefährdet und stolpert durch eine tiefe und möglicherweise existenzielle Krise. „Die EU in der Krise“ heißt eine Veröffentlichung der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“.¹³ Der damalige italienische Ministerpräsident Mario Monti spitzte die eingetretene Situation 2012 durchaus realistisch zu: „Die Spannungen, die in den letzten Jahren die Eurozone begleiten, tragen bereits die Züge einer psychologischen Auflösung ...“,



wenn der Euro zum Anlass für das Auseinanderdriften werden könne, seien „die Grundlagen des Projekts Europa zerstört.“¹⁴ Der Präsident des Europäischen Parlaments Schulz (SPD) sprach in einem Interview am 4. Februar 2013 davon, dass die EU „tödlich bedroht“ sei.¹⁵ In einer Rede im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 3. Juni 2013 warnte er zu Recht: „Wenn sich ein Volk von einer Idee abwendet, ist sie verloren. Und wir setzen zurzeit diese Idee aufs Spiel.“ Stephan Schulmeister vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut warnte in der jüngsten Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, dass die Versuchung, den Euro abzuwickeln, der „finale Schritt in den Wirtschaftskrieg“ sein könne.¹⁶ Und es gibt weitere Erscheinungen eines bedrohlichen Charakters dieser Krise: Zu ihnen gehören insbesondere wachsende Tendenzen zur Renationalisierung und zu Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Desintegration und die abnehmende Akzeptanz der Europäischen Union und der Integration unter den Bürgerinnen und Bürgern. Nach einer Umfrage und Analyse des US-amerikanischen Institutes Pew Research Center habe „die lang währende Wirtschafts- und Vertrauenskrise in der EU ... starke zentrifugale Kräfte ausgelöst.“¹⁷

Anfang 2013 kündigte der britische Premier David Cameron ein Referendum über einen Austritt aus der EU an, mit dem er offensichtlich die EU-kritische Stimmung in der Bevölkerung¹⁸ auch für die künftige Parlamentswahl nutzen wollte und forderte eine Neuausrichtung der EU zu einer rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit.¹⁹ Der tschechische Präsident Vaclav Klaus, einer der prominentesten konservativ-liberalen Kritiker der EU, hatte bereits 2005 praktisch die gesamte Auflösung der Europäischen Union und ihren Ersatz durch eine Freihandelszone in die Diskussion gebracht: „Ich bin überzeugt, dass es das Gebot der Stunde ist, die Zukunft der europäischen Integration auf eine grundlegend andere Art und Weise zu entwerfen, als dies bisher getan wurde. Wir sollten die Organisation Europäischer Staaten (OES) gründen, deren Mitglieder die einzelnen Staaten sind – nicht die Bürger dieser Staaten direkt, wie es in der europäischen Verfassung vorgeschlagen wird ... Die Mitgliedschaft in der OES darf ... nur durch einen gemeinsamen Glauben an die Fähigkeit der Mitgliedstaaten (motiviert sein), in einigen Bereichen zusammenzuarbeiten, dies in gemeinsamem Interesse und zum gegenseitigen Vorteil.“²⁰ Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel reduzierte die Europäische Union ebenso konsequent wie fatal auf den Euro und in ihrer Politik auf die Finanzmärkte und die Bankengewinne: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“

Das Eurobarometer vom November 2012 maß nicht nur, dass zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten „die wirtschaftliche Lage ihres Landes eher schlecht oder sehr schlecht“ einschätzten,²¹ sondern auch einen Anstieg des negativen Bildes von der EU auf 29 Prozent, während nur noch fast die gleiche Zahl (30 Prozent) die EU positiv bewerteten.²² Nach einer aktuellen Umfrage, die TNS Emnid für die Bertelsmann-Stiftung im September 2012 durchführte, meinten inzwischen beispielsweise 49 Prozent der Deutschen, dass es ihnen ohne die EU heute besser ginge, und 48 Prozent, dass der soziale Frieden durch die EU-Mitgliedschaft unsicherer sei.²³

Immerhin hatten an den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 noch 63 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen. Dieses Interesse und die Zustimmung

verlor sie bald und mit der Finanz- und Eurokrise schließlich massiv. Die EU-weite Wahlbeteiligung sank 2009 auf 43 Prozent und droht 2014 sich weiter zu verringern, während europakritische und rechtsextremistische Parteien mit Wahlerfolgen rechnen können. Indem die EU zum Vehikel zur Durchsetzung neoliberaler und unsozialer Politik gemacht wurde und wird, droht sie auch zum Angriffspunkt national beherrschter, sogar nationalistischer Politik und ihrer Durchsetzung zu werden. Auch die Auseinandersetzungen der Regierungen über den neuen Haushaltsplan der EU für 2014 bis 2020 wurden beherrscht von den nationalen Begrenzungsinteressen insbesondere Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs, nicht aber von Absichten zur Stärkung der Europäischen Union oder gar von sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Investitionen insbesondere in den von der Krise besonders betroffenen Mitgliedsländern.

Die Haltung zur Europäischen Union und Vereinigung ist zweifellos für jede politische Richtung zu einer oder sogar zu der aktuellen strategischen Entscheidungsfrage geworden und wird auch unterschiedlich beantwortet. Es ist in der Tat höchste Zeit, sich zu entscheiden zwischen der Europäischen Union und einer Renationalisierung, zwischen den unterschiedlichen möglichen Inhalten und Richtungen der politischen, sozialen, wirtschaftspolitischen, ökologischen, sicherheitspolitischen und internationalen Orientierung und Entwicklung der EU. Das ist umso dringlicher, als die Alternativ- und Demokratiefähigkeit der EU akut gefährdet sind, und auch potenziell proeuropäische Parteien und politische Richtungen Gefahr laufen, sich von den unübersehbaren Defiziten der EU-Politik insbesondere auf demokratiepolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gebieten sowie von zunehmenden EU-skeptischen und -ablehnenden Stimmungen in den Bevölkerungen und eigenen Wählergruppen allein bestimmen zu lassen.

Das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellte 2011 zu Recht, aber auch mit hohem Selbstanspruch fest: „Dies spaltet die EU und entzieht ihr die Unterstützung. Die Neuausrichtung der EU wird damit noch stärker als zuvor zu einem entscheidenden Kampfplatz für gesellschaftliche Entwicklungen auch in der Bundesrepublik.“²⁴ Die Kenntnisse, Analysen und Überzeugungen des US-amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz bleiben nicht nur bei den deutschen politischen Eliten missachtet, obwohl gegenwärtig fast alles dafür spricht, wie Recht er mit seiner Einschätzung hat: „Am wahrscheinlichsten ist jedoch eine Art ‚Lavieren am Abgrund‘ – Europa wird den Krisenländern ... im äußersten Notfall (Hervorhebung J. St.), in der letzten Minute und mit drückenden Auflagen zur Hilfe kommen. Die auferlegte strenge Haushaltsdisziplin wird in den betroffenen Ländern nicht nur zu sozialer Not führen, sondern auch die Wirtschaft der Eurozone schwächen und in der Bevölkerung die Unterstützung für die europäische Integration untergraben.“²⁵

Stiglitz' Standpunkt und Rat, dass wir „diese Krise als eine Chance begreifen und uns fragen sollten, in was für einer Gesellschaft wir in Zukunft leben wollen“²⁶, oder sein Hinweis, dass die chinesischen Schriftzeichen für das Wort Krise sowohl „Gefahr“, als auch „Chance“ bedeuten²⁷, wird längst noch nicht ernstgenommen. Ein Kampf um die „Neuausrichtung der EU“ hat inzwischen allenfalls intellektuell begonnen und hier nicht selten ein hohes Niveau erreicht. Er hat aber die Gesellschaft und die Bevölkerungen als Notwen-



digkeit und „Chance“ für alternative und hegemoniale Projekte bisher ganz und gar nicht erreichen können, zumal ihm auch eine europäische Öffentlichkeit fehlt, proeuropäische Öffentlichkeiten in den meisten Fällen allenfalls national organisiert und präsent sind. Dort dominieren nicht Debatten um eine Neu- und Weitergestaltung der europäischen Einigung, sondern nehmen im Gegenteil Zweifel an der EU oder Forderungen nach dem Verlassen der EU oder ihrer Auflösung zu. Politisch herrschen ohnehin das finanzmarktbestimmte „Weiter so“, auch bei der Bewahrung des Euro, Vorstellungen eines Rückbaus der Europäischen Union oder einer gänzlichen Renationalisierung sowie Forderungen nach einer halbherzigen, beziehungsweise sozial sowie demokratisch herzlosen Reform der EU und ihrer Vertragsgrundlagen, die auf institutionelle und finanzpolitische Maßnahmen reduziert bleiben. Jede dieser Richtungen geht an den weitreichenden Konsequenzen grundsätzlicher gesellschaftspolitischer, globaler und internationalisierter Wirtschaftsbedingungen vorbei. Eine tatsächliche Neuausrichtung der europäischen Integration und der EU ist zur Bedingung für das Fortbestehen der Europäischen Union und wohl auch für die Chancen linker Politik geworden. Eine solche Orientierung bedeutet den aktiven und öffentlichkeitswirksamen Streit um eine konsequent soziale Ausrichtung der europäischen Integration und Politik, um ihren wirtschaftspolitischen, ökologischen, kulturellen, demokratischen, internationalistischen, ja kosmopolitischen Sinn.

Warnend und dramatisch, fast wie ein Plädoyer, führt Oskar Negt sein Buch über den „Gesellschaftsentwurf Europa“ ein mit dem Verweis auf die Gefahr, dass Griechenland von der Europäischen Union „abgekoppelt“ wird: „Geschichte wiederholt sich nicht: wenn aber etwas nicht Geschichte wurde (Hervorhebung O. N.), wiederholt es sich durchaus. Diese Worte Ernst Blochs – eine Abwandlung des Hegel-Marx’schen Gedankens, dass weltgeschichtliche Tatsachen und Personen sich zwei Mal ereignen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce – haben bedrückende Aktualität.“²⁸ Einschränkend zu Negt meine ich lediglich, dass es in diesem Fall weniger zu einer Wiederholung als Farce, sondern als neue Tragödie kommen wird. Bei allen sonstigen Unterschieden kommt auch Jürgen Habermas in seinem Essay „Zur Verfassung Europas“ zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen wie Negt, wenn er betont, dass der „ordoliberalen Traum“, die nationalen Haushalte vereinbarten Stabilitätskriterien zu unterordnen, gescheitert sei: „Der Traum von den ‚Mechanismen‘, die eine gemeinsame politische Willensbildung überflüssig machen und die Demokratie im Zaum halten sollen, ist nicht nur an unterschiedlichen Wirtschaftskulturen, sondern vor allem an den schnell wechselnden Konstellationen unberechenbarer Umwelten zerschellt.“²⁹

Ob es gelingt, die politische Unterstützung und notwendige politische und soziale Bewegungen für eine proeuropäische Alternative zu gewinnen, ist gegenwärtig offen. Erforderlich dafür wäre, dass die Bürgerinnen und Bürger eine solche Entwicklung real als jene Möglichkeit sehen und erleben, die Jürgen Habermas ebenso zutreffend wie weitreichend in den Konsequenzen beschrieben hat: „Tatsächlich können aber die Bürger von diesen Rechten erst dann einen chancengleichen Gebrauch machen, wenn gleichzeitig gesichert ist, dass sie in ihrer privaten und wirtschaftlichen Existenz hinreichend unabhängig sind und ihre persönliche Identität in der jeweils gewünschten kulturellen Umgebung so-

wohl ausbilden wie stabilisieren können. Die Erfahrungen von Exklusion, Elend und Diskriminierung lehren, dass die klassischen Grundrechte erst dann ‚den gleichen Wert‘ (Rawls) für alle Bürger erhalten, wenn soziale und kulturelle Rechte hinzutreten.“³⁰

Elemente für eine radikale Veränderung und Vertiefung der europäischen Integration und Union sind durchaus definierbar. Sicherlich wäre es gerade für die europäische Einigung, alternative Politik und eine tatsächlich europäische Politik positiv, wenn das Europäische Parlament und die EU insgesamt größere finanzielle Möglichkeiten gewännen. Diese Möglichkeit ist von den Regierungen bis 2020 zunächst zerstört worden. Doch das ist nicht entscheidend, sondern ließe sich zumindest teilweise auch über eine andere nationalstaatliche aber proeuropäisch ausgerichtete Politik verbessern. Besonders bedeutsam ist die Beendigung und Überwindung der vor allem von der Bundesrepublik Deutschland praktizierten Niedriglohn- und national bestimmten Wettbewerbspolitik. Darum zu ringen ist ein Thema, das weit über die EU hinausgeht und hier nicht behandelt werden kann. In der Europäischen Union selbst ginge es aktuell insbesondere um:

- die demokratische und supranationale Befähigung der Europäischen Union für ein europaweites und vor allem auf die besonders bedrohten Mitgliedsländer konzentriertes Zukunftsinvestitionsprogramm;
 - die Vereinbarung und Durchsetzung von europaweiten Mindestlöhnen und eines nach oben gerichteten Korridors für soziale Standards;
 - die Ergänzung der Grundlagen der vertraglichen und gemeinsamen europäischen Währungspolitik, um sie nicht nur an monetärer Stabilität zu orientieren, sondern sie auch mit einer Wirtschaftsregierung, Standards für Steuer- und Lohnpolitik und einer echten Sozialunion zu verbinden;
 - eine Demokratisierung der Europäischen Zentralbank und ihre Ausrichtung nicht nur auf Geldwertstabilität, sondern auch auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung;
 - die Abkehr von der in der EU herrschenden massiven Politik zur Finanzmarktderegulierung und die Einbeziehung der Banken, Fonds und großen Vermögen in die Finanzierung der öffentlichen Schulden und Haushalte durch eine EU-weite Vermögensabgabe;
 - die wirksame Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Entscheidungen, eine Ausweitung des Europäischen Parlaments und der nationalstaatlichen Parlamente sowie weitere Schritte zur Entwicklung und Wiedergewinnung der Demokratie in der EU, unter anderem durch eine Stärkung der Möglichkeiten EU-weiter Plebiszite.
- Letzten Endes geht es in der Europäischen Union tatsächlich um zwei Möglichkeiten. Das weiterhin nicht ausgeschlossene Scheitern. Stiglitz hat das deutlich beschrieben. Eine wirkliche Alternative dazu wird weit mehr als die Haushalts- und Kürzungspolitik der Regierungen erfordern. Sie verlangt im Gegenteil deren Überwindung und eine Veränderung hin zu einer Sozial-, Ökologie-, Menschenrechts- und Demokratie-Union. Nur so würde sich die Europäische Union weiter als ein Vorbild und Beispiel für andere regionale Integrationsprozesse erweisen können, ihre eigene Bedrohung überwinden und tatsächlich ein Beitrag zu jener kühnen Vision sein, von der Habermas schrieb: „Die Europäische



Union lässt sich als entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer politisch verfassten Weltgesellschaft begreifen.“³¹

Anmerkungen

- 1 Siehe Bernd Florath, „Die Europäische Union“, In: Johannes Tuchel (Hg.), Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Göttingen 2005, S. 114–139; Simone Hannemann, Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union“, Berlin 2001.
- 2 Siehe Simone Hannemann, a. a. O., S. 59–64.
- 3 Robert Havemann, Ein deutscher Kommunist, Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation, hrsg. von Manfred Wilke, Reinbek 1978, S. 53.
- 4 Ebenda, Dokumente I–IV, S. 136 f.
- 5 Ebenda, S. 139 f.
- 6 Friedrich Christian Delius, „Die Verlegenheit vor den Guten – Georg und Anneliese Groscurth, Robert Havemann, Paul Rentsch, Herbert Richter“, (Gedenkfeier Yad Vashem in der Botschaft Israels am 10. Juni 2006), http://www.fcdelius.de/lobreden/lob_die_verlegenheit.html.
- 7 Robert Havemann, Texte. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde; Berlin 1990, S. 87.
- 8 Neues Deutschland, 10. Juni 2013.
- 9 August Bebel, Charles Fourier, S. 139.
- 10 Ebenda, S. 135 f.
- 11 Siehe Joseph Stiglitz, Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, München 2010.
- 12 Siehe Jürgen Habermas, Ach, Europa, Frankfurt am Main 2008 und: Zur Verfassung Europas, Berlin 2011.
- 13 Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.), Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster 2012.
- 14 Frankfurter Rundschau, 6. August 2012.
- 15 Bonner „General-Anzeiger“, 4. Februar 2013.
- 16 Stephan Schulmeister: „Euroabwicklung: Der finale Schritt in den Wirtschaftskrieg“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/2013, S. 39–49.
- 17 Beat Ammann, „Die Logik der Integration“, in: Neue Zürcher Zeitung, 6. Juni 2013.
- 18 „Laut den Umfragen des britischen Meinungsforschungsinstitut YouGov befürworteten in den letzten Jahren stets deutlich mehr Befragte einen Austritt Grossbritanniens aus der EU, als es Anhänger für ein Verbleiben gab.“ Anton Christen, „Camerons Vision – eine mit Großbritannien kompatible EU“, in: Neue Zürcher Zeitung, 25. Januar 2013, S. 21.
- 19 David Cameron, „Flexibilität eines Netzwerks – nicht die Starre eines Blocks“, in: Neue Zürcher Zeitung, 25. Januar 2013, S. 19.
- 20 Vaclav Klaus, „Es ist Zeit, der EU eine solidere Grundlage zu geben“, in: NZZ, 30. August 2005, S. 19.
- 21 Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 78. Herbst 2012. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse, S. 6.
- 22 Ebenda, S. 15.
- 23 <http://www.extremnews.com/nachrichten/weltgeschehen/9ca814165250bab>; 19.9.2012; <http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/wachsende-eu-skepsis-haelfte-...>; 19.9.2012.
- 24 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Institut für Gesellschaftsanalyse, Papers, Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, Thesen, August 2011, S. 6.
- 25 Joseph Stiglitz, Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, München 2011, S. 406 f.
- 26 Ebenda, S. 345.
- 27 Ebenda, S. 370.
- 28 Oskar Negt, Gesellschaftsentwurf Europa, Göttingen 2012, S. 5.
- 29 Jürgen Habermas, Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Berlin 2011, S. 7.
- 30 Ebenda, S. 20.
- 31 Ebenda, S. 40.

Zur Demokratie-Frage in der EU angesichts der Krise

Überarbeitete Fassung des Beitrages von Erhard Crome auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung „20 Jahre nach den Verträgen von Maastricht – Die Europäische Union in der Krise“ in Potsdam am 11. Oktober 2013. Dies ist der Vorabdruck des Textes, der in dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Konferenz-Band 2014 im Potsdamer Verlag WeltTrends erscheinen wird.

Das Thema der Konferenz eröffnet unterschiedliche Perspektiven. Eine ist, inwiefern sich die Europäische Union in der Krise befindet. Die zweite, wie es um die Möglichkeiten für eine Lösung steht. Und die dritte, ob sich mit dem Ausgang aus der Krise Möglichkeiten für eine demokratischere EU ergeben, in der die Bürgerinnen und Bürger größere Mitsprachemöglichkeiten haben.

Diejenigen, die gesellschaftliche Verhältnisse verändern wollten, mussten immer eine Vorstellung davon haben, wie diese veränderten Verhältnisse aussehen sollten, und dies in aller Regel unabhängig davon, wie groß aktuell die Möglichkeiten dafür sind, diese Veränderung bereits umsetzen zu können. Für linke politische Kräfte ist es essentiell, ihre programmatischen Kernziele und Forderungen auf das gesellschaftspolitische Gesamtziel hin längerfristig zu bestimmen und sie nicht voreilend auf den politischen und mentalen Zustand anderer politischer Kräfte oder Parteien hin trimmen zu wollen, die grundsätzlich andere Positionen vertreten oder andere Ziele verfolgen. Wer seine Identität nicht schärft, sondern unter Verweis auf imaginierte Koalitionsvorstellungen hin verwässert, wird als Partner etwaiger politischer Bündnisse nicht attraktiver, sondern belangloser. Und ein Politikwechsel rückt nicht näher, sondern in die Ferne, weil man selbst auf ernsthafte Forderungen verzichtet. Insbesondere die Europapolitik ist derzeit ein Feld, auf dem ein klares Profil von herausragender Bedeutung ist.

Aktuelle Debatten und die Finanzkrise

Das Jahr 2014 ist ein Jahr der Europawahlen und zugleich das Jahr des 100. Jahrestages des Ersten Weltkrieges. Die Apologeten der Europäischen Union, die sie für die beste der möglichen Welten halten, verhimmeln sie zur großen Schlussfolgerung aus den verheerenden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, die mit dem Ersten Weltkrieg als dem „Urereignis“ des 20. Jahrhunderts begannen. So muss es linke Positionierung sein, dieser Verhimmelung kritische Positionen entgegen zu setzen. Die aber dürfen die Verbindung zu den wirklichen Verhältnissen nicht verlieren.

Am Beginn des Leitantes des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE zum Europa-Parteitag im Februar 2014 heißt es: „Die Europäische Union war einst eine Hoffnung für die Menschen. Aber was haben die Raubzüge der Großbanken, der Bürokratismus und die Unersättlichkeit der Rüstungskonzerne daraus gemacht? Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Macht, die nach 2008 eine der größten Krisen der letzten 100 Jahre mit verursachte.“¹

In diesem Textteil stimmt kein Satz. Beginnen wir mit dem letzten. Hat die EU die Finanz- und Wirtschaftskrise nach



2008 „mit verursacht“? Die Finanzkrise ist aus den zyklischen Schwankungen der kapitalistischen Wirtschaft heraus entstanden, mit denen sich seit dem 19. Jahrhundert etliche Analytiker des kapitalistischen Wirtschafts- und Weltsystems beschäftigt haben, darunter Karl Marx und Friedrich Engels. Sie wurde verstärkt durch eine Anlagekrise riesiger überschüssiger Finanzkapitale. Die Weltfinanz- und -wirtschaftskrise seit 2008 entstand als eine Krise in den Zentren des bisherigen westlichen, nordatlantischen Finanzsystems der Welt. Das unterschied sie von früheren Finanz- und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte, die in den erstarrenden Peripherien des Weltsystems – Mexiko, Russland, Südostasien, „Tango-Krise“ in Argentinien – aufgebrochen waren. Sie begann 2008 als platzende Spekulationsblase im Immobilienbereich in den USA, wurde eine von dort ausgehende und bald EU-Europa erfassende Banken- und Finanzkrise mit Auswirkungen in der ganzen Welt, die rasch auch die reale Wirtschaft der Länder erfasste. Sie setzte sich in Gestalt einer Krise der Staatsschulden fort, die mehrmals fast zur Zahlungsunfähigkeit der USA führte und dann vor allem in EU-Europa Auswirkungen zeitigte.

Aus der Finanzkrise seit 2008 wurde eine Wirtschaftskrise und dann eine Eurokrise, weil die „Bankenrettung“ zum Erhalt der überschüssigen Finanzkapitale der Spekulanten und zur Explosion der Staatsverschuldung geführt hatte. Die fiktiven Schulden der Spekulanten wurden in reale Schulden der Staaten verwandelt, für die die Steuerzahler aufkommen sollen, in aller Regel um den Preis der Absenkung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen. Weil die überschüssigen Kapitale über die Krise gebracht und gerettet wurden, zugleich aber in der „Realwirtschaft“ nicht die entsprechenden Anlagemöglichkeiten finden, richtete sich die Spekulation nun gegen die Staatshaushalte der schwächeren EU-Staaten. Die Konstruktionsmängel bei der Gründung der EU, die Freiheiten des Kapitals zu vergemeinschaften, nicht aber die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, eine gemeinsame Währung in Gestalt des Euro zu schaffen, aber eine gemeinsame Haftung der teilnehmenden Länder auszuschließen, haben diese Möglichkeit eröffnet. Die Finanzkrise hat ans Licht gebracht, was in der Konstruktion der EU längst angelegt war. Dahinter stehen das Akkumulationsregime und die Regulationsweise eines von Finanzmärkten dominierten globalisierten Kapitalismus. Die Opfer dieser Entwicklungen sind nun vor allem die Bevölkerungen in Griechenland, Irland, Portugal, Zypern, Spanien und Italien, denen eine Austeritätspolitik, immer neue Sozialkürzungen – in den Medien euphemistisch „Sparprogramme“ genannt – aufgenötigt werden. Auf diesem Wege wurde in einer Reihe von Ländern aus der Wirtschaftskrise eine „Schuldenkrise“ und wird nun eine soziale Krise, die schließlich auch Momente einer politischen Krise annimmt.

Deutschland dagegen ist erstarkt nicht nur aus der Euro-Einführung, sondern auch aus dieser Krise hervorgegangen. Die Krise hat deutlich zu Tage treten lassen, dass der allgemeine Trend des Kapitalismus bzw. des kapitalistischen Weltsystems, sich ungleichmäßig zu entwickeln und damit eine Kluft zwischen Zentrum und Peripherie zu schaffen bzw. immer wieder neu zu reproduzieren, auch innerhalb der EU tiefe Gräben zur Folge hat. Es ist zugleich eine Differenz zwischen zwei verschiedenen Akkumulationsmodellen, dem exportorientierten Modell Deutschlands sowie anderer Zentrums-Länder und dem Verschuldungsmodell der Peripherie-

länder. Bis zur Krise „ergänzten“ sich diese, bildeten gleichsam kommunizierende Röhren: Die Exportüberschüsse Deutschlands innerhalb der EU und die Verschuldung der anderen EU-Länder sind zwei Seiten einer Medaille.

Mit der Krise brach dieses Gefüge zusammen. Das produktive Kapital, aber auch die Finanzkonglomerate in Deutschland wurden durch die Krise gestärkt, und zwar sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber der Konkurrenz in Asien und Nordamerika. Dabei besteht einerseits eine Allianz zwischen dominanten exportorientierten produktiven Kapitalfraktionen mit Kapitalgruppen, die an Finanzialisierungsprozessen beteiligt sind, in Deutschland sowie andererseits zwischen dem dominierenden deutschen Kapital, das zusammen mit dem deutschen Staat einen eigenen staatsmonopolistischen Komplex darstellt, und den abhängigen Kapitalgruppen – „Kompradoren-Bourgeoisie“ – in den peripheren EU-Ländern. Die neoliberalen Rezepte, die über die europäische Kommission bzw. die „Troika“ in den Peripherieländern durchgesetzt werden, stehen damit nicht im Gegensatz zu den Interessen der deutschen exportorientierten Kapitalfraktionen, sondern sind miteinander kompatibel und ergänzen sich. Im europäischen Maßstab werden die Positionen der Lohnabhängigen und die Sozialstaatlichkeit geschwächt, zugleich aber auch kleinere, weniger konkurrenzfähige Kapitale, was zu einer weiteren Konzentration des Kapitals innerhalb der EU führt, und damit wiederum tendenziell zur Stärkung des deutschen Kapitals. Die EU wurde – obwohl ursprünglich nicht dafür geschaffen – ein Hegemonial-Konstrukt mit Deutschland im Zentrum.²

Damit ergeben sich zusammenfassend zunächst vier Punkte: (1) Die Krisenfolgen sind in einer Reihe von Ländern der „EU-Peripherie“ durch die Maßnahmen, für die die EU-Kommission und die deutsche Regierung verantwortlich sind, verschärft worden. Das heißt aber nicht, dass die EU die Krise verursacht hätte. Da müsste schon der Kapitalismus abgeschafft werden. Und das steht für absehbare Zeit augenscheinlich nicht auf der Tagesordnung. (2) Deutschland ist gestärkt aus der Krise seit 2008 hervorgegangen und hat die Politik zur Bearbeitung der Krise in Irland sowie in den südlichen EU-Ländern zielgerichtet genutzt, um seine hegemoniale Position in der EU auszubauen. (3) Deutschland wird (auch von bürgerlichen, nicht nur linken) Analytikern als „geo-ökonomische Macht“ mit globalen Interessen charakterisiert.³ Damit hat das Land eine Position inne, von der die deutsche Bourgeoisie 1914 nur träumen konnte. (4) Konservative bürgerliche Kreise in Deutschland diskutieren seit mehreren Jahren, dass Deutschland Hegemonialmacht in Europa ist und was daraus für deutsche EU- und Außenpolitik folgt. Dem muss sich linke Kritik stellen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel kann sich bei der Fortsetzung ihrer Politik auf die gewachsene Wählerzustimmung in der Bundestagswahl vom 23. September 2013 stützen. Die Bundesregierung der „Großen Koalition“ hat sich ein Programm gegeben, das diese Hegemonialpolitik weiter umsetzt. Das kann die Linke nicht ignorieren, sie muss sich dazu verhalten. Entweder sie kritisiert diese Lage und diese Politik von einem internationalistischen Standpunkt aus grundsätzlich, oder sie übergeht diese mit Schweigen und folgt der SPD in der Hoffnung, dass bei einem sozial-imperialistischen Machtgefüge auch für Teile der Arbeiter bzw. der „abhängig Beschäftigten“ ein paar Brosamen vom Tisch des Herrn abfallen. Aber dass wir es mit einem sozial-imperialis-



tischen Konstrukt zu tun haben, muss noch viel stärker in das Zentrum der Analyse und der politischen Auseinandersetzungen gestellt werden. Das stellt besonders hohe Anforderungen an linke Politik in Deutschland.

Historische Perspektiven

In einem weiteren historischen Rahmen betrachtet stellt sich die Frage, ob das kapitalistische Weltsystem noch von längerer Dauer sein wird, oder ob mit den jetzigen Krisen die Entstehung von etwas Anderem auf die Tagesordnung rückt. Das betrifft denn auch die Sichten auf die EU: Diskutieren wir ihre Verfasstheit und ihre Zukunft unter einer Erwartung, als sei mit dem nächsten Morgengrauen die sozialistische Alternative zu erwarten, oder stellen wir uns auf eine längere Fortexistenz nicht nur des kapitalistischen Weltsystems, sondern auch der EU ein. Und welche Möglichkeiten hat eine Linke, das Kräfteverhältnis so zu verändern, dass eine realistische Chance entsteht, die EU in der Tat nachhaltig zu verändern? Die Sozialisten und Kommunisten haben seit Marx und Engels, seit dem 19. Jahrhundert erwartet, dass der Kapitalismus in absehbarer Zeit an ein Ende kommt. Der Erste Weltkrieg (1914–1918) und die russische Revolution von 1917 wurden von ihnen als dieses Ende verstanden. Der Zusammenbruch des osteuropäischen Staaten- und Gesellschaftssystems 1989 und das Ende der Sowjetunion 1991 zeigten jedoch, dass das seit jener Zeit geschaffene sozialistische System keinen Bestand hatte. Die systemische Auseinandersetzung mit dem Westen war verloren.

Immanuel Wallerstein hatte jedoch schon Ende des vorigen Jahrhunderts, lange vor der jetzigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise betont, dass das von Westeuropa aus geschaffene System der kapitalistischen Weltwirtschaft, das mit der Eroberung und Beherrschung immer weiterer Teile der Welt vor über 500 Jahren begann, jetzt an sein Ende kommt. Das bisherige System der Ausbeutung der Menschen und der Natur, die bisherige Art und Weise der kapitalistischen Akkumulation ist nicht mehr weiter aufrechtzuerhalten. Wir befinden uns deshalb jetzt in einer Übergangsperiode, die durchaus fünfzig Jahre dauern wird. Ihren Inhalt beschrieb Wallerstein so: „Wir werden keine einfache, entspannte politische Debatte erleben, keine freundliche Diskussion unter Chorknaben. Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.“⁴

Vor diesem Hintergrund ist zunächst festzustellen, dass es sich mit der bisherigen Wirtschafts- und Finanzkrise in den Zentren des westlichen Kapitalismus offenbar nicht bereits um Vorboten des von Wallerstein erwarteten größeren Zusammenbruchs handelt. Ob aus den Krisen und dem damit verbundenen Chaos ein reformierter Kapitalismus hervorgeht, der sich „begrünt“ und umweltverträglichere bzw. umweltorientiertere neue Technologien entwickelt, und eine Gesellschaft entsteht, die den Dienstleistungssystemen vor allem in den Bereichen der Bildung, der Gesundheit und der Betreuung von Kindern und alten Menschen größeres Augenmerk schenkt, ist nicht sicher. Ein solches Szenario steht der aufkommenden Wahrscheinlichkeit einer späteren großen Krise des Weltsystems, wie sie Wallerstein kommen sieht, und die in ein System anderer Ordnung mündet, nicht entgegen. Realistischerweise sollte jedoch für die nächsten mindestens zwanzig Jahre von der Fortexistenz des kapitalistischen Weltsystems in seinen derzeit bekannten Grund-

strukturen ausgegangen werden. Die EU ist Teil dessen.

Diese Veränderungen haben eine innere Seite in den verschiedenen Regionen, Ländern und Staaten der Welt, die in notwendigen bzw. wahrscheinlich zunehmenden Auseinandersetzungen um die Zukunft der Gesellschaften ihren Ausdruck findet. Zugleich gibt es eine übergreifende Seite, die das Weltsystem als wirtschaftliches und weltpolitisches Gesamtgefüge betrifft. Hier geht es um die weitere Gestaltung der internationalen politischen Beziehungen sowie Fragen von Militär, Sicherheit und Völkerrecht. Dabei ist davon auszugehen, dass angesichts des weltweiten Entwicklungsstandes moderner Technologien, der Kommunikation, der Informationssysteme und des Verkehrs der erreichte Grad der Globalisierung nicht mehr rückgängig zu machen ist. Die zu erwartende Zunahme von Krisenmomenten, Erschütterungen und Auseinandersetzungen im Weltsystem wird also nicht zu einem Zusammenbruch des Weltsystems und zu seinem Zerfall in nebeneinander existierende Regionalteile führen, sondern am Ende zu einem Weltsystem anderen Charakters.

Der prägende Prozess der Entwicklung der internationalen Beziehungen im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts ist die Verlagerung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft nach Asien, für die der Aufstieg Chinas von zentraler Bedeutung ist. Mit der Eroberung der Welt durch die Europäer und mit dem Kapitalismus wurde die Geschichte zur Weltgeschichte und die regionalen Wirtschaftskreisläufe verflochten sich zu einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft. Bei der Herstellung und Aufrechterhaltung der Machtposition Europas bzw. dann der USA im Weltsystem spielte die militärische Macht stets eine zentrale Rolle. Allerdings besteht grundsätzlich ein enges und nicht auflösbares Wechselverhältnis zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und militärischer Machtentfaltung. Der Historiker Paul Kennedy betonte: „Die Geschichte des Aufstiegs und späteren Falls der führenden großen Mächte seit dem Aufstieg Westeuropas im 16. Jahrhundert ... zeigt eine auf lange Frist sehr signifikante Korrelation von Produktionskapazität und Staatseinnahmen auf der einen Seite und militärischer Stärke auf der anderen.“⁵ Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies im Falle der USA bzw. des Westens anders sein könnte.

EU-Europa ist ebenfalls Teil des Abstiegs des Westens. In diesem Sinne sind die Beschwörungen der Herrschenden, Regierenden und ihrer Propagandisten in der EU, „dass die EU-Staaten auf sich gestellt der wachsenden Konkurrenz aufstrebender Mächte wie China, Russland, Brasilien oder Indien nicht länger gewachsen seien“, eben nicht in erster Linie das Gestalten einer „neuen Europaideologie“, wie z. B. Andreas Wehr meint,⁶ sondern eine Tatsachenfeststellung. Hier ist ein erneuter Blick auf die Welt als ein System sinnvoll. Andre Gunder Frank hat, gestützt auf eine Reihe empirischer Forschungsergebnisse der vergangenen Jahrzehnte, in seinem letzten Werk auf diese Entwicklungen verwiesen.⁷ Er begründete, dass unter einer Weltsystemperspektive die Fokussierung auf Europa vereinfachend ist, ebenso wie die auf das Jahr 1492 als des wesentlichen Gezeitenwechsels. Im frühen 15. Jahrhundert, nach einer längeren Phase der Stagnation, begann weltweit eine lange Periode ökonomischer Expansion, die bis zum Ende des 18. Jahrhundert anhielt. Sie hatte ihren Ursprung in Ost- und Südostasien und hatte vor allem dort ihre Grundlage, obwohl sie durch die neuen Silber- und Goldlieferungen aus Amerika angeheizt wurde. Chi-



na war letztlich das „Silberdepot“ der Welt, weil es stets einen beträchtlichen Überschuss an konkurrenzfähigen Waren hatte, den die Europäer durch das aus Amerika stammende Silber ausglich.

Betrachten wir die Welt von heute, so ist das weltwirtschaftliche Gravitationszentrum einmal um die Welt gewandert: von Asien/China nach Westeuropa, von dort über den Atlantik in die USA, dort von der Ost- an die Westküste und nun über den Pazifik zurück nach China/Ostasien. Die USA sind heute der „Konsument der letzten Instanz“, während China wieder zum Kreditgeber letzter Instanz wird. Die Verlagerung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft aus dem nordatlantischen Raum, Westeuropa und Nordamerika nach Asien setzte sich auch 2013 weiter fort. Die Volksrepublik China hat im Jahre 2013 mit einem Umsatz (Ein- und Ausfuhr zusammen) von 4,17 Billionen US-Dollar (4 170 Milliarden US-Dollar) die USA vom Spitzenplatz als größte Handelsmacht der Welt verdrängt. Das wird irreversibel sein. Deutschlands Außenhandelsumsatz 2013 beläuft sich auf 2,1 Billionen US-Dollar und ist an die globalen Verschiebungen der Weltwirtschaft angekoppelt (Berliner Zeitung, 11./12. Januar 2014). Die Währungsreserven der Volksrepublik China wuchsen 2013 um 509 Milliarden US-Dollar auf 3,82 Billionen US-Dollar, umgerechnet 2,8 Billionen Euro (Spiegel Online, Wirtschaft, 15. Januar 2014). Die Situation der USA in der Weltwirtschaft – und zwar bereits vor Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008 – nannte Frank „das größte Pyramidenspiel der Weltgeschichte“. Von den damals jährlich etwa 500 Milliarden US-Dollar Handelsbilanzdefizit der USA deckten Japan und China jährlich je etwa 100 Milliarden, indem sie ihren Handelsüberschuss in US-amerikanische Finanzanleihen stecken, damit die USA weiter ihre Waren kaufen. Das aber kann nicht auf Dauer funktionieren. Das Schicksal des Weltwährungssystems liegt in der Hand Chinas.

Vor diesem Hintergrund ist die „Militarismus“-These in Bezug auf die EU höchst fragwürdig. Das Wettrüsten im Bereich der nuklearen Waffensysteme, der Raketentechnik und im Bereich der Seerüstung – China entwickelt gerade eigene Flugzeugträger – zwischen den USA, Russland und China ist von der EU nicht einzuholen. Es bedeutet strategisch, dass das atomare Patt, das wir aus der Zeit des Kalten Krieges kennen, fortbesteht. Die USA werden deshalb ihren wirtschaftlichen und weltpolitischen Abstieg langfristig nicht durch militärische Mittel aufhalten können. Deutschland als geo-ökonomische Macht mit globalen Interessen ist Nutznießer dessen, dass Russland und China verhindern, dass die USA ihr Militärpotential gegen die großen Handelsmächte der Welt als Erpressungspotential einsetzen können, und die USA verhindern, dass China oder Russland dies könnten. Die EU kann durch ein vergleichbares Wettrüsten nichts gewinnen, selbst wenn sie dazu in der Lage wäre. Sie ist mit den USA im Rahmen der NATO verbunden. Das ändert jedoch nichts daran, dass beide nicht nur Partner, sondern zugleich Konkurrenten sind, in der Weltwirtschaft und geopolitisch.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten – wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna bereits 2008 festgestellt hat –, dass es in der Welt drei imperiale Zentren gibt: die USA, China und die EU. Die weitere Entwicklung in der Welt wird davon abhängen, wie es diesen gelingt, die übrigen Teile der Welt an sich zu binden, sich Einflusszonen zu schaffen und diese dauerhaft zu dominieren. Die Europäi-

sche Union, die in ihrer Außenpolitik oftmals so wirkt, wie die Handelsföderation in „Star Wars“ – sie setzt auf wirtschaftliche Erpressung, zettelt Konflikte an, die schließlich zur Abschaffung der Demokratie führen, lässt die Kriege aber vor allem durch andere führen, durch Söldner oder das dunkle Imperium der Macht –, hat gerade wieder einen solchen Versuch unternommen. Mit der Ukraine sollte ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen abgeschlossen werden, das eine engere Zusammenarbeit und Marktzugänge ermöglichen sollte. „Es ist das weitestreichende, das die Europäische Union jemals mit einem Nichtmitglied ausverhandelt hat, und könnte beim Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November in Litauen besiegelt werden.“⁸ Nachdem der ukrainische Präsident Janukowitsch sich im November 2013 weigerte, diesen Vertrag zu unterzeichnen, und statt dessen neue Vereinbarungen mit Russland unterzeichnet hatte, sollte eine angezettelte und von Deutschland und EU-Europa aus finanzierte „Revolution“ in Kiew dort veränderte Verhältnisse schaffen. Im Westen wird seit jeher eine unabhängige Ukraine als Kernpunkt einer geopolitischen Neuordnung im Osten Europas angesehen. Zbigniew Brzezinski, einer der Vordenker US-amerikanischer Globalstrategie, betonte nach dem Ende des Kalten Krieges, eine unabhängige Ukraine sei ein „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“ dafür, dass Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenden Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein.⁹

Deutschland und die EU versuchen nun, die Ukraine von Russland zu lösen und sie als Peripherie an sich zu binden. Gleichzeitig sind beide auch weiterhin mit Russland in einer „strategischen Partnerschaft“ verbunden. Diese Auseinandersetzung wird aber nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen, weil die EU hier mit der Atommacht Russland nicht auf Augenhöhe agieren kann, und die USA als NATO-Partner nicht für nukleare Abenteuer auf fremde Rechnung zur Verfügung stehen. Militärische Kräfte und Mittel werden allerdings auch durch die EU weiter konzentriert und ausgebaut. Das sind aber nicht Mittel für einen „großen Krieg“, sondern um innerhalb der eigenen bzw. beanspruchten Einflusszone ggf. auch militärische Mittel eigenständig einsetzen zu können – das betrifft Südosteuropa, Teile des Nahen Ostens und Afrika. Das sind begrenzte, regionale Kriege, wie in Libyen und jetzt in Mali und Zentralafrika. Die eigenen Bevölkerungen sollen davon möglichst wenig merken, im Unterschied zu der Massenmobilisierung in einem „totalen Krieg“, wie es der Erste und der Zweite Weltkrieg waren. Es handelt sich hier um eine spezifische Art der Kriegführung der EU als „Imperium“, vergleichbar eher den Kolonialkriegen Großbritanniens und Frankreichs im 19. Jahrhundert, als den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Die trifft man analytisch und begrifflich aber nicht mit dem Terminus „Militarismus“ – hier assoziiert sich in Bezug auf die deutsche Geschichte eher die Vorbereitung und Führung der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts, durch die Deutschland unmittelbare und direkte imperialistische Machtpositionen in der Welt erlangen wollte.

EU als Friedensordnung

Als imperiale Macht des 21. Jahrhunderts ist die EU keine Friedensmacht, mit ihrer Weltpolitik nicht, als Welthandelsmacht nicht und als regional, punktuell agierende militärische Interventionsmacht auch nicht. Aber ist deshalb auch



die Einschätzung falsch, dass sie errichtet wurde, um friedliche Beziehungen in Europa institutionell zu verankern?¹⁰ Nein. Es ist im Kern richtig, dass die EU oder bereits ihre Vorläufer in Gestalt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dann der Europäischen Gemeinschaft (EG) etwas mit der Friedensfrage zu tun hatten.

Nach dem militärischen Sieg über Deutschland im Zweiten Weltkrieg standen nicht nur seine Neugestaltung unter der Kontrolle der vier Besatzungsmächte, sondern zugleich seine Einordnung in ein neues europäisches Staatsgefüge auf der Tagesordnung, verbunden mit der Beendigung des Zeitalters der kriegerischen Auseinandersetzungen. „Aus diesem Krieg“ – schrieb der französische Sozialist und Ministerpräsident der Volksfrontregierung von 1936, Léon Blum, im Frühjahr 1941 im Gefängnis der Vichy-Regierung – „müssen endlich durch und durch starke internationale Einrichtungen und eine durch und durch wirksame internationale Macht hervorgehen, sonst wird er nicht der letzte gewesen sein.“¹¹ Das meinte nicht nur die weltpolitische Dimension, die sich dann in der UNO verkörperte, sondern vor allem den europäischen Zusammenschluss, mit Beschränkung der nationalen Souveränität zugunsten einer supranationalen Struktur, die über eigene Einrichtungen und eigene Führung verfügen sollte.

Insofern ist die Montanunion, wie sie gemäß Schuman-Plan und den konzeptionellen Vorstellungen Jean Monnets in der ersten Hälfte der 1950er Jahre geschaffen worden war, zunächst als friedenssichernde Einrichtung zu verstehen. Die Verzahnung der Gesamtheit der deutschen und der französischen Kohle- und Stahlproduktion zielte auf die damals kriegsentscheidenden Wirtschaftszweige; sie sollte Deutschland – in Gestalt der Westzonen-BRD – und Frankreich dauerhaft aneinander binden, dieser Bindung eine materielle Grundlage geben; ihre Einordnung in eine Gemeinschaft, der auch Italien und die BeNeLux-Staaten angehörten, hob sie zugleich aus dem bilateralen deutsch-französischen Kontext heraus (die historische Versöhnung stand ja erst am Anfang), um sie so politischen Tagesinteressen zu entheben. Der marxistische Historiker Perry Anderson nannte die Entstehung der Europäischen Union bewundernd „die letzte große weltgeschichtliche Errungenschaft der Bourgeoisie“.¹²

Im Gefolge der Integration sollten Bedingungen einer Beziehungsstruktur kooperativen Typs entstehen, so dass, modern gesprochen, die Kosten eines Austritts aus dem Verbund, aus welchem politischen oder wirtschaftlichen Grund auch immer, stets größer sind als die Kosten, die den beteiligten Staaten aus der Vergemeinschaftung entstehen. Die Zusammenfügung Europas auf politischer Ebene sollte so befördert werden, dass am Ende ein supranationales Gemeinwesen entsteht. Die daher supranationale Institutionalisierung in Gestalt einer Hohen Behörde sollte einen eigenen Träger, ein Subjekt der Gemeinschaftsinteressen schaffen, um den Gesamtprozess der außenpolitisch-diplomatischen Ebene zu entziehen, ihn aus der traditionellen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit herauszuheben. Dem diente auch die Errichtung eines supranationalen Beamtenapparates: Niemand, der dort angestellt wird, soll wieder darauf angewiesen sein, im diplomatischen o. ä. Dienst seines Herkunftslandes Karriere machen zu müssen; nur so ist er/sie auch Träger des Gemeinschaftsinteresses und nicht Vertreter seines Landes in Brüssel.

Die vom Schuman-Plan bis zur Europäischen Union und den Vertragswerken von Maastricht und Amsterdam gegangenen Schritte der Institutionalisierung sind jenen Vorgaben gefolgt. Die „Demokratiedefizite“ und die Macht der „Bürokratie“ sind keine unbeabsichtigte Nebenfolge der EU-Integration. Den Ideen von Jean Monnet, der vor dem Zweiten Weltkrieg als Stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes und während des Krieges für die Koordinierung der Kriegsproduktion zwischen Großbritannien und den USA gearbeitet hatte, lagen alle Metamorphosen der EU bis heute zu Grunde. Sie war von Anfang an als Eliten-Veranstaltung gedacht, die den Windungen und Wendungen demokratischer Mehrheitsentscheidungen möglichst wenig zugänglich sein sollte. (Die Spezifik gegenüber anderen Institutionalisierungen politischer Kräfteverhältnisse liegt nicht darin, dass Eliten-Vereinbarungen an ihrer Wiege standen, sondern dass ihr Wachsen demokratischen Entscheidungen gegenüber weitestgehend entzogen sein sollte.) Insofern ist es Unsinn, von der EU als einer „undemokratischen Macht“, die noch dazu erst vor einiger Zeit – Stichwort: „Maastricht“ – dazu geworden sei, zu sprechen. Sie wurde als nicht-demokratische Einrichtung geschaffen – und wurde in den vielen Jahren ihrer Existenz etwas demokratisiert, zwar nur teilweise, aber immerhin. Etwa in Gestalt der Rechte des Europäischen Parlaments bei der Bestellung der Europäischen Kommission, der Keimform einer EU-Regierung, und dem Budgetrecht.

Im Leitantrag der Linkspartei heißt es, die Europäische Union sei „einst eine Hoffnung für die Menschen“ gewesen. Für welche Menschen? Viele junge Menschen im Grenzgebiet der alten BRD zu Frankreich oder Belgien haben sich Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre für ein „Vereintes Europa“ ohne Grenzpfähle ausgesprochen, darunter auch viele Christdemokraten. Das war kein linkes Projekt und die Christdemokraten rühmen sich nicht zufällig, dass sie die Anreger und Schöpfer der europäischen Integration waren (Schuman, De Gasperi und Adenauer waren bekennende Katholiken und die EWG-Verträge von 1957 wurden nicht zufällig in Rom und unter den Augen zweier Papst-Statuen unterschrieben.) Da die EGKS und die EWG aber zugleich Einrichtungen des Kalten Krieges waren, die dem raschen Wiedererstarken des westeuropäischen Kapitalismus gegen die Sowjetunion und die Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe dienen sollten, war im Osten – auch Deutschlands – zunächst die Erinnerung an Lenin analyseleitend, Vereinigte Staaten von Europa seien „unter kapitalistischen Bedingungen entweder unmöglich oder reaktionär“.¹³ Insofern warteten die Kommunisten in Ost- wie Westeuropa zunächst auf den Zusammenbruch der EWG und hoben, da der nicht eintreten wollte, ihren stets reaktionären Charakter hervor.

Es waren in der DDR Analysen aus dem Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen, in denen seit Anfang der 1970er Jahre herausgearbeitet wurde, dass diese alte Antwort nicht ausreicht, dass die EWG, dann EG als eine neue Form der kapitalistischen Regulierung angesehen werden musste, die mit einer neuen Phase der weltweiten Entwicklung des Kapitalismus verbunden ist. So hieß es in einer Analyse: „Die rapide Beschleunigung der Internationalisierung des Wirtschaftslebens, der hohe Grad internationaler Kapitalverflechtung und die Erfordernisse der modernen Wissenschaft und Technik stimulierten die Entwicklung zahlreicher internationaler staatsmonopolistischer Vereinigun-



gen, der ökonomischen Integration in Westeuropa. ... Die staatsmonopolistische Integration stellt eine qualitativ neue Stufe der Internationalisierung des Wirtschaftslebens im Kapitalismus dar. ... Dies ist ein Versuch des Monopolkapitals, in kapitalistisch verzerrter Weise die Produktionsverhältnisse den Erfordernissen der modernen Produktivkräfte anzupassen, der Internationalisierung des Wirtschaftslebens Rechnung zu tragen und günstige Bedingungen für die Profitmaximierung der Konzerne zu schaffen.“¹⁴

Ganz in diesem Sinne hat sich nach dem Ende des Realsozialismus die PDS auf diesen Standpunkt gestellt. Es ging darum, nicht nur die größere BRD, die durch die deutsche Vereinigung zustande gekommen war, sondern auch die EU als politisches Handlungsfeld hinzunehmen. Im Grunde so, wie August Bebel und die anderen Gründer der deutschen Sozialdemokratie seit 1871 bei aller Kritik an der groß-preußischen Politik das Deutsche Reich als Handlungsraum hingenommen haben, der nicht durch Rückkehr zur Kleinstaatei zu ersetzen war. Dies gilt auch heute für die EU.

Das Alternativen-Problem

Walter Baier, Koordinator des linken europäischen Netzwerkes „Transform“ hat zusammen mit Elisabeth Gauthier (Frankreich) und Haris Golemis (Griechenland) in der Doppelnummer der Zeitschrift transform! 2013 betont, dass ein Austritt aus der Euro-Zone, ein Zerfall des Euro oder der EU die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der EU-Länder und der von der Krise besonders betroffenen Bevölkerungen nicht lösen, sondern vielmehr drastisch verschlimmern würde. Ein solches Szenario wäre für die arbeitenden Klassen und die europäischen Bevölkerungen noch schlechter. Es würde ein Abwertungswetlauf der Währungen in Gang gesetzt, der die Klassenkonflikte auf europäischer Ebene wieder in Staatenkonflikte verwandeln würde, in denen die großen europäischen Mächte – allen voran Deutschland – wieder um Einflusszonen und Vorherrschaft kämpfen würden. Zudem sind die Wirtschaftspolitiken und die Institutionen innerhalb der EU-Staaten in den vergangenen über 25 Jahren nach denselben neoliberalen Konzepten umgebaut worden, wie die Institutionen der EU. Der Ausweg aus der Krise kann also nicht in einer Re-Nationalisierung der Politik gesucht werden, sondern er liegt in „einer anderen wirtschaftlichen Konzeption“. Das heißt: „Die heutigen sozialen und politischen Kämpfe zielen darauf, die Austeritätsmaßnahmen zu stoppen und insbesondere die Völker Süd- und Osteuropas aus dem Würgegriff der Troika und der Finanzmärkte zu befreien, um so die Bedingungen für einen sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu schaffen.“ Derartige Lösungen funktionieren nur auf einer gesamteuropäischen Ebene.¹⁵

Angesichts dessen ist die Demokratisierung der EU und ihrer Institutionen nicht eine äußere Aufgabe neben anderen, sondern eine, deren Konsequenz ihre Veränderung im Kern ist. „Die Bewegung zur Veränderung Europas sieht sich daher mit zwei Herausforderungen konfrontiert. Eine Neudefinition der Endziele der EU setzt die Erfindung einer neuen demokratischen Logik voraus, um die Volkssouveränität wirklich lebendig werden zu lassen, ferner den Entwurf einer neuen Architektur der Institutionen und Organe sowie die Erörterung ihrer Grundlage (eine Union von Nationen, eine Konföderation von Nationen, Föderalismus usw.). Angesichts der gegenwärtigen Dringlichkeit ist es ratsam, nach jeder Bresche Ausschau zu halten, die wir öffnen können, nach

allen Hebeln, die wir in Bewegung setzen können, um das Gleichgewicht der Kräfte hier und jetzt zu verändern.“ Angesichts der Kräfteverhältnisse in der EU und ihrer institutionellen Verfasstheit – eben wegen der Monnet'schen Abschottung gegenüber demokratischen Entscheidungen – ruft jeder Kampf um Veränderung, nicht nur auf EU-europäischer, sondern auch auf nationalstaatlicher Ebene die EU als Gesamtkonstrukt auf den Plan. Oder klassenmäßig gesprochen: Jeder Versuch, auf nationalstaatlicher Ebene das Kräfteverhältnis zu verändern und die „eigene“ Bourgeoisie zu Zugeständnissen zu zwingen, führt zu einer Konfrontation mit der gesamteuropäischen Bourgeoisie, ihren europäischen und nationalen Machtapparaten. Das ist das Muster, nach dem in den vergangenen Jahren die Krisenbearbeitung erfolgt ist und in allen Ländern, nachdem die für die Krisensituation politisch verantwortlichen Regierungen und Parteien abgewählt wurden, stets wieder „Troika“-kompatible Regierungen gewählt wurden. „Jede Entscheidung für eine politische Veränderung in einem oder mehreren Ländern wird eine Konfrontation auf europäischer Ebene zur Folge haben, wobei es sich nicht nur um einen gesellschaftlichen und politischen Kampf handeln wird, sondern um einen Kampf um die Verfassungsordnung selbst.“¹⁶

Auf dem Parteitag der Europäischen Linken (EL) in Madrid im Dezember 2013 hatte Walter Baier ganz in diesem Sinne hervorgehoben: „Wir können ... nicht ausschließen, dass der Euro aufgrund der Widersprüche, die innerhalb der herrschenden Eliten bestehen, auseinanderbricht. Nur, lasst mich eines aussprechen. Transform hat viele Debatten und Forschungen zu diesem Thema durchgeführt. Dabei sind wir auf kein überzeugendes Argument dafür gestoßen, dass ein solches Auseinanderbrechen der europäischen Integration ein für die Bevölkerungen und die arbeitenden Klassen günstiges Szenario wäre.“ An den Machtverhältnissen in Europa würde sich nichts ändern. „Es scheint uns auch nicht realistisch, sich mit ihnen ausschließlich mit dem Instrumentarium auseinanderzusetzen, das auf nationalstaatlicher Ebene zur Verfügung steht. Es ist keine positive Perspektive, die Länder des europäischen Südens und Ostens in einen Abwertungswetlauf bei der Senkung der Produktionskosten zu hetzen. Und schließlich ist auch ein Szenario, in dem die traditionellen imperialistischen Widersprüche der europäischen Großmächte wieder aufleben, keine positive Perspektive für die Linke. Wir glauben also nicht, dass die Zerstörung oder Auflösung der Europäischen Union eine positive Alternative darstellt, sondern meinen, dass wir den Kampf um ein anderes Europa und eine andere Richtung der europäischen Integration führen müssen.“¹⁷

Es war die deutsche Regierung, die die seit Beginn der Krise bisher gemachte Politik in der Europäischen Union in besonderer Weise veranlasst hat. Deshalb kommt den linken bzw. kritischen politischen Kräften in Deutschland eine besondere, eine besonders hohe Verantwortung zu. Es geht darum, dass die Linke die deutsche Regierung und die EU-Politik von einem grundsätzlichen, internationalistischen, anti-hegemonialen und solidarischen Standpunkt aus kritisiert.

Am Ende gilt es, das Wort von Perry Anderson aufgreifend, aus der Europäischen Union als der „letzten großen weltgeschichtlichen Errungenschaft der Bourgeoisie“ die erste Errungenschaft der arbeitenden Klassen und der Völker Europas zu machen.



Anmerkungen

- 1 http://www.dielinke.de/fileadmin/download/parteitage/hamburg2014/leitantrag_parteivorstand/131209_leitantrag_parteivorstand_europawahlprogramm_neu.pdf, Zeilen 2-5.
- 2 Vgl. Erhard Crome: Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie, in: Erhard Crome, Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Reihe Potsdamer Textbücher, Bd. 20, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013, S. 165 – 205
- 3 Vgl. Hans Kundnani: Paradoxon Deutschland. Eine geoökonomische Macht in der Zwickmühle, in: Internationale Politik, Berlin, Heft 6/2011.
- 4 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 95. Das US-amerikanische Original erschien unter dem Titel Utopistics 1998 in New York bei The New Press.
- 5 Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1989, S. 13.
- 6 Andreas Wehr: Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen, Köln: Papy-Rossa Verlag 2013, S. 139.
- 7 Andre Gunder Frank: Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem, Wien: Promedia Verlag 2005.
- 8 Josef Kirchengast: EU und Ukraine. Das doppelte Dilemma, in: Der Standard, Wien, 26. März 2013.
- 9 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag 1997.
- 10 Andreas Wehr, a. a. O., S. 128 ff. bestreitet dies voller Eifer.
- 11 Zitiert nach: Wilfried Loth: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939 – 1957, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990, S. 15.
- 12 Perry Anderson: The New Old World, London, New York: Verso Verlag 2009, S. 78.
- 13 W. I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Ders.: Werke, Berlin: Dietz Verlag 1972, Bd. 21, S. 343.
- 14 Jochen Dankert, Wilhelm Ersil, Heinz Kretzschmar, Karl-Heinz Werner: W. I. Lenin und das Westeuropa der Trusts, Berlin: Staatsverlag der DDR 1970, S. 40f.
- 15 Elisabeth Gauthier, Haris Golemis, Walter Baier: Strategische Überlegungen über Europa, in: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog, Brüssel, Heft 12 – 13/2013, S. 49.
- 16 Ebenda, S. 51.
- 17 Walter Baier: Rede zum EL-Parteitag, Madrid, 13.-15. Dezember 2013. http://transform-network.net/uploads/tx_news/Rede_EL-Parteitag_Dez2013doc.pdf.

Umfassende Vertiefung der Reform

Das 3. Plenum des 18. Zentralkomitees der KP Chinas (Peking, 9.–12. November 2013); von Helmut Ettinger

Die KP Chinas handelt nach festen Ritualen – was Wunder in einem Land mit mehrtausendjähriger Geschichte. Danach fällt der dritten Plenartagung des auf einem Parteitag gewählten ZK jeweils eine herausragende Aufgabe zu – die der Festlegung der Strategie für die Arbeitsperiode bis zum nächsten Parteikongress oder darüber hinaus. Letzteres gilt für diese Tagung. Zu Recht wird sie demonstrativ in eine Reihe mit solchen tiefen Einschnitten in der Geschichte des Landes wie dem 3. Plenum des 11. Zentralkomitees im Dezember 1978 gestellt, das den Startschuss für die Reform- und Öffnungspolitik der letzten mehr als drei Jahrzehnte gab.

Das 3. Plenum des auf dem 18. Parteitag vor einem Jahr gewählten ZK hat mit dem „**Beschluss über einige wichtige Fragen der umfassenden Vertiefung der Reform**“ ein 60-Punkte-Programm vorgelegt, das die Entwicklungsrichtung aller wichtigen Bereiche von Wirtschaft und Gesell-

schaft der VR China für die nächsten fünf bis zehn Jahre absteckt. Der Gründungsdirektor des neugeschaffenen Mercator-Instituts für China-Studien in Berlin, der Sinologe Sebastian Heilmann, hat das Dokument als „das mit Abstand umfassendste und ambitionierteste nationale Reformprogramm dieses Jahrzehnts und der Welt“ bezeichnet. Er hat dringend davor gewarnt, es als bloße Absichtsbekundung abzutun und nicht ernst zu nehmen.¹

Neu an dieser Tagung ist eine deutlich gewachsene Transparenz. Zwar tagte das Gremium traditionell hinter verschlossenen Türen, aber bereits zuvor wurde auf die außerordentliche Bedeutung der Zusammenkunft verwiesen. Der umfangreiche Beschluss wurde zeitnah im vollen Wortlaut in den Medien einschließlich des Internets veröffentlicht,² ebenso eine ausführliche englische Zusammenfassung für das Ausland.³ Das gilt auch für die Rede von Generalsekretär Xi Jinping auf dem Plenum – deren Publikation im Wortlaut ein Novum darstellt. Er leitete persönlich eine 60-köpfige Arbeitsgruppe, die den Beschlussentwurf in halbjähriger Arbeit erstellte. Wie das in enger Abstimmung mit Partei- und Regierungsgremien von Zentrale und Provinzen, mit den in der Politischen Konsultativkonferenz zusammengeschlossenen kleineren Parteien, mit Armee, Nichtregierungsorganisationen und Fachleuten aller Bereiche ablief, ist im Internet nachzulesen.⁴ Erstmals ging der Partei- und Staatschef hier das Risiko ein, seine persönliche Autorität mit einem so konkreten und durchaus gewagten Reformprogramm zu verbinden.

Zur **Begründung der neuen Initiative** hob der Generalsekretär zunächst die beeindruckenden Erfolge von 35 Jahren Reform- und Öffnungspolitik für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, das Leben des Volkes und die internationale Stellung Chinas hervor. Dabei hielt er sich jedoch nicht lange auf. Breit und eindringlich stellte er die Probleme der gegenwärtigen Etappe heraus: eine in sich noch unausgeglichene, nicht genügend abgestimmte, nicht ausreichend nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, nach wie vor unzureichende Innovationsfähigkeit, große Unterschiede in Entwicklungsniveau und Einkommen zwischen Stadt und Land, die allgemeine Zunahme von Widersprüchen und Konflikten. Die Bevölkerung sei nach wie vor mit erheblichen Problemen in Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Umwelt, Lebensmittel- und Arzneimittelsicherheit, Arbeitsschutz, Ordnungs- und Sicherheitsfragen, der Einhaltung des Rechts durch Behörden und Justiz konfrontiert. Scharf kritisierte er Erscheinungen von Formalismus, Bürokratismus, Hedonismus und ausschweifendem Lebenswandel bei Funktionären von Staat und Partei.

Der Ausweg aus dieser Lage sei die konsequente Fortsetzung und Vertiefung der Reform- und Öffnungspolitik. Als Hauptaufgaben stellte er heraus, noch bessere Bedingungen und ein günstigeres Umfeld für fairen Wettbewerb in der Wirtschaft zu schaffen, die Dynamik der ökonomischen Entwicklung zu stärken, die Leistungsfähigkeit der Regierungsorgane aller Ebenen zu erhöhen, mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, Harmonie und Stabilität in der Gesellschaft zu fördern und das Niveau der Führungstätigkeit der Partei weiter zu verbessern. Von ihr forderte er mutiges Denken und einen festen Schritt. Bis zum Jahre 2020 sollen in wichtigen Bereichen entscheidende Ergebnisse erzielt werden.

Der umfangreichste Teil des Plenumsbeschlusses ist der **Wirtschaft** gewidmet. Er fordert eine weitere Öffnung der chinesischen Wirtschaft, was bedeutet, ausländische Inves-



titionen in neue Bereiche wie den Dienstleistungssektor (Finanzen, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen) und die Inlandsprovinzen zu ermöglichen. Besondere Aufmerksamkeit erregte die beabsichtigte Gründung kleiner und mittlerer Privatbanken, die vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen, deren Bedeutung für Produktion und Arbeitsplätze wächst, mit den nötigen Krediten versorgen sollen. Das bisher ausschließlich staatliche Bankenwesen hatte sich vorwiegend auf die großen Staatsbetriebe konzentriert. Die Regierung will chinesische Unternehmen aller Eigentumsformen stärker zu Investitionen im Ausland anregen und entsprechend fördern. Gegenseitige Investitionen und Handel mit Hongkong, Macao und Taiwan werden zunehmen. China setzt seine Bemühungen fort, mit allen Nachbarländern und darüber hinaus Freihandelszonen einzurichten.

Große Beachtung im Ausland fand die Tatsache, dass die KP Chinas, die dem **Markt** von ihrem 14. bis zum 18. Parteitag (1992 – 2012) stets „eine grundlegende Rolle“ bei der Verteilung der Ressourcen zugeschrieben hatte, in diesem Beschluss zum ersten Mal von „der entscheidenden Rolle“ des Marktes spricht. Xi Jinping begründete dies mit einem gewaltigen Wachstum des Marktes in den letzten Jahrzehnten einerseits und der anhaltenden Tendenz zur Verknappung der Ressourcen andererseits. Der Markt verteile diese am effektivsten. Das Eingreifen des Staates müsse verringert werden. Damit werde auch Korruption eingedämmt.

Zugleich soll dem Markt keine umfassende Rolle zugestanden werden. Markt und Regierung hätten unterschiedliche Funktionen zu erfüllen. Aufgabe der Regierung sei es, gesamtwirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten, für das Zusammenwirken der Sektoren aller Eigentumsformen zu sorgen, auf fairen Wettbewerb und Ordnung auf dem Markt zu achten, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und das Wachstum des Wohlstandes der gesamten Bevölkerung im Auge zu behalten. Sie müsse dort einspringen, wo der Markt scheitere oder ausfalle.

Ausführlich sprach Xi Jinping über die Notwendigkeit, das sozialistische Wirtschaftssystem mit dem **Gemeineigentum als Hauptsäule** zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei sei eine Verschmelzung von Eigentumsformen in Unternehmen mit Anteilen gemeinschaftlichen, kollektiven und privaten Eigentums möglich. Dies sei unter den neuen Bedingungen ein wirksamer Weg, um die führende Stellung der Staatsunternehmen zu stärken, sie zu modernisieren, ihre Dynamik zu erhöhen und ihre Kontrollfunktion zu erhalten. Der Staat habe alle Eigentumsformen gleichermaßen zu schützen und ihre Rechte zu achten. Staatliche Investitionen müssten den strategischen Zielen des Staates dienen und in die Lebensadern der Volkswirtschaft fließen – in öffentliche Dienstleistungen, Umweltschutz und wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Zugleich sieht der Beschluss vor, die Gewinnabführungen der Staatsunternehmen, die größtenteils in die staatlichen Sozialfonds fließen, von früher 0 – 15 Prozent bis 2020 schrittweise auf 30 Prozent zu erhöhen.

Das Plenum beschloss eine Reform der **Finanz- und Steuerpolitik**. Wichtige Anliegen sind die Vervollkommnung der Steuergesetzgebung, eine bessere Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentrale, Provinzen und Kommunen entsprechend den jeweiligen Aufgaben, die Erhöhung der Transparenz vor allem der von der Bevölkerung vielfach kritisierten Finanz- und Steuerpolitik der Lokalbehörden, eine Vereinfachung des Steuersystems, die Einführung einer Ver-

mögenssteuer, eine höhere Besteuerung von Produkten mit hohem Energieverbrauch oder schlechter Umweltbilanz. Medien schätzen ein, dass eine bessere und klarer geregelte Finanzausstattung der lokalen Ebenen dort eine solidere Finanzpolitik und weniger Rückgriffe auf Landbeschlagnahmen und andere umstrittene Aktivitäten zur Beschaffung von Finanzmitteln zur Folge haben werde.

Die ungleichmäßige, disproportionale Entwicklung von **Stadt und Land** nannte Xi Jinping einen der herausragenden Widersprüche der sozialökonomischen Situation Chinas, der gelöst werden müsse. Der Reform- und Öffnungskurs habe die traditionelle Kluft weiter vergrößert. Die KP Chinas wolle erreichen, dass die Landbevölkerung gleichberechtigt an der Modernisierung des Landes teilhabe. Dafür sieht der Beschluss des Plenums folgende Maßnahmen vor:

Grundlage der Landwirtschaft soll der Familienbetrieb bleiben, der den grundsätzlich staatseigenen Boden zur dauerhaften Bewirtschaftung erhalten hat. Nunmehr soll es den Bauernfamilien ermöglicht werden, ihr **Bodennutzungsrecht** bei Bedarf weiter zu verpachten oder gegen Bezahlung an Genossenschaften, spezialisierte Landwirtschaftsbetriebe oder größere Familiengüter zu **transferieren**. Hintergrund ist die Tatsache, dass der Boden von Bauern, die als Wanderarbeiter in die Städte gehen, oder aus Altersgründen nicht mehr arbeitsfähig sind, ungenutzt bleibt – in einem Land wie China mit extremer Knappheit an landwirtschaftlicher Nutzfläche ein großes Problem für die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung im Wesentlichen aus eigener Kraft.

Der Staat will die Rechte der Bauern gesetzlich verankern und damit besser schützen – neben dem Bodennutzungsrecht das Recht auf ihr Wohngrundstück, das sie ebenfalls weitergeben, als Sicherheit für Hypotheken oder Bürgschaften einsetzen können. Damit wird die Vertreibung von Bauern von ihrem Grund und Boden für große Bauvorhaben durch lokale Behörden wesentlich erschwert. Sollte es dazu kommen, müssen die Bauern einen gerechten Anteil an der Wertsteigerung des jeweiligen Grundstücks erhalten.

Die Aufwendungen des Staates für Bildung, Gesundheitsfürsorge und Altersversorgung auf dem Lande sollen weiter gesteigert werden, bis die sozialen Bedingungen zwischen Stadt und Land im Wesentlichen angeglichen sind.

Als Teil der Urbanisierungspolitik Chinas kündigt der Beschluss eine **Reform des Einwohnermeldewesens** an, das durch den „Hukou“, das Wohnrecht nur am Geburtsort, bisher sehr rigide gestaltet ist. Hintergrund ist die Wanderungsbewegung, die gegenwärtig zusätzlich zu den bereits 200 bis 300 Millionen Wanderarbeitern jährlich ca. 13 Millionen Menschen vom Dorf in die Städte bringt. Jetzt sollen die Beschränkungen für die Ansiedlung ehemaliger Landbewohner in kleineren und mittleren Städten (unter einer Million Einwohner) gelockert werden. Die großen Multimillionenstädte sind davon ausgenommen, um Slumbildung zu verhindern. Alle bereits permanent in Städten beschäftigten Menschen sollen schrittweise in den Genuss der grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen kommen, wie sie der Stadtbevölkerung zur Verfügung stehen. Das Lohnniveau der Wanderarbeiter soll schrittweise auf das der ansässig Beschäftigten angehoben werden.

Im Beschluss des Plenums wird eine Lockerung der **Bevölkerungspolitik** des Landes angekündigt. Ziel ist es, „Schritt für Schritt eine langfristig ausgeglichene Bevölke-



rungspolitik“ zu fördern. Als wichtigster Schritt ist vorgesehen, Ehepartnern, von denen eine(r) selbst ein Einzelkind ist, zwei Kinder zu gestatten. Damit wird die inzwischen beträchtliche Zahl von Ausnahmen von der Ein-Kind-Ehe um eine erweitert, die die Mehrzahl junger Eltern mit Kinderwunsch, meist selbst Einzelkinder, betreffen dürfte. Für diese Maßnahme gibt es mehrere Gründe: Die Geburtenrate in China ist inzwischen auf 1,5 Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter gesunken. Sie soll wieder auf 1,8 Kinder angehoben werden, die Bevölkerung Chinas in der Perspektive aber möglichst 1,5 Milliarden nicht übersteigen. Das Verhältnis von Männern und Frauen hat sich wesentlich verschlechtert. Es beträgt heute 117 Männer auf 100 Frauen. 107:100 werden als normal angesehen. Die Bevölkerung Chinas altert schneller als der Weltdurchschnitt. Fachleute schätzen allerdings ein, dass die genannte Maßnahme die Alterung der Bevölkerung nur geringfügig verzögern wird.

Xi Jinping kündigte eine Reform der **Justiz** an. Diese begründete er mit wachsenden Zweifeln im Volke an der Gerechtigkeit der Justiz. Die Justizreform sei ein Schwerpunktbereich aller Reformbemühungen. Wichtige Schritte sind die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz, die persönliche Verantwortlichkeit der Richter für Fehlurteile, die bis zu ihrer Bestrafung gehen kann, ein schärferes Vorgehen gegen die Verwendung von Beweismaterial, das auf rechtswidrigem Wege (gemeint ist offenbar u. a. physischer und psychischer Druck) beschafft wurde, die Stärkung der Rechte der Anwälte bei der Verteidigung ihrer Mandanten.

Besondere Aufmerksamkeit fand die Ankündigung, die umstrittenen **Lager zur Umerziehung durch Arbeit** abzuschaffen, eine Form von Freiheitsentzug bis zu vier Jahren ohne Gerichtsurteil, die von lokalen Komitees aus Vertretern von Polizei, Innen- und Bildungsbehörden verhängt werden kann. Sie waren ursprünglich für Rechtsverletzungen eingerichtet worden, die zu geringfügig für Strafprozesse waren, wurden aber auch dafür genutzt, unliebsame Querulanten wegzusperren. Wegen dieser Praktiken steht China international in der Kritik. In den letzten Jahren häuften sich Fälle, da Betroffene gegen solche Maßnahmen vor Gerichten klagten und Recht bekamen.

Das Plenum beschloss weiter, die Zahl der Straftatbestände, für die die **Todesstrafe** verhängt werden kann, weiter zu senken. Das ist letztmalig 2011 geschehen. 2008 war festgelegt worden, dass jedes Todesurteil lokaler Gerichte vom Obersten Gericht der VR China überprüft werden muss. Das hat zu einer Reduzierung ihrer Zahl um ca. 50 Prozent geführt. In der letzten Zeit werden wesentlich weniger Todesurteile vollstreckt und nicht selten bei guter Führung in lebenslängliche Haft umgewandelt. Der Effekt der Todesstrafe ist in China seit längerem umstritten.

Das Plenum bestätigte als Ziel die Errichtung einer ökologischen Zivilisation. Schwerpunkt seiner Beratungen im Bereich der **Umwelt** war der Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Landes. Künftig werde eindeutig festgestellt, wer Eigentümer von Bergen, Wasser, Wäldern, Boden und Seen sei und wer diese Ressourcen nutze. Beide – Eigentümer und Nutzer seien für ihre Erhaltung und Verbesserung verantwortlich. Behörden hätten sich auf ihrem Territorium um alle Naturreichtümer im Komplex zu kümmern, denn nur in ihrer Gesamtheit stellen diese die Grundlage von Leben und Produktion dar. Die Leistung der Regierungsbehörden in ökologisch gefährdeten Gebieten dürfe nicht allein nach dem

Wirtschaftswachstum, sondern müsse in erster Linie nach dem Zustand der Umwelt bewertet werden.

An der in China praktizierten **Konsultationsdemokratie** – dem parallelen Bestehen und engen Zusammenwirken von Volkskongressen und Konsultativkonferenzen auf allen Ebenen – wird festgehalten. Xi Jinping bezeichnete diese als eine Besonderheit und einen Vorzug der sozialistischen Demokratie in China. Ihre Weiterentwicklung sei eine wichtige Aufgabe der Reform des politischen Systems. Die Konsultativkonferenzen kümmerten sich um wichtige sozialökonomische Probleme und die täglichen Sorgen der Menschen. Ihre Funktion sei es, die bestehenden Kanäle zwischen Volk und Partei offenzuhalten und neue zu schaffen. Durch breite Konsultationen wird die Mitwirkung der Bürger bei der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben und der Durchführung von Beschlüssen organisiert. Die Politische Konsultativkonferenz samt ihren nachgeordneten Gliederungen beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung des Plenumsbeschlusses. Sie brachte Vorschläge zur Steuerreform, zu den kleinen und mittleren Privatbanken, zur Unabhängigkeit der Justiz, zu Bildungsfragen und zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen ein.

Überraschung und Spekulationen löste die Mitteilung über die Bildung eines **Nationalen Sicherheitsrates** Chinas aus. Xi Jinping begründete diesen Schritt mit dem Hinweis, das Land sei zweifachem Druck ausgesetzt – nach außen seine Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen, nach innen politische Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität verteidigen zu müssen. Die Risiken nähmen zu. Der Nationale Sicherheitsrat soll eine konzentrierte, einheitliche Führung gewährleisten. Seine Aufgaben seien die Erarbeitung und Umsetzung der Strategie der staatlichen Sicherheitspolitik, die Initiierung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, die Überwachung der Einhaltung des Rechts bei allen Aktivitäten in diesem Bereich. Aus chinesischen Wissenschaftlerkreisen wird konkretisiert, nach ihrer Auffassung kämen zu den traditionellen Aufgaben der territorialen und Grenzsicherung die Gewährleistung der wirtschaftlichen, finanziellen, ökologischen Sicherheit sowie die Abwehr von Terrorismus und Piraterie hinzu. Der Rat sei u. a. eine Antwort auf die gegen China gerichtete Eindämmungsstrategie der USA im asiatisch-pazifischen Raum sowie auf die Territorialstreitigkeiten mit Japan und im Südchinesischen Meer. Der Rat werde sich voraussichtlich aus Vertretern des Außenministeriums, der Ministerien für Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Gesundheit und Inneres sowie der Armee zusammensetzen. Man geht davon aus, dass Xi Jinping den Vorsitz des Rates übernehmen wird.

Der Generalsekretär gab die Gründung einer **Führungsgruppe für die Vertiefung der Reform** bekannt. Er verwies darauf, dass für die Leitung dieses komplexen Prozesses eine übergeordnete Struktur erforderlich sei. Sie werde die Verantwortung für den Gesamtplan der Reformen, für deren Koordinierung, einheitliche Durchführung und Kontrolle tragen.

Zum Abschluss seiner Rede suchte Xi Jinping die **Partei** zur aktiven **Führung des Reformprozesses** zu mobilisieren. Reform und Öffnung hätten China die großen Erfolge der vergangenen 35 Jahre gebracht. Ihre weitere Vertiefung, das Festhalten am Konzept des Sozialismus chinesischer Prägung sei der einzige Weg, um diesen Erfolgskurs unter neuen Bedingungen fortzusetzen. Dabei dürften keinerlei Schwankungen zugelassen werden. Um einen neuen Durch-



bruch zu erzielen, müsse man nach Deng Xiaopings Prinzip weiterhin das Denken befreien, bisherige Denkschablonen, aber auch etablierte Interessen überwinden. Man müsse umsichtig vorgehen, jeden Schritt genau prüfen, dürfe sich aber auch nicht nach allen Seiten absichern und jedes Risiko scheuen. Es gelte, über den eigenen Tellerrand zu schauen und das eigene Handeln stets als Teil des Ganzen zu betrachten, nach dem Nutzen für das gesamte Reformwerk auszurichten. Die Reformen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Sozialem und Umwelt bedingten einander und brächten einander voran. Sie müssten ineinandergreifen und dürften sich nicht gegenseitig behindern, weil sonst das Gesamtergebnis geschmälert werde.

Neben den genannten behandelt der Beschluss des Plenums **weitere Themen** wie Bildung, Gesundheit und Renten, den Kampf gegen die Korruption, die Verbesserung des Petitionswesens, den Umgang mit dem Internet oder die Modernisierung der Armee, bei denen weniger neue Aspekte festzustellen sind.

Selten dürfte eine Parteiveranstaltung in China so viel **Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung** gefunden haben. Sie beschäftigen vor allem die Festlegungen, die ihr tägliches Leben und ihre unmittelbaren Interessen betreffen – die weitere Lockerung der Ein-Kind-Ehe, die Orientierung auf mehr Lebensmittel- und Medikamentensicherheit, die Zurückdrängung der Korruption, Korrekturen am Petitionssystem. Bauern und Wanderarbeiter erwarten mit Ungeduld reale Verbesserungen ihrer Lebenslage im Zuge der verkündeten schrittweisen Angleichung der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land, der Reformierung des Einwohnermeldewesens.

Die Umsetzung des Beschlusses des 3. Plenums dürfte nicht ohne **Widerstand** derer abgehen, die die Nutznießer der bisherigen Strukturen und ihrer Politik waren und sich nun stärker eingeschränkt und kontrolliert sehen – bestimmte Lokalbehörden und ihre Protagonisten, Staatsunternehmen mit Monopolstellung, Immobilienfirmen und deren Interessenvertreter in den Partei- und Staatsgremien. Auch die Ausarbeitung konkreter Realisierungsprogramme und -maßnahmen dürfte ein komplizierter Prozess werden, der sich über Jahre erstrecken wird.

Für das Gros der **westlichen Politiker und Medien** kamen die Ergebnisse des 3. Plenums unerwartet. Ihre Reaktionen bieten ein weites Spektrum von vehementer Ablehnung über abschätziges Herunterspielen bis zu sachlicher Kritik und verschämter Bewunderung. Für den China-Korrespondenten der FAZ, Mark Siemons, ist das ZK der KP Chinas „ratlos“, sind die weitgehenden Beschlüsse des Plenums „nur Absichtserklärungen“, denn mehr Markt, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Kontrolle passten angeblich nicht zueinander. Deng Xiaopings Reformen würden revidiert.⁵ Nicht zuzustimmen ist auch Rolf Geffken, der im ND von seiner Gewissheit spricht, „dass China seinen Kurs auf mehr Kapitalismus verstärken wird“. Die Macht der großen Staatsunternehmen solle gebrochen werden.⁶ Der eingangs zitierte Sebastian Heilmann beklagt, dass sich die Hoffnung auf eine politische Liberalisierung Chinas (nach westlichem Vorbild) zerschlagen habe. Zugleich zitiert er westliche Wirtschaftskreise, die „eine zentrale Stärke des chinesischen Regierungssystems darin (sehen), dass langfristige Entwicklungsprioritäten weitaus konsequenter verfolgt werden können als in überwiegend kurzatmig, reaktiv und volatil erscheinenden

(westlichen) demokratischen Systemen“.⁷ Die Umsetzung der Beschlüsse des Plenums dürfte diese These bestätigen.

Zusammenfassend ist Folgendes festzustellen: Mit dem 3. Plenum geht das ZK der KP Chinas einen bedeutsamen, mutigen, nicht risikolosen Schritt zur Umsetzung der Orientierung des 18. Parteitages, Wirtschaft und Gesellschaft des Landes weiter auf die veränderten inneren und äußeren Bedingungen einzustellen, die in den Jahrzehnten des stürmischen Wachstums entstandenen Disproportionen, Widersprüche und Probleme zu lösen. Das geschieht nicht durch ein Abgehen vom Kurs der Reform und Öffnung, sondern durch seine weitere Vertiefung und Qualifizierung im Vorwärtsschreiten, gepaart mit neuen Mechanismen und Maßnahmen zur besseren Steuerung und Kontrolle dieses Prozesses. Dies ist keine Revolution, aber eine bedeutende Kurskorrektur. Sie dürfte im Erfolgsfall zu einer beträchtlichen Festigung des persönlichen Ansehens und Einflusses von Generalsekretär Xi Jinping führen, dem es in seinem ersten Amtsjahr gelungen ist, die Autorität der zentralen Parteiführung entschlossen auszubauen. Ohne dies wären derart weitreichende Beschlüsse nicht denkbar. Die Bildung des Nationalen Sicherheitsrates und der Führungsgruppe für die Vertiefung der Reform, beide unter Leitung des Generalsekretärs, belegen das eindrucksvoll.

Anmerkungen

- 1 Süddeutsche Zeitung, 18.11.2013.
- 2 Siehe <http://cpc.people.com.cn/n/2013/1115/c64094-23559163.html>
- 3 Siehe http://news.xinhuanet.com/english/china/2013-11/19/c_125722517.htm.
- 4 Siehe http://german.china.org.cn/china/2013-11/18/content_30633390.htm.
- 5 FAZ, 19.11.2013.
- 6 ND, 20.11.2013.
- 7 SZ, a. a. O.

Zur strategischen und militärischen Lage in der westlichen asiatisch-pazifischen Region. Der Interessengegensatz USA – China

Von Oberst a. D. Bernd Biedermann. Der Autor war von 1979 bis 1982 Gehilfe des Militärattaché bei der Botschaft der DDR in China, 1984 bis 1988 Militär-, Marine- und Luftwaffenattaché bei der Botschaft der DDR in Belgien und Luxemburg.

Seit geraumer Zeit vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht in einseitiger Art und Weise über China, seine Militärpolitik und die Entwicklung der chinesischen Streitkräfte berichtet wird. Dabei spielt die gespannte Lage in der westlichen asiatisch-pazifischen Region eine besondere Rolle. Was ist dran an den Behauptungen von einer massiven militärischen Aufrüstung der VR China? Wie ist die Lage tatsächlich?

Auf dem 18. Parteitag der KP Chinas im November 2012 wurde ein Reformkurs zur Gestaltung des Sozialismus chinesischer Prägung beschlossen. Im Bericht wird betont, dass eine stabile Landesverteidigung und eine starke Armee strategische Aufgaben bei der Modernisierung des Landes sind.



„Die Sicherheitsfragen für Existenz und Entwicklung, die konventionellen und nicht-konventionellen Sicherheitsbedrohungen, mit denen unser Land konfrontiert ist, machen eine große Entwicklung bei der Modernisierung der Landesverteidigung und der Armee notwendig.“ (Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPCh, Punkt IX) Abschließend wird betont, dass China eine defensive Landesverteidigungspolitik betreibt, die der Wahrung der Souveränität, Sicherheit und territorialen Integrität des Landes dient. Wie weit man dabei schon vorangekommen ist, wurde der internationalen Öffentlichkeit auf der Militärparade anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 2009 eindrucksvoll demonstriert.

Die westliche asiatisch-pazifische Region – ein strategisch bedeutsamer Raum

Die wichtigsten Anlieger dieser Region sind:

- Russland
- Nord- und Südkorea
- China und Taiwan
- Japan
- Vietnam
- die Philippinen
- Indonesien
- und die pazifischen Inseln (von den USA verwaltet: Palau, Pulo Ana, Guam) u. a.

Die genannten Länder haben fast alle lange Küsten. Wichtige Seeverbindungen dieser Region führen durch Meerengen, so z. B. die

- La Perouse-Straße zwischen den Inseln Sachalin (Russland) und Hokkaido (Japan),
- Tsushima-Straße (Meerenge zwischen Südkorea und Japan),
- Straße von Taiwan und die
- Straße von Malakka, eine der wichtigsten Seewege der Welt, zwischen der Halbinsel Malakka (Malaysia) und der Insel Sumatra (Indonesien).

Was China angeht, so ist die Tatsache von Bedeutung, dass längs der etwa 3 200 km langen Küstenlinie in einem Streifen von etwa 800 km Breite der größte Teil der Bevölkerung, des Wirtschaftspotenzials und fast alle Metropolen des Landes konzentriert sind. Über die Seehäfen wird der überwiegende Teil der Importe und Exporte abgewickelt. Kein Wunder also, wenn China eine „aktive Verteidigung auf See“ betreibt.

Territoriale Streitfragen mit Nachbarstaaten existieren um

- die Kurilen und einige kleinere Inseln (zwischen Russland und Japan)
- weitere Inselgruppen im Ostchinesischen Meer wie die Senkaku-Inseln (China und Japan) u. a.
- die Paracel- und Spratley-Inseln (China und Vietnam)
- das Scarborough-Riff (China und Philippinen).

Der im Herbst 2012 eskalierte Streit um die von Japan nach wie vor beanspruchten Senkaku-Inseln, die die Chinesen Diaoyutai nennen und in deren Umfeld Erdgasvorkommen vermutet werden, hat die ohnehin bestehenden starken antijapanischen Stimmungen in der chinesischen Bevölkerung angeheizt. China beruft sich auf das Potsdamer Abkommen, wonach alle durch Japan rechtswidrig okkupierten Territorien zurückzugeben sind. Die USA hatten die Inseln zusammen mit dem Okinawa-Archipel nach 1945 unter ihre Kontrolle genommen und nach dem Abzug ihrer Truppen unter Miss-

achtung des Potsdamer Abkommens Japan überlassen. Dadurch tragen sie eine Mitverantwortung für die entstandene Lage. Im Zuge der jüngsten Zuspitzung erklärte der damalige US-Verteidigungsminister Panetta, der Sicherheitspakt mit Japan erstreckte sich auch auf die Senkaku-Inseln. Damit haben die USA in einer umstrittenen Territorialfrage völkerrechtswidrig Partei ergriffen. Das passt in die Eindämmungsstrategie gegen China, das diese Angelegenheit ernst nehmen muss. Der Schutz der territorialen Einheit des Landes gilt als hohe Pflicht jeder chinesischen Regierung, ist ein wichtiges Kriterium für ihre Legitimation. Deshalb erklärte die chinesische Regierung, nachdem Japan die Senkaku-Inseln an einen Privatmann verkaufen wollte, eine Luftidentifikationszone über den Inseln. Das bedeutet, dass Luftfahrzeuge nur nach vorheriger Anmeldung in diese Zone einfliegen dürfen. Prompt schickten die USA zwei Bomber B-52 von Guam auf einen Flug zu den Inseln, natürlich ohne sie anzumelden. Als die Chinesen nicht direkt darauf reagierten, flogen einige Tage später auch japanische Flugzeuge durch diese Zone. Nachdem die Medien darüber berichtet hatten, kam es in der chinesischen Öffentlichkeit zu eindeutigen Meinungsäußerungen. Man forderte, gegen solche Aktionen vorzugehen. Praktisch ist das für China kein Problem. Die Inseln liegen ca. 300 km vor der chinesischen Küste und sind deshalb durch Abfangjäger ohne weiteres erreichbar. Man könnte also jederzeit bei Einflügen, die nicht angemeldet sind, dagegen vorgehen. Während für die USA und Japan schon wegen der Entfernung ihrer Stützpunkte von den Senkaku-Inseln jeder Flug dahin problematisch ist, könnte China permanente Präsenz zeigen. Das wäre aber nur die eine Seite des Problems. Auf der anderen Seite würde ein militärischer Konflikt um ein paar Felsen im Meer dem Ansehen Chinas in der Region sehr schaden. Es muss darauf achten, Ängste nicht zu nähren, die wegen seiner wachsenden Stärke in einigen Nachbarländern ohnehin aufkommen.

Die neue Strategie der USA - eine Bedrohung fundamentaler chinesischer Interessen

Zunächst einige Gedanken zum Begriff „Bedrohung“. Die sog. Bedrohungsperzeption umfasst sowohl die emotionale als auch die rationale Wahrnehmung einer empfundenen bzw. tatsächlich vorhandenen Bedrohung. Daraus erklärt sich auch, dass eine bestimmte Bedrohung höchst unterschiedlich wahrgenommen wird.

Was die chinesische Führung jedoch in jedem Fall rationell wahrnehmen musste, das waren die Ausführungen von US-Präsident Barak Obama am 17. November 2011 in einer Rede vor dem australischen Parlament. Danach stehe im Mittelpunkt des außen- und machtpolitischen Interesses der Vereinigten Staaten nicht länger die Großregion des Mittleren Ostens, wie dies in den letzten zehn Jahren der Fall gewesen sei, sondern man wolle sich nunmehr auf Asien und die Pazifik-Region konzentrieren. Wörtlich erklärte Obama in Canberra: „Meine Orientierung ist eindeutig. Vor dem Hintergrund unserer zukünftigen Pläne werden wir im Haushalt die erforderlichen Mittel bereitstellen, um unsere starke militärische Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten.“

Während die Obama-Administration sich bemüht, es so darzustellen, als richte sich diese Politik nicht speziell gegen China, sind die Folgen seit geraumer Zeit deutlich zu erkennen: Die vorrangige Orientierung der amerikanischen Militärstrategie ist nicht mehr auf den Kampf gegen den Terroris-



mus, sondern auf die Eindämmung des Wirtschaftswunderlandes in Asien ausgerichtet – und zwar um jeden Preis und trotz der damit verbundenen Risiken. Das sei nötig, weil diese Region nunmehr das „Schwerkraftzentrum“ der Weltwirtschaft bilde. Wollten die USA ihren Status als unangefochtene Weltmacht Nummer Eins behalten, müssten sie nach dieser Theorie ihre Vormachtstellung in der Region wiederherstellen und den chinesischen Einfluss zurückdrängen. Das sei in den kommenden zehn Jahren die wichtigste außenpolitische Herausforderung. Laut der damaligen Außenministerin Hillary Clinton müssten sich die USA genau überlegen, wo sie sich auf eine Machtprobe einlassen und ihre begrenzten Instrumente, bei denen es sich größtenteils um militärische Machtmittel handelt, einsetzen. Angesichts der zentralen strategischen Bedeutung Asiens für eine Weltmachtstellung bedeute dies, dass man dort seine Ressourcen konzentrieren müsse.

Ein solches strategisches Konzept mit seiner deutlichen Konzentration auf den militärischen Faktor hinterlässt einen gefährlichen und provozierenden Eindruck. Die angekündigten Schritte gehen in Richtung einer verstärkten Militärpräsenz in der Region. Die Errichtung eines großen Stützpunktes im australischen Darwin macht deutlich, dass es den USA Ernst ist damit.

Dazu haben die USA das „Air-Sea-Battle-Konzept“ entwickelt. Es wurde von General A. Schwartz (Chief of Staff der USAF) und Admiral Jonathan W. Greenert (Chief of Naval Operation) ausgearbeitet und ist Ausdruck der neuen US-Strategie 2012. Schon die Benennung spricht für sich: „Aufrechterhaltung der globalen Führung der USA, Prioritäten für die Verteidigung im 21. Jahrhundert). Das Konzept setzt auf enges Zusammenwirken der Luftstreitkräfte und der Marine (U.S.A.F. und U.S. Navy) in der taktisch-operativen Ebene, die die Hauptlast möglicher Konflikte oder konventioneller Kriege im asiatisch-pazifischen Raum tragen sollen. Sie haben die Handlungs- und Operationsfreiheit der USA auf See, in der Luft, im Cyberraum und im Weltall durch schnelle, flexible Präsenz in Spannungsgebieten zu gewährleisten. Das Konzept zielt in erster Linie auf den asiatisch-pazifischen Raum, für den eine wachsende Bedrohung durch China postuliert wird. Chinas Strategie sei zwar defensiv angelegt, jedoch offensiv gegen die militärische Präsenz regionaler Staaten und der USA gerichtet.

Die USA haben China – wie früher die Sowjetunion – mit einem Ring von Militärbasen umgeben. Diese befinden sich in Südkorea, Japan, Thailand, den Philippinen, Singapur, auf Okinawa und Guam, in Australien, Neuseeland, Pakistan, Afghanistan und Kirgistan. Zudem ist Washington bemüht, alte Militärbündnisse im südostasiatischen Raum wiederzubeleben.

Die sich intensivierenden Militärbeziehungen der USA zu Vietnam stellen für China einen zusätzlichen Grund zu Besorgnis dar. Nicht chinesische Schiffe kreuzen vor der amerikanischen Küste, sondern amerikanische vor der chinesischen! Mindestens die Hälfte der gegenwärtig verfügbaren 10 Flugzeugträger der USA ist für den permanenten Einsatz im Westpazifik vorgesehen. Sie stellen für China eine potenzielle Bedrohung und permanente Provokation dar. Seit Jahren führen die USA Kriege in großer Entfernung vom eigenen Staatsgebiet, während China in seiner langen Geschichte nie weitab vom eigenen Land militärisch aktiv wurde und seit über 30 Jahren an keinem Krieg beteiligt ist.

Die neue Energiesituation und das amerikanische Kalkül

In den letzten Jahrzehnten waren die Vereinigten Staaten massiv von Erdölimporten aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika abhängig. In dieser Zeit war China durch seine eigene Erdölförderung noch weitgehend autark. Hier einige Angaben:

2001 verbrauchten die USA 19,6 Mio. Barrel Erdöl täglich (1 Barrel = 159 Liter), während ihre Eigenproduktion nur bei 9 Mio. Barrel lag. Jeden Tag mussten demzufolge 10,6 Mio. Barrel importiert werden. China verbrauchte im gleichen Jahr nur 5 Mio. Barrel pro Tag wovon lediglich 1,7 Mio. Barrel importiert werden mussten.

Inzwischen haben sich die Relationen wesentlich verändert. Nach Ansicht der US-Regierung hat sich das Blatt gewendet. Infolge des chinesischen Wirtschaftswachstums und einhergehend mit der Entstehung einer beachtlichen Mittelschicht, deren Angehörige sich bereits viele private Autos gekauft haben, hat sich der Verbrauch an Erdöl um ein Vielfaches erhöht. 2008 verbrauchte China bereits 7,8 Mio. Barrel täglich. Laut Berechnungen des amerikanischen Energieministeriums könnte der Erdölverbrauch im Jahr 2020 bei über 13 Mio. Barrel pro Tag liegen. Da die Eigenproduktion nur gering erhöht werden kann, werden die Importe entsprechend ansteigen. Nach Schätzungen werden die Importe bis zum Jahr 2035 auf 11,6 Mio. Barrel täglich hochschnellen.

Um bei der Energieerzeugung nicht in eine einseitige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu geraten, setzt die chinesische Führung verstärkt auf die Kernenergie. Gegenwärtig entstehen in China 28 neue Atomkraftwerke neuester Technologie, die eine entschieden höhere Sicherheit im Betrieb gewährleisten als die alten Druckwasserreaktoren. Die radioaktiven Reste werden durch die sog. Transmutation (Bestrahlung) in kurzlebige Elemente mit geringer Halbwertszeit (z. B. Plutonium 239) umgewandelt und stellen damit keine unzumutbare Belastung für die Umwelt dar.

Zugleich arbeitet man in China intensiv an der Entwicklung und Nutzung sog. erneuerbarer Energien. Dazu zwingt allein die prekäre Umweltsituation in einigen Ballungsgebieten. Auf dem Gebiet der Solartechnik nimmt China schon jetzt einen Spitzenplatz in der Technologie ein. Dennoch wird die Energiesituation Chinas durch die rasante Entwicklung der Volkswirtschaft auch in Zukunft nicht unproblematisch sein.

Die USA sehen derweil einer verbesserten Energieversorgung entgegen. Man verspricht sich vom Zugang zu eigenen Erdgasvorkommen, die in großen Tiefen fest im Mergel oder Gestein gebunden sind, riesige Energiereserven. Um dieses Erdgas zu fördern, wurde das sog. Fracking-Verfahren entwickelt. Über entsprechende Bohrungen werden Chemikalien in die gasführenden Schichten gepresst, die das Gas freisetzen, das dann unter Druck zur Oberfläche gelangt. Außerdem will man die eigene Erdölförderung erhöhen und das Rohöl durch neue Verfahren weiter aufspalten. Durch diese Entwicklung soll sich die Abhängigkeit der USA von der Einfuhr fossiler Brennstoffe wesentlich verringern. Inzwischen formiert sich in den betroffenen Gebieten der USA, in denen das Fracking-Verfahren bereits zu gravierenden Schäden in der Umwelt und besonders im Bereich Trinkwasser geführt hat, der Widerstand gegen die Öl- und Gaskonzerne. Nach neuesten Informationen soll sich in diesem Zusammenhang



eine riesige Spekulationsblase gebildet haben, weil Anleger auf Anraten der Gas- und Mineralölkonzerne große Teile des Grund und Bodens erwarben, bei denen nicht nachgewiesen wurde, ob überhaupt Gas in der Tiefe gebunden ist.

Für China ergibt sich aus der veränderten Energiesituation der USA in der Perspektive eine relative strategische Schwächung, aus der eine bestimmte Bedrohung erwächst. Zwar wird die Volksrepublik weiter einen Teil ihrer Erdölimporte über Pipelines aus Kasachstan und Russland erhalten, aber der größte Teil wird weiterhin von Tankern aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika über Seewege herangeschafft werden müssen. Diese Seewege können von der amerikanischen Kriegsmarine kontrolliert, behindert oder unterbrochen werden. Gegenwärtig versucht die US-Administration, gerade diese Meeresregion unter die Kontrolle der amerikanischen Marine zu bringen. Eine deutliche Modernisierung und ein entsprechender Ausbau der chinesischen Marine scheinen unvermeidlich. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass China engere militärische Beziehungen zu Russland und den zentralasiatischen Mitgliedsländern der Schanghai-Organisation (Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan) entwickeln wird.

Die Strategie der VR China – ihre Streitkräfte heute und morgen

China strebt erklärtermaßen keine Vorherrschaft an, will aber den ihm zustehenden Platz in der Welt wieder einnehmen, ohne eine militärische Expansion zu betreiben. Es sei hier nur daran erinnert, dass China im 15. und 16. Jahrhundert alleinige Großmacht war und bis 1820 mehr Güter produzierte als Europa. Seine Vormachtposition hatte es nicht mit militärischer Stärke errungen, sondern mit seiner Wirtschaftskraft, seiner Kultur und Bildung.

Heute jedoch spielt der militärische Faktor angesichts der Konfrontation mit den USA neben einer weiteren erfolgreichen ökonomischen Entwicklung eine wichtige Rolle. China muss deshalb zur Sicherung seiner strategischen Interessen über eine glaubwürdige Abschreckung und adäquate Streitkräfte verfügen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die chinesische Führung auf einen Rüstungswettlauf einlassen wird. Das hat sie schon während des Kalten Krieges nicht getan und ist dabei gut gefahren. Die gegenwärtig steigenden Rüstungsausgaben sind auf die anstehende Modernisierung der Streitkräfte zurückzuführen, die bei einem relativ niedrigen Niveau einsetzte. Auf dem 3. Plenum des ZK der KPCh im November 2013 wurde auch eine Vertiefung der Reform der Landesverteidigung angemahnt.

Welche Teilstreitkräfte hat die Volksbefreiungsarmee heute? Wie werden sie sich im Weiteren entwickeln? Teilstreitkräfte (TSK) der VBA sind die Landstreitkräfte (LaSK), die Marine, die Luftstreitkräfte (LSK) und die Strategischen Raketenstruppen (SRT/2. Artillerie).

LaSK: Sie umfassen mobile Kampftruppen, Garnisonen, Grenzschutztruppen und Küstenwache. Die LaSK verfügen über alle Waffengattungen, Dienste und Spezialtruppen, die eine moderne Armee braucht, darunter auch eine starke Truppenluftabwehr. Die Personalstärke der LaSK beträgt etwa 1 600 000 (Männer und Frauen, ca. 600 000 davon sind Wehrpflichtige).

Marine: Die Marine ist eine strategische TSK. Sie gliedert sich in die

- U-Boot-Truppe
 - Schiffstruppe
 - Seefliegerkräfte
 - Marineinfanterie und Küstenverteidigungskräfte.
- Demnächst werden Flugzeugträgerverbände hinzukommen.

Aktueller Schiffsbestand:

- Atom-U-Boote: 5
- Konventionelle U-Boote: 48
- Zerstörer: 26
- Fregatten: 53
- Amphibische Schiffe: 51
- Raketenschnellboote: 86
- Total: 269

Die Marineinfanterie besteht aus 2 Brigaden mit zusammen etwa 10 000 Mann.

Personalstärke der Marine: 255 000 (inkl. 40 000 Wehrpflichtige)

Mit der Indienstellung des ersten Flugzeugträgers „Liaoning“ erfährt die Marine eine bedeutende Stärkung. Bekannt ist auch, dass der Bau eines zweiten Flugzeugträgers bereits begonnen wurde. Die Flugzeuge der „Liaoning“ vom Typ J-15 (eine Version der russischen Su-33), wie auch der Helikopter Z-8 (basiert auf dem russischen Ka-31), werden in China produziert. Zur Zeit sind außerdem sechs atomar getriebene U-Boote der Jin-Klasse in Bau, die mit ballistischen Lenkwaffen bestückt werden.

Es ist unschwer zu erkennen, dass China sich auf die wachsende Bedrohung seiner Küstenregion durch die US-Navy einstellt.

LSK: Die Luftstreitkräfte sind ebenfalls eine strategische TSK. Sie bestehen aus den Fliegertruppen (FT), der Luftverteidigung des Landes (LV), den Luftlandtruppen (LLT), der elektronischen Abwehr und den elektronischen Aufklärungstruppen.

In der Ausrüstung befinden sich

- 80 Bomber
- 340 Abfangjäger
- 800 Mehrzweckflugzeuge
- 180 Jagdbomber
- 82 Aufklärungsflugzeuge
- 9 Frühwarn- und Kontrollflugzeuge

Das ist angesichts der Größe des chinesischen Territoriums eine vergleichsweise geringe Anzahl militärischer Flugzeuge.

Das Luftlandkorps besteht aus drei LL-Divisionen.

Zur Luftverteidigung: Die VR China hat traditionell immer Wert auf eine starke Luftverteidigung gelegt. Die VBA erhielt z. B. noch vor der NVA die ersten Fla-Raketen-Komplexe aus der Sowjetunion (1959). Der erste Abschuss eines Höhenaufklärers durch eine Fla-Rakete erfolgte nicht, wie lange angenommen wurde, am 1. Mai 1960 bei Swerdlowsk, sondern schon am 7. Oktober 1959 bei Peking.

→ Flugabwehr-Raketen-Truppen (FRT). Sie stellen die Hauptfeuerkraft der Luftverteidigung des Landes dar. Peking und Schanghai zählen zu den wenigen Zentren in der Welt, die über eine hochwirksame Luft- und kosmische Verteidigung verfügen, darunter eine Modifikation des russischen S-300.

→ Jagdfliegerkräfte (JFK). Sie sind die mobilen und weitreichenden Mittel der Luftverteidigung. Gegenwärtig läuft die Ausrüstung mit modernen Kampfflugzeugen eigener Produktion, die in ihren taktisch-technischen Daten amerikanischen und russischen Typen nahe kommen.



- Flak-Einheiten. Fliegerabwehrkanonen haben auch heute noch eine Bedeutung für den Schutz der Truppen und von Objekten im Nahbereich. Diese Einheiten sind sehr mobil, verfügen über radar- und videogesteuerte Geschütze mit entsprechender Wirksamkeit.
- Funkmesstruppen (FuTT). Bei der Größe des chinesischen Territoriums ist es nicht möglich, ein geschlossenes Funkmessfeld über das ganze Land zu entfalten. Da fast 90 Prozent der Bevölkerung in dem ca. 800 km breiten Küstenstreifen leben, ist das auch nicht erforderlich. Die FuTT verfügen über Stationen unterschiedlicher Bestimmung und Reichweite. Mit ihnen können Luftziele in großen Entfernungen sowie in geringen und großen Höhen erfasst und verfolgt werden. Die Technik der FuTT fußt auf sowjetischen Stationen, wird aber heute fast ausschließlich in China produziert.

Die Personalstärke der LSK liegt bei 300 000 bis 330 000 (inkl. 40 000 strategische LSK, bei nur 15 000 Wehrpflichtigen)

Strategische Raketentruppen (auch 2. Artillerie genannt) Die SRT werden direkt von der Zentralen Militärkommission geführt. Zu ihrem Bestand gehören alle landgestützten nuklear bestückten Raketen strategischer und operativer Reichweite. Deren Reichweiten liegen zwischen 2 000 bis 12 000 km. Darunter gibt es operativ-taktische Raketen mit Reichweiten zwischen 300 und 2 400 km. (Die Marine und die LSK verfügen über see- bzw. luftgestützte Kernwaffeneinsatzmittel.) **Personalstärke der SRT:** 100 000.

Zu beachten sind auch die Erfolge Chinas in der Welt- raumforschung und beim Einsatz von Satelliten zur militärischen Aufklärung und Kommunikation. Sie gewährleisten, dass die Bewegung aller Flugzeugträgerverbände ununterbrochen verfolgt werden kann, um rechtzeitig darauf zu reagieren. Im Jahr 2012 hat die VRCh 18 Weltraumunternehmen durchgeführt, darunter einen bemannten Raumflug.

Zu den **Verteidigungsausgaben:** Der Anteil der chinesischen Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt lag in den letzten 10 Jahren stets zwischen 7 und 8 Prozent. Nach Angaben von SIPRI (Stockholmer internationales Friedensforschungsinstitut) betragen sie im Jahr 2 011 143 Mrd. Dollar.

Zum Vergleich die 10 größten Militärhaushalte:

- USA: 711 Mrd. \$
- VR China: 143
- Russland: 71,9
- GB: 62,7
- Frankreich: 62,5
- Japan: 59,3
- Indien: 48,9
- Saudi-Arabien: 48,5
- BRD: 46,7
- Brasilien: 35,4

Die Addition ergibt, dass die USA mit 711 Mrd. Dollar allein entschieden mehr ausgeben als die anderen neun Staaten zusammen (578,9 Mrd. \$). Die USA haben den Anspruch, innerhalb von 96 Stunden (vier Tagen) überall auf der Welt militärisch präsent zu sein. Die Frage ist nicht, ob sie das durchhalten, sondern wie lange noch?

Fazit

Die VR China hält, wie bisher, weiter daran fest, nicht als Erster Kernwaffen einzusetzen. Sie beteiligt sich nicht am Wettrüsten. China tut nur soviel wie nötig, um jeden potenziellen Gegner von einem Angriff abzuschrecken.

Das Verhältnis zu Russland ist für China eine strategische Partnerschaft von hohem Symbolgehalt. Beide Staaten haben ein enges politisches Zusammenwirken gegen die Hegemoniebestrebungen der USA entwickelt, verfolgen aber strikt auch eigene Interessen. Identische oder ähnliche Positionen vertreten sie zum Thema einer multipolaren Welt, der Achtung des Völkerrechts, der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Rüstungskontrolle, einer neuen Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum, dem Kampf gegen Terrorismus und Drogen.

Die Kooperation in der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOC) und der BRICS gestaltet sich zunehmend enger. Darin sehen beide wichtige Formate bei der Errichtung einer multipolaren Welt. In jüngster Zeit mehren sich gemeinsame Übungen chinesischer und russischer Streitkräfte. Beispiele dafür sind eine gemeinsame Flottenübung im Nordpazifik im Juli 2013 und eine gemeinsame Antiterrorübung auf dem Truppenübungsplatz Tschebakul (Ural) vom 27.7 bis 15.8.2013.

Quellen:

- China - Fakten und Zahlen 2012, China Intercontinental Press.
- Chinas Landesverteidigung 2008, Presseamt der Staatsrats der VR China, Januar 2009.
- Rede des US-Präsidenten Barak Obama vor dem australischen Parlament am 17.11.2011.
- „Ein neuer Kalter Krieg in Asien? Obama bedroht China - Das Energie-Kalkül“ von Michael Klare, 2011.
- Truppendienst-Spezial 2/2011.
- Schweizer Soldat Nr. 01, Januar 2013.
- Zeitschrift für Innere Führung 4/2012, „Chinas Außenpolitik“ von Prof. Dr. B. Gareis.
- Helmut Ettinger „Zur Außenpolitik der VR China nach dem 18. Parteitag der KPCh“, (Vortrag vom 23.4.2013)
- Europäische Sicherheit und Technik, Juli 2013

Der Südsudankonflikt 2013/2014

Von Siegfried Schröder, Leiter des Büros Daressalam der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 22. Januar 2014

Am 15. Dezember 2013 brachen Unruhen in der südsudanesischen Präsidentengarde aus, bei denen Offiziere, die dem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar nahestanden, getötet wurden. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, dass Machar einen Staatsstreich vorbereite, bzw. dieser kurz bevorstehe. Am nächsten Tag wurden in der Hauptstadt Juba Hunderte von Angehörigen der Ethnie der Nuer, darunter viele Zivilisten, von regierungstreuen uniformierten Kräften ermordet (Bericht des kenianischen Außenministeriums; Human Rights Watch). Außerdem wurden 11 Politiker durch Regierungstruppen festgenommen, die des versuchten Staatsstreichs bzw. seiner Vorbereitung angeklagt sind. Riek Machar konnte sich einer Festnahme entziehen.

In den Folgetagen kam es zu Ausschreitungen in anderen Städten des Landes. Bor, die Hauptstadt des Bundestaates Jonglei, sowie die Stadt Bentiu in der Provinz Unity wurden von Rebellen, meist desertierten Armeeeinheiten besetzt,



die sich als Unterstützer Machars auswiesen. Nach Bekanntwerden der ethnisch begründeten Massaker in Juba kam es in anderen Städten (Malakal, Bentiu, Bor) zu massenhaften Tötungen von Dinka-Angehörigen. Eine kurzfristige Eingrenzung der Gewalttätigkeiten, eine Einigung auf einen Waffenstillstand unter Vermittlung der Regionalorganisation IGAD¹ mit Unterstützung der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen konnte bisher nicht erreicht werden. Fünf Wochen nach Ausbruch der Unruhen in Juba hat sich der Konflikt zu einem Krieg entwickelt, in dem schwere Waffen eingesetzt, Städte erobert und zurückerobert werden. Schon zu einem frühen Zeitpunkt ist auch Uganda, südlicher Nachbar des neuesten afrikanischen Staates, auf der Seite der Regierungstruppen in den militärischen Konflikt eingetreten. (div. Beiträge in Pambazuka Press 8.1.2014; The East African 18.1.2014)

Nach UN-Angaben hatten am 20. Januar bereits über 80 000 Flüchtlinge das Land verlassen, vor allem Richtung Uganda, Kenia, Sudan und Äthiopien. Die Zahl der internen Flüchtlinge wurde zu diesem Zeitpunkt mit 468 000 angegeben. Die Angaben über Kriegstote in den ersten fünf Wochen des bewaffneten Konflikts bewegen sich zwischen 1 000 und 10 000 Opfern. Es soll zu Massenerschießungen sich ergebender Regierungssoldaten, zu Folter und Vergewaltigungen sowie zu ethnisch begründeten Tötungen von Zivilisten gekommen sein. (IRIN 20.1.2014; The East African 18.1.2014).

Da die festgenommenen Politiker der Vorbereitung eines Staatsstreichs angeklagt werden sollen, werden sie von der Regierung nicht freigelassen. Sowohl die Vereinten Nationen als auch die USA bezeichnen sie dagegen als politische Gefangene und fordern ihre sofortige Freilassung. Die gleiche Forderung wurde bisher von Riek Machar als wichtigste Bedingung für die Einwilligung in einen Waffenstillstand erhoben. Dass es sich bei den oppositionellen Kräften aber nicht um einen geschlossenen Block handelt, wird auch bei dem Besuch der Kommissionsvorsitzenden der Afrikanischen Union, Nkozasana Dlamini-Zuma in Juba deutlich, die sowohl Präsident Salva Kiir als auch die festgenommenen Politiker traf. Es wurde anschließend bekannt, dass alle Gesprächsteilnehmer die bedingungslose Vereinbarung eines Waffenstillstands für die vordringlichste Aufgabe halten – selbst bei Fortdauer der Haft für die Oppositionspolitiker. Entgegen der Forderung Machars machten die Gefangenen selbst ihre Freilassung nicht zur Bedingung für eine Feuerruhe.

Fraglich ist in diesem Zusammenhang allerdings, wie die effektive Überwachung eines Waffenstillstands gewährleistet werden kann. Eingedenk der Tatsache, dass UNMISS² im bisherigen Verlauf des bewaffneten Konflikts ihren Auftrag, den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten, nicht ausführen konnte oder wollte, ist zu bezweifeln, dass die Sicherung eines Waffenstillstandsabkommens durch die Blauhelme gelingen kann. Eine angeforderte substantielle Aufstockung des UNMISS-Kontingents könnte hier Abhilfe schaffen, gilt aber als kurzfristig nicht umsetzbar. Aktuell ist UNMISS vor allem mit humanitären Aufgaben befasst, da Zehntausende interner Flüchtlinge in den UN-Camps Schutz suchen (The Guardian [Tansania] 13. und 23.1.2014; WHO Public Health News 2.1.2014).

Ein IGAD-Treffen in der südsudanesischen Hauptstadt Juba, das für den 23. Januar geplant war, ist kurzfristig abgesagt worden, der Krieg im Südsudan soll auf dem Gipfeltref-

fen der Afrikanischen Union am 30. und 31. Januar behandelt werden. Mittlerweile konnten die zwischenzeitlich von Rebellen besetzten Regionalhauptstädte Bentiu und Bor von Regierungstruppen mit Unterstützung ugandischer Einheiten zurückerobert werden.

Wie konnte es dazu kommen, dass sich der junge Staat Südsudan nur zweieinhalb Jahre nach der Unabhängigkeit in einem Bürgerkrieg befindet? Welche aktuellen Entwicklungen und welches historische Vermächtnis haben zu dieser Zuspitzung innerstaatlicher Konflikte geführt? Welche Akteure sind mit welchen Interessen als Krisenbeschleuniger zu benennen? Welche Rolle spielen regionale und internationale Interessen? Welche Bedeutung ist dem immensen Ölvorkommen zuzuordnen?

Krisenhafte Zuspitzung im Jahr 2013

Aktuell hat sich im vergangenen Jahr eine machtpolitische Auseinandersetzung innerhalb der SPLM (Sudan People's Liberation Movement), der ehemaligen Befreiungsbewegung, die heute als Regierungspartei das politische Leben im Südsudan beherrscht, verschärft, so dass es in einer hochmilitarisierten Gesellschaft nur eines Funkens bedurfte, um Gewalt und Militär als vermeintliche Problemlösung einzusetzen: Präsident Salva Kiir hatte im Januar den im Bundesstaat Lakes State gewählten Gouverneur Chol Tong Mayay, einen Vertrauten des Vizepräsidenten Riek Machar, abgesetzt. Die direkt gewählten Gouverneure der Bundesstaaten können vom Präsidenten abgesetzt werden, wenn die nationale Sicherheit gefährdet ist. Dieser Tatbestand wurde allerdings vom Vizepräsidenten, faktisch seit langem ein vehementer Widersacher Kiirs mit Ambitionen auf das Präsidentenamt, öffentlich angezweifelt. Daraufhin wurde das Aufgabenfeld Machars durch den Präsidenten massiv eingeschränkt, und im Juli 2013 wurde Machar zusammen mit dem ganzen Kabinett entlassen. Es gab den Kollektivvorwurf der Korruption, aber Beweise wurden anscheinend nie vorgelegt, entsprechende Gerichtsverfahren sind nie eröffnet worden. Die Vermutung liegt nahe, dass durch diesen Akt vor allem der Vizepräsident und politisch missliebige Minister kaltgestellt werden sollten. Zudem wurde im Juli ein weiterer Gouverneur, Taban Deng Gai vom Unity State, ohne Bekanntgabe von Gründen entlassen. Auch der Generalsekretär der SPLM, Pagan Amum, ein weiterer politischer Gegner Kiirs, musste seinen Hut nehmen. Es wird vermutet, dass diese Entlassungen auch mit dem Widerstand dieser Führungsmitglieder der SPLM gegen Kiirs Streben nach einer dritten Amtszeit zusammenhängen. Die nächsten Wahlen sind für 2015 geplant. (Sudan Tribune 7.7.2013)

Als Hintergrund sollte erwähnt werden, dass bei den Wahlen 2010 der Unmut in weiten Teilen der SPLM so groß war, dass allein in sechs Bundesstaaten Parteimitglieder gegen die von der Zentrale aufgestellten Gouverneurskandidaten antraten, z.T. diese Wahlen dann auch gewinnen konnten. Die Ergebnisse der damaligen Wahlen für das Präsidentenamt, das nationale Parlament, die Regionalparlamente der zehn Bundesstaaten und für die Besetzung der zehn Gouverneursposten galten auch über den Unabhängigkeitstag hinaus. Drei dieser damals schon politisch umkämpften Bundesstaaten – Unity, Jonglei und Upper Nile – stehen auch jetzt wieder im Zentrum der Auseinandersetzungen, wobei in Unity und Upper Nile die Ölvorkommen verortet sind und Jonglei seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts oft im



Zentrum interner Gewaltkonflikte im Südsudan gestanden hat. (Paula Christina Roque in HBS 2012)

Die Kritik am autokratischen Regierungsstil Kiirs sowie der ebenso autoritären Führung der SPLM, deren Vorsitzender er ist, wurde innerhalb der Partei und in der Zivilgesellschaft laut. Besonders Kiirs Weigerung, lokal gewählte VertreterInnen zu dem Treffen eines nationalen Entscheidungsgremiums der Partei („National Liberation Council“) zuzulassen und die Mitglieder stattdessen durch die SPLM-Führungselite zu bestimmen, führte zu umfassenden Vorwürfen. Riek Machar, trotz Verlusts des Vizepräsidentenamtes immer noch zweiter Mann der SPLM, und einige seiner Kollegen aus dem Kabinett warfen dem Präsidenten auf einer Pressekonferenz am 6. Dezember 2013 in Juba diktatorische Tendenzen vor. Insbesondere fände dies seinen Ausdruck bei der Besetzung von Regierungsposten, die nicht mehr in ausreichender Abstimmung mit den Gremien der Partei entschieden würden. Aber auch die Sitzung des National Liberation Council am 14. und 15. Dezember, an der anfangs noch viele der Kritiker des Präsidenten teilnahmen und auf der neue Parteistatuten diskutiert werden sollten, konnte die Krise nicht entschärfen (Sudan Tribune 16.12.2013). Kurz nach der Abschlussrede Kiirs wurde aus vorbeifahrenden Autos auf das Gebäude geschossen. Später kam es zu den bereits erwähnten Erschießungen in der Präsidentengarde und anderen Armeeeinheiten sowie dem Blutbad unter Nuer-Zivilisten (The East African 18.1.2014).

Der aktuelle Verlauf des Konflikts, die schnelle Bereitschaft von Armeeeinheiten und Milizen, zu den Waffen zu greifen und sich gegenseitig umzubringen, wird ohne einen Blick in die Geschichte nicht verständlich. Der Unterzeichnung eines umfassenden Friedensabkommens zwischen der Republik Sudan und der SPLM als Repräsentantin des südsudanesischen Landesteils im Januar 2005 folgte eine Übergangsphase, in der dem Südsudan ein autonomer Status mit eigener Regierung und Verwaltung sowie eigener Armee zugesprochen wurde, wenn auch immer noch unter dem Dach eines Einheitsstaates, dem Sudan. Am Ende dieser Übergangsphase fand im Januar 2011 eine Volksabstimmung über den zukünftigen Status des Südsudan statt, bei dem sich über 95 Prozent der südsudanesischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit entschieden, die dann im Juli 2011 offiziell erlangt wurde. Dieser Phase 2005 bis 2011 war ein lang anhaltender kriegerischer Konflikt zwischen der Befreiungsbewegung des Südsudan und der Zentralmacht in Karthum vorausgegangen.

Zwei lang anhaltende Bürgerkriege seit der Unabhängigkeit

In zwei Bürgerkriegen wurde um die Autonomie des Südsudans bzw. um die Errichtung eines demokratischen Gesamtsudans gefochten, in dem die Rechte der Südsudanesen mehr berücksichtigt werden sollten, als es je in der jüngsten Vergangenheit einschließlich der Kolonialzeit der Fall gewesen ist. Ein Jahr vor dem Ende der Kolonialzeit – Sudan erlangte seine Unabhängigkeit 1956 – brach im Südsudan ein Befreiungskampf aus („Anyanya“). Südsudanesischer Politiker sahen in den Vereinbarungen zwischen der britischen Kolonialmacht und den Politikern im Norden des Landes, die die Bedingungen für die Unabhängigkeit und die Gestalt des neuen, unabhängigen Sudan weitestgehend unter Ausschluss südsudanesischer Vertreter ausgehandelt hatten, eine Ga-

rantie für die weitere Unterdrückung des Südens. Im Addis Abeba-Abkommen von 1972, das den ersten Befreiungskrieg beendete, wurden dem Südsudan Autonomierechte zugesprochen, die in der Realität nie eingelöst worden sind. Gut 10 Jahre später, im Jahr 1983 wird der Autonomiestatus im Kontext der allumfassenden Zunahme von innerstaatlicher Unterdrückung durch die Regierung in Khartum widerrufen. Das führte zur Meuterei des Armeeeoffiziers John Garang und seiner Flucht nach Äthiopien. Ein erneuter bewaffneter Konflikt brach aus, als sich die nun von Garang gegründete SPLA (South Sudan People's Liberation Army) mit ihrem zivilen Arm, der SPLM, gegen die Regierung in Karthum stellte und für einen „neuen Sudan“ eintrat. In diesem sollten in einem föderalen Staat die Vielfältigkeit der Ethnien, Kulturen, Religionen, Wirtschaftsweisen und geschichtlichen Entwicklungen ihren Ausdruck in einem demokratischen und politisch dezentralisierten Staat finden. Eine Sezession des Südsudans war nie das primäre Ziel des Gründers der SPLA/M. Der zweite Befreiungskrieg sollte bis 2005 andauern.

Die Zentralregierung in Karthum ging gegen die Kämpfer der SPLA sowie Vertreter der SPLM genauso unerbittlich vor wie gegen andere Befreiungsbewegungen in Darfur, Kurdufan oder im Ostsudan. Zudem wurden mit einzelnen Rebellengruppen Bündnisse geschlossen, um eine Einheitsbewegung im Süden zu schwächen. Obwohl die SPLA/M, die mit Abstand stärkste Oppositions- und Widerstandskraft im Südsudan, immer wieder versuchte, möglichst viele Rebellengruppen zu vereinen oder zumindest in einem Bündnis zusammenzufassen, führte dies nicht zu einer wirklich flächendeckend wirksamen Einheitsfront. Meistens handelte es sich um mehr oder weniger kurzlebige Zweckbündnisse, wenn auch letztendlich durch das gemeinsame Interesse geint, den Gegner in Karthum zu besiegen.

Der Südsudan hatte nie eine wirksame (Sub)Staatlichkeit, eine gemeinsame Identität oder gemeinsame politische Strukturen – die Einigkeit bestand in der Ablehnung der Unterdrückung durch den arabisch-muslimischen Norden. Parallel dazu gab es aber konkurrierende, Community-gebundene Gruppeninteressen, je nach regionalem, wirtschaftlichem und kulturell-ethnischem Hintergrund, die sich oftmals in Ressourcenkonflikten ausdrückten (Wasser, Land, Weiderechte, später die Ölvorkommen) und durch den Abwehrkampf gegen das Regime in Karthum nur überdeckt wurden. Eine fehlende positive Staatlichkeit, die auch für einen Interessenausgleich bei den um Ressourcen konkurrierenden Bevölkerungsgruppen sorgen könnte, hat es in der jüngsten Vergangenheit im Südsudan nicht gegeben. Konflikte wurden auf Community-Ebene oder zwischen verschiedenen Communities friedlich geschlichtet, mitunter auch mit Waffengewalt ausgefochten. Im Befreiungskrieg 1983 bis 2005 fanden auch diese Konflikte und Bearbeitungsmuster ihren Wiederhall in konkurrierenden Teilen der Bündnisse gegen die Zentralmacht, letztendlich sollte auch im Süden zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Aufteilung von Macht und anderen Ressourcen gesichert werden.

Dazu kam ein blutiger Machtkampf innerhalb der SPLM-Führung: Im Jahr 1991 versuchte Riek Machar den Führer der SPLA/M, John Garang zu entmachten. Als ihm dies nicht gelang, richtete er ein Blutbad unter der Dinka-Bevölkerung von Bor an und kooperierte fortan mit dem „Feind“ in Karthum.

2011: Die Unabhängigkeit

Als der Südsudan 2011 seine Unabhängigkeit errang, standen das neue Gemeinwesen sowie seine politischen und gesellschaftlichen Eliten vor der großen Aufgabe, auf der einen Seite einen funktionierenden Staat aufbauen zu müssen – mit entsprechenden Institutionen und Verfahren, der Erarbeitung einer permanenten Verfassung, der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen, dem Ausbau der physischen Infrastruktur und vor allem der Gewährung von Sicherheit und Frieden im Land. Auf der anderen Seite musste die weitaus schwierigere Aufgabe bewältigt werden, eine nationale Identität zu schaffen. Bei der Entwicklung einer solchen Identität musste die Überwindung von Ethnizität als bisher wichtigstem Identifikationsmuster große Priorität haben. Zudem mussten die politischen Machtauseinandersetzungen verschiedener am Unabhängigkeitskampf und Friedensprozess beteiligter politischer Fraktionen und bewaffneter Milizen in friedliche Aushandlungsverfahren kanalisiert werden, nationale Ressourcen mussten einer gerechten Verteilung zugeführt werden.

Zudem war die politische Führung mit einer sozial und wirtschaftlich wenig integrierten Gesellschaft als weiterer schwieriger Herausforderungen konfrontiert (Jok Madut Jok in HBS 2012³). Diese Meinung wird auch von der Friedensforscherin Sara Pantuliano vertreten, die sich seit langem intensiv mit dem Südsudan beschäftigt. Nach ihrer Meinung weisen die aktuellen gewaltförmigen Auseinandersetzungen darauf hin, dass die bisherigen Anstrengungen der südsudanesischen Regierung und der sie tragenden SPLM zusammen mit dem massiven Engagement der internationalen Gemeinschaft (USA, Norwegen, Niederlande, UK, UNDP und andere) noch nicht zu einem funktionierenden politischen Gemeinwesen geführt haben. Sowohl die militärische Wendung politischer Machtkämpfe als auch die Mobilisierung ethnisch definierter Gefolgschaft, vor allem, aber nicht nur bei den uniformierten Kräften, zeigen dieses überdeutlich. Hat sich die internationale Unterstützung seit 2005 stark auf Institutionenbildung und generelle Entwicklungsanstrengungen fokussiert, so ist offensichtlich der politische, kulturelle und soziale Prozess des nation building unter Einbeziehung von Versöhnungsmaßnahmen zwischen den seit Jahrzehnten verfeindeten Volksgruppen, bzw. ihren bewaffneten Sektionen, nicht substantiell vorangekommen.

Pantuliano und Jok nennen folgende Gründe als wichtige Hindernisse für die Sicherung einer friedlichen Entwicklung im Südsudan:

- die fehlende Demokratisierung von SPLM und staatlichen Institutionen, um politischen Machtauseinandersetzungen einen transparenten und geordneten Rahmen zu geben sowie politischen Entscheidungen mehr Legitimität zu sichern;
- die fehlende substantielle Integration diverser Milizen in die SPLA bei gleichzeitiger Entpolitisierung und umfassender Reform der Armee;
- eine unzureichende Sicherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, da noch immer nicht alle Milizen entwaffnet worden sind, zudem eine landesweite Verbreitung von Kleinwaffen bisher nicht wirksam eingedämmt worden ist;
- ein politisches Defizit bei der Isolierung von Antreibern von Gewalt
- das Fehlen einer positiven Strategie hinsichtlich der Viel-

fältigkeit der Kulturen und der gemeinsamen Geschichte im Widerstand gegen die Besatzer als wichtige Bausteine einer gemeinsamen Identität.

Neben umfassenden Versöhnungsmaßnahmen auf allen Ebenen, auch unter Einbeziehung einer lokal angepassten Wahrheits- und Versöhnungskommission, müsse absolute Gewaltfreiheit als wichtigste Bedingung in der Konfliktaustragung protegiert werden (Think Africa Press 13.1.2014; auch: Jok Madut Jok/Sudd Institute 2014⁴ und Maker Mayek Riak in Pambazuka Press 08.1.2014).

Ethnizität als Konfliktursache?

In ersten veröffentlichten Reaktionen auf den aktuellen Südsudan-Konflikt war vom Ausbruch ethnischer Rivalitäten zwischen den beiden größten Volksgruppen im Südsudan, den Dinka und den Nuer, die Rede. Wenn auch wahr ist, dass Präsident Salva Kiir ein Dinka ist und der ehemalige Vizepräsident Riek Machar der Volksgruppe der Nuer angehört, so wird bei genauerem Hinsehen sehr schnell deutlich, dass Ethnizität wohl politisch benutzt wird, dass aber die vielfältigen Ursachen des Konflikts vor allem mit Machtkämpfen innerhalb der politischen Elite (und der Armee) sowie einem verfehlten Prozess des nation building zusammenhängen. Weisen die brutalen Tötungen in den ersten Tagen des bewaffneten Konflikts auch auf die Ethnisierung der Auseinandersetzungen hin, so zeigt ein Blick auf die handelnden Personen und ihre politische Geschichte deutlich, dass Machtambitionen und Enttäuschungen bezüglich bestimmter Prozesse (neue Verfassung; Demokratisierung der SPLM; Integration und Reformierung der Armee) und die Erlangung bzw. Sicherung politischer Positionen (Entlassungen von Ministern und Gouverneuren, Ambitionen auf das Präsidentenamt beim ehemaligen Vizepräsidenten und ehemaligen Generalsekretär der SPLM) ein wesentlicher Motor der Rebellion sind. Kurz nach Ausbruch der Gewaltexzesse in der Nacht des 15. Dezember wurden 11 Politiker festgenommen. Dabei handelte es sich um sechs Dinka, zwei Nuer und drei Angehörige anderer Volksgruppen. In der Gruppe der kritischen Führungsmitglieder der SPLM, die am 6. Dezember in einer Pressekonferenz ihre Forderungen für mehr Demokratie und Transparenz in SPLM und Regierung der Öffentlichkeit vorstellten (s. o.) gehörte die Witwe des SPLM-Gründers John Garang, Rebecca Nyandeng de Mabior, die der Dinka-Ethnie angehört, neben Riek Machar zu den Wortführer/-innen. Zum Verhandlungsteam der Rebellen in Addis Abeba gehört Mabior Garang de Mabior, ein Sohn John Garangs und ebenfalls Dinka. (The East African 11.1.2014; IRIN 16.1.2014)

Ein Blick auf die (ehemaligen) Positionen einiger der o. g. Festgenommenen lässt vermuten, dass politische Enttäuschungen und nicht ethnische Zugehörigkeit eine treibende Kraft für Opposition und letztendlich auch militärischen Widerstand sind. Zu den Festgenommenen gehören: Deng Alor, ehemaliger Minister für Kabinettsangelegenheiten; Pagan Amum, ehemaliger Generalsekretär der SPLM; Cirino Iteng, ehemaliger Kultusminister; Madut Biar Yel, ehemaliger Postminister; Oyai Deng Ajak, ehemaliger Minister für Staatssicherheit; Majak D'Agoot, ehemaliger Verteidigungsminister; Chol Tong Mayay, ehemaliger Gouverneur des Lake State; Ezekiel Gatkuoth Lul, ehemaliger Botschafter in den USA; John Luk Jok, ehemaliger Justizminister. Riek Machar konnte sich der Festnahme entziehen. Die genannten Politiker gehö-



ren diversen Ethnien an, nur eine Minderheit sind Nuer, viele dagegen Dinka (The East African 18.1.2014). Diese Beispiele zeigen, dass das Rekurrenieren auf Ethnizität als Konfliktursache wohl gängige Afrikabilder bedienen mag, für die Ursachenforschung der Auseinandersetzungen im Südsudan aber wenig hilfreich ist.

Das Öl

Natürlich spielen die immensen Ölvorkommen im Südsudan auch politisch eine zentrale Rolle, da die Kontrolle über die Ölproduktion die Kontrolle über das Land bedeutet – vorausgesetzt einige wichtige Akteure außerhalb der Landesgrenzen kooperieren. Der Südsudan ist bei der Finanzierung vieler öffentlicher Bereiche (bspw. Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung, Infrastruktur) von internationalen Entwicklungsgeldern abhängig. Der Staat wäre allerdings finanziell noch weniger lebensfähig, wenn die Einnahmen aus der Ölproduktion nicht in den Staatshaushalt fließen würden. Der Südsudan verfügt nach Angola und Nigeria über die drittgrößten Ölvorkommen im subsaharischen Afrika. Die Einnahmen aus diesem Sektor machen über 90 Prozent der Staatseinnahmen aus. Bisher wurden diese Staatseinnahmen zu mehr als 50 Prozent für die Bezahlung einer aufgeblähten Armee mit 200 000 Mann verwandt, einer Armee – immer noch unter dem Namen SPLA – die vor allem als internes (anscheinend unzureichendes) „Befriedungsinstrument“ diente: Viele Rebellengruppen wurden (auch noch nach der Unabhängigkeit) aufgenommen, die Mannschaften mit Sold und die Chefs mit gut bezahlten Kommandoposten versehen. Im Ölsektor werden 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, gleichzeitig sichert das südsudanesisches Öl auch 10 Prozent der Staatseinnahmen der Republik Sudan im Norden, da das Öl aus dem Süden in einer Pipeline durch den Sudan zum Hafen Port Sudan transportiert werden muss. Die entsprechenden Gebühren fließen der Regierung in Karthum zu. Trotz vieler Auseinandersetzungen mit dem neuen Staat Südsudan – der aktuell bisher nicht relevante Abyei-Konflikt wird hier vorerst nicht behandelt – ist Karthum schon aus wirtschaftlichen Gründen an einem möglichst konfliktfreien Umgang mit den Ölquellen im Südsudan gelegen. Aktuell ist in großen Teilen der Ölförderanlagen die Produktion ausgesetzt, eine große Anzahl ausländischen Fachpersonals, vor allem aus China, wurde evakuiert, da viele Kämpfe in den Ölprovinzen Unity und Upper Nile stattfinden bzw. diese Bundesstaaten mit dem „nationalen Schatz“ Angriffsziele der Rebellen sind. Schon kurz nach Beginn der Rebellion hatte sich der lokale Armeeführer James Koang Chuol (wie bereits erwähnt) mit seinen Truppen Riek Machar unterstellt und Bentiu, die Hauptstadt des Bundesstaates Unity unter seine Kontrolle gebracht sowie den Gouverneur Joseph Nguen Monyuel abgesetzt. Inzwischen (22.01.2014) soll Bentiu genauso wie die beiden anderen, zwischenzeitlich von Rebellen besetzten Regionalhauptstädte Bor und Malakal von Regierungstruppen zurückerobert worden sein (The Guardian [Tansania] 22. und 23.1.2014).

Wenn auch China, das in vielen Projekten der Ressourcenausbeutung und Infrastrukturentwicklung in afrikanischen Ländern engagiert ist, prinzipiell eine strikte Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der Gastländer verfolgt, so müssen in diesem Fall die Gefahren für die eigenen Interessen als so groß eingestuft worden sein, dass die chinesische Regierung von ihrem Prinzip abwich

und ihre Vermittlungsdienste zur Beendigung des kriegerischen Konflikts anbot (The Citizen [Tansania] 15.1.2014).

Auch wenn große Mengen förderfähiges Öl im Südsudan exploriert worden sind, gehen Investitionen in diesem Bereich aufgrund der schon bisher schwer einschätzbaren Sicherheitslage zurück, der aktuelle Konflikt könnte diese Tendenz verstärken und damit Südsudans wesentliche Lebensader verletzen. Neben den Toten, Verletzten und Vertriebenen, deren Anzahl mit jedem weiteren Tag des kriegerischen Konflikts zunimmt, besteht zudem die Gefahr, dass der Kampf um die Kontrolle der Ölquellen letztendlich zum Nachteil des Landes insgesamt führt: Internationale Ölgesellschaften – egal aus welcher Hemisphäre kommend – werden ihr Engagement im Südsudan zurückfahren, um Investitionen nicht zukünftigen Konflikten auszusetzen. Die Fortsetzung der Ölproduktion aus eigener Kraft dürfte dem Südsudan noch lange Zeit versagt bleiben. Insofern sollte auch das Interesse an der Nutzung von Öleinnahmen und die damit verbundene Sicherheit auf den Ölfeldern die Kontrahenten so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch bringen. Nur eine gesicherte Ölförderung kann bis auf weiteres für eine ausreichende Ausstattung des Staatshaushalts und damit auch für ausreichende Mittel zur Herstellung von Legitimität (via staatlicher Leistungen) jeder zukünftigen Regierung sorgen. (African Arguments 13.1.2014)

Regionale Interessen

Der Befreiungskampf Südsudans wurde von Ländern Ostafrikas und des Horns von Afrika mit unterschiedlicher Intensität unterstützt. Bei den Friedensverhandlungen ab Beginn des neuen Jahrtausends spielten sowohl die regionale Staatengemeinschaft IGAD als auch einzelne Staaten wie Uganda und Kenia immer eine wichtige Rolle. Südsudan gehört der IGAD an und befindet sich im Aufnahmeverfahren zur EAC.⁵

Uganda hat als enger Verbündeter des Südsudans mit großen wirtschaftlichen Interessen im Land und in steter Konkurrenz zu Kenia bezüglich der regionalen Führung in Ostafrika schon zu einem frühen Zeitpunkt (zusätzliche) Truppen in den Südsudan entsandt, vorgeblich, um ugandische Staatsangehörige zu schützen und ihre sichere Rückführung nach Uganda zu gewährleisten. Faktisch ist die Intervention Ugandas aber eine militärische Unterstützung von Präsident Kiir, sowohl der Präsidentensitz als auch der Flughafen der Hauptstadt stehen unter dem Schutz ugandischer Truppen, ebenso nehmen ugandische Truppen inzwischen an Kämpfen zwischen den beiden militärischen Kontrahenten im Südsudan teil. Die Kritik von Oppositionspolitikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Uganda und der weiteren Region, z. T. auch auf Regierungsseite, richtet sich vor allem auf den politischen Flurschaden, den Museveni durch seinen Alleingang angerichtet hat. Da Uganda gleichzeitig auch Mitglied der IGAD ist, wird dieses Vorpreschen als Schwächung der Regionalorganisation angesehen, die in Addis Abeba versucht, mit den Konfliktparteien einen Waffenstillstand und die weiteren Schritte zu Befriedung des Landes zu verhandeln (UN Integrated Regional Information System IRIN, 20.1.2014).

Kenia hat umfangreiche wirtschaftliche Interessen (Banken, Infrastruktur, Öl-Pipeline nach Lamu) im Südsudan, verfolgt aber grundsätzlich eine Politik der militärischen Nichteinmischung. Als Ende 2011 vermeintliche Übergriffe der Al Shabaab-Milizen, die den Süden Somalias besetzt hielten,



nach Kenia überhandnahmen und die UN/AU-Mission in Somalia den militärischen und terroristischen Aktivitäten der Al Shabaab keinen Einhalt gebieten konnten, marschierten kenianische Truppen in Südsomalia ein. Inzwischen bildet das kenianische Militärkontingent in Somalia einen Teil der UN/AU-Mission. Allerdings hat der Überfall auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi im Herbst 2013, das der Al Shabaab zur Last gelegt wird, sowie weitere anscheinend politisch motivierte Anschläge Kenia in seiner bis 2011 praktizierten Politik der militärischen Zurückhaltung bestätigt, eine Haltung, die auch aktuell bei den Verhandlungen der IGAD in Addis Abeba beibehalten wird.

Auch Äthiopien als drittes ‚Powerhouse‘ in der IGAD zeigt sich bisher sehr zurückhalternd bezüglich eines militärischen Eingreifens eingedenk diverser militärischer Interventionen in der jüngsten Vergangenheit. Und in diesem Fall stehen auch (noch?) nicht die USA bereit, um finanzielle und Ausrüstungsbeihilfe zu leisten, da sich der Südsudankonflikt offensichtlich nicht für eine Eingliederung in den „Krieg gegen den islamistischen Terror“ eignet.

Der Sudan hat sich bisher neutral verhalten. In Einschätzungen der Rolle des nördlichen Nachbarn Südsudans werden für diese Position vor allem folgende Gründe angegeben: Zum einen will der Sudan nach den lang anhaltenden Auseinandersetzungen in den Jahren 2011 bis 2013 um die Öl-Enklave Abyei – nördlich der historischen Grenze zum Südsudan gelegen, aber dennoch von diesem als zum eigenen Staatsgebiet zugehörig beansprucht – keine erneuten Probleme mit der Ölförderung im Süden haben, da selbst von der Ölförderung abhängig. Zum anderen hat der Sudan ein sehr großes Interesse, seinen Paria-Status zu verlieren und so schnell wie möglich von der US-amerikanischen Liste der „Schurkenstaaten“ zu verschwinden – mit entsprechenden wirtschaftlichen Vorteilen und politischer Aufwertung. Eine Einmischung in einen bewaffneten Konflikt, bei dem die internationalen Interessenlagen bisher nicht eindeutig zu identifizieren sind, kann da nur schaden. Gerüchte, nach denen Riek Machar wie bereits in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts, um Unterstützung aus Karthum nachsucht, konnten bisher nicht mit Fakten unterlegt werden.

Internationale Interessen

Abgesehen von den bereits erwähnten UNMISS-Aktivitäten und dem ungewöhnlichen Vermittlungsangebot Chinas zeichnet sich der bisherige Verlauf des Konflikts durch ein geringes (zumindest öffentlich sichtbares) Engagement internationaler einzelstaatlicher Akteure aus, vergleicht man den Verlauf mit der Entwicklung in Mali oder der Zentralafrikanischen Republik. Politisch war es für die USA und andere wichtig, mit der Etablierung der Staatlichkeit des Südsudans ein Gegengewicht zum islamischen Norden zu schaffen. Wirtschaftlich hat durch das überwältigende Engagement asiatischer Staaten im Ölsektor Südsudans der „Westen“ nicht mehr viel zu gewinnen, zumal sich in der Region sicherere Investitions- und Ausbeutungsmöglichkeiten im Rohstoffsektor in anderen Ländern anbieten (Uganda, Tansania, Kenia). Auch wenn den USA mitunter eine Nähe zu der Machar-Fraktion nachgesagt werden, lässt sich dieses bisher anhand konkreter Aktivitäten im Konfliktverlauf nicht bestätigen. Da andererseits Uganda ein „Waffenpartner“ der USA ist⁶ und der Eintritt ugandischen Militärs in den Krieg auf Seiten der Regierungsarmee kaum ohne Wissen der USA

vonstattengehen konnte, scheinen diese Gerüchte nicht substantiell zu sein.

Internationale Aktivitäten, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union, beziehen sich hauptsächlich auf die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen, die nach Aussagen von Beobachtern in vielen Fällen von beiden Konfliktparteien begangen worden sind (IRIN 23.1.2014). Eine große Herausforderung stellt die Versorgung der Flüchtlinge dar. Organisationen der humanitären Hilfe können wegen der andauernden Kampfhandlungen viele Orte nicht erreichen. Zum anderen werden von UN und AU regionale Vermittlungsinitiativen, vor allem im Rahmen der IGAD unterstützt.

Schlussbemerkung

Alle internationalen und regionalen Anstrengungen müssen aktuell auf die Vereinbarung einer sofortigen bedingungslosen Feuerpause ausgerichtet sein. Auf die Probleme, die ggf. bei der Überwachung eines Waffenstillstands auftreten können, ist bereits hingewiesen worden. Sollte ein entsprechender Blauhelmeinsatz als richtig erachtet werden, müsste das Mandat entsprechend verdeutlicht und die Mission mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, die Zustimmung der Konfliktparteien vorausgesetzt.

Für die Zeit nach einem Waffenstillstand gibt es eine Fülle von Vorschlägen, wie politische und institutionelle Defizite angegangen werden können. Einige sind bereits erwähnt worden. Auf andere ist zurückzukommen, wenn sich die Chancen für eine friedliche Entwicklung des Landes verbessert haben. Neben der Einwilligung in einen Waffenstillstand auf der politischen Ebene müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um der humanitären Katastrophe Einhalt zu gebieten.

Anmerkungen

- 1 IGAD: Inter-Governmental Authority on Development mit den Mitgliedern Djibouti, Eritrea, Äthiopien, Somalia, Sudan, Südsudan, Uganda und Kenia
- 2 UNMISS: United Nations Mission in the Republic of South Sudan
- 3 HBS 2012: Heinrich-Böll-Stiftung: Der Sudan nach der Teilung
- 4 SUDD Institute 2014 (Juba): South Sudan and the Prospects for Peace Amidst Violent Political Wrangling
- 5 EAC: East African Community mit den Mitgliedern Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda
- 6 US-Militärhilfe wird u. a. für die Verfolgung der Lord's Resistance Army (LRA) unter Führung von Joseph Kony eingesetzt, der wiederum von Riek Machar unterstützt worden sein soll.



„Die Kommunisten in den Parlamenten und der Klassenkampf“

Rede von Iwan Melnikow beim Internationalen Runden Tisch, Moskau, 14. März 2014, (geringfügig gekürzt); aus: <http://kprf.ru/party-live/cknews/129316.html>

Am 14. und 15. März 2014 veranstaltete die KPRF in Moskau einen Runden Tisch, zu dem sie 21 kommunistische, linke und Arbeiterparteien aus aller Welt einlud, darunter aus der Ukraine, Moldowa, Belarus, Belgien, Vietnam, Griechenland, Spanien, Lettland, Portugal, Syrien, Frankreich, der Tschechischen Republik und Chile. Dort gab Iwan Melnikow, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des ZK der KPRF und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatsduma, einen Bericht zur parlamentarischen Tätigkeit der KPRF.

Verehrte Kollegen, liebe Genossen,

Ich möchte Euch einen Überblick über unsere parlamentarische Tätigkeit geben. Diese teilt sich in zwei sehr verschiedene Etappen. Die erste fällt in die 1990er Jahre. In dieser Zeit war die Erinnerung an die sozialen Errungenschaften der Sowjetunion noch stark und das herrschende Regime angreifbar. Wir hatten zwar keine Mehrheit im Parlament, aber eine starke Fraktion, die in vielen Bereichen die Meinungsführerschaft besaß. Wir waren in der Lage, die Behandlung bestimmter antisozialer Fragen zu verzögern oder ganz zu verhindern.

Die zweite Etappe umfasst das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Unter Präsident Putin setzte die Staatsmacht den verhängnisvollen Kurs der Errichtung eines oligarchischen Kapitalismus fort, konnte dafür allerdings die günstige weltwirtschaftliche Konjunktur nutzen. Unsere Positionen wurden geschwächt, die Fraktion faktisch auf die Hälfte reduziert, was auch unseren Einfluss auf den politischen Prozess verringerte.

Unsere Partei musste einen mehrjährigen mühsamen Kampf unter den Bedingungen der neuen parteipolitischen Verhältnisse aufnehmen. Seit einiger Zeit wächst unsere Unterstützung in der Gesellschaft jedoch wieder stabil und dynamisch.

Während die KPRF bei den Parlamentswahlen von 2003 und 2007 kaum über 10 Prozent der Stimmen kam, hat sie 2011 fast 20 Prozent erreicht. Zur Zeit haben wir in der Staatsduma 92 Sitze inne. 2007 waren es 57 und 2003 nur 46. Wir nähern uns dem Höhepunkt unserer Stärke im Jahre 1999, da wir 113 Abgeordnete hatten.

Gegenwärtig befinden wir uns in einem Übergangsstadium. Einerseits sind wir nach wie vor nicht in der Lage, Entscheidungen zu blockieren oder eigene Initiativen durchzusetzen, wie es in den 1990er Jahren möglich war. Wir haben wieder eine große Fraktion, aber wir befinden uns in der Minderheit. Andererseits steht uns ein wesentlich größeres Arsenal an politischen Instrumenten und Funktionen im Parlament zur Verfügung als vor 2011, was unser politisches Gewicht erhöht.

Die jetzige Zahl an Mandaten gibt uns folgende politische Hebel in die Hand:

Der erste sind Klagen vor dem Verfassungsgericht. Dafür wird die Unterschrift von 90 Abgeordneten gebraucht. Diesen Mechanismus nutzen wir häufig. Ein wichtiges Beispiel war die Forderung nach Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Protokolls über den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation. Selbst wenn das Gericht gegen uns entscheidet, finden wir beim Sammeln von Unterschriften, dem Einreichen der Klage und beim Gerichtsprozess viel Resonanz in der Gesellschaft, die wir für eine inhaltsreiche politische Arbeit nutzen können.

Der zweite Hebel sind Eingaben beim Rechnungshof. Eine unserer wichtigsten Aktionen war die Forderung nach Überprüfung der staatlichen Rüstungsaufträge. Hier geht es uns vor allem darum, objektive Angaben für unsere Argumentation zu erhalten. Inzwischen haben wir erreicht, dass ein Vertreter unserer Fraktion zu einem der Wirtschaftsprüfer des Rechnungshofes bestimmt wurde.

Der dritte und bedeutsamste Hebel ist der Misstrauensantrag gegen die Regierung. Diese Waffe darf allerdings nicht zu häufig eingesetzt werden. Eine unserer Aktionen war die Sammlung von Unterschriften im ganzen Land gegen die abenteuerliche neoliberale Reform der Russischen Akademie der Wissenschaften. Das Thema wird zur Zeit in verschiedenen Gremien debattiert. Durch die Unterschriftensammlung im Lande wollen wir den Druck der Gesellschaft auf die Regierung verstärken.

Was unseren personellen Einfluss im Parlament betrifft, so haben wir gegenwärtig den Posten des Ersten stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden und die von sechs Ausschussvorsitzenden inne. Die Leitung von Ausschüssen ist nicht einfach, da wir in diesen nicht die Mehrheit haben. Aber auch dort sind gewisse Ergebnisse zu erreichen.

Das ist auf zwei Wegen möglich: Zum einen dadurch, dass die Öffentlichkeit auf problematische Initiativen der Regierungspartei aufmerksam gemacht wird und Druck ausüben kann. Zum anderen dadurch, dass wir Normen und Abänderungen durchsetzen, die unseren programmatischen Vorstellungen nahekommen.

Im Unterschied zu den Ausschüssen, denen Vertreter der Regierungsparteien vorstehen, geht es in den von uns geleiteten Ausschüssen darum, Kompromisse zu erkämpfen. Das gelingt oder auch nicht, in jedem Falle können wir unseren Wählern berichten, dass wir gekämpft haben.

Die Wähler werden über die gesamte gesetzgeberische Arbeit informiert, die die Fraktion leistet. Allein in der Sitzungsperiode 2012/2013 haben Abgeordnete der KPRF 253 Gesetzesentwürfe eingebracht, von denen 133 behandelt, 30 angenommen und vom Präsidenten unterzeichnet wurden. Zumeist handelt es sich dabei um Gesetze zu Einzelfragen, die noch keine Umsetzung programmatischer Positionen der Partei bedeuten. Gesetzesinitiativen strategischer Art werden von der Regierungsmehrheit niedergestimmt oder gar nicht erst zur Behandlung angenommen. Aber auch in dieser Hinsicht sind zuweilen kleine Erfolge zu verzeichnen.

So war es uns viele Jahre lang nicht möglich, die Frage der Nationalisierung des von den Oligarchen in den 90er Jahren zusammengerafften Volksvermögens auch nur im Plenum zu erörtern. In dieser Sitzungsperiode ist uns das endlich gelungen. Unsere Initiative wurde zwar am Ende nieder-

gestimmt, aber allein die Fragestellung hat in der Gesellschaft große Aufmerksamkeit gefunden.

Unsere Rechenschaft gegenüber den Wählern besteht daher stets aus zwei Teilen:

Erstens informieren wir sie über Initiativen zu Grundsatfragen, die von der Regierungspartei abgelehnt werden, aber den Wählern unsere politischen Ziele deutlich machen.

Zweitens berichten wir über beschlossene Gesetze, die im Rahmen des im Lande vorherrschenden politischen Kurses bestimmte Verbesserungen für die Bürger bringen.

Zugleich stellen wir immer wieder auch Grundfragen, die den Klassencharakter unseres Kampfes und unser Streben nach einem grundsätzlichen Politikwechsel in diesem Lande demonstrieren.

Unsere Partei stimmt stets gegen den jeweiligen Haushaltsentwurf der Regierung. Auch der Arbeitsbericht der Regierung findet nicht unsere Zustimmung.

Vor einigen Jahren haben wir einen grundsätzlichen Beschluss gefasst, der die Abgeordneten der KPRF auf allen Ebenen zu einem solchen Vorgehen bei der Erörterung der regionalen Haushalte verpflichtet. Damit unterscheiden wir uns grundsätzlich von allen anderen Fraktionen und verschaffen uns freie Hand für den kompromisslosen Kampf um einen Kurswechsel.

Es gibt aber auch Themen, wo wir mit der Regierungspartei eine gemeinsame Sprache finden. Vor allem betrifft das außenpolitische Fragen. Wir sind stolz darauf, dass die Duma regelmäßig solidarische Erklärungen gegen die Wirtschaftsblockade Kubas abgibt. Dass in der Duma eine übereinstimmende Haltung zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in den baltischen Staaten besteht. Mit Zustimmung aller Fraktionen wird die Zusammenarbeit mit China und Vietnam entwickelt. Man denkt darüber nach, mit den Ländern Lateinamerikas enger zusammenzuarbeiten. Übereinstimmung gibt es auch bei der Bewertung der Lage in Syrien und der Ukraine.

Viele dieser Fragen werden auf Initiative unserer Fraktion behandelt. Bei anderen Problemen drängen wir die Regierung zu entschlossenerem Auftreten. In dieser oder jener Form leisten wir damit einen Beitrag zur Errichtung einer multipolaren Welt, zur Befreiung der internationalen Politik vom Diktat der USA.

Dabei treten zuweilen auch Probleme auf. Immer wieder bringt die Regierungspartei populistische Initiativen in den Gesetzgebungsprozess ein, um daraus Nutzen zu ziehen. Ein Beispiel ist das Gesetz, das die Adoption russischer Kinder durch US-Bürger verbietet. Es wurde als Reaktion auf des amerikanische „Magnitzki-Gesetz“ angenommen. Die KPRF wendet sich seit langem gegen Kinderhandel. Als nun dieses Gesetz zur Abstimmung stand, mussten wir dafür stimmen, ob wir wollten oder nicht.

Hier haben wir das Problem, dass die außerparlamentarische Opposition in Russland, die sich auf die Liberalen des Westens und der USA orientiert, derartige Abstimmungen stets dafür benutzt, der KPRF das Etikett einer „systemimmanenten Opposition“ anzuhängen. Sie behauptet, die Fraktionen in der Duma seien alle gleich, und Opposition gäbe es nur außerhalb des Parlaments. Diesen Kräften stehen starke Medienressourcen zur Verfügung.

Aus diesem Grunde hat die KPRF in der Propaganda an zwei Fronten zu kämpfen: zum einen gegen unseren politischen Hauptgegner, um einen politischen Kurswechsel zu er-

reichen. Zum anderen gegen proamerikanische Politiker, die in Russland gern eine „Farbenrevolution“ vom Zaune brechen möchten und die KPRF als Oppositionskraft diskreditieren wollen.

In der parlamentarischen Arbeit haben wir alle diese Faktoren zu berücksichtigen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dem Internet, wo eine gut gemachte Information in kürzester Frist Hunderttausende Menschen erreicht. Da sich in unseren Reihen gegenwärtig ein Generationswechsel vollzieht und unsere Aktivisten immer jünger werden, müssen wir auch der politischen Bildung große Aufmerksamkeit schenken. Daran beteiligen sich alle unsere Abgeordneten. Hatten wir 2003 in den Parlamenten der Regionen Russlands insgesamt 310 Abgeordnete, so sind es 2013 bereits 452. In einigen Teilen des Landes, wo unsere Positionen traditionell schwach waren, ist der Zuwachs besonders groß. So ist zum Beispiel in der Nordwestregion Russlands die Zahl unserer Mandate in zehn Jahren von 17 auf 57 gestiegen. Einen bemerkenswerten Zuwachs verzeichnen wir auch im Ural – von 4 auf 22 Mandate. Im Fernen Osten ist diese Zahl von 20 auf 35 gestiegen. Die KPRF ist in 79 Regionalparlamenten von insgesamt 83 vertreten. Zur Koordinierung der Tätigkeit aller unserer Fraktionen und Abgeordneten haben wir beim ZK der Partei eine Abteilung für parlamentarische Tätigkeit, Regionalpolitik und lokale Selbstverwaltung gebildet.

Auch auf der kommunalen Ebene sind wir gut vorangekommen. Dort haben wir gegenwärtig etwa 9 000 Abgeordnete. Damit sind wir nicht zufrieden, es gibt gewaltige Reserven, die wir noch erschließen müssen. Diese unterste Ebene der parlamentarischen Tätigkeit ist wichtig, weil wir dort in direkten Kontakt mit der Bevölkerung treten und uns um ihre unmittelbaren Sorgen kümmern.

Um die Schwächung ihrer Positionen aufzuhalten, verändert die Staatsmacht immer wieder das Wahlrecht. Zum ersten werden gegenwärtig Wahlen ausschließlich während der Sommerferien durchgeführt. Zweitens hat man die Rolle der Parteilisten reduziert und nimmt Kurs auf die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht. Drittens werden immer mehr Miniparteien mit attraktiven Namen gegründet, deren Zweck allein darin besteht, die Wähler zu verwirren. So sollen die Stimmen des Protests gegen die Regierungspolitik aufgesplittet werden. Das ist in erster Linie gegen die KPRF gerichtet, die als einzige Partei in der Lage ist, das jahrelange Monopol von „Einheitliches Russland“ zu erschüttern.

All das sehen wir, analysieren es und ergreifen Gegenmaßnahmen. Uns ist auch klar, dass wir allein im Parlament nicht erfolgreich sein können. Parlamentarische Arbeit ist nur dann wirksam, wenn sie eng mit den außerparlamentarischen Formen unseres Kampfes verbunden wird.

(Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger)



Machtspiele beenden – Kriegsgefahr stoppen

Von Katja Kipping und Bernd Riexinger,
Vorsitzende der LINKEN, 14. März 2014

Wir verfolgen mit Besorgnis die Entwicklungen in der Ukraine und auf der Krim. Wir verurteilen die militärischen Drohgebärden der Russischen Föderation, der ukrainischen Regierung und der NATO. Die Antwort auf das völkerrechtswidrige Vorgehen der Russischen Föderation auf der Krim, welches wir verurteilen, muss in der Diplomatie liegen – Krieg kann keine Probleme lösen und darf kein Mittel der Politik sein. Erst recht nicht 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges in einem Land, das unsäglich unter dem Zweiten Weltkrieg und dem Angriffskrieg Nazi-Deutschlands litt und dessen Politik bis heute von gegensätzlichen Geschichtsbildern, Identitätsfindung und einer nicht aufgearbeiteten Vergangenheit geprägt ist.

Sicherheit in Europa ohne Einbeziehung Russlands ist nicht möglich. Mehr noch: Die Einigung Europas ist gegen Russland nicht möglich.

Die Ukraine macht deutlich, dass die nie verlassene Logik des Kalten Krieges, der Hegemoniegedanke, der sich am augenfälligsten an der NATO-Osterweiterung festmacht, Gift für die weitere friedliche Entwicklung des Kontinents ist. Hier hat jede Seite ihre Hausaufgaben zu machen: weg von der Idee der Hegemonie, hin zu einer wirklichen Kooperation. Für uns ist die Richtung klar, jetzt erst recht: Stärkung der OSZE und des Europarates, mittelfristig die Auflösung der NATO und eine Stärkung des Völkerrechts. Der Kosovo und andere völkerrechtswidrige Vorgehen fallen dem Westen nun auf die Füße: Es ist offensichtlich, dass nicht Recht, sondern Interessen Kompass ihrer Politik sind – genau wie für Putin,

den Mann, dem sie jetzt Völkerrechtsbruch vorwerfen. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts – es muss ohne Wenn und Aber für alle gelten und darf nicht weiter zur rhetorischen Floskel verkommen.

Die innenpolitische Situation der Ukraine ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Spaltung, die mit der langen Geschichte des jungen Nationalstaates beginnt und sich vor dem Hintergrund des Versagens der politischen Eliten aller Couleur, des gewaltigen Einflusses der Oligarchen und der extremen sozialen Polarisierung im Land weiter verschärfte. Diese Vielzahl von Problemen wurde von Moskau, Brüssel und Berlin übergangen: Das fragile Land wurde vor eine Entscheidung – Zollunion oder Assoziierungsabkommen – gestellt, die das Land nun zu zerreißen droht und reale Kriegsgefahr mit sich bringt. Diese Kriegsgefahr wird durch die russische Truppenmobilisierung an der Grenze zur Ukraine noch weiter verschärft.

Russland muss seinen Konfrontationskurs einstellen.

Gegenwärtig vertieft sich die Spaltung der Ukraine weiter: Die neue Regierung hat kein integrierendes Potenzial und spricht nur für eine Hälfte der Ukrainerinnen und Ukrainer. Mehr noch: Durch die Beteiligung faschistischer Kräfte an der Regierung wurde eine Grenze überschritten – wie soll bitter notwendige Versöhnungsarbeit geleistet werden, wenn hasserfüllte Ultrationalisten Ministerwürde erlangen?

Wir fordern die Bundesregierung und die EU dazu auf, die Beteiligung faschistischer Kräfte an der Regierung nicht weiter zu tolerieren.

Die rückhaltlose Unterstützung der neuen Regierung durch die EU und Deutschland sehen wir aus einem weiteren Grund äußerst kritisch: Die Vaterlandspartei ist eine Vertreterin des alten, verkrusteten und korrupten Politikstils, nach dessen Ende sich die Ukrainerinnen und Ukrainer sehnen.



Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d.P. Andreas Günther)

Telefon: (030) 24 009 300, Fax: 24 009 425

E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 13. März 2014

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Hilde Ettinger und Uta Wegner.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

